

Magnus Brechtken
„Madagaskar für die Juden“

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 53

R. Oldenbourg Verlag München 1998

Magnus Brechtken

„Madagaskar für die Juden“

Antisemitische Idee und politische Praxis
1885–1945

2. Auflage

R. Oldenbourg Verlag München 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Brechtken, Magnus:

„Madagaskar für die Juden“ : antisemitische Idee und politische Praxis 1885 – 1945 / Magnus Brechtken. – 2. Aufl. – München : Oldenbourg, 1998

(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 53)

ISBN 3-486-56384-X

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 4 50 51-0, Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56384-X

Inhalt

Vorwort	IX
<i>I. Einleitung</i>	<i>1</i>
1. Die Perspektive	3
2. Entwicklung und Positionen der Forschung	6
Zeitgenössische Stellungnahmen	6
Untersuchungen und Stellungnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg	9
<i>II. „Absonderung“ und „Exterritorialisierung“ bei den „Klassikern“ des Antisemitismus</i>	<i>15</i>
1. Zum Antisemitismus-Begriff	15
2. „Exterritorialisierung“ als Lösung der Judenfrage	16
„Abschaffung“ der Juden nach Madagaskar: der Schirmherr des völkischen Antisemitismus, Paul de Lagarde	16
„Absonderung“ und „Ausscheidung“ als antisemitisches Programm	18
<i>III. „Voll-Zionismus“: Madagaskar und die „Internationale des Antisemitismus“</i>	<i>31</i>
1. Henry Hamilton Beamish oder: Die Idee der „compulsory segregation“	32
2. Internationale antisemitische Kongresse	36
3. „Egon van Winghene“ und die „Pan-Arier“ oder: Die Idee des „Voll-Zionismus“	38
4. Georg de Pottere	43
5. Ulrich Fleischhauer und der „Welt-Dienst“	44
6. Die antisemitischen Kongresse im Bann des „Dritten Reiches“	49
7. Die „pan-arische“ Bewegung	51
8. „Welt-Dienst“ und NS-Staat	53
9. Madagaskar und „Der Stürmer“	61
10. Arnold Leese und die „Imperial Fascist League“	64
11. Henry Hamilton Beamishs Spuren im „Dritten Reich“	68
12. Jean Boissel	70
13. Paul Wurm und die „Antijüdische Weltliga“	72
14. Alfred Rosenberg	74
15. Exkurs: Faszinosum Madagaskar – „Private“ Initiativen zur Lösung der Judenfrage	77
<i>IV. Madagaskar und die Judenfrage in Polen</i>	<i>81</i>
1. Der Traum von der polnischen Großmacht – Außenminister Józef Beck	85
2. Polnische Kolonialaspirationen	86
3. Unstetigkeit und abwägende Skepsis – die Haltung Frankreichs	91
4. Verklauusulierte Wünsche und offene Werbung – die Artikulation der polnischen Kolonialinteressen	93

5. Das Moutet-Interview und seine Wirkung	97
6. Eine Untersuchungskommission für Madagaskar	109
7. Reaktionen	113
8. Die Rolle jüdischer Hilfsorganisationen und die jüdische Haltung zu Madagaskar	116
9. Ambivalente Ergebnisse der Untersuchungskommission	119
10. Nach Delbos' Polenbesuch: Diskussionen, Gerüchte, Hoffnungen	124
11. Konkrete Pläne	129
12. Neue Reaktionen auf Madagaskar	137
13. Exkurs: Madagaskar und die Judenfrage in Rumänien	139
14. Fortsetzung der polnisch-französischen Madagaskar-Diskussion	142
15. Lebhaftige Erörterungen ohne faktische Grundlage	148
16. Journalisten als „Kolonisationsexperten“ – Maria Zakrzewska und Arkady Fiedler	151
17. Diskussionen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges	156
 <i>V. Der Madagaskar-Gedanke und die Judenpolitik des „Dritten Reiches“. Zum Spannungsverhältnis von „zerstreuender“ Auswanderung, Territorialfrage und „Endlösungs“-Perspektive</i>	
1. Entwicklungslinien zur „Lösung der Judenfrage“	165
2. Adolf Eichmann	170
3. Das Auswärtige Amt und seine Stellung zur Judenfrage	172
4. Die Behandlung der Judenfrage im SD-Hauptamt ab Frühjahr 1937	175
5. Das Auswärtige Amt und die Palästina-Frage	176
6. Der SD und die Palästina-Frage	183
7. Unterschwellige Virulenz des Madagaskar-Gedankens	185
8. Ambivalente Ziele des SD: Auswanderung und Kompetenzgewinn	186
9. Auswanderung als „Endlösung“? Eichmanns „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“	189
10. Diskussionen zur Judenpolitik im Auswärtigen Amt im Jahr 1938	191
11. Die Konferenz von Evian und das „Intergovernmental Committee on Refugees“	193
12. Aktions- und Diskussionsschub durch die „Reichskristallnacht“	196
13. Der Pirow-Besuch: Zum Zusammenhang von Kolonialproblem und Judenfrage	199
14. Die Schacht-Rublee-Verhandlungen	202
15. Die Haltung des Auswärtigen Amtes	208
16. Der Blick auf den Krieg – die Jahreswende 1938/39	211
17. Theoretische und tatsächliche „Lösungswege“	214
 <i>VI. Eine europäische Dimension der „Endlösung“ – Die nationalsozialistische Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg und der Madagaskar-Plan</i>	
1. Pläne in Warschau – Alfred Nossig	223
2. Ein Friedensplan Ribbentrops?	224
3. Perspektivenwechsel durch den Krieg im Westen	225

4. Das Auswärtige Amt bringt Madagaskar in die Diskussion	226
5. Rademachers „Plan zur Lösung der Judenfrage“	231
6. Heydrich schaltet sich ein	233
7. Jüdische Reaktionen in Deutschland	236
8. Hoffen auf den Madagaskar-Plan – Generalgouverneur Hans Frank	238
9. Madagaskar in den Augen der Marine	240
10. Rademachers Informationsbeschaffung	241
11. Der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes	246
12. Ein Madagaskar-Gutachten für Göring	254
13. Exkurs: Die Entstehung des Madagaskar-Plans und die Aussagen Rademachers, Bracks und Eichmanns	259
14. „Zwischenbilanz“ als Zäsur – Rademachers Zusammenfassung für Luther	264
15. Madagaskar in den deutsch-französischen Verhandlungen	267
16. Ideologische Unterstützung aus Italien	269
17. „Madagaskar für die Juden“: Spekulation auf eine ungewisse Zukunft . .	270
 <i>VII. Schlußbetrachtung. „Madagaskar für die Juden“ – Vom Mythos einer „territorialen ‚End‘-Lösung der Judenfrage“</i>	 285
 Illustrationen	 298
Quellen und Literatur	303
Unveröffentlichte Quellen	303
Veröffentlichte Quellen	308
Forschungsliteratur	319
Abkürzungen	329
Personenregister	331

Dem Andenken meines Vaters

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die leicht überarbeitete und gekürzte Fassung meiner Dissertation, die im Frühjahr 1993 fertiggestellt und im Wintersemester 1993/94 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen wurde. Diesem Datum entspricht auch die berücksichtigte Forschungsliteratur.

Die Untersuchung geht zurück auf eine Anregung meines Doktorvaters Prof. Dr. Klaus Hildebrand. Ihm vor allem gebührt mein großer Dank, denn er hat das Entstehen des Werkes seit 1987 bis zur Drucklegung fördernd begleitet und vielfältig anregend unterstützt. Der inzwischen verstorbene Prof. Dr. Alexander Fischer übernahm dankenswerterweise das Korreferat.

Ohne die unermüdliche Hilfe zahlloser Archivmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die immer weitere Aktenstapel heranzuschaffen und nicht selten kenntnisreiche Hinweise zu geben bereit sind, wäre die Arbeit eines Historikers kaum möglich. Nicht alle Archive, Bibliotheken und Forschungsinstitute, bei denen ich einschlägiges Material suchte und fand, können hier genannt werden. Dankend hervorheben möchte ich neben der Universitätsbibliothek Bonn, die mir aus ihrem Bestand und vor allem per Fernleihe eine Vielzahl von Büchern und Zeitschriften beschaffte, das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, das Bundesarchiv in Koblenz sowie dessen Abteilungen in Potsdam, die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg-Fürth, das Staatsarchiv und das Stadtarchiv Nürnberg sowie das Institut für Zeitgeschichte in München. In Frankreich fand ich freundliche Aufnahme im diplomatischen Archiv des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay, im Centre de Documentation Juive Contemporaine, in der Bibliothèque Nationale in Paris und Versailles, in der jiddischen Bibliothek Medem sowie der Bibliothèque de l'Alliance Israélite Universelle, darüber hinaus bei der Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine in Nanterre sowie den Archives Nationales in Paris und dem Dépôt d'Outre Mer in Aix-en-Provence. In Warschau sind insbesondere das Archiwum Akt Nowych, die Biblioteka Narodowa, die Główna Komisja und die Polnische Akademie der Wissenschaften, in Großbritannien das Public Record Office in Kew und die British Library in London für ihre Hilfe zu nennen.

Meine Recherchen in den zahlreichen ausländischen Archiven und Bibliotheken wären ohne vielfältige ideelle und materielle Unterstützung nicht möglich gewesen. Der Forschungsaufenthalt in der französischen Hauptstadt und in Aix-en-Provence wurde durch ein Stipendium des Deutschen Historischen Instituts Paris gefördert. In Warschau war ich dankenswerterweise Gast und Stipendiat der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Die Untersuchungen in London und Kew wurden durch ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes unterstützt. Von 1991 bis 1993 gab mir ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung die Möglichkeit zu letzten Recherchen und zum konzentrierten Schreiben. Dem Institut für Zeitgeschichte und seinem Direktor, Prof. Dr. Horst Möller, danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der „Studien zur Zeitgeschichte“.

Wenngleich ich in den letzten acht Jahren von vielen Seiten Anregung und Hilfe erfahren habe, die mich zu großem Dank verpflichten, möchte ich doch namentlich

Frau Dr. Maria Keipert vom Archiv des Auswärtigen Amtes und Herrn Vidar Jacobsen vom Centre de Documentation Juive Contemporaine für ihre wertvollen Hinweise danken. Herr Daniel Bogacz M. A., Bonn/Wroclaw, vermittelte mir durch die kritische Lektüre wichtiger Forschungsergebnisse zu Polen die Gewißheit, die umfangreichen polnischen Quellen nicht allzu freizügig übersetzt und interpretiert zu haben. Frau Shulamit Tendler, Bonn, machte mir die Geheimnisse hebräischer Texte zugänglich. Vom Lehrstuhl von Herrn Professor Hildebrand, dessen wissenschaftliche Atmosphäre stets Anregung und Herausforderung war, möchte ich besonders Herrn Dr. Christoph Studt für die jahrelange geduldige Hilfe danken, die er mir in gleichbleibender Freundlichkeit gewährt hat. Herr Dr. Joachim Scholtyseck hat die Dissertation sorgfältig gelesen und zahlreiche wertvolle Hinweise gegeben. Im Institut für Zeitgeschichte hat Herr Dr. Christian Hartmann das Manuskript mit Präzision lektoriert und nützliche Anregungen für die Druckfassung beige-steuert.

Mein ganz besonderer Dank gilt Frau Sibylle Gertloff M. A., die die Entstehung des Werkes nicht nur von Beginn an mitverfolgt und unterstützt, sondern die Arbeit auch mehrfach korrektur gelesen hat. Ihre konstruktive Kritik und ihr persönlicher Zuspruch waren mir eine sehr wertvolle Hilfe. Meine Eltern haben die ihnen bisweilen verschlungen erscheinenden Wege, die ihr ältester Sohn in der Wissenschaft beschritt, stets mit Interesse begleitet und die Fertigstellung der vorliegenden Untersuchung auf mannigfache Weise unterstützt. Meinem Vater, der die Veröffentlichung nicht mehr erleben durfte, sei dieses Buch gewidmet.

Rösenbeck und München, Ostern 1996

Magnus Brechtken

I. Einleitung

Warum eine Insel? Warum gerade diese? Die Geschichte des Antisemitismus ist reich an nebelhaften Legenden, überspannten Bedrohungsvorstellungen und obskuren Verschwörungstheorien. Aus ihnen wurden ebenso bizarre Gedankengebäude und irrationale Welterklärungsmodelle wie demagogische Prophetien zusammengefügt, um daraus politische Handlungsanweisungen zur Erlösung der Menschheit abzuleiten – zumindest jenes auserwählten Teils, dem zugehörig sich die Antisemiten selbst betrachteten. Ein besonders skurriles Produkt dieser eigentümlich irrealen Weltsicht, geboren in einer auf dem Weg in die vielfach bedrohlich empfundene Moderne nach Orientierung suchenden Welt des 19. Jahrhunderts, war die jahrzehntelang immer wieder mit manichäistischer Heilserwartung diskutierte Absicht, möglichst viele oder gar alle Juden des Globus nötigenfalls zwangsweise auf einem von der Außenwelt abgeschlossenen Territorium, namentlich auf der Insel Madagaskar, unterzubringen.

„Much has already been written about the so-called ‚Madagascar plan‘!¹, und in der Tat hat der aus einem vielschichtigen, gleichwohl zielgerichteten Antisemitismus geborene Gedanke, die seinerzeit französische Insel vor der Ostküste Afrikas für eine zwangsweise Aufnahme von im eigenen Land unerwünschten Angehörigen der als gefährvolle Rasse definierten jüdischen Konfession zu verwenden, nicht nur ein vielstimmiges Echo in der einschlägigen Wissenschaft, sondern darüber hinaus selbst bis in den Bereich künstlerisch-literarischen Wirkens Niederschlag gefunden². Die Zahl beurteilender Stellungnahmen auf wissenschaftlichem Gebiet ist umfangreich. Der enge Zusammenhang mit dem stark bearbeiteten Forschungsfeld der Judenpolitik des „Dritten Reiches“ sowie die bei aller erschütternden Grausamkeit des Gegenstandes augenscheinlich faszinierende Exotik des Sujets haben bislang jeden mit dem Thema des Antisemitismus und der Judenverfolgung befaßten Historiker veranlaßt, dieses historisch nie zum Zuge gekommene Projekt wertend einzuordnen. Daneben finden sich einige Aufsätze, die explizit oder zumindest in ihrem Schwerpunkt den Madagaskar-Plan sowie seine historischen Implikationen behan-

¹ Yahil, Madagascar, S. 315–334.

² Tadeusz Hollender veröffentlichte 1937 in Warschau eine satirische Erzählung mit dem Titel „Polska bez Żydów“ (Polen ohne Juden), die später, vom 9.1. bis 10.4. 1938, als Artikelserie in 86 Teilen in der polnischsprachigen jüdischen Zeitung „Nasz Przegląd“ erschien. Darin war auch von einer jüdischen Emigration nach Madagaskar die Rede, und der Autor fabulierte, daß nach Abschluß der Auswanderung nur noch rund 100 000 assimilierte Juden in Polen verbleiben würden; vgl. Mazor, La cité engloutie, S. 2. Zur gleichen Zeit entstand ein Kabarett-Schlager, der lebhaft das zukünftige Wirken polnischer Kolonisatoren auf der Insel parodierte. Den Hinweis hierauf und eine Kopie der zeitgenössischen Aufnahme verdankt der Autor Herrn Bronisław Sowa von der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau. Der deutsche Liedermacher Heinz Rudolf Kunze veröffentlichte 1985 ein Stück mit dem Titel „Madagaskar“, das sich mit den Gerüchten und Legenden um die deutschen Pläne im Rahmen der Judenpolitik des „Dritten Reiches“ auseinandersetzt. Weniger künstlerisch, doch gleichwohl ein Beleg für die Virulenz des Gedankens war ein Graffito „Żydzi na Madagaskar“ (Juden auf/nach Madagaskar), das der Autor noch im Herbst 1990 während seines Aufenthalts in Warschau in einer Fußgängerunterführung lesen konnte.

deln³, und darüber hinaus wurde das Thema auch im Zusammenhang größerer Untersuchungen verschiedentlich ausführlicher erörtert⁴.

Doch muß, ohne die wertvollen Verdienste dieser Darstellungen zu schmälern, festgehalten werden, daß eine Untersuchung, die dem wissenschaftlichen Bedürfnis nach historischer Herleitung, eingehender Darstellung und einordnender Analyse des Madagaskar-Gedankens und seiner planerischen Folgen unter Nutzung des umfangreichen verfügbaren Quellenmaterials Rechnung trägt, bis dato als Desiderat der Forschung zu gelten hat.

Hier ist vor allem auf die umfangreichen französischen und polnischen Quellen der jeweiligen Außenministerien zu verweisen, daneben auf eine Reihe britischer Dokumente des Foreign Office und des Home Office. Auch bislang unberücksichtigte Dokumente des Auswärtigen Amtes, des Reichssicherheitshauptamtes, verschiedener Reichsstellen, des Vatikan, des „Stürmer“-Archivs, unveröffentlichte Akten der Staatsanwaltschaften aus diversen Nachkriegsprozessen sowie Mitteilungen aus Tagebuch- und Memoirenaufzeichnungen sind hier zu nennen. Zum Bestand des Quai d'Orsay ist anzumerken, daß just jene Akten verschollen sind, die sich mit Madagaskar und den (ehemaligen) deutschen Besitzungen in Afrika befassen⁵. Die Akten sind während des Zweiten Weltkrieges verschwunden und bisher trotz der beispielhaften Wiederbeschaffungs- und Rekonstruktionspraxis des französischen Außenministeriums nicht wieder aufgefunden worden. Die Vermutung liegt deshalb nahe, daß sie durch die deutsche Archivkommission, die 1940 die Bestände des französischen Außenministeriums durchforstet hat, konfisziert wurden und im Laufe des Krieges verloren gegangen sind. Dennoch lassen sich in den französischen Quellen anhand anderer Bestände die Bemühungen um eine mögliche jüdische Emigration nach bzw. eine Kolonisation auf Madagaskar verfolgen. Ergänzen ließen sich die Bestände des Quai d'Orsay durch die einschlägigen Akten des Kolonialministeriums, welche allerdings weit weniger umfangreich und ergiebig sind, da das Außenministerium die politische Federführung innehatte.

Hinzu kommen veröffentlichte Dokumente, die vielfach in der Forschung unberücksichtigt geblieben oder noch nicht im Zusammenhang mit dem hier interessierenden Thema untersucht worden sind, sowie die zahlreichen Reaktionen auf die über Jahre sich hinziehenden Madagaskar-Überlegungen in der internationalen Presse, sei es in Deutschland, Polen, Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten oder auch auf Madagaskar.

Es stellt sich bei näherer Betrachtung heraus, daß der Madagaskar-Gedanke sehr viel breitere und tiefere Wurzeln hat, als bislang bekannt und in der historischen Forschung

³ Hevesi, Hitler's Plan for Madagascar, S.381–395; Friedman, The Lublin Reservation, S.151–177; Tenenbaum, Hitler's „Jewish State“, S.11–12; Ders., Race and Reich, S.238–249; Yahil, Madagascar, passim.

⁴ Browning, Referat D III, S.120–136. Browning hat auch in seinen späteren, im Literaturverzeichnis aufgeführten Veröffentlichungen, die sich mit dem Thema nationalsozialistische Judenpolitik im Zweiten Weltkrieg beschäftigen, das deutsche Vorhaben behandelt und jüngst zusammengefaßt: Browning, Madagascar Plan, S.935–937. Die neueste, ausführlichere Behandlung auf deutscher Seite, mit dem Schwerpunkt auf den Überlegungen des Auswärtigen Amtes, findet sich bei Döscher, Das Auswärtige Amt, S.215–220.

⁵ Es handelt sich in der Série K-Afrique 1918–1940 um die Bestände K 13 bis K 16 zu Madagaskar, K 18 bis K 22 zu den deutschen Besitzungen.

berücksichtigt. Die Blickverengung auf das deutsche Projekt, abgeleitet aus der mit guten Gründen verfolgten Absicht, die leitenden Gedanken und praktischen Hintergründe auf dem Weg zum Genozid aufzuklären, hat das weite Feld der gedanklichen und praktischen Vorboten in ihrer Eigenständigkeit wie in ihren Verbindungslinien zum Plan des „Dritten Reiches“ weitgehend außen vor gelassen.

Nach wie vor gilt daher die Feststellung Leni Yahils, wonach „there would nevertheless appear to be room for a systematic investigation of the origins of this fantastic project, of the function it fulfilled in the great drama of the persecution and destruction of European Jewry, of its relation to the problems of Jewish migration, and on the impact which it had on the Jews themselves“⁶. Dabei soll der Blick dieser Untersuchung über die konkreten Planungen hinaus auch eine Einordnung in den Gesamtzusammenhang der Geschichte des Modernen Antisemitismus bieten, um eine Bewertung von Idee und Praxis des „Madagaskar-Plans“ in historischer Reflexion zu ermöglichen.

1. Die Perspektive

Zunächst ist die Perspektive zu umreißen, aus der heraus eine Beurteilung erfolgen soll. Diese Frage ist unmittelbar mit derjenigen nach den Wurzeln und Hintergründen des Hitlerschen bzw. nationalsozialistischen Antisemitismus verbunden. Bei dem Versuch, den historischen Ort der Judenvernichtung zu umreißen, läßt sich auf drei mögliche Blickwinkel verweisen, aus denen man sich dem millionenfachen Judenmord durch Hitler und seine Satrapen in historisch-reflektierter Betrachtungsweise zuwenden kann⁷.

Eine Perspektive könnte ausgehen von der Judenfeindschaft, wie sie sich seit der Antike im Nebeneinanderleben der Konfessionen des Abendlandes und des Nahen Ostens immer wieder erkennen läßt, insbesondere aber von der Geschichte der Judenfeindschaft in Europa seit dem christlichen Mittelalter. Eine andere Linie ließe sich ziehen von der vielfach erfolgreichen Judenemanzipation und ihren Gegenströmungen seit dem Zeitalter der Aufklärung und der Französischen Revolution. Eine dritte Perspektive schließlich könnte von dem als neuartig zu skizzierenden Antisemitismus ausgehen, wie er im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der Verbindung neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse aus den Überlegungen Darwins mit vorgeblich wissenschaftlichen Theorien zur Rassenklassifizierung, wie sie Joseph Arthur Gobineaus „Essai sur l'inégalité des races humaines“ lieferte⁸, entstand. Diese dritte Perspektive soll im Vordergrund der vorliegenden Untersuchung stehen, denn sie mündete schließlich in die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung im Staat Hitlers und in den europaweiten Mord an den Juden im deutschen Machtbereich während des Zweiten Weltkrieges⁹.

Hier stellt sich allerdings unmittelbar die Frage nach der inneren Folgenotwendigkeit der Entwicklung bis zum Massenmord, wie sie bereits Andreas Hillgruber formu-

⁶ Yahil, Madagascar, S.315.

⁷ Vgl. Hillgruber, Ort der Judenvernichtung, S.213–224.

⁸ Vgl. Losemann, Rassenideologien und antisemitische Publizistik, S.137–159, bes. S.146.

⁹ Vgl. Hillgruber, Ort der Judenvernichtung, S.213.

liert hat: „War die Entwicklung vorgezeichnet? Mußte es so kommen, wie es gekommen ist, oder präziser: bestand von Anfang an die hohe Wahrscheinlichkeit, daß am Ende der sich steigernden antisemitischen Agitation die Katastrophe für das deutsche und das europäische Judentum stehen würde? Oder war die Entwicklung – im Falle des Deutschen Kaiserreiches – nicht durchaus im positiven Sinne offen, ja, [...] war nicht selbst in der Zeit des Nationalsozialismus einige Jahre lang der Weg zu einer anderen, wenn auch für die deutschen Juden deklassierenden ‚Lösung‘ als der der systematischen physischen Vernichtung der Juden schließlich im ganzen deutsch-beherrschten Machtbereich in Europa gangbar?“¹⁰

Was, so stellt sich die Frage, konnte unter einer solchen „anderen Lösung“ verstanden werden? Etwa die, aus der Geschichte des Zusammenlebens von Juden und Christen und dem bisweilen bis zur tiefen Feindschaft reichenden Verhältnis beider Religionen zueinander, bekannte strenge Trennung ihrer Anhänger durch Ghettoisierung der Minderheit, eingedenk der Tatsache, daß dieses Segregationsverlangen vielfach auch von den Juden selbst ausging, mit dem Ziel, die eigene Identität in der Diaspora zu bewahren.

Welche Veränderungen hatten sich durch die Entwicklung von einer religiös-kulturellen Judenfeindschaft zu einer, mit dem Anspruch auf naturwissenschaftliche Begründbarkeit und Objektivität auftretenden, antisemitischen Rassenlehre für das Verhältnis von Juden und Nichtjuden und der daraus abzuleitenden und abgeleiteten „Lösungs“-Möglichkeiten ergeben? War jetzt noch ein mehr oder weniger strikt getrenntes Nebeneinander im gleichen Territorium denkbar, das doch die Möglichkeit der in den Augen dieser Antisemiten so verhängnisvollen Vermischung der Rassen mit sich brachte? Welche Änderungen im Verhalten gegenüber der jüdischen Minderheit ergaben sich aus dieser Entwicklung von der religiös-kulturell-sozialen Judenfeindschaft zum pseudo-naturwissenschaftlichen Rassenantisemitismus mit Er- und Endlösungsperspektive? Welche Vorstellungen herrschten in den Kreisen der Antisemiten und ihrer Gefolgschaft, welche Ziele verfolgten sie, und wo fanden darin diejenigen Platz, die sie zu Feinden der Menschheit erklärt hatten: die Juden? Läßt sich eine Entwicklungslinie zeichnen von der Entstehung des Rassenantisemitismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum fast vollständigen Auslöschen des europäischen Judentums im Laufe des Zweiten Weltkrieges? Wenn ja, wie sah diese Linie gedanklich aus, worin äußerte sie sich konkret, das heißt, an welchen Forderungen oder Projekten ist sie abzulesen?

Die geistigen Ursprünge des nationalsozialistischen Antisemitismus sind bereits mehrfach, auch in ihren Kontinuitätslinien, beschrieben¹¹, allerdings noch nicht eingehend auf die in dieser Linie tradierten Lösungsvorschläge, und hier insbesondere im Hinblick auf die Forderung nach Ausscheidung und Exterritorialisierung, untersucht worden¹². Es soll deshalb gezeigt werden, daß auch hier, bei den sog. „Klassikern“

¹⁰ Ebenda, S. 213–214.

¹¹ Vgl. als jüngstes Beispiel Niewyk, Solving the „Jewish Problem“, S. 335–370; vgl. auch Berding, Moderner Antisemitismus; Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus; Mosse, The Crisis of German Ideology; Massing, Vorgeschichte.

¹² Niewyk differenziert die Lösungsvorschläge in „integrationistische“ (Assimilation, Mischen), „segregationistische“ (Beschränkungen innerhalb des Staates) und „exclusionistische/expulsionistische“ (Austreibung, Beseitigung/Vernichtung). Diese an zahlreichen Beispielen illustrierte Unterscheidung ist an sich wertvoll und erkenntnisfördernd. Indem Niewyk jedoch die

und Theoretikern des Antisemitismus, eine Wurzel der nationalsozialistischen Madagaskar-Überlegungen liegt. Ihre Grundlagen finden sich am Ende des 19. Jahrhunderts und werden dann in den zwanziger und verstärkt in den dreißiger Jahren unseres Säkularums wieder deutlich sichtbar. Madagaskar war, dies ist in der Forschung bisher unbeachtet geblieben, für einen vielköpfigen Kreis umtriebiger Antisemiten gleichsam ein „Programm“ für den Wunsch nach einer möglichst vollständigen „Lösung der Judenfrage“. Die „Programmatik“ und ihre international agierenden Protagonisten sollen deshalb ausführlich zu Wort kommen.

Unabhängig hiervon und darüber hinaus, war die Insel mehrfach das konkrete Objekt politischer Planungen. Der Gedanke, die Insel vor der Ostküste Afrikas für eine Ansiedlung von Teilen des europäischen Judentums in einer wie auch immer gearteten Form zu benutzen, hat die unterschiedlichsten Gemüter angeregt: pathologische Ideologen, verquaste Demagogen, erwartungsvolle Politiker, betriebsame Bürokraten, und nicht selten fanden sich mehrere dieser Charaktere in einer Person vereinigt.

In Polen und Frankreich und zwischen beiden Staaten gab es in den Jahren 1937 bis 1939 eine Reihe von Überlegungen, Madagaskar eventuell für eine Besiedlung mit Juden oder auch anderen Europäern zu nutzen, die in Polen zu konkreten Kolonisationsplanungen führten. Diese von vielerlei unterschiedlichen Motiven gespeisten Erörterungen werden in der einschlägigen Forschung stets als mehr oder minder wichtige gedankliche Vorläufer des deutschen Planes von 1940 genannt. Hier gilt es, diese unzulässige Vermengung aufzulösen, beide Projekte in ihrer Eigenständigkeit schärfer herauszuheben und in den jeweiligen historischen Kontext nationaler wie internationaler Politik einzuordnen. In diesem Zusammenhang ist auch zu fragen, was die deutschen Planer über die polnischen Pläne wußten und wie sie diese sahen. Gab es Verbindungen zwischen den polnischen und den deutschen Vorstellungen, bzw. worin bestanden die entscheidenden Unterschiede?

In den zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Darstellungen zur Judenpolitik während der Herrschaft Hitlers wird der Madagaskar-Plan nur episodisch behandelt. Diese Perspektive wurde stets durch die Frage nach der Rolle des deutschen Madagaskar-Projekts in Verlauf und Vollzug der nationalsozialistischen Rassenpolitik zwischen 1933 und 1945 bestimmt. Entscheidend trat hierbei die Frage in den Vordergrund, wie ernsthaft die Nationalsozialisten ihren Madagaskar-Plan und seine Realisierung betrieben, bzw. welche Absichten sie mit diesem Projekt verfolgt haben. Daß dies eine der Kernfragen der vorliegenden Untersuchung ist, versteht sich von selbst.

Dominanz der ersten beiden (über)betont und gegen die (von Massing als erstem in die Diskussion gebrachte) These von der „Rehearsal for Destruction“ argumentiert, es handle sich bei den Varianten des Antisemitismus, die bis zum Ersten Weltkrieg im imperialen Deutschland an Einfluß gewannen, nur um den letzten Akt „in the drama of nineteenth-century bigotry and intolerance“, unterschätzt er den prinzipiell auch schon in dieser Zeit angelegten Vernichtungsgedanken, dem freilich noch der in diesem Sinne missionarisch eifernde und gleichzeitig politisch mächtige Praktiker fehlte. Auch der Exterritorialisierungs- bzw. Reservat- oder Quarantänegedanke wird hier nicht entsprechend berücksichtigt, wie auch der nationalsozialistische Antisemitismus als im wesentlichen „opportunistisch“ gedeutet und somit in seiner grundsätzlichen ideologischen Bedeutung für Hitler und seine Bewegung verkannt wird; Niewyk, *Solving the „Jewish Problem“*, S. 368–370.

Die folgenden Ausführungen sollen daher die gedankliche Linie verdeutlichen, die aus dem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstehenden Rassenantisemitismus hin zur „genozidalen Endlösung“ führte, und aufzeigen, welche theoretische und praktische Rolle hierbei der Madagaskar-Gedanke spielte. Ohne hier einem völlig unhistorischen Determinismus das Wort zu reden, soll der Fundus aufgezeigt werden, aus dem Hitler und seine Anhänger schöpfen konnten und reichlich schöpften, während gleichzeitig durch den der rassenantisemitischen Theorie inhärenten dogmatischen Manichäismus, als er sich in der Person Hitlers mit einem politischen Messianismus höchsten Grades verband, eine Entwicklung eingeleitet wurde, der von Beginn an die Tendenz und das Streben zur Umsetzung der Ideologie innewohnte, sofern die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung standen.

2. Entwicklung und Positionen der Forschung

Zeitgenössische Stellungnahmen

Schon während des Zweiten Weltkrieges, als das Madagaskar-Projekt noch in den Schubladen deutscher Behörden lag, beschäftigten sich (zumeist jüdische) Wissenschaftler und Politiker mit der Frage nach einer möglichen Realisierbarkeit der deutschen Pläne. Fast zeitgleich mit dem ausgearbeiteten deutschen Plan erschien bereits im Herbst 1940 eine Darstellung der aktuellen Vorhaben in einer jüdischen amerikanischen Zeitschrift. Darin wurde von Max Nussbaum, einem ehemaligen Berliner Rabbiner und vehementen Anhänger des Zionismus, ausführlich und genau Entstehung und Umfang der deutschen Absichten dargelegt¹³. Nussbaum schilderte gut informiert, daß in kürzester Zeit rund fünf Millionen Juden nach Madagaskar deportiert werden sollten, „as soon as Hitler won the war. [. . .] That island had been selected because it was sufficiently removed from Europe to prevent the Jews from escaping and because it was large enough, in the opinion of the Gestapo, to absorb so great a number.“ Die nötigen Gelder für diese „greatest forced migration in human history“ hofften die Deutschen wohl durch Druck von der „Jewish Agency for Palestine“ und jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten zu bekommen, meinte Nussbaum, damit die Juden nicht ihrem Schicksal überlassen würden. Diese Erwartungshaltung werde durch die Annahme verstärkt, daß die Deutschen Palästina nach einem Sieg der „Achse Berlin – Rom“ den Italienern überlassen wollten und dieses Territorium dann als Zuflucht für jüdische Emigranten, mögliches Nationalheim oder gar Judenstaat ausfallen werde. Nussbaum führte den ganzen Plan zurück auf das Buch „Arische Rasse, Christliche Kultur und das Judenproblem“ des „Rotterdammers“ Egon van Winghene, dessen Namen er für ein Nazi-Pseudonym hielt¹⁴.

Aufgeschreckt durch die bekanntgewordenen Pläne Hitlers, beauftragte ebenfalls in dieser Zeit das „Research Institute on Peace and Post-War Problems“ des „American

¹³ Nussbaum, *Life in Wartime Germany*, S. 577–586. Zu Nussbaum vgl. Freedman, *Die jüdische Presse im Dritten Reich*, S. 146.

¹⁴ Nussbaum, *Life in Wartime Germany*, S. 581–582; vgl. Kap. III. 3.

Jewish Committee“ seinen Mitarbeiter Eugene Hevesi mit der Untersuchung und Darstellung der Möglichkeiten einer Kolonisation durch Juden oder andere Europäer auf Madagaskar. Nach zeitgenössischen Informationen der britischen Seite wurde diese Studie durch Berichte angeregt, wonach die Gestapo plane, 5 000 000 Juden auf Madagaskar anzusiedeln¹⁵. Hevesi legte im Mai 1941 seine Ergebnisse vor¹⁶ und kam zu dem Schluß, Madagaskar sei „destined, if Hitler has his way, to be the death chamber of the Jews of Europe“¹⁷. Hitlers Absicht, die Juden zu töten („to destroy“), unterliege keinem Zweifel, und genau dies werde auch auf Madagaskar zu befürchten sein, wenn man dorthin Tausende von Europäern zu verpflanzen versuche. Die Insel bot nach Hevesis Erkundigungen „no possibility for large-scale immigration, while even the attempted settlement of small numbers of Europeans has failed“¹⁸. Er untersuchte die Optionen der Realisierbarkeit mit Hilfe der bis dato diskutierten, aber nie verwirklichten Projekte, stellte deren Ergebnisse in einer zusammenfassenden Analyse dar und kam zu dem Schluß, daß „sending Jewish masses, enervated and ruined as they would be after the war, to Madagascar under sanitary conditions such as prevail there at present, would mean sending them to their grave“¹⁹. [...] No pogrom in history would equal the slaughter which would result from the indiscriminate dumping of millions of helpless people into a primitive, hostile environment.“²⁰

Chaim Weizmann, Präsident der „Zionistischen Weltorganisation“ und der „Jewish Agency“, hatte schon am 25. März 1941 in einer Rede in New York festgehalten, daß das „Heimweh der Juden nach ihrem Heimatland [...] die eigentliche bewegende Ursache des jüdischen Problems“ sei. Madagaskar fehle die „moralische Anziehungskraft“ von „Erez Israel“ ebenso wie anderen, als Alternativen zu Palästina ins Auge gefaßten Gebieten²¹.

Im November 1941 befaßte sich dann die in New York erscheinende Zeitschrift „Jewish Affairs“ mit „Projects for Jewish Mass Colonization“²². Nach Ansicht der Autoren hatten die beschriebenen Pläne für eine umfangreiche Ansiedlung von Juden in allen Teilen der Welt – eine Reihe afrikanischer Gebiete einschließlich Madagaskars, Alaska und Australien, Equador und Guayana in Südamerika, die Dominikanische Republik in der Karibik und Stalins Idee eines Territoriums für die Juden in Biro-Bidjan im fernen Osten der UdSSR – in ihrer Vielfalt eines gemeinsam: sie waren, sofern sie überhaupt ernsthaft in Angriff genommen worden waren, als Massenprojekte geschei-

¹⁵ PRO FO 371/32660, W 10240/397/48, Aufzeichnung des Foreign Office vom 23.7. 1942.

¹⁶ Hevesi, Hitler's Plan for Madagascar, S. 381–395; vgl. AD, Guerre 1939–1945, Londres CNF, juin 1942 – juillet 1943, 115–117.

¹⁷ Hevesi, Hitler's Plan for Madagascar, S. 381.

¹⁸ Ebenda, S. 383.

¹⁹ Ebenda, S. 386.

²⁰ Ebenda, S. 394.

²¹ PAAA Inland II A/B 55/2, Rede Weizmanns vom 25.3. 1941 über „Die Zukunft des Judentums“. Basierend auf diesen Ansichten veröffentlichte Weizmann im Januar 1942 in „Foreign Affairs“ einen Artikel zu „Palestine's Role in the Solution of the Jewish Problem“, in dem er dem Madagaskar-Gedanken ebenfalls eine klare Absage erteilte; Weizmann, S. 324–338, zu Madagaskar S. 326.

²² Jewish Affairs, Vol. I, No. 4, New York, November 1941. Die Zeitschrift wurde herausgegeben vom „Institute of Jewish Affairs“, das vom „American Jewish Congress“ und vom „World Jewish Congress“ unterstützt wurde.

tert. Nur zwei Pläne wurden überhaupt und lediglich in Ansätzen realisiert: Biro-Bidjan im Osten der Sowjetunion und die Ansiedlung von Flüchtlingen in der Dominikanischen Republik²³.

Alle anderen Projekte, einschließlich der Planungen zu Madagaskar, seien nie über die Planungsphase hinausgekommen, und die Insel sei von französischer Seite auch nie für eine Massenbesiedlung vorgesehen gewesen. Zu den inzwischen wieder aufgegebenen Überlegungen, Madagaskar als mögliches Zielland jüdischer Massenansiedlung zu nutzen, war die Haltung der Zeitschrift eindeutig ablehnend, und sie meinte, daß „Madagascar may be destined, if Hitler has his way, to become a Devil's Island for the Jews of Europe“. „Jewish Affairs“ erklärte weiter, am 28. April 1941 habe der „Welt-Dienst“ über eine Geheimklausel im deutsch-französischen Waffenstillstandsabkommen berichtet, nach dem die Franzosen Madagaskar für die europäischen Juden öffnen sollten. Außerdem habe am folgenden Tag die „Jüdische Telegraphen-Agentur“ aus Stockholm darüber informiert, daß führende jüdische Persönlichkeiten aus Deutschland, Österreich, dem besetzten Polen und dem Protektorat zu einer Konferenz nach Berlin zusammengerufen worden seien. Dort sei ihnen der Plan offeriert worden, alle Juden aus Europa nach Madagaskar zu evakuieren. Beide Behauptungen lassen sich allerdings nicht verifizieren²⁴.

²³ Das sowjetische Projekt der Schaffung eines eigenen jüdischen Siedlungsgebietes, für das seit 1924 zunächst die Krim vorgesehen war, konzentrierte sich ab 1928 auf Biro-Bidjan. Am 7. Mai 1934 wurde der Landstrich sogar zur autonomen jüdischen Region erklärt. Der Plan, vor allem landwirtschaftliche jüdische Ansiedlungen zu fördern, scheiterte ebenso wie die Idee einer umfangreichen Ansiedlung von Juden überhaupt. Ende 1937 lebten in dem Gebiet etwa 29 000 jüdische Einwohner, davon wiederum nur 10 000 auf dem Land, was nur 4,5 Prozent der Gesamtzahl jüdischer Landwirte in der UdSSR ausmachte. Der Gedanke, nichtrussische Juden in dieser Region anzusiedeln, kam überhaupt nicht zum Tragen.

Die Dominikanische Republik hatte sich im Februar 1939 bei einer Tagung des „Intergovernmental Committee on Refugees“ in London bereit erklärt, 100 000 Flüchtlinge aller Berufsgruppen aufzunehmen. Daraufhin wurde im Frühjahr 1939 eine Untersuchungskommission nach Santo Domingo entsandt, die zu positiven Ergebnissen kam. Nach vertraglichen Vorbereitungen zwischen der dominikanischen Regierung und jüdischen Organisationen wurden im Frühjahr 1940 im Gebiet von Sosua im Norden der Insel die ersten 500 jüdischen Flüchtlinge angesiedelt. Es war die erste jüdische Flüchtlingskolonie überhaupt; vgl. Jewish Affairs, November 1941, S. 5f.

²⁴ Jewish Affairs, November 1941, S. 12f. Die genannten Zitate aus dem „Welt-Dienst“ und der „Jüdischen Telegraphen-Agentur“ aus Stockholm werden zum ersten Mal bei Hevesi, S. 381, genannt und wurden dann offensichtlich ungeprüft immer wieder angeführt. Eine Ausgabe des „Welt-Dienstes“ vom 28. 4. 1941 hat es nicht gegeben, die einzige Ausgabe für diesen Zeitraum ist Nr. VIII/8./15. 4. 1941. Im Inhaltsverzeichnis für das Jahr 1941 ist ein Stichwort „Madagaskar“ nicht, wie sonst bei Erwähnung üblich, aufgeführt. Am 15. 4. 1941 erschien eine Ausgabe des „Welt-Dienstes“, in der die Rede Alfred Rosenbergs zur Eröffnung des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ in Frankfurt a.M. abgedruckt wurde. Hierin kam er auf Möglichkeiten zur Lösung der Judenfrage im Sinne der von ihm stets propagierten Reservatlösung zu sprechen, ohne allerdings Madagaskar zu erwähnen – obwohl ihn dieser Gedanke stark beschäftigte; vgl. Kap. III. 14.

Auch von einer Konferenz oder einer ähnlichen Zusammenkunft führender Vertreter des Judentums mit den zuständigen Stellen in Berlin zu Besprechungen über den Madagaskar-Plan von Ende April 1941 ist aus anderen Quellen nichts bekannt. Ein Gespräch zwischen Adolf Eichmann, seinem Mitarbeiter Theodor Dannecker und führenden Vertretern der Juden, das sich mit der Auswanderungsfrage beschäftigte, fand Anfang Juli 1940 in Berlin statt. Doch

Unter dem Eindruck inzwischen bekannter Informationen über die laufenden Vernichtungsmaßnahmen berichtete Philip S. Bernstein Ende Januar 1943 in einem Artikel in „The Nation“ über die Lage der Juden in Europa mit dem Untertitel „Alternatives to Zion“ und stellte zu Madagaskar fest, daß berichtet worden sei „that Hitler had selected Madagascar as a dumping place for Jews before he decided to liquidate them“²⁵.

Untersuchungen und Stellungnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Krieg haben sich drei Artikel direkt mit dem Thema Madagaskar-Projekte auseinandergesetzt²⁶. Alle sonstigen Untersuchungen behandeln den Gegenstand Madagaskar im größeren Zusammenhang allgemeiner Judenpolitik, sei es Polens, des „Dritten Reiches“ oder auch Vichy-Frankreichs²⁷.

Eine erste gründliche Auseinandersetzung mit dem Sujet unternahm 1953 Philip Friedman in seinem Artikel über „The Lublin Reservation and the Madagascar Plan“ als zwei Aspekten der Judenpolitik der Nationalsozialisten während des „Dritten Reiches“²⁸. Friedman führte darin die Idee, Madagaskar mit Juden zu kolonisieren, unter Verweis auf den Aufsatz Hevesis auf Egon van Winghene zurück. Er hielt van Winghene für einen deutschen Publizisten, „probably a Nazi“, dessen Werk von Nationalsozialisten, vermutlich aus dem Umkreis Himmlers, publiziert worden sei. Friedman zog von einer Himmler fälschlicherweise für 1934 zugeschriebenen Äußerung²⁹ eine direkte Linie zu den Plänen Polens und hielt fest, daß „in 1937 the Polish government again took up the Madagascar project“, wobei sich das „again“ auf folgenlose Gespräche des polnischen Botschafters Alfred Chlapowski mit dem Gouverneur von Madagaskar, Marcel Olivier, aus dem Jahr 1926 bezieht, in denen Chlapowski nach Zuwanderungsmöglichkeiten für Polen gefragt hatte³⁰. Er erwähnte die nach Madagaskar entsandte polnische Untersuchungskommission und die ablehnende Reaktion in zwei jüdischen polnischen Zeitungen zwischen Januar und März 1938³¹. Allerdings unterliefen Friedman hier grobe chronologische Fehler, als er schrieb, daß der polnische Außenminister Józef Beck trotz aller Proteste die Bemühungen um eine französische Unterstützung seiner Pläne fortgesetzt habe, und dies mit Gesprächen zwischen Beck und dem französischen Premierminister Léon Blum belegen möchte. Diese Gespräche fanden jedoch im Herbst 1936 statt, konnten also schwerlich in einem wie auch immer gearteten Zusammenhang mit Presseveröffentlichungen vom Jahresbeginn 1938 stehen³².

wurde darin seitens der deutschen Behörden bewußt die Erwähnung Madagaskars vermieden; vgl. Kap. VI. 6.

²⁵ Bernstein, *The Jews of Europe*, S. 161.

²⁶ Friedman, *The Lublin Reservation*; Tenenbaum, *Hitler's „Jewish State“*; Yahil, *Madagascar*.

²⁷ Zu letzterem vgl. vor allem Marrus/Paxton, *Vichy et les Juifs*.

²⁸ Friedman, *The Lublin Reservation*.

²⁹ Vgl. Kap. V. 1., Anm. 16.

³⁰ Vgl. Kap. IV. 14.

³¹ Chwila Poranna, 18. 1. 1938, J. Białoskórski: Piekło na Madagaskarze; 11. 3. 1938, *Gen: Madagaskariada*; 12. 3. 1938: *Legenda madagaskarska w proch sie rozwiała*. Chwila Wieczorna, 10. 1. 1938; 26. 1. 1938; 5. 3. 1938: *Niechaj jada do Madagaskaru, tam ich zniszczy dzuma i tyfus*; Angaben nach Friedman, *The Lublin Reservation*, S. 166, Anm. 52.

³² Friedman, *The Lublin Reservation*, S. 166 m. Anm. 53.

Die Frage, wann und wo Beck seine Forderungen tatsächlich zum erstenmal ventiliert hat und welche Reaktionen dies in der nichtjüdischen wie der jüdischen Presse hervorrief, wird ausführlich zu behandeln sein.

Neben Friedman war es in den fünfziger Jahren Joseph Tenenbaum, der sich mit „Hitler's ‚Jewish State‘ in Madagascar“ beschäftigte. Er betonte, die „puzzling question“ sei „not why the Germans acted the way they did, but why they chose Madagascar from among the multitude of countries and wastelands advanced in the various conferences and committees in a vain search for a refuge for the Nazi victims“. Tenenbaum beantwortete diese Frage, indem er die polnischen und deutschen Pläne als im Grunde gleichbedeutend beurteilte und festhielt: „Originally, the Madagascar scheme was not a German, but a Polish ‚solution‘, albeit on a smaller scale.“³³ Die Unhaltbarkeit dieser Gleichsetzung wird eingehend zu erörtern sein. Über Hitlers Madagaskar-Plan meinte Tenenbaum, daß „the purpose behind all the outward schemes was always the same cruel desire – complete annihilation“, woraus er den Schluß zog, daß Hitler „used the Madagascar pretense merely as a sort of camouflage to confuse and mislead the uninitiated“³⁴.

Die jüngste und bislang profundeste Darstellung zur Entstehung und historischen Entwicklung des Madagaskar-Gedankens stammt aus der Feder Leni Yahils³⁵. Sie legt den Schwerpunkt ihrer 20seitigen, durchweg exakten und reflektierten Untersuchung auf die deutschen Überlegungen, die sie als „phantom of a solution for the Jewish Question“ bewertet, ohne freilich alle Aspekte umfassend behandeln zu können. Yahil gibt, basierend auf der Forschungsliteratur sowie einer Reihe publizierter Quellen und einigen unveröffentlichten Dokumenten des Foreign Office, auch eine Skizze der polnischen Pläne und beschreibt einzelne gedankliche Vorläufer des deutschen Plans, wobei sie zu Recht auf die ideologische Wurzel der nationalsozialistischen Überlegungen verweist, das Judenproblem dadurch zu lösen, daß man diese Minderheit vom Rest der Menschheit absondert³⁶. Sie hat darüber hinaus als erste auf die Erwähnung des Madagaskar-Gedankens bei Paul de Lagarde hingewiesen, dessen Vorstellungen und Nachwirkungen es im Rahmen dieser Darstellung näher zu analysieren gilt.

Neben den genannten Monographien hat das Madagaskar-Projekt stets auch in allgemeineren Untersuchungen zur nationalsozialistischen Judenpolitik zu Stellungnahmen herausgefordert, deren Bewertungsspektrum kurz skizziert werden soll.

Anatole Goldstein nannte den Madagaskar-Plan 1952 „monstrous“, ohne auf die Wurzeln einzugehen, und meinte, der Plan, der ein „Jewish ghetto on a world scale, an island of the damned“ vorgesehen habe, sei von Hitler und seiner engsten Umgebung nicht ernsthaft verfolgt worden, obwohl er bis Ende Sommer 1941 in Berlin behandelt worden sei³⁷.

Gerald Reitlinger hielt in seinem 1953 erschienenen Werk über „Die Endlösung“ fest, „daß der Madagaskar-Plan hauptsächlich den Zweck hatte, dem Auswärtigen

³³ Tenenbaum, Hitler's „Jewish State“, S. 11; vgl. Ders., *Race and Reich*, S. 239.

³⁴ Tenenbaum, *Race and Reich*, S. 248.

³⁵ Yahil, *Madagascar*.

³⁶ Ebenda, S. 328.

³⁷ Goldstein, *From Discrimination to Annihilation*, S. 16.

Amt die Verhinderung der freien Auswanderung von Juden aus den Achsenländern zu erleichtern“, und verwies damit auf seine Tarnfunktion³⁸. Kaum von Bedeutung war der Plan nach Ansicht von Lucy S. Dawidowicz, die im Hitlerschen Nationalsozialismus einen sich programmgemäß auf das Ziel der Vernichtung hin entfaltenden „Krieg gegen die Juden“ diagnostizierte, in dem zum Zeitpunkt des Madagaskar-Plans das „Endziel“ schon lange ins Auge gefaßt gewesen sei³⁹. Marlis Steinert nannte den Madagaskar-Plan „die letzte Utopie einer bürokratisch-rationalen Regelung des jüdischen Auswanderungsproblems“ seitens der SS⁴⁰, und für Heinz Höhne war er „das letzte Zucken der SS-Auswanderungspolitik, das Ende einer eigenen Konzeption“⁴¹.

Helmut Krausnick stellte demgegenüber fest, der ganze Plan sei, „da keine Aussicht auf Frieden bestand [...] totgeboren“⁴², und auch Christopher R. Browning, ein hervorragender Kenner der Judenpolitik vor allem seitens des Auswärtigen Amtes, nannte den Madagaskar-Plan „still-born“⁴³.

Walther Hofer vertrat die Auffassung, der Madagaskar-Plan sei, „angesichts der dortigen Bedingungen wie der damaligen weltpolitischen Umstände“, eine „reine Wahnidee“, die zu der Frage Anlaß gebe, „ob es sich bei solchen ‚Planungen‘ nicht um reine Propaganda oder um Täuschungsmanöver gehandelt haben muß“⁴⁴.

In die gleiche Richtung argumentierte schon Hannah Arendt in ihrem „Bericht von der Banalität des Bösen“ anläßlich des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Jerusalem. Der Madagaskar-Plan sollte ihrer Meinung nach „von vornherein als Deckmantel dienen, unter dem die Vorbereitungen für die physische Vernichtung des westeuropäischen Judentums vorangetrieben werden konnten“. Die Ausrottung der polnischen Juden sei ohnehin bereits „beschlossene Sache“, das Madagaskar-Projekt mithin „nichts weiter als ein aufgelegter Schwindel“ gewesen⁴⁵.

Im Gegensatz dazu sah Uwe Dietrich Adam den Madagaskar-Plan, gemäß seiner These von der ungeplanten Entwicklung der Judenverfolgung im „Dritten Reich“, noch im Sommer und Herbst 1941 als ernsthafte Perspektive der nationalsozialistischen Judenpolitik. Die „insulare Lösung“ sei auch während des Krieges gegen die Sowjetunion noch immer das „Hauptziel“ gewesen⁴⁶. Erst um die Jahreswende 1941/42

³⁸ Reitlinger, *Die Endlösung*, S. 89.

³⁹ Dawidowicz, *Der Krieg gegen die Juden 1933–1945*, S. 112. Dawidowicz zeichnet in ihrem Werk eine ungebrochene Linie von der traditionellen Judenfeindschaft über den Modernen Antisemitismus in Deutschland bis zur Ideologie und Politik Hitlers, in dessen Person diese Tradition gleichsam kulminiert sei und ihren Vollstrecker gefunden habe, der von Beginn an den später praktizierten Massenmord intendierte. Dieser „ultraintentionalistischen“ (Christopher R. Browning) Argumentation entsprechend mißt sie einer „Reservatlösung“, wie sie Lublin oder Madagaskar bedeutet hätten, allenfalls einen Übergangscharakter zu und hebt vor allem die „Ungestörtheit“ hervor, welche die Insel den Deutschen für die „Endlösung“ geboten hätte. Es ist allerdings fraglich, ob die „Ungestörtheit“ angesichts einer sicherlich Aufsehen erregenden millionenfachen Deportation auf die exponiert gelegene Insel tatsächlich ein Argument für diese These ist.

⁴⁰ Steinert, *Hitlers Krieg und die Deutschen*, S. 238.

⁴¹ Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*, S. 324.

⁴² Krausnick, *Judenverfolgung*, S. 294.

⁴³ Browning, *Referat D III*, S. 135.

⁴⁴ Hofer, *Stufen der Judenverfolgung im Dritten Reich*, S. 183.

⁴⁵ Arendt, *Eichmann in Jerusalem*, S. 108–110.

⁴⁶ Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, S. 307.

habe Hitler das „Madagaskar-Projekt als Versuch einer Endlösung endgültig abgeschlossen“ und Himmler „um die gleiche Zeit“ den endgültigen Befehl zur Massenvernichtung der Juden gegeben⁴⁷. Ursächlich für den Vernichtungsbefehl sei der Wille Hitlers gewesen, die Juden während des Krieges aus Deutschland zu deportieren. Da der Madagaskar-Plan – das Endziel – im Moment des Krieges gegen die Sowjetunion nicht realisierbar, ein Weitertransport der Juden in die eroberten russischen Gebiete ebenfalls nicht möglich gewesen sei und deshalb die Transporte notgedrungen ins Generalgouvernement und die Reichskommissariate Ostland und Ukraine hätten verbracht werden müssen, sei es bei diesem „Stand planungsloser Lösungsversuche“ schließlich zur Endlösung in den Vernichtungslagern gekommen, die „jedoch Hitlers längst erwogenen Plänen entsprach und sich in der allseits verfahrenen Situation nahtlos in sein Konzept einfügte“⁴⁸. Adams Einordnung des Madagaskar-Plans wird kritisch zu beleuchten, der von ihm als für das Projekt relevant angesehene Zeitraum zu modifizieren sein.

Neben der Korrektur oder Bestätigung bisheriger Forschungsergebnisse ist nach den Motiven zu fragen, die den Autor des Plans im Auswärtigen Amt, Franz Rademacher, bei der Ausarbeitung seiner Vorstellungen bewogen haben. War er tatsächlich „working in an anti-Semitic dream world completely out of touch with reality“⁴⁹, oder stellen die Madagaskar-Überlegungen eventuell eine echte Alternative zur dogmatischen Drohung Hitlers dar, „daß das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa sein“ werde⁵⁰, das heißt, daß der Madagaskar-Plan, „so phantastisch er klingt, keine Spielerei von ein paar Beamten war, sondern im vorzeitigen Siegesrausch für durchführbar gehalten wurde“⁵¹?

Paßte ein Projekt, dessen Durchführung auf einen Zeitraum von mindestens vier Jahren konzipiert war, in „Hitlers Strategie“⁵²? Stellte das Madagaskar-Projekt, verbunden mit den Vorstellungen von einem „europäischen Großwirtschaftsraum“ und einem „mittelafrikanischen Kolonialgroßreich“, als „Zwischenstufe in der Reihe deutscher spätimperialistischer Kriegszielvorstellungen“ möglicherweise eine Alternative zu Hitlers Ostraumplänen dar⁵³? Hing Hitler dem Plan „bis zu dem Zeitpunkt“ an, „da der rassenbiologische Vernichtungskrieg gegen Rußland, Bolschewismus und Judentum begann“⁵⁴, bildete er demnach „lange Zeit für Hitler einen festen Bestandteil seiner Überlegungen“⁵⁵? Für welchen Zeitraum kann diese Feststellung gelten? Oder war das Madagaskar-Projekt für den deutschen Diktator eine „widersprüchliche oder auswechselbare Zielvorstellung“ zum „russischen Osten“⁵⁶?

Welche Behörden waren für den Madagaskar-Plan entscheidend, und welche Rolle spielte Hitler im Zusammenhang der Entwicklung des Gedankens, oder, anders gefragt,

⁴⁷ Ebenda, S. 313.

⁴⁸ Ebenda, S. 312.

⁴⁹ Browning, Referat D III, S. 129.

⁵⁰ So Hitler in seiner programmatischen Rede am 30. 1. 1939 vor dem Reichstag, in: Domarus, Hitler, S. 1058.

⁵¹ Adler, Der verwaltete Mensch, S. 72.

⁵² Vgl. hierzu das Werk von Andreas Hillgruber: Hitlers Strategie.

⁵³ Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 254.

⁵⁴ Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich, S. 661.

⁵⁵ Ders., Deutsch-Mittelafrika – Ein Kriegsziel Hitlers, S. 406.

⁵⁶ Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung“, S. 748.

für welchen Zeitraum spielte dieser Gedanke für den „Führer“ welche Rolle? Daß Hitler für die Umsetzung der antisemitischen Ideologie hin zur „genozidalen Endlösung“ die Zentralfigur war, steht außer Zweifel. Er war in der Tat „der leitende Architekt der jüdischen Katastrophe“ wie jüngst Raul Hilberg festhielt. Hitler „war es, der die fließenden Ideen von 1940 in die harte Realität von 1941 transformierte“⁵⁷. Hierbei entlud sich eine tiefsitzende ideologische Fixierung, die ihre Wurzeln in einer langen antisemitischen Denktradition hatte, der bislang ein zur Umsetzung durch die entsprechenden Machtmittel fähiger, mit der notwendigen moralischen Indifferenz und dem gleichzeitigen Gefühl des Messianismus ausgestatteter Exekutor fehlte. Die „genozidale Endlösung“ wurde vom „Primat der Weltanschauung“, nicht von einer rational-utilitaristischen „Ökonomie“ abgeleitet⁵⁸.

Es soll im folgenden nicht darum gehen, dem skizzierten breiten Meinungsspektrum zum Madagaskar-Plan, seiner ideologischen wie praktischen Herleitung und seiner Rolle im Rahmen der nationalsozialistischen Judenpolitik eine weitere semantische Variante hinzuzufügen. Vielmehr soll in einer umfassenden Untersuchung auf verbreiteter und in vielen Teilen bislang unbenutzter Quellenbasis eine klärende und korrigierende Synthese geliefert werden, die dem Madagaskar-Plan bzw. den Madagaskar-Plänen und den ihnen zugrunde liegenden Gedanken ihren historischen Ort zuweist und analytisch ihre Bedeutung so scharf als möglich umreißt. Somit wird ein klar konturiertes Bild über Entstehung, Entwicklung und praktische Ausprägung des Madagaskar-Gedankens gezeichnet werden, das auch eine abschließende Bewertung ermöglicht.

Zunächst soll es dabei um den Gedanken an eine „Absonderung“ und „Exterritorialisierung“ der Juden gehen, wie er im Umfeld des Rassenantisemitismus in der antisemitischen Publizistik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei den sogenannten „Klassikern“ des antisemitischen Denkens entstand und sich bis in den Zeitraum unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges entwickelte. Anschließend gilt es, den Gedanken an Madagaskar zur zwangsweisen Ansiedlung der Juden in seiner Existenz als Programm einer „Internationale des Antisemitismus“ unter dem Stichwort „Voll-Zionismus“ in seiner theoretischen und praktischen Reichweite von Beginn der zwanziger Jahre bis in den Zweiten Weltkrieg hinein zu verfolgen. Danach wird die Entstehung und die praktische Entwicklung der polnisch-französischen Madagaskar-Überlegungen in ihren vielfältigen nationalen wie internationalen Aspekten zu beschreiben sein, um sie in ihrer Eigenständigkeit deutlich herauszuarbeiten, ohne dabei

⁵⁷ Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer, S. 30. Hilberg modifiziert damit seine Deutung aus dem Jahr 1961, der zufolge die Bürokratie und ihre beflissenen Diener die Hauptrolle im fortschreitenden Verfolgungs- und Vernichtungsprozeß spielten; Ders., *The Destruction of the European Jews*.

⁵⁸ Vgl. die von Aly/Heim hierüber jüngst ausgelöste Forschungskontroverse, wonach die Judenvernichtung einer „Ökonomie der Endlösung“, entworfen von deutschen Akademikern aus Ökonomie, Agrarwissenschaften, Bevölkerungsforschung, Raumplanung und Statistik, gefolgt sei; Aly/Heim, *Die Ökonomie der „Endlösung“*, S. 11–90; Dies., *Vordenker der Vernichtung*; Dies., *Sozialplanung und Völkermord*, S. 11–23; Dies., *Wider die Unterschätzung*, S. 165–175. Unter Anerkennung der sicher wertvollen neuen Gesichtspunkte, die von Aly und Heim in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht wurden, erscheint die Auffassung vom Primat der Hitlerschen Ideologie nach wie vor sehr viel plausibler. In diesem Sinne: Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 198–236; Ders., *Rassismus und rationales Kalkül*, S. 25–35; Browning, *Vernichtung und Arbeit*, S. 37–51; Graml, *Irregeleitet*, S. 286–295.

erkennbare Berührungspunkte mit der vorher beschriebenen antisemitischen Tradition und den späteren deutschen Plänen außer acht zu lassen. Die deutschen Vorstellungen und Pläne werden anschließend zunächst in ihrer Herleitung und Entwicklung während der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg im Hinblick auf das Spannungsverhältnis von „zerstreuender“ Auswanderung, Territorialfrage und „Endlösungs“-Perspektive untersucht. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Entwicklungslinien in der Behandlung der Judenfrage, wie sie sich in den beiden für den deutschen Madagaskar-Plan 1940/41 entscheidenden Behörden, dem Auswärtigen Amt und dem Reichssicherheitshauptamt, vor dem Hintergrund der allgemeinen Judenpolitik des „Dritten Reiches“ und den erkennbaren Spiegelungen der skizzierten antisemitischen Tradition nachzeichnen lassen. Daran schließt sich die ausführliche Darstellung und historische Erörterung des deutschen Madagaskar-Projekts aus dem Jahr 1940 an, das in seiner Entstehung und Entwicklung, seinen gedanklichen Hintergründen sowie vermeintlichen oder tatsächlichen Realisierungsaussichten beschrieben und bewertet werden soll. Die Darstellung mündet abschließend in eine, die vorangegangene Untersuchung und deren Ergebnisse reflektierende, Schlußbetrachtung der Gesamtentwicklung des Madagaskar-Gedankens und verweist auf seine über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinausreichende irrationale Virulenz.

II. „Absonderung“ und „Exterritorialisierung“ bei den „Klassikern“ des Antisemitismus

1. Zum Antisemitismus-Begriff

Der Begriff Antisemitismus, ursprünglich 1879 in Deutschland, vermutlich im Frühjahr des Jahres in Berlin im Umkreis Wilhelm Marrs geprägt, wurde in eine Vielzahl anderer Sprachen übernommen¹. Er meinte zunächst eine ideologische Doktrin und politisch-soziale Bewegung, die im 19. Jahrhundert entstand und sich, vermengt mit der naturwissenschaftlichen Theorie des Darwinismus und der auf Gobineau folgenden pseudowissenschaftlichen Rassentheorie, zum völkischen bzw. Rassenantisemitismus weiterentwickelte. Verbunden mit der Vorstellung vom Kampf der diversen Rassen im Sinne eines sozialdarwinistischen Wettbewerbs, fand dieser Rassenantisemitismus seine weitreichendste und in der Praxis brutalste und folgenreichste Form im Staat Hitlers. Nach 1945 erfuhr der Begriff eine Bedeutungserweiterung, indem er auf die Erscheinungsformen der Judenfeindschaft im Lauf der Geschichte allgemein ausgedehnt wurde². Für den ursprünglichen Antisemitismus, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand, hat sich der Begriff des „Modernen Antisemitismus“ eingebürgert. Das Folgende soll von dieser Form des Antisemitismus handeln.

Konkret geht es hierbei um jene neue Form der Judenfeindschaft, die nicht nur von einzelnen politischen Gruppen zeitweise instrumentalisiert wurde, wie dies beispielsweise die Konservativen im Kaiserreich taten, die sich, als sie nicht mehr opportunistisch war, wieder von ihr entfernten, sondern um jenen Antisemitismus, der nicht nur als Mittel und Instrument in der politischen Arena eingesetzt, sondern als selbständiger Inhalt, Motiv und Ziel des Handelns angesehen wurde und dementsprechend radikalisierte³.

Der fundamental neue Charakter dieses Modernen Antisemitismus erwuchs aus der Anwendung der Rassentheorie, mit deren Hilfe eine völkische Bewertungsskala aufgestellt und darüber hinaus der Anspruch auf eine naturwissenschaftliche Begründbarkeit

¹ Vgl. Nipperdey/Rürup, Antisemitismus, S. 129–153. Wilhelm Marr (1819–1904) war Gründer der „Antisemitenliga“ (1879) und Verfasser der Broschüre „Der Sieg des Judentums über das Germanentum vom nicht-konfessionellen Standpunkt aus betrachtet“, die 1879 in Bern veröffentlicht wurde und noch im gleichen Jahr mehrere Auflagen erreichte; vgl. auch Zimmermann, Aufkommen und Diskreditierung des Begriffs Antisemitismus, S. 59–77.

² Vgl. Rürup, Zur Entwicklung der modernen Antisemitismusforschung, S. 156.

³ Vgl. Rürup, Die „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft und die Entstehung des modernen Antisemitismus, in: Ders., Emanzipation und Antisemitismus, S. 116. Dies gilt unabhängig davon, daß sich die Nationalsozialisten selbst gegen die Verwendung des Begriffs Antisemitismus aussprachen, da sich der antijüdische Kampf, wie der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Walter Groß, exemplarisch festhielt, „nicht gegen Völker semitischer Sprache, sondern gegen das unharmonische vorderasiatisch-orientalisch-mediterrane Judentum“ richte, „das auch von den rein oder vorwiegend orientalischen, semitischen Stämmen und Völkern so leidenschaftlich abgelehnt“ werde; Groß, Rassenpolitische Voraussetzungen einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage, S. 4. (Verkürzter Abdruck einer Rede anlässlich der Eröffnung des Frankfurter Instituts zur Erforschung der Judenfrage vom 27. 3. 1941.)

der Judenfeindschaft abgeleitet wurde⁴. Die Juden wurden hierin als bedrohliche Gegenrasse gesehen, als Hypostasierung beinahe aller Übel dieser Welt; die Judenfrage wurde emporgehoben zu einem Kernproblem des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, das es zu „lösen“ galt.

2. „Exterritorialisierung“ als Lösung der Judenfrage

*„Abschaffung“ der Juden nach Madagaskar:
der Schirmherr des völkischen Antisemitismus, Paul de Lagarde*

Im Jahr 1885 entwickelte der Orientalist, Kulturphilosoph, Theologe und Antisemit Paul de Lagarde⁵ in einem Artikel „Über die nächsten Pflichten deutscher Politik“ die konzeptionelle Forderung, daß für deutsche Siedler östlich des Deutschen Reiches auf Kosten Rußlands Siedlungsland erworben werden müsse:

„Möge es [Rußland] die Gewogenheit haben, freiwillig einige fünfzig Meilen nach Mittelasien hinüberzurücken, wo Platz die Hülle und Fülle ist, der ihm zur Seite, uns ferne abliegt: möge es uns so viel Küste am schwarzen Meere [*sic!*] geben, daß wir von da aus unsre Bettler und Bauern in Kleinasien ansiedeln können. Die Gefälligkeit wird ohne Drohungen und Unfreundlichkeiten erbeten: Gegendienste stehn, soweit sie in unsern Kräften sind, zur Verfügung. Wir brauchen Land vor unsrer Thüre, im Bereiche des Groschen-Portos. Will Rußland nicht, so zwingt es uns zu einem Enteignungsverfahren, das heißt, zum Kriege. [...] Das von Rußland in Gutem oder in Bösem zu erwerbende Land muß weitläufig genug sein, um in Bessarabien und nordöstlich von ihm auch alle in Österreich und in der Türkei lebenden Rumänen (weniger der mit den Juden Polens, Russlands, Österreichs nach Palästina oder noch lieber nach Madagaskar abzuschaffenden rumänischen Juden) als Unterthanen des Königs Karl anzusiedeln. Diese Politik ist etwas assyrisch, aber es gibt keine andere mehr als sie.“⁶

Damit war zum ersten Mal, wenngleich scheinbar beiläufig in Parenthese gesetzt, die Vorstellung von der „Abschaffung“ von großen Teilen der jüdischen Bevölkerung Europas nach Madagaskar als Teil eines europäischen Umgestaltungs- und Umsiedlungsprozesses unter den Vorzeichen deutscher Raumnahme und Siedlung im Osten projiziert. Weshalb der Autor die jüdische Bevölkerung Polens, Rußlands, Österreichs und Rumäniens „noch lieber nach Madagaskar“ als nach Palästina „abzuschaffen“ gedachte, läßt sich vermuten: Zum einen handelt es sich bei Madagaskar um eine Insel, das heißt die von den völkischen und rassischen Antisemiten gefürchtete Verbindung zu anderen

⁴ Vgl. auch Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. II, S. 304–305.

⁵ Lagarde (1827–1891) hieß ursprünglich Paul Anton Bötticher, hatte sich aber 1854 von seiner Großtante mütterlicherseits, Ernestine de Lagarde, adoptieren lassen.

⁶ Lagarde, *Die nächsten Pflichten deutscher Politik* (1885), in: Ders.: *Deutsche Schriften*, S. 390, 391, Hervorhebung des Autors.

Zu Madagaskar: Frankreich hatte 1885 ein Protektorat auf Madagaskar errichtet, konnte seine Position auf der Insel allerdings erst nach harten Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung und den traditionellen Machthabern festigen. 1896 wurde die Insel zur französischen Kolonie erklärt, und die letzte Königin von Madagaskar mußte abdanken.

Völkern, Rassen, Kulturen und Religionen ließe sich auf geographische Weise – gleichsam natürlich – verhindern. Zum andern galt die Insel vor der Ostküste Afrikas von ihren klimatischen Bedingungen und Gegebenheiten her als zwar sehr fruchtbar, jedoch für Europäer unbewohnbar. Sie bot sich also für die vermeintlich überall anpassungsfähigen Juden geradezu an.

Lagarde selbst war eine skurrile Persönlichkeit, voll produktiver Arbeitskraft, auch mit originellen, doch häufig ungeordneten Gedanken, aus denen er vielfach absurde Schlüsse zog und völlig irrealer Pläne entwarf. Ein äußerst schwieriger Zeitgenosse, trotz grundsätzlicher fachlicher Befähigung und enormer Sprachbegabung nur mit großen Problemen in die akademische Laufbahn gelangt, lag er ständig im Zwist mit seinen Standeskollegen, war maßlos empfindlich gegenüber Kritik wie gleichermaßen unbeherrscht in seinen Reaktionen darauf. Diese reichten nicht selten bis zur Verleumdung, sah sich Lagarde doch permanent von Konspiration und finsterner Intrige umgeben und behindert⁷. Was seine skizzierten Äußerungen zur Judenfrage angeht, ist zu diskutieren, inwieweit Lagarde eine physische „Beseitigung“ der „abzuschaffenden Juden“ intendierte oder auch „nur“ billigend in Kauf genommen hätte. Auf die Juden gemünzt, schrieb er zwar zwei Jahre später: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“⁸, und an anderer Stelle meinte er, „wo eine solche Masse Verwesung angehäuft“ sei „wie in dem Israel Europas“, da komme man „mit innerlicher Arznei erst zum Ziele, nachdem man durch einen chirurgischen Eingriff den angesammelten Eiter entfernt hat“⁹. Doch sind diese Äußerungen keineswegs wörtlich als der Ausdruck eines ganz im Geist des auf Basis sozialdarwinistischer Theorie in biologischen Kategorien argumentierenden rassistischen Manichäismus¹⁰ zu verstehen. Sieht man die Äußerungen Lagardes im Zusammenhang seiner Argumentation, handelt es sich um einen intentional völkisch-religiös-kulturellen Antisemitismus, der sprachlich mit rassistischen Elementen durchwirkt ist, jedoch nicht von Rassismus getragen wird, denn, so Lagarde: „Gewiß ist die Judenfrage auch eine Rassenfrage, aber kein ideal gesinnter Mensch wird je leugnen, daß der Geist auch die Rasse überwinden kann und soll.“¹¹ Lagarde wurde mit seinen Äußerungen gleichsam der geistige Schirmherr der völkisch-antisemitischen Tradition¹². Daß er die Rassenfrage in ihrer ganzen Tragweite nicht erkannt habe, wurde später von den Natio-

⁷ Vgl. Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr, S. 25–123.

⁸ Lagarde, Juden und Indogermanen, in: Ders., Deutsche Schriften, S. 339.

⁹ Ebenda, S. 347.

¹⁰ Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 68–69.

¹¹ Lagarde, Mitteilungen, zitiert nach Ders., Schriften für das deutsche Volk, Bd. 2, S. 223.

¹² „Klassiker des völkischen Denkens“ nannte ihn Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 72. Als „Schutzpatron“ der aufkommenden völkischen Antisemiten bezeichnete ihn Stern, Kulturpessimismus, S. 120. Für Nipperdey ist er der „Vater“ des „völkischen Antisemitismus“, Ders., Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II, S. 305. Lagarde wurde von den Nationalsozialisten als einer ihrer herausragenden geistigen Ahnen verehrt. In der Einleitung zu einer Neuausgabe seiner Deutschen Schriften wurde er 1933 als „echter Führer“ gefeiert; Lagarde, Schriften für Deutschland, S. XXVI. Daneben sind in erster Linie Julius Langbehn, der Verfasser von „Rembrandt als Erzieher“, Leipzig 1890, und Houston Stewart Chamberlain, der Autor der „Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“, München 1899, als „Klassiker“ zu nennen.

nalsozialisten bei aller Bewunderung für seine geistige Vorreiterrolle stets als Defizit moniert¹³.

In Lagardes Werk kommt der Äußerung zu Madagaskar als konkretem Ort bei aller Originalität eine eher marginale Bedeutung zu. Konkret und zum Teil mit detaillierten Vorschlägen waren seine Forderungen nach der Gewinnung von Siedlungsland für Deutsche im Osten Europas, wo sie sich, von den Fährnissen und Versuchungen der Moderne befreit, in einem ursprünglichen Lebensideal verwirklichen und zu einem neuen völkischen Adel heranreifen sollten¹⁴. Daß die in jedem Falle „abzuschaffenden“ Juden mit Madagaskar in Verbindung gebracht wurden, hatte wohl in erster Linie mit dem exotisch-erlösenden Ton zu tun, den die Insel bei einem zu großen Würfen jenseits aller Realität neigenden Menschen wie Lagarde anklingen ließ. Madagaskar: Das hatte den Klang von sicherer Abgeschiedenheit, räumlicher Größe, geringer Bevölkerungsdichte; dazu kam eine gewisse, Aufmerksamkeit heischende Drastik, die Lagarde auch in anderen Äußerungen eigen war. Alfred Rosenberg, wie zu zeigen sein wird, einer der vehementesten Anhänger des Madagaskar-Gedankens, sollte Lagarde später als „Propheten der neuen Weltanschauung und Miterbauer des völkischen Staates“ preisen¹⁵.

„Absonderung“ und „Ausscheidung“ als antisemitisches Programm

Die Forderung nach möglichst umfassender Aussiedlung und Verwahrung der Juden war ein schon seit geraumer Zeit immer wiederkehrender Topos, häufig mit Bezug auf konkrete Territorien, zuweilen aber auch ohne Zielgebiet, eine allgemeine Absonderung des jüdischen Volkes fordernd.

Im Jahr 1841, kurz bevor der Begriff der „Judenfrage“ seinen Einzug in den allgemeinen Sprachgebrauch nahm¹⁶, entstand in Polen eine Broschüre mit der Überschrift

¹³ So beispielsweise von Walter Groß anlässlich der Eröffnung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt a. M., in: Ders., *Rassenpolitische Voraussetzungen einer europäischen Gesamtlösung*, S. 2.

Lagarde war ein ausgesprochener Gegner des kleindeutschen Bismarckreiches. Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, sich mit recht vermessenen Wünschen um Unterstützung seiner wissenschaftlichen Arbeit an den Reichskanzler zu wenden; vgl. Stern, *Kulturpessimismus*, S. 41. Seine Angriffe hinderten ihn gleichfalls nicht, Bismarck die zuerst 1878 erschienenen, dann 1881 erweiterten und 1886 als „Gesamtausgabe letzter Hand“ veröffentlichten „Deutschen Schriften“ mit der Bemerkung zuzusenden, er sei zwar sein politischer Gegner und „diene bei einer anderen Waffe“, doch letztlich stünden sie ja beide im Dienste des Vaterlandes; zitiert nach Stern, *Kulturpessimismus*, S. 94; zu seiner scharfen Kritik an Bismarcks Deutschland ebenda, S. 84–86; die bemerkenswerte Tatsache, daß Bismarck somit – so er Lagardes Werk gelesen hat – ebenfalls mit dem Madagaskar-Gedanken in Berührung gekommen ist, bleibt dennoch kaum mehr als ein anekdotisches Aperçu ohne politische und praktische Relevanz; vgl. Steinert, *Hitlers Krieg und die Deutschen*, S. 238; Adam, *Judenpolitik*, S. 256, Anm. 62. Weitere Exemplare der „Deutschen Schriften“ sandte Lagarde an den Prinzen Wilhelm und die Regierungschefs befreundeter Länder; vgl. Stern, *Kulturpessimismus*, S. 43.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 94–97.

¹⁵ *Völkischer Beobachter*, 10. 9. 1927, zitiert nach Rosenberg, *Blut und Ehre*, S. 228.

¹⁶ Der Begriff der „Judenfrage“ geht zurück auf den Junghegelianer Bruno Bauer (1809–1882), der unter diesem Titel 1842 einen Artikel in den „Deutschen Jahrbüchern für Wissenschaft und Kunst“ veröffentlichte; vgl. Schmitthenner, *Kennt die hellenistisch-römische Antike eine „Judenfrage“?*, in: Martin/Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit*, S. 9.

„Ueber die Reform der Juden, ein Projekt überreicht im Jahre 1841“, die mit diesem deutschen Titel unter dem Pseudonym Klemens Przeworski 1854 in Leipzig herausgegeben wurde¹⁷. Die Broschüre wurde zwar der russischen Regierung überreicht, konnte aber aufgrund der Zensur im polnischen Gebiet nicht erscheinen und war daher nur im kleinen Kreis bekannt. Die Juden glichen nach Ansicht des Autors einer „pestartigen Krankheit“, die nur radikal geheilt werden könne. Das probate Mittel zu ihrer Entfernung aus der polnischen Bevölkerung sei, sie in ein abgelegenes Gebiet zu verfrachten, wo sie dann ein eigenes Staatsgebilde kreieren könnten. Sie sollten dabei unter der Obhut jenes Landes stehen, das ihnen das Gebiet abgetreten hätte¹⁸. Rußland sollte das entsprechende, nur für Juden bestimmte, Territorium zur Verfügung stellen, wohin dann sukzessive über einen Zeitraum von 50 Jahren die Deportation stattzufinden habe¹⁹. Als Zielgebiet faßte der Autor das Kaukasus-Gebiet und die Gegend des Kaspischen oder Schwarzen Meeres ins Auge²⁰.

Auch Palästina kam hierfür regelmäßig ins Gespräch. Im Jahr 1880 wurde im „Grenzboten“ die Forderung nach Aufhebung der Emanzipation erhoben und für die Zukunft die Möglichkeit einer Rückgabe des „gelobten Landes“, wohin die Juden dann geschickt werden sollten, als Ausweg skizziert. Mögliche Ausweisungen aus dem Deutschen Reich, die Auswanderung nach Palästina „oder sonst wohin“ hielt der Autor schon für seine Gegenwart in einem Maßnahmenkanon zur Zurückdrängung der Juden für angebracht²¹. Im Jahr darauf forderte der Philosoph, Nationalökonom und sozialistische Antisemit Eugen Dühring²² eine „gesellschaftliche und politische Lösung der Judenfrage“²³, in der schon das sehnstüchtige Streben nach radikaleren Maßnahmen erkennbar ist. Bei Dühring finden sich zahlreiche Elemente des Rassenantisemitismus und daraus abgeleitete Forderungen, wie sie vom Nationalsozialismus später in die Tat umgesetzt wurden. Um die Judenfrage zu lösen, sah er als ersten geeigneten Schritt die „Herausbildung eines Judenrechts“²⁴. Dies war für ihn nur eine Vorstufe, „denn den Gedanken an eine Entfernung der Juden aus unsern Ländern der hohen Cultur müssen wir, als vorläufig von der unübersehbaren Wirklichkeit und Praxis noch zu entlegen, in eine weitere und energischere Zukunft verschieben“. Die Abschiebung der Juden war demnach Absicht und Ziel, wenngleich die Zeit dafür noch nicht reif war. Außerdem ließ sich nach Ansicht Dührings für die Gesamtmenschheit

¹⁷ Gelber, Zur Vorgeschichte des Zionismus, S. 213. In Gelbers Buch finden sich eine Reihe von Beispielen für Gedanken an einen Judenstaat zur Lösung der Judenfrage vor der Entstehung des Rassenantisemitismus. Das hier genannte Beispiel stammt aus der Endphase dieser Periode und deutet bereits in vielen Zügen auf den späteren Charakter von Judenstaatsprojekten im Sinne von Segregationsterritorien hin. In Posen erschien zur selben Zeit (1854) die zweite Auflage der polnischen Broschüre Przeworskis (= Józef Goluchowski) unter dem Titel „O Reformie Żydów, Projekt podany w r. 1841“; ebenda, S. 310, Anm. 176.

¹⁸ Gelber, Vorgeschichte, S. 214 f.

¹⁹ Ebenda, S. 216.

²⁰ Ebenda, S. 219.

²¹ Die Grenzboten, 39. Jg., 2. Quartal, Leipzig 1880, S. 192 f.

²² Zu Dührings Sozialismus in Verbindung mit dem Antisemitismus vgl. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 92.

²³ Dühring, Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage, Kap. 5: Weg zur Lösung, Kap. 6: Nächste Mittel und letzte Ziele, S. 94–158, Zitat S. 94.

²⁴ Dühring, Die Judenfrage, S. 109.

„die Frage durch Entfernung der Juden in andere Erdgebiete nicht einmal vollständig lösen. Für die allgemeine Culturgeschichte würde man so die Frage nur örtlich verlegen, aber nicht entscheiden.“ Praktikabler sei da schon der Vorschlag einer „völkerrechtlichen Internirung, nämlich einer Anweisung auf bestimmte Landgebiete“. Dazu gehörte für Dühring auch die „Internirung innerhalb der Nationen“ nach dem Vorbild der traditionellen Ghettos. Er meinte aber, daß selbst dann, wenn sich das jüdische Volk auf einem Gebiet zusammenfassen ließe, beispielsweise durch die Schaffung einer Judenkolonie mit Hilfe einer Internirung im großen Stil, die Juden wohl nicht an der „Erneuerung des Nomadenthums“ gehindert werden könnten. Das „Nomadenthum“ sei „ihre weltgeschichtliche Lebensbedingung“²⁵. Das hier adaptierte Bild vom ewig nomadisierenden Judenvolk war gleichsam die Überhöhung der alten Legende vom „ewigen Juden“ Ahasver, der, weil er Jesus beleidigt hatte, nun bis zum jüngsten Tag rastlos durch die Welt ziehen muß. Einige Jahre nach Dühring nahm Adolf Wahrmund das tradierte Klischee zum Gegenstand eines in die gleiche Richtung zielenden Pamphlets, in dem er diese Heimatlosigkeit zum allgemeinen Kennzeichen des Judentums erhob²⁶.

Der von Dühring vorgeschlagene „internierte Judenstaat“ würde seiner Meinung nach die „Ausrottung der Juden durch die Juden“ bedeuten, da sie „am eignen Genuss der gegenseitigen Unsocialität zu Grunde gehen“ oder aber, „um dem zu entgehen, unter allen Umständen wieder Mittel zu Expeditionen unter andere Völker und zur nomadisirenden Zerstreung suchen“ würden²⁷. Dühring sah darin die Gefahr, daß die Juden nach anderen, vor allem außereuropäischen Gebieten abwandern könnten und sich „der zuerst internirte, aber doch die Absperrung vereitelnde Judenstaat, also etwa ein neu mit Juden besiedeltes Palästina, am Ende gar noch zum Kopf“ der Juden in aller Welt entwickeln würde. Dieses Argument nimmt die nationalsozialistische Argumentation gegen einen Judenstaat Palästina beinahe wörtlich vorweg. Die Juden waren für Dühring von jeher zu Recht als eine „Menschenklasse von Ausnahmecharakter, aber unrichtig mehr von Seiten der Religion als von Seiten der Race behandelt“ worden²⁸. In der Gegenwart könne die „Judenreligion wesentlich nur als Erkennungsmerkmal der Race dienen“. Eine Gleichbehandlung im Sinne der Emanzipation war daher völlig ausgeschlossen. In der Judenfrage sah Dühring eine „Existenzfrage der modernen Völker“, und die „Abschüttelung des Judenals“ war für ihn eine „Angelegenheit der Nationen“²⁹. Doch mit den bisher beschriebenen Maßnahmen und Methoden war die wünschenswerte Endstufe der Ausscheidung noch keineswegs erreicht, denn wo die Rasse einmal „gründlich erkannt“ sei, mußte man sich seiner Ansicht nach „von vornherein ein weiteres Ziel“ stecken, „zu welchem der Weg nicht ohne die kraftvollsten Mittel zu bahnen“ sei, denn die Juden seien „ein inneres Carthago, dessen Macht die modernen Völker brechen müssen, um nicht selbst von ihm eine Zerstörung ihrer sittlichen und materiellen Grundlagen zu erleiden“³⁰. Alle hier skizzier-

²⁵ Ebenda, S. 110.

²⁶ Adolf Wahrmund, Das Gesetz des Nomadenthums und die heutige Juden Herrschaft.

²⁷ Dühring, Die Judenfrage, S. 110.

²⁸ Ebenda, S. 116.

²⁹ Ebenda, S. 154.

³⁰ Ebenda, S. 158.

ten Gedanken sind später auch im Nationalsozialismus von Bedeutung: die langsame Steigerung der antijüdischen Maßnahmen, die Rassengesetzgebung, das Bemühen um eine Behandlung der Judenfrage als Rassenfrage, mit der aber nach wie vor das Problem verbunden blieb, nur das Instrument der Religionszugehörigkeit als Erkennungskriterium zur Verfügung zu haben. Dann der Gedanke an die zwangsweise Absonderung, zusammenfassende Internierung und eine geschlossene Judenkolonie bei gleichzeitiger Ablehnung des Judenstaates in Palästina sowie schließlich die Brechung der „jüdischen Macht“ mit „kraftvollsten Mitteln“. Dühring schrieb dies alles im Duktus des fundamental Gläubigen, der eine naturwissenschaftlich begründete Heilsgewißheit verkündet, wie sie auch für die später politisch wirksamen Ideologen des Nationalsozialismus und die Protagonisten des Madagaskar-Gedankens typisch sein sollte. Dabei schwebte Dühring noch kein konkretes Sammelgebiet zur Internierung, sondern zunächst einmal ein schrittweiser Maßnahmenkatalog innerhalb der europäischen Nationen vor.

Nur wenig konkreter verlangte im Jahr 1886 der Berufs-Antisemit Osman-Bey, „die Juden zu vertreiben unter dem begeisternden Schrei: ‚Es lebe der Grundsatz der Nationalitäten und Racen! Hinaus mit den Eindringlingen!‘“. Osman-Bey war ein regelmäßig wegen Betrügereien inhaftierter Hochstapler, dessen Bühne ganz Europa war, der seine Pamphlete in der Schweiz in deutscher Sprache publizierte und die herausfordernde Ansicht vertrat, auf einem europäischen Kongreß sollte die „Austreibung Israels“ beschlossen werden, damit die Juden ihre „Eigenschaften im Herzen Afrikas oder Australiens entfalten“ könnten³¹.

Weniger bizarr, doch mit außerordentlich spektakulärem publizistischen Erfolg zieht Julius Langbehn, ein anderer „Klassiker“ des völkischen Denkens, die Juden der „Charakterlosigkeit“, da sie nicht ihrem, nach seinem Verständnis ursprünglichen, Wesen als Juden treu bleiben, sondern statt dessen Deutsche, Engländer oder Franzosen sein wollten. Diese „Charakterlosigkeit“ sei „das Verbrechen aller Verbrechen“³². Deutschland werde sich der Juden „nach Kräften zu erwehren haben“, denn sie seien „ein Gift“ und müßten „als solches behandelt werden“. In diese in der Gegenwart schwebenden Judenfrage werde ein „etwa kommender ‚heimlicher Kaiser‘“ tätig eingreifen müssen“, indem er Juden und Deutsche sorgfältig trenne und diejenigen Juden aussondere, die zugleich Deutsche sein wollten. Allenfalls als Fremdling sei ein Angehöriger dieser Minderheit dann noch willkommen. In der Person des „heimlichen Kaisers“, von Langbehn im gleichen Zusammenhang auch als „Richter und Führer“³³ beschrieben, war jene ersehnte Figur verkörpert, die gerecht und unbestechlich, gleichsam abgehoben vom alltäglichen Politgezänk, die richtigen, ja rettenden und erlösenden Schritte zur Erneuerung des „Ariertums“ und des „Deutschtums“ – die Begriffe wurden als Synonyme verstanden³⁴ – herbeiführen könnte.

³¹ Osman-Bey, Enthüllungen über die Ermordung Alexanders II., S.189–191; vgl. Cohn, Die Protokolle der Weisen von Zion, S.74; zu Osman-Beys Schrift, „eines der bemerkenswertesten Bücher, die je außerhalb eines Irrenhauses geschrieben wurden“, vgl. auch Laqueur, Deutschland und Russland, S.110–111, Zitat S.110.

³² Langbehn, Rembrandt als Erzieher, S.42. Zur Person Langbehns vgl. Stern, Kulturpessimismus, S.127–220.

³³ Langbehn, Rembrandt als Erzieher, S.284.

³⁴ Ebenda, S.328.

Ein weiterer, äußerst umtriebiger Vertreter der antisemitischen Agitation, der bis ins „Dritte Reich“ von Bedeutung blieb und die Kontinuität völkischen Denkens von seiner Entstehung bis zur Realisierungsmöglichkeit in der politischen Praxis geradezu personifizierte, war der Leipziger Theodor Fritsch. Auch er plädierte für eine „territoriale“ Lösung der Judenfrage und schrieb im 1887 von ihm ins Leben gerufenen „Antisemiten-Katechismus“, den er in den ersten Auflagen unter dem Pseudonym Thomas Frey herausgab, die Juden sollten doch „irgendwo ein Colonial-Land erwerben, dasselbe urbar machen und bebauen, selbst eine Cultur schaffen und dadurch in einen ehrlichen Wettkampf mit den übrigen Nationen treten“³⁵. In dieser Äußerung kommt der neben dem prinzipiellen Rassenvorbehalt stehende Vorwurf zum Tragen, die Juden seien zur Staatenbildung unfähige Internationalisten, ein Argument, das sich, vermengt mit dem von Dühring und Wurm abgeleiteten Vorwurf des ewigen Nomadentums, gleichfalls bis ins „Dritte Reich“ weiterverfolgen läßt.

Der von Fritsch geforderte Ländernerwerb sollte „am besten außerhalb Europa's“ stattfinden, wohin die Juden dann binnen einer gesetzten Frist (er nennt zehn Jahre) auszuwandern hätten³⁶. Der „Antisemiten-Katechismus“ wurde durch seinen Autor später zum weit verbreiteten „Handbuch der Judenfrage“ umgearbeitet und erweitert; an der Forderung, „die jüdische Nation aus den arischen Staaten auszuschneiden“, hielt er fest und beurteilte daher auch den Zionismus und seine Bestrebungen positiv³⁷. In seinem erstmals 1911 veröffentlichten Buch „Der falsche Gott“³⁸ forderte Fritsch die strenge „Rassenscheidung“³⁹, denn die „rassische Hygiene“ erfordere die „unerbittliche Ausscheidung“ der Juden⁴⁰.

Konkreter noch als de Lagarde und Fritsch wurde bereits 1892 Karl Paasch mit seinem Vorschlag, die Juden nach Neu-Guinea zu deportieren. Zwar sei, so Paasch, die „einfachste und praktischste Lösung“, man würde sie „ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht sämtlich todschlagen“, doch sei dies, „wenigstens für uns Deutsche, ausgeschlossen“⁴¹. Daher müsse man eine andere Lösung bedenken: „daß man sie einfach aus dem Lande auswiese, indem man ihnen nur die Mittel ließe, welche dazu nöthig sind, um ein anderes Land zu erreichen“. Er nannte „Amerika“, Neu-Mexiko und Palästina als mögliche Ziele, welche ihm jedoch „nicht praktisch“ erschienen. Stattdessen „wäre z.B. die Insel Neu-Guinea groß genug und geeignet, um das ganze Judentum des Erdballs aufnehmen und ernähren zu können“, wo man sie „internirt halten“ könne, „und die europäischen Flotten würden in der Bewachung der Küsten eine zweck-

³⁵ Fritsch, Antisemiten-Katechismus, S. 23.

³⁶ Ebenda, S. 23 f.

³⁷ Fritsch, Handbuch der Judenfrage, S. 10. Fritsch (1852–1933) stand bei den Nationalsozialisten in hohem Ansehen und war 1924 für sie sogar kurzzeitig Mitglied des Reichstages. Das „Handbuch der Judenfrage“ erreichte bis 1944 insgesamt 49 Auflagen.

³⁸ Fritsch, Der falsche Gott ¹⁰1933. Zum näheren Hintergrund des Werkes vgl. Hartung, Vor-Planer des Holocaust, in: Röhr (Hrsg.), Faschismus und Rassismus, S. 66–78. Die Bezeichnung Fritschs als Vor-Planer des Holocaust ist übertrieben, Vor-Denker wäre der korrektere Ausdruck, lieferte Fritsch doch im Verein mit den anderen Theoretikern (die sie auch durchweg blieben) des Rassenantisemitismus die gedankliche Grundlage für Hitlers Weltbild, jedoch keine Blaupausen für dessen Handeln.

³⁹ Fritsch, Der falsche Gott, S. 152.

⁴⁰ Ebenda, S. 153.

⁴¹ Paasch, Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer, S. 252; auch zum folgenden.

mäßige Beschäftigung finden“⁴². Wie bei Lagarde, so resultiert auch bei Paasch die Attraktivität des Ziels aus seiner Insellage und einer geringen, in ihren Augen außerdem noch rassistisch minderwertigen, Bevölkerungszahl. Das Ziel, die Juden gewissermaßen unter Quarantäne zu stellen, konnte so leichter erreicht werden.

Nicht nur im publizistisch-ideologischen, sondern auch im praktisch-politischen Bereich fanden radikale Forderungen nach einer „Lösung des Judenproblems“ Widerhall. Die unter dem Einfluß Theodor Fritschs 1889 gegründete „Antisemitische Deutsch-soziale Partei“ stellte gemäß ihres Programmentwurfs die Judenfrage in den Vordergrund ihrer Bestrebungen. Sie sah darin „nicht nur eine Rassen- oder Religionsfrage, sondern eine Frage internationalen, nationalen, sozialpolitischen und sittlich-religiösen Charakters.“ Als ihr Ziel nannte sie die „Aufhebung der Gleichberechtigung und die Stellung der Juden unter Fremdenrecht in Deutschland“, die „Ausweisung der nicht naturalisierten Juden“ und das „Verbot der Judeinwanderung von Osten, [die] Beschränkung der Juden in der Zulassung zu obrigkeitlichen Stellen usw.“⁴³.

Hermann Ahlwardt, ein aus Pommern stammender Handwerkersohn, der nach einer steilen Karriere bis zum Rektor einer Berliner Schule avanciert war, dabei stets in finanziellen Schwierigkeiten und aufgrund veruntreuter Schulgelder schließlich entlassen, veröffentlichte kurz nach seiner Suspendierung 1890 unter dem Titel „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum“⁴⁴ ein vor Beschimpfungen, Verschwörungstheorien und offensichtlichen Unwahrheiten strotzendes Werk⁴⁵. Seine Behauptungen über die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Juden erwiesen sich als Seifenblasen, seine „Beweise“ waren meist frei erfunden. Gleichwohl war ihm politischer Erfolg beschieden. Trotz gerichtlicher Verurteilungen wurde er 1892 für den pommerschen Wahlbezirk Arnswalde-Friedberg in den Reichstag gewählt, wo er ein Gesetz zum Verbot der jüdischen Einwanderung forderte, die Juden als „Choleraabazillen“ und „Raubtiere“ bezeichnete, derer man sich nur durch „Ausrottung“ erwehren könne⁴⁶.

„Das richtige Wanzenmittel: ein jüdischer Staat“ betitelte 1893 ein anderer Reichstagsabgeordneter und Judenfeind, der „Schriftsteller“ Hans Leuß, seine antisemitische Schmähschrift⁴⁷. Er ging davon aus, daß „die kommenden großen Auseinandersetzungen im Verhältnis der europäischen Staaten zu einander, ferner im Innern der Staaten ... auch die Auseinandersetzung mit den Juden bringen“ werden⁴⁸. Binnen 25 Jahren sollte der letzte Jude Deutschland verlassen haben⁴⁹. Leuß, der sich unter anderen auf

⁴² Ebenda, S. 253.

⁴³ Grundsätze und Forderungen der Antisemitischen Deutsch-sozialen Partei, 1889, in: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 74–75; dort auch weitere Parteiprogramme antisemitischen Inhalts, wie das Revidierte Programm der Deutschen Konservativen Partei (Tivoli-Programm) von 1892 und das Eisenacher Programm der Christlich-sozialen Partei von 1895.

⁴⁴ Ahlwardt, Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum.

⁴⁵ Vgl. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, S. 89–93. Massings Darstellung ist insbesondere in seiner Beschreibung der Entstehung der völkischen Bewegung und der Charakteristik des völkischen Antisemitismus wertvoll.

⁴⁶ Zitiert nach Dawidowicz, Krieg gegen die Juden, S. 50.

⁴⁷ Leuß, „Das richtige Wanzenmittel: ein jüdischer Staat. Leuß (1861–1920) saß von Juni 1893 bis Dezember 1894 für die Deutsch-soziale Reformpartei im Reichstag.

⁴⁸ Leuß, S. 24.

⁴⁹ Ebenda, S. 26.

Lagarde berief, drohte offen mit einer „Transplantation“ des jüdischen Volkes⁵⁰ und sah in Südafrika das „Land einer nahen Zukunft“ für den Judenstaat, denn: „Eine andere Lösung der Judenfrage, als diejenige der *Ausscheidung des Judentums* aus dem Verbände der arischen Völker *gibt es . . . nicht*.“⁵¹

Dies waren aber keineswegs die radikalsten Forderungen einer sich primär verbal steigernden Agitation. In einer Artikelserie in den „Akademischen Blättern“ sprach der leitende Redakteur Hans Wendland 1896 von einer „Schlachtordnung“, einer „Kampfesstellung“ der Deutschen gegen die Juden, die einem Krieg gleichkomme. Deshalb sei alles „Zweckmäßige . . . erlaubt und vor dem Notwendigen müssen alle Rücksichten schweigen“. Habe man dies einmal erkannt, dann werde „auch das Kommando Feuer! und ein fröhlich Hurra! ertönen, sobald sich Gelegenheit bietet, eine Breitseite auf den Feind abzugeben, nicht aber eine langwierige und ängstliche Debatte darüber, ob auch niemand drüben sei, den man unschuldigerweise verletzen könne“⁵². Wendland sprach streng sozialdarwinistisch vom „Kriegsrecht“ dieses Kampfes, der „das Lebensprinzip der organischen Welt“ sei. Um die von ihm als höchstes Gut anvisierte „nationale Sittlichkeit“ zu erreichen, plädierte er für radikale Maßnahmen bis hin zur Beseitigung des inneren Gegners. Wendland betonte, daß diese Art der „Moral“ nichts für die Masse sei, da diese „geistig Unmündigen“ zum Verständnis des Prinzips nicht in der Lage seien. In den „Händen geistig Erwachsener“ werde es dagegen „heil- sam und segensbringend“ wirken⁵³. Dies verweist gedanklich schon auf die Ordens-, Missions- und Auserwähltheitsmystik, wie sie später der Nationalsozialismus mit der SS und den „Truppen des Weltanschauungskrieges“ hervorbringen sollte.

In ihren „Hamburger Beschlüssen“ stellte die Deutsch-soziale Reformpartei 1899 fest, daß „Dank der Entwicklung unserer modernen Verkehrsmittel (. . .) die Judenfrage im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Weltfrage werden und als solche von den anderen Völkern gemeinsam und endgültig durch völlige Absonderung und (wenn die Notwehr es gebietet) schließliche Vernichtung des Judentums gelöst werden“ dürfte⁵⁴. Hier war außerdem zum ersten Mal unkaschiert und in aller Schärfe die, später von den Nationalsozialisten praktizierte, Alternative für den Fall aufgezeigt, daß die geplante Scheidung der Juden von den anderen Völkern mißlänge: Vernichtung.

Houston Stewart Chamberlains „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“, das ebenfalls 1899 erschien und in den folgenden Jahrzehnten in vielfacher Auflage verbreitet wurde, untermauerte diesen rassistischen Manichäismus auf ideologisch-theoretischer Ebene mit seinem Mythos von den sich in Reinheit, aber Ungleichheit gegenüberstehenden germanischen Ariern einerseits und den diese hochstehende und homogene Rasse bedrohenden semitischen Juden andererseits – ohne allerdings praktisch-politische Handlungsanweisungen nach Art der genannten Vorgaben Lagardes, Paaschs oder der antisemitischen Parteien mitzuliefern⁵⁵.

⁵⁰ Ebenda, S. 27.

⁵¹ Ebenda, S. 19, Hervorhebungen im Original.

⁵² Wendland, Zur Ethik des Antisemitismus, S. 121 f., abgedruckt in: Kampe, Studenten und „Judenfrage“, S. 292–294.

⁵³ Wendland, ebenda, S. 147–149, abgedruckt in: Kampe, Studenten und „Judenfrage“, S. 294–297.

⁵⁴ Hamburger Beschlüsse der Deutschsozialen Reformpartei vom 10. und 11. September 1899, in: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 84.

⁵⁵ Chamberlain, Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, München 1899, bes. Kap. IV–VI.

Nach der Jahrhundertwende gelangte, neben dem weiterhin emsig agitierenden Fritsch, ein mit Nationalismus und Expansionismus vermengter, rassenideologisch orientierter Antisemitismus insbesondere im Alldeutschen Verband zu öffentlicher Resonanz⁵⁶. Der Rechtsanwalt Heinrich Claß war von 1908 bis 1939 Vorsitzender der Vereinigung, sah in seiner am Vorabend des Ersten Weltkrieges mehrfach aufgelegten Schrift „Wenn ich der Kaiser wär“⁵⁷ die Rasse als den „*Quell der Gefahren*“ und die Juden als „*Todfeind*“. Eine nationale Gesundung sei nur möglich, wenn der jüdische Einfluß ausgeschaltet, zumindest aber zurückgeschraubt werde⁵⁸. Nicht nur die Einwanderung von Juden wollte Claß verhindern, darüber hinaus sollten die im Lande Ansässigen unter Fremdenrecht gestellt, von Wahlrecht, öffentlichen Ämtern, Landbesitz und Militärdienst ausgeschlossen werden. Sie durften demnach weder Anwalt noch Lehrer werden, noch Banken oder Theater leiten, sollten dafür jedoch das Doppelte an Steuern zahlen⁵⁹. Als Kriterium zur Bestimmung, wer Jude sei, sollte die Religionszugehörigkeit am Datum der Reichsgründung gelten, in der Folge auch für Kinder aus Mischehen⁶⁰. Dieser, wie er selbst offen bekannte, willkürlich gewählte Stichtag illustrierte plakativ die schon von Dühring her bekannte Künstlichkeit und die faktische Beliebigkeit des Rassenbegriffs, wie er von den völkischen Antisemiten unter Leugnung des inhärenten logischen Widerspruchs verwendet werden mußte – ein Faktum, das noch in den „Nürnberger Gesetzen“ voll zum Tragen kam. Wenn die Juden aufgrund dieser Maßnahmen das Land verlassen würden, war dies für Claß eine harte, aber unvermeidliche Folge im Dienste einer inneren „Flurbereinigung“. Dementsprechend sollte auch ein nach außen gerichtetes Programm verfolgt werden, wonach „auch die äußere Politik dem Gesetze der Rasse untergeordnet werden“⁶¹ müsse. Das Deutsche Reich solle „tätige äußere Politik treiben, sagen wir ruhig aggressive“⁶². Er hielt sowohl einen Krieg gegen England als auch gegen Frankreich und Rußland um die Stellung Deutschlands als beherrschender und weit ausgreifender Macht in der Mitte Europas für möglich, ja durchaus wahrscheinlich. Nach dem erwarteten Sieg werde man den, bzw. die Unterlegenen zur Abgabe von Territorien zwingen, was im Falle Rußlands bedeute, man müsse „die Gebietsabtretungen verlangen, die uns eine bessere Grenze und gleichzeitig Siedelungsland gewähren, wobei die Evakuierung [der dort lebenden Bevölkerung] sich nicht umgehen lassen wird“⁶³. Die Gedanken Lagardes treten hier rassisch überhöht hervor, vermengt mit einem aggressiv aufgeladenen Überlegenheitsgefühl und dem Glauben an die Mission der „germanischen Völker“ im allgemeinen und dem Deutschtum als dem „edelsten Teile der Menschheit“⁶⁴ im besonderen.

Einen weiteren Fixpunkt und gleichzeitig eine Zäsur in dieser judengegnerischen Entwicklungslinie stellte die am 11. Oktober 1916 vom preußischen Kriegsministerium

⁵⁶ Dies gilt, obwohl der Alldeutsche Verband den Antisemitismus formell nicht übernahm, vgl. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. II, S. 302, 604–606.

⁵⁷ Frymann (i.e. Claß), *Kaiser*, S. 38, Hervorhebung im Original.

⁵⁸ Frymann, *Kaiser*, S. 74.

⁵⁹ Ebenda, S. 76.

⁶⁰ Ebenda, S. 75.

⁶¹ Ebenda, S. 177, im Original hervorgehoben.

⁶² Ebenda, S. 137, im Original hervorgehoben.

⁶³ Ebenda, S. 170.

⁶⁴ Ebenda, S. 187.

verordnete „statistische Erhebung der Dienstverhältnisse der deutschen Juden“ dar⁶⁵. Die Ergebnisse lieferten bekanntlich keinerlei praktisch nutzbare Munition für den Antisemitismus, da die Juden entsprechend ihres Bevölkerungsanteils Kriegsdienst leisteten. Diese Erkenntnisse wurden allerdings nicht veröffentlicht, so daß sich als Resultat aus einem unwidersprochenen Vorurteil ein destruktiver Verdacht quer durch alle Bevölkerungsschichten entwickelte, der zu einer sich schnell ausdehnenden Welle des Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit beitrug⁶⁶. Der Weltkrieg veränderte auch in dieser Hinsicht die deutsche Gesellschaft tiefgreifend.

Nicht nur die Forderungen nach Aufhebung der Emanzipation der seit Generationen in Deutschland lebenden und sich langsam aber stetig assimilierenden Juden und das Verlangen nach einem Einwanderungsverbot vor allem für die aus dem Osten Europas stammenden und zum größten Teil völlig verarmten Schtetl-Juden waren also Kernpunkte antisemitischer Publizistik. Vielfach verwiesen diese Forderungen, wenn auch „nur“ verbal und programmatisch, auch auf die Perspektive der Absonderung, Ausscheidung, Vertreibung, ja Vernichtung im Sinne der Beseitigung ihrer Existenz als Bevölkerungsgruppe in Deutschland und darüber hinaus. Hierbei dachten die Protagonisten einer solchen Lösung jedoch nicht in erster Linie an eine physische Ausrottung, sondern häufig an die mehr oder minder geschlossene Ansiedlung der Juden in einem eigenen Territorium, eine auf die Geographie gestützte Isolierung nicht mehr mittels des alten, nun als ungenügend angesehenen Ghettogedankens, sondern durch Rasenquarantäne in einem insularen Status der allzeit kontrollierbaren Unberührbarkeit.

Mit den hier referierten und in ihrer gemeinsamen Stoßrichtung auf die „Absonderung“ und „Ausscheidung“ der Juden hin analysierten Äußerungen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges soll nicht der Eindruck erweckt werden, als hätte der rassistische Antisemitismus das allein entscheidende und alles prägende Element der Haltung gegenüber den Juden im Deutschland jener Zeit dargestellt. Das Deutsche Reich war bis zum Ersten Weltkrieg keineswegs das Kernland des Antisemitismus⁶⁷, wenngleich schon in der Bismarckzeit mehr als 500 antisemitische Schriften erschienen waren⁶⁸. Eine Dreyfußaffäre, wie sie Frankreichs Dritte Republik mitsamt ihren tiefgreifenden Verwerfungen und gesellschaftlichen Brüchen hatte erleben müssen, hatte es im zweiten Kaiserreich nicht gegeben, von Pogromen, die im Rußland der Zarenzeit mit einer gewissen Regelmäßigkeit angezettelt wurden, ganz zu schweigen. Konkrete Forderungen, wie sie Claß entwarf, wurden auch auf seiten der Rechten abgelehnt⁶⁹. Vielfach war der Antisemitismus „nur“ antiemanzipatorisch und gegen die Assimilation der Juden gerichtet; ihm blieb also das radikal rassenantisemitische Element fremd. Doch neben und in Verbindung mit diesem aus der traditionellen Judenfeindschaft und den Gegenbewegungen zur Judenemanzipation erwachsenen „Normalantisemitismus“ fand auch jener dogmatische Antisemitismus, dessen Traditionslinie oben skizziert wurde,

⁶⁵ Vgl. Hillgruber, Ort der Judenvernichtung, S. 215.

⁶⁶ Vgl. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 102–103; Hillgruber, Ort der Judenvernichtung, S. 215; Berding, Moderner Antisemitismus, S. 168 ff.; Jochmann, Ausbreitung des Antisemitismus, S. 422 ff.

⁶⁷ Vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II, S. 289.

⁶⁸ Ebenda, S. 295.

⁶⁹ Ebenda, S. 302.

seinen Nährboden, schlug seine ideologiefixierten Wurzeln und konnte sich in den Krisenphasen der Nachkriegszeit durch Fokussierung aller Blicke auf die Judenfrage bei der Suche nach den Ursachen der Gegenwartsprobleme entfalten. Der Gedanke an eine Exterritorialisierung der Juden, ihre Absonderung oder Ausscheidung blieb virulent, die Konkretion auf Madagaskar gewann erst durch die – ohne direkten Bezug auf Lagarde erfolgte – Wiederaufnahme nach dem Ersten Weltkrieg erneut an Relevanz.

Während sich der Antisemitismus vor und im Ersten Weltkrieg auf einen periodisch auftretenden, in auf- und abschwellenden Phasen sich entladenden Verbalradikalismus beschränkte, der sich allenfalls in Osteuropa in Pogromen entlud, jedoch nie zum Wesen eines organisierten Staates wurde, sollte Hitlers „Drittes Reich“ später gerade auf dieser Doktrin des bedingungslosen Rassenkampfes zwischen Juden und Nichtjuden basieren. Diese Doktrin bis zu einer „Endlösung“ in die Praxis umzusetzen, war originäre Perspektive des Hitlerschen Welt- und Menschenbildes seit der Entwicklung dieser Gedanken in seiner Wiener Zeit und der stetig angereicherten Übertragung dieser dumpfen Vorstellungen in die politische Agitation nach 1919⁷⁰.

Als Hitler am 16. September 1919 in seinem als erste „politische“ Äußerung bekannten Brief an Adolf Gemlich⁷¹ schrieb, daß der „Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen“ seinen letzten Ausdruck „in der Form von Pogromen“⁷² finden werde, der „Antisemitismus der Vernunft“ jedoch führen müsse „zur planmäßigen gesetzli-

⁷⁰ Widersprochen werden muß der These von Kampe, daß „man den völkisch-nationalsozialistischen Kreisen zuviel Rationalität unterstellte, suchte man vor allem nach Konzepten für durchführbare ‚Lösungen der Judenfrage‘“, und wonach sich deren antisemitische Energie zu einem großen Teil „aus purer Gehässigkeit, aus der lustvoll erlebten Vorstellung vom Erniedrigen, Quälen und Berauben der stigmatisierten Minderheit“ speiste. Das Plädoyer gegen das Beimessen von „zuviel Rationalität“ wäre nur insofern relevant, wenn die völkisch-nationalsozialistischen Antisemiten vor 1933 die politische Macht und damit die Notwendigkeit zur Durchführung eines irgendwie gearteten Konzeptes hätten unter Beweis stellen können. Da sie keine Macht besaßen, ihre Pläne umzusetzen, bleibt die Frage nach der möglicherweise inhärenten Rationalität ihrer Lösungskonzepte (immer vor dem Hintergrund des prinzipiell irrationalen Phänomens Antisemitismus) unbeantwortbar. Als der „völkische Nationalsozialist“ Hitler die Macht in Händen hielt, zeigte sich, daß er durchaus über Konzepte zu einer „Lösung der Judenfrage“ in seinem Sinne verfügte. Allenfalls kann man den Theoretikern dieses Antisemitismus ihre Ferne von der politischen Praxis vorwerfen und dies als Mangel an Rationalität bezeichnen. Vor allem muß aber der zweiten Behauptung Kampes entschieden widersprochen werden. Der völkisch-nationalsozialistische Antisemitismus wurde von seinen Protagonisten nicht aus Sadismus oder Freude am Verfolgen und Quälen einer Minorität, sondern aus tiefster innerer, wenngleich pathologisch-irregeleiteter Überzeugung vertreten. Aus der vorgeblich naturwissenschaftlich fundierten Rassenanalyse und der vor allem aus den „Protokollen der Weisen von Zion“ gespeisten Weltverschwörungsperzeption zogen sie ihre immense ideologische und politische Energie. Hitler war nicht Antisemit aus Sadismus oder aus politischer Opportunität, um ein – damit auch austauschbares – Feindbild für die Sammlung der eigenen Klientel zu kreieren, sondern aus dogmatischem Glauben an seine Mission gegen den „Weltvergifter aller Völker“, als welchen er das Judentum verstand. Die These in: Kampe, „Endlösung“ durch Auswanderung?, in: Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg, S. 827–843, hier S. 831.

⁷¹ Jäckel/Kuhn, Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, S. 89–90.

⁷² Im Original: „Pogromen“.

chen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden“ besitze, war ihm schon zum damaligen Zeitpunkt die avisierte „Fremdengesetzgebung“ nicht genug. Der „Antisemitismus der Vernunft“ konnte für Hitler nur auf eines hinauslaufen: „Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.“⁷³ Eine Äußerung wie diese paßte also durchaus in den geistigen Horizont der Zeit, und das Milieu, in dem Hitlers bereits in seiner Wiener Zeit angelegten antisemitischen Wurzeln sich nach politischer Entfaltung und Umsetzung drängten, brachte auch andere Blüten des Ungeistes hervor.

Im letzten Kriegsjahr veröffentlichte Arthur Dinter das bis 1920 100 000 Mal verkaufte Werk „Die Sünde wider das Blut“⁷⁴. Dinter bediente mit seinem rassistischen Roman in primitivster Manier alle gängigen Vorstellungen der Antisemiten. Das Buch beschreibt, wie der aus einem bauerlichen Geschlecht abstammende Held durch „Rassenmischung“ ins Unglück gestürzt wird, schließlich aber die planmäßige jüdische Rassenvergiftung erkennt und, als er wegen der Ermordung eines Juden, der das Blut seiner Frau verseucht hat, vor Gericht gestellt wird, die gegen die auserwählte germanische Rasse gerichtete Verschwörung ans Tageslicht bringt. Die Handlung ist argumentativ durchzogen von der Bedrohung durch den Wucher- und Börsenjuden, der wie ein Vampir am Blut des deutschen Volkes saugt und dieses, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, zugrunde richten wird⁷⁵. Dinter verarbeitete hier bei vielen seiner Zeitgenossen zumindest unterschwellig vorhandene Bedrohungsvorstellungen, die auch Hitler perzipierte und auf denen er später einen Gutteil seiner Propaganda aufbauen konnte⁷⁶. Dinter, in den Folgejahren für einige Zeit ein Weggefährte Hitlers, gründete 1919 den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der neben dem Antisemitismus auch einem überdrehten Germanenkult huldigte und dem auch Theodor Fritsch angehörte. Dieser forderte, von den Spannungsjahren des Weltkriegs und der als jüdischer Verschwörung mißdeuteten Niederlage in seiner pathologischen Orientierung zusätzlich motiviert, weiterhin „die jüdische Nation aus den arischen Staaten auszuschneiden und ihr irgendwo eigne Heimat und eignen Staat zu geben“. Ein Kompromiß in dieser Frage war für Fritsch „ausgeschlossen. Wer die Möglichkeit für annehmbar hält, einzelne Juden unter uns zu dulden, der hat das Wesen der Judenfrage noch nicht begriffen. Es ist eine Frage auf Leben und Tod.“⁷⁷ Fritsch hatte einen starken

⁷³ Dementsprechend grundsätzlich hieß es zwei Jahre später in Punkt vier des NSDAP-Parteiprogramms vom 25. Februar 1920: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“; Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, S. 8.

⁷⁴ Dinter, Die Sünde wider das Blut. Dinters Werk wurde im Dezember 1917 zum ersten Mal veröffentlicht und soll bis 1922 rund 1,5 Millionen Leser gehabt haben; vgl. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 109.

⁷⁵ Vgl. Breitling, Rassenlehre, S. 48–52; Losemann, Rassenideologien und antisemitische Publizistik, S. 152.

⁷⁶ Zur Beeinflussung Hitlers durch Dinters Schrift vgl. Breitling, Rassenlehre, S. 48 f.

⁷⁷ Fritsch, Handbuch der Judenfrage, S. 10, 480, Hervorhebung im Original. In einem 1926 geschriebenen und 1935 postum in der „Weltfront“ veröffentlichten Beitrag fordert er ebenfalls die „Ausscheidung“ der Juden als Mittel zur Lösung der Judenfrage. Die Welt sei „groß genug, und die Juden besitzen Reichtümer genug, um einen ganzen Erdteil zu erwerben und dort ei-

und direkten Einfluß auf Hitlers Denken und Weltbild. Entgegen dem sonst immer von Hitler gepflegten Bild des Autodidakten, der seine Erkenntnisse über die Welt im allgemeinen und über die Juden im besonderen seiner genialischen Einsicht und niemand sonst verdanke, nannte er Fritsch als eine Autorität, die grundlegenden Einfluß auf ihn ausgeübt habe⁷⁸.

Hitler selbst beschrieb im August 1920 zum ersten Mal in einer „grundlegenden“ Rede seine antisemitische Fixierung und griff dabei auf eine Vielzahl jener Topoi zurück, die sich in der bislang geschilderten Tradition des Rassenantisemitismus wiederfinden⁷⁹. Allein die Arier hätten die Kraft zur Staatenbildung besessen⁸⁰, die Juden könnten nicht staatenbildend sein, da sie ein ewig nomadisierendes Volk wären⁸¹ und ihnen rassistisch bedingt der Wille zur schöpferischen Arbeit fehle. Die Idee des Zionismus war für ihn nichts als eine „Komödie“, vielmehr gehe es den Juden nur darum, „eine geistige ideelle Zentrale zu besitzen“⁸², von der aus die übrige Welt dirigiert werden könne und die als Zufluchtsort dienen solle. Dies war ein Vorbehalt, wie er eingehend schon von Dühring formuliert wurde und später immer wieder in der nationalsozialistischen Gegnerschaft zu einem Judenstaat in Palästina hervorbrach. Die Juden hatten nach Ansicht Hitlers genügend Gelegenheit gehabt, neu erschlossene Gebiete der Erde zu kultivieren und sich dort eine Heimat zu gründen, dies aber mangels Arbeitssinns nicht getan. Vielmehr seien sie ausschließlich dazu in der Lage, in jedem Staatswesen als Parasit zu existieren⁸³. Genau wie die Rassebestimmtheit Juden zu diesem parasitären und staatszerstörerischen Leben zwingt, so müßten auch die Arier sich um ihrer selbst willen der eigenen Rassenbestimmung gemäß verhalten, die laute: „Entfernung der Juden aus unserem Volke“, wengleich er damit zu diesem Zeitpunkt noch Auswanderung bzw. Austreibung meinte⁸⁴.

Diese Forderung verweist auf jenen Gedanken, in dem sich Rassenantisemitismus und ein ins Globale ausgreifender manichäistischer Erlösungsseifer zu einer Idee vermischten, die unter dem Stichwort „Voll-Zionismus“ jene Insel als Schlüssel zur Welt-erlösung vorschlug, die schon Lagarde vorschwebte: Madagaskar.

nen Staat nach eigenem Gutdünken einzurichten“; Fritsch, *Wie ist die Judenfrage zu lösen?*, S. 138.

⁷⁸ So berichtet der den Nationalsozialisten nahestehende Historiker Ernst Graf Reventlow in seinem 1937 erschienenen Werk über „Judas Kampf und Niederlage in Deutschland“, aus „Mein Kampf“ zitierend, und behauptet, Hitler habe schon in den Jahren vor 1914 über dem Handbuch der Judenfrage gelesen und seine ersten „Erkenntnisse“ geschöpft; Reventlow, *Judas Kampf und Niederlage in Deutschland*, S. 360–361, 363.

⁷⁹ Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede, S. 390–420.

⁸⁰ Ebenda, S. 402.

⁸¹ Ebenda, S. 405.

⁸² Ebenda.

⁸³ Ebenda, S. 406–408.

⁸⁴ Ebenda, S. 415–417.

III. „Voll-Zionismus“: Madagaskar und die „Internationale des Antisemitismus“

Ein Grundzug aller irrationalen Welterklärungsmodelle ist es, alle Probleme, Widrigkeiten und Hindernisse auf dem Weg zur erträumten und für möglich gehaltenen irdischen Erlösung einer fest bestimmbar Ursache zuzuordnen, statt diese in der schlichten Unvollkommenheit menschlicher Existenz im allgemeinen zu suchen. Der hierzu zählenden Weltsicht des Modernen Antisemitismus ist es eigen, hinter jeder als negativ empfundenen Zeiterscheinung nicht das breite und stets ambivalente Spektrum menschlicher Leidenschaften zu orten, sondern eine vermeintliche „jüdische Verschwörung“, womöglich im Weltmaßstab, zu vermuten – ja, als sicher anzunehmen. Die Folgen für denjenigen, dessen Denken in diesen eingleisigen Bahnen verfangen ist, sind evident. Es gilt, jene Ursache, jenes vermeintliche Hindernis zu beseitigen, um, vom weltlichen Übel befreit, das ersehnte Paradies auf Erden schaffen zu können.

Für ein als weltweit vorhanden empfundenes Problem muß es demzufolge auch eine im gleichen Maßstab konzipierte Lösung geben. Die nach diesem Verständnis logische Forderung, dem angeblich international verschwörerisch gegen die „Arier“ wirkenden Judentum eine ebenfalls internationale Organisation des Antisemitismus entgegenzusetzen, geht schon auf die Frühphase des Rassenantisemitismus zurück. Der geistige Vater der französischen Judegegner, Edouard Drumont, schrieb 1886 von der Notwendigkeit einer antisemitischen Allianz über nationale Grenzen hinweg, und im September des Vorjahres war der französische Antisemit Jacques de Biez zu einem Kongreß nach Bukarest gereist, auf dem eine „Alliance anti-Israélite universelle“ gegründet wurde, die aber im Jahr darauf schon wieder einging, ohne etwas Nennenswertes bewegt zu haben¹.

Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich diesem Gedanken entsprechend eine „Internationale des Antisemitismus“, die auf regelmäßig stattfindenden Kongressen ihre judenfeindliche Agitation zu koordinieren und zu effektivieren trachtete. Im März 1921 trafen sich Judegegner verschiedener Länder in Wien zu einem dreitägigen internationalen Antisemiten-Kongreß, der in einem von judenfeindlichen Ausschreitungen begleiteten Umzug durch die österreichische Hauptstadt gipfelte². 1923 wurde ein solcher Kongreß in Florenz veranstaltet, der später als die erste „Studienkonferenz zur Erforschung der Judenfrage“ apostrophiert wurde. 1924 folgte eine weitere Zusammenkunft dieser Art in Paris³. An dem darauffolgenden Treffen, das im Oktober 1925 in Budapest stattfand, nahmen auch deutsche Vertreter teil, neben Baron Manteuffel aus Berlin⁴ und einem Sohn Theodor Fritschs aus Dresden auch Alfred Rosenberg

¹ Byrnes, *Antisemitism in modern France*, Vol. I, S. 233. Vgl. Drumont, *La France juive*; Ders., *La France juive devant l'opinion*, S. 287.

² Jüdisch-Politische Nachrichten (JPN) Jg. III, Nr. 18, 18. 3. 1921; vgl. PAAA R 78674/78687.

³ Welt-Dienst, 15. 10. 1934, S. 4.

⁴ Baron Carl von Manteuffel, gen. Zoege-Katz-Manteuffel, geb. 1872. Manteuffel war Autor u.a. von „Deutschland und der Osten“, München 1926 und „Die kommende Deutsche Revolution“, München 1931.

und der später zum Staatssekretär avancierte Ernst Boepple. Letztere wurden in der Presse mit dem Zusatz „Anhänger Hitlers aus München“ beschrieben. Die Teilnehmer, so meldete die Jüdische Telegrafien-Agentur, „beschlossen die Gründung einer antisemitischen Internationale“⁵.

Auf dieser Konferenz in Budapest sei, wie Rosenberg später berichtete, „die Frage einer künftigen Aussiedlung der Juden aus Europa besprochen“ worden, „und hier tauchte zum ersten Mal der Vorschlag auf, doch Madagaskar als die kommende Heimstätte der Juden zu propagieren“⁶. Abgesehen von der Tatsache, daß Rosenberg demnach Lagardes Äußerungen von 1885 offenbar nicht kannte und er den Budapester Kongreß in seiner Erinnerung fälschlicherweise auf das Jahr 1927 datierte, muß auch seine Aussage zu Madagaskar zumindest ergänzt werden. Denn bereits dem Wiener Antisemiten-Kongreß von 1921 hatte nach einer Meldung der „Jüdisch-Politischen Nachrichten“ ein „Vertreter des antisemitischen Vereins ‚The Britains‘“ Grüße hinterbracht⁷. Diese auf den ersten Blick völlig belanglose Mitteilung erweist sich jedoch bei näherer Betrachtung als Schlüssel zu der Frage, wann der Madagaskar-Gedanke, sieht man Lagardes Äußerungen als den eigentlichen Ursprung an, „wiedergeboren“ und zum Fixpunkt der Programmatik dieses internationalen Kreises erhoben wurde. Hinter besagtem antisemitischen Verein aus Großbritannien verbirgt sich nämlich jener Mann, der mit einiger Berechtigung als der Hauptpropagator des Madagaskar-Gedankens bezeichnet werden kann – der Gründer von „The Britons“ (wie die Schreibweise korrekt lautet), Henry Hamilton Beamish. Beamish gelang es erfolgreich, den Madagaskar-Gedanken zum Programm jenes bis Ende der dreißiger Jahre regelmäßig tagenden, internationalen Antisemiten-Zirkels zu erheben.

1. Henry Hamilton Beamish oder: Die Idee der „compulsory segregation“

Beamish wurde 1873 als Sohn eines irischstämmigen britischen Konteradmirals aus Basted in der Grafschaft Kent geboren. 17jährig ging er für fünf Jahre nach Kanada, unternahm von dort aus eine Nordpol-Expedition und versuchte sich als Farmer, bevor er 1894 durch die Vermittlung seines Vaters auf eine Teeplantage nach Ceylon kam. Während des Burenkrieges begab er sich 1901 als Soldat nach Südafrika, wo auch seine Beschäftigung mit dem Judentum begann. Er ließ sich zunächst dort nieder und gründete das „British Citizen Movement“ sowie eine Landwirtschaftszeitung, kehrte allerdings später nach Europa zurück, um am Ersten Weltkrieg teilzunehmen. Am 18. Juli 1919 gründete Beamish mit dreizehn Gesinnungsgenossen jene schwülstig-antisemiti-

⁵ Jüdische Telegrafien-Agentur, 19.5. 1925, in: JPN Nr. 49/1925 vom 23.10. 1925, S. 6; vgl. PAAA R 78692. Boepple (1887–1949) wurde 1933 Ministerialrat, am 1. März 1934 Staatsrat und war von 1937 bis 1939 Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium. Von September 1941 bis Januar 1945 war er in verschiedenen Funktionen im Generalgouvernement tätig. 1919 Gründungsmitglied der DAP und seit 1925 mit der Nr. 3600 Mitglied der NSDAP, war Boepple außerdem Inhaber des ersten nationalsozialistischen Verlages in Deutschland, dem im April 1919 gegründeten Volksverlag München, und Herausgeber der Zeitschrift „Der Weltkampf“.

⁶ CDJC CXLVI-51, 30.10. 1940.

⁷ JPN Jg. III, Nr. 18, 18.3. 1921.

sche Organisation mit dem Titel „The Britons“⁸, die sich der internationalen Stimmungsmache gegen das Judentum verschreiben sollte und deren Präsident er bis zu seinem Tode blieb. Er bewarb sich in dieser Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zweimal erfolglos als unabhängiger Kandidat für das britische Unterhaus⁹. Nachdem er im März 1919 auf Plakaten den Unterhausabgeordneten und Commissioner of Works Lord Melchett (Sir Alfred Mond) als „Verräter“ verunglimpft hatte, der während des Krieges Aktien an die Deutschen verteilt habe, wurde er wegen Verleumdung zu einer Geldbuße von 5000 Pfund verurteilt. Die Strafe wurde nie bezahlt, da es Beamish vorgezogen hatte, das Land zu verlassen¹⁰.

Seit dieser Zeit war er unentwegt und ausdauernd mit seiner antisemitischen Propaganda beschäftigt. Vor allem seine schon frühzeitigen Verbindungen zu den Nationalsozialisten sind hier hervorzuheben. Beamishs Kontakte und Aktivitäten in Deutschland nahmen im Januar 1923 ihren Anfang, als er am 18. des Monats in München mit Hitler gemeinsam auf einer Veranstaltung der Nationalsozialisten vor 7000 Zuhörern im Zirkus Krone auftrat. Hier wurde er irreführend als „englischer Grubenarbeiter“ vorgestellt¹¹, und Dietrich Eckart übersetzte seine nicht besonders umfangreiche Rede für das Auditorium ins Deutsche. Beamish huldigte Hitlers Einsatz gegen das Judentum und versprach seinem Publikum, in Großbritannien „eine Partei nach dem Muster der Nationalsozialisten in Bayern zu organisieren“¹². Er war offensichtlich mitgerissen von der aufgepeitschten Massenatmosphäre dieser Großveranstaltung, von deren Dimensionen er bei seinen bisherigen Aktivitäten nur träumen konnte. Hitler, der schon in seiner Hauptrede für den Zeitpunkt, da er die Macht in den Händen halten werde, den Juden „Rache“ geschworen hatte, schloß die Versammlung mit dem Aufruf, daß „alle germanischen Völker eins sein müssen in der Bekämpfung unseres gemeinsamen Todfeindes, des Juden“¹³.

⁸ Lebzelter, Beamish, S. 41; vgl. Field, *Anti-Semitism with the Boots Off*, S. 30.

⁹ *Times of Ceylon Sunday Illustrated*, 9.9. 1936. Beamish bewarb sich im Juni 1918 bei einer Nachwahl in Clapham, die er mit nur 1 181 Stimmen Unterschied verlor. Im Dezember desselben Jahres versuchte er es an gleicher Stelle noch einmal und wurde, diesmal mit 6706 Stimmen Unterschied, deutlich geschlagen; Lebzelter, Beamish, S. 42; vgl. Kosmin, *Colonial Careers for Marginal Fascists*, S. 17.

¹⁰ *The Times*, 13.1. 1920, Court of Appeal; PRO HO 144/21379, 9.12. 1936, Report „on the subject of Jew-baiting“, S. 4; *Gothic Ripples* No. 37, 5.5. 1948, S. 3; vgl. Lebzelter, Beamish, S. 43; Aronsfeld, *The Britons Publishing Society*, S. 32. Statt vor Gericht zu erscheinen, übermittelte Beamish die Erklärung, er habe sich aus „Gesundheitsgründen“ auf eine Seereise begeben; *The Times*, 13.1. 1920.

¹¹ Beamish hatte bis dato nie etwas mit Grubenarbeit zu tun gehabt. Diese bewußt falsche Kennzeichnung war vermutlich durch die Absicht motiviert, den Gast aus der britischen Oberklasse dem Publikum als einen der Ihren präsentieren zu können. Diese Irreführung fand auch in der britischen Presse Niederschlag, wo die „Times“ am 20. Januar 1923 meldete, daß „Henry Beamish, said to be an English miner, addressed a meeting of the Bavarian Fascisti at Munich“.

¹² Vgl. Jäckel/Kuhn, *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen*, S. 794–797. Julius Streicher behauptete später, Beamish sei schon 1922 in Deutschland gewesen; *Fränkische Tageszeitung*, 23.1. 1937, S. 8: Wer will den Krieg? Dies ist angesichts Beamishs eigener Äußerungen im Zirkus Krone vermutlich falsch. Dort berichtete er nämlich, er sei erst „vor einigen Tagen“ aus Süd-Afrika, wohin er nach seiner Verurteilung geflüchtet war, nach England zurückgekehrt und, als er von den Nationalsozialisten gehört habe, „sofort abgereist, um Hitler kennenzulernen“; P.N.D.-Bericht Nr. 395, S. 2.

¹³ Jäckel/Kuhn, *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen*, S. 796.

Neben den Kontakten zu Hitler und Eckart stand Beamish auch in Verbindung mit dem von den Nationalsozialisten hochverehrten Altmeister des Antisemitismus, Theodor Fritsch¹⁴.

Beamish war schon zu dieser Zeit von der Madagaskar-Idee derart fasziniert, daß er noch im selben Jahr zur Untersuchung der Umsetzungsmöglichkeiten das französische Kolonialministerium aufsuchte¹⁵. Im April 1923 schrieb er auf der Titelseite des Britons-Publikationsorgans „Hidden Hand“: „Madagascar would be a suitable Home, and we should imagine that France would have no hesitation in granting the island to the Jews“, und er schloß programmatisch, das „Madagascar, being an island, would make the problem of complete segregation a simple one“¹⁶.

Einiges spricht also für die eingangs erwähnte Korrekturbedürftigkeit von Rosenbergs Darstellung, wonach der Gedanke an Madagaskar erst im Oktober 1925 in Budapest (wieder)geboren worden sei. Beamish hat, sicher auch bei seinen Kontakten mit den Nationalsozialisten, diese Idee schon Jahre vorher vertreten. Sie wurde zur fixen Idee seines Lebens. Spätestens seit der Zusammenkunft in Budapest war auch Rosenberg von Beamishs Gedanken an Madagaskar fasziniert und gab ihm publizistisch Raum.

Am 29. Juni 1926 erschien auf der Titelseite des „Völkischen Beobachters“ ein Artikel mit dem Titel „Madagaskar‘ (Von einem Engländer)“, in dem sich der Autor mit Lösungsmöglichkeiten der Judenfrage beschäftigte¹⁷. „Ausrottung“, „Aufheiratur (Assimilation)“ und „Absonderung (Compulsory segregation, wie der Engländer sagt)“ diskutiert er in ironiegetränkten Wendungen als denkbare Möglichkeiten, die er im einzelnen abhandelt. Die Assimilation scheide aus, da „der Jude“, der über Tausende von Jahren seiner Rasse treu geblieben sei, dies ablehnen müsse und es „Pflicht aller wäre, ihm in der Aufrechterhaltung seiner Ideale beizustehen“. Die Juden schlicht umzubringen, sei, bei aller Berechtigung hierzu seitens der „Wirtsvölker“, inhuman und unchristlich, weil auch der Autor den Juden ein grundsätzliches Lebensrecht doch

¹⁴ Bondy, *Racketeers of Hatred*, S. 132–135. Bondy beschreibt Beispiele weiterer internationaler Judengegner in Europa, Südafrika und Nordamerika. Auch diese standen häufig in Verbindung mit den noch zu beschreibenden Aktivitäten des „Welt-Dienstes“ oder wurden – insbesondere in den europäischen Ländern nach der Eroberung durch die Deutschen – direkt von den Nationalsozialisten unterstützt. Besonders hervorzuheben sind hier Quisling in Norwegen und Mussert in den Niederlanden. Ohne diese Unterstützung fristeten die Vereinigungen nur ein Sekten-Dasein mit allgemein antisemitischer Einstellung. Für unsere Darstellung waren nur diejenigen Organisationen und Personen von Interesse, die etwas mit Entstehung und Verbreitung des Madagaskar-Gedankens zu tun hatten.

¹⁵ Wacogne, *L'Appel*, 28. 5. 1942. Wacogne sieht ebenfalls in Beamish den Urheber des Madagaskar-Gedankens.

¹⁶ *Hidden Hand* or *Jewry über Alles*, Vol. 4, No. 4, April 1923, S. 1; die Zeitschrift erschien als Organ von „The Britons“ seit Februar 1920, zunächst unter dem Titel „Jewry über Alles“, dann als „Hidden Hand“ mit dem genannten Untertitel und schließlich als „British Guardian“. Im Dezember 1923 wurde „The Britons Publishing Company“ gegründet, mit deren Hilfe eine schwunghafte antisemitische Agitation, vor allem durch die Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion“, betrieben wurde. Im Februar 1932 trennten sich „The Britons“ und „The Britons Publishing Society“ formell voneinander; Lebzelter, *Beamish*, S. 47.

¹⁷ *Völkischer Beobachter*, 29. 6. 1926: „Madagaskar“ (Von einem Engländer); auch zum folgenden; Hervorhebungen im Original. Für den Hinweis auf diesen Artikel danke ich Herrn Dr. Ulrich Höver.

nicht absprechen wolle. Da „der Jude“ aber angeblich einer der „ältesten und besten Rassen“ angehöre, sei es „nur billig, statt ihn zu töten, ihm jede Möglichkeit zur weiteren Hebung seiner Rasse zu geben und ihn dabei auch vor jeder Befleckung mit dem ihm schädlichen arischen und anderen Blut zu bewahren“. Unter diesen Voraussetzungen sei „das einzige Heilmittel für die jüdischen Beschwerden [...] die *Trennung*“. Diese Trennung müsse allerdings „*zwangsmäßig* sein“ und dürfe „vom freien Willen nicht abhängen“.

Außerdem war nach Auffassung des Autors zu beachten, daß das meiste Land auf der Welt bereits vergeben und von „europäischen Rassen“ kolonisiert sei. Zudem seien „die Juden als Asiaten an ein milderes Klima gewöhnt“, als daß man sie beispielsweise in Alaska ansiedeln könne. Auch das afrikanische Festland komme, da von Eingeborenen reich genug bevölkert, nicht in Betracht. Die ganze, von spöttischem Sarkasmus durchzogene Argumentation lief schließlich auf seinen Lösungsvorschlag hinaus: „So muß man schon einen anderen Platz suchen, der den Juden, ohne Sorge, vom rassefremden Blut geschändet zu werden, rein nationalistisch und konservativ sich zu entwickeln erlaubt. Wo ist das Paradies, das allen Juden vergönnt, in Frieden und Freude dahinzuleben, dabei sich rein zu halten und auch ihren Idealen [...] nachzugehen? Das ist *Madagaskar*.“

Es ist offensichtlich, daß es sich bei diesem vom „Völkischen Beobachter“ nur als „Engländer“ apostrophierten Autor um Henry Hamilton Beamish handelt, der von Rosenberg, nachdem sie sich spätestens im Oktober 1925, vermutlich aber schon 1923, kennengelernt hatten, Gelegenheit erhielt, im Hausblatt der Nationalsozialisten seine Idee auch dem deutschen Publikum zu unterbreiten.

Beamish erklärte in seinem Beitrag außerdem, bei der Dringlichkeit der Judenfrage würden sich die nichtjüdischen Völker sicher schnell mit Frankreich einigen, „um Madagaskar zum wirklichen und wahren Heim des Gottesvolkes zu machen“. Die Insel könne „bequem 50 Millionen Mann fassen“. Selbstverständlich sollten „Mittel und Wege zur Beförderung der Juden nach Madagaskar [...] international überlegt und dann zwangsweise eingeleitet werden“. Die Betonung der notwendigen Internationalität der antijüdischen Maßnahmen war auch das Hauptmotiv der erwähnten regelmäßigen Kongresse, die noch näher zu beschreiben sein werden. Die Zeit dränge, so Beamish, zu einer Lösung, „ehe es für Nichtjuden und Juden zu spät wird und die unnatürlichen, ungesunden Zustände, die sich aus dem Zusammenleben der Juden mit den ihnen verhaßten Goyim bisher ergaben, von der Natur auf eine Art und Weise beseitigt werden könnten, die wir aber im einzelnen nicht ausmalen möchten“. Die radikalen und tendenziell bis ins Globale reichenden Dimensionen dieses Vorschlags lassen sich bruchlos in die bereits skizzierte Linie der antisemitischen Tradition einordnen. Und auch der Charakter des Autors paßt beinahe idealtypisch ins Umfeld der häufig verschrobenen und von einem irregeleiteten Idealismus geprägten Propagandisten der Welterlösung durch Judenabsonderung.

Denn auch Beamish war einer jener typischen Vertreter des Antisemitismus, die von den eigenen Ideen und Vorstellungen vollständig gefangen waren und in ihrer pathologischen Wahrnehmung der Realität nur noch die Dinge zur Kenntnis nahmen, die ihrem einmal als vermeintlich richtig und wahr erkannten Bild entsprachen. Erfüllt von der Idee einer eigenen, erlöserähnlichen Mission, gepaart mit einer exorbitanten Vorstellung von der Bedeutung der eigenen Person – und nicht nur hierin Hitler vergleich-

bar –, identifizierte Beamish hinter allem, was seinen Vorstellungen widersprach, die Juden als ständige Bedrohung und Herausforderung der arischen und weißen Kultur. Begierig wie seine Gesinnungsgenossen, sog er alle verfügbaren antisemitischen Veröffentlichungen auf und nahm sie nicht nur für bare Münze, sondern als Bestätigung der Richtigkeit des eigenen Weltbildes. Einer der Grundpfeiler dieses Wahnbildes waren die „Protokolle der Weisen von Zion“, die auch für Hitlers Gedankenbildung zum Judentum von einflußreicher, wenn nicht entscheidender Bedeutung waren¹⁸. Beamish gehörte nach eigenen Angaben der Mehrzahl der faschistischen Bewegungen in Großbritannien an und war, neben seiner Rolle als Präsident von „The Britons“, Präsident der „League of Gentiles“ und des „Bundes Völkischer Europäer“¹⁹. Alle diese Institutionen hatten nur den einen Zweck, die Propaganda für Beamishs antisemitische Mission zu unterstützen, in deren Mittelpunkt, analog der Vorstellung von der „Weltrevolution“ im Kommunismus, ein Ziel stand: „Compulsory segregation“ der Juden auf Madagaskar. Beamish wurde so zu einer Art „travelling salesman of anti-Semitism“²⁰, und seine Spuren lassen sich tatsächlich weltweit verfolgen. Im Verhör durch ein südafrikanisches Gericht behauptete er im Sommer 1934, Hitler nicht nur persönlich zu kennen, sondern ihn sogar „unterrichtet“ zu haben und von der Spitze der Nationalsozialisten häufig in Judenfragen konsultiert worden zu sein²¹.

2. Internationale antisemitische Kongresse

Spätestens seit dem Treffen in Budapest war der Madagaskar-Gedanke ein Kernpunkt der internationalen Antisemiten-Kongresse, die auch in den Jahren nach 1925 regelmäßig stattfanden. Nach Auffassung der Kongreßteilnehmer konnte der Herausforderung

¹⁸ Die „Protokolle der Weisen von Zion“, eine Fälschung des russischen Geheimdienstes aus der Zarenzeit, geben den angeblichen Inhalt der Rede eines ungenannten „jüdischen Führers“ wieder, die sich über 24 Sitzungen erstreckt. Vorgeblich der antisemitischen Verbreiter und Herausgeber wurden die „Protokolle“ als Mitschrift auf dem ersten Zionistenkongreß in Basel bzw. in einer parallelen, geheimen Sitzung jüdischer „Weiser“ angefertigt. Sie geben auf der Basis einer Verschwörungstheorie den angeblichen Fahrplan zur jüdischen Weltherrschaft wieder. Die „Protokolle“ wurden in Deutschland 1919 von Ludwig Müller von Hausen unter dem Pseudonym Gottfried zur Beek und seit 1923 in mehrfacher Auflage von Alfred Rosenberg herausgegeben.

Über Entstehung, Verbreitung und Wirkung der „Protokolle“ vgl. das ausgezeichnete Werk von Cohn, *Die Protokolle der Weisen von Zion*; vgl. auch Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus*, S. 109.

¹⁹ Bondy, *Racketeers of Hatred*, S. 133.

²⁰ Ebenda, S. 131.

²¹ *Grocott's Daily Mail*, 1.8. 1934, zitiert nach Bondy, *Racketeers of Hatred*, S. 132–133; Barlow, *Sunday Express*, Johannesburg, 29.8. 1937; vgl. Aronsfeld, *The Britons Publishing Society*, S. 33. Die Verbreitung seiner Vorstellungen in Deutschland und die Rückführung des Madagaskar-Gedankens auf Beamish werden auch belegt durch einen Artikel in der von Gottfried Feder herausgegebenen „Deutschen Rundschau“ vom August 1933, wo es heißt, man sei „wohl bald nicht mehr der Zeit fern, wo die Juden dem englischen Vorschlage folgend, sich auf Madagaskar zu den ‚Staaten von Zion‘ zusammenschließen werden“; *Deutsche Rundschau*, Berlin, 12.8. 1933, S. 2. Beamishs Propaganda-Aktivitäten während der Hitler-Herrschaft werden im Zusammenhang mit der Beschreibung des Madagaskar-Gedankens zum Ende der dreißiger Jahre zu behandeln sein; vgl. Kap. III. 11.

durch das in ihren Augen international verschwörerisch operierende Judentum nur mit einer ebenfalls grenzübergreifenden Bewegung von Antisemiten begegnet werden, welche die Vorschläge zur Lösung der Judenfrage stets aufs neue wiederholten, um so auf die vermeintliche Gefahr wie auf Möglichkeiten zu deren Beseitigung hinzuweisen. Zu diesem Kreis gehörte neben den bereits erwähnten Teilnehmern laut Alfred Rosenberg auch ein ehemaliger „Sekretär“ von Papst Pius X.²², außerdem der rumänische Professor Alexander Cuza, der in seinem Land der Hauptträger der antisemitischen Propaganda war²³. In Berichten über die Zusammenkünfte war häufig von Vertretern aus mehr als zwanzig Nationen die Rede. Der Kongreß des Jahres 1926 tagte vom 8. bis 11. August im dänischen Springforbi nördlich von Kopenhagen und hatte, wie der „Völkische Beobachter“ nachher meldete, unter Beteiligung „antijüdischer Vertreter aus den meisten Ländern Europas“ stattgefunden. Man sei sich einig gewesen in der „Erkenntnis, daß *alle* Nationen einer rassisch-seelischen Vernichtung entgegengehen, wenn die Auswanderung des Judentums nicht *überall* durchgeführt werden würde. Jeder der Teilnehmer war sich darüber klar, daß es nichts nütze, das Judentum in einem Staate unschädlich zu machen, sondern daß die Voraussetzung *aller* Nationalkultur die restlose Ausscheidung sämtlicher Juden aus Europa sein müsse.“²⁴

Schon im Mai 1926 war über die Presse bekanntgeworden, „daß das von dem letzten Antisemiten-Weltkongreß [!] in Budapest eingesetzte Komitee Vorbereitungen für einen neuen Kongreß [. . .] getroffen“ habe. „Es haben sich Delegierte aus 28 Staaten gemeldet, die Referenten sind bereits bestellt. Es soll eine Kundgebung der Antisemiten für die Schaffung einer arisch-christlichen Einheitsfront werden.“²⁵ Die „Wiener Morgenzeitung“ meldete, an dem Kongreß hätten Vertreter „aus Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn“ sowie „Vertreter der russischen Emigration“ teilgenommen²⁶.

Nach einer späteren Darstellung von Teilnehmern war dieser Kongreß der fünfte nach dem Weltkrieg²⁷, das heißt, daß die Wiener Zusammenkunft von 1921 in der Chronologie mitgezählt wurde, wenngleich das Treffen von 1923 in Florenz gemeinhin als erste „Studienkonferenz“ galt²⁸. 1927 traf man sich in Stockholm und 1930 in Lu-

²² Laut Rosenberg „Monsignore [Umberto] Benigni“, CDJC CXLVI-51, 30.10. 1940; Benigni (1862–1934) war während der Regentschaft Papst Pius' X. im Staatssekretariat unter Kardinal Merry del Val seit 1906 Untersekretär für die außerordentlichen Angelegenheiten. Er gründete 1907 eine eigene, straff organisierte Geheimorganisation, die sich über zahlreiche Länder erstreckte und einen antimodernistischen „Integralismus“ vertrat, nach Oswald von Nell-Breuning ein „religiöser Totalitarismus“, der sich selbst gegen Bischöfe wandte. Benigni, der außerdem mehrere antimodernistische Zeitschriften herausgab, verlor unter Papst Benedikt XV. seinen Einfluß; vgl. Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. V, Sp. 717, Zitat ebenda; Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen, Sp. 495; Dizionario Biografico Degli Italiani, Bd. 8, S. 506–508.

²³ Vgl. Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, S. 13.

²⁴ Völkischer Beobachter, 14. 8. 1926: Internationaler Antisemitenkongreß in Dänemark; Hervorhebungen im Original.

²⁵ Jüdische Telegraphen-Agentur, 18. 5. 1926, zitiert nach JPN Jg. VIII, Nr. 27, 21. 5. 1926, S. 1.

²⁶ Vgl. JPN Jg. VIII, Nr. 41, 27. 8. 1926, S. 1 f.

²⁷ Welt-Dienst, 15. 10. 1934, S. 6.

²⁸ Ebenda, S. 4.

zern, 1932 fand jeweils ein Kongreß in München und Paris statt. Die Zusammenkünfte waren in dieser Zeit zuallererst Kontakt- und Informationsbörsen eines verschworenen Zirkels, der viel von geheimbündlerischer Konspiration, aber wenig von politischer Realitätsnähe hatte. Auf die großspurigen Hoffnungen und den tatsächlich nur leicht gewandelten Charakter der Veranstaltungen nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, die mit deutlichen Heilserwartungen durch den Zirkel begrüßt wurde, wird noch einzugehen sein.

Zunächst gilt es jedoch, den Blick auf eine Broschüre zu werfen, die als Resultat des Kongresses von 1925 verfaßt wurde und lange Zeit als Auslöser für die Entwicklung des Madagaskar-Gedankens galt. Franz Rademacher, von 1940 bis 1943 Judenreferent des Auswärtigen Amtes, führte die „Idee, alle Juden nach Madagaskar zu schaffen“, auf den „alten holländischen Antisemiten Beamish“ zurück, der sie „in den 20er Jahren veröffentlicht“ habe²⁹. Rademacher kannte demnach die Äußerungen Lagardes nicht, war also offensichtlich nur vage und unvollständig mit den geistigen Wurzeln des von ihm im Auswärtigen Amt betreuten Projektes vertraut. Der Hintergrund seiner Äußerung ist, obwohl sie Verschiedenes vermennt, dennoch zutreffend. Während Madagaskar bei Lagarde nur ein einziges Mal und eher beiläufig als programmatisch auftaucht, kann der Engländer Henry Hamilton Beamish wie beschrieben als derjenige gelten, der diesen Gedanken zum antisemitischen Programm erhoben hat. Daß Rademacher ihn als „holländischen Antisemiten“ bezeichnete, dürfte auf eine Verbindung dieses Namens mit dem Werk eines vorgeblich aus Rotterdam stammenden Autors namens Egon van Winghene aus dem Jahre 1927 bzw. 1931 zurückzuführen sein. Der vermeintliche Holländer gehörte wie Beamish zum Kreis der „Internationale des Antisemitismus“, die sich auf den beschriebenen Kongressen traf und sich als jüdenfeindliche Gegenbewegung zur kommunistischen Internationale als der angeblichen Vertreterin eines „jüdischen Welt-Bolschewismus“ verstand. Sie trachtete nach der zwangsweisen Unterbringung der Juden auf Madagaskar, und ihr programmatisches Schlagwort hierfür lautete: „Voll-Zionismus“.

3. „Egon van Winghene“ und die „Pan-Arier“ oder: Die Idee des „Voll-Zionismus“

Unter dem Titel „Arische Rasse, Christliche Kultur und das Judenproblem“ erschien 1931 im Erfurter U. Bodung-Verlag ein antisemitisches Pamphlet als „zweite erweiterte Auflage, aus dem Holländischen übersetzt“. Autor des Heftes war ein gewisser „Egon van Winghene, Rotterdam, (unter Mitarbeit von U. Tjörn, Kopenhagen)“³⁰. Der Verfas-

²⁹ PAAA Inland IIg 177, 30.8. 1940.

³⁰ Winghene, Arische Rasse, Christliche Kultur und das Judenproblem. Eine erste Auflage oder ein holländisches Original konnten nicht gefunden werden. Vermutlich existierte beides nicht. Die holländische Nationalbibliographie verzeichnet für den Zeitraum 1926–1930 und 1931–1935 keinen Autor dieses Namens und auch nicht besagten Titel. Das heißt, daß es sich bei der deutschen Ausgabe von 1931 um die sprachlich wie verlegerisch erste Auflage handelte. Weitere folgten allerdings in den darauffolgenden Jahren, die „dritte“ Auflage erschien 1932, eine „vierte“ 1934, eine „fünfte“ 1938. Bei allen Auflagen handelte es sich um einen unveränderten Nachdruck der Erstauflage; vgl. Illustrationen.

ser widmete sein Werk neben einer Reihe französischer, Schweizer, österreichischer, skandinavischer, ungarischer und rumänischer Antisemiten-Organisationen auch den „Britons“ – der antisemitischen Propagandainstitution Beamishs. Auf dem Titelblatt des 80seitigen Bändchens war neben einem Balken mit den Symbolen Hakenkreuz („Arische Rasse“), lateinisches Kreuz („Christliche Kultur“) und dem Davidstern („Judenproblem“) unter der Überschrift „VOLL-ZIONISMUS?“ die Insel Madagaskar dargestellt. Interessant ist, daß der Name Madagaskar dann im gesamten Heft nicht mehr auftaucht.

Dennoch machte der Autor klar, warum er dieses Titelbild gewählt hatte. Für van Winghene waren „Nicht-Arier [. . .] die Bazillen der Zersetzung und der Fäulnis der arisch-christlichen Kultur“³¹. Er bezeichnete sich selbst als „Pan-Arier“ und wandte sich „gegen die Unterstellung, daß wir *Pan-Arier* überhaupt etwas mit dem landläufigen Antisemitismus, mit der ‚Pogrom-Stimmung‘ zu tun haben“. Man habe „gar nicht mehr die Zeit, den Juden einzeln zu hassen, einzeln zu verfolgen“. Es gehe „um weit Höheres, als um Pogrome und um Radau-Antisemitismus, den wir als sinnlos, weil ergebnislos, ablehnen. Es geht doch um die Rettung unserer Rasse, unserer Völker, unserer Kultur, unserer Ideale, unserer Zukunft und nicht zuletzt unseres Friedens vor feindlicher Heimtücke! Es gilt demnach vor allem *Pro-Arier* zu sein, nicht Antisemit.“³² Aus diesem Grunde plädierte der Autor auch statt für den Terminus Antisemitismus für die Bevorzugung des Begriffs „Antijudaismus“³³. Diese Auffassung traf sich mit derjenigen des Nationalsozialismus, die den Begriff Antisemitismus für ihre eigene Judegegnerschaft ebenfalls ablehnte³⁴.

Van Winghene bezog auch Stellung zum Nationalsozialismus und seinen wünschenswerten Aufgaben. Schöpfer des Sozialismus seien nicht Marx, Engels oder Lassalle, sondern der „französische Arier“ Proudhon, der „erkannte, daß die jüdische Sucht nach Geld und Goldbesitz *jenen* materialistischen Geist züchte, dessen Entartung er im Sammelbegriff ‚Kapitalismus‘ kennzeichnete“. Auf diese Ideen des „Ariers Proudhon“ und die Wiederherstellung eines wahren Sozialismus, der auch zum Rassenkampf führe, „sollte sich der Nationalsozialismus mit ganzer Kraft werfen“³⁵.

Auch van Winghene hatte allerdings in der Rassenfrage die altbekannten Schwierigkeiten bei der Suche nach den vermeintlich sicheren rassischen Erkennungsmerkmalen zur Definition des jüdischen Gegners. Als „Juden“ definierte er zunächst nebulös „1. alle Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft, die sich als vorderasiatisch-mongolisch-ostisch-nordisch-orientalisch-negroid-hamitisch-westisches Rassengemisch darstellt“, um dann doch wieder in gewohntem Rekurs auf das religiöse Bekenntnis die Beschreibung „2. alle Angehörigen der mosaischen Konfession, 3. alle ehemaligen Angehörigen der mosaischen Konfession, 4. alle Personen, deren Eltern oder Großeltern oder Urgroßeltern mosaischer Konfession waren“³⁶ als Weg zur angeblich rassischen Judenkenneung zu propagieren. Er verlangte als Maßnahme, um Juden und Arier aus-

³¹ Winghene, 1931, S. 12.

³² Ebenda, S. 14.

³³ Ebenda, S. 16.

³⁴ Vgl. Kap. II. 1., Anm. 3.

³⁵ Winghene, 1931, S. 18.

³⁶ Ebenda, S. 35.

einanderzuhalten, bei allen arischen und arianisierten Völkern eine „Rassebestimmungskommission“ zu gründen³⁷.

Die arische Rasse wurde nach van Winghames Auffassung, in Fortschreibung der Thesen der „Klassiker“ des Antisemitismus, durch die Vermischung mit dem Judentum in den chronischen Zerfall geführt, weshalb „nur eine absolute Scheidung der arischen Rasse von der jüdischen“ diesem Problem abhelfen könne. Hierzu seien vor allem eine „örtliche Trennung sowie strafgesetzliche Bestimmungen notwendig“³⁸. Er plädierte offen für eine Sippenhaft, denn jeder Jude müsse „verantwortlich sein für das Unheil, das sein Volk uns täglich bringt. Bedenken wir nur halbwegs die Konsequenzen, dann können wir *keinen* Juden in die Ehe- und Volksgemeinschaft zulassen, – koste es, was es wolle!“³⁹

Der Autor war darüber hinaus von einer „Weltmission der arischen Rasse“ überzeugt⁴⁰, denn: „Nur durch Gemeinsamkeit der Zielsetzung: ‚Befreiung vom Judentum!‘ und erbarmungslose Durchführung dieser Zielsetzung können die arischen Völker noch wiedergesunden. Wir sollen ja gar nicht ‚Antisemiten‘ sein, sondern vor allem ‚Proarier‘.“ Die Aufgabe bestand nach seiner Auffassung nicht in der Vernichtung des jüdischen Volkes (diese erschien ihm technisch und logistisch unmöglich), sondern hatte „ausschließlich nur das radikale Unschädlichmachen ihrer Weltherrschaftspläne, und die Ausschaltung der Schädigung unserer Eigenart durch ihre heimlich betriebenen Zersetzungsmethoden“ zum Ziel. Die Folgerungen hieraus waren für ihn unabdingbar: „Die Juden müssen gezwungen werden, endlich ihren eigenen Judenstaat zu errichten, und alle Juden müssen zwangsweise nach diesem Judenstaate deportiert werden. Was das jüdische Volk unter sich tut, ist uns gleichgültig.“⁴¹

Das System des Ghettos zur Absonderung der Juden war für ihn das „instinktive Vorgefühl der notwendig werdenden gänzlichen Ausscheidung des Judentums“. Es konnte zwar „keine endgültige Lösung des Problems bringen, hätte [...] aber mit der Zeit sicherlich auf den richtigen Weg geführt, wäre es nicht vorzeitig beseitigt worden. Eine Lokalisierung der Juden, als Zwischenstadium am Wege zur *secessio judaica*, wird auch in Zukunft zur Loslösung unerlässlich sein.“⁴²

Van Winghamene wandte sich in diesem Zusammenhang gegen den Zionismus, weil Palästina einerseits zu klein sei, um alle Juden aufzunehmen, der dortige Judenstaat andererseits ein Stützpunkt wäre, von dem aus die Juden weiterhin ihre über die Erde verstreuten Rassegenossen fördern könnten – ein altbekanntes, immer wiederkehrendes Argument, das später auch die Haltung der nationalsozialistischen Außenpolitik gegenüber der Idee eines Judenstaates prägen sollte⁴³.

Für eine radikale Lösung der Judenfrage gab es für van Winghamene nur zwei Wege. Zum einen die „körperliche Vernichtung und Ausrottung“. Sie sei aber „heute ein kaum gangbarer Weg der Bekämpfung“, weshalb die „pan-arische Idee sich hierzu ablehnend verhält“. Der Grund lag nicht in irgendwelchen moralischen Skrupeln, sondern einzig in

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda, S. 34.

³⁹ Ebenda, S. 41.

⁴⁰ Ebenda, S. 58.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Ebenda, S. 66.

⁴³ Vgl. Kap. V.5. und VI.5.

der faktischen Undurchführbarkeit dieses Weges. „Teil-Pogrome machen nur Märtyrer. Die Exstirpierung eines 27-Millionen-Volkes aber, das in so vielen Ländern zerstreut lebt, ist eine technisch unmögliche Sache.“ Deswegen sei die zweite Alternative, die „peinliche Ausscheidung“, der „einzige Weg, der zum Ziele führt“. Abhilfe könne „nur der volle, hundertprozentige Zionismus“ schaffen, „zu dem wir Arier uns endlich offen bekennen müssen. Wohlgermerkt: der *volle Zionismus*, d. h. die absolute Ausscheidung des Judentums [. . .] und der Zwang zur *Seßhaftwerdung* der Juden und Judenstämme in einem für sie zu bestimmenden und unter pan-arische Kontrolle zu stellenden Lande, bei gleichzeitiger voller *Entrechtung* aller Juden in allen arischen Ländern.“⁴⁴ Die Ansiedlung in Palästina sei daher nur „Pseudo-Zionismus“⁴⁵ und die Folgerung zwingend: Die jüdische „Rasse muß ein genügend großes, eigenes Land bekommen“. Sollten sie sich dagegen wehren, werde man sie „in den arischen und arianisierten Ländern derart systematisch entrechten, enteignen und unter Fremdenrecht setzen müssen, bis sie sich [. . .] endlich doch entschließen dürften, sich ein eigenes Land zu schaffen“. Van Winghenes Argumentation, in der sich der gesamte Katalog traditioneller rassenantisemitischer Vorurteile und propagierter Maßnahmenvorschläge wiederfand, kulminierte in der Forderung: „Das jüdische Volk aller Länder gehört [. . .] ausschließlich nur auf eine Insel! Die Kontrollmöglichkeit ist da die größte und die Ansteckungsgefahr die kleinste.“⁴⁶ In einem Aktionsprogramm nannte er als letzten Punkt und Ziel des Maßnahmenkataloges die „Schaffung des Judenstaates durch Zuweisung und Zwangsbesiedlung eines genügend großen Territoriums (Insel), unter arischer Kontrolle. So, und nur so sieht der wirkliche Zionismus aus. Den wollen wir! Scheint dieses Ideal auch noch sehr ferne und fast utopisch, so ist es das Ideal, auf das wir hinarbeiten müssen. Als Herzl mit seinem ‚Judenstaat‘ auftrat, lächelten alle klugen Leute über den Narren. Heute ist seine Idee eine Weltgefahr geworden. Die unsere soll die Welterlösung bringen.“⁴⁷

Auf dem Weg zu diesem Ziel war nach seiner Ansicht allerdings noch eine Reihe von „wohldurchdachten Übergangsmaßnahmen“⁴⁸ notwendig. Neben verstärkter „Aufklärung“ und gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Boykott gegen die „Talmi-Ethik“ und das „jüdische Geldmonopol“ nannte van Winghene als wichtige Forderung die „*Massenorganisation* zur Gewinnung der *öffentlichen Meinung*! In dieser Beziehung wäre ein demagogiefreier, auf religiösem und wirtschaftlichem Gebiete geläuterte Thesen aufstellender *Nationalsozialismus* von hoher Bedeutung.“⁴⁹

Damit war das Programm umrissen: Die Deportation aller Juden nach Madagaskar war die Lösung der Judenfrage, die zugleich jenen Voll-Zionismus schuf, den der Autor im Titelbild ausdrückt. Träger und Propagandist dieses Gedankens waren die „Pan-Arier“ bzw. die „pan-arische Bewegung“.

Van Winghenes Werk stieß in antisemitischen Kreisen auf vielfache Resonanz. Im Juli 1931 wurde es im „Hammer“, der Zeitschrift des antisemitischen Altmeisters Theodor

⁴⁴ Winghene, 1931, S. 70–71.

⁴⁵ Ebenda, S. 72.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda, S. 74.

⁴⁸ Ebenda, S. 72.

⁴⁹ Ebenda, S. 73, Hervorhebung im Original.

Fritsch, positiv begrüßt und vom Rezensenten Willibald Schulze zur Lektüre empfohlen⁵⁰. Der „Stürmer“ bekannte sich bei seiner Adaption der „Juden nach Madagaskar“-Forderung ausdrücklich zu van Winghames Überlegungen⁵¹, und auch der zwischen 1934 und 1937 im SD-Hauptamt als „Judenexperte“ tätige Gregor Schwartz-Bostunitsch beschäftigte sich in seinem Buch über „Jüdischen Imperialismus“ ausgiebig mit van Winghames Werk und der „pan-arischen“ Bewegung⁵².

Daß es sich beim Autor Egon van Wingham tatsächlich um den Klarnamen eines Holländers handeln würde, stand von Beginn der Beschäftigung mit dem Werk an in Zweifel⁵³. Wer war nun der Verfasser dieses Heftes mit dem programmatischen Titelblatt, das neben Beamishs Agitation als die zweite Säule der Madagaskar-Propaganda gelten kann? In der Ausgabe von 1931 wurde am Schluß der Broschüre angefügt, daß sich Interessenten des Pamphlets unter der Adresse des U.Bodung-Verlages in Erfurt an einen gewissen O.Farmer als den „Freund des mittlerweile verstorbenen Verfassers“ wenden könnten⁵⁴. Auch der Name O.Farmer allerdings war, ebenso wie Egon van Wingham, ein Pseudonym desselben Autors. Sein korrekter Name lautete: Georg de Pottere⁵⁵.

⁵⁰ Hammer, Blätter für deutschen Sinn, Juli 1931, S. 193. Schon im September 1930 hatte der Jenaer Zoologie-Professor Ludwig Plate in einer Buchbesprechung zum Thema Antisemitismus im „Hammer“ zur „Lösung der Judenfrage“ festgehalten, daß „alle europäischen Juden in humaner Form gezwungen“ [!] werden sollten, „sich in Palästina oder noch besser auf dem größeren Madagaskar niederzulassen“. Er erteilte Gedanken an ein mögliches Zusammenleben eine klare Absage: „Ebensowenig wie der Regenwurm mit dem Hahn ‚mutualistisch‘, d. h. zu gegenseitiger Förderung zusammenleben kann, wird dies zwischen Juden und Nichtjuden möglich sein“; Hammer, September 1930, S. 304: Aus der Bücherwelt. Der Hammer-Verlag war bereits 1887 von Fritsch in Leipzig gegründet worden und Teil seiner „Aktionszentrale“, von der aus er unermüdlich antisemitisches Schrifttum verbreitete; vgl. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 70; Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, S. 88.

⁵¹ Der Stürmer Nr. 48/1933: Auch Palästina.

⁵² Schwartz-Bostunitsch, Jüdischer Imperialismus, S. 343; vgl. Kap. V.2. Franz K. Ferenz, ein in Hollywood lebender Österreicher, plante 1934, Winghames Broschüre ins Englische zu übersetzen und in den Vereinigten Staaten zu vertreiben. Er wandte sich mit diesem Anliegen über das Deutsche Konsulat in Los Angeles an das Auswärtige Amt, mit der Bitte, sein Vorhaben gegenüber dem Erfurter Verlag zu unterstützen. Seine Bitte wurde durch den zuständigen Referenten von Bülow-Schwante gegenüber dem Propagandaministerium befürwortet, das Projekt ist aber offensichtlich nie realisiert worden; PAAA Inland II A/B 34/1.

⁵³ Max Nussbaum, der sich als erster im Herbst 1940 mit den Hintergründen des deutschen Planes jenes Jahres befaßt hat, vermutete hinter van Wingham, den er als Inspirator des Madagaskar-Plans ansah, „probably a Nazi pseudonym“; Nussbaum, Life in Wartime Germany, S. 582; ebenso Hevesi, Hitler's Plan for Madagascar, S. 381; Yahil, Madagascar, S. 319 und S. 331, Anm. 15, geht von einer Fälschung des Namens aus; Browning, Madagascar Plan, S. 935, hält van Wingham für einen Niederländer.

⁵⁴ Wingham, 1931, S. 78.

⁵⁵ PAAA Inland II A/B 38/1, Brief Paul Wurms vom 11.7. 1940 als Begleitschreiben zur Übersendung des Heftes „Voll-Zionismus“ an Franz Rademacher. Zur Identität von O.Farmer und de Pottere vgl. BAK R 58/988, Schreiben der Staatspolizeistelle Erfurt vom 27.8.34.

4. Georg de Pottere

Georg de Pottere war eine äußerst zwielichtige und im Dunkel konspirativer juden-gegnerischer Verbindungen der Zwischenkriegszeit schillernde Figur. Nach einem Bericht der Staatspolizeistelle in Erfurt war er ehemals ungarischer Konsul in Moskau und mußte, vermutlich im Zuge der Umbrüche am Ende des Ersten Weltkriegs, aus Rußland fliehen⁵⁶. Er gehörte danach zunächst, wohl bis 1923, der monarchistischen Wiener Gruppe „Ostara“ an, eine der Organisationen, der das Heft „Voll-Zionismus“ gewidmet war, und gründete in der österreichischen Hauptstadt anschließend den „arisch-christlichen Kulturbund“, der bis zu seiner Auflösung im Jahr 1926 einen ausgesprochen heftigen Antisemitismus predigte⁵⁷. Während dieser Zeit hielt de Pottere sich mehrfach in der Schweiz auf und soll auf einem der geheimen internationalen Kongresse der „Antisemiten-Liga“ als Präsident fungiert haben⁵⁸. 1927 zog de Pottere zunächst nach München und versuchte, Zugang zur NSDAP zu erhalten. Als dies scheiterte, zog er noch im gleichen Jahr nach Paris. Hier verfaßte er die Bücher „Weltfrieden und Judentum“ und das erwähnte Heft über „Voll-Zionismus“. Letzteres war das Produkt der Diskussionen des antisemitischen Kongresses in Budapest 1925⁵⁹. De Potteres Hauptwohnsitz blieb bis zum Jahr der Machtübernahme durch Hitler Paris, von wo aus er am 13. Oktober 1933 nach Erfurt umzog, um beim U. Bodung-Verlag mitzuarbeiten. Er wurde die „rechte Hand“ des Verlagsbesitzers Oberstleutnant a.D. Ulrich Fleischhauer. Dieser und de Pottere standen seit langem auch über die Antisemitenkongresse hinaus in Kontakt. De Pottere brachte gegenüber Fleischhauers deutlich beschränktem Horizont nicht nur internationale Erfahrung, sondern auch intellektuelle Potenz in das Gemeinschaftsunternehmen ein. Das ausschlaggebende Motiv für den Ortswechsel und das Engagement in Deutschland war jedoch die Machtergreifung der Nationalsozialisten und ihre Etablierung. Deren Ideologie entsprach in ihrer grundsätzlich judenfeindlichen Ausrichtung weitgehend, jedoch nicht vollständig deckungsgleich, de Potteres eigenen Intentionen. Nun war endlich, so meinten er und Fleischhauer, eine Staatsführung so weit in ihrem Bewußtsein gediehen, daß sie nicht nur die vermeintliche Gefahr der Bedrohung durch das Judentum erkannte, sondern auch praktische Konsequenzen daraus zu ziehen versprach, und die ersten antijüdischen Maßnahmen vom Frühjahr 1933 konnten sie in dieser Sicht nur bestärken.

Von Erfurt aus sollte deshalb auf der Basis des U. Bodung-Verlages und mit Unterstützung offizieller deutscher Stellen „Aufklärung“ in der Judenfrage betrieben werden. Dies konnte nach dem Verständnis de Potteres und seiner Kombattanten nur

⁵⁶ De Pottere wurde am 1. Juni 1875 im Banat in Ungarn geboren; BAK R 58/988, Schreiben der Staatspolizeistelle in Erfurt an die Gestapo in Berlin, 27. 8. 1934. Im Berlin Document Center findet sich nur eine einzelne Karteikarte zu de Pottere. Sein Vorname ist dort mit „Georg- alias: Olier“ [*sic!*], als Geburtstag der „1.7.75“ [!] und als Geburtsort German/Ungarn angegeben. Als Berufe werden Schriftsteller und österreichischer Generalkonsul a.D. genannt.

⁵⁷ PAAA Inland II A/B 38/1, Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapa) Berlin an das Auswärtige Amt, 24. 6. 1937.

⁵⁸ Zu den Kongressen vgl. Kap. III. 2.

⁵⁹ CDJC CXLVI-51, 30. 10. 1940.

eine internationale Aufklärung sein. Für die Gesamtlösung der Judenfrage war nach seinem Verständnis wenig gewonnen, sollte sie nur in Deutschland durchgeführt werden, lebte doch hier mit knapp 500 000 Juden nur ein Bruchteil der von Fleischhauer und de Pottere auf bis zu 38 Millionen Menschen bezifferten jüdischen Weltbevölkerung⁶⁰.

5. Ulrich Fleischhauer und der „Welt-Dienst“

Der U. Bodung-Verlag, in dem de Potteres Werk erschienen war und für den dieser seit Herbst 1933 nun auch hauptberuflich arbeitete, war eine Gründung des Oberstleutnants a.D. Ulrich Fleischhauer aus der Zeit unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs. Fleischhauer wurde 1876 in Thamsbrück geboren und war bis Kriegsende 1918 zum Kommandeur eines Feld-Artillerie-Regiments in Colmar avanciert. Er wurde später Mitglied der DNVP und Vertreter der Völkischen Gruppe in dieser Partei. Daneben war er noch Vorsitzender des „Nationalverbandes Deutscher Offiziere“. Zunächst in Perleberg bei Berlin, später von Erfurt aus, trat Fleischhauer als selbsternannter Experte für Judenfragen mit antisemitischen Artikeln, Büchern und Vorträgen an die Öffentlichkeit⁶¹. Er betätigte sich als „Sachverständiger“ in Judenfragen und war einer der Hauptpropagandisten jener „Protokolle der Weisen von Zion“, die eine angebliche jüdische Weltverschwörung belegen sollten. Diese wurden im Deutschen Reich seit 1923 von Alfred Rosenberg herausgegeben und übten auch auf Hitlers Judenbild einen starken Einfluß aus⁶². Fleischhauer ging seiner Sache wie Beamish mit missionarischem Eifer, aber einem gleichfalls beschränkten intellektuellen Niveau nach, obwohl er selbst seiner Arbeit einen immensen Stellenwert zuordnete. Zwischen 1929 und 1931 veröffentlichte er in seinem Verlag vier von geplanten sechs Bänden eines Nachschlagewerks namens „Sigilla Veri“, dessen großvolumige Bände den geschraubten Untertitel eines Lexikons „der Juden, -Genossen und -Gegner aller Zeiten und Zonen, insbesondere Deutschlands, der Lehren, Gebräuche, Kunstgriffe, und Statistiken der Juden sowie ihrer Gaunersprache, Trugsamen, Geheimbünde u. s. w.“ hatten⁶³. Es

⁶⁰ Nach einer offiziellen Statistik auf Basis der Volkszählung von 1933 wohnten am 16. Juni 1933 im Deutschen Reich 499 682 Personen, die sich ihrer Religionszugehörigkeit nach als Juden bezeichneten; Die Juden im Deutschen Reich 1816 bis 1933, in: Wirtschaft und Statistik, 15 (1935), S. 147–150. Van Wingham alias de Pottere ging in seinem Buch „Voll-Zionismus“ für das Jahr 1924 von 38 Millionen „Rassejuden“ aus, S. 26.

⁶¹ BAK R 58/988; Bondy, Racketeers of Hatred, S. 67.

⁶² Zu den „Protokollen“ vgl. Anm. 18. Als 1934 die Schweizer „Nationale Front“ wegen der Verbreitung der „Protokolle“ angeklagt wurde, trat Fleischhauer im April 1935 im laufenden Prozeß in Bern als „Gutachter“ auf, um die Echtheit der Broschüre zu beweisen. Er erlitt hiermit völligen Schiffbruch, konnte aber ein breites Echo auf seine Person und Ansichten als Erfolg verbuchen. Trotz des Scheiterns vor Gericht und der offensichtlichen Unrichtigkeit des Inhalts seiner Materialien brachte er das „Gutachten“, das weitgehend von de Pottere verfaßt worden war, in Deutschland als Buch heraus: Fleischhauer, Die echten Protokolle der Weisen von Zion; vgl. Cohn, Protokolle, S. 292.

⁶³ Zur Illustration sei der vollständige Titel wiedergegeben: Sigilla Veri (Ph. Stauff's Semi Kürschner II), Lexikon der Juden, -Genossen und -Gegner aller Zeiten und Zonen, insbesondere Deutschlands, der Lehren, Gebräuche, Kunstgriffe, und Statistiken der Juden sowie ihrer Gaunersprache, Trugsamen, Geheimbünde u. s. w. Zweite, um ein Vielfaches vermehrte und verbes-

sollte gleichsam das programmatische Nachschlagewerk der Judenfeindlichkeit darstellen und sich nach eigenem Verständnis mit „Judäologie“ beschäftigen. Darunter verstanden die Autoren die „Kunde von den Tricks, Täuschungen und Verstellungen, womit sich der Jude in die Wirtsvölker bohrt“⁶⁴. Die Bände der *Sigilla Veri* waren folglich als „Grundlage für die Wissenschaft von der Gegenrasse“ gedacht⁶⁵. Auch bei diesem Projekt wurde der Internationalismus der antisemitischen Arbeit hervorgehoben. Das Werk sei, betonte der Verlag, in internationaler Kooperation der Judengegner entstanden⁶⁶. Jedem Exemplar war ein numerierter Revers für die Bibliotheken beigelegt, in dem verlangt wurde, das Buch sei „in die Geheimabteilung der Bibliothek aufzunehmen“ und „Einsicht [. . .] nur arischen Persönlichkeiten zu gestatten“.

Der Anlage und den Autoren entsprechend war es nur folgerichtig, daß Madagaskar ein eigener, sechsspaltiger Artikel gewidmet war und die Insel darin als „zukünftige Heimstätte Israels“ beschrieben wurde. Ein ausführliches Zitat des Beamish-Artikels von 1926 (ohne Angabe des Autors) gipfelte in der Feststellung, bald werde „die ganze Menschheit die Notwendigkeit zwangsweiser Aussiedlung der Juden nach M[adagaskar] einsehen“. Der „Gedanke der ‚compulsory segregation‘“ habe bereits in zahlreichen Ländern Fuß gefaßt⁶⁷. Schon in der Einleitung des Werkes waren die judenfeindlichen Drohungen und die daraus abgeleiteten Alternativen eindeutig aufgezeigt worden: „Juda wird mit seinen Kindern und Enkeln das Weltverbrechen an den Völkern zu sühnen haben, wenn es nicht vorher für sich die Vereinigten Staaten der Welt um ein menschengerechtes Asyl im Madagaskar [sic/] oder in der Arktis bittet; dort mögen die Raffenden in kühler oder wärmender Einsamkeit sich aus Schmarotzern in Arbeitende, Schaffende zurückwandeln, sich erlösen und entparasiten [sic/], um dereinst, nach langer Probezeit im Schoße der Völker wieder aufgenommen, die früheren Sünden dienend abzubüßen. Oder werden die Juden die Abgeschlossenheit nicht ertragen und dabei eingehen? Auch Patrokles [sic/] ist gestorben!“⁶⁸ Das vieldeutig-eindeutige Schlußzitat und die Alternativorte Madagaskar und Arktis lassen erkennen, daß für die Protagonisten des Madagaskar-Gedankens eine zwangsweise Verbringung auf die Insel auch den Tod der Deportierten problemlos implizieren konnte.

serte Auflage. Unter Mitwirkung gelehrter Männer und Frauen aller in Betracht kommenden Länder im Auftrage der „Weltliga gegen die Lüge“ in Verbindung mit der „Alliance chrétienne arienne“ hrsg. von E. Ekkehard, Erfurt 1929–1931. Zur Entstehungsgeschichte dieses bizarren Werks vgl. Fleischhauers Bericht in Theodor Fritschs „Hammer“ Jg. 32, Nr. 755/56, Dezember 1933, S. 359–362. Fleischhauer verwies darin auf einen umfangreichen Mitarbeiterkreis, welcher in der „Weltliga gegen die Lüge“ die „wissenschaftlich“ vorgebildeten „Persönlichkeiten zahlreicher Länder“ umfasse. Er pries das (eigene) Werk in Anlehnung an Adolf Bartels als die „größte lexikalische Leistung des ganzen deutschen Schrifttums“ und empfahl es allen Ortsgruppen der NSDAP dringend zur Anschaffung.

⁶⁴ *Sigilla Veri*, Bd. I, S. 33.

⁶⁵ Ebenda, S. 55; Ende der dreißiger Jahre plante das Amt Rosenberg ein neues Handbuch zur Judenfrage im Rahmen der projektierten „Hohen Schule“ der NSDAP herauszugeben, das auf „*Sigilla Veri*“ basieren sollte; vgl. Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands, S. 1009.

⁶⁶ *Sigilla Veri*, Bd. I, S. 56.

⁶⁷ Ebenda, Bd. IV, S. 181–183.

⁶⁸ Ebenda, Bd. I, S. 62.

Fleischhauer und de Pottère sahen mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten die Zeit für weitreichende internationale, von Deutschland ausgehende Aktivitäten gekommen. Noch von Paris aus hatte de Pottère, der hier das Pseudonym Ludolf Scherer verwandte, am 15. März 1933 unter dem Briefkopf der von ihm ins Leben gerufenen „Alliance Chrétienne Arienne“ (A.C.A.) ein engbeschriebenes neunseitiges „Streng Vertrauliches Memorandum“ an Hitler, von Papen, Frick, Göring und Goebbels gesandt. Scherer/de Pottère gab an, er sei von einer „Gruppe Völkischer verschiedener Nationen beauftragt“, das Memorandum vorzulegen, das „von 22 Gesinnungsgenossen aus 22 Ländern gefertigt“ worden sei. Als er von keinem der Adressaten eine Antwort erhielt, sandte er weitere fünf Exemplare an die Reichskanzlei, mit der Bitte um Empfangsbestätigung und Weiterleitung⁶⁹. Das Memorandum suchte in der von de Pottère und seinem Zirkel bekannten Art nachzuweisen, daß die internationale Gefahr, die vom Judentum ausgehe, „*nur international* abgewehrt werden“ könne. Es wäre ein „gewissenloser Leichtsinn, wollte sich etwa die völkische Bewegung oder die nationalsozialistische Partei in Deutschland in ein *nur auf die eigene Kraft gestütztes Abenteuer* gegen das Weltjudentum verführen lassen“. Deshalb sei eine Abstimmung mit den „*überall vorhandenen*, um Geltung ringenden antijüdischen Befreiungsbestrebungen der übrigen Länder des arisch-christlichen Kulturkreises“ notwendig⁷⁰. „Der ungeheure Sieg Hitlers muss [. . .] *pan-arisch verankert* werden!“⁷¹ Der deutsche Nationalsozialismus konnte nach de Potteres Auffassung „für eine *über-nationale* Lösung des Judenproblems selber direkt wenig tun“. Statt dessen sollten die Nationalsozialisten seiner Bewegung, „den ‚Arischen Weisen‘“, wie er selbst sich und seine Gesinnungsgenossen apostrophierte, die Arbeit ermöglichen, denn: „Wer diesen naturnotwendigen Werdegang der Dinge nicht erfasst, der lasse lieber überhaupt die Hände von der Judenfrage!“⁷² Unter Verweis auf van Wingham, also unausgesprochen seine eigene Idee vom „Voll-Zionismus“ auf Madagaskar, plädierte er für eine „Entjudung der Welt“, ohne die es „keine wirkliche Entjudung des deutschen Volkes“ geben könne⁷³. Der „radikal einzig denkbare Weg“, nämlich die „*körperliche Vertilgung*“, sei bereits „*ungangbar*“. Allerdings nicht etwa wegen moralischer oder ethischer Bedenken seinerseits, sondern weil nach de Potteres Ansicht der Geist der arischen Völker bereits so weit „*verjudet*“ sei, daß „sie für die Notwendigkeit einer solchen befreienden Tat, für die spätere Generationen sie segnen würden, kein Verständnis mehr aufbringen“. Erst eine „*reinliche Scheidung*“ von den Juden werde die „*instinktpervertierten Arier*“ wieder zu Vernunft und Kraft auch in dieser Hinsicht bringen⁷⁴. Deshalb solle man die Juden aus der Gemeinschaft mit allen anderen Völkern lösen: „Man weise ihnen – recht weit weg – ein Land zu, wo sie allein und unter sich sein können, wo sie ihre angebliche Tüchtigkeit und Überlegenheit an ihrem eigenen nationalen Leibe ausprobieren mögen [. . .]! Man erfasse die Bedeutsamkeit des von uns seit Jahr und Tag geforderten *Vollzionismus!*“

⁶⁹ BAK R 43 II/594, Anschreiben Ludolf Scherers (= Georg de Pottère) an Hitler und an die Reichskanzlei, 30.3. 1933. Die Reichskanzlei bestätigte Erhalt und Weiterleitung des Schreibens mit einem Brief an die A.C.A. vom 6.4. 1933, ebenda.

⁷⁰ BAK R 43 II/594, Memorandum, S.2, Hervorhebungen im Original.

⁷¹ Ebenda, S.3, Hervorhebung im Original.

⁷² Ebenda, Hervorhebung im Original.

⁷³ Ebenda, S.4f.

⁷⁴ Ebenda, S.5.

Da die jüdische „Gegenrasse“ aber ein solches eigenes Vaterland nicht wolle, müsse man sie durch Zwangsmaßnahmen dahin bringen⁷⁵. „Dort mögen sie *unter arischer Kontrolle* zu anständigen Menschen werden oder Ausgestossene der Menschheit bleiben.“⁷⁶ Diese Gedanken von Zwangsdeportation und „arischer Kontrolle“ sollten auch den deutschen Madagaskar-Plan des Jahres 1940 prägen.

De Pottere brachte darüber hinaus einen Begriff ins Spiel, der neben dem „Voll-Zionismus“ die zweite Säule seines Programms darstellte, die Idee des „Pan-Arianismus“. Die jüdische Frage könne „nur *auf pan-arischer Grundlage* gelöst werden“⁷⁷, weshalb er die „Schaffung eines national unabhängigen, pan-arischen, zentralen ‚Technischen Hilfsbureaus‘“ vorschlug, um die Kontakte unter den einschlägigen „Sachkundigen und Kennern in allen Ländern“ zu pflegen. Das Büro solle außerdem eine „pan-arische“ Bibliothek einrichten, judenfeindliches „Aufklärungsmaterial“ übersetzen und verbreiten. Daneben plädierte er für die Errichtung zweier Nachrichtendienste, davon einen „für die bewährten Mitarbeiter in den verschiedenen Ländern“, der in gewohnter Weise konspirativ zu arbeiten hätte. Darüber hinaus sollte ein öffentlicher Nachrichtendienst „für die arische Welpresse“ eingerichtet werden. Das „Hilfsbüro“ hatte ferner vertrauliche Besprechungen und offizielle Kongresse einzuberufen⁷⁸. Scherer/de Pottere gab den Adressaten, deren Stellung ihm Gewähr für umfangreiche Finanzmittel zu sein schien, eine ausführliche Aufstellung der zu erwartenden Kosten. Vom leitenden Sekretär über die Übersetzer bis zu den Kosten für Zeitungsabonnements in 23 Ländern und den zu erwartenden Portogebühren schilderte er detailliert seine Vorstellungen und stellte selbstredend auch geeignete Kandidaten für die wichtigsten Posten in Aussicht⁷⁹.

Da die Angeschriebenen offensichtlich keinerlei Reaktion zeigten, wandte sich Fleischhauer im Mai 1933 mit einem gleichklingenden Vorschlag an die deutschen Behörden, unter anderem an den Sachverständigen für Rasseforschung im Reichsministerium des Innern, der die Mitteilungen an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin weiterleitete. Das Memorandum wurde auch Hitler übermittelt, das Begleitschreiben war mit einem Vermerk für ihn und Heß versehen⁸⁰. Unter dem Titel „Einige Gedanken über die Notwendigkeit der Schaffung einer Auslands-Propagandastelle“ betonte Fleischhauer zunächst, daß alle, die ihn und seinen Verlag kennen würden, wüßten, daß er „zu einem Kreise von Männern gehöre“, die zum Ziel hätten, „wissenschaftlich in die tiefsten Fragen des Judentums einzudringen und die ohne Selbstüberhebung sagen können, daß ihnen das ziemlich gelungen ist“. Er berief sich dann ausdrücklich auf den Vorschlag van Wingenhes, der „als Endziel die Schaffung eines ‚Vollzionistischen‘ Judenstaates verlangt“. Vor dem Hintergrund dieses Lösungsvorschlags hieß es weiter, daß, wer die internationale Macht der Juden „in ihrer ganzen Größe erkannt hat, weiß, daß man sie nur international bekämpfen kann, daß es aber gar nichts nützt, wenn man – wie jetzt – versucht, nur in einem Lande an diese Frage heranzugehen“.

⁷⁵ Ebenda, Hervorhebung im Original.

⁷⁶ Ebenda, S. 9, Hervorhebung im Original.

⁷⁷ Ebenda, S. 6, Hervorhebung im Original.

⁷⁸ Ebenda, S. 7.

⁷⁹ Ebenda, S. 8. Insgesamt kam er auf ein nicht gerade bescheidenes Gesamtbudget von monatlich 3.400 Mark.

⁸⁰ BAK R 58/988, Schreiben vom 24.5. 1933 und 15.10. 1933.

Aus diesem Grunde schlug Fleischhauer dringlichst die Schaffung einer „Auslandspropagandastelle“ und eines „technischen Hilfsbüros“ vor. Seine Gedankengänge ähneln dabei bis ins einzelne den Vorschlägen von Scherer bzw. de Pottere. Die Auslandspropagandastelle solle die Stimmung im Ausland beeinflussen, einen Nachrichtendienst für die arische Presse organisieren und Kontakt zu den „anti-jüdischen Organisationen aller Länder“ aufnehmen. Sie müsse aber scheinbar [!] unabhängig sein und „offiziell mit der Goebbelschen Propagandastelle nichts zu tun haben“. Das heißt, eine finanzielle Abhängigkeit gedachte er durchaus in Kauf zu nehmen, hielt sie angesichts der beinahe unbeschränkten materiellen und finanziellen Ressourcen des NS-Staates sogar für wünschenswert, ohne daß er allerdings seine Autonomie dadurch beschränkt sehen wollte.

Das „technische Hilfsbüro“ sollte für Kontakte „mit den in der Judenfrage tätigen Sachkundigen und Kennern in allen Ländern“ sorgen, die einschlägige Literatur auswerten, „Aufklärungsmaterial“ übersetzen und verbreiten, eine „pan-arische Bibliothek“ einrichten und Kongresse veranstalten. Eine Verknüpfung zumindest eines Teils dieser Einrichtung mit dem Auswärtigen Amt hielt er für wünschenswert⁸¹.

Da von offizieller Seite offenbar wieder keine Reaktion auf diese Vorschläge erfolgte, sandte de Pottere unter seinem Pseudonym „O. Farmer“ am 15. Oktober 1933 ein weiteres Memorandum an verschiedene staatliche Stellen. Farmer/de Pottere meldete, daß im Sinne von Fleischhauers Memorandum inzwischen „ein für alle Völker wirkendes gemeinsames Hilfs- und Informationsbüro errichtet“ worden sei, das den Titel „Arischer Weltdienst“ trage⁸². Er bat die Adressaten um Unterstützung durch das Auswerten von ihnen zugänglichen Zeitungen, die Weitergabe von Adressen bekannter Juden-gegner sowie finanzielle Hilfe beim Kampf gegen die „Unterirdische Internationale“ des Judentums. Am 11. November wandte er sich, diesmal mit seinem richtigen Namen, direkt an Alfred Rosenberg und bat, dem „Welt-Dienst“ bei seiner „Sisyphus-Arbeit“ zu helfen. Er nahm hierbei ausdrücklich Bezug auf beider Bekanntschaft seit den Kongressen der 20er Jahre, doch hat Rosenberg auf das Ansinnen seines alten Gesinnungsgenossen nicht erkennbar reagiert.

So entstand, trotz spürbarer Gleichgültigkeit der offiziellen nationalsozialistischen Stellen, der „Welt-Dienst“. Versehen mit dem Untertitel „Internationale Korrespondenz zur Aufklärung über die Judenfrage“, erschien er ab Dezember 1933⁸³.

⁸¹ Ebenda.

⁸² BA Potsdam, 62 Di 1 Fc, Film 620.

⁸³ Der „Welt-Dienst“ erschien zunächst in den drei „Weltsprachen“ Deutsch, Englisch und Französisch, später in bis zu elf Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch, Ungarisch, Polnisch, Dänisch, Spanisch, Rumänisch, Norwegisch, Schwedisch); vgl. Bondy, *Racketeers of Hatred*, S. 73 f. Auf dem Titelblatt der ersten Ausgabe hieß es programmatisch: „Diese Blätter sind bestimmt, unter Nichtjuden von Hand zu Hand zu gehen. [...] Er [Der Welt-Dienst] beabsichtigt [...] in erster Linie die schlecht orientierten Nichtjuden aufzuklären – welchen Staat auch immer sie ihr Vaterland nennen mögen.“

6. Die antisemitischen Kongresse im Bann des „Dritten Reiches“

Die Tatsache, daß im Deutschen Reich nun eine Regierung an der Macht war, deren „Führer“ ein ausgewiesener Vertreter des Antisemitismus und in vielen seiner Ziele von dieser Ideologie geleitet war, hatte zunächst nur geringe Auswirkungen auf die weiterhin veranstalteten Antisemiten-Kongresse⁸⁴. Vom 14. bis 17. März 1934 fand wiederum ein Treffen statt, diesmal im schweizerischen Bellinzona. Und im gleichen Jahr traf man sich sogar noch ein zweites Mal, vom 22. bis 26. September, in einem nicht näher bezeichneten Ort in Belgien⁸⁵.

Hier waren zum ersten Mal seit Bestehen dieser Versammlungen keine deutschen „Sachverständigen“ vertreten⁸⁶. Dies sei, so berichtete der „Welt-Dienst“, mit deren ausdrücklicher Zustimmung geschehen, wobei das Treffen in Belgien ein Vereinigungskongreß zweier ursprünglich für Brüssel und Nürnberg geplanter Zusammenkünfte gewesen sei⁸⁷. In Nürnberg habe der Kongreß als Gemeinschaftsunternehmen des „Welt-Dienstes“, der „Liga gegen die Lüge“, der „Arisch-Christlichen Allianz“ und des „Büros der Völkerverständigung zur Abwehr gegen die Weltverjudung“ stattfinden sollen⁸⁸. Die Organisatoren in Belgien seien jedoch, berichtete der „Welt-Dienst“ weiter, ebenfalls schon tief in ihren Vorbereitungen gewesen. Da die Kongresse aber nach dieser Darstellung zur Demonstration der Einigkeit beider Gruppen unbedingt zusammen stattfinden mußten, habe man sich in Erfurt zum Nachgeben bereit erklärt. Außerdem sollten die Besucher des Kongresses vor Verunglimpfungen als „Hitler-Agenten“ und „Pangermanisten“ geschützt werden, so daß die deutschen Teilnehmer sich ganz zum Fernbleiben entschlossen hätten⁸⁹.

Diese Darstellung illustriert bei näherer Betrachtung eingängig das hohe Maß an Skepsis, das vielen im „Welt-Dienst“ wiedergegebenen Informationen beizumessen ist. Denn in Wirklichkeit stimmte an dieser Darstellung so gut wie nichts. Tatsächlich hatte Fleischhauer nämlich geplant, seinen Antisemiten-Kongreß im Einvernehmen mit dem fränkischen Gauleiter Streicher kurz vor dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg abzuhalten. Als die Parteizentrale in München von dem Plan erfuhr, verbot Heß im Auftrag Hitlers die Abhaltung des Treffens, „auch in getarnter Form“. Fleischhauer wurde aufgetragen, die „etwa bereits unterwegs befindlichen Teilnehmer nach Erfurt zu holen, von wo aus er unter Umständen diesen Ausländern Teile des neuen Deutsch-

⁸⁴ Es ist bemerkenswert, daß den internationalen Antisemiten-Kongressen selbst im Jüdischen Lexikon ein Unterpunkt gewidmet war. Darin wird über die Zusammenkünfte in Budapest und Springforbi berichtet und der rumänische Professor Cuza als Teilnehmer hervorgehoben. Der Kongreß sei aber ohne praktische Ergebnisse geblieben; Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens, Bd. I, Sp. 370 f. In den „Sigilla Veri“ wurden diese Äußerungen zum Anlaß genommen, sich über die angeblich hektische Aufgeregtheit der Juden anlässlich der Kongresse lustig zu machen. Triumphierend wurde demgegenüber von der gelungenen Geheimhaltung des Treffens in Springforbi berichtet; Sigilla Veri, Bd. I, S. 50.

⁸⁵ Welt-Dienst, 15. 10. 1934, S. 4. Der „Welt-Dienst“ sprach als Veranstaltungsort von „belgischen Bädern“.

⁸⁶ Ebenda, S. 3.

⁸⁷ Welt-Dienst, 15. 9. 1934, S. 5.

⁸⁸ Welt-Dienst, 15. 10. 1934, S. 1.

⁸⁹ Ebenda, S. 2 f.

lands zeigen könne“⁹⁰. Hinter den im „Welt-Dienst“ genannten Institutionen mit den hochtrabenden Namen verbargen sich schlicht Fleischhauer und de Pottère, und letzterer war vermutlich der Hauptautor des ganzen Märchens.

Konflikte mit der NSDAP, wie sie oben beschrieben wurden, konnten in den darauffolgenden Jahren vermieden werden. Fleischhauer und seine Mitarbeiter zogen die Organisation der Kongresse in der Zeit von 1936 bis 1938 ganz an sich und richteten sie in Erfurt aus. Vom 3. bis 7. September 1936 nahmen daran, nach Angaben des „Welt-Dienstes“, 76 Personen aus 24 Ländern teil⁹¹. 1937 erhielten die Teilnehmer zudem Gelegenheit, auf dem Parteitag der NSDAP Kontakte zu denjenigen offiziellen Stellen zu knüpfen, die mit der Judenfrage im Deutschen Reich befaßt waren⁹². Das Verhältnis zu diesen Institutionen der nationalsozialistischen Administration war allerdings von einer zunehmenden Spannung gekennzeichnet, denn der „Welt-Dienst“ war lange nicht bereit, seine mit Selbstbewußtsein verteidigte Eigenständigkeit in den totalitären Apparat des „Dritten Reiches“ einzugliedern oder sich den Bedürfnissen der offiziellen Ideologie unterzuordnen. Stets betonte er die lange antisemitische Tradition, in der er selbst stand und aus der heraus Fleischhauer und de Pottère eine gewisse Überlegenheit gegenüber dem erst später entstandenen Nationalsozialismus ableiteten: „Lange, bevor Hitler lebte, begannen die Ansätze durch unseren Altmeister Theodor Fritsch. Lange bevor Hitler in die Politik eintrat, fanden wir Fortsetzung der Besprechungen einzelner [*sic!*]. Lange bevor Hitler seine Partei gründete, trafen sich Männer, die um das Schicksal ihrer Länder Sorge hatten. [...] Jedesmal wurde der Kreis größer und größer. Es waren die ‚Stillen in den Ländern‘, die Schweigen gelernt hatten, die geräuschlos arbeiteten, die sich versprachen zu schweigen, *bis die Saat aufgegangen und schnittreif geworden wäre*.“⁹³ Nun, da sie glaubten, auf die Früchte ihrer geduldigen Untergrundarbeit hoffen zu können, wurden sie vom Nationalsozialismus nicht einmal richtig ernst genommen. Die fortdauernde Unangepaßtheit sowie die wachsende Verbitterung über die mangelnde Resonanz und die fehlende Unterstützung von seiten der Stellen, die im „Dritten Reich“ mit der Judenpolitik befaßt waren, sollten schließlich zum Bruch mit dem Machtapparat führen.

Obwohl der zweite Kongreß des Jahres 1934, zu dem sich Vertreter aus 27 Ländern unter dem Motto „Weltkongreß für Frieden, Freiheit und Arbeit“ versammelt hatten, ohne deutsche Teilnehmer wie Fleischhauer und de Pottère stattfand, standen die dort getroffenen Beschlüsse doch ganz in der Linie ihres Denkens. Am Ende der Zusammenkunft wurde eine Resolution verabschiedet, wonach diese „Studienkonferenz“ sich „unter dem Namen ‚Union Antijudaïque Universelle‘ zwecks Lösung des Judenproblems in eine *Vereinigung der Propaganda und der Tat*“ umwandeln sollte⁹⁴. Die U.A.U. wolle sich an das „Gewissen aller Nationen“ wenden und „raschestens einen antijüdischen Kongreß einberufen“. Dort solle ein Aktionsprogramm aufgestellt werden, um das „parasitäre Leben des Judentums, durch dessen völlige Ausscheidung

⁹⁰ PAAA R 78669, Jüdisch-politische Angelegenheiten Allg., Bormann an das Auswärtige Amt, 20.8. 1934.

⁹¹ Welt-Dienst, 1.10. 1936, S.4f.

⁹² Unter anderen traf Adolf Eichmann als Vertreter des SD mit den Kongreßteilnehmern zusammen. Zu Eichmanns Eindrücken vgl. Kap. III.11.

⁹³ Welt-Dienst, 15.10. 1934. S.6, Hervorhebung im Original.

⁹⁴ Ebenda, S.4, Hervorhebung im Original.

aus allen Ländern“ zu beenden, „indem man es als Nation auf einem freien Territorium ansiedelt, einem Territorium, das groß genug ist, *alle* Juden aufzunehmen. Dieses Territorium kann nicht Palästina sein.“⁹⁵ Unzweideutig ist hier der Blick auf Madagaskar gerichtet. Auch in den weiteren Forderungen ist die enge Anlehnung an die Potters Gedankenwelt erkennbar, denn der Kongreß beschloß außerdem, ein Zentralbüro der U. A. U. einzurichten, das im Sinne dieses Antrags die Arbeit koordinieren sollte. Der Höhepunkt der Konferenz war ein gemeinsamer „Rütli-Schwur“ aller Teilnehmer, der in dem Bekenntnis gipfelte, man wolle „nicht ruhen und rasten, bis auch der Jude sein eigenes Vaterland hat, in dem er sich entparasitieren und zu jüdisch-völkischem Eigenleben gelangen kann“. Als Alternative wurde unmißverständlich mit einer „blutigen Lösung der Judenfrage“ gedroht, sollten die Juden nicht rechtzeitig zur Einsicht kommen „und sich mit dem Gedanken des Vollzionismus [!] vertraut“ machen⁹⁶.

Die skizzierten Forderungen enthielten stets denselben Kerngedanken: „compulsory segregation“ auf Madagaskar, immer verbunden mit unheilvollen Drohungen für den Fall, daß die Juden zu einer solchen Lösung nicht bereit waren. Das von de Pottre entwickelte programmatische Stichwort hierzu lautete „Voll-Zionismus“. Doch gab er, wie schon an seinem Schreiben vom März 1933 dargelegt, auch der Bewegung, die dieses Programm verfolgte, einen eigenen Namen: „Pan-Ariertum“.

7. Die „pan-arische“ Bewegung

Die „Griechische Post“ berichtete Ende April 1934 über den im Vormonat im schweizerischen Bellinzona abgehaltenen Antisemiten-Kongreß und ließ wissen, es handele sich um die Zusammenkunft der „Panarier“, die den „geistige[n] Zusammenschluß des ‚Weltariertums‘ unter dem Symbol ‚Panarien‘“ zum Ziel gehabt habe. Der dort propagierte „Arianismus“ fordere die „Ausgliederung aller Juden aus allen Staaten“. Diese Ausscheidung könne aber „nur durch die vorhergehende Einrichtung eines jüdischen Nationalstaates durchgeführt werden, in dem sie in ihrer Gesamtheit anzusiedeln“ seien. „Das ist, was die Panarier als ‚Vollzionismus‘ bezeichnen, gegenüber dem Scheinzionismus, den die Juden mit der Ansiedlung in Palästina vormachen wollen. Der jüdische Nationalstaat soll auf der Insel Madagaskar errichtet werden, die dem Gesamtjudentum einen reichlich groß bemessenen Lebensraum bietet.“⁹⁷ Die „pan-arische“ Bewegung, so schrieb der „Welt-Dienst“ im August 1934, sei der Urheber des internationalen antijüdischen Kampfes und habe schon existiert, als Hitler noch als junger Soldat im Weltkrieg gedient habe⁹⁸.

Knapp zwei Jahre später erhielt ein Anhänger der „pan-arischen Idee“ die Gelegenheit, anlässlich des gerade begonnenen jüdischen Weltkongresses in Genf, seine Forderungen im „Salzburger Volksblatt“ zu skizzieren. Er fragte zunächst, „warum sich die Juden wohl gerade auf Palästina als ihre künftige nationale Heimstätte versteifen wür-

⁹⁵ Ebenda, Hervorhebung im Original.

⁹⁶ Ebenda, S. 5.

⁹⁷ Griechische Post, 26. 4. 1934: Madagaskar den Juden?, in: BA Potsdam 62 Di 1.

⁹⁸ Welt-Dienst, frz. Ausgabe, 15. 8. 1934, S. 2f.

den, wo doch das kleine Land mit einem Flächeninhalt von 27 500 Quadratkilometer kaum den zehnten Teil der heute 30 Millionen zählenden Judenschaft zu beherbergen, geschweige denn zu ernähren vermöchte?“. Es könne deshalb nicht verwundern, „wenn die Führer der *pan-arischen* Weltbewegung behaupten, der Zionismus der Juden mit der Errichtung der jüdischen Heimstätte in Palästina sei nur ein Scheinzionismus“. Die pan-arische Bewegung dagegen wolle den „Vollzionismus“, das heißt, sie vertritt den Standpunkt, daß die Juden nicht alleine eine Religionsgemeinschaft, sondern ein Volk, eine Nation und eine Rasse seien. [. . .] Sie erblickt das Heil der Juden, sowie aller Völker in der Gründung des ‚*Dritten jüdischen Reiches*‘ [!] als nationalen Einheitsstaat. Die pan-arische Bewegung, die sich die Freiheit herausgenommen hat, im Jahre 1934 einen Weltkongreß in einem belgischen Seebade abzuhalten, hat den Vorschlag gemacht, das ‚Dritte jüdische Reich‘ auf der südöstlich von Afrika gelegenen, den Franzosen gehörigen Insel *Madagaskar* zu errichten. Dieser Weltkongreß, der von 57 Delegierten aus 26 Ländern beschickt war, unter denen sich drei Franzosen befanden, hat sich nämlich von der Erwägung leiten lassen, der jüdische Nationalstaat müsse auf einem Territorium errichtet werden, das die Juden in *ihrer Gesamtheit* aufnehmen könne und ihnen einen reichlich groß bemessenen Lebens- und Vermehrungsraum bieten kann.“ Diese Voraussetzungen träfen bei Madagaskar in vollem Maße zu, denn es besitze „ein herrliches Klima und einen überaus fruchtbaren Boden“. Frankreich und die dreieinhalb Millionen Madagassen sollten entschädigt und letztere „auf das afrikanische Festland umgesiedelt werden“. Es sei ein besonderer Vorteil, daß „Madagaskar eine Insel ist, ja, einen kleinen Weltteil für sich darstellt, also völlig isoliert liegt“ und so eine „reinliche Scheidung“ ermögliche. Die „pan-arische Bewegung“ stehe auf dem Standpunkt, „daß nur durch die Verwirklichung dieses Projektes eine dauernde Befriedung der Menschheit, sowie ihr wirtschaftlicher und kultureller Wiederaufstieg möglich gemacht werden kann. Sie bezeichnet die Lösung der Judenfrage durch ‚Madagaskar‘ als die geistige Erneuerung und als die weltliche Erlösung der Menschheit.“⁹⁹ Der Autor dieser Zeilen benutzte das Pseudonym „Ed. Planter“, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich auch hinter diesem Namen wieder einmal de Pottère verbirgt, der den „Welt-Dienst“ inzwischen verlassen hatte. Nicht nur Inhalt und Duktus weisen auf seine Autorschaft hin. Auch könnte das gewählte Pseudonym eine Reminiszenz an Henry Hamilton Beamish sein, der jahrelang als „Planter“ gearbeitet hat¹⁰⁰. Doch bleibt dies eine Vermutung.

Bereits am 9. Juli 1936 hatte sich, ebenfalls im „Salzburger Volksblatt“, ein nicht namentlich genannter Autor mit dem Thema „Madagaskar den Juden“ befaßt und ähnliche Ansichten vertreten wie jener „Planter“. Die „pan-arische“ Bewegung sei der Meinung, die Judenfrage könne nur „überstaatlich, übernational und überkonfessionell“ gelöst werden. Hierzu schlug er ein vier Punkte umfassendes Programm vor, in dem es unter Punkt zwei hieß:

„Die Juden sind in ihrer Gesamtheit aus allen Staaten auszugliedern und gemeinsam auf der südöstlich von Afrika gelegenen Insel *Madagaskar* anzusiedeln. Vorher wären die Madagassen, insoweit sie ein Zusammenleben mit den Juden ablehnen, nach dem

⁹⁹ Salzburger Volksblatt, 8. 8. 1936, S. 3 f., Ed. Planter: Der jüdische Weltkongreß.

¹⁰⁰ Vgl. Times of Ceylon Sunday Illustrated, 9. 9. 1936: Ex-Planter whom Jews dislike, Mr. H. H. Beamish in Ceylon again after 34 years.

afrikanischen Festlande Mozambique umzusiedeln.“ Für die Umsiedlung sah er einen Zeitraum von insgesamt zehn Jahren vor¹⁰¹.

Am 18. August 1936 beschäftigte sich in Wien „Die Stimme“ in einer polemischen Glosse mit Planters Artikel. Sie lehnte dessen Vorschlag rundweg ab und spottete über die kruden Gedanken der „Pan-Arier“, die ihren Sitz in Erfurt hätten und deren oberster Chef Ulrich Fleischhauer sei¹⁰². Dies war nicht ganz zutreffend, denn obzwar Fleischhauer als Besitzer den Erfurter Verlag und seine Erzeugnisse nach außen hin repräsentierte, war der geistige Vater der „Pan-arischen Bewegung“ der umtriebige und inzwischen wieder außerhalb des Deutschen Reichs aktive Georg de Pottère¹⁰³.

8. „Welt-Dienst“ und NS-Staat

In der ersten Zeit der „Welt-Dienst“-Aktivitäten liefen die Beziehungen zu Staats- und Parteistellen, abgesehen von den beschriebenen kleinen Differenzen um den Kongreß von 1934, ohne erkennbare Hindernisse. Erst nach und nach wurde man seitens offizieller und Parteistellen darauf aufmerksam, daß die rege Betriebsamkeit der Erfurter Institution nicht immer den Zielen des NS-Staates diene.

De Pottère hatte die Gewohnheit, auch an ihm unbekannte Personen in aller Herren Länder, die ihm von Gesinnungsgenossen genannt worden waren, Aufforderungen zur Unterstützung und Mitarbeit zu senden. Ein ehemaliger Bezirksleiter der NSDAP, der nun eine Firma in Rio de Janeiro betrieb, beklagte sich bei der dortigen deutschen Gesandtschaft, daß er vom U.-Bodung-Verlag eine offene Karte mit „pan-arischem Gruß“ erhalten habe. Dies konnte seiner Meinung nach zu unerwünschten Folgen für das Deutschland-Bild der Brasilianer führen. Die Gesandtschaft schloß sich dieser Auffassung an und bat das Auswärtige Amt, den Bodung-Verlag entsprechend zu verständigen, was über das Propagandaministerium auch geschah¹⁰⁴.

Eine weitere Schrift dieser Art hatte ebenfalls den Argwohn ihres Empfängers erregt, und er übermittelte seine Verwunderung über das Schriftstück aus Erfurt im August 1934 an die Auslands-Organisation der NSDAP. De Pottère und Fleischhauer waren dort zu diesem Zeitpunkt noch unbekannt, Art und Inhalt ihrer Schreiben der Parteistelle jedoch höchst suspekt, so daß die Gestapo eingeschaltet wurde¹⁰⁵. Diese konnte aber zur vorläufigen Beruhigung feststellen, daß die „politische Einstellung der Persönlichkeiten Fleischhauer und Pottère [. . .] rein völkisch“ sei. Sie stünden „hinter der nationalsozialistischen Regierung und sind erbitterte Gegner des Judentums und der

¹⁰¹ Salzburger Volksblatt, 9.7. 1936: Madagaskar den Juden. Diesen Artikel sandte Paul Wurm von der Auslands-Schriftleitung des „Stürmer“ am 31. Juli 1940 an Franz Rademachers Referat D III im Auswärtigen Amt, mit der Bemerkung, der „Zeitungsausschnitt [. . .] dürfte heute wieder aktuell sein“; PAAA Inland II A/B 38/1. Wurm gab Rademacher auch den Hinweis, daß die in dem Artikel genannte Pan-arische Bewegung „ein geistiges Erzeugnis von Herrn de Pottère, Budapest“ sei und eine Zeitlang auch „Pan-arische Union“ geheißen habe.

¹⁰² Die Stimme Nr. 573, 18. 8. 1936: „Ein pan-arischer Projektant“; vgl. BAK R 58/988, 84.

¹⁰³ Vgl. PAAA Inland II A/B 38/1, Mitteilung Paul Wurms an Franz Rademacher vom 31.7. 1940.

¹⁰⁴ PAAA R 121897, Schreiben der Deutschen Gesandtschaft Rio de Janeiro an das Auswärtige Amt, 5. 2. 1935.

¹⁰⁵ BAK R 58/988, Schreiben der NSDAP-Reichsleitung/Auslands-Organisation an das Gestapa, 1. 8. 1934.

Freimaurer. Der U.-Bodung-Verlag sowie der ‚Arische Weltdienst‘ sind 2 zuverlässige Einrichtungen, die sich nur mit der Bekämpfung des Judentums und der Freimaurerei befassen.“¹⁰⁶ Diese durchweg positive Einschätzung der Erfurter Propagandastelle sollte sich im Laufe der Jahre zu einer sehr viel skeptischeren Beurteilung wandeln. Je stärker die Geheime Staatspolizei und der SD sich, durch eine Reihe von denunziatorischen Hinweisen darauf aufmerksam gemacht, mit Fleischhauers Institution beschäftigten, desto klarer stellte sich heraus, daß dort durchaus eigene Vorstellungen verfolgt und propagiert wurden, die nicht immer mit der offiziellen Linie nationalsozialistischer Politik übereinstimmten.

Die Gestapo erfuhr Ende März 1935 über ein streng vertrauliches Rundschreiben des Landesamtes Prag, de Pottere habe erklärt, „daß er reaktionären Kreisen angehöre“, und außerdem behauptet, „daß auch der Welt-Dienst von diesen Kreisen unterstützt werde“. Zudem war er nach dieser Mitteilung nachrichtendienstlich für Deutschland tätig und galt den Tschechen als agent provocateur der Gestapo¹⁰⁷. Das Rundschreiben war mittels eines deutschen Agenten über das Geheime Staatspolizeiamt Sachsen nach Berlin gelangt, von wo aus die Staatspolizeistelle in Erfurt um Auskunft gebeten wurde. Sie stellte fest, daß der Inhalt des Schreibens von einer „guten Information“ zeuge. Über die Zuverlässigkeit Fleischhauers und de Potteres gegenüber dem Nationalsozialismus war man inzwischen aber sehr viel weniger sicher als noch 1934. Beide seien zwar keine Gegner des nationalsozialistischen Staates, „aber auch keine direkten Anhänger“. Ihre Arbeit sei jedoch als „durchaus positiv im Interesse des Staates zu bezeichnen“¹⁰⁸. Dementsprechend wurde de Pottere noch im Dezember 1935 vom Gestapa in einem Schreiben an das Propagandaministerium als „politisch einwandfrei“ eingestuft¹⁰⁹.

Spätestens seit Januar 1936 stand Fleischhauer in Verbindung mit dem für Judenfragen zuständigen Referat des Sicherheitsdienstes in Berlin. Er wandte sich in dieser Zeit mit der dringenden Bitte an das Amt, ihm „sofort einen Übersetzer für [*die von ihm erworbenen*] jiddischen Schriften u.s.w.“ zu besorgen. Der mit der Bearbeitung der Anfrage befaßte Herbert Hagen konnte ihm allerdings nicht helfen, das Ersuchen wurde abgelehnt¹¹⁰. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich Fleischhauer an das SD-Hauptamt wandte, deutet auf eine Kenntnis der beiderseitigen Verhältnisse und klare Beziehungen hin. Der SD war über Arbeit und Absichten des „Welt-Dienstes“ gut informiert, denn dem Amt lagen Unterlagen der in Erfurt stattfindenden Konferenzen vor, aus denen auch deutlich Fleischhauers Intentionen hervorgingen. Ein dem SD vorliegendes Protokoll aus dem Jahr 1936 zitierte Fleischhauers Ansichten über Hintergrund und Zielsetzung des „Welt-Dienstes“: „Wir haben seit 2 1/2 Jahren die Organisation des Welt-Dienst. Wir haben es fertiggebracht, uns in dieser verhältnismäßig kur-

¹⁰⁶ BAK R 58/988, Staatspolizeistelle Erfurt, 27.8. 1934.

¹⁰⁷ BAK R 58/988, Präsidium des Landesamtes Prag, 30.3. 1935.

¹⁰⁸ BAK R 58/988, Staatspolizeistelle Erfurt, 6.5. 1935.

¹⁰⁹ BAK R 58/988, Schreiben der Gestapo an das Propagandaministerium, 21.12. 1935. De Pottere hatte Ende November Devisen für eine Reise nach Luxemburg, Belgien und Frankreich beantragt. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung leitete den Antrag an das Propagandaministerium weiter, das wiederum beim Gestapa nachfragte.

¹¹⁰ BAK R 58/988, Brief Fleischhauers vom 9.1. 1936, Antwort der Abteilung II/112 (Juden) vom 19.2. 1936.

zen Zeit mit den Judenkennern in aller Welt in Kontakt zu bringen. Wir haben auf der letzten Konferenz beschlossen, ein Büro in Erfurt zu erhalten. Es arbeiten hier Angehörige der verschiedensten Nationen: Russen, Dänen, Schweizer, Holländer. Demnächst ein Amerikaner und ein Franzose, wenn ich Geld dazu bekomme. Das Büro in Erfurt soll als Generalstab [!] der ganzen Bewegung gelten und nach dem Führer-Prinzip die Arbeit leisten, d.h. über alles zu bestimmen haben. Wir werden jedoch bei schwerwiegenden Fragen, stets Leute aus den betreffenden Ländern zuziehen. [...] Mit unseren kleinen Mitteln habe ich bisher Mitarbeiter nach Frankreich, Polen, Belgien, Luxemburg und in der Schweiz gesandt [*sic*!]. Wir müssen das aber aus eigener Kraft tun, um unabhängig zu bleiben.“¹¹¹ Gerade dieses Bemühen um Unabhängigkeit war es, das den „Welt-Dienst“ zu einem Fremdkörper im NS-Staat machte und als eigenständige Institution zum Verschwinden bringen sollte. Zunächst scheiterte bereits Anfang 1936 die „Mission“ de Potteres in Hitlers „Drittem Reich“. Dies lag neben einem gewissen Abenteuerertum, das schon sein früheres Leben geprägt hatte, sowie der Tatsache, daß sich seine an Unabhängigkeit gewöhnte Haltung nur schwer in die Rolle eines Richtlinienempfängers hätte einordnen lassen, sicher zu einem Großteil auch an seinen konspirativen Methoden. Selbst im Briefwechsel mit Bekannten verwendete er häufig einen seiner Decknamen. Er nannte sich Egon van Winghene, O. Farmer, Hans oder Rudolf Meikert, Le Clercq, Ludolf Scherer und benutzte vermutlich noch eine Reihe weiterer Pseudonyme¹¹². Darüber hinaus war er zeitweise in den Verdacht geraten, den Kreisen um Röhm nahezustehen¹¹³. So wurde er schließlich von allen Seiten mit äußerster Skepsis betrachtet. Die Gestapo klassifizierte ihn Mitte 1937 als „undurchsichtige Persönlichkeit“¹¹⁴, die nicht voll hinter dem nationalsozialistischen Staat stehe, sondern zu sehr den eigenen Ideen nachhänge. Zu diesem Zeitpunkt hatte de Pottere den „Welt-Dienst“ nach einer Auseinandersetzung mit Fleischhauer im Februar 1936 bereits verlassen¹¹⁵. Zunächst war er beim ungarischen Generalkonsulat in München beschäftigt, anschließend ging er wieder nach Paris. Seine dortigen Aktivitä-

¹¹¹ BAK R 58/988, 50.

¹¹² Vgl. Deutsche Volks-Zeitung, 5. 12. 1937, S. 1. De Pottere wird hier als naturalisierter Franzose bezeichnet. Vgl. auch PRO FO 371/20688, C 8556/18/17 über de Potteres Arbeit in Frankreich und der Schweiz. Darin wird berichtet, de Pottere sei ein typischer Abenteurer, der lange Jahre als Militärspion für Deutschland gearbeitet habe, über gute Beziehungen zur französischen Aristokratie, besonders zum Haus Bourbon-Parma, verfüge, wodurch es ihm auch gelungen sei, in Frankreich naturalisiert zu werden.

¹¹³ De Pottere hatte Ende Juni 1934, diesmal unter dem Pseudonym O. Farmer, den Leiter der „schweizerischen Erneuerungsbewegung, Die Volksfront“ [*sic*!], Hans Bosshard, besucht, um mit ihm über die Möglichkeit der Errichtung einer Filiale des „Welt-Dienstes“ für den Auslandsvertrieb zu beraten. Bosshard hatte sich nach dem Gespräch umgehend an die Deutsche Gesandtschaft in Bern gewandt und seinen Besucher denunziert. Er habe aus den Äußerungen „Farmers“ den Eindruck gewonnen, „daß dieser Mann dem Röhm-Kreis nahe stehen müsse. Er halte Farmer für eine völlig undurchsichtige Persönlichkeit, die die Aufmerksamkeit der deutschen Geheimpolizei umso eher verdiene, als er seines Wissens auch heute noch in Erfurt bei dem ‚Weltdienst‘ tätig sei und Verbindungen unterhalte, die keineswegs einwandfrei seien.“ Bosshard hielt „Farmer“ „weder für einen deutschen, noch für einen österreichischen Staatsangehörigen, sondern vielleicht für einen ehemaligen Holländer“ [!]; PAAA Inland II A/B 38/1, Deutsche Gesandtschaft Bern, 15. 8. 1934.

¹¹⁴ PAAA Inland II A/B 38/1, Gestapa Berlin an das Auswärtige Amt, 24. 6. 1937.

¹¹⁵ Bondy, Racketeers of Hatred, S. 249.

ten sollten alsbald internationales Aufsehen erregen. Sie geben darüber hinaus eine anschauliche Illustration des vielschichtigen Charakters, der dem Inspirator des „Voll-Zionismus“ und des „Pan-Ariertums“ eigen war, weshalb sie hier kurz berichtet werden sollen.

Der Kontaktmann des „Welt-Dienstes“ in der Schweiz war Boris Toedtli, ein enger Freund de Potteres¹¹⁶. Gemeinsam standen sie wiederum in Verbindung mit der in Frankreich agierenden politischen Geheimorganisation der Cagoulards, die Terroraktionen und Attentate gegen linksgerichtete Politiker ausübte. Diese Verflechtungen gingen Ende November 1937 durch die internationale Presse, und de Pottere, der sich gerade in Paris aufhielt, mußte die französische Hauptstadt fluchtartig verlassen¹¹⁷. Nach einer Hausdurchsuchung bei Boris Toedtli durch die Schweizer Polizei wurde de Pottere vorläufig festgenommen. Es stellte sich heraus, daß er unter dem Namen Baron des Potters die Cagoulards in Frankreich selbst tatkräftig unterstützt hatte. Die französische Polizei untersuchte de Potteres Aktivitäten und vernahm zu diesem Zweck auch den französischen Übersetzer des „Welt-Dienstes“, Lucien Beauvallet, der seit Ende 1933 mit Erfurt in Verbindung stand. Der „Welt-Dienst“ sei, so bestätigte dieser, das Organ zur Verbreitung der „pan-arischen“ Idee. Beauvallet beschrieb de Pottere als intelligent und einfallsreich und bezeichnete ihn als den eigentlichen Kopf („père spirituel“) des „Welt-Dienstes“¹¹⁸. Das internationale Aufsehen, das dieser Fall erregte, und die Verbindungslinien, die in der Presse allenthalben zwischen diesen obskuren Ereignissen und dem „Welt-Dienst“ gezogen wurden, bildeten wohl einen weiteren wichtigen Grund für die Geheimpolizei und den SD, sich der Aktivitäten Fleischhauers und seiner Institution einmal näher anzunehmen.

Daß de Pottere, zumindest aber seine Idee, auch weiterhin aktiv blieb, verdeutlicht ein Schreiben an die britische Botschaft in Paris. Darin lud der Direktor des „Centre de Documentation et de Propagande“, Henry-Robert Petit, zu einem antijüdischen Welt-Kongreß in Paris ein, dessen Ziel die Verabschiedung eines antijüdischen Aktionsplans sein sollte. Als Punkt eins des Plans war vorgesehen:

„La création, sur un point du Globe, d'un Etat juif autonome (une Ile de préférence), susceptible de recevoir les 40 millions de juifs disséminés dans le monde.“¹¹⁹ Hier war wieder die Handschrift der „Pan-Arier“ erkennbar, und auch dem britischen Foreign Office erschienen diese Vorschläge als „an off shoot of Col. Fleischhauers Welt-Dienst at Erfurt“¹²⁰. Das besagte Dokumentations- und Propagandazentrum existierte erst seit April 1938, und es ist wahrscheinlich, daß sich hinter Henry-Robert Petit als Inspirator wieder einmal de Pottere verbarg.

Im darauffolgenden Jahr ging de Pottere nach Budapest, von wo aus er „in versteckter Form gegen Deutschland“ arbeitete, wie sein ehemaliger Gesinnungsgenosse Paul

¹¹⁶ Zu Toedtli vgl. Cohn, Protokolle, S. 287–289. Toedtli war gleichzeitig Chef der in Bern ansässigen „Allrussischen Faschistischen Partei“.

¹¹⁷ PRO FO 371/20688, C 8556/18/17; Neue Zürcher Zeitung, 19.11. 1937; Deutsche Volks-Zeitung, 5.12. 1937, S. 1; Berner Tagwacht, 8.12. 1937; Nasz Przegląd, 23.12. 1937, S. 7.

¹¹⁸ AD, Allemagne 705, 274–276, 14./21.12. 1937; weitere Unterlagen zu den Verbindungen des „Welt-Dienstes“ nach Frankreich in Allemagne 706, 47f., 111, 128f.

¹¹⁹ PRO FO 371/21638 C 14950/1667/62, 1.12. 1938.

¹²⁰ Ebenda.

Wurm vom „Stürmer“ schrieb¹²¹; im weiteren Verlauf des Krieges verliert sich seine Spur.

Doch auch nach dem Abgang de Potteres propagierte der „Welt-Dienst“ weiterhin den Madagaskar-Gedanken. In der Ausgabe vom 1. Februar 1937 wurde ein in Paris erschienenes Buch mit dem Titel „Israel. Son Passé. Son Avenir“ besprochen, in dem der Autor als Lösung der Judenfrage einen „integralen Zionismus“ forderte. Fleischhauer bemerkte dazu: „Wir im ‚Welt-Dienst‘ nennen diese Art der Lösung ‚Voll-Zionismus‘.“ Die Lösung könne nicht Palästina sein, sondern die Juden sollten sich „ein Heimatland, das groß genug ist, um *alle* aufzunehmen, kaufen“. Sei es „nicht besser, wenn man eine Insel sucht, diese den Juden zum Kauf anbietet, und wenn man die Juden – aber alle – dann per Order de Mufti dort ansiedelt und sie dazu zwingt, den Pflug selbst in die Hand zu nehmen“. [. . .] „Wir haben nur eine Wahl: *entweder Voll-Zionismus* so schnell wie möglich, *oder Untergang der Kulturvölker!*“ [. . .] „Daß [. . .] der Madagaskar-Gedanke auch schon in Frankreich Boden gefunden hat, davon zeugt das Wort, das wir in französischen Zeitungen schon mehrfach gelesen haben: ‚Madagaszez les Juifs!‘“ Der Beitrag schloß daher auch folgerichtig mit einem Hinweis auf das Buch van Winghenes¹²².

In der Ausgabe vom 1. November 1937 zitiert der „Welt-Dienst“ einen in Palästina lebenden Engländer, der wissen wollte, warum man die Juden nicht in einem Territorium ansiedle, das die Juden allesamt aufnehmen könne. „Wie wäre es beispielsweise mit Uganda oder mit Madagaskar? Sowohl wir Engländer als auch die Franzosen werden sicherlich gern bereit sein, gegen einen angemessenen Kaufpreis den Juden eine Heimat zu geben, die so groß ist, daß alle Juden dort angesiedelt werden können.“¹²³

Der Bruch zwischen Fleischhauer und dem SD sowie anderen Behörden des NS-Staates, denen seine amateurhafte Institution seit langem ein Dorn im Auge war, vollzog sich beschleunigt ab Ende 1937. Fleischhauer hatte im Berner Prozess um die Echtheit der „Protokolle der Weisen von Zion“ als „Gutachter“ mit seinen hanebüchenen Theorien einen blamablen Auftritt gehabt¹²⁴. Wohl aus verbohrter Verärgerung über die mangelnde Unterstützung und Resonanz in der deutschen Presse auf sein Auftreten, beklagte er in der zweiten Novemberausgabe des „Welt-Dienstes“ von 1937, seine Gegner wären der Ansicht, daß die „Nazis, vor allem in Deutschland [. . .] gehofft [hät-

¹²¹ PAAA Inland II A/B 38/1, Mitteilung Paul Wurms an das Auswärtige Amt (Rademacher) vom 27.7. 1940. Selbst in Budapest scheint de Pottere seine Bemühungen zur Verbreitung seiner Idee nicht aufgegeben zu haben. In einem Schreiben mit der Absender-Angabe „Die Unsichtbare-Front Budapest“ [sic!] vom 31.8. 1939, das an Hitler, Mussolini und Julius Streicher adressiert war, hieß es, daß eine „antisemitische Welt-Liga“ international aktiv werden müsse. Dem Judentum solle ein „Heimat-Land gesichert und angewiesen werden, wohin sie auf Wunsch der interessierten Länder auswandern werden müssen und zwar nicht nur nach ihrem Belieben, sondern auch zwangsweise“. Die Juden „aus der ganzen Welt“ müßten „in eine eigene, streng bewachte Heimat“ entfernt werden. Die Überwachung dieses neu zu errichtenden Staates, der keinesfalls Palästina sein könne, solle der „antisemitischen Welt-Liga“ überlassen werden; PAAA Inland II A/B 45/1a, 31.8. 1939.

¹²² Welt-Dienst, 1.2. 1937, S. 1f.; Hervorhebungen im Original.

¹²³ Welt-Dienst, 1. 11. 1937: England der Fremden-Legionär Judas.

¹²⁴ Zum Berner Prozeß und zur Rolle Fleischhauers vgl. Anm. 62 und Cohn, Protokolle, S. 291–293.

ten], das Gericht solle die Echtheit der ‚Protokolle‘ bestätigen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Nazis in Deutschland haben sich gar nicht darum bekümmert. Wie wenig sie die Berner Entscheidung in dieser Hinsicht beachtet haben, zeigt der Umstand, daß sie meinen Namen und die mustergültige Arbeit des ‚Welt-Dienst‘ in ihrer Presse jetzt gar nicht erwähnt haben.“¹²⁵ Ungeachtet der Unterstützung, die er seitens des Propagandaministeriums genossen, und der Tatsache, daß das Ministerium über Fleischhauers Erfurter Einrichtung eine beträchtliche Summe zur Unterstützung im Berner Prozeß ausgegeben hatte¹²⁶, behauptete er, er „habe schon mehrfach erklärt und vor dem Schweizer Gericht durch ein Dokument bewiesen, daß ich weder nationalsozialistisches Parteimitglied bin noch es gewesen war“. Der „Welt-Dienst“ sei „kein Nazi-Lager. Er hat mit dem deutschen Nationalsozialismus überhaupt nichts zu tun.“¹²⁷ Auf diese unverhohlene, gleichwohl auch die naiv-beschränkte Selbstgewißheit Fleischhauers illustrierende Dreistigkeit reagierte der SD prompt. Six und Hagen ließen sofort alle Aktenstücke und Vorgänge, die mit Fleischhauer und dem „Welt-Dienst“ zu tun hatten, an das Amt I des SD weiterleiten, „wo sie bis zur endgültigen Klärung des Verhältnisses bleiben sollten“¹²⁸.

Sicher haben bei der nun folgenden Entmachtung Fleischhauers auch dessen Rivalitäten mit Wilhelm Grau, dem Leiter der für Judenfragen zuständigen Abteilung in Walter Franks „Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands“, eine Rolle gespielt. Fleischhauer war bei der Vorbereitung einer Ausstellung im Auftrag der Münchner Gauleitung, die unter dem Titel „Der ewige Jude“ gezeigt werden sollte, mit Grau aneinandergeraten, als dieser sich in die ihm zu primitiv erscheinende Konzeption einmischte¹²⁹. Grau beklagte im März 1938 in einer Denkschrift für Hitler über die „Aufgaben der deutschen Judenpolitik im Ausland“ auch die bisher ungenügende Behandlung der außenpolitischen Seite des Judenproblems und hielt mit Blick auf Fleischhauer fest, daß dieser bis vor kurzem noch „die repräsentativste Gestalt, die mit Reichsmitteln unterstützt, die Judenfrage ausserhalb der Reichsgrenzen behandelte“, gewesen sei. „Wer die Tätigkeit und den geistigen Horizont des gesinnungsmässig zweifellos einwandfreien Erfurter Oberstleutnants kennt, wird bestürzt sein, dass gerade diese wichtige Aufgabe in die Hand eines Antisemiten gelegt war, der hinter jeder Strassenecke der Welt einen uns bedrohenden Juden gesehen haben will, und der der Frage aus einer Psychose der Furcht und Geheimnistuerei beizukommen suchte.“ Befriedigt stellte Grau fest, daß das Reichspropagandaministerium „dieser Erfurter Betriebsamkeit nunmehr ein Ende bereitet“ habe¹³⁰.

Auseinandersetzungen wie diejenige mit Grau mögen auch dazu beigetragen haben, daß Fleischhauer die Nähe zum Amt Rosenberg suchte, von dem der „Welt-Dienst“ schließlich geschluckt wurde¹³¹. Sein Bemühen um Unterstützung durch den „Reichs-

¹²⁵ Welt-Dienst, 15.11./1.12. 1937, S.6.

¹²⁶ Das Propagandaministerium hatte über den „Welt-Dienst“ 30000 Reichsmark für den Berner Prozeß ausgegeben; Cohn, Protokolle, S.284, Anm.7.

¹²⁷ Welt-Dienst, 15.11./1.12. 1937, S.6.

¹²⁸ BAK R 58/988, 286–287.

¹²⁹ Vgl. Heiber, Frank, S.476–477.

¹³⁰ BAK R 21/11066, Wilhelm Grau, Aufgaben der deutschen Judenpolitik im Ausland. Gedanken und Vorschläge, 27.3. 1938, S.3.

¹³¹ Vgl. Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner, S.121.

leiter“ war, wie bereits beschrieben, ebenso alt wie fruchtlos. Anfang Oktober 1937 nun übermittelte Rosenberg seinem alten Gesinnungsfreund eine Bescheinigung, wonach er Rosenberg „zur persönlichen Verwendung für bestimmte Arbeitsgebiete zur Verfügung“ stehe und „Weisungen zur Bearbeitung von Fragen, die mit der Bekämpfung des Weltjudentums in Zusammenhang stehen“, erhalten habe¹³². Dies war aber gleichzeitig der Anfang vom Ende des „Welt-Dienstes“ als eigenständiger Institution seines Gründers. Zwar konnte Fleischhauer vom 1. bis 4. September 1938 noch ein letztes Mal seine internationale Tagung in Erfurt abhalten und 76 Teilnehmer aus 17 Ländern begrüßen¹³³, aber bereits Ende des Monats übereignete er das Archiv und die Bibliothek des „Welt-Dienstes“ an Rosenberg¹³⁴. Am 30. März 1939 schloß Fleischhauer mit Rosenberg ein Abkommen¹³⁵, in dem er die Leitung seines Blattes dem Dipl.-Ing. August Schirmer¹³⁶ übertrug, der ab sofort die Gesamtverantwortung übernahm. Schirmer wurde in dem Abkommen darauf verpflichtet, mit Fleischhauer „engste Verbindung in allen wichtigen Fragen des ‚Weltdienst‘, insbesondere der persönlichen Beziehungen, die zwischen Oberstleutnant a.D. Fleischhauer und ausländischen Freunden des ‚Weltdienst‘ bestehen“, zu halten. Fleischhauer selbst übernahm laut Vereinbarung „besondere wissenschaftliche Forschungsaufgaben aus dem Gebiet der Judenfrage, die der NSDAP zur politischen Auswertung zur Verfügung gestellt werden“¹³⁷. Auch nach außen wurde die Abschiebung auf diese Art kaschiert. Am 15. Juni 1939 teilte Fleischhauer im „Welt-Dienst“ mit, daß er sich in den kommenden Jahren „wissenschaftlichen“ Fragen widmen wolle und deshalb die Leitung des Organs abgegeben habe. Die Führung der internationalen „Welt-Dienst“-Kongresse wolle er aber beibehalten¹³⁸.

Daß diese Mitteilung nur Fleischhauers Entmachtung in Erfurt verbrämen sollte, wurde schon einen Monat später deutlich. Sein Nachfolger Schirmer ließ alle Anhänger des „Welt-Dienstes“ wissen, daß die Zentrale ab dem 1. August 1939 von Erfurt nach Frankfurt am Main verlegt werde und – „aus organisatorischen Gründen“ – der „Welt-Dienst“-Kongreß in diesem Jahr ausfallen müsse. Statt dessen sollte im darauffolgenden Jahr in Frankfurt eine internationale Konferenz stattfinden¹³⁹.

¹³² CDJC CXLV-576, 6. 10. 1937. Rosenbergs Bescheinigung ist auf einem Blankoschreiben ohne Briefkopf und Unterschrift verfaßt. Vgl. Heiber, Frank, S. 1062; Heiber bezeichnet Fleischhauer als „Erfurter Amateur-Antisemiten“, was aber nur auf dessen Methodik zutrifft, wenn man den nationalsozialistischen Antisemitismus als demgegenüber „professionell“ charakterisieren möchte. Dies gilt nicht für Fleischhauers antisemitische Einstellung, die er zu seiner Profession erhob und seit dem Ersten Weltkrieg zum ausschließlichen Lebensinhalt gemacht hatte.

¹³³ Vgl. Glówna Komisja, RSHA 362/425.

¹³⁴ CDJC CXXXIX-22, Schreiben August Schirmers an Alfred Rosenberg, 24. 9. 1938.

¹³⁵ CDJC CXLV-579, Abkommen zwischen Rosenberg und Fleischhauer, 30. 3. 1939.

¹³⁶ Der studierte Architekt und Diplom-Ingenieur August Schirmer, geb. 1905, war seit 1934 Reichstagsabgeordneter; vgl. Der Großdeutsche Reichstag, Berlin 1938, S. 378. Schirmer wurde im September 1943 wegen Betrugsverdachts und weiterer „charakterlicher Mängel“ durch den unbedeutenden Oberstarbeitsführer a.D. Kurt Richter als Herausgeber abgelöst; vgl. Heiber, Frank, S. 1063.

¹³⁷ CDJC CXLV-579, 30. 3. 1939.

¹³⁸ Welt-Dienst, 15. 6. 1939, S. 2.

¹³⁹ Welt-Dienst, 15. 7. 1939, S. 2. Die von Fleischhauer an Rosenberg übertragene „Welt-Dienst“-Bücherei wurde in Kisten verpackt und nach Frankfurt a.M. transportiert, blieb aber nach dem Umzug weitgehend unbeachtet im Keller stehen. Erst Ende 1942 erinnerte man sich ange-

Gleichwohl versuchte Fleischhauer auch in dieser Zeit weiter, den Gedanken an Madagaskar als Lösung der Judenfrage zu propagieren. In einem Brief an den französischen Rassentheoretiker und Antisemiten Professor Georges Montandon¹⁴⁰ vom März 1939 schlug er unter Verweis auf van Winghames Buch erneut vor: „Die Juden müssen ein ‚Reservat‘ erhalten.“ Hierbei kristallisierten sich seiner Meinung nach zwei Gebiete heraus: Guayana und Madagaskar. Auch wenn er die französischen Gefühle für Madagaskar verstehen könne, so sollten die Franzosen doch dieses Opfer bringen¹⁴¹.

Montandon antwortete, allenfalls Guayana käme als Reservat für die Juden in Frage, und nur dann, wenn Brasilien, die Niederlande und Großbritannien ebenfalls ihre dort liegenden Territorien zur Verfügung stellen würden¹⁴².

Die Aktivitäten und die Reichweite Fleischhauers wurden bei aller Umtriebigkeit und trotz seiner internationalen Bemühungen von seinen Gegnern weit überschätzt. Ein Artikel im „Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz“ behauptete gar, daß Fleischhauer und die in ähnlicher Weise arbeitenden reichsdeutschen Stellen über 30000 Agenten in allen Ländern verfügen würden¹⁴³.

Entscheidend für den Verlust seiner Position in Erfurt und das darauffolgende Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit war Fleischhauers Eigenbrötelei und das, im Verständnis der nationalsozialistischen Praktiker verbohrt, Sektierertum, das er auch mit seiner öffentlich bekannten Distanz zum Nationalsozialismus zur Schau trug. Für derart verquere und unberechenbare Charaktere war in der aus Ideologie und situationsadäquatem Pragmatismus gemischten Behandlung der Judenfrage durch die Nationalsozialisten, wie sie vor allem vom Sicherheitsdienst immer stärker an sich gezogen wurde, kein Raum.

Die Redaktion des „Welt-Dienstes“ firmierte innerhalb der Behörde Rosenbergs als „Amt für Juden- und Freimaurerfragen“, ohne daß die Institution in der Öffentlichkeit oder innerhalb der Dienststelle Rosenberg noch von größerer Bedeutung gewesen

sichts der zunehmenden Bombenangriffe dieses „wertvollen“ Besitzes und kam auf den Gedanken, das zwischen Eisenach und Fulda gelegene Schloß Philippsthal an der Werra mit seinen rund 70 (!) Räumen für die Bücherei herzurichten. Da das Gebäude in einem durchweg verwahrlosten Zustand war, wurden ebenso grandiose wie kostspielige Renovierungspläne entworfen, die angesichts der materiellen Erfordernisse des Krieges einerseits absurd anmuten, andererseits aber den der Behandlung der Judenfrage beigemessenen Stellenwert illustrieren. Das Vorhaben scheiterte schließlich im Mai 1943 am Einspruch des Reichsfinanzministeriums; BAK R 58/518, 78–93.

¹⁴⁰ Zu Montandon vgl. Knobel, *L'ethnologie à la dérive*, S. 179–192.

¹⁴¹ CDJC XCV-80, 27.3. 1939; Hervorhebung im Original.

¹⁴² CDJC XCV-83, 25.4. 1939. Montandon stand auch in Verbindung mit dem Direktor des „Centre de Documentation et de Propagande“, Henry-Robert Petit, der ebenfalls den Madagaskar-Gedanken vertrat, siehe oben S.56; vgl. *Le Monde Juif* No. 132/1988, S.183. Während des Krieges schlug Montandon die Konzentrierung aller Juden auf Zypern und ihre Bewachung durch Torpedoboote vor; PAAA Inland II A/B 38/1, 21.2. 1944.

¹⁴³ Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz, 11.11. 1938, S.1f. Allerdings fanden die Erfurter Produkte durchaus weite Verbreitung. Wie der SD festhielt, wurden „anlässlich des panarabischen Kongresses in Cairo“ Anfang November 1938 ins Arabische übersetzte illustrierte Ausgaben von „Mein Kampf“ – unter Weglassung der für Ägypten beleidigenden Ausdrücke – preiswert angeboten, ebenso wie weitere Produkte mit dem Vermerk „Gedruckt in Erfurt“; BAK R 58/988, 302, 29.11. 1938.

wäre¹⁴⁴. Das Blatt entwickelte sich nun ohne Fleischhauer und seine Ideen weiter und diente im Krieg als ein durch die NSDAP und das Auswärtige Amt unterstütztes Institut zur internationalen Propaganda der offiziellen Linie¹⁴⁵.

9. Madagaskar und „Der Stürmer“

In das Feld der bislang beschriebenen antisemitischen Tradition gehört auch Julius Streichers Hetzblatt „Der Stürmer“, das, wenngleich weniger heftig als der „Welt-Dienst“, ebenfalls ein Protagonist des Madagaskar-Gedankens war.

Die Auseinandersetzungen zwischen Juden, den arabischen Einwohnern und der britischen Mandatsmacht in Palästina nahm das Blatt im November 1933 zum Anlaß, van Wingenenes Buch und dessen Vorschlag, Madagaskar „zu entvölkern und die Juden dort unterzubringen“, zustimmend zu „begrüßen“. „Da die Juden das Klima der ganzen Welt vertragen können, so wird es ihnen nicht schwerfallen, sich einzugewöhnen.“ Um jedoch ganz sicher zu gehen, müßten „schnelle und wachsame Polizeischiffe [. . .] die Insel Madagaskar ständig umkreisen“, damit in Zukunft kein Jude mehr das Land verlassen könne¹⁴⁶.

¹⁴⁴ Bollmus, Amt Rosenberg, S. 122; vgl. Heiber, Frank, S. 1061–1063.

¹⁴⁵ PAAA Inland II A/B 38/1, 19.4. 1943.

¹⁴⁶ Der Stürmer Nr. 48/1933: Auch Palästina. In Reaktion auf diesen Bericht teilte ein nicht namentlich genannter Leser im Januar 1934 dem Blatt mit, die Idee, die Juden auf Madagaskar anzusiedeln, stamme nicht von van Wingenene, sondern sei „schon anfangs dieses Jahrhunderts im Manchester Guardian von dem berühmten Engländer Sir Ramsay“ propagiert worden. „Ramsay machte den Vorschlag, die Insel Madagaskar von den Eingeborenen zu evakuieren und der Judenschaft der Welt diese Insel (die groß genug sei, daß sich 50 Millionen Menschen darauf ernähren könnten) zur Errichtung des Judenstaates zu geben.“ Der Autor gab an, er habe am 9. März 1933 Goebbels auf diesen englischen Vorschlag aufmerksam gemacht; Der Stürmer Nr. 2/1934: Die Juden nach Madagaskar. Nun gab es zwar in Großbritannien einen sehr bekannten Judenhasser namens Captain Archibald H. Maule Ramsay (nicht Sir), der sogar seit 1931 als Vertreter des schottischen Wahlkreises Peebles auf der Bank der Konservativen im Londoner Unterhaus saß. Er gründete Ende der dreißiger Jahre den entschieden antisemitischen „Right Club“ und hatte über die streng am Nationalsozialismus orientierte „Nordic League“ auch Kontakte zu Arnold Leese, dessen Propaganda für den Madagaskar-Gedanken noch zu beschreiben sein wird. Außerdem publizierte Ramsay später bei den „Britons“ ein judenfeindliches Buch. Trotzdem ist die Aussage des Leserbriefes nicht korrekt, denn ein nach der Jahrhundertwende aktiver Antisemit namens „Sir Ramsay“ ist nicht bekannt. Die drei „Sir Ramsays“, die um diese Zeit lebten, waren der Historiker Sir James Henry Ramsay (1832–1925), der Chemiker Sir William Ramsay (1825–1916) und Sir William Mitchell Ramsay (1851–1931), ein Archäologe. Keiner von diesen ist als Antisemit hervorgetreten. Captain Archibald Ramsay ist als Protagonist des Madagaskar-Gedankens, soweit erkennbar, nicht aufgetreten. Auch begannen seine antisemitischen Aktivitäten erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. Da die zitierten Äußerungen des Briefautors eindeutig Beamishs Vorstellungen widerspiegeln, ist allenfalls eine Verwechslung mit diesem denkbar; zu Ramsay vgl. Bondy, S. 147–149; Aronsfeld, The Britons Publishing Society, S. 34; Arnd Bauerkämper, Die „radikale Rechte“ in Großbritannien, S. 140–142. Auch nach Meinung der Deutschen Botschaft London, die in ihrer Beurteilung des Antisemitismus auf der britischen Insel weitgehend von Zweckoptimismus geprägt war, begann der über weitreichende Beziehungen verfügende Ramsay Ende der dreißiger Jahre eine gewisse Rolle in antijüdischen Kreisen zu spielen; vgl.

„Der Stürmer“ gab den Gedanken britischer Antisemiten stets Raum, um eine länderübergreifende Wirkung der Judegegnerschaft zu dokumentieren. Das Programm von Arnold Leeses „Imperial Fascist League“ zur Judenfrage vom Februar 1935, mit der auf Beamish zurückgeführten Forderung nach „Madagaskar für die Juden“, wurde vollständig abgedruckt und als „gutes Vorzeichen für kommende Tage“ begrüßt¹⁴⁷.

In der ersten Ausgabe des „Stürmer“ von 1938 prangte auf der vollen Breite des Titelblattes die Schlagzeile „Madagaskar“, darunter eine Karikatur, die einen verzweifelt mit dem Rücken an einen riesigen Globus gepreßten Juden darstellte, dessen Gesicht ob der Ausweglosigkeit seiner Situation von panischem Entsetzen verzerrt ist. Die Unterzeile mündete in dem Satz „[. . .] Er sieht das Ende kommen“¹⁴⁸. Im Innern des Blattes kommentierte Streicher die Meldungen zu den polnisch-französischen Plänen zu Madagaskar: „Als der Stürmer vor einigen Jahren davon sprach, daß die Verbringung der Juden nach der französischen Kolonialinsel Madagaskar eine Möglichkeit zur Lösung der Judenfrage darstellte, wurden wir von den Juden und Judengenossen verhöhnt und als unmenschlich erklärt. Heute hat unser Vorschlag bereits Eingang in die Gedankenwelt auswärtiger Staatsmänner erhalten.“ Streicher betonte allerdings, daß, ganz gleich was von den Meldungen zu halten sei, sich Deutschland schon auf seinem Weg zur Lösung der Judenfrage befinde¹⁴⁹.

Einige Monate später zitierte das Blatt unter der Überschrift „Nach Madagaskar: Auf geht's!“ eine Meldung der römischen Tageszeitung „Il Tevere“ vom 18./19. Januar 1938, nach der die polnische Regierung mit Frankreich ein Abkommen schließen werde, „wonach die Ausfuhr [!] von 30 000 polnischen Juden nach Madagaskar genehmigt wird.“ In Schifffahrtskreisen von Gdingen werde bereits der „Plan erwogen, eine regelmäßige Schifffahrtslinie nach Madagaskar einzurichten“. „Der Stürmer“ kommentierte hämisch, auf der Insel sei „Platz für sämtliche Juden der ganzen Welt und für mehrere Millionen Judenknechte, die unbedingt in der nächsten Nähe des auserwählten Volkes leben möchten“. Im übrigen sei „Der Stürmer“ „beständig für die Parole ‚Madagaskar den Juden!‘ eingetreten“¹⁵⁰. Im Juni 1938 berichtete das Blatt über den Widerstand unter den amerikanischen Juden gegen das Vorhaben, die Ansiedlungsmöglichkeiten auf Madagaskar durch eine amerikanische Kommission prüfen zu lassen¹⁵¹.

In einer beißend aggressiven Titelgeschichte wandte sich im September 1938 Chefredakteur Karl Holz dem Thema zu¹⁵². In der bekannten Stürmer-Manier wettete er, die Juden seien „Schädlinge und Krankheitserreger“, mit denen in „früheren Zeiten [. . .] gesunde Völker und gesunde Volksführer [. . .] kurzen Prozeß“ gemacht hätten. Heute

BAK R 43/II 599 a, Bericht von Dirksens an das Auswärtige Amt über das „Anwachsen des Antisemitismus in England“, 19.7. 1939.

¹⁴⁷ Der Stürmer Nr. 17/1935: Ein englisches Blatt empfiehlt Madagaskar für die Juden. Der Beitrag wurde in Großbritannien zunächst unter dem Titel „Segregation of the Jews“ im Februar 1935 in „The Fascist“, auf den sich der „Stürmer“ hier bezieht, veröffentlicht und später auch mit einem umfassenden Programm der Imperial Fascist League verbreitet: Mightier Yet! Back to Reality. The Policy of the Imperial Fascist League outlined, June 1935; zu Leese vgl. Kap. III. 10.

¹⁴⁸ Der Stürmer Nr. 1/1938, S. 1, vgl. Illustrationen.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 2.

¹⁵⁰ Der Stürmer Nr. 20/1938, S. 9.

¹⁵¹ Der Stürmer Nr. 24/1938: Amerikas Juden gegen die Kolonisierung von Madagaskar.

¹⁵² Der Stürmer Nr. 38/1938, S. 1–2: Der Bazillus. Die Juden wollen nicht nach Madagaskar. Sie können das Klima nicht vertragen.

seien die Nichtjuden von Humanität „vernebelt und angekränkt“. Dies war die altbekannte Argumentationslinie, wie sie auch von de Pottiere immer wieder vorgebracht wurde, und Holz meinte weiter, „um diesen Humanitätsekeln und verkappten Judengenossen das Maul zu stopfen“, sei „ein findiger Antisemit auf den Gedanken gekommen, man solle die Juden nach Madagaskar schicken“¹⁵³. Der Autor zeigte sich über die französisch-polnische Madagaskar-Diskussion gut informiert. Den jüdischen Widerstand, der dem Plan wegen des auf Madagaskar herrschenden Klimas entgegengesetzt wurde, suchte er ironisierend dahingehend umzuwenden, daß die Juden dort das Klima der Arbeit nicht vertragen würden, da sie es gewohnt seien, von anderen zu leben. Gerade deshalb aber plädiere „Der Stürmer“ für eine baldige Inangriffnahme des Madagaskar-Plans, da dann alle nichtjüdischen Völker erkennen würden, „daß der Jude nicht ‚auch ein Mensch‘, sondern ein Bazillus ist [. . .], der im Interesse der Menschheit beseitigt werden muß“¹⁵⁴.

In den Äußerungen Streichers und Holz’ spiegelte sich schon die zunehmend eskalierende Pressionspolitik des nationalsozialistischen Deutschland gegen die Juden im Jahr 1938, die mit der Verdrängung aus der deutschen Wirtschaft und in der sog. „Reichskristallnacht“ vom November ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Die Rhetorik Streichers hatte trotz der vielfachen Verachtung, die sie nicht nur außerhalb der NS-Bewegung erregte, die Spirale der Gewalt in der Judenpolitik des „Dritten Reiches“ immer wieder mit vorangetrieben. Nun aber, spätestens gegen Ende des Jahres 1938, waren es SS und SD, Himmler und Heydrich, die Hitlers Feldzug gegen das Judentum im Verein mit den anderen Behörden des „Dritten Reiches“, gegenüber diesen dabei stetig an Gewicht gewinnend, organisierten und mit ihren eigenen ideologischen Bataillonen flankierten.

Im gleichen Monat widmete „Der Stürmer“ dem Thema Madagaskar noch ein weiteres Mal größere Aufmerksamkeit. Das Blatt gab den Beitrag eines Lesers wieder, der sich, angeregt durch Holz’ Artikel, mit der geographischen und klimatischen Dimension des Madagaskar-Gedankens befaßte. Die Auffassungen von Holz im Grunde übernehmend, wies er vor allem auf die geringe Bevölkerungsdichte der Insel hin und gab anhand einer Skizze einen Eindruck von den territorialen Dimensionen Madagaskars im Vergleich zum Deutschen Reich und zu Mitteleuropa¹⁵⁵.

Damit erschöpfte sich allerdings die nähere Beschäftigung des „Stürmer“ mit dem Madagaskar-Gedanken. Zwar wurde das Thema im September 1940 noch zweimal kurz gestreift, ohne jedoch erläuternd auf die aktuellen deutschen Pläne jenes Jahres einzugehen¹⁵⁶.

¹⁵³ Ebenda, S. 1.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 2.

¹⁵⁵ Der Stürmer 46/1938: Die Juden sollen nach Madagaskar! Der Autor des Artikels war Udo Steinhoff, ein NSDAP-Mitglied aus Konstanz.

¹⁵⁶ Im „Stürmer“ Nr. 38/1940 wurde in der Rubrik „Was viele nicht wissen“ eine Erklärung des Begriffs Antisemitismus gegeben, wobei es hieß, dieser könne erst dann sein Ende finden, „wenn die Juden aus dem Völkerleben völlig ausgeschaltet sind. Diese Ausschaltung kann geschehen durch Isolierung (Absonderung) oder durch Ausrottung.“ Weiter wurde darauf hingewiesen, es gebe „eine judengegnerische Richtung, die die Ausschaltung der Juden aus dem Völkerleben und deren Verbringung nach der französischen Insel Madagaskar“ vorschläge. Diese auf den ersten Blick auf die damalige Entscheidungsphase der Judenpolitik im Herbst 1940 beziehbare Verknüpfung wird vom „Stürmer“ an keiner Stelle angesprochen. Ein Hinweis auf

Lag der Schwerpunkt der bisherigen Darstellung auf den Wirkungen, die Beamishs und de Potteres Programmatik vor allem im Deutschen Reich hatte, gilt es nun einen Blick nach Großbritannien zu werfen, wo neben den „Britons“ die „Imperial Fascist League“ Arnold Leeses zu einer vehementen Verfechterin des Madagaskar-Gedankens wurde.

10. Arnold Leese und die „Imperial Fascist League“

Der pensionierte Tierarzt Arnold Spencer Leese, 1878 in Lytham als jüngstes Kind einer Familie der englischen Mittelklasse geboren, hatte in seinen ersten knapp fünfzig Lebensjahren nicht das Geringste mit Politik zu tun¹⁵⁷. Seine Fachinteressen hatten ihn während eines sechsjährigen Indienaufenthalts vor dem Ersten Weltkrieg auf das Gebiet der Kamelkrankheiten verschlagen, als deren Frucht er 1925 die als Standardwerk ihres Fachs gelobte Studie über „The Camel in Health and Disease“ verfaßte¹⁵⁸. Just zu diesem Zeitpunkt erwachte auch sein politisches Interesse. Leese wurde 1924 Mitglied der „British Fascisti“ und lernte nun eine Reihe von Protagonisten des faschistischen Gedankenguts kennen, unter anderen den Ingenieur Arthur Kitson, der ihn mit den Grundlagen seiner eigenen „Wirtschaftstheorie“ und vor allem den „Protokollen der Weisen von Zion“ bekanntmachte. Darüber hinaus erhielt Leese die Adresse von Beamishs „The Britons Publishing Company“, die hauptsächlich die „Protokolle“ und anderes antisemitisches Schriftgut in Großbritannien unter die Leute brachte¹⁵⁹. Als Leese 1926 bei den „Britons“ um weitere Informationen nachsuchte, erschien Beamish persönlich, um ihn in die Geheimnisse der jüdischen Weltverschwörung und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung einzuweißen. Beamishs Eindruck auf Leese war so nachhaltig, daß dieser schließlich 1928 seine Praxis in Stamford aufgab, um sich ganz dem politischen Geschäft zu widmen.

Im November 1928 gründete Leese zusammen mit J. Baillie und L. H. Sherrard die „Imperial Fascist League“ (IFL), die ihm von nun an als Agitationsplattform dienen sollte. Leeses Gründungskollegen zogen sich 1932 von ihrer Tätigkeit zurück, so daß er seitdem als selbsternannter „Generaldirektor“ alleiniger Führer der Organisation war. Nach eigenen Angaben hatte die IFL rund 2500 Mitglieder, eine Zahl, die wohl weit übertrieben war. Das Londoner Home Office bezifferte den harten Kern an Mitgliedern auf etwa 150 Personen, von denen wiederum rund 50 den Hauptteil der Lon-

den aktuellen Stand der antijüdischen Maßnahmen und der weiteren Perspektiven – möglicherweise Madagaskar – wird nicht gegeben, weshalb ein solcher Zusammenhang auch nicht hineingelesen werden sollte.

In der folgenden Ausgabe wurde in den schillerndsten antisemitischen Topoi von den Vergehen eines französischen Juden berichtet, der von den Deutschen zu vier Jahren Kerker verurteilt worden sei. Nach diesen vier Jahren werde er keine Gefahr mehr darstellen, sondern „vielleicht als Pionier des jüdischen Reservats auf Madagaskar oder Guayana oder sonstwo andere Sorgen haben“. Der Stürmer Nr. 39/1940, S. 8f.: Moische Kahn, der raffinierte Fälscher.

¹⁵⁷ Vgl. Morell, Arnold Leese – Fascist and Antisemite, S. 32–36; Ders., Arnold Leese and the Imperial Fascist League, S. 57–75; vgl. auch Holmes, Anti-Semitism in British Society, S. 161–169.

¹⁵⁸ Morell, Arnold Leese – Fascist and Antisemite, S. 32; die Arbeit wurde 1927 unter dem Titel „A Treatise on the One-Humped Camel in Health and Disease“ in Stamford veröffentlicht.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 33.

doner Aktivitäten bestritten. Letztere waren zumeist gleichzeitig Mitglieder der „Imperial Guard“, die sich ähnlich der nationalsozialistischen SS als Elite innerhalb der Organisation empfand. Das im März 1929 unter dem Titel „The Fascist“ gegründete Parteiorgan wurde in 3000 Exemplaren verbreitet und erschien monatlich bis zum September 1939. Kopf und Motor der gesamten Organisation war Leese, der auch neun Zehntel aller Artikel im Parteiorgan und den sonstigen Publikationen in Form von Flugblättern und Plakaten verfaßte¹⁶⁰.

In ihrer politischen Ausrichtung orientierte sich die IFL zunehmend strenger an den deutschen Nationalsozialisten, zu denen sie seit April 1931 in näherem Kontakt stand und von denen sie wohl auch finanzielle Unterstützung erhalten hatte¹⁶¹. Ihre Partei-fahne und das Parteiabzeichen zeigten seit 1935 ein schwarzes Hakenkreuz auf weißem Grund im Zentrum des Union Jack. Mitglieder der IFL nahmen, vermutlich auf Einladung des „Stürmer“, an den Nürnberger Parteitag 1935 und 1936 teil¹⁶². Der Hauptprogramm-punkt der IFL war entsprechend dem deutschen Vorbild ein fanatischer Antisemitismus, der sie in ein bewußt distanziertes Verhältnis zum italienischen Faschismus und der seit Oktober 1932 agierenden „British Union of Fascists“ (BUF) Sir Oswald Mosleys stellte. Mussolinis wie Mosleys Faschisten wurde seitens der IFL ihre Toleranz gegenüber dem Judentum und der Freimaurerei vorgeworfen. Mit der BUF, deren politische Haltung Leese als „kosher fascism“ bespöttelte, kam es in London zu einigen heftigen Auseinandersetzungen bis hin zu Saalschlachten.

Programmatisch forderte die IFL die Beseitigung der überkommenen demokratischen Methode des Regierens – in ihren Augen eine auf geschickter Täuschung der wahren Interessen des Volkes basierende Herrschaft der Juden – mittels der Schaffung einer „faschistischen Verfassung“, an deren Spitze weiterhin die Monarchie stehen konnte. Die Judenfrage als Kern des Programms sollte ganz in der von Beamish seit langem propagierten und von Leese adaptierten Weise gelöst werden. In der Programmschrift „Mightier Yet“ vom Juni 1935 heißt es unter Punkt 15 mit der Überschrift „The Segregation of the Jews“: „First, some place must be fixed upon as their future National Home. To cut a long story short, there does not seem to be any suitable area within the British Empire. The exigencies of the case demand a large island, capable of holding the Jews of the world. [. . .] The most suitable region, as the great anti-Jewish pioneer Mr. H. H. Beamish long ago pointed out, is Madagascar.“ Die Juden sollten ihr „National Home“ kaufen und für die Eingeborenen einen Teil der Insel reservieren. Mit einem Sarkasmus, der an Beamishs Artikel im „Völkischen Beobachter“ erinnerte, hieß es weiter: „Inside their National Home, the Jews will live happily together, free from the annoying attentions of ‚anti-semites‘ and free of persecution, free to practice Bolshevism among themselves, with full opportunity to exercise their mighty genius in art and science in that national atmosphere without which art dies and sci-

¹⁶⁰ PRO HO 45/24967, 9.3. 1936. Neben einer Sekretärin gehörten dem engsten Kreis um Leese noch J. Wrigley als „leader of the Imperial Fascist Guard“ und, als einziger gegen Bezahlung, P.J. Ridout an, dessen Titel auf „officer in charge of general headquarters and London branches“ lautete.

¹⁶¹ Morell, Arnold Leese – Fascist and Antisemite, S. 34. Seit November 1932 stand Leese auch in Kontakt mit dem Londoner Vertreter des „Völkischen Beobachters“, Thost; PRO HO 24967, Bericht des Home Office über die IFL, 12.5. 1943.

¹⁶² PRO HO 24967, Bericht des Home Office über die IFL, 12.5. 1943.

ence stagnates.“ Kein Jude sollte sich nach einer bestimmten Zeit mehr außerhalb der Insel aufhalten dürfen, und „any Jew found outside his National Home will be apprehended, and it is fairly certain that Death will have to be his penalty“. Meere und Luftraum sollten für die Juden geschlossen, die Transportwege durch die Arier („Gentiles“) kontrolliert werden „and patrolled, probably by the future League of Aryan Nations, for which services again the Jews will pay. [. . .] There can be no exceptions in this expulsion of the Jews.“¹⁶³

Leese hatte sein Weltbild aus den „Protokollen“¹⁶⁴, seine Gedanken von Beamish und ließ sich bestätigen durch enge Kontakte mit der NSDAP¹⁶⁵, dem „Welt-Dienst“, dem „Stürmer“ sowie Julius Streicher persönlich¹⁶⁶. Ein Vertreter der IFL nutzte nach Informationen der Britischen Botschaft im Sommer 1936 das Braune Haus in München als Stützpunkt, um britische und andere Besucher auf die Aktivitäten seiner Organisation in Großbritannien aufmerksam zu machen und Mitglieder im „weltweiten Kampf gegen das internationale Judentum“ zu gewinnen¹⁶⁷.

Auf der britischen Insel blieben Programmatik und politische Bedeutung der IFL marginal, im Grunde kaum mehr als eine mit Arnold Leese stehende und fallende Einzelpersönlichkeit, die niemals an die Wirkung der „British Union of Fascists“ heranreichte. Nur einmal erregte Leese mit seinen Forderungen größeres öffentliches Aufsehen, als er im Herbst 1936 wegen Verleumdung, Erregung öffentlichen Ärgernisses und der Verbreitung unwahrer Äußerungen angeklagt und zu sechs Monaten Haft verurteilt wurde. Im „Fascist“ vom Juli des Jahres hatte er die alte Ritualmordlegende wieder aufgewärmt, wonach die Juden für die Bereitung ihres Pessachbrot das Blut eines Christen opfern würden. Vor Gericht erklärte Leese, er habe diese Äußerungen zur „Aufklärung“ verbreitet, um sein Ziel einer Absonderung („segregation“) der Juden voranzutreiben. Im Kreuzverhör konkretisierte er diese Forderung, wonach „the Jews of the world should all be segregated on an island“. „He suggested Madagascar as a suitable place if it could be bought“, berichtete ein Prozeßbeobachter in der Tageszeitung „Daily Worker“ und fuhr fort: „He made it clear that the island must be bought by the Jews and that they must provide ample compensation for the natives they displaced.“ Jeder Jude, der sich danach noch außerhalb der Insel aufhalte, solle mit dem Tode bestraft werden¹⁶⁸. Streicher feierte Leese im „Stürmer“ nach dessen Verurteilung im Verein mit Oswald Mosley als „Helden einer neuen Zeit“¹⁶⁹.

¹⁶³ Mightier Yet! Back to Reality. The Policy of the Imperial Fascist League outlined, June 1935, in: PRO HO 45/24967. Der Beitrag „Segregation of the Jews“ wurde zuerst im Februar 1935 in „The Fascist“ veröffentlicht.

¹⁶⁴ Vgl. Gothic Ripples No. 23, 22. 9. 1946, S. 1.

¹⁶⁵ 1935 begannen Kontakte zwischen einem Mitglied der IFL (S.H.E. Fox) und dem Londoner Vertreter der NSDAP, Bene; vgl. HO 45/24967, Bericht vom 12. 5. 1943, S. 2. Fox nahm auch am antisemitischen Kongreß Anfang September 1936 in Erfurt teil; BAK R 58/565, Bericht über den Kongreß für den SD (II 112), 13. 10. 1936.

¹⁶⁶ Der Stürmer Nr. 31, August 1939, S. 1–2; Bondy, Racketeers of Hatred, S. 125.

¹⁶⁷ PRO HO 45/24967, Bericht vom 12. 5. 1943, S. 2.

¹⁶⁸ PRO HO 45/24967, Zusammenfassung zum Prozeß vom 18. und 21. 9. 1936; Daily Worker, 23. 9. 1936: Six Months for Libel on Jews; weitere Presseberichte in der „Times“ und im „Manchester Guardian“; auch der „Welt-Dienst“ berichtete ausführlich über Leeses Prozeß, vgl. Ausgabe vom 1. 10. 1936.

¹⁶⁹ Der Stürmer 50/1936, S. 3: Verschlussene Augen. Die Judenfrage in England.

Im November 1936 kehrte auch Beamish auf die britische Insel zurück und nahm an einem Treffen der IFL teil, in dem über das weitere Vorgehen nach dem Prozeß gegen Leese beraten wurde. Beamish sprach sich gegen ein Gnadengesuch an den König aus und forderte die IFL-Mitglieder auf, Leese notfalls ins Gefängnis zu folgen¹⁷⁰.

Von Bedeutung sind Leese und seine IFL vor allem als Beleg für die Verbreitung jener „Internationale des Antisemitismus“, die mehr als zwanzig Jahre lang die agitatorische Hauptprotagonistin des Madagaskar-Gedankens war. Das Programm der IFL zur Judenfrage entsprach im wesentlichen exakt den Forderungen dieses Kreises, wie sie seit Anfang der zwanziger Jahre von Beamish, de Pottère, Rosenberg und den anderen Gesinnungsgenossen verbreitet wurden.

Anlässlich des Erfurter Antisemiten-Kongresses vom September 1937 sandte Leese ein langes Schreiben an Fleischhauer, in dem er ihn seiner weiteren Unterstützung versicherte¹⁷¹.

Leeses Begeisterung für Hitler erfuhr erst durch dessen Pakt mit Stalin einen kräftigen Dämpfer, was ihn aber nicht davon abhielt, den kurz darauf begonnenen Krieg als eine jüdische Inszenierung zu betrachten. Dennoch löste er die IFL bei Kriegsbeginn umgehend auf¹⁷² und begann, seine Kontakte zu faschistischen Organisationen in neutralen Staaten, vor allem in Norwegen und den Niederlanden, auszubauen¹⁷³. Auch mit Beamish blieb er weiter in Verbindung. Er beklagte sich diesem gegenüber in einem Brief vom April 1940, daß Hitler mit seinen Eroberungen nicht nur gegen die Juden vorgehe, sondern auch gegen „arische“ Völker (hierbei dachte er vor allem an die Invasion Norwegens) und damit seine eigene Arbeit auf der Insel fast unmöglich gemacht habe¹⁷⁴. Seine letzte öffentliche Rede hielt Leese nach eigenen Angaben am 3. Mai 1940 in der Londoner Denison Hall, wo er zur Erreichung des Friedens vorschlug: „Sale by France of Madagascar, as a home for Jews in which they would be compelled to live.“¹⁷⁵ Ein halbes Jahr später wurde er inhaftiert. Leese verschwand für die Kriegszeit im Gefängnis von Brixton und mit ihm – vorläufig – auch der Madagaskar-Gedanke¹⁷⁶.

An dieser Stelle erscheint ein Blick auf die Aktivitäten angebracht, die Beamish in der Zwischenzeit zur Propagierung seiner Idee unternommen hatte.

¹⁷⁰ PRO HO 144/21379, 9. 12. 1936, Report „on the subject of Jew-baiting“, S. 4.

¹⁷¹ Vgl. Bondy, *Racketeers of Hatred*, S. 129.

¹⁷² Morell, *Arnold Leese – Fascist and Antisemite*, S. 34.

¹⁷³ PRO HO 45/24967, Bericht vom 12. 5. 1943, S. 3.

¹⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁵ PRO HO 45, 24968, *Gothic Ripples* No. 18, 9. 7. 1946.

¹⁷⁶ Leese kam am 3. Februar 1944 wegen Krankheit wieder auf freien Fuß. Wiewohl er sich im Gefängnis von Brixton weiterhin begierig mit der Judenfrage beschäftigte, blieb es nach außen hin still um seine Person und den Kreis seiner Gesinnungsgenossen. Nach seiner Entlassung setzte er seine antisemitischen Aktivitäten umgehend fort, verlegte sich aber nun fast ausschließlich auf das Gebiet der Publizistik, da er sich für eine aktive politische Betätigung zu alt fühlte. Seinem Weltbild von Konspiration und Weltherrschaftsstreben der Juden blieb er pathologisch verhaftet. Nachdem er im März 1947 noch einmal wegen Fluchthilfe für zwei niederländische Nationalsozialisten zu einem Jahr Haft verurteilt worden war, wurde es, abgesehen von den unregelmäßig von ihm publizierten „*Gothic Ripples*“, zunehmend ruhiger um ihn. Leese starb im Januar 1956 in Guildford; vgl. HO 45/24968, Bericht der Metropolitan Police (Special Branch), 4. 3. 1954; Morell, 1969, S. 34.

11. Henry Hamilton Beamishs Spuren im „Dritten Reich“

Die Beziehungen des Madagaskar-Propagandisten Beamish nach Deutschland konzentrierten sich in den dreißiger Jahren naturgemäß auf Kontakte zum Erfurter Antisemitismus-Nachrichtenblatt „Welt-Dienst“, wo sein Geistesverwandter de Pottiere die Fäden zog und den „Voll-Zionismus“ als antisemitisches Programm verbreitete. Daneben unterhielt er Kontakte zu Julius Streicher und dem „Stürmer“.

In der missionarischen Rastlosigkeit, die schon seine früheren Jahre bestimmte, begann Beamish 1936 eine Weltreise, die ihn über Indien, Ceylon, Japan, Kanada und die USA wieder auf den europäischen Kontinent führte und deren Hauptzweck es war, antijüdische Vorträge zu halten¹⁷⁷. Im Dezember 1937 war er wiederum, unterstützt vom „Christian American Crusade“ und dem „German American Bund“, zu Vorträgen in den Vereinigten Staaten¹⁷⁸, wo er sich auch als Vertreter des „Welt-Dienstes“ ausgab¹⁷⁹.

Seine zahlreichen Auftritte führten ihn wiederholt vor deutsches Publikum. Am 20. Januar 1937 hielt Beamish in München vor rund 200 Zuhörern eine Rede zu seinem Standardthema „Who wants War?“, an dem auch einige Professoren der Münchener Universität und ein Mitglied des Bayerischen Erziehungsministeriums, vermutlich sein alter Freund Boepple, teilnahmen¹⁸⁰. Er legte ausführlich dar, wie seiner Meinung nach die gesamte Welt mit Ausnahme Deutschlands unter jüdischer Kontrolle sei, die bekämpft werden müsse. Ein Mitarbeiter des britischen Konsulats in München war als Berichterstatter anwesend und schilderte Beamishs Lösungsvorschlag¹⁸¹: „The lecturer concluded by unfolding a map of Madagascar (decorated with the Jewish star) and expounding his plan for the solution of the Jewish problem. It would, he said, be unkind [. . .] to sterilise the Jews or massacre them. He therefore proposed that they should be deported wholesale to Madagascar, a country easily capable of supporting 100 millionspersons [*sic!*]. In this island (which, according to the translator, the Germans could turn into a colonial paradise) the Epsteins, the Einsteins and other Jewish geniuses would be able to develop their own civilisation and show to the world their true capacity for organisation.“¹⁸² Am

¹⁷⁷ Beamish suchte vor Ort stets auch Kontakt zu den deutschen Behörden, um sie über seine Aktivitäten zu unterrichten; PAAA Inland II A/B 60/1, Deutsches Konsulat Colombo, 18.8. 1936; Times of Ceylon Sunday Illustrated, 9.9. 1936; er versuchte darüber hinaus, die deutschen Vertretungen dafür zu gewinnen, Vorträge vor den jeweiligen deutschen Kreisen halten zu dürfen; Inland II A/B 57/1, Bericht aus Montreal vom 10.11. 1936.

¹⁷⁸ Kosmin, Colonial Careers, S.18 mit Hinweis auf U.S. House of Representatives, Investigation of Un-American Propaganda Activities in the United States, 76th Congress, VI (1939), Aussage von H. Allen, Pasadena/Kalifornien, 16.–29.8. 1939.

¹⁷⁹ Bondy, Racketeers of Hatred, S.137 mit Hinweis auf dasselbe Komitee („Dies Committee“), Dies-Report, Bd. 6, September–Oktober 1939, S.5515.

¹⁸⁰ Beamish hatte bereits am 15. Dezember 1936 an der Berliner Universität zum Thema „Who wants war“ gesprochen; vgl. Der Angriff, 16.12. 1936, S.7: Beamish in Berlin. Ein völkischer Vorkämpfer. Am 17. Dezember 1936 hielt er an der Münchener Universität einen Vortrag gleichen Inhalts. Der „Völkische Beobachter“ berichtete hierüber am 19.12. 1936 in einem Artikel mit dem Titel „Kapitän Beamish, Weltjudentum als Menschengefahr“.

¹⁸¹ PRO FO 371/20739, C 1038/305/18, Bericht vom 2.2. 1937.

¹⁸² Ebenda.

22. Januar wiederholte Beamish diesen Vortrag in Nürnberg auf Einladung von Julius Streicher und referierte: „Die Lösung der Judenfrage stelle ich mir in einer Ausweisung der Juden aus allen Ländern und ihre Ansiedlung in einem geschlossenen Siedlungsgebiet, zum Beispiel auf der Insel *Madagaskar*, vor. Dort kann sich das jüdische Volk entwickeln, wie es will.“¹⁸³ Bei dieser Gelegenheit hat Beamish offensichtlich auch Flugblätter der „Britons“ verteilt, auf denen es in der Überschrift über einer Skizze der Insel Madagaskar neben einem lateinischen Kreuz hieß: „ZIONISM SOLVED! The Future Home of the Jews“. Unterhalb der Inselfskizze war der Davidstern aufgezeichnet. Die Aufschrift „Population capacity: 100 million“¹⁸⁴ gab seiner Ansicht über die Dimension des Projektes baredt Ausdruck. Der Berichterstatte des britischen Konsulats in München beschrieb in seiner Darstellung der Veranstaltung Beamish anschaulich treffend als „an unbalanced and ill-educated propagandist with a bee in his bonnet“¹⁸⁵.

Im September 1937 war Beamish dann wiederum in Deutschland, um am Internationalen Antisemiten-Kongreß teilzunehmen. Dieser wurde, vom „Welt-Dienst“ organisiert, vom 2. bis 5. September in Erfurt abgehalten und firmierte unter dem Programm-Titel „Pan-Arische Konferenz“. Fleischhauer, der als Präsident fungierte, konnte Vertreter aus 23 europäischen und außereuropäischen Staaten begrüßen. Beamish referierte zu seinem Standardthema „Who wants War“¹⁸⁶, ähnlich wie schon neun Monate zuvor in Berlin, München und Nürnberg, und er kam auch hier wieder auf Madagaskar und seine Lösungsformel zu sprechen: „My watchword is: Compulsory segregation! I suggest Madagascar.“¹⁸⁷

Beim anschließend in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitag trafen sich rund 100 ausländische Mitarbeiter und Kontakteleute des „Welt-Dienstes“, wo sie von Paul Wurm, dem Auslandsschriftleiter des „Stürmer“ und Chef der „Antijüdischen Weltliga“, betreut wurden. Aus diesem Anlaß wurde auch der beim SD mit der Bearbeitung der Judenfrage beschäftigte Adolf Eichmann vom 6. bis 9. September 1937 „zur Fühlungnahme mit dort zu Besuch weilenden Ausländern“ in die Stadt der Reichsparteitage kommandiert. Er lernte so den Dunstkreis um Streichers Gruppe und den „Welt-Dienst“ zum ersten Mal aus eigener Anschauung kennen und kam mit den Hauptprotagonisten des Madagaskar-Gedankens in Kontakt. Die Wirkung auf Eichmann war mehr als ernüchternd: „Der Grossteil dieser ‚Welt-Dienst‘-Angehörigen machte den Eindruck von mehr oder minder fragwürdigen Existenzen, die zum Teil von der fixen Idee besessen sind, als Führer von Parteien und Organisationen in ihren Ländern berufen zu sein. Sie alle verlieren sich jedoch, gelinde ausgedrückt, in Kleinigkeiten, die ihr gesamtes Interesse beanspruchen und sind dergestalt auch nicht annähernd in der Lage,

¹⁸³ Fränkische Tageszeitung, 23. 1. 1937, S. 3–4. Der „Stürmer“ hatte schon früher Beamishs Äußerungen zum Judentum reproduziert, so anlässlich seines Aufenthalts in den USA; vgl. Der Stürmer, Nr. 3/1937, S. 4.

¹⁸⁴ Stadtarchiv Nürnberg E9/33, Nr. 2337/6. Das Flugblatt wurde von Beamishs Organisation „The Britons“ vertrieben; vgl. Illustrationen.

¹⁸⁵ PRO FO 371/20739, C 1038/305/18, Bericht vom 2. 2. 1937.

¹⁸⁶ Welt-Dienst, 1. 10. 1937, S. 1 und 4.

¹⁸⁷ Zitiert nach Bondy, Racketeers, S. 136. Es handelt sich um eine Übersetzung ins Englische aus der vom „Welt-Dienst“ bzw. dem „Service Mondial“ im Ausland verbreiteten französischen Version. In der deutschen Ausgabe des „Welt-Dienst“ ist die Rede nicht abgedruckt, sie konnte nur als Sonderdruck gemeinsam mit anderen Vorträgen der Konferenz bezogen werden.

eine grosse Linie herauszuarbeiten und diese zu verfolgen.“¹⁸⁸ In dieser unsentimental realistischen Einschätzung klingt schon ganz der „Praktiker“ Eichmann durch, und der Kontrast ist in der Tat bezeichnend: die Zeit der skurril-verschrobene, doch in der Praxis durchgehend völlig unfähigen Verschwörungs- und Rassentheoretiker, wie sie Beamish oder Fleischhauer, mit nur leichten Einschränkungen auch Rosenberg darstellten, war vorüber. Die Zeit war reif für jene pragmatisch orientierten Machtpraktiker, die ideologische Vorgaben und zweckdienliche Erfordernisse im Dienste totalitärer Praxis in Übereinstimmung zu bringen wußten. Der Kongreßbesuch im Herbst 1937 war denn auch Beamishs letzter Aufenthalt im Deutschen Reich. Sein weiterer Lebensweg hatte kaum noch Bemerkenswertes zu verzeichnen. Er wurde im August 1938 als unabhängiger Kandidat ins Parlament von Süd-Rhodesien gewählt¹⁸⁹, verlor diesen Sitz aber bereits wieder im April 1939¹⁹⁰. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er ab Juni 1940 für drei Jahre inhaftiert¹⁹¹, und in dieser Zeit beschränkten sich seine Aktivitäten auf den Kontakt zu seinem Bruder Tufton Beamish, einem Mitglied des britischen Unterhauses¹⁹². Henry Hamilton Beamish starb am 27. März 1948 in Süd-Rhodesien¹⁹³, sein Vermögen vermachte er seinen Gesinnungsgenossen um Arnold Leese¹⁹⁴.

12. Jean Boissel

Frankreichs Vertreter in der „Internationale des Antisemitismus“ war der ehemalige Frontkämpfer und nun in der antisemitischen Publizistik dilettierende Jean Boissel, der sich als enger Weggefährte der judenfeindlichen Richtung Julius Streichers verstand. Er nahm im Mai 1935 an einem Treffen der „Antijüdischen Weltliga“, einer Zweigorganisation Streichers unter Leitung Paul Wurms, teil, anlässlich dessen ihm der „Frankenführer“ bei seinem Besuch in Nürnberg einen triumphalen Empfang bereitete. Mehr als 10 000 Zuhörer waren im Rahmen einer Massenveranstaltung zusammengetrommelt worden, vor denen Boissel seiner Bewunderung für den Nationalsozialismus freien Lauf ließ. Völlig durchdrungen von der Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung, rief er dazu auf, die „jüdischen Geier“ solle man „mit ausgebreiteten Flügeln und den Dolch im Herzen an die Wand nageln“¹⁹⁵. Neun Monate später

¹⁸⁸ BAK R 58/623, Dienstreisebericht Eichmanns vom 11. 9. 1937.

¹⁸⁹ Zu Einzelheiten dieser Wahl und Beamishs Aktivitäten 1938 und 1939 vgl. Kosmin, *Colonial Careers*, S. 18–21. Auch hier vertrat er weiterhin den Madagaskar-Gedanken, den Kosmin irrigerweise auf Leese zurückführt, ebenda, S. 21.

¹⁹⁰ Lebzelter, Beamish, S. 45.

¹⁹¹ Die Inhaftierung erfolgte wie bei Leese in Großbritannien gemäß Defense Regulation 18 B.

¹⁹² Kosmin, *Colonial Careers*, S. 22; Konteradmiral Tufton Percy Hamilton Beamish (1874–1951) war 1924–1931 und 1936–1945 für den südenselischen Wahlkreis Lewes als Unionist Mitglied des Unterhauses.

¹⁹³ Vgl. *Gothic Ripples* No. 37, 5. 5. 1948, S. 3–4.

¹⁹⁴ Leese unterstützte mit dem Geld Neo-Nazis, die auch nach Leeses Tod dessen Arbeit in Großbritannien fortführten und von denen an erster Stelle Colin Jordan, der Gründer der „White Defence League“ (WDL, 1958) und des „National Socialist Movement“ (NSM, 1962) zu nennen ist; vgl. Gorman, *Racial Antisemitism in England*, S. 70f.

¹⁹⁵ *Fränkische Tageszeitung*, 10. 5. 1935, S. 5. Streichers Zeitung widmete Boissels Auftreten in Nürnberg die Titelseite und eine vierseitige Darstellung mit der Überschrift: „Der Weltfeind

gründete Boissel in Paris seine antisemitische Zeitschrift „Le Reveil du Peuple“, auf deren Titelblatt zur ersten Ausgabe Boissel und Streicher in Anlehnung an das Nürnberger Treffen händeschüttelnd abgebildet wurden. In der deutschen Ausgabe eines seiner Bücher wurde er von seinem Verleger als „Vorkämpfer für den nationalen Sozialismus in seinem Lande“ gerühmt¹⁹⁶.

Später verurteilte ein Gericht Boissel, dessen Aktivitäten im politischen Leben Frankreichs keine Rolle spielten, wegen seiner judenfeindlichen Attacken, insbesondere gegen Léon Blum, zu einer Gefängnisstrafe, wodurch er vollends aus der Öffentlichkeit gezogen wurde. Erst der Krieg und die deutsche Invasion sahen ihn wieder auf der Gewinnerseite. Boissel kollaborierte mit den deutschen Besatzungsbehörden als Führer seiner neu ins Leben gerufenen „Front Franc“ und der „anti-bolschewistischen Legion“. Seitens des „Welt-Dienstes“ wurde er als der „zuverlässigste“ französische Mitarbeiter eingeschätzt, wenngleich selbst der in dieser Hinsicht durchaus großzügige „Welt-Dienst“ einräumen mußte, daß „nicht immer alle Nachrichten absolut einwandfrei dokumentiert waren“¹⁹⁷.

In der Forderung nach „Madagaskar für die Juden“ befand sich Boissel in seinem Selbstverständnis als französischer Patriot allerdings in Opposition zu seinen Gesinnungsgenossen. Auf dem antijüdischen Kongreß in Erfurt im September 1937 reagierte er mit wütender Empörung auf die dort von Beamish propagierte Forderung¹⁹⁸. Den polnisch-französischen Madagaskar-Plan interpretierte er im Februar 1938 dementisprechend als „englisches Projekt“, dem er die Forderung gegenüberstellte, doch Australien für die Juden zu öffnen, das größer sei und weiter entfernt läge¹⁹⁹. Geradezu exemplarisch offenbarte sich die pathologisch irregeleitete Perzeption der Realität durch die Brille einer vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung gemäß den „Protokollen der Weisen von Zion“ in Boissels Reaktion auf die Eroberung Madagaskars durch die Briten 1942. Er meinte, Großbritannien habe die Insel „für die Juden“ erobert, die dort, unter Ausnutzung der einheimischen Bevölkerung als Sklaven und unter Zuhilfenahme der ihnen schon zur Verfügung stehenden Gold- und Diamantenvorräte Südafrikas, einen weiteren Etappenposten auf dem Weg zur Weltherrschaft errichten würden. Dies sei nichts anderes als das „Projekt von Beamish aus dem Jahre 1937“, interpretierte er, ohne sich auch nur im geringsten um die innere Widersprüchlichkeit zwischen der ihm bekannten Idee Beamishs von der „compulsory segregation“ der Juden einerseits und der von ihm so interpretierten freien Eroberung durch die angeblich jüdisch durchsetzte Regierung Großbritanniens andererseits zu kümmern²⁰⁰.

ist Alljuda!“. In einem französischen Flugblatt bauschte Boissel die Zuhörerschaft später auf 25 000 Personen auf und behauptete außerdem, eine Unterredung mit Hitler gehabt zu haben; vgl. Stadtarchiv Nürnberg E9/33, Nr. 1539; vgl. auch AD, Allemagne 703, 55, Telegramm François-Poncets vom 30. 4. 1935.

¹⁹⁶ Boissel, Die Blutkreuzler, S. 3.

¹⁹⁷ PAAA Inland II A/B 64/1, Reiffer an Franz Rademacher, 18. 4. 1942; Achterberg an Rademacher, 19. 5. 1942. Boissel sollte auf Wunsch des „Welt-Dienstes“ dessen französische Abteilung in Frankfurt a. M. leiten. Dieses in erster Linie zur Stützung seines Lebensunterhaltes gedachte Angebot lehnte er jedoch ab.

¹⁹⁸ Boissel, Madagascar aux Juifs, in: Le Reveil du Peuple, 1. 10. 1942, S. 1.

¹⁹⁹ Boissel, La Crise, Oeuvre Juive, S. 23.

²⁰⁰ Boissel, Madagascar aux Juifs, S. 1. Eine ähnliche Position vertrat Claude Wacogne, der Ende Mai 1942 zu Gerüchten, wonach Großbritannien plane, die Zivilverwaltung Madagaskars an

Neben dem „Welt-Dienst“ war Boissels Kontaktstelle nach Deutschland die erwähnte „Antijüdische Weltliga“, welche, wie bereits angedeutet, vielfach als ein weiteres deutsches Verbindungsinstrument zur Koordination der „Internationale des Antisemitismus“ eingesetzt wurde.

13. Paul Wurm und die „Antijüdische Weltliga“

Die „Antijüdische Weltliga“ arbeitete als Ableger des „Stürmer“ unter Leitung von dessen Mitarbeiter Paul Wurm, der in Streichers Blatt für die Auslandsschriftleitung zuständig war. Sie verfolgte das Ziel, die innerdeutsche Wirkung des „Stürmer“ durch Auswertung weltweiter Informationen über die Juden und internationale antisemitische Kontakte und Aktionen nach außen zu verlängern. Im Gegensatz zum „Welt-Dienst“, dessen Intention ähnlich gelagert war, der sich aber vor allem als „Aufklärungs-“ und Propagandapublikation verstand, baute die „Antijüdische Weltliga“ in erster Linie auf persönliche Kontakte und die Bildung eines Netzes von Mittelsmännern. Einerseits wurden ausländische Gesinnungsgenossen wie Boissel zu Vorträgen eingeladen²⁰¹, andererseits versuchte Wurm später über auswärtige Informanten auch im Sinne eines Nachrichtendienstes für das Auswärtige Amt zu wirken²⁰². Wurm hatte sich seit 1922, angeregt durch Fritschs „Handbuch der Judenfrage“, mit dem Judentum im antisemitischen Sinne beschäftigt und war nach einem mehrjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten 1933 nach Deutschland zurückgekehrt. Hier leitete er zunächst den Versand von antijüdischen Zeitungen und sonstigen judenfeindlichen Schriften in alle Welt²⁰³. Später kam er als Hauptschriftleiter in die Auslandsabteilung des „Stürmer“, wo er teils unter dessen Mantel, teils unter dem der „Antijüdischen Weltliga“, internationale Kontakte von Antisemiten vornehmlich in Nürnberg organisierte. Auch die mit Judenangelegenheiten befaßte Abteilung des SD wurde im Zuge der Ausweitung ihrer Organisation und Arbeit auf Wurm aufmerksam. Über das Gestapa bestanden Kontakte zu Wurm, über den der SD im August 1937 das „Stürmer“-Archiv, „ohne Wissen von Gauleiter Streicher“, wie es ausdrücklich hieß, auszuwerten gedachte²⁰⁴. Um diese Kontakte auszubauen, reiste Eichmann nach vorheriger Absprache mit Wurm im September 1937 nach Nürnberg. Wurm sollte ihn dort vor allem mit den führenden Vertretern des „deutsch-amerikanischen Volksbundes“ bekannt machen²⁰⁵. Eichmanns er-

die Gaullisten zu übergeben, in einer heftigen antisemitischen wie antigaullistischen Attacke schrieb, das würde bedeuten, man übergäbe die Insel „an die Juden und die Verjudeten, die in London dem General Verrat gefolgt sind“; Wacogne, *Les Juifs et Madagascar*, in: *L'Appel*, 28.5.1942.

²⁰¹ Jüdische Rundschau, 14.5.1935, S.1: Kundgebung der Antijüdischen Weltliga.

²⁰² PAAA Referat Partei, Judenfragen, Schreiben Wurms an Walter Büttner mit einem Bericht über die „Judenfrage in Prag“, 6.5.1939; daß die Elaborate der Wurmschen Tätigkeit auch gelesen wurden, zeigt sich daran, daß Martin Luther, damals Leiter des Referats Partei und später Vorgesetzter Rademachers, den Bericht an die Dienststelle des Auswärtigen Amtes in Prag weiterleitete, mit der Bitte um Stellungnahme des „Reichsprotectors“, ebenda, 17.5.1939.

²⁰³ PAAA Inland II A/B 59/3, Vertrauliche Aktennotiz Wurms vom 12.5.1942.

²⁰⁴ BAK R 58/565, Vermerk für II 1 (Franz A.Six), versehen mit dem Kürzel Eichmanns und einem handschriftlichen Vermerk Hagens, 3.8.1937.

²⁰⁵ BAK R 58/623, Notiz Eichmanns an Six, 2.9.1937.

nüchternde Begegnungen während des Nürnberger Treffens sind bereits beschrieben worden²⁰⁶. Offenbar wurden die Arbeiten der „Antijüdischen Weltliga“ – Eichmanns Mitarbeiter Dannecker berichtete 1939 von etwa 25 verschiedenen Sprachübersetzern, die „die gesamte Weltpresse (insbesondere jüdische Presse) auswerten“²⁰⁷ – seitens des SD angesichts der Erfahrungen Eichmanns als vernachlässigbar für die eigene Tätigkeit eingeschätzt, so daß intensivere Kontakte ausblieben. Wurm fand statt dessen im Sommer 1940 eine engere Beziehung zum Auswärtigen Amt, insbesondere zu dessen neuem Judenreferenten Franz Rademacher. Er war es, der Rademacher 1940 einen von ihm selbst verfaßten Artikel zusandte, in dem er „Madagaskar für die Juden“ forderte. Zuvor hatten sie sich persönlich getroffen, und Rademacher ließ sich später von Wurm ein (nicht überliefertes) Manuskript, vermutlich zur Judenfrage, anfertigen²⁰⁸.

Wurm war der einzige dieser älteren Generation von Antisemiten, der auch noch während des Krieges ein gewisses, wenn auch marginales Wirkungsfeld behielt. Während de Pottère und Fleischhauer längst in der Versenkung verschwunden waren, Streicher im Februar 1940 abgehalftet und auf sein Gut Pleikershof verbannt wurde, versuchte Wurm mit mäßigem Erfolg, deren Vorstellungen von „internationalem Antisemitismus“ unter den Vorzeichen des SS-Staates weiterzuführen. Er beklagte gegenüber dem Auswärtigen Amt, daß die jahrelange Aufbauarbeit durch die verschiedenen antisemitischen Organisationen wie den „Welt-Dienst“ und durch Personen wie de Pottère und Fleischhauer, sowie die mit Hilfe der antijüdischen Kongresse und der über Nürnberg hergestellten Kontakte zu Kreisen ausländischer Judegegner, vielfach verloren gegangen seien, und suchte seiner „Antijüdischen Weltliga“ als Tarnorganisation und Handlanger-Institution des Auswärtigen Amtes eine Existenzsicherung zu verschaffen²⁰⁹. Wurm informierte Rademacher im Oktober 1941 auch darüber, daß bei der „Regelung der Judenfrage“ im Osten, wie er von einem damit beschäftigten Parteigenossen erfahren hatte, „in nächster Zeit [. . .] von dem jüdischen Ungeziefer durch besondere Massnahmen manches vernichtet“ werde²¹⁰. Im Januar 1943 noch plante er die Gründung einer „Organisation zur Bekämpfung des Weltjudentums“, mit der er die „Antijüdische Weltliga“ zu ergänzen gedachte. In einem Schreiben an Rademacher erklärte er, daß die Judenfrage nun weltweit aufgerollt werden müßte²¹¹.

Wurm zeigte sich dabei über die laufenden Maßnahmen in den Vernichtungslagern voll informiert, als er schrieb, daß sich „nun die Ausrottung des Judentums in Europa schrittweise vollzieht und nur wenige Judengruppen auf dem europäischen Festland

²⁰⁶ BAK R 58/623, Dienstreisebericht Eichmanns vom 11.9. 1937; vgl. Kap. III.11.

²⁰⁷ BAK R 58/985, Notiz Danneckers vom 7.8. 1939 und Mitteilung an die SD-Zentralstelle Böhmen-Mähren vom 9.8. 1939.

²⁰⁸ PAAA Inland II A/B 55/2, Schreiben Wurms an Rademacher vom 5.6. 1940 mit beiliegendem unveröffentlichten Artikel Wurms zu Madagaskar unter dem Titel „Wohin mit den Juden?“; vgl. Kap. VI.4.

²⁰⁹ PAAA Inland II A/B 59/3, Vertrauliche Aktennotiz Wurms vom 12.5. 1942 mit einem Entwurf über den „Aufgabenkreis [der] ‚Antijüdischen Weltliga‘“. Zu Wurms späteren Bemühungen für das Auswärtige Amt, insbesondere den Kontakt zu Rademacher, über den er sich propagieren ließ, vgl. Inland IIg 173, Juni/Juli 1942.

²¹⁰ PAAA Inland II A/B 59/3, Schreiben Wurms an Rademacher, 23.10. 1941.

²¹¹ Schon im Dezember hatte er Rademacher zur Vorbereitung eine fünfseitige Denkschrift über die „Gründung antisemitischer Ländergruppen“ gesandt; PAAA Inland II A/B 59/3, Schreiben Wurms an Rademacher, 10.12. 1941.

das Ende des Krieges überleben dürften“. Seine projektierte Organisation sollte zum zukünftigen „Kampf gegen das Weltjudentum“, was bedeute „Kampf gegen USA und England“, dienen²¹². Die Bemühungen blieben angesichts der deutlich anders gelagerten Erfordernisse des Krieges erfolglos, wie im übrigen auch seine „Antijüdische Weltliga“, die 1944 nur noch aus Wurm selbst bestand, an Beachtung verlor²¹³.

14. Alfred Rosenberg

Alfred Rosenberg war, wie schon gezeigt wurde, seit langem ein Anhänger des Madagaskar-Gedankens. Er hatte nicht nur Beamish Gelegenheit gegeben, seine Gedanken auf der Titelseite des „Völkischen Beobachters“ zu propagieren, sondern nahm zumindest bis 1933 auch regelmäßig an den antisemitischen Kongressen teil. Danach schien ihm bei aller Geistesverwandtschaft offensichtlich eine allzu enge Verbindung mit seinen früheren Weggefährten nicht mehr opportun, denn auf die mehrfachen Hilfsgesuche Fleischhauers vor und nach der Gründung des „Welt-Dienstes“ hat er nicht mit erkennbarer Unterstützung reagiert. Augenscheinlich war ihm das vor allem durch die Pottere personifizierte, undurchsichtige und zur Konspiration neigende Umfeld nicht geheuer. Die Entmachtung Fleischhauers hat er nicht verhindern können, vermutlich trotz der ehemals engeren Verbindung auch nicht aufhalten wollen. Gleichwohl war es in den Jahren 1938 bis 1940 gerade Rosenberg, der Madagaskar als mögliches Judenreservat wiederholt in die Diskussion warf und als Lösung der Judenfrage in Deutschland und Europa lancierte.

Den Beginn der Konferenz von Evian im Juli 1938 nahm er im „Völkischen Beobachter“ zum Anlaß für einen grundsätzlichen Artikel zur Judenfrage, in dem er unter anderem an die Tradition der internationalen Kongresse als einer „Zusammenkunft vieler Vertreter des antijüdischen Kampfes“ erinnerte. Er wies darauf hin, daß schon dort zur Lösung der Judenfrage Madagaskar ins Spiel gebracht worden sei, ein Gedanke, den man nun erneut aufnehmen könne²¹⁴.

Am 7. Februar 1939 kam er in einer Rede vor der Auslandspresse in Berlin wiederum auf die Möglichkeiten zur Lösung der Judenfrage zu sprechen. Für die Nationalsozialisten sei das Judenproblem erst dann gelöst, „wenn der letzte Jude das Territorium des deutschen Reiches verlassen habe“. Die „Frage einer entscheidenden Auswanderung“ sei „wieder zu einem weltpolitischen Problem aktuellster Art geworden“. Die Konferenz von Evian und die Aktivitäten in ihrem Gefolge hätten bisher leider keinerlei wirklich positive Vorschläge gebracht. Auch die „sogenannten judenfreundlichen demokratischen Staaten“ hätten „zwar Tränen über das ‚Judenelend‘ in Deutschland vergossen, aber keinerlei durchgreifende Vorschläge unterbreitet. Einmal wurde Guayana genannt, das andere Mal Alaska, das dritte Mal ein Zipfel von Madagaskar.“ Palästina komme, da es zu klein sei, „für eine weitschauende Auswandererpolitik nicht in Fra-

²¹² PAAA Inland II A/B 59/4, Schreiben Wurms an Rademacher, 23.1. 1943.

²¹³ PAAA Inland II A/B 38/2, Schreiben des Gesandten Schleier an die Deutsche Botschaft Paris, 7.7. 1944.

²¹⁴ Völkischer Beobachter, 8.7. 1938, Alfred Rosenberg: Wohin mit den Juden? Gedanken zur Weltkonferenz von Evian.

ge“, auch weil dann ein „alljüdisches Machtzentrum“ entstehen würde. Eine „zerstreuete Auswanderung“ komme dagegen aufgrund der rassischen und politischen Gefahren nicht in Betracht²¹⁵. Daher bleibe „eben als einzige Frage zu lösen übrig, ob und welches in sich abgeschlossene große Territorium die Demokratien bereitstellen wollen, um die Juden als Gesamtheit anzusiedeln. Dieses Territorium müßte vorsehen eine Kapazität von rund 15 Millionen Juden.“ Welches Stück Land dann in Frage komme, „darüber müßten naturgemäß die Besitzer dieser teilweise menschenleeren Gebiete selber entscheiden. Ob sie sich hier für Guayana entschließen oder für Madagaskar, das mag eine Zweckmäßighkeitsüberlegung sein.“ Da Guayana und Madagaskar „bereits amtlich besprochen“ worden seien, „verengt sich also das gesamte Problem nach Ausschaltung unmöglicher Programme auf diese beiden Gebiete“. Wollten die Demokratien ihre „Judenfreundlichkeit“ unter Beweis stellen, „so müßten sie in absehbarer Zeit sich darüber klar werden, welches von diesen Territorien nunmehr als jüdisches *Reservat* eingerichtet werden soll“²¹⁶.

Rosenbergs Argumentation ging demnach, unabhängig von der seinerzeit offiziell betriebenen Politik der forcierten Auswanderung, von einer aus seinen tradierten ideologischen Maximen abgeleiteten Reservat-Lösung aus. Seine Stellungnahme ist ein Beleg dafür, wie weit der (nach Hitler) als nomineller Chefideologe apostrophierte Reichsleiter von den derzeit in der Praxis anvisierten Zielen in der Judenpolitik entfernt war. Rosenbergs Vorstellungen hatten im ganzen etwas Statisches. Sie waren in der Zeit vor dem Krieg aggressiver und weitreichender, liefen später, während der Hochphase des Madagaskar-Plans im Sommer 1940, quasi parallel zur tatsächlichen Politik, hingen dann aber, aufgrund ihrer traditionellen Verwurzelung, den weiterreichenden Gedanken und praktizierten Maßnahmen Hitlers hinterher²¹⁷.

In einer Radioansprache Anfang Sommer 1939 äußerte er sich zum wiederholten Male in diesem traditionsverhafteten Sinne. Man müsse alle Juden der ganzen Welt zusammenfassen und auf irgendeine wüste Insel mit todbringendem Klima verpflanzen, sei es Madagaskar oder Guayana. Isoliert wie Aussätzige sollten sie dort mit ihrem Schweiß und ihrem Blut die Schächte und Minen benetzen. Je grausamer das Klima sein werde, je unmenschlicher die Arbeit, desto besser für die christliche Welt, für die christliche Zivilisation, die wissen werde: die schädliche jüdische Rasse befinde sich in einem Reservat, aus dem es kein Zurückkommen und nur einen Ausweg gebe – den Tod²¹⁸.

Eine Teilnahme Rosenbergs an den Diskussionen und Planungen vom Sommer 1940, die ja konkret dieses „Reservat-Programm“ zum Ziel hatten, ist nicht erkennbar. Erst im Oktober 1940 schaltete er sich ein, indem er Hitler einen Artikel über „Juden auf Madagaskar“ zur Genehmigung vorlegte. Er schilderte darin die Entstehung des Madagaskar-Gedankens und seine eigene Rolle als Vertreter der nationalsozialistischen Bewegung bei den antisemitischen Kongressen sowie die Verbindung zur Idee des „Voll-

²¹⁵ Dagegen war zerstreute Auswanderung – unter Berufung auf Rosenberg! – das prägende Element in den Vorstellungen des Auswärtigen Amtes in dieser Zeit; vgl. Kap. V.15.

²¹⁶ Völkischer Beobachter, 8.2. 1939, abgedruckt in: IMG Bd. 41, Dok. Streicher-8, S.545–547; Hervorhebung des Autors.

²¹⁷ Dies ist auch der Grund dafür, daß Rosenberg in diesem Kapitel der Theoretiker und nicht in jenem der Praktiker behandelt wird.

²¹⁸ Mark, Horves derzeilen, Bd. 1, S.1 f.

Zionismus“ und forderte nach wie vor ein „Reservat Madagaskar“ zur Lösung der Judenfrage²¹⁹. Hitler genehmigte die Veröffentlichung des Artikels nicht, ein Umstand, der mit seiner Begründung im Rahmen der Bewertung des deutschen Madagaskar-Projekts noch näher zu erörtern sein wird.

Rund ein halbes Jahr später, am 28. März 1941, hielt Rosenberg anlässlich der Eröffnung des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ in Frankfurt am Main eine weitere Grundsatzrede über „Die Judenfrage als Weltproblem“²²⁰, in der er ausführte, die Judenfrage werde nun „durch die nationalsozialistische Revolution für Deutschland und für ganz Europa ihre Lösung finden!“²²¹. In der gesamten Rede schwangen die alten Gedanken an das Judenreservat Madagaskar als Programm zur „compulsory segregation“ mit, wenngleich er die Möglichkeit hierzu in eine entferntere Zukunft verlegte. Palästina sei „zu klein, um die früher 10 und heute 15 Millionen Juden aufzunehmen [...]“²²², deshalb müsse man „überlegen, wo und wie wir die Juden unterzubringen haben“. Das könne „nicht in einem Judenstaat geschehen, sondern nur in einer Form, die ich jüdisches *Reservat* nennen will“²²³. Es sei zu hoffen, daß „kommande Staatsmänner“ die Ansiedlung der Juden einleiten würden, die dann „unter erfahrener Polizeiaufsicht“ arbeiten sollten. Die Fragen der praktischen Durchführung sowie der „Ort einer Um- bzw. Aussiedlung“ solle einer „künftigen Abmachung vorbehalten bleiben“²²⁴. Für Deutschland und Europa sei die Judenfrage erst gelöst, wenn der letzte Jude den Kontinent verlassen habe²²⁵. Dabei sei es „ganz gleich, ob ein solches Programm in 5, 10 oder 20 Jahren verwirklicht werden kann. Die Verkehrsverhältnisse unserer Zeit sind, wenn sich alle Völker vereinigen, stark genug, um eine solche Umsiedlung in großem Maße einzuleiten und durchführen zu können.“²²⁶

Rosenberg plante in Fortsetzung der alten Tradition noch für den Sommer 1944 einen internationalen antijüdischen Kongreß, der in Krakau stattfinden sollte und für den er sogar einen Auftrag Hitlers erhielt²²⁷. Der Kriegsverlauf verhinderte allerdings die Durchführung dieses unzeitgemäßen Unternehmens²²⁸. Das geplante Vortragspro-

²¹⁹ CDJC CXLVI-51, 30.10. 1940. 1942 deutete Hermann Erich Seifert in einer Broschüre, die ohne direkte Nennung der Insel für den Madagaskar-Gedanken warb, an, daß Rosenberg einer der Initiatoren des Vorschlags war. Die Juden sollten demnach untergebracht werden in einem „ausreichend weiten Raum, der durch sein Klima und den Reichtum seines Bodens die Millionen Juden beschäftigen und ernähren könnte“. Ein „geographischer Platz zur Verwirklichung dieser Gedanken“ sei „längst gefunden. Auf einem Kongreß antisemitischer Verbände in Budapest 1926 [tatsächlich: 1925] sind von maßgeblicher deutscher Seite [...] damals schon Vorschläge gemacht worden, die sich heute unter veränderten Verhältnissen durchführen ließen.“ Es sei eine wertvolle Aufgabe, „rund zehn Millionen Juden über Land und See in eine neue Heimat zu transportieren“; Seifert, Der Jude zwischen den Fronten der Rassen, S. 158 f.

²²⁰ CDJC CXLVI-23, Manuskript Rosenbergs über „Die Judenfrage als Weltproblem“, 28.3. 1941.

²²¹ Ebenda, S. 60 f.; im Original hervorgehoben.

²²² Ebenda, S. 62 f.

²²³ Ebenda, S. 66; Hervorhebungen im Original.

²²⁴ Ebenda, S. 66 f.

²²⁵ Ebenda, S. 81, 83.

²²⁶ Ebenda, S. 83.

²²⁷ IMG, Bd. XXVIII, Dok. 1752-PS, S. 51–55, Aufzeichnung Hagemeyers vom 15. 6. 1944.

²²⁸ Vgl. Bollmus, Amt Rosenberg, S. 123.

gramm war mit dem Auswärtigen Amt, dem Propagandaministerium und dem Reichssicherheitshauptamt abgesprochen und von diesen gebilligt worden. Rosenberg hoffte überdies in seiner gespenstisch anmutenden Irrationalität noch im Juli 1944, im Anschluß an den Kongreß die „Bildung internationaler Arbeitsgemeinschaften zur Erforschung und Bekämpfung des Judentums“ einleiten zu können²²⁹. Trotz des bitteren Ernstes dieses Themas fällt es hier tatsächlich nicht leicht, keine Satire zu schreiben²³⁰.

Überhaupt besteht ein geradezu grotesker Widerspruch zwischen Rosenbergs ideologischer Vorreiterrolle in der antisemitischen Bewegung und seinem, in diesen Kategorien nur als Versagen zu beschreibenden Agieren nach 1933. In seinem Amt, das im Juni 1934 eingerichtet wurde, gab es zunächst nicht einmal ein eigenes Ressort für die Judenfrage²³¹. Zwar besaß er mit der Idee des „Voll-Zionismus“ auf Madagaskar, wie in seinen frühen Aktivitäten und zahlreichen Äußerungen zu diesem Thema deutlich wird, ein durchaus klares „Programm“, doch fehlte ihm jeglicher Sinn für dessen politische Umsetzung. Der kleinlaut zur Genehmigung bei Hitler eingereichte Artikel vom Oktober 1940 ist Rosenbergs einziger Beitrag in jenem entscheidenden Jahr, das ideologischen Utopismus und machtpolitische Realisierbarkeit so nahe wie niemals zuvor zusammenführte.

15. Exkurs: Faszinosum Madagaskar – „Private“ Initiativen zur Lösung der Judenfrage

Ein Blick ist noch zu richten auf ein eher marginales Phänomen aus der Geschichte des Antisemitismus, das aber ein Licht wirft auf das weite Spektrum, in dem sich Judengegner und Angehörige der Minderheit selbst mit dem Thema „Juden nach Madagaskar“ beschäftigten. Immer wieder fühlten sich bis dato Unbekannte, die sich für Experten auf dem Gebiet der Judenfrage hielten, dazu angehalten und bemüßigt, Hitler oder seinen Satrapen Anregungen zu unterbreiten, wie das ihnen so drängend erscheinende Problem zu lösen sei. Meist spielte in ihren Vorschlägen für die Judenunterbringung eine Kolonie, vielfach Madagaskar, die Hauptrolle.

Am 15. Februar 1937 teilte der in Forst (Lausitz) ansässige Arzt Heinrich Tegtmeier in einem längeren Schreiben an Himmler mit, er habe im Herbst 1936 an die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ einen Artikel über „Landhunger und Raumlere“ gesandt, in dem er „die Zuteilung von Madagaskar an Polen“ vorgeschlagen habe, „damit es dort seine Millionen Juden ansiedeln kann.“ [. . .] „Jetzt tauchen in Paris ähnliche Pläne betr. Madagaskar auf.“²³²

²²⁹ 1752-PS, S. 52.

²³⁰ Dies soll nicht den Eindruck erwecken, Rosenberg habe von der „genozidalen Endlösung“ nichts gewußt oder diese nicht gebilligt. Daß dem nicht so war, wird schon aus einer Rede vor Schriftleitern am 18. November 1941 im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete deutlich. Doch spielte Rosenbergs Beitrag für die Praktiker der Endlösung eine vernachlässigbare Rolle; die Rede ist auszugsweise veröffentlicht in: Wilhelm, Rassenpolitik und Kriegführung, S. 131 f.

²³¹ Rosenberg richtete eine solche Abteilung erst im Herbst 1937 ein; vgl. Bollmus, Amt Rosenberg, S. 119–121.

²³² IfZ MA-297, Brief Tegtmeiers an Himmler, 15. 2. 1937. Briefe und „Ratschläge“ wie diese waren häufig mit einer Bitte für das persönliche Fortkommen verbunden. So auch bei Tegtmeier, der um eine Arzt-Stelle bat, die ihm die SS als Gegenleistung für seine aufopferungsvolle Tätig-

Auch die Anregung des in München lebenden Schweizer Ingenieurs H. Huber an das Sicherheitshauptamt vom September 1937, Madagaskar zur Ansiedlung der Juden zu benutzen, ist hier zu nennen. Huber sandte sogar eigens einen „Vertrauensmann“ nach Paris, der die Voraussetzungen für ein solches Projekt sondieren sollte²³³.

Unter dem Titel „Neu-Judäa“ erschien in der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 22. November 1938 der Artikel einer Schweizerin mit den nicht weiter entschlüsselten Initialen „S. C.-H.“, die, weil Palästina zu klein sei, ebenfalls auf Madagaskar als geeignetes Siedlungsland für die jüdischen Emigranten verwies. Die Insel sollte durch das „internationale Judentum“ finanziert und Mussolinis Siedlungspolitik als Vorbild genommen werden²³⁴. Die Autorin wiederholte diesen Vorschlag in einem ausführlichen Schreiben an das Auswärtige Amt und empfahl, die Juden sollten doch die Insel kaufen, oder, falls Frankreich dies ablehne, einen „vieljährigen Pachtvertrag“ abschließen. Wichtig war ihr vor allem, daß sie in einem Gebiet mit „natürlichen Grenzen“ angesiedelt würden²³⁵.

Angeregt durch eine Rede Rosenbergs, setzte sich der Hannoveraner Studienrat Dr. Kurt Gebauer in einem Schreiben an den „Völkischen Beobachter“ ausführlich mit der Frage „Wo soll das jüdische Reservat liegen?“ auseinander. Diese von ihm selbst als „geopolitische Betrachtungen“ apostrophierten Äußerungen sind ebenfalls ein vehementes Plädoyer für die Judenunterbringung in einem Reservat Madagaskar. Freilich setze die „Verwirklichung einer Reservatbildung in Madagaskar einen Willen des jüdischen Volkes voraus“, den es noch nicht besitze, „zu dem ihn aber die Entwicklung zwingen wird“. Das jüdische Volk müsse „in einem Reservat aus der Weltpolitik ausgeschaltet“ werden²³⁶.

Am 23. April 1940 richtete der jüdische Dresdner Arzt Philipp Gellert eine 16seitige Denkschrift an Hitler, Göring, Goebbels, von Ribbentrop, von Brauchitsch und Raeder, über die er auch Leo Baeck von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Kenntnis setzte. Darin schlug er die Organisation einer „Partei des Nationalsozialen Neuen Judentums im Interesse sowohl der deutschen Kriegsführung [. . .] als auch der endgültigen [. . .] Lösung der Judenfrage“ vor. Die in dieser Partei aufzugehende „deutsche und außerdeutsche Judenheit“ solle als ihre „Stammheimat das Gebiet von Palästina“ ansehen. Der in Anlehnung an den Peel-Plan von 1936 zu schaffende Judenstaat solle „mit dem deutschen Wirtschaftsraum in engen wirtschaftlichen Beziehungen stehen“ und später „die Übertragung der Insel Madagaskar als Kolonie in eigene Verwal-

keit für die völkische Bewegung besorgen möge. Nachforschungen seitens der Sicherheitspolizei zur Person des Petenten ergaben, daß er im Mai 1937 in der Revisionsinstanz von der Strafkammer des Landgerichts Guben zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und fünf Jahren Berufsverbot wegen Vergewaltigung und mehrerer ähnlicher Delikte verurteilt worden war. Ein Gutachter hatte vor Gericht erklärt, daß „Tegmeyer eine in geistiger Hinsicht nicht ernst zu nehmende Persönlichkeit“ sei.

²³³ BAK R 58/981, 253–254, September 1937; vgl. Kap. V.7.

²³⁴ Neue Zürcher Zeitung, 22.11. 1938, S. 4: Neu-Judäa.

²³⁵ PAAA Deutsche Botschaft Paris 706, 29.11. 1938. Das dreiseitige Schreiben „Zur Lösung der Judenfrage“ wurde anonym eingesandt und ist mit „Eine alte Schweizerin“ gezeichnet.

²³⁶ CDJC CXLIII-326, 14.2. 1939. Gebauer wurde am 19.11.1880 in Dresden geboren und hatte Geographie und Naturwissenschaften studiert. Seine Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge (1912–1933) und in der DVP (1919–1933), wo er im Vorstand mitarbeitete, verhinderten eine von ihm erstrebte Mitgliedschaft in der NSDAP; vgl. BDC, Akten zu Dr. Kurt Gebauer.

tung“ einschließen. „Hier soll die Millionenmasse der Juden aller Welt unter jüdischem nationalsozialen Regime [!] zum großen Teil ihre aufbauenden kolonisatorischen Kräfte entwickeln.“ Damit hätte dann die Judenfrage „für alle jüdischen Menschen sowohl als auch für alle Völker aufgehört zu existieren“²³⁷.

Mit Datum des 20. Juni 1943 sandte ein anonym er Autor einen Brief unter dem Stichwort „Parasiten“ an Außenminister von Ribbentrop, in dem er in verquerrer Sprache und nicht immer verständlichen Zusammenhängen Australien als „ideales Siedlungsgelände für die Aufnahme der lieben Juden in ihrer Gesamtheit“ vorschlug. Die USA wiederum sollten „Insel-Guayana für die alleinige Unterbringung seines coloured people in Stärke von 12,5 Millionen [. . .] erwerben“. Am bemerkenswertesten an diesem Brief ist jedoch die Unterschrift des Autors: „Madagaskar-Freund“²³⁸.

²³⁷ PAAA Inland II A/B 45/1 a, 20.6. 1940; der Autor, am 8.5.1891 in Colomea geboren, war den deutschen Sicherheitsbehörden schon durch mehrfache Anregungen bekannt. Zu diesen Initiativen wurde seitens der Sicherheitspolizei festgehalten, „daß Gellert den Standpunkt des nationalsozialistischen Staates zur Rassenfrage völlig verkennt“. Über das weitere Schicksal Gellerts ist nichts bekannt.

²³⁸ PAAA Inland II A/B 60/3.

IV. Madagaskar und die Judenfrage in Polen

„Qui n’a pas parcouru, entre les deux guerres, les campagnes polonaises des anciennes provinces russes et autrichiennes, qui n’a pas vu grouiller, dans chaque village un peu important, dans chaque bourg, dans chaque ville, plus ou moins mêlés à la population chrétienne et vivant d’elle, ces innombrables juifs, malpropres, hirsutes, hâves, tantôt s’empressant pour gagner quelque argent, tantôt arrêtés sur le seuil de leur échoppe ou de leur taudis et perdus dans quelque rêve messianique ou mercantile, ne comprendra jamais ce qu’était le problème juif en Europe, et combien les grandes Puissances ont manqué de prévoyance en ne se penchant pas sur lui, en temps utile.“¹
(Léon Noël)

Madagaskar als Ziel einer Auswanderung oder Deportation für „überzählige“ oder für unerwünscht erklärte Bevölkerungsteile war keineswegs nur ein vages Hirngespinnst, mit dem keine tatsächlichen politischen Ereignisse korrespondierten. Nicht nur in den Augen eines Lagarde, Beamish, de Pottère oder Rosenberg übte die Vorstellung einer Besiedlung dieser riesigen, kaum bewohnten, und noch dazu unter europäischer Herrschaft stehenden Insel mit „überschüssigen“ Menschen eine eigentümliche Faszination aus. Auch in Polen war der Gedanke an Madagaskar als Auswanderungsziel in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ein Gegenstand der öffentlichen politischen und gesellschaftlichen Diskussion bei der Suche nach Möglichkeiten zur Verringerung des jüdischen Bevölkerungsanteils und führte bis hin zu konkreten Untersuchungen über die Kolonisationsmöglichkeiten für Europäer auf der Insel. Dies hat dazu verleitet, bei der Betrachtung des Madagaskar-Gedankens und der rückblickenden Analyse der deutschen Pläne vom Jahr 1940 immer auch die polnisch-französischen Überlegungen der Jahre 1937 bis 1939 als Quasi-Vorläufer ins Feld zu führen, bis hin zu der irrigen These, daß „originally, the Madagascar scheme was not a German, but a Polish ‚solution‘, albeit on a smaller scale“². Im Grunde aber müßte über diesem Kapitel das Epitheton „Exkurs“ stehen, denn, wie sich zeigen wird: Die polnisch-französischen Gedanken und Absichten hatten mit dem deutschen Madagaskar-Plan außer dem geographischen Ziel und einer gewissen gedanklichen Euphorie, die zeitweise auf polnischer wie deutscher Seite grassierte, kaum etwas gemein.

Auch in Polen gab es einen nicht nur unterschwelligen Antisemitismus, auch hier wurde nach dem Tode der bis dato integrierend wirkenden charismatischen Autorität Pilsudskis die jüdische Bevölkerung zunehmend ausgegrenzt, wirtschaftlich boykottiert, verfolgt, in Pogromen gequält und bisweilen getötet³. Auch in diesem Land leb-

¹ Noël, *L’agression allemande contre la Pologne*, S.38; dt. Ausg.: *Der deutsche Angriff auf Polen*. Der zitierte Satz ist in der deutschen Übersetzung, die überhaupt an einigen sprachlichen Mängeln leidet und gegenüber dem literarisch anspruchsvollen Originaltext stark abfällt, nicht korrekt übersetzt, weshalb hier das Original wiedergegeben ist. Ansonsten wird im folgenden, soweit vertretbar, die deutsche Version zitiert.

² Tenenbaum, *Hitler’s „Jewish State“ in Madagascar*, S.11.

³ Offizielle Mitteilungen an den Sejm aus dem Jahr 1936 berichten allein für die Region Bialystok von 21 Pogromen und 348 antijüdischen Ausschreitungen; vgl. Heller, *Edge of Destruction*, S.118.

ten Juden in Angst vor Diskriminierung und Verfolgung und fanden, häufig genug, keinen oder nur unzureichenden Schutz durch den Staat oder die einflußreiche katholische Kirche, manchmal gar das Gegenteil⁴.

Doch war dies, und das markiert den entscheidenden Unterschied zum „Dritten Reich“ Hitlers, keineswegs der Ausdruck eines rassenideologischen Staatsziels. Es war vielmehr ein gesellschaftsanalytisch immer wieder erkennbares Produkt aggressiver Projektionen. Diese treten gerade in Krisenphasen, in denen die Suche nach national-kulturelle Gemeinschaftsidentität stiftenden Momenten besondere Konjunktur hat, gegen eine nicht assimilierte und zunehmend stigmatisierte Minderheit nicht selten auf, zumal dann, wenn sich diese Projektionen politisch höchst nützlich instrumentalisieren lassen. Dies entschuldigt nichts, erklärt aber manches (und ist durchaus nicht zeitgebunden)⁵.

Im folgenden soll es deshalb um Polens Situation in der „Judenfrage“ gehen, wie sie sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre darstellte, um den „polnischen Madagaskar-Plan“ in Entstehung, Entwicklung und Dimension historisch einzuordnen.

Die polnische Regierung beklagte schon seit Jahren eine Überbevölkerung ihres Territoriums. Die Einwohnerzahl des Landes, das nach dem Ersten Weltkrieg als Mehrvölkerstaat wiedererstande war und in dem ethnisch nur etwas mehr als zwei Drittel der Bewohner Polen waren, wuchs in den Jahren 1921 bis 1937 von 27 Millionen auf 34 Millionen Menschen. Hiervon waren rund zehn Prozent, also mehr als drei Millionen, Juden. Sie lebten zum weitaus größten Teil von Vermittlertätigkeiten, im Klein- und Kleinsthandel und einigen Handwerken am Existenzminimum, ein Dasein, dem der Begriff „Luftmensch“ prägnant Ausdruck gab⁶. In manchen Bereichen des Handwerks und des Handels besaßen die Juden Quasi-Monopole, die sie auch zu verteidigen verstanden und die aus diesem Grunde ein steter Stein des Anstoßes in der polnischen Bevölkerung blieben. Dies waren Schwierigkeiten, die, angereichert durch einen religiös-national-kulturell abgeleiteten Antisemitismus, primär ein Problem der in den Städten konzentrierten jüdischen Bevölkerung und der durch die Bevölkerungsentwicklung fortschreitend verarmten bäuerlichen Schichten Polens darstellten. Der Anteil der Juden an den führenden Stellen der Wirtschaft war, entgegen landläufiger und in vielen antisemitischen Pamphleten immer wieder stereotyp zum Ausdruck gebrachter Behauptungen, nicht größer als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Gerade die Masse des Shtetl-Judentums in Zentral- und Ostpolen lebte in ärmlichsten Verhältnissen und dauernder existentieller Not⁷.

Die polnische Gesetzgebung war, wenngleich sie sich häufig den Anstrich modernisierender Motive gab, in ihren Auswirkungen vielfach direkt gegen die Juden gerichtet. So stellte das Verbot, die Geschäfte am Sonntag geöffnet zu halten, die Juden vor die

⁴ Vgl. Melzer, *Last Years*, S. 126–137, hier S. 128f., 134, 137.

⁵ Vgl. auch Bartoszewski, *Some Thoughts on Polish-Jewish Relations*, S. 280–282.

⁶ Jenseits aller wissenschaftlichen Darstellungen ist das Leben der polnischen Juden in dieser Zeit literarisch mehrfach eindrücklich beschrieben worden: Alfred Döblin, *Reise in Polen* (Erstveröffentlichung 1925); Joseph Roth, *Juden auf Wanderschaft* (Erstveröffentlichung 1927); Manès Sperber, *Die Wasserträger Gottes* (1974); vgl. auch Zborowski/Herzog, *Das Shtetl. Die untergegangene Welt der osteuropäischen Juden*.

⁷ Vgl. Gutman, *Polish Antisemitism Between the Wars*, S. 102.

Entscheidung, entweder am geheiligten Sabbat zu arbeiten und damit gegen die religiösen Grundsätze zu verstoßen, oder aber das Geschäft zwei Tage zu schließen, was einen deutlichen Wettbewerbsnachteil bedeutete⁸. Das im Jahr 1936 eingeführte Schächtungsverbot bescherte vielleicht den Tieren einen schnelleren Tod, brachte die Juden aber wiederum in schweren Konflikt mit ihrem Glauben und verdrängte sie zwangsweise aus einem angestammten Geschäftsfeld⁹.

In den früheren Jahren war die Not der Lage durch eine stete Emigration nach Brasilien, Kanada und in die USA etwas entschärft worden. Polen war traditionell ein Auswandererland, doch gab es gerade in den dreißiger Jahren infolge der weltweiten Wirtschaftskrise immer weniger Möglichkeiten in Richtung besserer Lebensbedingungen, was geographisch immer hieß Richtung Westen, zu fliehen. Zwischen 1921 und 1937 emigrierten 395 223 Juden aus Polen, was mehr als einem Fünftel der Gesamtzahl an Emigranten entsprach (21,7 Prozent). Was die Emigration in die außereuropäischen Länder anbetraf, stellten die Juden zwischen 1931 und 1938 sogar 64 Prozent der Auswanderer¹⁰.

Die reale Zahl der Juden in Polen nahm allerdings nicht ab, da die Summe der Auswanderer durch zusätzliche Geburten mehr als ausgeglichen wurde, wenngleich der jüdische Bevölkerungsteil langsamer wuchs als der polnische oder derjenige der weißrussischen und ukrainischen Minderheit. Nur die deutsche Minderheit wuchs noch langsamer¹¹.

Explizit rassistischer Antisemitismus war in Polen die Ausnahme, wie beispielsweise in Person des Herausgebers der am rechten Rand angesiedelten Wilnaer Zeitschrift „*Slowo*“, Stanislaw Cat-Mackiewicz, der sich selbst als Rassisten bezeichnete und nach dessen aus der Tradition des Modernen Antisemitismus abgeleiteten Definition derjenige Jude sei, der jüdische Vorfahren habe¹². Ein vulgär-antisemitisches Organ mit manchmal durchaus dem „*Stürmer*“ vergleichbaren Beiträgen war die Zeitung „*ABC*“, das Organ der Nationalradikalen. Derjenige Teil der Presse, der die offiziöse Haltung wiedergab, vertrat keine ausgesprochen rassistischen Positionen, führte den Rassismus vielmehr auf äußere Einflüsse zurück, die der polnischen Tradition und der katholischen Religion widersprächen¹³. Dennoch forderte beispielsweise der Chefredakteur der offiziösen „*Gazeta Polska*“ und zeitweilige Minister Boguslaw Miedzinski, daß allenfalls 50 000 Juden in Polen bleiben sollten¹⁴. Wenngleich die einflußreiche katholische Kirche die rassistische Doktrin und antisemitische Gewaltakte ablehnte, un-

⁸ Vgl. Tomaszewski, *Some Methodological Problems of the Study of Jewish History in Poland between the two World Wars*, S. 163–175, hier S. 164.

⁹ Vgl. Gutman, *Polish Antisemitism Between the Wars*, S. 97–108, hier S. 103; Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, S. 179.

¹⁰ Zahlen zitiert nach Heller, *Edge of Destruction*, S. 281.

¹¹ PAAA Deutsche Botschaft Paris, 473 a, Bericht der deutschen Botschaft Warschau vom 13. 10. 1936.

¹² Zitat in: Nasz Przegląd, 15. 7. 1938: *W mlynie opinii*; vgl. Heller, *Edge of Destruction*, S. 135; Melzer, *Last Years*, S. 135.

¹³ Heller, *Edge of Destruction*, S. 135.

¹⁴ AD Pologne 330, 294, 30. 11. 1937, *Comité pour la Défense des Droits des Israélites en Europe Centrale et Orientale: La situation en Pologne fin Novembre 1937*, S. 8. Miedzinski war 1926–1929 Post-Minister, 1935–1938 Vize-Sejmarschall, 1938 Senatsmarschall und seit 1930 Redakteur der *Gazeta Polska*; vgl. Osteuropa-Handbuch Polen, S. 733.

terstützte sie dennoch die Zurückdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben, vor allem ihren ökonomischen Boykott, wandte sich gegen die Quasi-Monopolisierung bestimmter Berufszweige durch Juden und sah gleichfalls den wichtigsten Schritt zur Lösung des Problems in einer starken Auswanderung¹⁵. Sie distanzierte sich aber von einer rassistischen und deshalb der katholischen Ethik widersprechenden Haltung¹⁶.

Besonders in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg war die Debatte um die Juden in Polen und die Frage, wie möglichst viele von ihnen das Land notfalls auch zwangsweise verlassen könnten, eines der beherrschenden Themen in der polnischen Politik, Publizistik und allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion, das alle anderen Themen durchdrang und häufig überlagerte¹⁷. Antisemitische Aktionen, wie das Zertrümmern von Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte, das wahllose Verprügeln von Juden bis hin zu Pogromen häuften sich. Zentren eines aggressiv-aufgeladenen Antisemitismus waren die Universitäten, an denen ein Numerus clausus gegen die Juden eingeführt wurde und wo polnische Studenten versuchten, ihre jüdischen Kommilitonen auf eigens für sie bestimmte „Ghetto-Bänke“ abzudrängen, die dann tatsächlich eingerichtet wurden¹⁸.

Außenpolitisch schien mit dem Wiedererstarken Deutschlands eine Neuverteilung insbesondere einer Reihe afrikanischer Kolonialgebiete auf die Tagesordnung der Großmächte-Politik zu kommen, was, verbunden mit den innenpolitischen Überlegungen zu einer möglichst umfangreichen Judenemigration, der verantwortliche Außenminister Józef Beck initiativ zu nutzen gedachte.

¹⁵ AD Pologne 330, 227–232, The Catholic Press and the Anti-Semitic Propaganda, 8. 6. 1937.

¹⁶ So in einem über alle Kanzeln verbreiteten Hirtenbrief vom Februar 1936; vgl. Heller, *Edge of Destruction*, S. 112–114.

¹⁷ Vgl. Korzec, *Juifs en Pologne*, S. 19. Heller wirft der polnischen Regierung vor, sich gerade zu der Zeit, als die Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland erkennbar immer größer und zu einer existentiellen Bedrohung des polnischen Staates selbst wurde, mit der Diskussion von Kolonialinteressen und der Judenfrage von den eigentlich wichtigen Problemen und Anforderungen des Landes abgelenkt zu haben. Die Regierenden hätten ihre Energien auf einem Nebenkriegsschauplatz vergeudet, und die Regierten wären ihnen mit ihren Träumen von einem „judenfreien“ Polen und den Forderungen nach einer Massenemigration in dieser Selbstablenkung gefolgt; Heller, *Edge of Destruction*, S. 138 f.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 118–125. Melzer hat darauf hingewiesen, daß der polnische Antisemitismus direkt und indirekt durch die nationalsozialistische Ideologie beeinflusst wurde und bei aller historischen Gegnerschaft als Brückenkopf zwischen beiden Ländern diene, wobei die deutsche Presse in Polen regelmäßig antisemitische Propagandaprodukte des Erfurter „Welt-Dienstes“ verbreitete; Melzer, *Last Years*, S. 134 f. Melzer argumentiert mit dieser Auffassung gegen die Ansicht Wynots, wonach die antisemitische Bewegung in Polen sich als Phänomen „sui generis“ unabhängig und unbeeinflusst von den Ereignissen beim deutschen Nachbarn, den die meisten polnischen Nationalisten als Hauptgegner angesehen hätten, entwickelt habe; Wynot, „A Necessary Cruelty“: The Emergence of Official Anti-Semitism in Poland, S. 1035–1058, hier S. 1037. Wynots These geht in der Tat zu weit. Der Grad an Beeinflussung der polnischen Jugendgegnerschaft durch das deutsche „Vorbild“ sollte zwar nicht überschätzt werden, da der Antisemitismus in Polen eine „eigenständige Tradition“ besaß. Er erhielt durch den Nationalsozialismus jedoch regelmäßige Orientierung und ideologische Unterstützung, unabhängig davon, wie man polnischerseits sonst zum deutschen Nachbarn stehen mochte.

1. Der Traum von der polnischen Großmacht – Außenminister Józef Beck

Die polnische auswärtige Politik wurde geprägt von Außenminister Józef Beck, einem vielschichtigen Charakter. Seine Ernennung zum Chef des Außenministeriums (Ministerstwo Spraw Zagranicznych, MSZ) im Palais Brühl datierte vom November 1932 durch den polnischen Übervater Pilsudski persönlich, dessen Mitarbeiter und wichtiger außenpolitischer Berater Beck bereits seit 1926 war¹⁹. Pilsudski hatte zu seinen Lebzeiten die Richtlinien der Außenpolitik weitgehend selbst bestimmt, er hatte Beck auch „entdeckt“ und dessen Fähigkeiten zunächst als Kabinettschef, seit 1930 als Staatssekretär im Außenministerium und zwei Jahre später schließlich als dessen Leiter geschickt zu nutzen gewußt. Nach dem Tode Pilsudskis konnte Beck im Kreis der Machthaber²⁰ mit Recht darauf hinweisen, als einziger über lange Jahre mit den innersten außenpolitischen Gedanken des Marschalls vertraut zu sein. Nun nicht mehr korrigiert von der unumstrittenen Autorität Pilsudskis, kamen in der Außenpolitik Beck's eigene Vorstellungen, versehen mit dem Etikett der Pilsudski-Tradition, zum Tragen.

Beck verkörperte in seinem Wesen wie in seiner Politik die vielfach unreflektierte Selbstgewißheit desjenigen, der, schon früh zu Anerkennung und Ehren gelangt, stets danach trachtet, den Wert der eigenen Person bestätigt zu sehen. Dabei zeichnete ihn eine hohe Befähigung zur Diplomatie aus: eine vollendete Höflichkeit, die perfekte Beherrschung des Französischen wie die umfassende Kenntnis des Deutschen, die Fähigkeit zur „ungreifbaren“ diplomatischen Formulierung, eine kühle und wache Intelligenz, verbunden mit einer selbstbeherrschten Geschmeidigkeit des Umgangs²¹. Hinzu kamen ein exzellentes Gedächtnis und ein hohes Maß an Kreativität, gepaart mit Machttrieb und Skrupellosigkeit ebenso wie mit Eigenliebe, Empfindlichkeit und Geltungssucht. Léon Noël²², in den letzten vier Jahren der polnischen Republik Botschaft-

¹⁹ Von Mai 1926 bis August 1930 war Beck Kabinettschef Pilsudskis im Kriegsministerium, anschließend bis November Staatssekretär mit Kabinettsrang und stellvertretender Ministerpräsident. Von Dezember 1930 bis November 1932 war er Staatssekretär im Außenministerium, das er anschließend bis Ende September 1939 leitete; vgl. Roos, Polen und Europa, S. 29, Anm. 6. Vgl. auch Roberts, *The Diplomacy of Colonel Beck*, in: Craig/Gilbert, *The Diplomats*, S. 579–614.

²⁰ Nach dem Tode Pilsudskis bestimmte ein Fünfergremium die polnische Politik. Neben Beck als Außenminister fungierte als Präsident der Republik weiterhin der bereits seit 1926 auf Pilsudskis Wunsch im Amt befindliche Ignacy Moscicki. Ministerpräsident war bis Oktober 1935 Walery Slawek, anschließend bis Mai 1936 Marjan Zyndram-Koscialkowski und vom Mai 1936 bis zum Ende der Republik im September 1939 Felicjan Slawoj-Skladkowski. Als Vizepremier und Finanzminister bestimmte Eugeniusz Kwiatkowski vom Oktober 1935 bis September 1939 quasi-diktatorisch die Richtlinien der polnischen Wirtschaft. Der eigentliche „starke Mann“ war der Generalinspekteur der Streitkräfte, Edward Rydz-Smigly. Nach Pilsudskis Tod avancierte er zum Oberbefehlshaber und wurde, seit Mai 1936 wie Pilsudski mit dem Marschall-Titel ausgestattet, die führende Persönlichkeit des Staates.

²¹ Vgl. Noël, dt., S. 21.

²² Léon Noël wurde am 28.3.1888 als Sohn eines Staatsrates in Paris geboren. Von der Ausbildung her promovierter Jurist, arbeitete er zunächst in verschiedenen Positionen in der Verwaltung des Rheinlandes. Seit 1932 am Quai d'Orsay tätig, fungierte er zu Beginn als Kabinettsdirektor des Außenministers, anschließend bis 1935 als Gesandter in der Tschechoslowakei

ter Frankreichs im Warschauer Palais Frascati und direkt mit den häufig undurchsichtigen Winkelzügen des polnischen Außenministers konfrontiert, beschrieb ihn als einen jener Staatsmänner, „die Ratschläge erteilen, ohne jemals welche anzunehmen“²³, und diagnostizierte die „unerschütterliche Zuversicht eines voreingenommenen Geistes“²⁴ mit dem steten „Vertrauen in die Sicherheit seines Urteils, in die Unfehlbarkeit seiner Prognosen“²⁵. Dem italienischen Außenminister Galeazzo Ciano erschien Beck bei ihrem ersten Zusammentreffen als ein Mann, der „eine eisige Kälte um sich verbreitet“²⁶. Sein in sich kreisendes Selbstbewußtsein ließ ihn einmal gefaßten Überzeugungen und Zielen verhaftet bleiben, so daß aus der polnischen Außenpolitik eine weitgehend Becksche Außenpolitik wurde. Er verfolgte dabei die Idee eines „Dritten Europa“, das, vor dem Hintergrund des als unumstößlich betrachteten deutsch-sowjetischen Gegensatzes, die Ostsee mit dem Balkanraum verbinden und die kleinen Staaten Ostmitteleuropas unter der Führung Polens in einem „neutralen Block“ zusammenfassen sollte²⁷.

Im Gegensatz zum Generalinspekteur der Streitkräfte und „starken Mann“ im Staat, Edward Rydz-Smigly, galt der Außenminister als Frankreich-Gegner, seit er als Militärattaché in Paris 1923 von den Franzosen der Spionage für Deutschland verdächtigt und zur unerwünschten Person erklärt worden war²⁸. Dabei war er nicht „deutschfreundlich“, vielmehr sah er mit seiner Demokratie- und Parlamentarismusverachtung sowie seiner Affinität zu autoritärer Führung in einer unausgesprochenen Zusammenarbeit mit Deutschland bzw. der Achse Berlin-Rom die größeren Gewinnchancen im Verfolg der von ihm definierten polnischen Interessen. Dies galt besonders im Blick auf die Tschechoslowakei und sollte sich ja dann auch tatsächlich im September 1938, allerdings nur sehr kurzfristig, auszahlen²⁹.

2. Polnische Kolonialaspirationen

Zu Beginn des Jahres 1936 war in Polen immer vernehmlicher eine öffentliche Artikulation bislang allenfalls unterschwelliger Kolonialambitionen zu registrieren. So erschien im schlesischen Regierungsorgan „Polska Zbrojna“ Mitte Januar ein Artikel, in dem ein polnisches Mandat für Kamerun gefordert wurde. Diese Haltung war, wie Léon Noël nach Paris berichtete, der Ausdruck einer in Polen weit verbreiteten Stimmung³⁰. Im zweiten Halbjahr 1935 war von Beck eine Arbeitsgruppe unter Leitung Wiktor Tomir Drymmers, eines hochstehenden Mitarbeiters im Außenmini-

und schließlich von 1935 bis 1939 als Botschafter in Polen. Noël nahm 1940 im Wald von Compiègne als französischer Bevollmächtigter an den Kapitulationsverhandlungen mit Deutschland teil.

²³ Noël, dt., S. 164.

²⁴ Ebenda, S. 458.

²⁵ Ebenda, S. 206.

²⁶ Ciano, Tagebücher 1937–1938, S. 119, 6. 3. 1938.

²⁷ Vgl. Roos, Geschichte der polnischen Nation 1918–1985, 41986, S. 153–158, hier S. 155.

²⁸ Vgl. Korzec, Juifs en Pologne, S. 313, Anm. 98; Noël, dt., S. 99.

²⁹ Noël, dt., S. 73.

³⁰ AD K-Afrique 91, Botschafter Léon Noël an Außenminister Pierre Laval, 22. 1. 1936.

sterium, ins Leben gerufen worden, die sich mit der Judenfrage in Polen und Möglichkeiten zu ihrer Lösung befassen sollte³¹. Beck selbst erklärte Ende Januar 1936 vor der Auswärtigen Kommission des Senats, daß sich die Frage der Verteilung von Kolonien an der Schwelle zu einer Neukonzeption befinde und Polen seine Ansprüche in den internationalen Verhandlungen über dieses Problem geltend machen werde³².

Das Außenministerium analysierte in einem nicht näher datierten Grundsatzpapier aus dem Jahr 1936, vermutlich in der ersten Jahreshälfte, die „Jüdische Emigration und die Kolonialfragen“ auf ihre Ursachen und daraus abzuleitende außenpolitische Perspektiven³³. Die Judenfrage war demnach einerseits Teil eines allgemeinen Judenproblems, das aus der ungleichmäßigen Verteilung dieser Bevölkerungsgruppe auf dem Globus resultiere³⁴. In Polen aber sei die Judenfrage vor allem ein Teil des allgemeinen polnischen Überbevölkerungsproblems. Das MSZ verwies auf die Dominanz der Juden in verschiedenen Berufszweigen, vor allem im Kleinhandel und im Handwerk, und beschrieb die Struktur der bisherigen polnischen Auswanderung. Die Auswanderungskontingente der nichtjüdischen Bevölkerung speisten sich vor allem aus der ländlichen Einwohnerschaft, die mangels ausreichenden Lebensunterhalts und wegen der fehlenden Aussicht auf eine Arbeit in der Industrie auswandere. Die jüdischen Auswanderer kämen dagegen fast ausschließlich aus der städtischen Bevölkerung³⁵. In den Jahren zwischen 1931 und 1935 hätte der jährliche Bevölkerungszuwachs der nichtjüdischen Bevölkerung rund 380 000, derjenige der Juden rund 45 000 Menschen betragen. In dieser Zeit seien von der nichtjüdischen Bevölkerung 145 426, von den Juden 83 918 Personen ausgewandert. Das bedeute, daß, gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung, die jüdische Auswanderung fünfmal so stark sei wie die nichtjüdische. Dennoch verhiess dies nach Ansicht des Außenministeriums keine Aussicht auf eine grundsätzliche „Lösung“ des Judenproblems. Nur ein Drittel der Juden sei berufstätig, im Gegensatz zu rund 50 Prozent Berufstätigen unter der nichtjüdischen Bevölkerung, und im allgemeinen würden die Juden von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise am stärksten betroffen. Die Lösung der Judenfrage in Polen sei daher nur über eine Emigration der überschüssigen jüdischen Bevölkerung möglich. Zur Sanierung der wirtschaftlichen Struktur des polnischen Judentums müßten insgesamt mindestens eine Million Juden auswandern, zuzüglich des jährlichen jüdischen Bevölkerungszuwachses von 45 000 Menschen. Das Ministerium visitierte hierfür einen Zeitraum von dreißig Jahren an, was bedeutete, daß jährlich 80 000 Juden auswandern sollten, fünfmal soviel wie der Durchschnitt der vorangegangenen Jahre. Da die Berufsstruktur der auswandernden Juden derjenigen im Lande entspreche – Kleinhandel und Handwerker –, komme eine Emigration in die anderen Länder Europas nicht in Frage, da diese hierfür keinerlei zusätzlichen Bedarf hätten.

³¹ Korzec, Juifs en Pologne, S.250; vgl. auch die allerdings nicht ganz unproblematischen, weil recht subjektiven Erinnerungen Drymmer: *Zagadnienie Żydowskie w Polsce w latach 1935–1939*, S.55–75, zu Madagaskar besonders S.66–68.

³² AD K-Afrique 91, 30.1. 1936.

³³ AAN MSZ 9583, *Emigracja żydowska a zagadnienia kolonialne*, o.D. (1936).

³⁴ Die Autoren verwiesen vor allem auf Litauen und Rumänien, die ebenfalls einen starken jüdischen Bevölkerungsanteil besaßen.

³⁵ AAN MSZ 9583, *Emigracja żydowska a zagadnienia kolonialne*; auch zum folgenden.

Von den rund 83 000 Juden, die zwischen 1931 und 1935 ausgewandert waren, gingen 52 200 nach Palästina, rund 14 000 emigrierten nach Argentinien und Brasilien und nur jeweils etwas weniger als 6 000 zogen in die USA und Kanada bzw. die übrigen europäischen Staaten.

Der deutliche Schwerpunkt auf Palästina aber zeigte nach Ansicht des MSZ auch dessen begrenzte Zukunftsperspektiven auf. Zum einen werde das Land bald mit Immigranten gefüllt sein, zum anderen könne arabischer Widerstand, auf den die britische Mandatsmacht Rücksicht nehmen müsse, sogar schon vorher zu einem Einwanderungsstopp führen. Vor dem Hintergrund der skizzierten notwendigen Auswanderung von möglichst 80 000, mindestens aber der dem Bevölkerungswachstum entsprechenden Zahl von 45 000 Juden pro Jahr, müßten folglich andere Gebiete gefunden werden. Da die Möglichkeiten in Nord- und Südamerika ebenso begrenzt seien wie in Europa, der Sowjetunion und Palästina, blieb nach dieser Analyse allein der afrikanische Kontinent und allenfalls noch Australien als Lösung übrig. Diese aus der Judenfrage abgeleiteten Annahmen bildeten auch den Schlüssel zur allgemeinen Kolonialfrage.

Das Kolonialproblem zerfiel für das Außenministerium in zwei Bereiche, wobei der erste wirtschaftlicher Natur war: Rohstoffe und Kolonialprodukte sollten die innere Entwicklung Polens fördern. Der zweite betraf die Frage der Überbevölkerung, mit der unmittelbar das Problem der jüdischen Emigration verknüpft war. An der Lösung dieses Problems mußten nach Ansicht des MSZ auch der Völkerbund, Großbritannien und jüdische Organisationen ein Interesse haben, denn für den Fall, daß Polen eine Kolonie zur Judenansiedlung erhalte, würde einerseits der Druck von Palästina und seiner Mandatsmacht genommen, andererseits sicher auch der Antisemitismus zurückgehen, der in der gegenwärtig starken Präsenz und der wirtschaftlichen Lage der Juden in Polen begründet liege. Vor allem Großbritannien sollte hierbei angesprochen werden und die Argumentationslinie wie folgt verlaufen: Wenn Polen die entsprechenden Kolonial- und Emigrationsgebiete besitzen würde, könne es diese Gebiete auch mit seiner ländlichen Überbevölkerung füllen, zu der aber in jedem Fall der dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechende Anteil von Juden gehören würde. Dadurch würde eine gesunde Wirtschaftsstruktur einschließlich der Möglichkeit geschaffen, daß Polen die Judenfrage im eigenen Lande lösen könne. Dies solle die britische Palästinapolitik entlasten, den Antisemitismus schwächen und schrittweise auch die allgemeine Judenfrage lösen.

Das im Papier beschriebene Rechtfertigungs-dreieck Kolonien-Rohstoffe-Emigration bestimmte für die nächsten Jahre die gesamte Argumentation in diesem Feld der polnischen Außenpolitik.

In einem weiteren Grundsatzpapier des Außenministeriums von 1936 wurde die polnische Haltung angesichts der Kolonialfrage beschrieben und auch bezüglich Madagaskars zum ersten Mal Stellung bezogen³⁶. Die Kolonialfrage sei demnach für Polen vor allem durch das italienische Ausgreifen nach Abessinien aktuell geworden, erfordere

³⁶ AAN MSZ 9583, Polska wobec zagadnienia kolonialnego, o. Dat. (1936). Das von Zygmunt Merdinger verfaßte zwölfseitige Papier entstand vermutlich in den ersten Monaten des Jahres 1936, da auf den italienisch-abessinischen Konflikt mit dem Hinweis auf die „letzten Monate“ verwiesen wurde. Die Italiener waren im Oktober 1935 in Abessinien eingefallen und hatten das Land 1936 annektiert.

allerdings ein behutsames Vorgehen. Man wollte die außenpolitische Distanz zu den „Status-quo-Mächten“ nicht vergrößern, andererseits aber auch darauf achten, daß die polnischen Wünsche nicht in Widerspruch zu den deutschen Kolonialinteressen gerieten³⁷. Bei der Analyse der gegenwärtigen kolonialpolitischen Situation wurde betont, daß Frankreich in den Kolonien keine Lösung eines demographischen Problems suche, sich im Gegenteil um die Einbürgerung von Eingeborenen bemühe, um sein eigenes Bevölkerungspotential zu vergrößern. Ausdrücklich wurde darauf verwiesen, daß Frankreich bisher zur Kolonisation Madagaskars, wo die Bedingungen seiner Ansicht nach günstig waren, nicht das geringste getan hätte³⁸. Frankreichs Interesse sollte auch dadurch geweckt werden, daß man auf den zu geringen Anteil an Weißen in den französischen Kolonien hinwies, der, wenn nicht aus dem Mutterland selbst, doch mit Hilfe anderer Staaten wie Polen aufgefüllt werden könne³⁹.

Am 9. Mai 1936 fand im Außenministerium eine Konferenz über die zukünftige Kolonialpolitik statt⁴⁰. Nach Meinung Becks war, wie der Leiter der Konferenz, Wiktor Drymmer, mitteilte, das Problem soweit herangereift, daß man sich Gedanken über konkrete Schritte machen sollte. Vier Punkte standen deshalb auf der Tagesordnung: In welcher Form sollte Polen seine Kolonialforderung geltend machen, wann sollte diese Forderung gestellt werden, welche rechtliche Form sollte sie haben, und welche Gebiete waren dabei ins Auge zu fassen? Wichtig erschien den Teilnehmern ein kolonialer Stützpunkt, mit dessen Hilfe die polnischen Siedler nicht gleich in der Gesamtkolonie untergingen und der die Basis für ein weiteres polnisches Ausgreifen bot. Da die Judenfrage mit der Auswanderungsfrage verbunden sei, sollten die Juden in ihren Bestrebungen nach Emigrationsterritorien unterstützt werden. Beck ließ hierzu die Arbeit der jüdischen Territorialisten fördern, die neben Palästina auch andere Gebiete für eine größere jüdische Siedlung in Betracht zogen⁴¹. Eine für Polen günstige Konjunktur in der Kolonialfrage solle genutzt werden, und man hoffe, wie ein Teilnehmer es ausdrückte, daß die Hinleitung der jüdischen Emigration in Richtung der Kolonien ein zustimmendes Echo bei den Franzosen finde, da angeblich bereits zwei Jahre zuvor jüdische Emigranten nach Guiana, Neu-Kaledonien und Madagaskar hätten geschickt werden sollen, wozu sich die Franzosen damals positiv geäußert hätten⁴². Die Juden-

³⁷ AAN MSZ 9583, Polska wobec zagadnienia kolonialnego, o. Dat. (1936), S. 1 f.

³⁸ Ebenda, S. 3. Besonderes Augenmerk richtete man daneben auf Südamerika, namentlich auf eine enge Zusammenarbeit mit Kolumbien, Argentinien, Brasilien und Chile, die von Polen begehrte Rohstoffe besaßen und gleichzeitig Ansiedlungsmöglichkeiten für polnische Kolonisten versprachen, ebenda, S. 9 f.

³⁹ AAN MSZ 9583, Polska wobec zagadnienia kolonialnego, o. Dat. (1936), S. 10. Auch Portugal, Holland und Großbritannien sollten in diesem Zusammenhang angesprochen werden.

⁴⁰ AAN MSZ 9586, Protokół z konferencji w sprawach kolonialnych z dnia 9 maja 1936 r., S. 1 f. An der Konferenz nahmen neben Drymmer teil: Tadeusz Gwiazdowski und Józef Potocki, Vizedirektoren der Abteilung politische Ökonomie, Jan Wszelaki, Wirtschaftsrat in dieser Abteilung, Władysław Kułski aus der Rechtsabteilung und Apoloniusz Zarychta aus der Abteilung „Politische Emigration“ des Außenministeriums. Zu dieser Konferenz und weiteren Überlegungen des Außenministeriums zur Kolonialpolitik vgl. Garlicki, Problemy Kolonialne w Opinii MSZ w 1936 r., S. 107–115.

⁴¹ AAN MSZ 9586, Protokół z konferencji w sprawach kolonialnych z dnia 9 maja 1936 r., S. 3.

⁴² Ebenda, S. 4. Von allen im Rahmen dieser Untersuchung bearbeiteten Dokumenten ist dieses Protokoll die einzige Stelle, an der davon die Rede ist, daß die Franzosen schon zwei Jahre zuvor, also 1934, jüdische Emigranten in die genannten Länder hätten lenken wollen. Nicht nur

frage sollte, wie es an anderer Stelle unverschlüsselt hieß, gleichsam als „Türöffner für Afrika“ dienen⁴³.

Auf einer weiteren Konferenz sechs Wochen später waren sich die Teilnehmer einig, daß mittels der Kolonien das Demographie- wie das Rohstoffproblem gelöst werden solle⁴⁴. Die gegenwärtige Aufteilung der Welt wurde als nicht gerecht charakterisiert, da beispielsweise Belgien mit einer Fläche von 30 000 qkm und acht Millionen Einwohnern ein Kolonialgebiet von 2 440 000 qkm besitze, das 550 000 qkm große Frankreich 11 960 000 qkm, Polen dagegen besitze nichts. Diese „anormale Situation“ könne in der Zukunft ein „Feuer“ verursachen, weshalb man den Staaten, die keine Kolonien besäßen, entsprechende zuteilen solle⁴⁵. Allerdings war man sich nicht einig über den Zeitpunkt, zu dem die polnischen Forderungen vorgebracht werden sollten. Die Mehrheit der Teilnehmer argumentierte, daß man den Moment abwarten solle, an dem das Deutsche Reich mit seinen Kolonialforderungen an die internationale Öffentlichkeit trete. Vorher solle sich die polnische Außenpolitik propagandistisch wappnen und das internationale Terrain vorbereiten. Dagegen sprach sich Apoloniusz Zarychta aus der Abteilung „Politische Emigration“ des Außenministeriums für eine sofortige Initiative aus⁴⁶. Die Judenfrage hatte für ihn im Rahmen dieser außenpolitischen Überlegungen einen rein instrumentellen Charakter, da es nach seiner Auffassung letztlich zwei Konzepte gab, über die die polnische Kolonialforderung lanciert werden konnte: die ökonomische Gleichstellung bzw. die Forderung danach, und das Judenproblem („égalité économique i problem zydowski“, wie es wörtlich im polnischen Protokoll heißt), wobei zur Betonung des ersten das Forum des Völkerbundes zur Artikulation genutzt werden solle, denn Polen besitze zwar keine finanziellen Mittel, verfüge aber ausreichend über das ebenfalls kostbare „Menschenmaterial“. Zarychta plädierte hier für eine Zusammenarbeit vor allem mit Belgien und Portugal⁴⁷. Diese beiden Staaten boten den Vorteil, daß sie über umfangreiche Kolonialgebiete, aber nur schwache politische Positionen im internationalen Kräftespiel der Mächte verfügten.

Folgt man dieser Argumentation, so brauchte Polen mindestens zwei Kolonialgebiete: eins zur Ansiedlung der Juden, ein weiteres für die emigrierende polnische Bevölkerung als Ergänzung und Stützpunkt des Mutterlandes.

Die offiziöse „Polska Informacja Polityczna“ vertrat Anfang August 1936 über die internen Zahlenspiele noch hinausgehend die Forderung, wonach die jüdische Emigration auf 100 000 Personen jährlich erhöht werden müsse. Da Palästina zur Aufnahme

die Quellenlage, auch die Tatsache, daß die Franzosen einer solchen Immigration nicht erst später sehr reserviert gegenüberstanden, geschweige denn eine solche wünschten, läßt vermuten, daß diese Behauptung auf einem Mißverständnis oder einer Fehlinformation beruht. Eine positive Haltung zu einer möglichen Siedlung auf Madagaskar nahm im Mai 1935 lediglich der ehemalige französische Unterstaatssekretär im Kolonialministerium, Candace, im Gespräch mit einer jüdischen Zeitung ein, doch war dies nicht die offizielle Haltung der Franzosen. Zu diesem Interview vgl. Kap. V.5.

⁴³ AAN MSZ 9586, Protokół z konferencji w sprawach kolonialnych z dnia 9 maja 1936 r., S. 5.

⁴⁴ AAN MSZ 9586, Protokół z konferencji w sprawach kolonialnych z dnia 22 czerwca 1936 r.

⁴⁵ Ebenda, S. 1.

⁴⁶ Ebenda, S. 2 f.

⁴⁷ Ebenda, S. 4 f.

von Menschenmengen in dieser Größenordnung nicht in der Lage sein werde, sollten die an einer Lösung der Judenfrage interessierten Staaten, die über entsprechende Territorien verfügten, neue Räume in Übersee für die Zuwanderung von Juden öffnen⁴⁸.

Frankreich sah hierin in erster Linie den kaschierten Versuch zur Eröffnung einer internationalen Kolonialdebatte, welche die Polen im Gefolge der deutschen Forderungen nach ihren alten Kolonialbesitzungen zu eröffnen trachteten⁴⁹. Die so entfachte innerpolnische Debatte wurde durch den Stop der Einwanderungsmöglichkeit nach Palästina seitens der Britischen Mandatsmacht Ende August 1936 weiter verschärft⁵⁰.

3. Unstetigkeit und abwägende Skepsis – die Haltung Frankreichs

Die Beziehungen zwischen Warschau und Paris in diesen Jahren wurden stark beeinflusst und mitgeprägt durch den französischen Botschafter in Warschau, Léon Noël, der beim mehrfachen Ministerwechsel am Quai d'Orsay für Kontinuität im wechselseitigen Verhältnis sorgte⁵¹. Vom Charakter her ein kühler Realpolitiker und emotionsloser Analytiker der innerpolnischen wie der internationalen Lage⁵², sah er in Beck das Haupthindernis einer polnisch-französischen Zusammenarbeit auf dem Weg zu einer Eindämmung Hitlers. Er betrieb deshalb mehrfach erfolglos den Sturz des Außenministers.

Anfang Juni 1936, die Wahlen im Mai hatten das Volksfront-Kabinett Léon Blums an die Macht gebracht, wurde Noël vom neuen Außenminister Yvon Delbos nach Paris gerufen, wo man sich einig war, daß Polen militärisch stärker unterstützt werden müsse. Um hierüber ins Gespräch zu kommen, sollte eine frühere Einladung an General Rydz-Smigly erneuert werden, damit die Generalstäbe beider Länder ihre Planungen aufeinander abstimmen könnten. Noël schlug vor, die in Aussicht genommene Hilfe für Polen an zwei Bedingungen zu knüpfen: eine technische und, für ihn selbst besonders wichtig, eine politische. In technischer Hinsicht sollten die Franzosen verlangen, daß die polnische Seite Kriegsmaterial auf schnellstem Wege im Ausland kaufen oder herstellen lassen sollte, statt, wie die Polen selbst es planten, eigene Produktionsstätten zu bauen, was nach Noël's Ansicht zu viel Zeit beanspruchen würde⁵³.

⁴⁸ Polska Informacja Polityczna, 5.8. 1936; vgl. PAAA Inland II A/B 73/4, Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros vom 5.8. 1936.

⁴⁹ AD Pologne 330, 151–155, 5.8. 1936.

⁵⁰ Ebenda, 156–158, 1.9. 1936.

⁵¹ Die Regierungschefs, Außen- und Kolonialminister im hier interessierenden Zeitraum: Juni 1936 – Juni 1937: Volksfront-Kabinett unter Léon Blum, Außenminister Yvon Delbos, Kolonialminister Marius Moutet; Juni 1937 – März 1938: Kabinett Camille Chautemps, Außenminister blieb Delbos, Kolonialminister Moutet; März–April 1938: 2. Kabinett Léon Blum, Außenminister Joseph Paul-Boncour, Kolonialminister weiterhin Moutet; April 1938 – März 1940: Ministerpräsident Edouard Daladier, Außenminister Georges Bonnet, Kolonialminister Georges Mandel.

⁵² „So ernst und zahlreich auch unsere Beschwerden gegen die polnische Politik sein mögen, die Geographie bleibt dauernd“, schrieb er am 25. Oktober 1938 im Nachhall auf die Krise um die Tschechoslowakei an den Quai d'Orsay, zitiert nach Noël, dt., S. 242.

⁵³ Noël's Wunsch, ein Teil der Gelder möge in die französische Rüstungsproduktion zurückfließen, sollte sich nicht erfüllen. Als die Polen ohne die genannte Bedingung frei über die Gelder

Die zweite, hochpolitische Bedingung sollte Beck betreffen. Noël sah eine Gelegenheit, den undurchsichtigen Außenminister als Preis für die Verbündetenhilfe abzuservieren. Delbos sollte Rydz-Smigly signalisieren, daß Beck in Frankreich mit Mißtrauen betrachtet werde und eine Bewilligung der Hilfe für Polen unter diesen Auspizien zweifelhaft sei. Da Rydz-Smigly im Gegensatz zu Beck frankophil war und selbst ein sehr distanziertes Verhältnis zum Minister hatte, Beck außerdem zu dieser Zeit im eigenen Land in der Kritik stand, versprach das Unternehmen Erfolg. Delbos stimmte den Vorschlägen seines Warschauer Botschafters zu, und Noël signalisierte Rydz-Smigly die französischen Bedenken⁵⁴. Als der polnische Generalinspekteur Ende August 1936 nach Paris kam⁵⁵, war er auf die auch ihm nicht unangenehmen Gedanken der Franzosen vorbereitet.

Außenminister Beck hatte dieser Reise mit großem Mißtrauen entgegengesehen, da er zu Recht fürchtete, sie könnte das Ende seiner Karriere bedeuten. Er baute, so gut es ging, vor. Am 20. Juni rief er den langjährigen polnischen Botschafter und Doyen des Diplomatischen Corps in Paris, Alfred Chlapowski⁵⁶, ab und ersetzte ihn durch einen Intimus, den bisherigen Botschafter in Moskau, Juliusz Lukasiewicz⁵⁷. Lukasiewicz erfuhr von dem sowjetischen Gesandten in Paris, Vladimir Potemkin, die Hintergründe der Bewegung gegen Beck und teilte sie seinem Chef mit, worauf es Beck in einem Gespräch mit Rydz-Smigly gelang, die gefährvolle Lage zu entschärfen und den Generalinspekteur für sich zu gewinnen. Delbos zeigte sich beim Gespräch mit Rydz-Smigly daraufhin nicht willens und in der Lage, den von Noël so dringend gewünschten Preis für die im Vertrag von Rambouillet fixierten französischen Kredite zu fordern⁵⁸. Auch spätere Bemühungen Noëls im Frühjahr 1937, im Verein mit dem erbitterten Beck-Gegner General Sikorski den Sturz des Außenministers herbeizuführen, kamen nicht zum Ziel⁵⁹.

verfügen konnten, bauten sie – für Polen von sehr viel größerem wirtschaftlichen Nutzen – für mehrere Hundert Millionen Francs eigene Rüstungsfabriken, die aber zumeist erst im Sommer 1939 ihre Produktion aufnahmen und von der deutschen Luftwaffe bei Kriegsbeginn zerstört wurden.

⁵⁴ Noël, dt., S. 130f.

⁵⁵ Rydz-Smigly hielt sich vom 30.8. bis 6.9. 1936 in Frankreich auf und erwiderte einen Besuch des französischen Generalstabschefs Maurice Gamelin, der vom 12. bis 16.8. in Warschau gewesen war.

⁵⁶ Chlapowski, geb. am 5. Oktober 1874, gest. in deutscher Haft 1940, Reichstagsabgeordneter 1904–1909 und Vertreter des Polentums in Deutschland, 1922–1927 Mitglied des Sejm, war seit März 1924 Botschafter in Paris. Er hatte 1926 Gespräche mit dem Gouverneur von Madagaskar, Marcel Olivier, über die Möglichkeit einer polnischen Ansiedlung auf der Insel geführt; vgl. Olivier, Madagascar – Terre d'Asile?, S. 197–198.

⁵⁷ Lukasiewicz (1892–1952), seit Januar 1933 Botschafter in Moskau, war laut Noël für Beck „einer der wenigen Vertrauten seines tieferen Denkens“; Noël, dt., S. 133; Lukasiewicz veröffentlichte 1939 ein programmatisches Werk unter dem Titel „Polska jest mocarstwem“ (Polen ist Großmacht); vgl. Roos, Polen und Europa, S. 240, Anm. 9.

⁵⁸ Roos, Polen und Europa, S. 241; Noël, dt., S. 135; der Vertrag in: DDF, 2, III, Dok. 259, S. 377 f.

⁵⁹ Vgl. Roos, Polen und Europa, S. 246, Anm. 6.

4. Verklausulierte Wünsche und offene Werbung – die Artikulation der polnischen Kolonialinteressen

Am 12. September 1936 informierte der polnische Geschäftsträger in Berlin, Henryk Malhomme, das Auswärtige Amt inoffiziell, daß die polnische Regierung in absehbarer Zeit mit ihren „kolonialen Wünschen an die Öffentlichkeit treten wolle. Die Kolonialfrage, die insbesondere in Zusammenhang mit der jüdischen Emigration für Polen immer mehr an Bedeutung gewinne, könne nicht länger zurückgestellt werden.“⁶⁰ Genau eine Woche später, am 19. September 1936, brachte Beck auf einer Sitzung des Völkerbundes seine Wünsche vor, indem er zu verstehen gab, daß Polen an einer Ausweitung der Mandatskommission interessiert sei, damit auch jene Staaten, sprich Polen, Repräsentanten entsenden könnten, „die sich, unter verschiedenen Gesichtspunkten, lebhaft für einige durch die Kommission diskutierte Probleme interessierten“⁶¹.

Vor der Wirtschaftskommission des Völkerbundes hielt der polnische Delegierte, Vize-Handelsminister Adam Rose, am 5. Oktober zur Begründung des Anspruchs fest, das Emigrationsproblem sei dringend lösungsbedürftig, wobei er allerdings keine spezifischen Kolonialforderungen nannte, sondern allgemein formulierte, der Zeitpunkt zum Handeln sei gekommen. Am folgenden Tag kam Tytus Komarnicki vor der politischen Kommission in Genf im Zusammenhang mit der Mandatsdebatte über Palästina noch einmal und in diesem Falle konkret auf das Thema zu sprechen⁶². Rose vertrat die Auffassung, der Mangel an Rohstoffen sei das Haupthindernis bei der Industrialisierung, und der große jüdische Bevölkerungsanteil sowie die ländliche Überbevölkerung verlangten nach zusätzlichen Emigrationsgebieten und nach finanzieller Unterstützung hierfür durch das Ausland. Betrachte man diese Probleme im Zusammenhang, werde die koloniale Expansion zu einer zwingenden Notwendigkeit⁶³. Die Bevölkerungsdichte auf dem flachen Land sei rund zweimal größer als in Deutschland oder Frankreich⁶⁴. Dem Land mangle es an den zum Aufbau einer Industrie nötigen Grundprodukten, so daß eine Entwicklung kaum möglich sei und das Auffangen des jährlich wachsenden Bevölkerungsdrucks weiter verhindert werde⁶⁵.

⁶⁰ PAAA R 104194, R 28881, Notiz von Lieres vom 12. 9. 1936.

⁶¹ DDF, 2, III, S. 395, Anm. 1; vgl. Korzec, Juifs en Pologne, S. 230.

⁶² Gazeta Polska, 6. 10. 1936, S. 1. Komarnicki hatte in einem Gespräch mit Konsul Krauel, dem deutschen Vertreter in Genf, am 26. September die Anmeldung der polnischen Kolonialansprüche mit der Notwendigkeit begründet, Territorien für die Juden finden zu müssen, da die Lösung der hoffnungslosen Situation der Juden in Polen eine Lebensfrage für die innere Ruhe Polens darstelle; PAAA Paris 578 b, Bericht an das Auswärtige Amt vom 30. 9. 1936; vgl. PRO FO 371/19964, C 7707/6703/55, Memorandum on Poland's Colonial Claims, 29. 10. 1936, abgedruckt in: Melzer, Ha-diplomatyah ha-polanit u-beayat ha-hagira ha-yehudit ba-shanim 1935–1939, S. 238–241.

⁶³ AD K-Afrique 91, No. 485, 13. 10. 1936.

⁶⁴ PAAA Botschaft Paris 473 a, Botschafter von Moltke an das Auswärtige Amt, 13. 10. 1936; allerdings ist festzuhalten, daß in Polen nur rund 85 Menschen pro Quadratkilometer lebten, während die vergleichbare Zahl in Deutschland bei 141 und in England bei 191 lag. Das Bevölkerungsproblem war also vor allem ein Problem der mangelnden inneren Entwicklung des Landes; vgl. ebenda.

⁶⁵ Ebenda; hiergegen ließ sich argumentieren, daß die Rohstoffbilanz des Landes 1934 und 1935 etwa ausgeglichen war, das heißt, daß der Wert der eingeführten Rohstoffe dem der aus dem

Die Erklärungen Becks in Genf und ihre Nachläufer trafen in seiner Heimat auf nichtjüdischer Seite auf weitgehende Zustimmung. Selbst Organe, die dem Außenminister sonst kritisch gegenüberstanden, pflichteten ihm bei⁶⁶. Die polnische Presse griff die Argumentation auf und verwies vor allem auf das jährliche Bevölkerungswachstum. Die jüdische Presse dagegen, insbesondere die seriöse Tageszeitung „Nasz Przegląd“, verurteilte die Überlegungen ebenso deutlich. Sie wehrte sich vor allem gegen jene Presseveröffentlichungen, die von einer Emigration der Juden handelten, was für das jüdische Blatt den Anklang von Massenausreibung hatte. „Nasz Przegląd“ nannte die ganzen Überlegungen eine Komödie und verwies auf die Naivität des Gedankens, nicht nur Rohstoffe und Siedlungsgebiete zu verlangen, sondern für die Emigration und Kolonisation auch noch die finanzielle Unterstützung des Auslandes zu fordern⁶⁷.

Daß die Äußerungen und Positionen Becks zur Kolonialfrage auf so fruchtbaren Boden fielen, war in erster Linie eine Folge der andauernden und geschickten Propaganda seitens der Regierung, in der sie durch die 1930 gegründete, äußerst umtriebig werbende See- und Kolonialliga massiv unterstützt wurde. General Gustaw Dreszer, der Präsident dieser Vereinigung, hatte den französischen Botschafter bereits im Sommer 1936 auf eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Polen in der Kolonialfrage angesprochen⁶⁸.

Vor Becks Reise nach Großbritannien im November 1936 flaute die offiziell gesteuerte Kolonialpropaganda leicht ab, da die Briten indigniert reagiert hatten und der polnische Außenminister sein Entree in London nicht behindern wollte⁶⁹. Vor ausländischen Pressevertretern erklärte Beck am 10. November in London, „daß die Judenfrage in Polen wirtschaftliche Ursachen habe und nicht politische“, denn „im Zusammenhang mit den Veränderungen, die gegenwärtig im Wirtschaftsleben Polens stattfinden, wird ihre Lage schwierig und ungewiß“. Die Auswanderung der Juden stelle „eine der Lösungen dieser Schwierigkeiten dar und interessiert die polnische Regierung lebhaft“⁷⁰. Noch im Sommer des Jahres hatte Beck dem britischen Botschafter in Warschau, Sir Howard Kennard, versichert, daß die Polen keine Absichten hätten, ihre kolonialen Ambitionen auf die Genfer Tagesordnung zu bringen, und ihn gebeten, den Presseveröffentlichungen keinen allzu großen Stellenwert beizumessen. Kennard zeigte sich Mitte Oktober gegenüber seinem französischen Amtskollegen über diese Täuschung verärgert und meinte zu Noël, ob die Polen wohl dächten, man werde ihnen

Lande exportierten entsprach. Von Moltke vermutete, daß das Rohstoff-Argument in erster Linie zur Unterstützung des tatsächlich sehr ernsten jüdischen Auswanderungsproblems gedacht sei und daneben innenpolitisch beruhigend wirken solle. Auch und vor allem solle ein erster Wink auf eventuelle zukünftige Kolonialansprüche gegeben werden; vgl. ebenda.

⁶⁶ Zu Becks ansonsten permanent deutlicher innenpolitischer Isolierung vgl. Roos, Polen und Europa, S. 229.

⁶⁷ AD K-Afrique 91, No. 485, 13.10. 1936. Nasz Przegląd 6./7./8./10./11./13.10. 1936.

⁶⁸ DDF, 2, III, Dok. 304, S. 449–451, 30.9. 1936; Noël berichtete, das Gespräch habe einige Monate vorher stattgefunden, kurz bevor Dreszer bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam.

⁶⁹ Beck, „an sich geradezu anglophil“ (Roos, Polen und Europa, S. 264), hatte bei seinem Besuch in London vom 9. bis 13. November 1936 die erste direkte Fühlungnahme mit der britischen Regierung unter Premierminister Baldwin und Außenminister Eden, bei denen er mit seinen kolonialen Wünschen auf distanzierte Zurückhaltung stieß. Ein zweiter Besuch Becks bei Eden folgte anlässlich der Krönung Georgs VI. am 19. Mai 1937.

⁷⁰ Beck, Beiträge zur europäischen Politik, S. 308.

die eigenen Kolonien auf einem Tablett servieren und auch noch die nötigen Kapitalien dazulegen, damit Polen die Gebiete ausbeuten könne⁷¹.

Diese irrealer Vorstellung beherrschte tatsächlich einen Teil der polnischen Presse, und Beck tat nichts, diese Wunschvorstellungen auf das Maß der Realitäten zurechtzustutzen. Im Gegenteil fachte er die Wunschträume mit seinem populären wie populistischen Einschwenken auf die emotionalen Bedürfnisse der Öffentlichkeit nur noch weiter an, was Noël zu dem bissigen Kommentar verleitete, Beck opfere der Gegenwart die Zukunft⁷².

Die See- und Kolonialliga fuhr daher durchaus im Einverständnis mit dem Außenminister in ihrer Propaganda fort, die einen vorläufigen Höhepunkt in den Kolonialtagen vom 21. bis 23. November 1936 fand⁷³. Die Hauptthemen der Kolonialtage waren deshalb auch folgerichtig Rohstoffe, Siedlungsgebiete und die jüdische Emigration⁷⁴. Die Initiative der polnischen Regierung in Genf wurde daher selbstredend ausdrücklich begrüßt.

Im „Dzien Pomorza“ erschien am 23. November ein Artikel unter dem bezeichnenden Titel „Wir verlangen Kolonien für Polen“, in dem es hieß: „Die letzten Ereignisse in der internationalen Politik sind ein Beweis dafür, daß die Meinung der Welt das Interesse Polens an Kolonien als eine normale und verständliche Sache betrachtet.“ Man lebe in einer Zeit, „in der noch die Möglichkeit besteht, Kolonien zu erwerben“. Offensichtlich war man sich aber der Unterstützung der eigenen Bevölkerung nicht ganz so sicher, wie allenthalben verkündet wurde, denn der Autor meinte, die Öffentlichkeit müsse darüber aufgeklärt werden, „daß der Besitz von Kolonien für den polnischen Staat Lebensnotwendigkeit ist“. Auch er suchte nach einer ökonomischen Begründung der Aspirationen, weil nicht der Imperialismus das Land auf den Weg zu den Kolonien führe, „sondern die Überbevölkerung und die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse“⁷⁵.

Zusätzlich zur bereits beschriebenen Argumentation versuchte die polnische Regierung, ihre Kolonialinteressen mit der These zu stützen, daß Polen als Nachfolgestaat der Besitzungen des Deutschen Reiches von vor 1918 auf Grund des Versailler Vertrages auch einen „Rechtsanspruch“ auf rund ein Zehntel des ehemaligen deutschen Kolonialbesitzes habe. Hier befand man sich allerdings in einer argumentativen Zwickmühle. Einerseits sollten die polnischen Wünsche von den deutschen Forderungen getrennt werden, da Großbritannien und Frankreich den polnischen Interessen so lange auf kei-

⁷¹ DDF, 2, III, Dok. 348, S. 522, 14. 10. 1936.

⁷² AD K-Afrique 91, 34, Telegramm Noëls vom 14. 10. 1936.

⁷³ AD K-Afrique 91, 42–44, No. 527, Noël an Delbos, 10. 11. 1936.

⁷⁴ AD K-Afrique 91, 45–48, Bericht Noëls an Delbos über die Kolonialtage mit einer Presseübersicht, 24. 11. 1936. Man verabschiedete eine Entschließung, nach der Polen „seine größte Aufmerksamkeit auf die Kolonialfragen lenken“ müsse, weil „a) Polen die Rohstoffe für eine entsprechende Industrialisierung des Landes sicherstellen muß, b) Polen Absatzmärkte erobern muß, um die Beschäftigung der Arbeitslosen in der Industrie und die Entwicklung der Städte zu gewährleisten, c) Polen Zugang zu den freien Überseegebieten erhalten muß, um seine sozialen Verhältnisse in Stadt und Land einer Wiedergesundung entgegenzuführen und d) Polen Kolonien haben muß, da sie allein die Möglichkeit einer ungehinderten Befriedigung der Bedürfnisse der Wirtschaft und Bevölkerung Polens geben“; zitiert nach PAAA R 104194, Bericht der Deutschen Botschaft Warschau vom 24. 11. 1936.

⁷⁵ Ebenda.

nen Fall nachgeben konnten, als sie damit einen Präzedenzfall für die deutschen Forderungen schaffen würden. Mit dem „juristischen“ Anspruch auf den der Erbmasse des deutschen Kaiserreiches entsprechenden Kolonialbesitz meinte man dieses Problem umgehen zu können. Andererseits konnte für Polen sich allenfalls dann Hoffnung auf eine Beteiligung an Kolonien machen, wenn die internationale Konstellation durch entsprechende deutsche Forderungen aufgebrochen würde. Realistischer war es also, sich im deutschen Windschatten zu bewegen, was aber die Gefahr beinhaltete, als nachrangige Macht dann doch nicht bedient zu werden. In dieser gespaltenen Situation lag einer der Gründe, warum Beck immer wieder auf eigene Rechnung Kolonialambitionen geltend machte, andererseits aber auch häufig die Nähe Deutschlands und Italiens suchte.

Am 18. Dezember ging Beck vor der Auswärtigen Kommission des Senats auf die polnischen „kolonialen Interessen“ ein, wie er sie in Genf vor der Völkerbundversammlung vorgetragen hatte. Das Problem zerfiel demnach in zwei Bereiche, erstens die „Sicherstellung von Auswanderungsgebieten für die Bevölkerung unseres Landes“. Ein wichtiger Teil hiervon betreffe die Auswanderung der jüdischen Einwohner, denen durch die ökonomische Entwicklung zu einem beträchtlichen Teil die Existenzgrundlage entzogen worden sei. Weil deshalb die Zahl der potentiellen Emigranten ansteige, sei das Problem der jüdischen Auswanderung „nicht bloß ein palästinensisches, sondern auch zugleich einerseits ein europäisches, andererseits ein für alle Auswanderungsgebiete wichtiges Problem“. Das zweite Feld des Kolonialproblems bestand für Beck in der „Möglichkeit, Polen den Zutritt zu Rohstoffquellen“ nicht mehr nur durch den Handel gegen Devisen, sondern direkt zu ermöglichen, wobei er beide Fragen als für Polen lebenswichtig bezeichnete⁷⁶.

In einer Rede vor dem Haushaltsausschuß des Sejm bekräftigte Beck Anfang Januar 1937 noch einmal, in Genf mit der Auswanderungs- und Rohstofffrage die „wesentlichsten Probleme“ Polens benannt zu haben. Seine Argumentation ließ deutlich den Versuch erkennen, die kolonialen Aspirationen in erster Linie mit ökonomischen Argumenten zu begründen. Man könne „diese Frage nicht ausschließlich im Rahmen des polnischen Staates erledigen“, denn sie hänge „nicht nur mit dem europäischen Kontinent zusammen, sondern auch in weitgehendstem Maße mit verschiedenen fernen Ländern des ganzen Erdballs“⁷⁷. Er habe es für „unentbehrlich“ gehalten, „daß bei künftigen Erwägungen die Bedürfnisse unseres Staates dem internationalen Forum bekannt wären“⁷⁸. Beck suchte dies wiederum damit zu rechtfertigen, „daß die Auswanderungsbestrebungen der jüdischen Bevölkerung eine der wesentlichsten Triebfedern dieser ganzen Aktion“ seien⁷⁹, ohne allerdings auf den Anteil hinzuweisen, der von seiten

⁷⁶ Zitiert nach PAAA R 104099, Übersetzung der Deutschen Botschaft Warschau; vgl. Beck, Beiträge zur europäischen Politik, S. 336–337.

⁷⁷ Beck, Beiträge zur europäischen Politik, S. 362–363; vgl. *Gazeta Polska*, 12.1. 1937, S.2; *AD Pologne* 330, 178; *K-Afrique* 91, 78, Noël an Delbos, 18.1. 1937.

⁷⁸ Beck, Beiträge zur europäischen Politik, S. 363.

⁷⁹ Ebenda, S. 366. Seine wiederholten diplomatischen Schritte bei der britischen Regierung zur Erleichterung der jüdischen Einwanderung nach Palästina seien, so Beck, durch jüdische Wünsche veranlaßt worden. Wenn die polnischen Juden sich nun gegen seine derzeitige Politik in der Auswanderungsfrage wendeten, könne er dies nur als innerjüdischen Widerspruch interpretieren.

des Staates und insbesondere der polnischen Öffentlichkeit zu diesem Zustand ursächlich beigetragen worden war. In der Palästina-Frage sei klar, daß die Aufnahmefähigkeit des Landes beschränkt sei und auch die dortigen Lebensbedingungen die Möglichkeiten zur Lösung der Judenfrage, die in Ost-Europa ein starkes Problem darstelle, deutlich begrenzen würden. Deshalb mußte das Thema nach Becks Ansicht auf eine „breitere Grundlage“ gestellt werden⁸⁰, sprich, zusätzliche Territorien mußten Palästina ergänzen. Seine Haltung habe auf dem „internationalen Boden wie auch bei vielen jüdischen Verbänden Verständnis gefunden“⁸¹, womit er auf die Gespräche hinwies, die er am 2. Oktober in Genf und am Ende des Jahres 1936 in Warschau mit Nahum Goldmann, dem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses beim Völkerbund, geführt hatte⁸².

Mehrere miteinander verwobene Motive spielten, wie schon der französische Botschafter Noël in seinen zahlreichen Berichten an den Quai d'Orsay analytisch treffend hervorhob, eine Rolle⁸³: Polen sah sich, insbesondere durch die Augen des für die Außenbeziehungen verantwortlichen Ministers, als Großmacht, mindestens aber auf dem legitimen Weg dorthin, wollte sich zumindest so sehen und gesehen werden. Dem Prestige eines solchen Status' entsprach selbstredend das Recht auf Kolonialbesitz. Daneben kamen die skizzierten Probleme einer diagnostizierten Überbevölkerung des Landes und der starke Anteil ethnischer Minderheiten zum Tragen.

Zusammengefaßt hieß dies, man wünschte auf polnischer Seite im Grunde ein Territorium für die auszusiedelnden Juden und ein weiteres für die auswandernden Polen. Das Gebiet für die Polen wäre, gleichsam als Tochterland des polnischen Staates, Aufangbecken für die eigene Überbevölkerung, gleichzeitig Rohstofflieferant für die beschleunigte Entwicklung der einheimischen Industrie und nicht zuletzt Symbol der entwickelten Größe im internationalen Kräftespiel der Mächte.

Die skizzierte Entwicklung ging einher mit verschärften antijüdischen Maßnahmen. Das mangelnde Eingreifen der Regierung gegen die teilweise pogromartigen Angriffe auf die Juden wurde von dieser mit dem berechtigten Streben des polnischen Volkes nach wirtschaftlicher Selbständigkeit begründet, woraus die polnischen Juden vor allem einen Ausweg suchen sollten, die verstärkte Auswanderung.

5. Das Moutet-Interview und seine Wirkung

In diese bereits aufgeladene Stimmung in Polen, die um die Begriffe Judenfrage, Emigration, Kolonien und Rohstoffe oszillierte, platzten Mitte Januar die Äußerungen des französischen Kolonialministers Marius Moutet, der in einem Interview mit dem „Petit Parisien“ erklärte, die Juden stellten „ein sehr seriöses Siedlungselement dar“.

⁸⁰ Beck, Beiträge zur europäischen Politik, S. 367.

⁸¹ Ebenda, S. 368.

⁸² Vgl. Korzec, Juifs en Pologne, S. 251.

⁸³ Vgl. DDF 2, III, Dok. 304, 30. 9. 1936; AD K-Afrique 91, 44, No. 527, 10. 11. 1936; DDF 2, IV, Dok. 18, S. 22–25, besonders S. 24, 22. 11. 1936; Dok. 97, S. 152–154, 4. 12. 1936; Dok. 290, S. 480–482, 13. 1. 1937.

Er gab jedoch deutlich zu verstehen, daß man sich bei den Möglichkeiten, Juden in den französischen Kolonien anzusiedeln, „keinen übertriebenen Illusionen hingeben“ solle. Dennoch halte er „aussichtsvolle Resultate durchaus für möglich. Doch muß man das Territorium mit Bedacht wählen.“ Es hätten bereits Untersuchungen begonnen, und der Gouverneur von Madagaskar beispielsweise stehe dem „Projekt durchaus wohlwollend gegenüber, sofern ernst zu nehmende Organisationen, die über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, hinter dem Werk stehen“. Neben Madagaskar habe man noch Neu-Kaledonien, die Neuen Hebriden und Guayana in Betracht gezogen⁸⁴.

Der hier geäußerte Gedanke an Madagaskar war keineswegs neu und von Moutet auch gar nicht im Hinblick auf die polnischen Juden geäußert worden, wenngleich die Angelegenheit einer möglichen Auswanderung eines Teils der polnischen Juden bereits Gegenstand von Gesprächen zwischen dem polnischen Außenminister und dem französischen Premierminister Léon Blum im Herbst des Jahres 1936 gewesen war.

Am 2. Oktober 1936 hatte sich Beck in Genf mit Nahum Goldmann, dem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses beim Völkerbund, getroffen und bei diesem Gedanken-austausch die Auswanderung der Juden als wichtigstes Mittel einer „konstruktiven Politik“ zur „Lösung der jüdischen Frage in Polen“ charakterisiert⁸⁵. Der polnische Außenminister hatte darauf hingewiesen, daß man neben Palästina auch andere Gebiete für die Juden finden müsse. Auch die Polen benötigten „Auswanderungsländer“, die „idealeste Lösung“ wäre die „Gewährung von Kolonien“ an sein Land⁸⁶. Am Ende des Gesprächs äußerte Beck gegenüber Goldmann den Wunsch, daß die Exekutive des Jüdischen Weltkongresses sich mit der Bitte an Frankreich wenden sollte, daß dieses die Immigration polnischer Juden nach Madagaskar ermögliche. Laut Goldmann hatte sich der polnische Delegierte beim Völkerbund, Tytus Komarnicki, schon vor dieser Unterredung an ihn gewandt. Dieser hatte im Auftrag Becks zur Begründung seines Anliegens zu Goldmann gesagt, es sei nicht wünschenswert, daß Polen selbst sich an Frankreich wende, weil die Franzosen dann aus der Vermutung heraus ablehnen könnten, die Bitte resultiere aus einer antisemitischen Einstellung. Goldmann erklärte, daß die Exekutive des Weltkongresses wahrscheinlich bereit sein werde, dem Anliegen nachzukommen. Er fragte allerdings nach einer finanziellen Beteiligung Polens bei der jüdischen Auswanderung, und Beck beendete das Gespräch mit dem Hinweis, daß die polnische Regierung vermutlich mit einer materiellen Unterstützung der Emigration einverstanden wäre⁸⁷.

Auf seiner Rückreise von Genf, vermutlich am 11. Oktober 1936⁸⁸, traf Beck in Paris mit Frankreichs Premierminister Léon Blum zusammen. In diesem Gespräch schlug er Madagaskar als Emigrationsziel vor, und Blum war offenbar einverstanden, eine Untersuchungskommission auf die Insel zu schicken. Beck beauftragte seinen Botschafter

⁸⁴ Petit Parisien, 16.1. 1937. Das Deutsche Nachrichtenbüro berichtete noch am selben Tag knapp über Moutets Äußerungen. Die Meldung wurde am darauffolgenden Tag vom „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht.

⁸⁵ CZA, S 25/10004, Nahum Goldmann, Bericht über die Unterredung mit dem polnischen Außenminister Beck, am Freitag den 2. Oktober 1936, S. 1; vgl. Melzer, Ha-diplomatyah ha-polanit, S. 213.

⁸⁶ CZA, S 25/10004, Bericht Nahum Goldmanns, S. 2.

⁸⁷ Ebenda, S. 4.

⁸⁸ Die Datierung ergibt sich aus einer Notiz des polnischen Botschafters Lukasiewicz; Lukasiewicz, Diplomat, S. 21.

Lukasiewicz damit, detaillierte Gespräche mit Außenminister Yvon Delbos zu führen, der diesen Plan ebenfalls befürwortete⁸⁹.

Am 15. Oktober traf Blum in Paris mit Chaim Weizmann zusammen⁹⁰, und eine Woche später schrieb der Zionistenführer an den Premierminister, daß „the plan to settle a considerable number of these exiles (den polnischen Juden, M.B.) in countries such as Madagascar unfortunately does not seem very practical“⁹¹. Und Ende des Monats nannte Weizmann in einem Brief an Simon Marks, der Beck bei dessen Besuch in London sehen sollte, die Vorstellungen des polnischen Außenministers „fantastic and hopeless“⁹².

Weder die inoffizielle Unterredung Becks mit Blum noch eventuelle Gespräche zwischen Lukasiewicz und Delbos haben als Verhandlungsgrundlage oder Initialentscheidung zur polnisch-französischen Madagaskar-Untersuchung Niederschlag in den französischen Akten gefunden. Auch Moutet hat diese Gespräche gegenüber dem „Petit Parisien“ nicht als Bezugspunkt für seine Zustimmung zu Untersuchungen in den französischen Kolonien genannt. Anders dagegen die polnische Seite, die mehrfach auf die dort besprochenen Inhalte zurückkam, so in einem Gespräch Becks mit Noël, das vor dem Bekanntwerden des Moutet-Interviews stattfand und worin der Außenminister auf „conversations qu’il avait eues à ce sujet avec des membres du Gouvernement“ hinwies, über „la possibilité d’installer à (Madagascar) une partie des trois millions de Juifs polonais“⁹³. Im April 1937 nahm die Botschaft in Paris ebenfalls Bezug auf diese Unterredungen⁹⁴, und im Dezember des Jahres erklärte die polnische Regierung in einem Pressecommuniqué zu Madagaskar, daß die Bereitschaft der französischen Regierung, die Insel für die Emigration aus Polen zugänglich zu machen, „schon im Herbst 1936 Gegenstand von Gesprächen zwischen Beck und dem damaligen Premier Frankreichs“ gewesen sei, ohne daß allerdings von dort getroffenen Vereinbarungen die Rede war⁹⁵.

Die Kontakte zwischen Beck und Blum waren seitens der Franzosen offenbar mehr als informeller Meinungsaustausch gedacht gewesen, vermutlich mitangeregt durch das allgemein von Polens Außenminister in Genf ins Gespräch gebrachte Kolonialthema, und in diesem Zusammenhang dürfte von Beck auch die Judenfrage und Madagaskar zur Diskussion gestellt worden sein. Doch haben weder Blum noch Delbos irgendwelche Initiativen ergriffen⁹⁶.

⁸⁹ Melzer, *Ha-diplomatyah ha-polanit*, S.214.

⁹⁰ Vgl. CZA SA 25/6327, Brief Weizmanns an Moshe Shertok vom 14./18.10. 1936, Dat. n.S.3; abgedruckt in: Rosenthal (Hrsg.): *The Letters and Papers of Chaim Weizmann*, Brief Nr.336, S.361–364.

⁹¹ Brief Weizmanns an Léon Blum, 22.10. 1936, in: ebenda, Brief Nr.337, S.365–366. Der Gouverneur von Madagaskar, Léon Cayla, hatte gegenüber Marc Jarblum geäußert, daß ein- bis zweihundert Immigranten angesiedelt werden könnten, daß eine Masseneinwanderung aber ausgeschlossen sei; ebenda, S.366 m. Anm.2.

⁹² Brief Weizmanns an Simon Marks, 28.10. 1936, in: ebenda, Brief Nr.346, S.376.

⁹³ Pologne 330, 172–176, K-Afrique 91, 50–54, 17.1. 1937; 246, 7.2. 1939.

⁹⁴ K-Afrique 91, 99, 15.4. 1937.

⁹⁵ Polska Informacja Polityczna, 24.12. 1937: Madagaskar.

⁹⁶ Zu den umlaufenden Gerüchten über die Gespräche Becks mit Blum vgl. auch Danziger Neueste Nachrichten, 20.1. 1937, S.3: Polnisches Interesse an Madagaskar. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Meldung der deutsch-jüdischen Zeitung „Der Israelit“ vom 31.Dezember 1936 (also vor dem Moutet-Interview), wonach die französische Regierung auf Bemühungen der polnischen Administration, einen Teil der jüdischen Bevölkerung nach Madagaskar abzusetzen, den Bescheid erteilt habe, daß die klimatischen und sonstigen Verhältnis-

Diese Gespräche bildeten auch nicht den Hintergrund für die Äußerungen Moutets, denn dieser entwickelte sich aus den Bemühungen des „Comité pour la Défense des Droits des Israélites en Europe Centrale et Orientale“ (Comité)⁹⁷, das nach mehreren Eingaben an den ehemaligen Ministerpräsidenten Albert Sarraut und nach Kontakten mit Moutet sowie dessen politischem Direktor Gaston Joseph⁹⁸ im November 1936 dem französischen Außenministerium eine Note über die Möglichkeiten einer Ansiedlung von Juden aus Ost- und Zentraleuropa auf Madagaskar und Neu-Kaledonien überreichte⁹⁹. Die äußerst schwierige Situation der Juden in Deutschland, Rumänien, Litauen, Rußland und Polen machte nach Ansicht des „Comité“ dringende Hilfsmaßnahmen notwendig, die vor allem in der Bereitstellung von Kolonialgebieten zur Emigration der Verfolgten bestünden. Die angelsächsischen Hilfsorganisationen der Juden wie das „American Joint Distribution Committee“ und die New Yorker „Refugee Economic Corporation“ seien zu großzügiger finanzieller Unterstützung bereit, wenn geeignete Gebiete zur Verfügung stünden. Angesichts der enormen Emigrationshindernisse in Richtung Argentinien, Brasilien und die USA müßten auch andere Gebiete ins Auge gefaßt werden, wobei nach Ansicht des „Comité“ wohlhabende Juden der Vereinigten Staaten bereit wären, die Emigration aus den Staaten Zentral- und Osteuropas zu unterstützen. Madagaskar biete sich hier dank seiner geringen Bevölkerungsdichte und seines Agrarpotentials ebenso an wie Neu-Kaledonien. Es sei „offensichtlich, daß der Erschließung bestimmter französischer Kolonien Vorschub geleistet würde durch die Zufuhr von Kapital und den Zustrom von Emigranten weißer Rasse“¹⁰⁰. Daher sei es „wünschenswert, einen breitangelegten Immigrationsplan zu erstellen, gestaffelt über einige Jahre“¹⁰¹, wobei die Auswahl der Kolonisten in Zusammenarbeit

se einer Ansiedlung im großen Maßstab nicht günstig seien. Eine kleinere Gruppe von Einwanderern könne hereingelassen werden, doch müsse diese Personen aus allen Bevölkerungsteilen und nicht nur Juden umfassen. Im übrigen kommentierte der „Israelit“ die Nachricht sarkastisch, die Polen sähen die jüdische Bevölkerung offensichtlich als „Transportware“ an, die man hinschaffen möchte, wo „der Pfeffer wächst“; Der Israelit, 31. 12. 1936, S. 5–6: Madagaskar.

⁹⁷ Präsident des „Comité“ war der Senator und langjährige französische Gesundheitsminister Justin Godart (1871–1956). Weitere führende Mitglieder waren der Mathematiker Jacques Hadamard (1865–1963), ein Mitglied des Französischen Palästina-Komitees, sowie Henri Guernut (1876–1943), in der ersten Jahreshälfte 1936 Erziehungsminister im zweiten Kabinett Sarraut, von 1937 bis 1939 Vorsitzender einer nach ihm benannten Kommission zur Untersuchung der Lebensbedingungen in den französischen Kolonien und laut Lukasiewicz ein „aufrichtiger Verfechter“ der Zusammenarbeit mit Polen; Lukasiewicz, Diplomat, S. 9.

⁹⁸ Das Kolonialpolitische Amt des Kolonialministeriums, die „Direction des Affaires Politiques“, war politisch direkt mit dem Außenministerium verbunden. Der Direktor der „Direction“ unterstand zwar beamtenrechtlich dem Kolonialminister, empfing seine politischen Direktiven aber vom Außenminister. Der Kolonialminister war nur für die Verwaltung der Kolonien zuständig, während der Außenminister neben der Verantwortlichkeit für die diplomatischen und konsularischen Vertretungen auch für die Beamten der Kolonialpolitischen Abteilung im Kolonialreich zuständig war; vgl. PAAA Deutsche Botschaft Paris 1323, Aufzeichnung Jakob Adol Mar (Dienststelle Ribbentrop), „Die Organisation des Kolonialpolitischen Amtes der französischen Regierung“, 30. 9. 1940. Neben Joseph beauftragte Moutet seinen Unterstaatssekretär Paul Bouteille mit der Bearbeitung der Madagaskar-Untersuchungen.

⁹⁹ AD K-Afrique 91, 65–73, 4. 11. 1936.

¹⁰⁰ Ebenda, 65.

¹⁰¹ Ebenda, 67.

mit dem Ministerium dem „Comité“ anvertraut werden solle¹⁰². Auf der Insel sollte eine Immigrationszone eingerichtet werden als ein Gebiet, möglichst auf dem Hochplateau der Insel, wo sich die Ansiedlung wirksam schützen und unterstützen ließe¹⁰³. Allerdings sollten bei der Wahl der Kolonisationsterritorien auch die besitzfreien Landesteile und die vitalen Interessen der einheimischen Bevölkerung berücksichtigt werden, weshalb man zunächst um genauere Angaben über Zahl und Natur der freien Gebiete bat¹⁰⁴. Die Note malte die Zukunft eines solchen Projekts für alle Beteiligten in den rosigsten Farben: Die Verfolgten fänden ein Emigrationsgebiet, den Kolonien brächte es ökonomische, technische und medizinisch-soziale Vorteile und Frankreich bekäme schließlich auch noch treue und dankbare neue Staatsbürger. Konkrete Zahlen zu den für diesen Vorschlag ins Auge gefaßten Dimensionen wurden nicht genannt, wiewohl stets von den verfolgten Juden in ganz Zentral- und Osteuropa die Rede war.

Vor dem Hintergrund der noch zu beschreibenden großen Widerstände, die der Gedanke einer Judenkolonisation auf Madagaskar nach dem Moutet-Interview in der jüdischen Presse international hervorrief, ist der in dieser Schrift erkennbare, geradezu euphorische Optimismus mehr als bemerkenswert. Die Note läßt allerdings erkennen, daß die Autoren die auf der Insel herrschenden Zustände bisher nur auf theoretischem Wege erkundet hatten, und aus diesem Grunde traf am 16. November 1936 der Vize-Präsident des „Comité“, Boris Gourévitch, mit Léon Cayla, dem Generalgouverneur von Madagaskar¹⁰⁵, zusammen, um nähere Informationen einzuholen. Cayla gab zu verstehen, daß die Zahl der Handwerker auf der Insel für die Wirtschaft des Landes ausreiche, und unterstrich die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung des notwendigen Investitionskapitals¹⁰⁶. Das „Comité“ erbat Caylas Billigung dafür, unter seinem Schutz und seiner Kontrolle Gesellschaften zu gründen, in denen die nicht näher projektierte Zahl von Kolonisten auf eine Situation als Kleinrentner oder Mitglieder einer Landwirtschaftskooperative vorbereitet werden sollte. Die Kolonisten sollten auf dem Hochplateau ein Feld oder einen Gemüsegarten besitzen oder in den zu gründenden Unternehmen der tropischen Landwirtschaft arbeiten. Das „Comité“ nannte auch einige konkrete Gebiete möglicher Besiedlung, wies aber darauf hin, daß man in allen Regionen des Nordwestens und des Westens auf die Arbeitskraft der Eingeborenen angewiesen sei. Außerdem sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, wegen des Mangels an einheimischen Arbeitskräften in bestimmten Regionen den Zugang einer bestimmten Anzahl malaiischer Arbeiter aus Niederländisch-Indien zu gestatten. Dem „Comité“ war also von vornherein vollkommen klar, und das gibt dem Vorschlag eine groteske Note, daß die von ihm betreuten zukünftigen Siedler keineswegs selbst zur Erledigung der projektierten Feldarbeit in der Lage sein würden¹⁰⁷. Die Gespräche Caylas mit dem „Comité“ von Mitte November 1936 waren auch der Hintergrund für die Interview-Äußerung Moutets, wonach der Gouverneur einer Kolonisation unter bestimmten Bedingungen durchaus positiv gegenüberstünde.

¹⁰² Ebenda, 68.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Ebenda, 70.

¹⁰⁵ Cayla war vom 1.5. 1930–18.4. 1939 und vom 25.6.–11.12. 1940 Generalgouverneur der Insel.

¹⁰⁶ AD K-Afrique 91, 64, 30.11. 1936, Maurice Dormann an Léon Cayla.

¹⁰⁷ Ebenda.

Madagaskar war im übrigen in Frankreich als mögliches Zielgebiet für jüdische Kolonisationen auch früher schon einige Male in die Diskussion gebracht worden. Der ehemalige französische Unterstaatssekretär Candace hatte im Mai 1935 in einem Interview mit einer jüdischen Zeitung vorgeschlagen, die Organisationen der Juden in Frankreich sollten sich zwecks Unterstützung einer jüdischen Kolonisation in französischen Kolonien und Protektoraten zusammenschließen, und er hatte geäußert, auf „Madagascar the climate was suitable“, zudem sei die Insel reich an Bodenschätzen und biete einigen zehntausend Familien Platz¹⁰⁸. Zwei Monate später kontaktierte der Generalsekretär des Völkerbundes den französischen Außenminister, um Auskünfte über die Möglichkeit einer Ansiedlung von russischen, armenischen, assyrischen und türkischen Flüchtlingen unter anderem in Madagaskar für das Nansen-Büro einzuholen¹⁰⁹.

Vor dem Hintergrund der Initiative des „Comité“ wäre noch die denkbare Möglichkeit zu diskutieren, ob das „Comité“ vielleicht in Reaktion auf die Bitte Beck an Goldmann vom 2. Oktober aktiv geworden ist. In der besagten Note wird jedoch auf die wohlwollende Haltung des Ministerpräsidenten Albert Sarraut Bezug genommen, was bedeutet, daß man diesen noch während seiner Amtszeit in der ersten Jahreshälfte 1936 mit Eingaben bedacht hat. Zudem wird von einer „vertieften Untersuchung“ gesprochen, die man unternommen habe, und in der Tat sprechen der Umfang der Schrift und die, allerdings auf rein theoretischen Überlegungen fußende, Ausführlichkeit für eine weit längere Vorbereitungszeit als die vier Wochen zwischen dem Gespräch zwischen Beck und Goldmann einerseits und der Vorlage der Note beim Außenministerium andererseits. Hinzu kommt, daß Goldmann als Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in Genf kaum einen derart unmittelbaren Einfluß auf das in Paris beheimatete „Comité“ gehabt haben dürfte. Es ist dagegen durchaus möglich, daß Beck von den Fühlern, die das „Comité“ im Laufe des Jahres 1936 in Richtung der französischen Regierung ausgestreckt hatte, Kenntnis erhielt und eingedenk der Tatsache, daß das „Comité“ auch die polnischen Juden in seine Arbeit mit aufnehmen wollte, nun selbst initiativ wurde, in den Aktivitäten des „Comité“ vor dem Hintergrund der eigenen kolonialen Aspirationen also eine instrumentalisierbare Gelegenheit sah. Dies ist vermutlich auch der Grund, warum Blum und Delbos nicht erkennbar auf die Beckschen Anfragen reagierten. Das Interview Moutets war jedenfalls keine Antwort auf die Beckschen Wünsche, sondern eine Reaktion auf die Initiativen, mit denen das „Comité“ und daneben die „Société d'Émigration et de Colonisation Juive“ (Comité Emcol) an Moutet herangetreten waren¹¹⁰. Moutet gab sich in seinen Äußerungen die größte Mühe, keine falschen Hoffnungen zu wecken, und erklärte, es müsse vor „gefährlichen

¹⁰⁸ Bericht der „Jewish Daily Post“, 28.5. 1935, S.7; es gebe, so faßte die Zeitung Candaces Aussagen zusammen, „an opportunity not only to 25 000 families, a figure suggested by the interview, but for considerably larger numbers“.

¹⁰⁹ AD SDN 1819, 93–94, 19.7. 1935; 31.7. 1935.

¹¹⁰ Zur Initiative der „Emcol“ vgl. Jüdische Rundschau, 19.1. 1937, S.1 u. 29.1. 1937, S.2. Die „Jüdische Rundschau“ meldete am 19.1. 1937 außerdem, daß das „American Joint Distribution Committee“ und die „Jewish Colonization Association“ zu der Angelegenheit „noch keine Stellung genommen“ hätten. Die „Jüdische Rundschau“ war das zentrale publizistische Organ der 1897 gegründeten „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ und besaß 1935 eine Auflage von rund 37 000 Exemplaren.

Illusionen über die Möglichkeit einer raschen Massenkolonisation gewarnt werden“, wie das „Israelitische Familienblatt“ seine Ausführungen für das deutsche Publikum zitierte¹¹¹. Die Jüdische Telegraphen-Agentur meldete, daß Vertreter der „Emcol“ und die territorialistische Organisation „Freiland“ bereits an Moutet herangetreten seien, um über die Nutzung der bekanntgegebenen Kolonisationsmöglichkeiten zu verhandeln¹¹².

Wenngleich Moutet in Reaktion auf die Vorschläge des „Comité“ mehrere mögliche Einwanderungsgebiete genannt hatte, konzentrierten sich die Aktivitäten rasch auf Madagaskar, das als einziges Land, zumindest in Ansätzen, Möglichkeiten einer Zuwanderung zu bieten schien.

Wiewohl die Äußerungen Moutets demnach weder Folge von noch Reaktion auf die Gespräche zwischen Beck und Blum waren, wurden sie jedoch – vor dem skizzierten Hintergrund muß man zugestehen: verständlicherweise – in Polen allein als solche verstanden und heftig diskutiert.

Ohne die geringste Übertreibung läßt sich behaupten, daß die Äußerungen Moutets in Polen publizistisch eine Explosion auslösten. Der französische Botschafter meldete nach Paris, die Informationen über die mögliche Ansiedlung jüdischer Kolonisten in französischen Gebieten „provoquent à Varsovie une sensation“¹¹³. Alle nichtjüdischen Zeitungen des Landes nahmen die Meldung mehr oder weniger euphorisch auf, die antisemitische Presse reagierte geradezu enthusiastisch¹¹⁴.

Das Hauptorgan der Nationaldemokraten meinte, daß alle, die noch vor kurzem den Madagaskar-Gedanken als absurd bezeichnet hätten, sich nun eines Besseren belehrt sähen, denn die „Evakuierung der Juden aus Polen“ sei „jetzt ganz real“. Selbst wenn zugestanden wurde, daß nicht sofort mit einem Massenexodus von Millionen Juden zu rechnen war, so sei doch der entscheidend wichtige Anfang gemacht¹¹⁵.

¹¹¹ Israelitisches Familienblatt, 21. 1. 1937, S. 2: Ansiedlung in französischen Kolonien; ebenso „Der Israelit“, 21. 1. 1937, S. 2: Französische Kolonien für Judensiedlung. Das „Israelitische Familienblatt“ hatte bezogen auf das Jahr 1935 eine Auflage von ca. 36 500, „Der Israelit“ von rund 4 050 Exemplaren.

¹¹² Israelitisches Familienblatt, 21. 1. 1937; Der Israelit, 21. 1. 1937; die Zeitschrift „Jewish Affairs“ berichtete im November 1941, die Organisationen hätten dem Ministerium komplette Pläne für konzentrierte jüdische Siedlungen einschließlich der Neuanlage von Städten und Dörfern übermittelt, S. 12. Aufzeichnungen dieser Art konnten in den überlieferten Akten nicht gefunden werden.

¹¹³ AD Pologne 330, 172–176, Bericht Noëls vom 17. 1. 1937, Zitat 174.

¹¹⁴ Gazeta Polska (halboffiziell), 17. 1. 1937, S. 4; Kurjer Polski (Organ der Großindustrie), 17. 1. 1937, S. 1; Polska Zbrojna (Organ der Armee), 17. 1. 1937, S. 1; Warszawski Dziennik Narodowy (Organ der Nationaldemokraten, antisemitisch), 17. 1. 1937, S. 2; ABC, 17. 1. 1937; die „ABC“ war das Hauptorgan der strikt judenfeindlichen Nationalradikalen, die im Gegensatz zur Nationaldemokratischen Partei (Endecja) stark am nationalsozialistischen Antisemitismus orientiert war, bisweilen auch die Vulgarität des „Stürmer“ erreichte. „ABC“ erschien in einer Auflage von rund 30 000 Exemplaren (Juni 1937); Czas (christlich-konservativ), 18. 1. 1937, S. 2; die „Czas“ war das Hauptorgan der Konservativen Partei, die über keinen großen Einfluß verfügte, wiewohl ihre Mitglieder häufig Großgrundbesitzer und Industrielle waren.

¹¹⁵ Warszawski Dziennik Narodowy, 18. 1. 1937, S. 3: Zydzi na Madagaskar; vgl. Jüdische Rundschau, 26. 1. 1937, S. 1; Danziger Neueste Nachrichten, 20. 1. 1937, S. 3: Polnisches Interesse an Madagaskar.

Während der Sitzung des Stadtrates in Lodz erschallte aus den Reihen der Nationaldemokraten nun statt des sonst üblichen Rufes „Nach Palästina!“ die Aufforderung „Juden nach Madagaskar“, wie sie ihr Publikationsorgan „Warszawski Dziennik Narodowy“ schon am 18. Januar in einem kommentierenden Bericht als Losung ausgegeben hatte¹¹⁶. Für die besser informierten Kreise in Polen waren die Mitteilungen Moutets im „Petit Parisien“ keine sonderliche Überraschung, denn die wichtigste jüdische Zeitung in Warschau, „Nasz Przegląd“, hatte schon zwei Tage vorher berichtet, die Frage sei in Frankreich Gegenstand von Erörterungen, und in der konservativen „Czas“ war ebenfalls schon über die Möglichkeit des Transports von Kolonisten nach Madagaskar zu lesen gewesen.

Der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Leger¹¹⁷, teilte Noël zur näheren Erläuterung der Äußerungen Moutets mit, daß sich der Kolonialminister sehr reserviert geäußert habe, vor allem was die Möglichkeiten einer Massenansiedlung betreffe. Die ganze Sache sei noch im Fluß und Madagaskar im übrigen die einzige Besitzung, die zur Zeit überhaupt für die Ansiedlung jüdischer Kolonisten in Frage komme, sofern sie von seriösen und finanzkräftigen Organisationen unterstützt würden. Das ganze Projekt, so wurde noch einmal betont, sei eine Idee des „Comité“¹¹⁸, das nach einer Auswanderungsergänzung zu Palästina suche.

Die unerwartet heftigen Reaktionen versetzten Moutet in Handlungszwang, und er bat Cayla nun um Informationen über die Gespräche, die der Gouverneur bei seinem Aufenthalt in Paris mit dem „Comité“ geführt hatte. Bei dieser Gelegenheit erhielt Cayla durch Senator Maurice Dormann eine vorläufige, aber bereits ziemlich fortgeschrittene Untersuchung zur Frage jüdischer Kolonisation auf Madagaskar, und Moutet wollte nun vom Gouverneur erfahren, welchen Standpunkt er zu den Vorschlägen

¹¹⁶ Warszawski Dziennik Narodowy, 18.1. 1937, S. 3: Zydzi na Madagaskar; Jüdische Rundschau, 26.1. 1937, S. 1.

Der „Warszawski Dziennik Narodowy“ war mit einer Auflage von rund 12 000 neben dem „Kurjer Warszawski“ mit rund 60 000 Exemplaren das Hauptorgan der Endecja. Besonders der „Dziennik“ vertrat einen vulgären und aggressiven Antisemitismus. Der führende theoretische Kopf der Nationaldemokraten war Roman Dmowski (1864–1939), der die Gruppierung 1896 unter seiner Führung konstituiert hatte und als „Vater des polnischen Nationalismus und Antisemitismus“ (Korzec) bezeichnet werden kann. Dmowski, der als polnischer Unterhändler an der Friedenskonferenz in Versailles teilgenommen hatte, war streng anti-deutsch eingestellt und sah in der polnischen Nationalität den höchsten Träger der staatlichen Souveränität. Seine Idee von der Nation umfaßte nur die gleichsam eingeborenen Polen, aus denen ohne Rücksicht auf die ethnische und kulturelle Vielfalt ein homogenes nationalstaatliches Gebilde zu schaffen sei. Die Endecja wurde Mitte 1937 auf rund 30 000 Mitglieder geschätzt und war besonders stark in Zentral-Polen und Posen vertreten. Ihre Einstellung war pro-französisch und bekämpfte die von Beck betriebene pro-deutsche Politik. Neben Dmowski wurde sie von Roman Rybarski geführt. Der Einfluß der Endecja im Lande war als allgemein sehr hoch anzusehen, und Beobachter vermuteten im Juni 1937, bei einer Wahl könne die Partei mit 60 Prozent der Stimmen rechnen; AD Pologne 330, 220, Vertraulicher Bericht über Polen, 7. 6. 1937; Korzec, Juifs en Pologne, S. 33; Melzer, Last Years, S. 127.

¹¹⁷ Marie-René-Alexis Leger (1887–1975) war seit 1922 ein enger Mitarbeiter Briands gewesen und von 1933–1940 Generalsekretär im französischen Außenministerium; Leger wurde auch bekannt als Lyriker unter dem Namen Saint-John Perse und 1960 mit dem Literatur-Nobelpreis ausgezeichnet.

¹¹⁸ AD Pologne 330, 179, K-Afrique 91, 62, 19.1. 1937.

des „Comité“ einnehme. Er ließ ihn wissen, die Frage solle zwar genau untersucht, aber mit größter Vorsicht behandelt werden¹¹⁹.

Um dem offensichtlichen Mißverständnis bei der Aufnahme des Interviews von Moutet entgegenzuwirken, gab der Unterstaatssekretär im französischen Kolonialministerium, Paul Bouteille, dem Vertreter der Jewish Agency in Paris, Marc Jarblum¹²⁰, am 22. Januar zu verstehen, daß für das Jahr 1937 allenfalls an die Unterbringung von zehn (!) jüdischen Familien in den französischen Kolonien gedacht sei. Für das Jahr 1938 seien dann dreißig und für das folgende Jahr die Zahl von fünfzig Familien ins Auge gefaßt – alles andere also als eine Massenkolonisation. Vor der Presse erklärte Bouteille, daß die Pläne auf keinen Fall auf eine mögliche „Evakuierung von Juden aus Polen“ hinauslaufen würden, worüber die französische Regierung auch „einige Regierungen“ (gemeint war Polen) informiert habe. Die Hoffnungen verschiedener Mächte, Moutets Vorschläge würden eine Evakuierung der Juden aus ihren Ländern ermöglichen, so stellte Bouteille klar, sei ohne jede Basis¹²¹; es gehe in erster Linie um die Ansiedlung von Flüchtlingen, die sich bereits in Frankreich befänden¹²².

Moutet selbst erklärte gegenüber dem Präsidenten der „Fédération des Sociétés Juives“, Jefroikin, daß die Bedeutung seiner Vorschläge weit übertrieben worden sei. Wie schon sein Unterstaatssekretär sprach auch er davon, daß allenfalls an die Ansiedlung einzelner Familien gedacht sei, an Arbeiter dabei nur in Ausnahmefällen¹²³.

Seinen Kabinettskollegen Delbos ließ Moutet Mitte Februar wissen, daß sich die Untersuchungen zur Frage einer jüdischen Emigration in französische Besitzungen noch in seinem Ministerium in Bearbeitung befänden, daß das Haupthindernis bei der Realisierung dieser Projekte aber die Finanzfrage sei. In Gesprächen mit den Chefs der Kolonien hatte Einigkeit darüber bestanden, daß hier bedeutende Summen notwendig seien, da in den ersten Jahren der Ansiedlung die geplanten Plantagen mit Sicherheit hochdefizitär wären. Für die Neuen Hebriden habe man eine Summe von rund 300 000 Francs für jeden Immigranten veranschlagt. Die Behörden vor Ort könnten hierzu nur einen unbedeutenden Anteil beisteuern, und es sei daher notwendig, daß jüdische Organisationen die notwendigen Mittel bereitstellten, wenn ihre Kolonisationspläne eine ernste Chance auf Realisierung erhalten sollten. Er habe deshalb dem

¹¹⁹ AOM Madagascar 1 B 132, Kolonialminister Moutet an Generalgouverneur Cayla, Antananarivo, 19. 1. 1937.

¹²⁰ Jarblum, 1887 in Warschau geboren, war Mitbegründer der „Poale Zion“ in Polen, lebte seit 1907 in Paris und war einer der prominentesten Vertreter des sozialistisch orientierten Zionismus, für den er sich auch bei Léon Blum nachdrücklich einsetzte.

¹²¹ Jüdische Rundschau, 26. 1. 1937, S. 1. Die Zeitschrift „Jewish Affairs“ zitierte Bouteilles Äußerungen gegenüber Jarblum 1941 wörtlich: „The Quai d'Orsay has been informed that some foreign governments believe Colonial Minister Moutet's project will help their plans to evacuate their Jews. Such hopes are entirely without foundation.“ Zitiert nach Jewish Affairs, S. 12. Bouteille habe außerdem angedeutet, daß man nicht an eine umfangreiche Kolonisationsanstrengung denke, sondern an die Ansiedlung bereits in Frankreich befindlicher jüdischer Flüchtlinge, ebenda.

¹²² Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, 31. 1. 1937, S. 1: Der Plan des Ministers Moutet. Das „Gemeindeblatt“ war mit einer Auflage von 52 000 Exemplaren (1935) die größte jüdische Zeitung im Deutschen Reich.

¹²³ Jewish Affairs, S. 12.

„Comité“ und der „Emcol“ sowie der mit letzterer verbundenen „Ligue Territorialiste juive“ deutlich gesagt, daß sie, bisher stets um peinliche Abgrenzung voneinander bemüht, ihre Aktionen und Mittel koordinieren müßten, wenn sie überhaupt Aussichten auf Verwirklichung solcher Projekte haben wollten¹²⁴.

Moutet machte außerdem deutlich, daß die Initiative zu den Kolonisationsplänen von den genannten jüdischen Organisationen ausging, für die Überwindung der vor allem finanziellen Schwierigkeiten sollten sie deshalb auch selbst verantwortlich sein. Eine wohlwollende, aber skeptische Zurückhaltung und das stete Bemühen, keine Versprechungen zu geben, die man später nicht einhalten konnte, durchziehen alle Äußerungen der offiziellen französischen Seite.

Gegenüber einer jüdischen Arbeiter-Abordnung aus den Vereinigten Staaten betonte Moutet Ende Februar zwar noch einmal das allgemeine Wohlwollen der Regierung für eine jüdische Einwanderung in die französischen Kolonien¹²⁵, aber Mitte März wiederholte Bouteille in einem Interview mit der „Union Marocaine“ die beschränkten Möglichkeiten des ganzen Projekts. In den höher gelegenen Gebieten von Madagaskar seien zwar durchaus Ansiedlungsmöglichkeiten für einige gesunde junge Menschen vorhanden, doch könne diese Verteilung von Einwanderern keinesfalls eine endgültige Lösung der Judenfrage darstellen. Maximal einige hundert Personen könnten angesiedelt werden, wobei jeder Siedler mindestens tausend Pfund zur Verfügung haben müsse, da dem Kolonialministerium keine Mittel zur Ansiedlung zur Verfügung stünden¹²⁶. Befürchtungen zu den polnischen Plänen gab es nicht nur von Regierungsseite.

Die jüdische Presse Polens anerkannte in ihren Reaktionen zwar Moutets guten Willen, lehnte derartige Projekte jedoch entschieden ab. Nach einhelliger Auffassung gab es in den angesprochenen Gebieten keine ernsthaften Kolonisationsmöglichkeiten, man könne die Juden nicht in „Wüsten“ ansiedeln. Die wichtigste jüdische Zeitung der Hauptstadt, „Nasz Przegląd“, war stets um eine sachliche und möglichst aufklärend-abwägende Erörterung bemüht, wenngleich ihre Ausführungen zu Madagaskar häufig einen ironischen Unterton hatten. Sie verwies auf das für Europäer geradezu mörderische Klima der Insel sowie auf den hohen Kapitalbedarf für Ansiedlungen und meinte in ironisch-umkehrender Replik auf die bekannten Dimensionen der polnischen Auswanderungswünsche, Madagaskar könne sicher ohne weiteres eine Heimstatt für jüdische Millionäre werden. Die Zeitung „Hajnt“ unterstrich ebenfalls den guten Willen,

¹²⁴ AD Pologne 330, 187–188, K-Afrique 91, 89–90, C administrative, Culte Israélite, 37–38, 16.2. 1937, Kolonialminister Moutet an Außenminister Delbos.

¹²⁵ Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, 28.2. 1937, S. 1: Die Pläne für jüdische Einwanderung in französische Kolonien.

¹²⁶ Pariser Tageszeitung, 17.3. 1937; dort auch die grundsätzliche Stellungnahme Bouteilles im Namen seines Ministers für die jüdische Emigrations- und Kolonisationsgesellschaft „Emcol“; Jüdische Rundschau, 23.3. 1937, S. 1: Juden in französischen Kolonien. Die „Jüdische Rundschau“ widersprach abermals energisch dem Ansinnen, öffentliche jüdische Gelder für ein solch vages Unterfangen zur Verfügung zu stellen. Dazu ähnlich: Israelitisches Familienblatt, 25.3. 1937, S. 11–12: Frankreichs Projekt; Der Israelit, 25.3. 1937, S. 2: Die begrenzten Möglichkeiten Jüdischer Ansiedlung in französischen Kolonien; C.-V. Zeitung, 25.3. 1937: Jüdische Möglichkeiten in Frankreichs Kolonien. Die „C.-V. Zeitung“ wurde herausgegeben vom 1893 gegründeten „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und besaß 1935 eine Auflage von rund 40 000 Exemplaren.

mißverstand Moutets Vorschlag aber als naive Träumerei (vor welcher der Minister immer gewarnt hatte) und als Wasser auf die Mühlen der Antisemiten, weil dieser die Madagaskar-Frage als ein Element der Lösung der Judenfrage betrachten würde. Dies sei bei über drei Millionen Juden abwegig, selbst wenn einige Zehntausend Juden aus Polen nach Madagaskar emigrieren könnten¹²⁷.

In der jüdischen Wiener „Stimme“ wurde am 26. Januar ohne nähere Kommentierung ausführlich Moutets Interview wiedergegeben¹²⁸. Zwei Tage zuvor war in dieser Zeitung schon eine Meldung des „Pariser Hajnt“ zitiert worden, nach der „jüdische Organisationen in Paris in Zusammenarbeit mit amerikanischen und englischen jüdischen Organisationen Vorbereitungen zur Entsendung einer jüdischen Kommission treffen, die die vom Kolonialminister Moutet angebotenen Niederlassungsmöglichkeiten in französischen Kolonien an Ort und Stelle untersuchen soll“. In der jüdischen Presse der Vereinigten Staaten stießen die Kolonisationspläne nach ihrem Bekanntwerden im Januar ebenfalls durchweg auf Ablehnung¹²⁹. Die „Stimme“ zitierte eine Meldung der New Yorker Tageszeitung „Tog“, wonach die von Moutet genannten „Möglichkeiten für die Ansiedlung von Juden in überseeischen französischen Besitzungen praktisch bedeutungslos“ seien. Daß „Madagaskar klimatisch für die Ansiedlung von Europäern völlig ungeeignet ist, sei allgemein bekannt“¹³⁰.

In Deutschland drückte die zionistische „Jüdische Rundschau“ ihre reservierte Haltung zu den Äußerungen Moutets mit der diplomatischen Formel aus, man werde „auf autorisierter jüdischer Seite diese Angelegenheit mit großer Aufmerksamkeit verfolgen müssen“¹³¹. Die „C.-V. Zeitung“ zitierte die ablehnende Haltung der polnischen jüdischen Presse und plädierte dafür, anstelle der vorgeschlagenen Gebiete Transjordanien und Syrien für die Ansiedlung freizugeben, und auch in Australien bzw. Argentinien seien weit bessere Siedlungsmöglichkeiten als in den vorgeschlagenen „wüsten Gebieten“¹³². Im gleichen Sinne äußerten sich das „Israelitische Familienblatt“ und „Der Israelit“¹³³. Ersteres brachte Ende Januar eine kurze Skizze der ins Auge gefaßten Territorien und mahnte zugleich zu sehr starker Zurückhaltung bezüglich der Aussichten des Projekts. Doch sei eine sachverständige Prüfung in jedem Fall zu befürworten, da angesichts des Mangels an Gebieten, in welche die Juden noch einwandern könnten, jede Möglichkeit ausgenutzt werden müsse¹³⁴. In die gleiche Richtung argumentierte das „Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin“, das festhielt, daß, selbst wenn die französischen Kolonien nicht für eine Masseneinwanderung geeignet seien, dennoch Auswanderungsraum benötigt werde. Der „Hilfsverein der deutschen Juden“ wurde aufgefordert, an die jüdischen Auswanderungsor-

¹²⁷ Nasz Przegląd, 20. 1. 1937, S. 5: W mlynie opinii: Zydzi na Madagaskar; AD K-Afrique 91, 85–86, 21. 1. 1937.

¹²⁸ Die Stimme, 26. 1. 1937, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 164–166; auch zum Folgenden.

¹²⁹ AAN Amb. Waszyngton 2625, Übersicht über die jüdische Presse durch das polnische Generalkonsulat in New York für Januar 1937; zu Madagaskar finden sich Artikel u. a. in „Der Tog“, „Yidisher Kemfer“ und „American Hebrew“.

¹³⁰ Die Stimme, 26. 1. 1937, S. 164.

¹³¹ Jüdische Rundschau, 19. 1. 1937, S. 1: Judensiedlung in französischen Kolonien?

¹³² C.-V. Zeitung, 21. 1. 1937: Ansiedlungsmöglichkeiten in französischen Kolonien?

¹³³ Israelitisches Familienblatt, 21. 1. 1937, S. 2: Ansiedlung in französischen Kolonien; Der Israelit, 21. 1. 1937, S. 2: Französische Kolonien für Judensiedlung, S. 5: Wieder Madagaskar?

¹³⁴ Israelitisches Familienblatt, 28. 1. 1937, S. 1: Ein neues Kolonisationsprojekt.

ganisationen im Ausland heranzutreten, um an den Verhandlungen mit der französischen Regierung beteiligt zu werden¹³⁵. „Der Israelit“ kommentierte spöttisch, der „Madagaskarplan“ sei früher schon von Polen ausgegangen und habe als „abgetan“ gegolten. Auch wenn jetzt die Franzosen das Thema aufgegriffen hätten, bessere sich durch diesen „Firmenwechsel“ das „Klima in Madagaskar nicht im geringsten“¹³⁶.

Barsche Ablehnung war dann bereits Ende Januar nach weitgehender Klärung der mißverständlichen Motive Moutets seitens der „Jüdischen Rundschau“ zu vernehmen. Nachdem die Emigrationsgesellschaft „Emcol“ dazu aufgerufen hatte, die Judenheit der Welt möge den französischen Kolonisationsplänen volles Interesse entgegenbringen, reagierte das Blatt mit einer ironisch formulierten, doch ebenso scharfen wie treffend realistischen Gegenattacke: Es gebe leider eine Menge auswandernder Juden, jedoch keine Gebiete, in denen sie angesiedelt werden könnten. So sei es nur zu verständlich, wenn Organisationen, deren Zielsetzung die Ansiedlung jüdischer Emigranten sei – zumal wenn diese Organisationen zumeist von Emigranten selbst betrieben würden –, sich auf jede kleinste Meldung stürzten. Moutets Äußerungen seien, wie die Zeitung zu Recht feststellte, mehr eine gutmütige Geste gewesen, in der Hoffnung getan, „daß die Inhaltlosigkeit der Versprechungen vom Publikum erkannt werden würde“. In einer Atmosphäre jedoch, „in der die Not bis zu grotesken Verzerrungen des Wahnsinns oder der Narrheit gediehen ist“, brauche man zumindest Stoff zum Diskutieren. Denn auch nachdem Moutet klargestellt hatte, daß die Franzosen weder konkrete Kolonisationspläne noch überhaupt konkrete Vorstellungen hatten¹³⁷, und selbst nachdem die Dimension des Projektes auf zehn Familien von in Frankreich ansässigen Flüchtlingen konkretisiert worden war, blieben die Illusionen mächtig. Der Kommentator schrieb prophetisch, wahrscheinlich werde jetzt eine kleine Kommission eine Forschungsreise nach Madagaskar oder Neu-Kaledonien antreten, „wodurch wieder drei oder vier Leute ein Jahr lang beschäftigt sein werden. Es bedarf aber keiner besonderen Voraussicht, um zu ahnen, daß das Resultat sehr gering sein wird.“¹³⁸

Auch in der französischen Presse stießen die Gedanken auf Ablehnung. In der „Gazette Coloniale“ zeigte sich Pierre Mille in einer ausführlichen Darstellung äußerst skeptisch gegenüber einer jüdischen Siedlung auf Madagaskar. Die Insel brauche, wenn überhaupt, Menschen, die Neuland kultivierten und die Insel erschlossen. Obwohl die Juden in Palästina gezeigt hätten, daß sie hierzu durchaus in der Lage wären, sei doch erhebliche Zurückhaltung angebracht. Das Land brauche keine

¹³⁵ Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, 31.1. 1937, S.1: Der Plan des Ministers Moutet. Der „Hilfsverein“ hatte schon einige Tage vorher zu den drei von Moutet genannten Gebieten Stellung genommen und mitgeteilt, daß „die Gebiete, deren Eignung für die Ansiedlung größerer jüdischer Massen untersucht werden soll, *keinesfalls zu den für Europäer wirklich günstigen Siedlungsgebieten*“ gehörten, weil sie vor allem „in klimatischer Hinsicht fast durchweg Anlaß zu schweren Bedenken“ gäben. In jedem Fall sei es falsch, von den diskutierten Gebieten „in Kürze eine *fühlbare Erleichterung* des jüdischen Auswanderungsproblems zu erwarten“, zitiert nach Jüdische Rundschau, 29.1. 1937, S. 5: Die französischen Ansiedlungspläne; Hervorhebungen im Original.

¹³⁶ Der Israelit, 21.1. 1937, S. 4: Wieder Madagaskar?

¹³⁷ Interview Moutets mit der Jüdischen Rundschau, 22.1. 1937.

¹³⁸ Jüdische Rundschau, 29.1. 1937, S. 2: Madagaskar.

Händler, meinte Mille vor dem Hintergrund der Berufsstruktur der polnischen Juden, und es müsse verhindert werden, daß auf der Insel ein fruchtloses Proletariat entstehe¹³⁹.

6. Eine Untersuchungskommission für Madagaskar

All die retardierenden und um Klärung bemühten Aktivitäten des Kolonialministeriums konnten die polnische Seite in ihren aus den Kontakten zwischen Beck und Blum bzw. Delbos als berechtigt abgeleiteten Bemühungen und Hoffnungen nicht bremsen. Am 27. März 1937 fand ein Gespräch zur Madagaskar-Frage zwischen dem polnischen Beauftragten Frankowski und dem Politischen Direktor des Quai d'Orsay, Paul Bargeton, statt, woraufhin am 31. März Delbos seinen Kollegen im Kolonialministerium wissen ließ, daß die Polen eine Kommission zusammengestellt hätten, um die Möglichkeiten einer Ansiedlung polnischer Juden auf Madagaskar vor Ort überprüfen zu lassen. Zur Vorbereitung der Reise und zur Information über die Insel bei den entsprechenden französischen Behörden werde die Kommission in Kürze nach Frankreich kommen¹⁴⁰.

Am 15. April faßte Frankowski den Stand der Verhandlungen auch für den Kolonialminister in einem Brief zusammen. Ausgehend von den Gesprächen zwischen Beck und Blum sowie Beck und Delbos und seinen eigenen Gesprächen mit Unterstaatssekretär Viennot, sollte eine Kommission nach Madagaskar entsandt werden mit der Aufgabe, „d'étudier les possibilités de l'établissement d'un certain nombre de familles juives de Pologne dans cette possession de la France“¹⁴¹. Die Kommission werde aus drei bis vier Mitgliedern bestehen, von denen zwei Juden sein sollten, und geleitet werden von Mieczyslaw Lepecki, einem Experten der polnischen Regierung. Da die Gruppe vor ihrer Abreise nach Paris kommen werde, bat er um einen Empfang bei Moutet und um Unterstützung der Exkursion. Léon Cayla, der Gouverneur von Madagaskar, hatte seine Hilfe für die Arbeit der Kommission bereits zugesichert¹⁴².

Mitte April 1937 meldete die „Jüdische Telegraphen-Agentur“, daß die polnische Regierung auch jüdische Organisationen mit der Aufforderung angesprochen habe, sich an der Expedition nach Madagaskar zu beteiligen. Die betreffenden Verbände hätten diese Einladung jedoch abgelehnt¹⁴³. Der Generalsekretär der Konsultativkommission für die Flüchtlinge aus Deutschland, Lambert, war über die Meldungen, daß eine polnische Kommission mit Zustimmung der französischen Behörden zum Studium der Siedlungsmöglichkeiten auf die Insel reisen werde, beunruhigt, da diese Mitteilung

¹³⁹ Pierre Mille: Les Juifs à Madagascar?, in: La Gazette Coloniale, 7.2. 1937; AOM, Agence F.O.M. cart. 312, dossier 3.

¹⁴⁰ AD K-Afrique 91, 97, Pologne 330, 197, Außenminister an Kolonialminister, 31.3. 1937. Beck meinte in seinen Memoiren, man habe diese Kommission „malgré la résistance routinière de l'administration coloniale française“ durchgesetzt, was angesichts der zwar ob der Erfolgsaussichten skeptischen, aber offenen Haltung der Franzosen als zumindest übertrieben, wenn nicht schlicht die Tatsachen umdeutend bewertet werden muß; Beck, Dernier Rapport, S. 140.

¹⁴¹ AD K-Afrique 91, 99, 15.4. 1937.

¹⁴² Ebenda, 100.

¹⁴³ Der Israelit, 15.4. 1937, S. 2: Kommission nach Madagaskar.

bzw. die mit der Unternehmung verbundenen Erwartungen in den jüdischen Massen Polens Hoffnungen zu wecken geeignet seien, die diese zu einem Exodus veranlassen könnten, dessen Folgen früher oder später Frankreich zu tragen haben würde. Lambert wünschte deshalb dringend ein Dementi¹⁴⁴.

Der Leiter der durch die Polen berufenen Untersuchungskommission, Mieczyslaw B. Lepecki, war ein ehemaliger Adjutant Pilsudskis. Die zwei jüdischen Mitglieder waren der Warschauer Léon Alter und der Agrarexperte Salomon Dyk¹⁴⁵ aus Tel Aviv. Die „Jüdische Telegraphen-Agentur“ betonte in ihrem Bericht über die Zusammensetzung der Kommission ausdrücklich, daß die Teilnehmer nur in ihrer persönlichen Eigenschaft, nicht als Vertreter irgendwelcher Organisationen an der zunächst auf ein halbes Jahr konzipierten Untersuchungsreise teilnahmen¹⁴⁶. Diese Klarstellung war vor allem für die jüdischen Vertreter von Bedeutung, war doch Léon Alter Direktor der jüdischen Auswanderungsgesellschaft „JEAS“ in der polnischen Hauptstadt. Sie machte deutlich, daß von jüdischer Seite entgegen den Wünschen und Behauptungen des „Comité“, aber entsprechend der in der internationalen Presse immer wieder vorgebrachten Bedenken, keine offizielle Unterstützung für die polnischen Pläne zu erreichen war. Man wäre möglicherweise bereit gewesen, eine allein von jüdischer Seite durchgeführte Untersuchung zu unterstützen, um neue Emigrationsgebiete für kleine Gruppen von Siedlern zu finden, doch war die enge Verbindung mit den polnischen Kolonialinteressen, wie sie durch Lepeckis hervorgehobene Rolle als Leiter der Gruppe noch verstärkt zum Ausdruck kam, nicht geeignet, jene Bedenken zu zerstreuen, die in dem ganzen Unternehmen ein politisch wie kolonisatorisch aussichtsloses Unterfangen sahen.

Es gelang dem „Comité“ nicht, die durch die polnische Initiative in Reaktion auf Moutets Interview gleichsam zum Selbstläufer unter Warschauer Vorzeichen entwickelte Debatte wieder in jene Bahnen zurückzulenken, in denen die eigenen Pläne und

¹⁴⁴ AD K-Afrique 91, 101, 16.4. 1937; 102, 23.4. 1937, Außenminister an Kolonialminister.

¹⁴⁵ Salomon Dyk stammte aus dem österreichischen Galizien und wurde nach der Wiedererrichtung Polens polnischer Staatsbürger. Sein Hauptbetätigungsfeld hatte jedoch von jeher im Deutschen Reich gelegen, wo er sich mit Unterbrechungen seit 1907 aufhielt. Hier hatte er seine Ausbildung bis zum Abschluß als Diplom-Landwirt absolviert und ging 1909/10 zur Betreuung der ersten Siedlungsgenossenschaft nach Merchawia in Palästina, einer Gründung des Nationalökonomen, Soziologen und Arztes Franz Oppenheimer. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges kehrte er nach Deutschland zurück und arbeitete von März 1915 bis März 1919 als Landwirtschaftsexperte für die Preußische Domänenverwaltung bei der Urbarmachung von fiskalischen Moorländereien in Schleswig-Holstein. Daneben war er zwischen 1917 und 1925 bei den Hirsch-Kupfer- und Messingwerken für die landwirtschaftliche Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln zuständig. Seit 1920 arbeitete Dyk als Geschäftsführer der von Oppenheimer ins Leben gerufenen Siedlungs-Treuhand-GmbH, an der der preußische Staat zur Hälfte beteiligt war. Als im Herbst 1932 bekannt wurde, daß er polnischer Staatsbürger war, wurde ihm fristlos gekündigt. Die ihm zugestandene Abfindung wurde nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten auf Basis des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ auf weniger als ein Fünftel gekürzt, weshalb Dyk vor dem Reichsgericht einen Prozeß anstrebte, den er allerdings im Juli 1935 verlor; PAAA R 104194, Der Reichs- und Preußische Minister für Ernährung und Landwirtschaft an das Auswärtige Amt, 15.10. 1937.

¹⁴⁶ Israelitisches Familienblatt, 22.4. 1937, S. 12: Madagaskar; C.-V. Zeitung, 22.4. 1937: Die polnische Madagaskar-Expedition.

Hoffnungen im Mittelpunkt standen. Moutet hatte diesen Wünschen stets sein Wohlwollen entgegengebracht und behielt diese grundsätzliche Haltung auch bei, wurde jedoch durch die außenpolitisch-kolonialen Implikationen, die sich aus den polnischen Wünschen ergeben konnten, noch stärker zur Vorsicht gedrängt.

Als er am 4. Mai die Mitglieder der Kommission vor ihrer Abreise nach Madagaskar in Begleitung des Warschauer Botschafters Lukasiewicz empfing, versicherte er einerseits seine positive Haltung zur Frage einer polnischen Ansiedlung in den französischen Kolonien¹⁴⁷, wiederholte aber andererseits die Warnung, bei vielen unglücklichen Menschen nicht erfüllbare Hoffnungen zu wecken. Madagaskar könne niemals für eine Massenauswanderung dienen. Materielle Unterstützung müsse von seiten interessierter jüdischer Stellen kommen, Frankreich sei zur Finanzierung einer solchen Ansiedlung nicht in der Lage¹⁴⁸. Die französische Regierung stehe, so ließ Moutet in einem Communiqué mitteilen, Kolonisationsexperimenten in Madagaskar freundlich gegenüber, weil man eine liberale Haltung gegenüber befreundeten Nationen einnehme, die keinen Kolonialbesitz hätten; dies solle aber nicht in dem Sinne ausgelegt werden, daß man einen Exodus von Menschen hervorzurufen wünsche¹⁴⁹. Am 5. Mai 1937 machte sich die Lepecki-Kommission von Marseille aus per Schiff auf ihre Reise nach Madagaskar¹⁵⁰.

Rund zwei Wochen später, am 21. Mai, veröffentlichte das Bulletin des polnischen Außenministeriums eine Stellungnahme zur Haltung der Warschauer Regierung hinsichtlich „Palästina – Madagaskar“¹⁵¹. Das Communiqué sollte vor allem jüdische Befürchtungen beruhigen, die polnische Administration wolle die Auswanderung nach Palästina in andere Richtungen umlenken. Die Regierung habe den jüdischen Ansiedlungen in Palästina niemals Hindernisse in den Weg gelegt und werde dies auch weiterhin nicht tun. Der Warschauer Botschafter in London habe darauf hingewiesen, daß eine Öffnung Palästinas im polnischen wie im Interesse der Juden in Polen liege. Allerdings müsse man klar sehen, daß Palästina als Emigrationsgebiet nur eine begrenzte Aufnahmefähigkeit besitze, weshalb Außenminister Beck schon in einem Interview mit der „New York Times“ am 30. Januar 1937 auf dieses Problem sowie die mangelnde Aufnahmefähigkeit der europäischen Territorien hingewiesen und deutlich gemacht habe, daß man aus diesem Grunde auch nach überseeischen Emigrationsgebieten Ausschau halten müsse.

Angesichts der Bereitschaft der französischen Regierung, Madagaskar für jüdische Emigranten zugänglich zu machen, habe sich die Regierung positiv zu einer Expedition von Experten gestellt, die an Ort und Stelle die objektiven Umstände erforschen könne. Auf dieselbe Weise würden auch alle anderen Gebiete untersucht, in denen es jetzt

¹⁴⁷ Lepecki, Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego, Tom IV, S. I.

¹⁴⁸ AAN Konsulat Marseille 6, Bericht der polnischen Botschaft Paris an den Außenminister, 14. 5. 1937, Raport Polityczny XVIII/2.

¹⁴⁹ C.-V. Zeitung, 13. 5. 1937, S. 1: Das Madagaskar-Projekt; Israelitisches Familienblatt, 20. 5. 1937, S. 12: Keine Illusionen. Vgl. auch Frankfurter Zeitung, 13. 5. 1937: Jüdische Siedlungspläne in Madagaskar; Frontmiliz, Wien, 29. 5. 1937: Auswanderungsmöglichkeiten für die Juden, beide abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 166–167.

¹⁵⁰ Vgl. AAN Konsulat Marseille 6, Mitteilung der polnischen Botschaft Paris über die bevorstehende Reise an das Konsulat in Marseille, 15. 4. 1937.

¹⁵¹ Polska Informacja Polityczna, 21. 5. 1937, in: Gazeta Polska, 22. 5. 1937, S. 2: Palestyna – Madagaskar.

oder in Zukunft Möglichkeiten zur Ansiedlung jüdischer Emigranten gäbe. Damit werde aber keineswegs die erstrangige Bedeutung Palästinas für die jüdische Nation in Frage gestellt. Vielmehr solle dem auch von Wissenschaftlern und jüdischen Politikern konstatierten Emigrationshunger der jüdischen Massen in Polen Rechnung getragen werden, für den Palästina im Moment nicht ausreiche. Indem die Regierung Emigrationsgebiete für den Überfluß des jüdischen Volkes suche, wirke sie nicht nur im Interesse des demographischen Gleichgewichts des überbevölkerten Staates, sondern auch im Interesse der jüdischen Massen, die nach dem Krieg in ihren traditionellen Emigrationsbewegungen gehemmt worden seien.

Die inzwischen um den im Auftrag der „Gazeta Polska“ reisenden Arkady Fiedler¹⁵² erweiterte Kommission erreichte nach einer 26tägigen Schiffsreise den madagassischen Hafen Tamatave und traf am 3. Juni 1937 in der Hauptstadt Antananarivo ein¹⁵³. Die Arbeit Lepeckis wurde ebenso wie der länger dauernde Aufenthalt Arkady Fiedlers auf Anweisung des polnischen Außenministeriums vor Ort vom polnischen Konsulat der Insel unterstützt, das allerdings erst nach der Ankunft der Kommission über diese informiert worden war und deshalb keine Vorarbeiten hatte leisten können¹⁵⁴. Am 9. des Monats fand eine Sitzung mit den Experten des Generalgouverneurs für Wirtschaftsfragen, Technik, Medizin, Sanitätswesen und Hygiene, Landwirtschaft und Kataster statt. Zunächst wurden als Ergebnis dieser Beratungen drei Zonen der Insel für eine nähere Untersuchung ins Auge gefaßt: das Gebiet zwischen Soavinandriana und Tsiroanomandidy, ein weiteres zwischen Ihosy und Betroka und schließlich das Ankai-zinana-Gebiet im Norden der Insel. Allen drei Territorien war gemein, daß sie über reichlich frei disponibles Land verfügten und wegen ihrer Höhenlage zwischen 700 und 1100 Metern ein gemäßigtes Klima aufwiesen. Man beschloß, die Gebiete in der genannten Reihenfolge zu bereisen, wobei ein Tierarzt und ein Agraringenieur aus dem Stab des Generalgouverneurs die Gruppe begleiten sollten¹⁵⁵.

Schließlich unternahm die Kommission dann fünf Reisen, bei denen sie insgesamt 11 000 km zurücklegte. Sie besuchte das zentrale Hochplateau, insbesondere die nähere Umgebung von Antananarivo, Tsiroanomandidy und Belobaka sowie eine staatliche Landwirtschaftsniederlassung, in der gefangene Eingeborene arbeiteten. Die zweite Reise führte an die Küste des Indischen Ozeans in die Städte Tamatave und Mananjary

¹⁵² Die „Gazeta Polska“ hatte bereits am 25. Januar die Reise Fiedlers nach Madagaskar angekündigt, von wo aus er eine Reportage über die Insel liefern werde, die nicht nur von literarischer, sondern auch von politisch-wirtschaftlicher Wichtigkeit sei; *Gazeta Polska*, 25.1. 1937, S. 3–4; Aleksander Czyzewski: *Ukajali, Kanada i... Madagaskar*; *AD Pologne* 330, 189, K-Afrique 91, 91–92, 19.2. 1937.

¹⁵³ AOM Madagascar Série B, 8 B 162, Telegramm No. 142, 2.6. 1937, Moutet an Cayla; 8 B 16, Telegramm No. 160, 3.6. 1937, Cayla an Moutet; Lepecki, *Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego*, Tom IV, S. II.

¹⁵⁴ AAN Konsulat Marseille 336, Telegramm Apolonjusz Zarychtas (Abteilung Politische Emigration des Außenministeriums) an das polnische Konsulat in Marseille, 5.6. 1937; Brief des polnischen Generalkonsuls in Marseille an den Konsul in Antananarivo, 11.6. 1937; Konsulat Marseille 6, Antwort des polnischen Konsuls in Antananarivo an den Generalkonsul in Marseille, 15.6. 1937; Konsulat Marseille 763, Brief des polnischen Konsuls in Antananarivo an den Generalkonsul in Marseille, 5.7. 1937.

¹⁵⁵ AOM Madagascar Série B, 3 B 108, Bericht des Generalgouverneurs an den Kolonialminister, 22.6. 1937.

sowie zur größten Versuchsstation der Insel in Ivoloïna. Im äußersten Süden, dem Ziel der dritten Route, wurden unter anderem die Gebiete um Betroka und Fort Dauphin mit seinen Rizinus- und Sisalplantagen besichtigt. Die vierte Exkursion führte an die Nordwestküste der Insel über Majunga, Nossi Bé und Diégo Suarez bis zur Nordspitze, dem Cap d'Ambre. Die letzte und zugleich erfolgreichste Erkundungstour führte die Kommission ins Ankaïzinana-Gebiet, das vom Generalgouverneur besonders empfohlen worden war¹⁵⁶.

7. Reaktionen

Die Reaktion in der madagassischen Presse auf die polnisch-jüdische Kommission war bis auf wenige Ausnahmen unverhohlen feindlich und bisweilen von einem deutlichen Antisemitismus durchzogen. Während Lepecki, Alter und Dyk noch auf der Reise waren, stieß die geplante Untersuchung schon auf ein von zahlreichen Gerüchten genährtes Echo und Begriffe wie „Madagascar juive“ tauchten auf¹⁵⁷. „La Tribune“ allerdings zeigte sich keineswegs abgeneigt, die Polen eine Kolonisation versuchen zu lassen. Man habe auf der Insel schon alle möglichen Späher, Untersuchungsreisende und fremdländische Pflanzer gehabt, und eventuell könnten neue Siedler der Insel von Nutzen sein, wobei jedoch das wichtigste sei, daß sich hinter ihrem Kommen kein politisches Ziel verstecke¹⁵⁸.

Der „Petit Tananarivien“ plädierte dagegen eindeutig gegen eine Immigration von weiteren Ausländern nach Madagaskar und veröffentlichte eine Resolution, wonach sich „die französische Kolonialversammlung, die die einheimischen und mutterländischen Gesellschaften repräsentiert“, in ihrer Sitzung vom 19. Mai, „angeregt durch die anhaltenden Gerüchte bezüglich der Verschickung von 25 000 Polen nach Madagaskar, entschlossen, die Vereinigung des Mutterlandes und der Kolonien zu erreichen, gegen jede massive ausländische Immigration in die französischen Kolonien“ ausgesprochen habe¹⁵⁹.

Im „Paris-Tana“ berichtete Marc Chaumet, der dem Ansiedlungsvorhaben verhalten skeptisch gegenüberstand, Mitte Juli von seinen Gesprächen mit der Kommission. Er habe auf die vielfältigen Schwierigkeiten aufmerksam gemacht und hoffe, daß die Gutachtergruppe zu einem unparteiischen und kompetenten Ergebnis komme, das ihren Landsleuten ein eventuell an Menschenleben und Geld kostspieliges Experiment erspare¹⁶⁰. „La Tribune“ gab am 31. Juli einen Artikel aus „L'Economiste Colonial“ wieder, der sich gegen die Zuwanderung Fremder nach Madagaskar aussprach und festhielt, daß die jetzigen Siedler und die Einheimischen die Kommission als Vorhut einer Invasion unfreundlich aufnahmen. Vor allem sehe man die Gefahr, daß die neuen Bewohner, mit großen Summen zur Urbarmachung brachliegender Gebiete ausgestattet, sich auf Grund ihrer „Mentalität“ zuallererst um sich selbst und nicht um das Gemeinwohl

¹⁵⁶ Lepecki, Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego, Tom. IV, S. V; Ders., Madagaskar, S. 8 f. Auf Grund der kaum entwickelten Infrastruktur wurden die Reisen mit 55 Trägern zurückgelegt. Die Kommissionsmitglieder ließen neben dem Gepäck auch sich selbst tragen.

¹⁵⁷ Zitat in La Tribune, 29.5. 1937.

¹⁵⁸ La Tribune, 29.5. 1937: Ne nous affolons pas!

¹⁵⁹ Le Petit Tananarivien, 22.7. 1937, Contre la Colonisation Juive à Madagascar.

¹⁶⁰ Paris-Tana, 27.7. 1937, Marc Chaumet: A propos de la venue (?) d'immigrants polonais [sic/].

kümmern würden. Deutlich wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß die neuen Siedler, von denen man annahm, es würden Juden sein, nicht lange im Ackerbau beschäftigt bleiben, sondern sich auf den Handel verlegen oder mit den Ortsansässigen in Konkurrenz um die sonstigen Arbeitsplätze treten würden. Auch würden sie durch die in Aussicht gestellte Hilfe des Kolonialministers und sonstiger Fonds gegenüber den Einheimischen und den hier seit langem lebenden französischen Siedlern bevorteilt¹⁶¹.

Die jüdische Presse Polens sah nicht allein die zitierten hehren Äußerungen in der „Polska Informacja Polityczna“ vom 21. Mai sehr viel trockener. „Nasz Przegląd“ äußerte sich ausnehmend kritisch zur entsandten Studienkommission und stellte klar, daß die französische Regierung nur von einer kleinen Zahl Emigranten gesprochen habe. Es gebe keinen Weg in diese Richtung, auch der gewaltsamste Druck auf die jüdischen Massen – eine Anspielung auf die brutalen antisemitischen Ausschreitungen in Brest-Litowsk am 15. Mai, bei denen Tausende Juden ihre Existenzgrundlage verloren hatten – ändere nichts an den Realitäten der internationalen Lage, wonach die historischen Wanderungsprozesse zur Zeit unterbrochen seien. Die jüdischen Massen blieben nicht vor Ort, weil sie dies unbedingt wollten, sondern weil ihnen tatsächlich keine andere Wahl bleibe¹⁶².

Am 28. Mai machte sich dieselbe Zeitung in einer Satire über die Untersuchungskommission lustig und malte aus, wie sie nach drei Jahren intensivster Forschung mit Dutzenden Kisten Beweismaterial in Spezialwaggons zurückkehren werde, um dann in einem ausführlichen Bericht über so wichtige Themen wie das Zeitalter der Renaissance auf Madagaskar berichten zu können¹⁶³.

Anfang Juli 1937 warnte auch der „Kurjer Poranny“ vor verfrühten Hoffnungen auf Madagaskar, weil angesichts der Tatsache, daß die Franzosen auf den Kapitalmangel hingewiesen hätten und sich kaum an der finanziellen Ausstattung einer solchen Ansiedlung beteiligen würden, eine solche Kolonisation für Polen schwer zu bewerkstelligen sei. Ohne fremde Hilfe habe eine jüdische Emigration nach Madagaskar kaum Aussichten auf Erfolg, weshalb das natürliche Ziel aller Bemühungen Palästina bleibe, wofür sich Kapitalien sammeln ließen und das Land auch vorbereitet sei. Wenn Frankreich Kolonisten wolle, so solle es polnische Bauern nehmen, die robuster seien und das Land urbar machen könnten. In jedem Falle aber werde die Organisation der Emigration nach Madagaskar sicher eine unbestimmte Zahl von Jahren in Anspruch nehmen und damit einer schnellen Erleichterung des Judenproblems kaum dienen¹⁶⁴.

Die „Jüdische Rundschau“ informierte ihre Leser unter Verweis auf die zahlreichen Nachrichten über das französische Angebot und die Reise der Studienkommission zwischen Juni und August 1937 durch den Abdruck einer mehrteiligen Serie des in Antananarivo lebenden W.J.H. Nyèssen über die Insel und eventuelle Siedlungsmöglichkei-

¹⁶¹ La Tribune, 31.7. 1937, Mission étrangère que Madagascar verra sans plaisir.

¹⁶² Nasz Przegląd, 23.5. 1937; AD Pologne 330, 206–209, K-Afrique 91, 107–110, Botschafter Noël an Außenminister Delbos, 25.5. 1937. Zum Pogrom in Brest-Litowsk vgl. Pologne 330, 210–215, Noël an Delbos, 25.5. 1937.

¹⁶³ Nasz Przegląd, 28.5. 1937, S.5: Ultim: Madagaskar.

¹⁶⁴ Kurjer Poranny, 7.7. 1937, S.2: Rzeczy realne i rzeczy mozliwe; AD Pologne 330, 238–241, K-Afrique 91, 113–115, 7.7. 1937, Botschafter Noël an Außenminister Delbos.

ten¹⁶⁵. Nyëssen offenbarte reichlich Ressentiments gegen die eingeborene Bevölkerung und war voller Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten jüdischer Kolonisation. Er äußerte sich häufig so euphorisch, daß man seine Berichte in großen Teilen nur als wichtigtueriesches Wunschdenken qualifizieren kann. Er hoffe, die Juden würden auf Madagaskar „einen Vorposten der weißen Menschheit bilden, zur Sicherstellung der mehr und mehr vordringenden Mächte des Ostens“. Die Insel sei vergleichbar mit Kenia, Rhodesien oder Süd-Afrika, es gebe auf ihr „Raum und Boden genug [...] für dreißig Millionen“¹⁶⁶. Das Hochland der Insel habe ein ausgezeichnetes Klima, aber statt 15 Millionen, wie auf vergleichbarer Fläche in Europa, lebten hier nur eineinhalb Millionen Menschen¹⁶⁷. Deshalb sei es wünschenswert, daß die Juden die Situation ausnutzten, „bevor andere die Plätze besetzen“¹⁶⁸. Den Sturm in der Lokalpresse, den die Studienkommission hervorgerufen hatte, brauche man nicht ernst zu nehmen, weil, wie er meinte, der Kolonialpresse „meist Unabhängigkeit und Sachlichkeit“ fehle¹⁶⁹.

Nyëssen teilte seinen, durch keinerlei Argumente unter Hinweis auf die komplexen Realitäten vor Ort zu erschütternden, positiven Eindruck¹⁷⁰ über die Insel im April 1938 auch Polens Außenminister Beck mit. Er wiederholte, seiner Meinung nach eigne sich Madagaskar hervorragend für eine jüdische Siedlung, eine Tatsache, die von interessierten Kreisen, besonders den Zionisten mit ihrer Blickverengung auf Palästina, unterdrückt werde¹⁷¹.

Inzwischen war die Untersuchungskommission von ihrer Reise in den Süden der Insel in die madagassische Hauptstadt zurückgekehrt, wo sie sich zehn Tage aufhielt und am 17. Juli ihre Reise in Richtung Ankaizinana und Sambirano fortsetzte¹⁷². Am 20. Juli 1937 teilte Cayla nach Paris mit, daß sich die Kommission gerade im Ankaizinana-Gebiet befinde, das für eine Kolonisation mit Europäern teilweise geeignet erscheine¹⁷³.

Am 1. August 1937 verließ die Gutachtergruppe von Majunga aus die Insel. Ihre Wahl scheine auf das Ankaizinana-Gebiet gefallen zu sein, berichtete der Generalgouverneur an seinen Minister, wo sie ein Territorium von rund 45 000 ha favorisierten¹⁷⁴.

¹⁶⁵ Jüdische Rundschau, 8. 6. 1937, S. 3: Madagaskar. Zum Problem jüdischer Siedlung; dazu eine Kartenskizze am 15. 6. 1937: Wo liegt Madagaskar?; 25. 6. 1937, S. 3: Madagaskar als Siedlungsland; 16. 7. 1937, S. 3: Madagaskar. Widerstände und Möglichkeiten; 10. 8. 1937, S. 8: Untersuchung auf Madagaskar. Nyëssen, geb. am 30. 3. 1886, war holländischer Anthropologe und seit dem 27. März 1937 auf der Insel. Als Motiv seiner Reise nannte er die Äußerungen Moutets, nach denen er sich vor Ort habe kundig machen wollen.

¹⁶⁶ Jüdische Rundschau, 8. 6. 1937, S. 3.

¹⁶⁷ Jüdische Rundschau, 25. 6. 1937, S. 3. Die Redaktion der Zeitung bemerkte einleitend, daß der Bericht vielen zu optimistisch vorkommen werde und zweifellos in scharfem Widerspruch zu hergebrachten Meinungen stehe.

¹⁶⁸ Jüdische Rundschau, 25. 6. 1937, S. 3.

¹⁶⁹ Jüdische Rundschau, 16. 7. 1937, S. 3.

¹⁷⁰ Ein besonders instruktives Beispiel bietet hier sein Bericht in der „Jüdischen Rundschau“ vom 10. 8. 1937.

¹⁷¹ AAN Konsulat Marseille 336, Brief Nyëssens an Beck, 3. 4. 1938.

¹⁷² La Tribune, 20. 7. 1937.

¹⁷³ AOM, Madagascar Série B 3 B 102, Bericht Gouverneur Caylas an den Kolonialminister, 20. 7. 1937.

¹⁷⁴ AOM, Madagascar Série B, 3 B 103, Bericht Gouverneur Caylas an den Kolonialminister, 24. 8. 1937.

Der Agraringenieur Ciolina, welcher die polnische Kommission während ihrer Untersuchung begleitet hatte, faßte seine Eindrücke in einem Bericht für den Kolonialminister zusammen¹⁷⁵. In einem letzten Gespräch mit Cayla hatten Lepecki und seine Begleiter jedoch versichert, daß keine Entscheidung getroffen würde, bevor nicht eine neue, technische Kommission vor Ort Untersuchungen durchgeführt und ein gesichertes Urteil abgegeben habe¹⁷⁶.

8. Die Rolle jüdischer Hilfsorganisationen und die jüdische Haltung zu Madagaskar

Das „Comité pour la Défense des Droits des Israélites en Europe Centrale et Orientale“ war mit seinem Antrag, Madagaskar für die Judenunterbringung zu nutzen, nicht die erste jüdische Institution, die einen solchen Vorschlag machte. Bereits im Januar 1936 war seitens eines David Karten wegen einer möglichen jüdischen Immigration auf Madagaskar beim französischen Kolonialministerium nachgefragt worden. Der Minister hatte die Anfrage an den Generalgouverneur weitergeleitet, dessen Stellvertreter die Angelegenheit zunächst dilatorisch behandelte. Auch Nahum Goldmann, Mitglied des Exekutivkomitees des Jüdischen Weltkongresses, und Senator Maurice Dormann als Vertreter des „Comité“ hatten ähnliche Anfragen gestellt. Es ist nicht erkennbar, inwieweit die Anfrage Goldmanns bei Cayla ein Ergebnis seines Gespräches mit Beck vom 2. Oktober 1936 war, in dem ihn der polnische Außenminister um eine solche Initiative bat. In jedem Fall waren bis dato allen diesen Erkundigungen keine praktischen Schritte gefolgt. Die Anwesenheit der polnischen Untersuchungskommission schien Gouverneur Cayla nun die richtige Gelegenheit, deren Ergebnisse auch den anderen Interessenten und Förderern einer jüdischen Immigration auf der Insel zugänglich zu machen. Dies war auch ein Grund dafür, daß er die Kommission von Agraringenieur Ciolina hatte begleiten lassen¹⁷⁷.

Cayla erklärte gegenüber Marc Jarblum, einem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses, es sei schwierig, europäische Arbeitskräfte auf der Insel anzusiedeln, weil die An-

¹⁷⁵ Ebenda; der Bericht Ciolinas ist nicht überliefert.

¹⁷⁶ AOM, Madagascar Série B, 3 B 103, Bericht Gouverneur Caylas an den Kolonialminister, 24. 8. 1937. Die Deutsche Botschaft Paris erfuhr Anfang August, Dyk und Alter sprächen (als Fremdsprache) nur Deutsch, so daß sie auf der Insel einen Dolmetscher benötigten. Die Ergebnisse der Reise waren nach Informationen der Botschaft nicht besonders günstig; PAAA Botschaft Paris 473 a, Quiring an das Auswärtige Amt, 9. 8. 1937.

¹⁷⁷ AOM Madagascar Série B, 8 B 162, Telegramm des Kolonialministers an den Generalgouverneur; 3 B 102, Brief Gouverneur Caylas an den Kolonialminister, 20. 7. 1937. Der hieraus resultierende Bericht über „Ansiedlungsmöglichkeiten auf Madagaskar für Juden aus Mittel- und Osteuropa“ wurde am 4. Januar 1938 an den Kolonialminister bzw. dessen politische Abteilung übersandt. Ein weiteres Exemplar ging an den Direktor der Kommission für die Untersuchung der französischen Überseegebiete und ehemaligen Minister, Henri Guernut, der auch Mitglied des „Comité“ war; AOM Madagascar 3 B 110, Begleitschreiben Caylas vom 4. 1. 1938. Beide Exemplare des Berichts sind verschollen. Zu Guernuts Bemühungen, als Mitglied des „Comité“ auf die Ansiedlung jüdischer Kolonisten hinzuwirken, vgl. auch AD SDN 1815, 52, 60, 16. 5. 1938, Dossier des „Comité“ an Präsident Daladier und andere Minister, sowie Paris-Tana, April 1938: „Sur Madagascar pèse l'inquiétude des Juifs Polonais. Où fixer le Juif errant?“, in: AOM Série GEO, Madagascar, c. 330, d. 865.

sprüche der eingeborenen Arbeiter sehr gering und deshalb ein Wettbewerb mit diesen seitens der Immigranten unmöglich sei. Was die landwirtschaftlichen Bedingungen betraf, bestünden wegen des Klimas allein auf dem Hochplateau Lebensmöglichkeiten für europäische Familien, doch sei dort kein freies Land mehr verfügbar¹⁷⁸. Allerdings war nach Ansicht des Generalgouverneurs der Arbeitermangel das größte Problem der Insel, wie er 1939 gegenüber dem Schweizer Journalisten Almasi erklärte. Er bezifferte die „Zahl der Arbeiter, die Madagaskar brauchen könnte, um wirtschaftlich die naturgegebenen Möglichkeiten richtig und voll auszuwerten [. . .] auf nahezu zwei Millionen“¹⁷⁹. Dies Problem sei aber durch europäische Siedler nicht zu lösen, denn als Haupthindernis stünden die klimatischen Verhältnisse im Wege. Die Madagassen selbst seien „lebensfrohe, gutmütige Nichtstuer“, und „Neger wären die einzigen, die das Klima ohne weiteres gut ertragen könnten“, doch leide Afrika selbst unter Arbeitermangel. Versuche mit anderen Rassen seien bisher fehlgeschlagen, so daß „öffentliche Arbeiten, Straßenbau und dergleichen [. . .] auf Madagaskar nur mit Sträflingen ausgeführt“ würden¹⁸⁰.

Moutet wiederholte Ende Juli 1937 noch einmal seine Warnungen vor der Illusion einer Massenkolonisation in französischen Kolonien und war bemüht, die ihm aufgezwungene bilaterale Ebene eines polnisch-französischen Zusammenwirkens in der Madagaskar-Frage zu verlassen, hin zur Zusammenarbeit mit den international tätigen jüdischen Hilfsorganisationen. Er erklärte in einem Interview, daß Verhandlungen mit dem „Comité“, der „Emcol“, dem „Hilfskomitee für Auswanderer aus Deutschland“ und der „Jewish Colonization Association“ im Gange seien, wobei sich die Idee des Kolonialministeriums, ein gemeinsames Organisationskomitee zu schaffen, als nicht durchführbar erwiesen habe¹⁸¹. Trotz dieses Mißlingens führte das Kolonialministerium in jener Zeit Verhandlungen mit den genannten Institutionen zur Schaffung jüdischer Kolonisationszentren in Neu-Kaledonien und Madagaskar. Allerdings machte Moutet zur Voraussetzung, daß die jüdischen Wohlfahrtsverbände Nordamerikas die Finanzierung sicherten¹⁸².

In diesem Zusammenhang ist daher die Rolle des „American Jewish Joint Distribution Committee“ (JDC) und der „Refugee Economic Corporation“ (REC) zu beleuchten, auf deren Unterstützung sich das „Comité“ in seiner Note vom November 1936 berufen hatte.

Die REC schaltete sich Mitte Mai 1937 in die andauernden Überlegungen ein, indem sich ihr Präsident Charles J. Liebman in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter in Washington nach Möglichkeiten erkundigte, den verfolgten Juden Zentraleuropas Zugang zu französischen Kolonien und hier insbesondere Madagaskar zu ermöglichen. Die REC signalisierte ihre Bereitschaft zu finanzieller Unterstützung bei der Ansiedlung und dem Unterhalt für die Kolonisten in der Anfangs-

¹⁷⁸ Jewish Affairs, November 1941, S. 12.

¹⁷⁹ Almasi, Madagaskar – der sechste Erdteil, S. 301–329, hier S. 310.

¹⁸⁰ Ebenda, S. 312.

¹⁸¹ C.-V. Zeitung, 29. 7. 1937, S. 2: Um jüdische Ansiedlung in französischen Kolonien; Der Israelit, 5. 8. 1937, S. 4–5: Madagaskar keine Lösung der Judenfrage.

¹⁸² C.-V. Zeitung, 29. 7. 1937, S. 2: Um jüdische Ansiedlung in französischen Kolonien; Der Israelit, 5. 8. 1937, S. 4–5: Madagaskar keine Lösung der Judenfrage.

zeit¹⁸³. Der französische Außenminister Delbos antwortete unter Hinweis auf die bereits in Gang befindlichen Untersuchungen und das Hauptproblem der Finanzierung, daß die bisher an dem Projekt beteiligten jüdischen Organisationen sicherlich einen finanzkräftigen Partner begrüßen würden. Er stellte aber klar, daß die Dimensionen des ganzen Unternehmens ziemlich beschränkt seien und deshalb keine falschen Hoffnungen geweckt werden sollten¹⁸⁴.

Der Blick auf die Aktivitäten des Joint Distribution Committee ist verwirrender. Nach Auskunft des Werkes von Yehuda Bauer über das „American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939“¹⁸⁵ war die französische Regierung „quite willing to encourage European immigration into the Malgasy highlands“, und das französische Kolonialministerium habe sogar Druck auf das JDC ausgeübt, damit es jüdische Ansiedlungen in Madagaskar oder anderen französischen Besitzungen unterstütze. Im Juni 1937 seien Bernhard Kahn, der Europäische Direktor des JDC, und Joseph Rosen, der Direktor von „Agro-Joint“, von Offiziellen des Ministeriums empfangen worden, wo ihnen das Interesse Frankreichs an einer Kooperation versichert worden sei¹⁸⁶. Die Version Bauers bedarf einiger Korrekturen. Es ist einerseits richtig, daß sich Moutet um eine effektive Zusammenarbeit mit den jüdischen Organisationen bemüht hat, doch war dies kein Druck des französischen Kolonialministeriums, sondern allenfalls ein umgelenkter und abgeleiteter Druck, wie er auf Moutet seitens der „Emcol“ und des „Comité“ ausgeübt wurde. Die zurückhaltend-dilatorische Haltung der französischen Regierung ist aus dem bisher beschriebenen Kontext deutlich hervorgegangen, und im übrigen bleibt zu betonen, daß die politische Federführung im Außenministerium lag und die Haltung des Quai d’Orsay aus der schon zitierten Antwort Delbos’ an die REC deutlich zum Ausdruck kommt¹⁸⁷.

¹⁸³ AD K-Afrique 91, 105–106, der französische Botschafter in Washington an Außenminister Delbos, 21. 5. 1937.

¹⁸⁴ AD K-Afrique 91, 111–112, Außenminister Delbos an den Botschafter in Washington, 18. 6. 1937.

¹⁸⁵ Bauer, *My Brother’s Keeper*.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 193.

¹⁸⁷ Bauer berichtet außerdem von der polnischen Untersuchungskommission und meint, der Bericht Lepeckis sei „not favorable“ gewesen. Trotz dieses Berichts habe Beck das Problem in Frankreich diskutiert und eine jüdische Emigration von 30 000 Familien jährlich oder 120 000 Familien insgesamt innerhalb von fünf bis sechs Jahren, entsprechend 500–600 000 Personen, vorgeschlagen. Rosen habe eine eigene Expertengruppe auf die Insel entsenden wollen, wofür 12 000 Dollar vorgesehen gewesen seien, doch habe man keine Kommission zusammengestellt; Bauer, *My Brother’s Keeper*, S. 193. Hierzu ist korrigierend und ergänzend festzuhalten, daß der Bericht Lepeckis über die Maßen optimistisch war, nicht nur verglichen mit den Analysen der jüdischen Kommissionsmitglieder, auf die noch einzugehen sein wird, sondern auch vor dem allgemeinen Hintergrund der Bedingungen auf der Insel. Die von Bauer genannten Zahlen von bis zu 120 000 Familien bzw. 600 000 Personen sind in keinem Dokument der polnischen oder französischen Seite zu dieser Frage erwähnt. Auf die geplanten Dimensionen polnischerseits wird noch näher einzugehen sein. Was die Planungen für eine eigene Untersuchungskommission angeht, ist darauf zu verweisen, daß das „Comité“ Anfang August 1937 Generalgouverneur Cayla durch das Kolonialministerium mitteilen ließ, daß der in Kapstadt residierende Vertreter des JDC, Max Sonnenberg, auf der Grande Ile die Einwanderungsmöglichkeiten für Juden untersuchen wolle; AOM Madagascar Série B, 1 B 127, Bouteille an Cayla, 9. 8. 1937; 3 B 104, 1. 9. 1937, Bestätigung durch Cayla. Das Vorhaben wurde allerdings wieder aufgege-

Die vielfältigen Initiativen jüdischer Organisationen, die auch mitursächlich waren für die polnisch-französischen Pläne, zeigen, daß, entgegen dem in der jüdischen Presse gelieferten, durchweg skeptischen bis entschieden ablehnenden Bild, Madagaskar auch von jüdischer Seite durchaus als mögliches Immigrationsgebiet für Flüchtlinge zur Ergänzung Palästinas in Betracht gezogen wurde. Die Insel wurde dabei jedoch nicht als Alternative zum Gelobten Land angesehen, sondern gehörte vielmehr in die Reihe schon früher immer wieder diskutierter Überlegungen, die sich sowohl mit Ergänzungen als auch mit Alternativen zu Palästina beschäftigten und als deren plakativste das Uganda-Projekt aus dem Jahre 1903 exemplarisch zu nennen wäre. So verwundert es nicht, wenn im Zusammenhang mit Madagaskar jüdischerseits zuweilen auch von der „Uganda-Frage“ gesprochen wurde, die mit der Debatte um die Insel wieder akut geworden sei¹⁸⁸.

9. Ambivalente Ergebnisse der Untersuchungskommission

Nachdem die Studienkommission Anfang August ihre Rückreise angetreten, dabei allerdings den sie begleitenden Journalisten Arkady Fiedler auf der Insel zurückgelassen hatte, traf sie Mitte September wieder in Warschau ein¹⁸⁹.

Delegationsleiter Lepecki äußerte sich Ende des Monats vor der Presse und erklärte im Interview mit dem „Kurier Warszawski“, daß „einiger Optimismus berechtigt“ sei. Zwar kämen nur die klimatisch gesünderen Gebiete Madagaskars für eine Kolonisation in Frage, doch sei die Insel ja nur mit sechs Menschen pro Quadratkilometer besiedelt. Die genauen Ergebnisse der Kommission würden später seitens der polnischen Regierung und des französischen Kolonialministeriums an die Öffentlichkeit gebracht werden¹⁹⁰.

In den ersten Oktoberwochen war Lepecki mit der Ausarbeitung des Untersuchungsberichtes beschäftigt, dessen positive Grundtendenz schon während dieser Zeit bekannt wurde, wie der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, seinen französischen Amtskollegen in der polnischen Hauptstadt informierte. Noël blieb angesichts der bekannten Voraussetzungen auf Madagaskar dennoch weiterhin skeptisch und sah hinter der ganzen Angelegenheit in erster Linie die polnischen Kolonialambitionen¹⁹¹.

Mitte Oktober legte Lepecki dann einen rund 250seitigen, in vier Teile untergliederten Bericht vor¹⁹², in dessen erstem Abschnitt die physische Gestalt, das Klima, die Klima-

ben, denn der polnische Konsul vor Ort, Robert Ducrocq, der Informationen über die Mission Sonnenbergs einholen sollte und über gute Kontakte zur Inselverwaltung verfügte, konnte bis Mitte November nichts Näheres in Erfahrung bringen und teilte mit, bisher sei nur eine Ankündigung erfolgt; AAN Konsulat Marseille 763, Brief des polnischen Konsuls in Antananarivo an den Generalkonsul in Marseille, 16. 11. 1937.

¹⁸⁸ Israelitisches Familienblatt, 10. 3. 1938, S. 11.

¹⁸⁹ Gazeta Polska, 14. 9. 1937, S. 2: Powrót Komisji studiów z Madagaskar.

¹⁹⁰ Nasz Przegląd, 23. 9. 1937, S. 9: Major Lepecki o Madagaskarza; Israelitisches Familienblatt, 30. 9. 1937, S. 3: Ansiedlungsmöglichkeiten in Madagaskar?; Der Israelit, 1. 10. 1937, S. 2: Ansiedlungsmöglichkeiten für Juden in Madagaskar; Jüdische Rundschau, 1. 10. 1937, S. 4: Die Ansiedlungsmöglichkeiten auf Madagaskar.

¹⁹¹ AD Pologne 421, 6–7, K-Afrique 91, 123, Noël an Delbos, 9. 10. 1937.

¹⁹² Lepecki, Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego.

zonen, der allgemeine Gesundheitszustand auf Madagaskar sowie die Vegetation und die Tierwelt der Insel beschrieben wurden¹⁹³. Ein zweiter Teil charakterisierte die verschiedenen Bevölkerungsteile und die Städte¹⁹⁴, im dritten wurden Wirtschaft, Bildungswesen, Verwaltung, Militär und Sicherheitsdienst behandelt¹⁹⁵. Der vierte und wichtigste Abschnitt des Berichts behandelte die Frage der Ansiedlungsgebiete¹⁹⁶. Eingehend wurde von Lepecki außerdem die Zusammenstellung der Studienkommission, deren Aufgabe sowie der Ablauf ihrer Reise im einzelnen beschrieben¹⁹⁷ und daneben die Auswahl der möglichen Ansiedlungsgebiete im allgemeinen gekennzeichnet¹⁹⁸, wobei das Ankaizinana-Gebiet besonders hervorgehoben wurde¹⁹⁹. Außerdem waren Gutachten französischer Fachleute zu den von der Kommission ausgewählten Gebieten beigelegt²⁰⁰.

Die Aufmerksamkeit der Studienkommission konzentrierte sich in der Ansiedlungsfrage zum Schluß auf das Ankaizinana-Gebiet im Zentrum des Nordens der Insel. Am Ende ihres Aufenthaltes hatten die Kommissionsmitglieder gegenüber Gouverneur Cayla bereits angedeutet, daß sich eventuelle Pläne mit diesem Territorium beschäftigen würden. Lepeckis Ansiedlungsoptimismus durchzog wie ein roter Faden seine Stellungnahmen zur Aufnahmefähigkeit der Insel. Die Gesamtfläche des brauchbaren Ankaizinana-Territoriums wurde von ihm auf 18700 qkm beziffert, wobei den Kern der rund 9850 qkm große und kaum von Eingeborenen bevölkerte Distrikt Bealanana bildete²⁰¹. Dies war bedeutend mehr als die rund 450 qkm, von denen noch im August gegenüber Cayla die Rede gewesen war²⁰².

Lepecki war der Ansicht, daß man in diesem Gebiet rund 5000–7000 Familien ansiedeln könne, was 25–35000 Menschen entspräche. Bei der Entwicklung einer entsprechenden Kleinindustrie im Umfeld der Landwirtschaft sei sogar Platz für 10–15000 Familien. Die Kosten hierfür würden nach seinen Schätzungen bei 30000 Francs pro Familie liegen, wobei er jedoch voraussetzte, daß Frankreich Vorarbeiten bei der Infrastruktur und der Melioration auf eigene Kosten leiste. Die notwendigen Gelder sollten, neben den Eigenaufwendungen durch die Siedler, als auf zehn bis fünfzehn Jahre rückzahlbare Kredite gewährt werden²⁰³.

Lepecki benannte das Hauptproblem der Finanzierung nur beiläufig, denn weder war geklärt, wie auf polnischer Seite die notwendigen Siedlungskosten aufgebracht werden sollten, noch, was überhaupt entscheidend war, wer denn die unabdingbar not-

¹⁹³ Ebenda, Tom I, S. 1–54.

¹⁹⁴ Ebenda, Tom II, S. 52[!]-104.

¹⁹⁵ Ebenda, Tom III, S. 105–180.

¹⁹⁶ Ebenda, Tom IV, S. I–VIII, 1–67 (separate Zählung).

¹⁹⁷ Ebenda, S. I–VIII. Am 28. 12. 1937 veröffentlichte Lepecki diesen Teil unter dem Titel „Tereny Emigracyjne na Madagaskarze“ in der „Gazeta Polska“, S. 5.

¹⁹⁸ Lepecki, Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego, Tom. IV, S. 1–10.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 11–40.

²⁰⁰ Ebenda, S. 41–67. Auf Basis dieses Berichts veröffentlichte Lepecki 1938 ein Buch über Madagaskar mit dem Untertitel Land-Bewohner-Kolonisation, das die Untersuchungsergebnisse auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machte; vgl. Literaturverzeichnis.

²⁰¹ Lepecki, Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego, Tom. IV, S. 5–6.

²⁰² Vgl. AOM Madagascar Série B, 3 B 103, Bericht Gouverneur Caylas an den Kolonialminister, 24. 8. 1937.

²⁰³ Lepecki, Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego, Tom. IV, S. 8 f.; Ders., Madagaskar, S. 233 f.

wendigen Vorarbeiten auf der Insel finanzieren sollte, da die französische Kolonialverwaltung hierfür keinerlei Gelder zur Verfügung hatte und die Regierung in Paris selbstredend nicht bereit war, die Ansiedlung von Bürgern aus Polen, seien sie nun Juden oder nicht, aus dem eigenen Budget zu finanzieren. Hinzu kam, daß selbst für den Fall einer gesicherten Finanzierung der Vorarbeiten mit einem akuten Arbeitskräftemangel für die körperlichen Tätigkeiten vor Ort sowie mit einer mehrjährigen Erschließungsphase zu rechnen gewesen wäre.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die beiden jüdischen Mitglieder der Expedition Lepeckis Optimismus in keiner Weise teilten. Nach ihrer Ansicht gab es auf Madagaskar „keine Aussicht auf eine größere Einwanderung“²⁰⁴. Beide verwiesen auf die schlechten Erfahrungen, die Frankreich mit seinen eigenen Kolonisationsversuchen gemacht habe, und machten darauf aufmerksam, daß dort, wo das Land fruchtbar sei und das Klima erträglich, mit dem starken Widerstand der einheimischen Bevölkerung zu rechnen sei. Auch städtische Ansiedlungen kämen mangels entsprechenden Hinterlandes nicht in Betracht. Darüber hinaus gaben sie zu bedenken, daß Madagaskar, selbst bei ausreichend zur Verfügung stehenden Kapitalien und entsprechendem Land, für Einwanderer aus den jüdischen polnischen Städtchen nicht attraktiv sei. Eine emotionale Anziehung, eine „Idee“, wie sie Palästina und der Zionismus boten, „fehle bei einer Kolonisation auf Madagaskar vollständig“²⁰⁵.

Für Salomon Dyk kam allein das Ankaizinana-Gebiet für Siedlungsüberlegungen in Frage; er verwies jedoch auf die Unzugänglichkeit und ungenügende Erschlossenheit des Landes²⁰⁶. Grundsätzlich hielt er es für möglich, daß sich eine jüdische Kolonisation in gewissen inneren Landstrichen Madagaskars durchführen lasse, doch müßten zuerst einige hundert Menschen in kleinen Produktionsgenossenschaften angesiedelt werden. Nach einiger Zeit ließe sich das Land dann in Individualbetriebe von 25 bis 50 ha pro Familie aufteilen, wonach dann wiederum mehr Menschen, auch in den im Umkreis neu zu schaffenden Städten, angesiedelt werden könnten. Dyks Pläne waren bewußt rein theoretischer Natur und sollten allein die Ansiedlungsmöglichkeiten auf Grund der natürlichen Voraussetzungen der Insel beleuchten, wie sie sich ihm darstellten, ohne letztlich die finanziellen und politischen Implikationen und deren Realisierbarkeit zu bedenken²⁰⁷.

Das zweite jüdische Kommissionsmitglied, Léon Alter, war entrüstet über Lepeckis Äußerungen gegenüber der Presse und versuchte vergeblich, seine abweichende Meinung in einer regierungsnahen Zeitung zu veröffentlichen. Zwar war nach seiner Meinung eine Menge brauchbaren Bodens vorhanden, doch sei das Klima für eine jüdische Kolonisation völlig ungeeignet. Außerdem sei für lange Zeit überhaupt nur eine landwirtschaftliche Siedlung denkbar und die Unterbringung von Handwerkern und

²⁰⁴ Jüdische Rundschau, 31.12. 1937, S.2: Ende einer Illusion. Polnische Erklärungen über das Madagaskar-Projekt. Dazu auch in der gleichen Ausgabe der Artikel über „Wanderungs-Probleme“.

²⁰⁵ Jüdische Rundschau, 31.12. 1937, S.2: Ende einer Illusion.

²⁰⁶ Hevesi, S.391.

²⁰⁷ Israelitisches Familienblatt, 10.3. 1938, S.11, Felix A. Theilhaber: Madagaskar und was nun?

Händlern unmöglich²⁰⁸. Im Dezember 1937 äußerte er sich im gleichen Sinne auf einer Pressekonferenz in Lodz. Vor allem hänge die Immigrationsfrage auf der Insel mit sehr großen Investitionen zusammen, deren mögliche Quelle völlig im Dunkeln liege. Alter verwies auch noch einmal darauf, daß das wichtige emotionale Element der Kolonisati-on im Gegensatz zu Palästina fehlen werde. Die Juden hätten zudem wenig Verbindung zur „Erde“, und im Falle eines Mißerfolgs würde ein jüdischer Emigrant das Feld wohl sich selbst überlassen und in die Städte ziehen. Die Städte hätten aber nur minimale Entwicklungschancen und kämen deshalb als Immigrationsgebiete nicht in Betracht. Frankreich sei es bislang ebenfalls nicht gelungen, eigene Bürger als Kolonisatoren auf der Insel anzusiedeln. Da also die drei wichtigsten Faktoren, das notwendige Kapital, entsprechende klimatische Bedingungen und der emotionale Faktor, fehlten, werde deutlich, daß sich das Problem der Juden in Polen nicht durch solch leichtfertige Projekte lösen lasse²⁰⁹.

Alter bezifferte das in Ankaizinana verfügbare Land auf rund 400 qkm, von denen aber nur ein Viertel als Ackerland nutzbar seien. Veranschlage man den Bedarf pro Familie mit rund 25 Hektar, so ließen sich nach seiner Meinung im ganzen rund 400 Familien oder 2000 Personen ansiedeln, immer unter dem Vorzeichen der insgesamt unbefriedigenden klimatischen und hygienischen Bedingungen²¹⁰.

Trotz der skeptischen Stellungnahmen seitens der jüdischen Kommissionsmitglieder bestimmte in der Folgezeit naturgemäß die Meinung des Administrationsvertreters Lepecki die innerpolnische Debatte, zumal dieser seinen Vorstellungen auch publizistisch immer wieder Nachdruck verlieh.

Im Oktober 1937 richtete die polnische Regierung wegen der Unterbringung polnischer Kolonisten auf Madagaskar bereits eine Anfrage an das Unterstaatssekretariat der französischen Handelsmarine²¹¹. Grundlage für diese Ansiedlung sollte der am 23. Mai 1937 zwischen Polen und Frankreich geschlossene Handelsvertrag sein, der in Artikel 40 für Polen und Danziger eine bevorzugte Behandlung beim Zugang zu und dem Aufenthalt in den französischen Kolonien vorsah²¹². Die Transporte sollten auf Drängen der Handelsmarine unter französischer Flagge stattfinden²¹³.

²⁰⁸ PRO FO 371/20763 C 8957/765/55, 28. 12. 1937, Bericht des britischen Botschafters Howard Kennard an das Foreign Office. Alter hatte seinen Unmut gegenüber einem Informanten der Botschaft geäußert.

²⁰⁹ Nasz Przegląd, 31. 12. 1937, S. 7, Eli Baruchin: Czy możliwa jest masowa emigracja żydowska na Madagaskar?

Im Januar 1938 veröffentlichte Alter einen grundsätzlichen Artikel in „Nasz Przegląd“, in dem er noch einmal auch auf die weiteren Hintergründe seiner Ansichten zu den Kolonisationsmöglichkeiten auf Madagaskar zu sprechen kam; Nasz Przegląd, 16. 1. 1938, S. 12, Léon Alter: Madagaskar.

²¹⁰ Hevesi, S. 391; Jewish Affairs, Vol. I, No. 4, New York, November 1941, S. 13.

²¹¹ AD Pologne 330, 247, 26. 10. 1937.

²¹² Journal Officiel de la République Française, 2. 6. 1937, S. 6059–6079, Art. 40, S. 6062. Konkrete Überlegungen über den möglichen Inhalt dieser Handelsbeziehungen, vor allem über die Art der Produkte und die Zahlungsmodalitäten, wurden im August vom polnischen Konsulat in Antananarivo unternommen: Konsulat Marseille 15, Brief des Konsuls in Antananarivo an den Generalkonsul in Marseille, 29. 8. 1937. Der Konsul ging in seinem Schreiben auch kurz auf die inzwischen erfolgte Abreise der Lepecki-Kommission ein und wies auf den generell sehr reservierten Empfang hin, der ihr auf der Insel zuteil geworden war.

²¹³ AD Pologne 330, 256, Außenminister Delbos an Kolonialminister Moutet, 5. 11. 1937.

Dennoch war sich die polnische Regierung wohl schon Ende Oktober 1937 völlig klar darüber, daß Madagaskar zumindest vorläufig keinen entscheidenden Beitrag zur Lösung des jüdischen Emigrationsproblems würde leisten können, wie sich aus Äußerungen dieser Zeit gegenüber der amerikanischen Regierung und internen Entscheidungen Becks ableiten läßt. Die Reaktionen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich auf die in Polen periodisch aufbrausenden antisemitischen Übergriffe ließen die polnische Regierung nicht unbeeindruckt, doch erklärte Beck nach wie vor auch gegenüber dem amerikanischen Botschafter, die Lösung könne nur in einer „increased emigration“ liegen²¹⁴. Der polnische Botschafter in Washington äußerte Ende Oktober 1937 gegenüber Unterstaatssekretär Sumner Welles das starke Bedürfnis der polnischen Regierung, Gebiete für jüdische Emigranten zu finden, verwies u. a. auf die Madagaskar-Kommission und bat Welles um Hilfe bei der Suche nach möglichen Siedlungsgebieten in Lateinamerika²¹⁵.

Beck selbst entschied sich auf einer Konferenz im polnischen Außenministerium Mitte November, auf der unter anderem über den möglichen Ankauf von Territorien auf Madagaskar gesprochen wurde, gegen einen möglichen Erwerb und für weitere Überlegungen zur finanziellen Seite des ganzen Vorhabens²¹⁶. Damit war deutlich die entscheidende Hürde für eine Umsetzung der Gedankenspiele Lepeckis benannt.

Am 22. November 1937 berichteten Lepecki, Alter und Dyk in Paris noch einmal gemeinsam Minister Moutet²¹⁷, daß man ein Gebiet der Insel polnischen Arbeitern zur Verfügung stellen könne. Ein geschlossenes Konzept wurde dem Kolonialminister jedoch nicht vorgelegt. Moutet wiederholte jene Bedenken, die er der Kommission vor ihrer Abreise mit auf den Weg gegeben hatte, und meinte, daß für einen ersten Kolonisationsversuch nur eine beschränkte Zahl von Emigranten in Frage komme. Außerdem sei eine finanzielle Stütze, die von der polnischen Regierung garantiert werden müsse, unabdingbar. Der Kolonialminister suchte die Überlegungen von der polnischen Judenfrage abzu lenken und stellte klar, daß bei dem Unternehmen keinesfalls der Eindruck entstehen dürfe, daß es sich in irgendeiner Weise zum Vor- oder Nachteil für einen ethnischen Be-

²¹⁴ FRUS, 1937, Vol. II, 20.10. 1937, The Ambassador in Poland (Biddle) to the Secretary of State, S. 560.

²¹⁵ FRUS, 1937, Vol. II, 25.10. 1937, Memorandum by the Under Secretary of State (Welles), S. 562. Bei einer Sondermission des amerikanischen Botschafters in Paris, William Bullitt, der sich im Auftrag Roosevelts vom 14. bis 17. November 1937 nach Warschau begab, kam Beck ebenfalls auf Immigrationsgebiete für polnische Juden in Zentral- und Südamerika zu sprechen und machte sich starke Hoffnungen auf die Unterstützung des US-Präsidenten; FRUS, 1937, Vol. I, Memorandum Bullitts vom 23. 11. 1937, S. 165.

²¹⁶ AAN MSZ 10004, Notatka z konferencji u Pana Ministra Becka w dniu 13 listopada 1937, S. 3. Neben Beck nahmen an der Konferenz Drymmer, Wagner und Zarychta teil. Allerdings kursierten, wie der britische Botschafter erfuhr, in jüdischen Kreisen in Polen seinerzeit Pläne, ein Kolonisationsexperiment auf Madagaskar und Neu-Kaledonien nach dem Vorbild Palästinas durchzuführen, indem 50 bis 70 Personen nach einem Vorbereitungstraining in Polen für drei Monate in verschiedenen Gebieten siedeln sollten, um die Möglichkeiten einer Dauersiedlung zu testen; PRO FO 371/22529, E 5874/22/31, Bericht des britischen Botschafters Kennard an das Foreign Office, 6. 10. 1937.

²¹⁷ AD Pologne 330, 269, K-Afrique 91, 124, 129, 26. 11. 1937; Delbos bat Moutet um Informationen über den Inhalt des Gesprächs. PAAA Deutsche Botschaft Paris 473 a, Deutsche Botschaft Warschau an das Auswärtige Amt, 30. 11. 1937.

völkerungsteil Polens, sprich die Juden, auswirke. Vielmehr müsse das ganze Projekt als Akt im Rahmen der allgemeinen Zusammenarbeit zwischen Paris und Warschau erscheinen²¹⁸. Es sollte daher auch weiterhin in der Diskussion bleiben.

10. Nach Delbos' Polenbesuch: Diskussionen, Gerüchte, Hoffnungen

Frankreichs Außenminister Yvon Delbos brach am 2. Dezember 1937 von Paris aus zu einer dreiwöchigen Mittel- und Osteuropareise nach Polen, Rumänien, Jugoslawien und in die Tschechoslowakei auf und traf am folgenden Tag in Warschau ein. Delbos hatte am 4. Dezember eine fast zweistündige Unterhaltung mit Beck, in der das Thema Kolonien jedoch nicht zur Sprache kam²¹⁹. Am 6. Dezember trafen Delbos und Beck gleich zweimal zusammen, und der französische Außenminister hielt zu ihrer ersten Begegnung fest, daß sein Gesprächspartner keine Einwände gegen seine eigenen Auffassungen in der Kolonialfrage geltend gemacht habe²²⁰. Als Delbos anschließend nach Krakau reiste, um am Sarg Pilsudskis einen Kranz niederzulegen, kam Beck jedoch sofort auf die Kolonialdiskussion zu sprechen, versicherte aber, daß Polen keine „buts politiques et spectaculaires“ verfolge und auch keine Territorien fordere. Sollte die Kolonialfrage jedoch auf die internationale Tagesordnung kommen, werde sich Polen wegen der Emigrationsfrage und der wirtschaftlichen Belange in diese Erörterungen einschalten. Delbos hielt dieses polnische Ansinnen für legitim, wandte sich aber wie Moutet dagegen, aus der Emigrationsfrage ein rein jüdisches Problem zu machen. Zwar könnten die Juden einen bedeutenderen Anteil an eventuellen Emigranten stellen als die anderen Bürger Polens, doch hielt er eine ausschließlich jüdische Auswanderung für unangebracht. Beck gestand dies, abgesehen vom beiderseits akzeptierten Sonderfall Palästina, auch ohne weiteres zu²²¹.

Noël berichtete seinem britischen Kollegen Kennard drei Tage später, Beck habe seine Ansichten „in a very modest manner“ vorgebracht²²². Die Gespräche kreisten dabei jedoch konkreter um die Madagaskar-Frage, als es in Delbos' Aufzeichnung zum Aus-

²¹⁸ AD Pologne 332, 49–50, Moutet an Delbos, 23. 12. 1937. Delbos hat also offiziell erst nach seinem Aufenthalt in Warschau vom Inhalt des Gesprächs zwischen der Kommission und Moutet erfahren. Über den Inhalt der Unterredungen hatte die Presse aber bereits berichtet; vgl. *Berliner Börsenzeitung*, 26. 11. 1937: Polnische Siedlungspläne auf Madagaskar; *Dako-Brief* Nr. 275, 27. 11. 1937, S. 1: Madagaskar für die polnischen Juden frei; *Jüdisches Gemeindeblatt* Berlin, 5. 12. 1937, S. 4: Die Pläne um Madagaskar. Das Gemeindeblatt warnte ein weiteres Mal vor weitgehenden Hoffnungen. Da die klimatischen Voraussetzungen aber nach den jüngsten Äußerungen keineswegs so ungünstig seien wie lange angenommen, solle man angesichts des Mangels an jüdischen Einwanderungsgebieten einzelne Gruppen jüdischer Siedler unterstützen. Vgl. auch die Meldung im *Danziger Vorposten*, 27. 11. 1937, abgedruckt in: Vogel, *Stempel*, S. 168–169.

²¹⁹ DDF, 2, VI, Dok. 319/I, S. 613–616, 4. 12. 1937.

²²⁰ Ebenda, Dok. 319/II, S. 616, 6. 12. 1936.

²²¹ Ebenda, Dok. 319/III, S. 617f., 6. 12. 1936. Die von Delbos geäußerten Bedingungen wurden der polnischen Botschaft Paris als Anweisung zur Orientierung bei der ansonsten gewünschten Unterstützung der Kolonialforderungen übermittelt; AAN Berlin 424, *Konsularny Polityki Emigracyjnej*, 28. 2. 1938.

²²² PRO FO 371/20764, C 8493/981/55, Gespräch Kennards mit Noël, 9. 12. 1937.

druck kommt, denn Jan Szembek, der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, hielt fest, Delbos habe „au sujet de Madagascar [...] promis son concours, mais a demandé que la question ne soit pas posée exclusivement au point de vue de l'émigration juive“²²³.

Delbos war damit, wie Noël später beklagte, den polnischen Forderungen ohne Not sehr weit entgegengekommen, was es der französischen Diplomatie noch zusätzlich erschwert habe, den Ambitionen Warschaws entgegenzutreten²²⁴.

Der Besuch Delbos' wurde von zahlreichen Presseveröffentlichungen zum Thema Kolonien flankiert, und so hieß es beispielsweise in der offiziellen „ISKRA“ am 4. Dezember in einem langen Artikel, daß die Kolonialfrage auf der Tagesordnung stünde und man in Warschau lebhaftes Interesse daran habe. Auch Polen müsse unter den Ländern sein, die um ihren „Platz an der Sonne“ kämpften²²⁵. Im „Goniec Warszawski“ stand am gleichen Tag zu lesen, das polnische Kolonialprogramm sei geheim, abgesehen von dem, was die Möglichkeiten einer jüdischen Emigration nach Madagaskar angehe, doch betreffe dieses Programm nicht allein die Notwendigkeiten der jüdischen Emigration. Im übrigen sei Madagaskar eine französische Kolonie, und es gehe doch um die Frage polnischer Kolonien. Im vom Außenministerium beeinflussten „Express Poranny“ wurde die Notwendigkeit des Rohstoffzugangs und der Bereitstellung von Emigrationsgebieten hervorgehoben und berichtet, Frankreich habe für die polnischen Bedürfnisse Verständnis gezeigt²²⁶.

Noël bat das französische Außenministerium nach der Abreise Delbos', doch auf dem Quai d'Orsay nahestehende Journalisten einzuwirken, damit die polnischen Äußerungen zur Kolonialfrage in Frankreich ein möglichst geringes Echo fänden, weil hierdurch sonst den irrationalen polnischen Träumen nur weitere Nahrung gegeben würde²²⁷. Er wiederholte diese Warnungen zwei Wochen später ausdrücklich und beklagte, die andauernde kommentierende Berichterstattung in der französischen Presse könnte und würde in Polen als Verständnis für vermeintlich berechnete Forderungen aufgenommen werden. Er warnte vor der Gefahr, daß dadurch Druck auf Frankreich erwachsen könne, sich doch für die polnischen Kolonialforderungen zu engagieren. Noël wollte mit aller Kraft verhindern, daß der nach seiner Meinung nicht ausreichend standfeste und zielstrebige Außenminister sich vor den Beckschen Karren spannen ließ, und regte an, der Quai d'Orsay möge an die Presse lancieren, daß deren Berichterstattung diese Gefahr impliziere, bzw. daß man auf Seiten der Regierung diese Folgen unbedingt vermeiden wolle²²⁸. Noël sah in Delbos' Verhalten das eines ausweichenden Zauderers, der es, vor allem in der Frage des polnisch-tschechoslowakischen Verhältnisses, an den notwendigen klaren Worten gegenüber seinem Warschauer Amtskollegen

²²³ Szembek, Journal 1933–1939, S. 259, Aufzeichnung vom 9. Dezember 1937.

²²⁴ Noël, frz., S. 178–179.

²²⁵ AD K-Afrique 91, 125–126, Noël an Camille Chautemps, den Außenminister per interim, 8. 12. 1937.

²²⁶ Ebenda, 126 f.

²²⁷ Ebenda, 127 f.; die polnische Seite verfolgte vor allem die französischen und darüber hinaus weitere internationale Presseveröffentlichungen anlässlich des Delbos-Besuchs akribisch, vgl. AAN MSZ 3771.

²²⁸ AD K-Afrique 91, 130–133, Noël an Delbos, 22. 12. 1937.

gen hatte fehlen lassen und der daher, statt die französischen Interessen zu fördern, dessen spitzfindiges außenpolitisches Spiel durch mangelhaftes Engagement erleichtere und sich zudem in der Kolonialfrage, wie es nicht nur Noël empfand, von Beck hatte benutzen lassen²²⁹. Auf der anderen Seite war aber auch Beck offensichtlich nicht mit den erzielten Ergebnissen zufrieden, denn er ließ dem italienischen Außenminister Galeazzo Ciano mitteilen, der Besuch von Delbos sei ein „Mißerfolg“ gewesen²³⁰, wenn gleich in diese Beurteilung ein gerüttelt Maß an Taktik gegenüber der kleineren „Achsenmacht“ eingeflossen sein dürfte.

In der Presse tauchten nach dem Delbos-Besuch konkrete Zahlen auf, wonach der französische Außenminister angeblich ein Siedlungsgebiet für 30 000 jüdische Familien in Madagaskar in Aussicht gestellt habe²³¹. Nach Meldungen der französischen Presse hatte Delbos Beck klarzumachen versucht, daß das einzige Einwanderungsland für die Juden Palästina sei²³².

Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ kommentierte die umlaufenden Gerüchte in grob antisemitischer Manier mit der Bemerkung, daß Madagaskar für die Juden nicht in Frage kommen könne, damit sie dort nicht „ohne eigene Anstrengung auf Kosten anderer ein Herrenleben führen könnten“²³³.

Nach dem Besuch von Delbos trat auch Lepecki mit den konkreten Zahlen seines internen Berichtes an die Öffentlichkeit und erklärte am 12. Dezember in einem Interview mit dem „*Ilustrowany Kurjer Codzienny*“, daß der nördliche Teil Madagaskars als Kolonisationsgebiet in Frage käme. Nach Lepeckis Ansicht lagen die Kosten für die Ansiedlung einer Familie bei rund 200 Pfund²³⁴ – wohingegen sie sich nach Ansicht Dyks auf mindestens 450 Pfund pro Familie und nach Auffassung des französischen Kolonialministeriums sogar auf rund 1 000 Pfund *pro Person* beliefen. Lepecki gab zu verstehen, daß man von Palästina am Anfang auch nicht dessen spätere Aufnahmekapazität erwartet habe, weshalb man vielleicht in Madagaskar ebenfalls mit Überraschungen rechnen könne. Alter und Dyk hatten auf die entscheidenden Unterschiede zwischen Palästina und Madagaskar bereits hingewiesen, und die Einschätzung des Kommissionsleiters wurde denn auch vielfach kritisiert, so in Deutschland, wo „*Der Israelit*“ schrieb, daß in Palästina als entscheidendes Kriterium eben die Liebe zum Land, der Drang und die Sehnsucht nach „*Erez Israel*“, hinzukomme. „Diese Liebe wird sich aber nie auf Madagaskar oder auf irgend ein anderes überseeisches Land übertragen lassen.“²³⁵ „*Nasz Przegląd*“ nahm Lepeckis Äußerungen zum Anlaß, ein weiteres Mal die grundsätzlichen Bedenken gegen das Projekt ausführlich zu benennen. Eine

²²⁹ Vgl. Noël, dt. S. 162–167.

²³⁰ Ciano-Tagebücher 1937–1938, S. 61.

²³¹ *Der Israelit*, 16. 12. 1937, S. 3: Wiederum Madagaskar.

²³² Ebenda, S. 4.

²³³ *Westdeutscher Beobachter*, 9. 12. 1937: Juden nach Madagaskar? Ein neutraler, nur die Fakten referierender Artikel erschien am folgenden Tag in der Bremerhavener „*Nordwestdeutschen Zeitung*“ unter dem Titel: Streifzüge. Ein neues „gelobtes Land“? Beide Artikel abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 170–172.

²³⁴ *Ilustrowany Kurjer Codzienny*, 12. 12. 1937; vgl. *Jüdische Rundschau*, 21. 12. 1937, S. 1: Das Madagaskar-Projekt.

²³⁵ *Der Israelit*, 6. 1. 1938, S. 3.

Emigration nach Madagaskar müsse eine gleichzeitige Kolonisation der Insel bedeuten, was sich ein armes Land wie Polen einfach nicht leisten könne, und auch die von Lepecki genannte Zahl von Familien, verteilt über einen Zeitraum bis zu zehn Jahren, weise darauf hin, daß dies keine nennenswerte Erleichterung für die Judenfrage in Polen bringen würde. Der Madagaskar-Plan war nach Ansicht des Blattes ein unrealisierbarer Wunschtraum²³⁶.

Zahlreich kursierende Meldungen, Vermutungen und Gerüchte reicherten in dieser Zeit die internationale Debatte mit ständig neuem Gesprächsstoff an. So meldete die „Pariser Tageszeitung“ am 16. Dezember einen angeblichen polnisch-französischen Siedlungsplan für Madagaskar, und die deutsche Botschaft in Paris informierte auf dieser Grundlage das Auswärtige Amt in Berlin. Es bestehe die Absicht, 25 000 bis 30 000 Familien nach Madagaskar zu senden, wofür eine Emigrationsgesellschaft gegründet und zu deren Finanzierung jüdisches Kapital aus den Vereinigten Staaten, England und Frankreich herangezogen werden solle. Die Kommission sei zu dem Schluß gekommen, daß die Küstengebiete Madagaskars für Europäer zu warm und zu feucht seien, daß sich hingegen im Innern geeignete Gebiete für Plantagen erschließen ließen. Von den Eingeborenen sollte nach diesen Meldungen ein rund 44 500 ha großes Territorium und weitere 23 000 ha von Frankreich erworben werden. Kolonialminister Moutet und die französische Regierung, denen die Kommission ihren Plan unterbreitet habe, seien „im Prinzip einverstanden“²³⁷.

Die jüdische „C.-V. Zeitung“ meldete dagegen am gleichen Tag, daß Delbos bei seinem Besuch in Warschau das „*Madagaskarproblem*“ lediglich im Hinblick auf die polnischen Kolonialwünsche und nicht unter dem Aspekt jüdischer Auswanderungsmöglichkeit erörtert habe²³⁸.

Als Beitrag zur Klärung der lebhaften internationalen Erörterungen veröffentlichte Polens Außenministerium am 24. Dezember 1937 ein Communiqué²³⁹, in dem es betonte, die Emigrationsfrage sei für den Ausbau und die Gesundung der wirtschaftlichen Struktur Polens von großer Bedeutung. Das Bulletin referierte die praktische Entwicklungsgeschichte der polnisch-französischen Zusammenarbeit und hielt als Ergebnis fest, daß die Kommission zu dem Schluß gekommen sei, daß sich Zentral-Madagaskar oberhalb von 800 m für eine weiße Besiedlung auf landwirtschaftlicher Basis eigne.

Beide Regierungen stünden der Organisation einer Ansiedlung auf der Insel im Grunde positiv gegenüber, was auch seinen Ausdruck in den jüngsten Gesprächen zwi-

²³⁶ Nasz Przegląd, 15. 12. 1937, S. 7: Koniec Madagaskaru.

²³⁷ PAAA Paris 473 a, Pariser Tageszeitung vom 16. Dezember 1937 mit Begleitschreiben der Deutschen Botschaft Paris, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 172–174. Ähnliche Zahlen nannte eine Woche später das „Israelitische Familienblatt“, 23. 12. 1937, S. 1: Madagaskar.

²³⁸ C.-V. Zeitung, 16. 12. 1937: Polen; Hervorhebung im Original. In der „Brennessel“ erschien am 28. Dezember anlässlich der umlaufenden Gerüchte eine ganzseitige antisemitische Karikatur, auf der unter der Überschrift „Madagaskar – Zweigniederlassung von Palästina?“ ein Jude karikiert dargestellt ist, der inmitten unwegsamen Geländes vor dem Hintergrund eines reißenden Gebirgsstroms unter Palmen steht. Die Bildunterschrift lautete: „Ob Asphalt oder Palmen: wo wir sind, ist Tarnopol“; vgl. Illustrationen.

²³⁹ Polska Informacja Polityczna 23. 12. 1937, in: Gazeta Polska, 24. 12. 1937, S. 3: Madagaskar.

schen Beck und Delbos in Warschau gefunden habe. Der Plan der Emigration aus Polen nach Madagaskar werde nach den notwendigen Investitions- und Organisationsarbeiten mit der aktiven Unterstützung der zuständigen französischen Stellen realisiert werden können. Jegliche Voraussage für den vermutlichen Umfang sei allerdings verfrüht. Zur Frage nach den Emigranten hielt das Bulletin fest, daß Madagaskar sich auch für die jüdische Ansiedlung eigne. Die ganze Sache befinde sich zwar erst im Anfangsstadium, doch würden der Emigration aus Polen hierdurch neue Wege geöffnet und Frankreich sei im übrigen das erste Land gewesen, das für die polnischen Wünsche Verständnis gezeigt habe²⁴⁰.

Die Verwirrung um den tatsächlichen Stand des Projekts ging dennoch gleichzeitig schon so weit, daß sich die Handelsabteilung des Quai d'Orsay Ende Dezember mit dem Auftrag an Botschafter Noël wandte, er möge doch dafür sorgen, daß die polnischen Kolonisten mit französischen Schiffen nach Madagaskar transportiert würden²⁴¹. Die Instruktion wurde eine Woche später wieder zurückgenommen²⁴².

Der „Goniec Warszawski“ meldete am 5. Januar, daß beim Verwaltungskommissar der Stadt Warschau die Zulassung einer Gesellschaft mit dem Titel „Freunde Madagaskars“ beantragt worden sei. Das Ziel dieser Vereinigung sei die Organisation von Propaganda für die Emigration nach der Insel und die Gründung einer speziellen regelmäßigen Schifffahrtslinie nach Madagaskar und Palästina²⁴³. Am Tag darauf zog die französische Industriezeitung „Journée Industrielle“ aus der zwei Wochen zuvor verbreiteten Erklärung der „Polska Informacja Polityczna“ den spekulativen Schluß, es sei bereits ein Abkommen für die Emigration nach Madagaskar geschlossen worden²⁴⁴.

Die „Jüdische Rundschau“ vermutete zu Recht, daß diese Meldung den Tatsachen voreile, und berichtete, in französischen Regierungskreisen sei man über die Reaktionen in Polen auf die Untersuchungen der Madagaskar-Kommission einigermaßen erschreckt. Vor allem bestünden Bedenken, das Madagaskar-Projekt mit den polnischen Kolonialwünschen in einen Topf zu werfen und somit ein ursprünglich rein humanitäres Vorhaben im kleinen Rahmen zu einem Politikum ersten Ranges zu erheben. Zudem seien die Ergebnisse der Experten dem französischen Ministerrat bis dato noch nicht einmal offiziell bekannt²⁴⁵. Diese Darstellung entsprach in ihren Fakten wie den analytischen Schlüssen weitgehend den Tatsachen und sollte in der Folgezeit noch bestätigt werden.

Am 7. Januar 1938 schaltete sich Lepecki erneut in die Debatte ein, diesmal mit einem Brief in der „Gazeta Polska“ unter dem Titel „Die Wahrheit über Madagaskar“²⁴⁶.

²⁴⁰ Ebenda; vgl. PRO FO 371/20763 C 8957/765/55, 28.12. 1937, Bericht des britischen Botschafters Kennard an das Foreign Office, S. 203–206; vgl. auch Frankfurter Zeitung, 30.12. 1937: Polens Wunsch nach Kolonien. Pläne und Diskussionen in der Presse, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 174–175.

²⁴¹ AD Pologne 332, 40–42, K-Afrique 91, 135–137, 30.12. 1937.

²⁴² AD K-Afrique 91, 140, handschriftliche Randbemerkung am Bericht Noëls für Delbos, 3.1. 1938; Pologne 332, 47, Massigli an Noël, 7.1. 1938.

²⁴³ AD K-Afrique 91, 140, Postskriptum zum Bericht Noëls an Delbos vom 3.1. 1938.

²⁴⁴ Journée Industrielle, 6.1. 1938: Madagascar et l'émigration polonaise.

²⁴⁵ Jüdische Rundschau, 11.1. 1938, S. 5: Noch einmal: Madagaskar.

²⁴⁶ Gazeta Polska, 7.1. 1938, S. 3: Prawda o Madagaskarze (List mjr. M. Lepeckiego).

Die Kommission habe verantwortungsbewußt festgestellt, daß ein Teil der Insel für eine Ansiedlung geeignet sei. Die Entscheidung darüber, ob eventuell Polen oder Juden nach der Insel auswandern sollten, sei dagegen eine politische Aufgabe²⁴⁷. Rund einen Monat später, am 11. Februar, hielt der Kommissionsleiter vor dem „Institut für nationale Angelegenheiten“ in Warschau einen Vortrag über die „Immigrationsmöglichkeiten auf Madagaskar“, in dem er darauf verwies, daß die Insel um rund die Hälfte größer sei als Polen, aber nur ein Neuntel seiner Bevölkerungsdichte aufweise, und er wiederholte auch hier die in seinem Bericht gegebenen Daten zu den Ansiedlungsmöglichkeiten²⁴⁸.

11. Konkrete Pläne

Während die Diskussion mit offiziellen und halboffiziellen Stellungnahmen, spekulativen Zahlen und neuen Gerüchten einige internationale Aufmerksamkeit erregte, wurde das Warschauer Außenministerium in seinen Planungen konkreter. Am 8. Januar 1938 wurde Außenminister Beck in der Madagaskar-Angelegenheit um mehrere Entscheidungen gebeten. Zum einen sollte er darauf hinwirken, daß das Finanzministerium 3 Millionen Francs für den Kauf des Hassanaly-Gebietes auf der Insel zur Verfügung stelle, dessen Optionstermin Ende Januar auslief. Zum anderen sollte das Finanzministerium seine grundsätzliche Einwilligung zur Einsetzung eines Fonds für eine Kolonisationsaktion in größerem Ausmaß geben. Nach einer solchen Zusage war geplant, Botschafter Lukasiewicz in Paris sofort mit Instruktionen zu versehen, um mit der französischen Regierung über drei grundsätzliche Fragen zu verhandeln. Zunächst sollte der Abschluß eines Emigrationsvertrages bezüglich der Insel besprochen werden, sodann über eine Reihe von Investitionsmaßnahmen der französischen Regierung wie Straßenbau, Flußregulierung und den Kampf gegen die Malaria verhandelt und versucht werden, einen französischen Kredit für das polnische Kolonisationsvorhaben zu erwirken. Sobald die Pariser Regierung den Vorschlägen zugestimmt hätte, wollte man ein Institut zur Organisation der Kolonisation ins Leben rufen, das zum Abschluß von Konzessionsverträgen mit Frankreich berechtigt sein sollte²⁴⁹.

Die Planungen für die Insel selbst gestalteten sich noch konkreter. In einem grundsätzlichen Papier des Außenministeriums zum Madagaskar-Plan hieß es am 17. Januar 1938, daß man zwischen zwei Möglichkeiten zur Nutzung der Insel unterscheiden müsse. Madagaskar könne zum einen als Gebiet eines polnischen kolonialen Einflusses in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht angesehen oder – im Gegensatz dazu – als

²⁴⁷ Ebenda; vgl. Der Israelit, 13. 1. 1938, S. 1: Die Erklärung wegen Madagaskar.

²⁴⁸ Gazeta Polska, 12. 2. 1938, S. 4: Mozliwosci imigracyjne Madagaskaru. Odczyt dyr. M. Lepek-kiego; vgl. den kritischen Bericht zum Vortrag in Nasz Przegląd, 13. 2. 1938, S. 7: Mozliwosci imigracyjne Madagaskaru; vgl. auch AD Pologne 332, 80, K-Afrique 91, 151, 14. 2. 1938, de Seguín an Delbos; Berliner Tageblatt, 12. 2. 1938: Polens Madagaskar-Pläne, Siedlungsmöglichkeiten für 70 000; Hamburger Fremdenblatt, 15. 2. 1938: Die polnische Eroberung Madagaskars; AOM Agence F.O.M. c. 312, d. 3, Renasterea Noastra, Bukarest, 19. 2. 1938.

²⁴⁹ AAN MSZ 9826, Notatka dla Pana Ministra w sprawie Madagaskaru, 8. 1. 1938; vgl. AAN PRM 72–19, Schriftverkehr zwischen Lepecki und dem MSZ zur Madagaskar-Frage.

mögliches Ergänzungsgebiet zu Palästina für die jüdische Minderheit oder auch für die slawische Minderheit in Betracht gezogen werden²⁵⁰.

Die erste Möglichkeit war nach Ansicht der Autoren die in jeder Hinsicht weitergehende, sie habe auch Vorteile für die polnische Emigrationspolitik und biete darüber hinaus die Möglichkeit, den Einfluß der Polen auf der Insel vor allem in kolonialer Hinsicht zu befördern. Um dies zu realisieren, war es nach Ansicht der Planer notwendig, daß man in einer ersten Emigrationswelle eine möglichst homogene Gruppe von landwirtschaftlich ausgebildeten Polen nach Madagaskar entsende, ohne die Beimischung von Minderheiten. Eine innere Homogenität der projektierten Siedlergemeinschaft sei vor allem notwendig, um die Gruppe vor französischen Einflüssen zu sichern. Sollte es in Polen aus innenpolitischen Gründen dennoch notwendig werden, Juden nach Madagaskar zu senden, so sollten dies ausschließlich Landarbeiter sein und die Gruppe zudem getrennt von den anderen Siedlern untergebracht werden.

Würde Madagaskar dagegen entsprechend der zweiten Planungsvariante als Ergänzungsgebiet zu Palästina ins Auge gefaßt, so sollten die Kolonisten aus Mitgliedern der jüdischen und der ukrainischen Minderheit ohne polnische Emigranten zusammengesetzt werden. Eine Vermengung der beiden skizzierten Varianten würde nach Ansicht des MSZ mißlingen.

Sollte man sich für die erste Alternative entscheiden, was bedeutete, für eine koloniale Durchdringung der Insel durch Polen, mußte nach Ansicht der Projektanten noch ein weiterer „taktischer Plan“ entworfen werden, wonach auf Grund der antijüdischen Situation im Innern des Landes eine Gruppe Juden unter den genannten Bedingungen gesondert nach Madagaskar zu bringen war.

Zusammengefaßt ergaben sich für dieses „taktische Projekt“ drei Schlußfolgerungen: Nach Madagaskar sollten erstens sowohl Polen als auch Juden ausreisen. Dazu würde die polnische Regierung zweitens eine Kreditbürgschaft zur Unterstützung des Projekts in Aussicht stellen. Und schließlich sollten drittens in der geplanten Siedlungsgesellschaft zwei gleichberechtigte Sektionen für Polen und Juden gebildet werden.

Aus diesen Vorüberlegungen ergaben sich nach Meinung des Außenministeriums weitere „taktische“ Schlußfolgerungen. Wenn man die Juden zunächst bei der Planung des Projektes unberücksichtigt lasse, gleichzeitig aber den Wert des Siedlungslandes Madagaskar betone, konnte man nach Ansicht der Planer auf Grund der von ihnen diagnostizierten „reaktiven psychologischen Struktur“ der jüdischen Bevölkerung damit rechnen, daß die Juden sofort ihre negative Einstellung zu dem Projekt ändern und umgehend eine Zulassung von jüdischen Siedlern auf der Insel verlangen würden. Hierauf könne dann „in nationalem Ton“ geantwortet werden, daß die Juden unter Erfüllung bestimmter Konditionen daran teilhaben könnten. Diese Bedingungen wären zum einen die Sammlung entsprechenden Kapitals, daneben die Schulung auf eigene Kosten und schließlich die Siedlung in separat gelegenen Gebieten.

Diese Forderungen würden die Juden sicher annehmen, vermutete das MSZ, so daß sich für das Außenministerium eine Reihe von Vorteilen ergeben würde. Erstens würde die Teilnahme „jüdischen Kapitals“ aus dem Inland wie auch aus dem Ausland gesichert, wodurch wiederum zweitens das Geld der Regierung ausschließlich für die pol-

²⁵⁰ AAN MSZ 9826, Zasadniczy Plan polityczny w odniesieniu do imigracji na Madagaskar, 17. 1. 1938.

nischen Siedler verwandt werden könne. Drittens sei die Möglichkeit einer geschlossenen Ansiedlung von Juden auf der Insel eröffnet und verhindere somit viertens die Entwicklung einer „fehlerhaften“ Sozialstruktur auf der Insel²⁵¹.

In einer Notiz für Beck wurde festgehalten, daß nach den Ergebnissen der Studienkommission Madagaskar unter wirtschaftlich-sozialen Aspekten auf lange Sicht ein polnisches Kolonisationsgebiet bilden und außerdem als Basis für weitere Pläne in dieser Richtung dienen könne. Der Übergang von der Konzeption einer jüdischen zu der einer polnischen Kolonisation wurde nach Ansicht des MSZ durch die zwischen Beck und Delbos getroffenen Vereinbarungen erleichtert²⁵², in denen der französische Außenminister bekanntlich eine Abkehr von der Fokussierung auf die Juden verlangt hatte.

Hier wird wiederum jenes schon zu Beginn beschriebene Grundmotiv deutlich, wonach es dem Ministerium Becks in erster Linie um die Gewinnung einer außenpolitischen Position in der Kolonialfrage ging. Die Judenemigration wurde zwar gewünscht und auch so weit als möglich gefördert, trat aber, wenn nötig, hinter dieses übergeordnete Motiv zurück und wurde zum taktischen Instrument. Das Außenministerium hoffte, über die Besiedlung Madagaskars mit polnischen statt jüdischen Kolonisten langfristig Einfluß auf die Insel zu gewinnen und gleichsam kolonisatorisch Fakten zu schaffen, die in der internationalen Kolonialdebatte mit in die Waagschale geworfen werden konnten.

In einem mit Lepecki abgestimmten Vertragsentwurf legte das Außenministerium die einzelnen Modalitäten einer Immigrationsvereinbarung zwischen Polen und Frankreich fest²⁵³. Die französische Regierung sollte demnach 450 000 ha im Distrikt Bealanana in Form einer Konzession für unbegrenzte Zeit zur Verfügung stellen. Die polnische Regierung verpflichtete sich im Gegenzug, innerhalb der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre rund 15 000 Familien landwirtschaftlicher Siedler mit einem „harmonisch“ angeglichenen Anteil aus Handwerk, Handel und freien Berufen dort unterzubringen. Die Regierung in Paris sollte für die vorgesehenen Gebiete die Bereitstellung von Mitteln zur optimalen sanitären Vorbereitung des Ortes garantieren. Ebenso sollten die Franzosen überflutete Gebiete entwässern und gegen Überschwemmung sichern, sowie Straßen und Hafenverbindungen vor Ankunft der Siedler fertigstellen.

Ein Zeitraum, in dem diese Arbeiten zu bewerkstelligen gewesen wären, wurde allerdings ebenso wenig benannt, wie eine Erörterung der Frage fehlt, wie man die französische Seite zur Übernahme der Kosten bewegen wollte, hatte doch Moutet stets betont, daß die Finanzierung von außen kommen müsse und die Kolonialadministration für den infrastrukturellen Ausbau der Insel schon derzeit kaum Mittel zur Verfügung habe.

Die jeweilige Höhe der jährlichen Quote von der Gesamtzahl der Siedler hätte die Auswanderungsgesellschaft der Polen zu bestimmen, und außerdem sollte die freie Einfuhr aller notwendigen Geräte und Güter gewährleistet sein. Die Transportkosten

²⁵¹ AAN MSZ 9826, Czesc II, Projekt taktyczny, 17.1. 1938.

²⁵² AAN MSZ 9826, Notatka dla Pana Ministra w sprawie kolonizacji polskiej na Madagaskarze, o.D. (17.1. 1938); der Passus zu den getrennten Siedlungsgebieten für die Juden ist hervorgehoben.

²⁵³ AAN MSZ 9826, Projekt Umowy o imigracji między Rzeczpospolita Polska i Republika Francuska, o.D. (11.1. 1938). Zum Folgenden ebenda.

auf der Insel selbst sollten von den Franzosen getragen werden und darüber hinaus alle Bestimmungen für „Madagascar et Dependances“ gelten. Die Immigranten hätten bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, unter anderem ein Zeugnis ihrer Gesundheit und ihrer „moralischen“ Reife abzugeben, und sollten aus Berufen kommen, die auf der Insel benötigt würden. Dafür könnten sie bestimmte zusätzliche Sonderrechte genießen, bspw. auf zwanzig Jahre von den Grundsteuern und in ihrem Gebiet auf zehn Jahre von Industrie- und Handelssteuern befreit bleiben. Die französische Regierung sollte den polnischen Siedlern die Religions-, Kultur- und Bildungsfreiheit garantieren. Es war vorgesehen, nur 15 Prozent der Einwanderer aus den Bereichen Industrie, Handel und freie Berufe zu rekrutieren, das heißt, 85 Prozent der Siedler sollten Landwirte bzw. landwirtschaftliche Arbeiter sein. Der Konzessionsvertrag war demnach zwischen dem französischen Kolonialministerium und der zu gründenden polnischen Siedlungsgesellschaft abzuschließen²⁵⁴, wobei die Polen bevorzugt einwandern können sollten. Auch nach Erlöschen des Vertrages hätten die einmal erworbenen Rechte garantiert zu bleiben. Der Handel zwischen Polen und Madagaskar sollte in einem separaten Punkt des polnisch-französischen Handelsvertrages niedergelegt werden. Es war vorgesehen, diesen Vertrag mit einer Geltungsdauer von zunächst 20 Jahren in Kraft treten zu lassen, wobei sich die Frist bei Nichtkündigung automatisch um jeweils zehn Jahre verlängern würde.

Diesem Entwurf eines Immigrationsvertrages war eine sieben Punkte umfassende geheime Ergänzung mit Datum des 11. Januar 1938 beigelegt. Sie sah vor, beim Gouverneur von Madagaskar eine Sektion für die Angelegenheiten der polnischen Immigranten sowie bei der Direktion für Wissenschaft eine Abteilung für polnische Schulen zu bilden und den Polen eine Beteiligung am Administrationsrat der Kolonie zuzusichern. Die polnischen Immigranten sollten die gleichen Rechte wie die französischen Bürger der Insel erhalten.

Es war ferner geplant, von der Ansiedlungsgesellschaft einen eigenen Wachdienst unterhalten zu lassen, der nach Beendigung der Arbeit dieser Organisation eventuell in die madagassische Polizei integriert werden könnte. Keinesfalls sollte die Polizei vor Ort als Ordnungsorgan der Kolonialmacht gegenüber den polnischen Bürgern eingesetzt werden dürfen. Dies hieß unausgesprochen, daß sich die polnische Siedlung in polizeilicher Hinsicht als polnischer Siedlerstaat im kolonialen Gesamtstaate entwickeln könnte, wohl in der Hoffnung, hiermit eine unabhängige Keimzelle für später sich bietende Optionen zu erhalten.

Außerdem sollte die französische Regierung den Immigranten Gründung, Betrieb und Kontrolle öffentlicher Erziehungsanstalten jedes Typs und Grades mit polnischer Sprache auf Kosten der Franzosen zusichern und daneben auch private polnische Schulen erlauben. Über devisenwirtschaftliche Fragen, den Erhalt einer Anleihe von Frankreich und dessen Form sowie die Angelegenheiten einer polnischen kolonialen Selbstverwaltung sollten noch Vereinbarungen getroffen werden²⁵⁵.

²⁵⁴ Der Entwurf des Konzessionsvertrages, der in 13 Punkten die näheren Einzelheiten wie Vermessung, Materialbeschaffung usw. regeln sollte und in dem die Zahl der Familien, die in den ersten 15 Jahren kommen sollten, auf 15000 festgelegt wird, befindet sich in derselben Akte.

²⁵⁵ AAN MSZ 9826, Uzupełnienie tajnej umowy imigracyjnej polsko-francuskiej, 11.1. 1938.

Die Planer des Außenministeriums sahen die Selbstverwaltung, eigene Sicherheitskräfte, ein polnisches Schulwesen, das Recht auf direkte Vorsprache beim Gouverneur und die bei diesem einzurichtende und von ihm zu finanzierende Abteilung, die aber von einem Polen geleitet werden sollte, als „Selbstverständlichkeiten“ an²⁵⁶. An der Spitze der polnischen Kolonie mußte nach ihren Vorstellungen ein Delegierter der Auswanderungsgesellschaft stehen, der mit dem Gouverneur, der polnischen Abteilung in dessen Stab, der zu schaffenden polnischen Sektion in der Verwaltung, dem Distrikt- und Regionschef sowie dem Konsul Polens in Antananarivo in Verbindung stehen und die Siedlungsarbeiten koordinieren würde²⁵⁷. Im Entwurf eines Konzessionsvertrages, der zwischen dem französischen Kolonialministerium und der Ansiedlungsgesellschaft geschlossen werden sollte, waren die Bedingungen und Wünsche in dreizehn Punkten zusammengefaßt. Danach war vorgesehen, daß nach Erfüllung der genannten Voraussetzungen durch die Franzosen innerhalb der ersten fünfzehn Jahre 15 000 polnische Familien auf die Insel kommen sollten²⁵⁸.

Derartige Forderungen illustrieren die polnische Illusion, Frankreich bzw. Madagaskar lechze geradezu sehnüchtig nach polnischen Immigranten. Diese Vorstellungen waren in ihrer Reichweite derart überzogen und fern den mehrfach signalisierten französischen Standpunkten, daß man versucht ist, von irrationaler Tagträumerei zu sprechen.

Allerdings war denn doch ein Teil des ganzen Plans den zu erwartenden Schwierigkeiten und möglichen Einwänden der Franzosen gewidmet. Neben zu befürchtenden formalen Problemen, vor allem bei den unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der zu erwartenden Ansiedlungskosten – die Franzosen veranschlagten 150 000 FF pro Kolonisten, die Polen nur 35–40 000 FF –, sind hier, auch im Hinblick auf die Bewertung der Dimensionen des späteren deutschen Plans, besonders die von polnischer Seite beschriebenen natürlichen Hindernisse bei der Realisierung des Projektes von Interesse. Die Ansiedlung auf Madagaskar war demnach für Europäer nur oberhalb von 800 Metern möglich und setzte guten Boden voraus. Dieser liege weit verstreut und sei schwer zugänglich. Neben einer Reihe weiterer natürlicher Hindernisse sei vor allem der Mangel an Arbeitskräften hervorzuheben, so daß es außerordentlich wichtig sei, daß die Siedler in dieser Hinsicht in der Lage seien, alle ihre Bedürfnisse selbst zu decken²⁵⁹.

Am 12. Januar wandte sich das Außenministerium mit einer detaillierten Beschreibung des Vorhabens an Finanzminister Eugeniusz Kwiatkowski. Neben den ausführlichen Notizen über das Projekt wurde eine Kostenkalkulation, der Kommissionsbericht und ein zusätzlicher gesonderter Bericht Lepeckis übermittelt²⁶⁰. Hier wurde skizziert,

²⁵⁶ AAN MSZ 9826, Przywileje natury administracyjno-politycznej, o.D. (11.1. 1938).

²⁵⁷ Ebenda, ein entsprechendes Verwaltungsschema ist im Entwurf beigelegt.

²⁵⁸ AAN MSZ 9826, Projekt umowy koncesyjnej, o.D. (11.1. 1938).

²⁵⁹ AAN MSZ 9826, Trudnosci wyplywajace ze strony francuskiej, które mogą być wykorzystane przy rozmowach z czynnikami francuskimi, popierając tezy polskiej, o.D. (11.1. 1938).

²⁶⁰ Ein von allen drei Kommissionsmitgliedern abgefaßter Bericht ist nicht überliefert, dürfte angesichts der stark divergierenden Standpunkte bezüglich der Ansiedlungsmöglichkeiten auch kaum existiert haben, so daß es sich bei dem an Kwiatkowski übermittelten „Bericht der Studienkommission“ vermutlich um den „Raport“ Lepeckis vom Oktober 1937 handelte, den dieser um eine thesenartige Zusammenfassung für den Finanzminister ergänzt hatte.

daß innerhalb der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre rund 50–80 000 Polen auf Madagaskar anzusiedeln seien²⁶¹. In einem acht Punkte umfassenden Katalog wurden die Voraussetzungen und Argumente für eine polnische Siedlung noch einmal zusammengefaßt.

Man verstand Moutets Äußerungen als Zusagen dahingehend, daß die französische Seite Sumpfgebiete entwässern, Straßen bauen, Sanitätsstationen gegen Malaria einrichten und auch sonstiges Baumaterial zur Verfügung stellen würde, wiewohl hiervon in solcher Konkretion keine Rede sein konnte. Als Grundlage für die hierauf basierende Kostenkalkulation sollte mit 1 000 Familien jährlich gerechnet werden. Nach Schätzungen der Kommission, sprich Lepeckis, sollten die Ansiedlungsaufwendungen einer solchen Familie ohne die Fahrtkosten bei rund 9 100 Zloty liegen, was bedeute, daß für die ersten fünf Jahre ein Kapital von 45 500 000 Zloty benötigt würde. Außerdem mußte innerhalb des ausgewählten Gebietes bis Ende Januar 1938 noch die bereits erwähnte Konzession für drei Millionen Francs erworben werden.

Das Außenministerium schlug vor, zur technischen Durchführung der Ansiedlungsaktion eine Gesellschaft mit dem Titel „Afrikanische Siedlungsgesellschaft“ (Afrykańskie Towarzystwo Osadnicze, ATO) oder „Polnische Gesellschaft für die Ansiedlung auf Madagaskar“ (Polskie Towarzystwo Osadnictwa na Madagaskarze, PTOM) zu gründen und mit einem Startkapital von 25 000 000 Zloty zu versehen, das durch Anleihen im Ausland beschafft werden sollte. Der Vorstand der Verwaltung dieser Gesellschaft war mit Vertretern des polnischen wie des jüdischen „Kapitals“ zu besetzen. Als Vorsitzender sollte ein polnischer Pariser Bankier fungieren, als jüdischer Vizepräsident war Léon Alter und als Mitglied des Aufsichtsrates Lepecki vorgesehen²⁶². Um einem Scheitern des Projektes auf Grund technischer Schwierigkeiten vorzubeugen, plante man, eine Vorgruppe gleichsam als „Sturmtrupp der Kolonisation“ auf die Insel fahren zu lassen²⁶³. Ein eigenes Papier war auch der „Ideologie“ einer „Gesellschaft zur Unterstützung der polnischen Ansiedlung auf Madagaskar“ gewidmet, in dem deutlich auf die langfristige Perspektive der möglichen Gewinnung von Kolonien abgehoben wurde und es hieß, früher habe Brasilien bei der Emigration als Vorbild gedient, jetzt habe Madagaskar diese Stelle eingenommen²⁶⁴. Darüber hinaus wurde der „Wert des polnischen Siedlungselements“ betont und argumentiert, daß die geplante Aktion auch im französischen Interesse liege, ließen sich doch auf diese Weise eine Reihe bislang unberührter Gebiete erschließen und der Wert der französischen Kolonien steigern. Polen könne alle Immigrationsbedürfnisse befriedigen, da es einen großen Vorrat an Menschen besitze, die emigrieren könnten – das Außenministerium sprach von insgesamt vier Millionen²⁶⁵.

²⁶¹ AAN MSZ 9826, Brief an Vizepremier Eugeniusz Kwiatkowski, 12.1. 1938; Projekt, Notatki dla Pana Wicepremiera Kwiatkowskiego w sprawie funduszów pożyczkowych na akcje osadnicze na Madagaskarze. In den Notizen ist einmal von 50 000, ein anderes Mal von 80 000 Personen die Rede.

²⁶² AAN MSZ 9826, Notatka dla Pana Ministra w sprawie spółki akcyjnej dla osadnictwa na Madagaskarze, o. D. (Jan. 1938).

²⁶³ AAN MSZ 9826, Pierwsza grupa techniczna, o. D. (Jan. 1938); die Gruppe sollte aus insgesamt 32 Personen bestehen.

²⁶⁴ AAN MSZ 9826, Ideologia Towarzystwa Popierania Osadnictwa Polskiego na Madagaskarze, o. D. (Jan. 1938).

²⁶⁵ AAN MSZ 9826, Wartosc Polskiego Elementu Osadniczego, o. D. (Jan. 1938); auch dieses Papier war mit Lepecki abgestimmt worden.

Ein weiterer Bericht war den polnischen Juden gewidmet, deren Bild es nach Meinung des Außenministeriums zu korrigieren galt²⁶⁶. So seien nicht alle Juden Händler und in ihrer Lebensweise auf schnellen Gewinn ausgerichtet²⁶⁷. Vielmehr gebe es unter den polnischen Juden beispielsweise auch rund 60 000 Bauern. Die Dissonanzen zwischen Polen und Juden in der polnischen Gesellschaft seien vor allem aus der Überbevölkerung des Landes zu erklären, wohingegen sich die jüdischen Einwanderer in Frankreich, Großbritannien und den USA schnell assimiliert hätten²⁶⁸.

Führt man sich die Ziele und Absichten dieses konkreten und detaillierten polnischen Madagaskar-Plans zusammenfassend vor Augen, so lassen sich selbstbewußte, anspruchsvolle, ja zum Teil völlig irrealen Vorstellungen von der möglichen Gestalt einer polnischen Kolonie auf der Insel erkennen, von der getrennt außerdem noch eine jüdische Siedlung zur Minderung des Bevölkerungsanteils der Juden in Polen untergebracht werden sollte. Die Planvorstellungen waren dabei stets verbunden mit einer Charakterisierung des polnischen wie des jüdischen „Siedlungselements“ in den hellsten Farben. Hinter diesen zentralen Elementen der polnischen Überlegungen zur Schaffung eines polnischen Stützpunktes auf Madagaskar stand stets und vor allem die Hoffnung auf eine koloniale Perspektive für das Mutterland²⁶⁹. Wie positiv Außenminister Beck selbst diese Überlegungen sah, wird aus seiner Rede vor der Auswärtigen Kommission des Sejm am 10. Januar 1938 deutlich, in der er betonte, das Auswanderungsproblem sei „aus seinem lokalen Rahmen hinausgewachsen und zu einer europäischen Frage geworden“. Man werde versuchen, diese für Polen lebenswichtige Frage in Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu lösen und, ohne das offensichtlich gemeinte Madagaskar zu nennen, fügte er hinzu, „daß das erste Ergebnis der in dieser Hinsicht unternommenen Untersuchungen durchaus nicht ungünstig war“²⁷⁰. Zum Abschluß der Erörterungen vor dem Ausschuß erklärte Beck zwei Tage später, daß die laufenden Verhandlungen mit der französischen Regierung über „gewisse Möglichkeiten in einer der französischen Kolonien“, sprich Madagaskar, bereits den Punkt eines „sehr weit gediehenen Studiums der Frage“ erreicht hätten. Daher bestehe die

²⁶⁶ AAN MSZ 9826, *Mémoire sur le Problème de la Colonisation Juive*, AAN MSZ 9826, o. D. (Jan. 1938). Die Skizze sollte als Grundlage eines noch in Arbeit befindlichen Papiers über den „Wert des jüdischen Siedlungselements“ dienen.

²⁶⁷ AAN MSZ 9826, *Mémoire*, S. 1 f.

²⁶⁸ Ebenda, S. 2–4.

²⁶⁹ In einem weiteren Papier über „Polen und das Kolonialproblem“ wurde daran gedacht, Madagaskar zur kolonialen Durchdringung mit ethnischen Polen statt mit polnischen Juden zu nutzen. Man plante, für eine Unterbringung von Juden in einer projektierten Zusammenarbeit mit Großbritannien Gebiete in Rhodesien und Kenia ins Auge zu fassen. Daneben kam nach Ansicht des Ministeriums Madagaskar zusammen mit den portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique sowie dem belgischen Kongo und den westafrikanischen Kolonien Frankreichs für die „weiße Ansiedlung“ in Form von Landwirtschaft in Betracht und besaß darüber hinaus auch noch ein wertvolles Rohstoffreservoir; AAN MSZ 9884, *Polska a Problem Kolonialny*, S. 25. Das genaue Datum der Schrift ist nicht feststellbar, laut Umschlag stammt sie aus dem Jahr 1938. Am Schluß der 34seitigen Aufzeichnung heißt es sinngemäß, man brauche in Afrika polnische Menschen, polnische Waren, polnische Plantagen und das polnische Banner; ebenda, S. 33 f.

²⁷⁰ Beck, *Beiträge zur europäischen Politik*, S. 423 f.

Hoffnung, daß sich „in nicht ferner Zeit“ konkrete Ergebnisse mitteilen lassen könnten²⁷¹.

Dieser Optimismus war angesichts der vom Außenministerium intern vorbereiteten Verträge und Planungen für Madagaskar leicht nachvollziehbar, erwies sich aber als Zukunftsmusik.

Die Franzosen sahen in der Erklärung Becks zum einen den Versuch, sie selbst zu einer rascheren Entscheidung zu drängen, betonten aber auch die innenpolitische Wirkung, die Beck mit diesen Äußerungen zu erzielen beabsichtigte. Sie befürchteten vor allem, daß die Gerüchte in Polen illusionäre Hoffnungen wecken würden und daneben auch noch auf andere Länder übergreifen könnten, denn beispielsweise in Rumänien sah man Anfang 1938 in Madagaskar ebenfalls ein Gebiet, nach dem man einen Teil der Juden abschieben zu können hoffte²⁷².

Auch auf deutscher Seite hatte man die französisch-polnischen Verhandlungen in dieser Frage zu verfolgen versucht. In einem Arbeitspapier des Auswärtigen Amtes zur Vorbereitung eines Treffens am 13. Januar 1938 zwischen Neurath und Beck, der nach Genf zum Völkerbund unterwegs war, wurde ausführlich auch die Frage „Kolonien und Rohstoffe“ behandelt, die als „Hauptgrund“ der Reise angesehen wurde. Man hielt fest, daß Polen „zunächst keine territorialen Erwerbungen, sondern Einflußzonen bzw. Siedlungsland für polnische Emigranten, insbesondere Juden“, wolle. „Verhandlungen mit Frankreich wegen polnischer Emigration nach Madagascar [!] sind bereits weit fortgeschritten.“ Das polnisch-französische Bündnis sei nach wie vor der „Grundpfeiler der polnischen Außenpolitik“²⁷³. Beim Gespräch zwischen Beck und von Neurath spielte die Kolonialfrage nur eine nebensächliche Rolle, auf die Frage einer jüdischen Emigration nach Madagaskar ging man nicht ein²⁷⁴.

²⁷¹ PAAA R 104099, Bericht der Deutschen Botschaft Warschau, 14. 1. 1938; Botschafter von Moltke interpretierte Becks Worte von der französischen Kolonie eindeutig, indem er in Klammern hinzusetzte „gemeint ist Madagaskar“; vgl. Beck, Beiträge zur europäischen Politik, S. 434.

²⁷² AD K-Afrique 91, 143, 2. 2. 1938, Außenminister an Kolonialminister.

Ein in Manchester lebender britischer Jude namens M. Shloimovitz bat am 4. Januar 1938 in einem Brief an den französischen Premierminister Camille Chautemps um Informationen und Zugeständnisse für eine Zulassung rumänischer und polnischer Juden auf Madagaskar, wobei sein Hauptaugenmerk auf Rumänien lag. Da er selbst stark an der Hilfe für seine bedrängten Glaubensgenossen interessiert sei, bat er um ein Gespräch mit Chautemps und wollte wissen, wie viele Juden jährlich mit Unterstützung der französischen Regierung auf Madagaskar angesiedelt werden könnten; AD Pologne 332, 4. 1./24. 1. 1938; zu Rumänien vgl. Kap. IV. 13.

²⁷³ PAAA R 104099, Aufzeichnung für die Unterredung des Herrn Reichsministers mit dem polnischen Außenminister Beck, 11. 1. 1938.

²⁷⁴ Dies im Gegensatz zur Auffassung Nicosias, The Third Reich and the Palestine Question, S. 165, wonach von Neurath sich gegenüber Beck mit Sympathie zu den polnischen Anstrengungen einer jüdischen Emigration nach Madagaskar geäußert habe. Nicosia verwechselt offensichtlich das erwähnte Arbeitspapier vom 11. Januar zur Vorbereitung des Gesprächs mit einer Aufzeichnung über den Inhalt, wie sie von Neurath nach der 1½stündigen Unterredung am Vormittag des 13. Januar auch anfertigte, in der aber nur die deutsche Kolonialfrage beiläufig erwähnt und Madagaskar gar nicht genannt wird: „Herr Beck frug sodann noch: ‚Und im Westen nichts Neues?‘ Ich erwiderte ihm: Nein, dort herrsche Ruhe und Frieden, der Westpakt schlafe und die Erörterung unserer kolonialen Forderung bedürfe ja sicherlich einer längeren Zeit der Vorbereitung.“; PAAA R 104099, Pol V 410, Aufzeichnung von Neuraths vom 13. 1. 1938.

Inzwischen wurde, wie der französische Botschafter seinem Minister nach Paris meldete, nicht nur in der unabhängigen Presse, sondern auch in den offiziellen Organen Polens das Madagaskar-Projekt als schon entschieden dargestellt. In den Berichten wurde auch der Eindruck erweckt, daß eine große Zahl von Emigranten ins Auge gefaßt sei, was aber den Angaben Moutets über seine Gespräche mit der Kommission widersprach. Noël warnte ein weiteres Mal, daß die Hoffnungen, die in der polnischen Öffentlichkeit geweckt würden, sich im Falle einer – ziemlich sicheren – Enttäuschung gegen Frankreich wenden könnten, das man dann als Sündenbock ansehen werde. Er drängte deshalb noch einmal darauf, alle Gelegenheiten zu benutzen (was er selbst im übrigen dauernd täte), die französische Position doch zu präzisieren und vor übereilten und übertriebenen Hoffnungen, vor allem was den Umfang des Projekts angehe, zu warnen²⁷⁵, eine Meinung, die von Moutet nachdrücklich unterstützt wurde²⁷⁶.

12. Neue Reaktionen auf Madagaskar

Nachdem die Untersuchungskommission wieder nach Europa gereist war, ihre Ergebnisse vorgelegt hatte und nun eine Vielzahl von Gerüchten über Art und Umfang einer bevorstehenden jüdischen Kolonisation in Umlauf kamen, entflammte Anfang 1938 die Debatte auf Madagaskar selbst erneut heftig. Durchweg positiv plädierte am 9. Februar ein Autor unter dem Pseudonym Lutecius im „Journal de Madagascar“ für die Ansiedlung der Juden. Er warf den Gegnern des Projekts vor, in erster Linie deshalb gegen eine solche Kolonisation zu sein, weil es sich um Juden handle, und verwies demgegenüber auf die vielfältigen Leistungen, die Juden auf allen wissenschaftlichen und künstlerischen Gebieten, wie auch im Bankwesen, der Industrie und dem Handel erbracht hätten. Es gebe auf der Insel große unberührte Gebiete, die seit Jahrzehnten brachlägen und die ohne Kolonisation von außen wohl weitere 150 Jahre brachliegen würden. Die Ansiedlung, so meinte er, würde Frankreich nicht einen Pfennig kosten, die polnischen Juden würden große Kapitalien mitbringen, die für die Infrastruktur, den Bau von Straßen und Häfen verwandt werden könnten²⁷⁷. Dieser philosemitische Idealismus löste in der gesamten madagassischen Presse heftige Gegenreaktionen mit einem deutlich antisemitischen Unterton aus.

„Ein Madagasse“ schrieb, man wolle sich nicht „verjuden“ („en-juiver“) mit Kontingenten von Juden, die in ihren jetzigen Heimatländern unerwünscht seien²⁷⁸, und ein anderer nahm schon als sicher an, daß sich bald 70 000 polnische Juden auf der Insel niederlassen würden. Diese „jüdische Invasion“ gehe auf Kosten der einheimischen Bevölkerung und werde einen Staat im Staate schaffen, welcher der Ausgangspunkt einer noch größeren jüdischen Invasion sein werde²⁷⁹.

²⁷⁵ AD Pologne 332, 68–69, K-Afrique 91, 141–142, 18. 1. 1938, Bericht Noëls an Delbos über das Madagaskar-Projekt.

²⁷⁶ AD K-Afrique 91, C administrative, Culte Israélite, 39, 18. 2. 1938, Steeg an das Außenministerium.

²⁷⁷ Journal de Madagascar, 9. 2. 1938, Lutecius: Aux mangeurs de juifs! . .

²⁷⁸ Journal de Madagascar, 11. 2. 1938, Un Madécasse: Aux amateurs de juifs.

²⁷⁹ Ebenda, Rakoto: Un Joli Cadeau.

In die gleiche Richtung argumentierte ein weiterer Autor, der für den Fall einer jüdischen Einwanderung das Chaos hereinbrechen sah und plakativ forderte, dann sollten die Steuerzahler die Hände auf ihren Geldbeutel legen, der Magistrat zur Aufrechterhaltung der Ordnung zusammentreten und die Polizei zu den Gewehren greifen²⁸⁰. Ein anderer Autor verwies auf schlechte Erfahrungen bei der Ansiedlung polnischer Juden in Südamerika, auch seien auf den madagassischen Plantagen wegen des Klimas und der sonstigen Umweltbedingungen keine europäischen Arbeiter beschäftigt. Darüber hinaus hätten die polnischen Juden eine schwächliche körperliche Konstitution und lebten in katastrophalen hygienischen Verhältnissen – keine guten Voraussetzungen für die auf Madagaskar immer noch grassierenden Malaria- und Typhusepidemien²⁸¹.

Polemisch und aggressiv wandte sich Jean Bidart nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen Lutecius, der doch nach Palästina „abhauen“ solle und dort mit den geliebten Juden leben, wenn er könne. Er drohte, schließlich gebe es ja auch noch die „Pogrom-Methode“, die sich in Polen und Rußland offensichtlich mit guten Resultaten bewährt habe²⁸². Wohlwollend, aber skeptisch sprach sich ein anderer Autor im „Journal de Madagascar“ für einen Ansiedlungsversuch im kleinen Rahmen in unbesiedelten Gebieten aus. Doch mußte von vornherein klar sein, daß die neuen Kolonisten ganz auf sich allein gestellt sein würden, weil es schon den jetzigen Kolonisten an Arbeitskräften mangle. Auch müsse sich Frankreich davor in acht nehmen, für ein mögliches Scheitern unter diesen Bedingungen verantwortlich gemacht zu werden, wie auch davor, mit dieser Zulassung von Kolonisten einen Präzedenzfall zu schaffen, auf den sich andere Staaten bei ihrer Suche nach Emigrationsgebieten später berufen könnten²⁸³.

In „L'Effort“ wurde unter Hinweis auf das Bulletin der „Polska Informacja Polityczna“ vom 24. Dezember 1937 wiederum die Zahl von 100 000 Juden lanciert. Dieses „Attentat“ auf die eingeborene wie die europäische Kolonisation Madagaskars habe man den beiden Juden Marius Moutet und Léon Blum zu verdanken, die von Madagaskar als dem Gelobten Land träumten. Die Gefahr einer jüdischen Invasion drohe, und der Autor rief Eingeborene und Kolonisten zum gemeinsamen Kampf dagegen auf²⁸⁴.

Charles Maurras von der Action Française nahm eine, allerdings umgehend dementierte, Meldung der Nachrichtenagentur Havas, in der von einer Ansiedlung von 30 000 Familien die Rede gewesen war, zum Anlaß, gegen die Unterbringung von Juden aus Polen und Rumänien im französischen Kolonialreich zu protestieren²⁸⁵. Obwohl die Höhe der in den kursierenden Gerüchten genannten Zahl der zu erwartenden Emigranten deutlich gesunken war – man sprach jetzt von 7 000 Familien mit rund

²⁸⁰ Journal de Madagascar, 14.2. 1938, Hundespetits de Machienne: Lutecius et les juifs à Madagascar.

²⁸¹ Journal de Madagascar, 15.2. 1938, G. Olsoufieff: Réponse a M. Lutecius; ebenso La Dépêche de Madagascar, 22.2. 1938, Colonisation juive?

²⁸² Journal de Madagascar, 18.2. 1938, Jean Bidart: Les juifs à Madagascar; in gleicher Weise polemisch-aggressiv Journal de Madagascar, 23.2. 1938, Un Madécasse alias Teratany: Toujours à propos des juifs.

²⁸³ Journal de Madagascar, 19.2. 1938, Hermelin: Les Juifs; vgl. dazu auch am selben Tag in derselben Zeitung: La Terre Promise.

²⁸⁴ L' Effort, 23.2. 1938, Yeber: Contre l'invasion juive, colons, serrons les coudes! Ein weiterer Artikel erschien am 26. Februar 1938.

²⁸⁵ Journal de Madagascar, 25.2. 1938, Charles Maurras: La grande Ile enjuivée?

30 000 Menschen insgesamt – nahmen die Bedenken keineswegs ab. Die „Paris-Tana“ meinte, daß auch diese ernährt und wahrscheinlich über Jahre mit den notwendigsten Gütern und Medikamenten von außen versorgt werden müßten. Die Infrastruktur der Insel biete hierfür keine geeigneten Voraussetzungen, und für die benötigten mindestens 7000 Häuser stünden außer Holz kaum Baumaterialien zur Verfügung. Diese Einwanderung würde deshalb ein Desaster werden, nicht nur für die Kolonisten, sondern in ihren Auswirkungen auch für die jetzigen und kommenden Generationen der Einwohner Madagaskars²⁸⁶.

Einhellig wurde beklagt, daß die französische Regierung zwar Geld für die Unterbringung spanischer Flüchtlinge in Frankreich und die Ansiedlung polnischer Juden auf Madagaskar aufbringen wolle (was ja in Wirklichkeit nicht der Fall war, wie Moutet immer wieder deutlich gemacht hatte), nichts jedoch für die französischen Kolonisten in seinem Kolonialreich tue. Sollte ein Kolonisationsversuch auf der Insel stattfinden, dann auf keinen Fall mit französischen Geldern²⁸⁷.

„La Dépêche“ veröffentlichte Anfang Juli eine genaue Kartenskizze mit der von Lepecki ins Auge gefaßten Ankaizina-Region und dem Distrikt Bealanana und erklärte leicht verständnisvoll, das Gebiet sei zwar wenig bevölkert, doch liege hierin auch genau das Problem. Denn wie allgemein auf Madagaskar, so herrsche auch in dieser Region Arbeitskräftemangel und nach allen bisherigen Erfahrungen seien Europäer nicht zur körperlichen Arbeit unter den madagassischen Bedingungen in der Lage. Wo sollten die neuen Siedler also Arbeit finden, wenn ihnen einerseits keine einheimischen Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, andererseits sie selbst zur Feldarbeit nicht in der Lage wären²⁸⁸. Dies waren Fragen, die schon das „Comité“ in seinem Vorschlag an Moutet und in den Gesprächen mit Gouverneur Cayla nicht zu beantworten gewußt hatte.

13. Exkurs: Madagaskar und die Judenfrage in Rumänien

Wie in der bisherigen Darstellung bereits einige Male am Rande erwähnt, wurde seinerzeit im Zusammenhang mit der polnischen Judenfrage häufig auch die Situation der Juden in Rumänien in den Blick genommen, weil dort ebenfalls eine starke jüdische Minderheit unter ähnlichen politisch-gesellschaftlichen Vorzeichen wie in Polen lebte. Und

²⁸⁶ Paris-Tana, 5.4. 1938, *Rarabaraba: L'Immigration Juive à Madagascar*.

²⁸⁷ Paris-Tana, April 1938, *Sur Madagascar pèse l'inquiétude des Juifs Polonais. Où fixer le Juif errant?*

²⁸⁸ La Dépêche de Madagascar, 2.7. 1938: A l'ordre du jour: La Pologne malgache. Die hier zitierten Zeitungen geben exemplarisch das Meinungs- und Argumentationsspektrum wieder. Weitere Artikel zum Thema finden sich in: *La France Extérieure & Coloniale*, 7.1. 1938: *Madagascar, Colonie Juive*; *L'Echo du Sud*, 26.2. 1938: *L'Invasion Juive*; *Le Petit Tananarivien*, 31.8. 1938: *La Terre Promise*; *La Voix de Madagascar*, 10.6. 1938: *L'Echo du Sud*; 8.7. 1938: *On comble les Polonais*; *Le Prolétariat Malgache*, 17.6. 1938, Robert Jeune: *La question de l'immigration juive et de l'introduction d'une main-d'oeuvre étrangère à Madagascar*; *Journal de Madagascar*, 1.3. 1938: (ohne Titel), 23.7. 1938: *Juifs et Madagascar*, 30.7. 1938: *Le Juif Colonial*, 1.8. 1938: *Les Juifs en Pologne*, 27.9. 1938: *L'Ankaizina aux Chômeurs*; *La Dépêche de Madagascar*, 25.7. 1938: *Devons-nous tolérer cela?*, 26.7. 1938: *Chacun chez soi et les vaches seront bien gardées*.

auch hier war der Gedanke an Madagaskar als möglichem Ziel einer jüdischen Massenauswanderung virulent und verwies sogar über die in Polen diskutierten Vorstellungen hinaus auf den bereits beschriebenen Kreis der „Internationale des Antisemitismus“ und das „Programm“ des „Voll-Zionismus“. Denn der Protagonist des Madagaskar-Gedankens in Rumänien war der Hochschullehrer und spätere Staatsminister Alexander Cuza, der schon zeitgenössisch als „Organisator der antisemitischen Bewegung“ galt²⁸⁹ und den man daher als den „eigentlichen Träger der antisemitischen Propaganda in Rumänien“ bezeichnen kann²⁹⁰. Cuza war ein alter Freund Alfred Rosenbergs und regelmäßiger Teilnehmer der konspirativen antisemitischen Kongresse sowie der einflußreichste Theoretiker und Wortführer jener stark vom Antisemitismus geprägten Bewegung, die mit der Gründung der „Liga zur christlich-nationalen Verteidigung“ am 4. März 1923 an der Universität Jassy ihren Ausgang genommen hatte²⁹¹. Im Juni 1927 hatte sich eine Gruppierung unter Führung des ehemaligen Generalsekretärs und Cuza-Schülers Codreanu von der Liga abgespalten und firmierte zunächst als „Legion Erzengel Michael“, die später als „Eiserne Garde“ agierte, deren antisemitische Orientierung aber nach wie vor zum Kern ihrer ideologischen Ausrichtung gehörte. Eine dritte Gruppe von Antisemiten bildete der Kreis um den Siebenbürgener Dichter und späteren Ministerpräsidenten Octavian Goga²⁹², der in seinem Antisemitismus ebenfalls von Cuza beeinflusst wurde.

Dieser hatte schon 1930 in einer Parlamentsrede Hitler gehuldigt, die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland als „Freiheitsbewegung“ bejubelt und ganz im Sinne der „Internationale des Antisemitismus“ die Vereinigung aller Antisemiten der Welt gefordert²⁹³. Im April 1932 schloß er mit den Siebenbürgener Nationalsozialisten eine Wahlgemeinschaft, die nach Meldung der Bukarester Zeitung „Zara Noastra“ dem Zweck dienen sollte, dem „panarischen Gedanken in Großrumänien zum Triumph zu verhelfen“²⁹⁴. Es war daher wenig verwunderlich, daß die antisemitischen Gruppen in Rumänien seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in engem Kontakt mit dem Außenpolitischen Amt der NSDAP und dessen Leiter Rosenberg standen. Der deutsche Einfluß ging so weit, daß sich Goga und Cuza auf Druck des Außenpolitischen Amtes 1935 zu einer gemeinsamen Organisation zusammenschlossen²⁹⁵.

Wenngleich Cuza als „Pan-Arier“ und Mitglied der „Internationale des Antisemitismus“ von jeher ein Anhänger des Madagaskar-Gedankens war, so erwiesen sich die realpolitischen Umstände doch über lange Zeit als ungünstig, die Hoffnung auf eine Chance zur Umsetzung blieb vage. Mit dem Heranreifen der Diskussion um die polnisch-französischen Pläne änderte sich dies. Die Osteuropa-Reise Delbos' und seine verständnisvolle Haltung gegenüber Polen in der Judenfrage, die Erklärungen des polnischen Außenministeriums von Heiligabend 1937 und die kurz darauf geäußerten An-

²⁸⁹ JPN, VII. Jg, Nr. 39, 14. 8. 1925, S. 10.

²⁹⁰ Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, S. 13.

²⁹¹ Broszat, Das Dritte Reich und die rumänische Judenpolitik, S. 5.

²⁹² Ebenda, S. 6.

²⁹³ JPN, Jg. XIII, Nr. 6, 24. 12. 1930, S. 5.

²⁹⁴ Zitiert nach JPN, Jg. XIV, Nr. 23/24, 22. 4. 1932, S. 9.

²⁹⁵ IMG, Bd. V, S. 67–68; IMT, Bd. 25, S. 20–21; vgl. Broszat, Das Dritte Reich und die rumänische Judenpolitik, S. 8.

sichten Becks über das fortgeschrittene Stadium des Madagaskar-Projektes nährten offensichtlich auch in Bukarest die Hoffnung, an dieser einmaligen Chance partizipieren zu können.

Anfang Januar 1938 äußerte Ministerpräsident Goga, der erst seit Ende Dezember 1937 im Amt war, gegenüber einem amerikanischen Diplomaten, Madagaskar sei eine „Hoffnung“, die in seinem Lande unerwünschten Juden loszuwerden²⁹⁶. In einem Interview mit den französischen Journalisten Jérôme und Jean Tharaud behauptete Goga, seit 1914 hätten sich in Rumänien „500 000 hungriger und unerwünschter Neuankömmlinge niedergelassen“, eine „Invasion“ ungarischer, ukrainischer, österreichischer und deutscher Juden. Sein Lösungsvorschlag, ganz in der bekannten antisemitischen Tradition: „Könnte man sie nicht weit weg schicken [. . .] Irgendwohin auf eine Insel, von wo sie nicht wieder wegkönnen. Kriegsschiffe aller Nationen würden sie umkreisen [. . .] In Madagaskar, zum Beispiel.“²⁹⁷

Der Inspirator dieses Vorschlags war zweifellos der inzwischen achtzigjährig zum Staatsminister avancierte Alexander Cuza, der sich schon zur Zeit der Ministerpräsidentschaft Léon Blums vor dem Bukarester Senat für diese Idee stark gemacht und mit Blick auf dessen jüdische Herkunft gefordert hatte: „Nach Madagaskar [*mit den Juden*!]! Das kann Frankreich nicht mißfallen, da es sich eine jüdische Regierung gegeben hat.“²⁹⁸

Daß Blum Anfang Februar 1938 in einem Interview mit einer in Palästina erscheinenden Zeitung angeblich von der Notwendigkeit gesprochen hatte, daß einige Millionen Juden Polens und Rumäniens emigrieren müßten, forcierte die rumänischen Wünsche. Blum hatte demnach vorgeschlagen, England solle die Initiative zu einer internationalen Konferenz ergreifen, die sich mit der Organisation und Finanzierung der Ansiedlung dieser Emigranten auf dem dafür von Frankreich zur Verfügung gestellten Madagaskar kümmern sollte. Die nationalistische rumänische Presse wertete diese Äußerungen als eindrucksvolle Bestätigung der fordernden Stellung ihres Landes²⁹⁹.

Cuza nahm den Ball in einem Interview mit dem „Völkischen Beobachter“ auf, in dem er das Verlangen, den Juden Madagaskar zur Verfügung zu stellen, mit der Forderung verknüpfte, einen „Weltkongreß zur Lösung der Judenfrage“ einzuberufen. Deutschland, Polen und Rumänien hätten in der Judenfrage bereits klar Stellung bezogen. Die westlichen Demokratien sollten nun vor die Wahl gestellt werden, „entweder

²⁹⁶ FRUS, 1938, Vol. II, S. 677, The Minister in Rumania (Gunther) to the Secretary of State, 20. 1. 1938.

²⁹⁷ Das Interview erschien in „La Presse Coloniale“ am 12. 1. 1938, zitiert nach „Journal de Madagascar“, 15. 2. 1938: Madagascar n'est pas un lazaret; vgl. Olivier, Madagascar – Terre d'Asile?, S. 198. Auch die französische Regierung sah einen Zusammenhang zwischen diesen Äußerungen der rumänischen Führung und den Erklärungen Becks zur Madagaskar-Frage; vgl. AD K-Afrique 91, Brief Delbos' an Moutet, 2. 2. 1938.

²⁹⁸ Zitiert nach Wacogne, Les Juifs et Madagascar, S. 3.

²⁹⁹ AD K-Afrique 91, 7. 2. 1938, Bericht des französischen Gesandten in Rumänien, Adrien Thierry, an Delbos. Thierry berichtet, Blum habe diese Äußerungen nach dem Bericht der Bukarester Zeitung „Universul“ vom 7. 2. 1938 gegenüber der in Palästina erscheinenden Zeitung „B'nai Hali“ gemacht. Ein Original des Interviews, aus dem die genaue Wortwahl Blums zu erschließen wäre, war nicht zu finden, so daß Thierrys Bericht den einzigen Beleg für Blums Äußerungen darstellt.

neue Gebiete für die jüdische Einwanderung zu erschließen, oder aber eine Gewaltlösung in Kauf zu nehmen“³⁰⁰. Der ehemalige (und später erneut berufene) rumänische Ministerpräsident Tataresco sondierte im Mai 1938 beim französischen Kolonialminister Mandel und bat, unterstützt durch eine Demarche Becks, um Informationen über die Ressourcen, die Madagaskar für eine jüdische Immigration biete³⁰¹.

Die in Wien erscheinende nationalsozialistische „Neue Welt“ berichtete am 25. Januar 1938, daß Polen und Rumänien ein „neues ‚gelobtes Land‘“ suchten, in das sie ihre überschüssigen Juden abschieben könnten, und daß sie nun glaubten, „es in Madagaskar gefunden zu haben“³⁰².

Die SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“, im März 1935 als zentrales Publikationsorgan der SS gegründet, kommentierte am 10. Februar 1938 in einem Artikel zur Frage „Wohin mit den Juden“ ausführlich diese Vorschläge des rumänischen Staatsministers³⁰³. Cuza habe für seinen Appell „an die befreundete französische Nation, sie möge den Juden das kaum besiedelte Madagaskar geben“, nur Hohn und Spott geerntet. „Die Juden wollen dieses Geschenk nicht haben“, hieß es gemäß dem weitverbreiteten Topos von den ewig umherwandernden Juden, die im Grunde gar keinen eigenen Staat erstrebten. Darüber hinaus würden die demokratischen Nationen mit jedem feilschen, der nach Palästina heringelassen werden wolle, wären aber nicht bereit, geeignete Territorien zur Verfügung zu stellen, „die mit Juden wirklich besiedelt werden könnten“. Deutlich waren die Gedankengänge Beamishs und de Potteres zu erkennen, als es weiter hieß, die Frage, was mit den Juden geschehen solle, werde man erst dann lösen, „wenn die europäischen Völker soweit sind, daß sie nicht mit den Juden, sondern gegen die Juden zu dieser Lösung schreiten. Nicht die bloße ‚Bereitstellung‘ eines geeigneten Landes wird die Judenfrage lösen, sondern erst die zwangsweise Ansiedlung der Juden in eben diesem Lande.“³⁰⁴

14. Fortsetzung der polnisch-französischen Madagaskar-Diskussion

Die Überlegungen des polnischen Außenministeriums führten nicht zu den gewünschten direkten Verhandlungen zwischen Lukasiewicz und der französischen Seite. Statt dessen wurde die Debatte um eine mögliche Siedlung weiterhin vor allem in der publizistischen Öffentlichkeit ausgetragen. Am 19. Februar 1938 schaltete sich Marcel Olivier, ehemaliger Gouverneur auf Madagaskar, mit einem ausführlichen Artikel in der Zeitschrift „L'Illustration“ in die Diskussion ein³⁰⁵. Olivier war schon 1926 vom damaligen

³⁰⁰ Völkischer Beobachter, 9.2. 1938, S. 5.

³⁰¹ Wie Anm. 320.

³⁰² Neue Welt, Wien, 25.1. 1938: Auf nach Madagaskar! Doch Franzosen sind dagegen, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 176 f. Das Blatt zitiert ausführlich die Einwände, die Jacques Buisot in der Pariser Tageszeitung „L'Époque“ gegen die Pläne geltend gemacht hatte.

³⁰³ Das Schwarze Korps, 10. Februar 1938, S. 1 f.: Wohin mit den Juden?

³⁰⁴ Ebenda, S. 2. Weiter heißt es: „Das mag heute manch einem als Utopie erscheinen. Nun, vor 20 Jahren galt jeder als Utopist, der die zwangsweise Ausscheidung der Juden aus dem deutschen Volkskörper forderte oder für möglich hielt. Nach weiteren 20 Jahren wird auch die räumliche Absonderung der Juden, jedenfalls der größten Masse, nicht mehr Utopie sein.“

³⁰⁵ Olivier, Madagascar – Terre d'Asile?; vgl. AOM Agence F.O.M. c. 312, d. 3, Paris-Centre Nevers, 17.3. 1938, Peregrin: Un aspect de la question coloniale. Olivier war von Januar 1924 bis

polnischen Botschafter in Paris, Graf Chlapowski, auf die Möglichkeiten angesprochen worden, eine „nombre important“ von dessen Landsleuten auf der Grande Ile anzusiedeln. Chlapowsky zeigte sich nach einem längeren Gespräch von den Argumenten Oliviers überzeugt, daß sich die Insel wohl nicht für die Ansiedlung von Europäern eigne, woraufhin der Plan nicht weiter verfolgt worden war³⁰⁶. 1927 hatte laut Olivier eine japanische Kommission unter der Leitung des Diplomaten Ujiro Oyama erkundet, ob sich die Insel für eine Ansiedlung von Japanern eigne. Nach einigen Wochen der Untersuchung habe die Kommission dem Gouverneur mitgeteilt, daß sie sich gegen eine Massenemigration von Japanern gewandt hätte. „Das war die Weisheit selbst“, bemerkte Olivier zu dieser Entscheidung³⁰⁷. Ähnliche Anfragen seien auch schon früher gekommen und mit französischem Wohlwollen aufgenommen worden, hätten aber nie ein positives Ergebnis gehabt. Die von Lepecki genannten Zahlen von 30 000 Bauern, die man ansiedeln könne, entsprangen nach Oliviers Ansicht einem „unbelehrbaren Optimismus“. Er bekräftigte demgegenüber die abweichenden Voten der beiden jüdischen Kommissionsmitglieder, nach denen es für eine massive Einwanderung nach Madagaskar keine Möglichkeit gebe³⁰⁸. Olivier hielt fest, er wünsche „keinem, und sei es auch nur im Traum, sich ausgebürgert auf einem madagassischen Hochplateau zu finden, ausgerüstet mit einer Axt und einem Pflug, um seine Nachkommenschaft zu ernähren“³⁰⁹.

Anfang März 1938 betonte dagegen Kommissionsleiter Lepecki in einem Artikel in der „Gazeta Polska“ noch einmal, daß sich Madagaskar für einen polnischen Siedlungsversuch eigne³¹⁰. Mit einem ausdrücklichen Seitenhieb auf Olivier wandte er sich gegen die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Auffassung, daß sich keine Ansiedlung durchführen lasse, da sowohl die Meinung des jetzigen Generalgouverneurs als auch die Ergebnisse seiner Kommission dagegen sprächen. Er plädierte außerdem gegen die enge Verknüpfung der Frage nach den Siedlungsmöglichkeiten mit der allgemeinen Judenfrage. Madagaskar könne sehr wohl ein gutes Ansiedlungsgebiet sein, und gleichzeitig könnten sich die Juden gegen eine Emigration auf die Insel aussprechen. Seine Kommission hätte nur die Aufgabe gehabt, Ansiedlungsmöglichkeiten zu untersuchen, alles andere gehöre in den Raum politischer Entscheidungsfindung³¹¹.

Februar 1930 mit zwei Unterbrechungen, während derer er von Hugues Jean Berthier vertreten wurde, Gouverneur von Madagaskar.

³⁰⁶ Olivier, Madagascar – Terre d’Asile?, S. 197; Chlapowsky bestätigte die Gespräche und referierte Oliviers Meinung nach Erscheinen des Artikels in einem Brief an „Nasz Przegląd“, 27. 2. 1938, S. 7: Madagaskar nie nadaje się do kolonizacji rolniczej.

³⁰⁷ Olivier, Madagascar – Terre d’Asile?, S. 197. Die Kommission weilte vom 17.–31. 12. 1927 auf der Insel. In anderen Berichten ist, im Gegensatz zu Olivier, nicht von einer geplanten Massenausiedlung des Nippon-Reiches die Rede. Gegenüber dem Herausgeber der „Tribune de Madagascar“ hatte Delegationsleiter Oyama angegeben, daß seine Reise, die vor Madagaskar schon durch Kenia, Uganda, Tanganyika und Sansibar geführt hatte, der Untersuchung der generellen wirtschaftlichen Bedingungen dieser Länder gegolten habe. Madagaskar besuche man wegen möglicher Rohstoffquellen und Exportmöglichkeiten für die heimische Industrie. An die Ansiedlung von Japanern war nicht gedacht; PRO FO 371/13344 W 1313/374/17, Bericht des britischen Konsulats Antananarivo, 31. 12. 1927.

³⁰⁸ Olivier, Madagascar – Terre d’Asile?, S. 198.

³⁰⁹ Ebenda; vgl. PRO FO 371/21634, C 3034/1667/62, Aufzeichnung der britischen Botschaft Paris zu Oliviers Artikel, 13. 4. 1938.

³¹⁰ Gazeta Polska, 2. 3. 1938, S. 3: Madagaskar nadaje się. . .

³¹¹ Ebenda.

„Der Israelit“ zitierte Anfang März 1938 aus einem nicht näher bezeichneten „bekannten Wirtschaftsblatt in Wien“, wonach ein Projekt existiere, „800 000 polnische und rumänische Juden nach Madagaskar“ zu schicken. Das Wiener Blatt diskutierte die natürlichen Voraussetzungen der Insel für ein solches Vorhaben, verwies dabei vor allem auf die zum Teil entsetzlichen klimatischen Bedingungen, kam aber dennoch zu dem Schluß, daß eine „Existenzmöglichkeit in wirtschaftlicher Beziehung“ vorhanden sein werde „für die Hunderttausende von Juden [...] die in nächster Zeit Polen und Rumänien verlassen müssen“³¹². In Gdingener Schiffahrtskreisen werde bereits der Plan erwogen, eine Linie für den Passagier- und Frachtverkehr zwischen Gdingen und Madagaskar zu gründen³¹³.

Mit Datum des 8. März 1938 faßte Noël den Stand der Diskussion um das Madagaskar-Projekt zusammen und begrüßte ausdrücklich, daß Moutet seine Entscheidung, jüdische Kolonisten auf Madagaskar zuzulassen, noch zurückhalte, bis weitere Untersuchungen stattgefunden hätten, damit die Emigranten nicht die ersten Opfer des Mißlingens eines solchen Projektes würden. Dies sei um so mehr gerechtfertigt, als, wie er schon mehrfach betont habe, „l'ignorance des Polonais en matière coloniale est totale“³¹⁴. Eine seriöse Finanzierung sei von den beteiligten polnischen Stellen überhaupt noch nicht durchdacht worden, und bekanntermaßen seien die Juden in Polen ganz und gar gegen dieses Projekt, das nicht in jüdischen, sondern in antisemitischen Kreisen geboren worden sei (womit er nur zum Teil Recht hatte) und hinter dem das Austreibungsmotiv stehe. Die Möglichkeit, daß sich jüdische Organisationen an der Finanzierung eines Kolonisationsversuchs auf Madagaskar beteiligten, sei deshalb mehr als unwahrscheinlich. Frankreich solle angesichts der geringen Erfolgchancen des Projekts auf alle Fälle vermeiden, die Illusionen zu bestärken, die sich zwar nicht die polnischen Juden, aber viele Polen in dieser Frage machten³¹⁵.

Zur eindeutigen Klarstellung der nach wie vor international kursierenden Überlegungen sandte der Quai d'Orsay Ende März ein Rundschreiben zum Madagaskar-Projekt an die Gesandten in Prag, Budapest, Bukarest, Belgrad und Warschau. Die französische Regierung machte darin deutlich, daß sie einer derartigen Immigration abgeneigt gegenüberstünde und strikt gegen eine Massenansiedlung jüdischer Kolonisten sei. Neben den finanziellen Schwierigkeiten eines solchen Projekts wurde die Gefahr hervorgehoben, daß die jüdischen Immigranten der Landwirtschaft und Feldarbeit schnell überdrüssig und sich auf Kosten der alteingesessenen Wirtschaft und der eingeborenen Bevölkerung auf den Handel verlegen würden. Den in ganz Osteuropa kursierenden Gerüchten sollte eindeutig entgegengetreten werden, und die Konsulate wurden angewiesen, keine Immigranten für Madagaskar zuzulassen, selbst wenn diese auf eigene Kosten einwandern wollten³¹⁶. Damit war allen polnischen und auch von anderer Seite

³¹² Zitiert nach Der Israelit, 3.3. 1938, S.5f.: Wie ist es mit und in Madagaskar?

³¹³ Der Israelit, 3.3. 1938, S.5. Eine in Lille erscheinende polnischsprachige Zeitung hielt die Ansiedlungsmöglichkeit von rund 50 000 Juden auf Madagaskar für erwiesen, meinte aber trotzdem, dies sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein; AAN MSZ 9741, 28.3. 1938.

³¹⁴ AD K-Afrique 91, 159–162, Pologne 332, 90–93, 8.3. 1938, Noël an Delbos.

³¹⁵ Ebenda.

³¹⁶ AD K-Afrique 91, 163–167, C administrative, Culte Israélite, 29–33, 31.3. 1938, Außenminister Paul-Boncour an die Gesandten in Prag, Budapest, Bukarest, Belgrad und den Botschafter

geäußerten Wünschen die Grundlage entzogen, was aber die Fortsetzung der Diskussion um dieses hochemotionalisierte Thema keineswegs behinderte.

In der französischen Zeitung „Oeuvre“ machte Anfang April der in Antananarivo lehrende französische Gymnasialprofessor Cambillard in einem Artikel unter dem Titel „Emigranten nach Madagaskar?“ heftige Widerstände bei den französischen Kolonisten vor Ort gegen ein mögliches Kolonisationsprojekt geltend. Die Kolonisten fürchteten einerseits, daß ihnen jüdische Konkurrenten Arbeitskräfte entziehen bzw. deren Preis in die Höhe treiben würden, und andererseits, daß die Juden eine dominierende Rolle im kaufmännischen Leben der Insel einnehmen könnten. Langfristig sei bei der Verwirklichung eines solchen Projekts mit einer „Entfranzösisierung“ der Insel zu rechnen³¹⁷.

Die nun noch auftauchenden Meldungen und Gerüchte um das Projekt³¹⁸ blieben ohne jegliche politische Relevanz, wie der neue Außenminister Georges Bonnet auf eine Anfrage des Abgeordneten Paul Loubardou am 7. Mai 1938 bestätigte. Loubardou zeigte sich über die immer noch umlaufenden Spekulationen über eine Massenimmigration osteuropäischer Juden nach Madagaskar beunruhigt, woraufhin ihm Bonnet unverhüllt das Scheitern des Projekts mitteilte. Die Untersuchungen vor Ort hätten ebenso ernste Hindernisse offenbart wie die Unmöglichkeit, einen ausreichenden Finanzfonds zusammenzubringen; auch gäbe es keinen Stamm an ausgebildeten jüdischen Landarbeitern. Kolonialminister Moutet, der inzwischen durch Georges Mandel abgelöst worden war, habe den jüdischen Emigrationsorganisationen, die sich um Hilfe für ihre verfolgten Glaubensgenossen bemühten, aus diesem Grund vorgeschlagen, ihre Anstrengungen doch auf Südamerika zu verlagern³¹⁹.

in Warschau. Nach dem „Anschluß“ Österreichs steigerte sich auch die Zahl der Auswanderungswünsche in die französischen Kolonien kontinuierlich, wofür exemplarisch eine Anfrage des Wienerers Leopold E. Königstein vom 21. April 1938 steht. Königstein wollte vom französischen Kolonialminister die Einwanderungsbedingungen bevorzugt von Madagaskar und Syrien erfahren, darüber hinaus auch von Indochina und Nordafrika; K-Afrique 91, 21.4./28.4. 1938. Einen weiteren Auswanderungsschub brachte die „Reichskristallnacht“. Eine jüdische Familie aus Leipzig bat im Dezember 1938 beim französischen Kolonialministerium um Visa, um sich auf Madagaskar niederzulassen; AOM Madagascar Série B, 1 B 145, décembre 1938, Schreiben des Kolonialministers an den Generalgouverneur vom 24.12. 1938.

³¹⁷ L'Oeuvre, 5.4. 1938, C. Cambillard: Des émigrants pour Madagascar? Vgl. Jüdische Rundschau, 8.4. 1938, S.1: Um das Madagaskar-Projekt; Der Israelit, 14.4. 1938, S.4. Auch die nationalsozialistische Wiener „Reichspost“ reagierte am 10.4. 1938 auf den Artikel. Hämisches gegen die Franzosen wie gegen die Juden hielt das Blatt fest, wenn es notwendig sei, „sogar die Neger vor den Juden zu schützen und den schärfsten Antisemitismus zu predigen“ (was Cambillard gar nicht tat), dann sei es wohl um so gerechtfertigter, „wenn Mitteleuropa danach strebt, die unerträgliche jüdische Überfremdung einzudämmen“. Der Artikel der „Reichspost“ ist abgedruckt in: Vogel, Stempel, Dok. 37, S. 177f.

³¹⁸ So wies der in Kattowitz erscheinende „Deutsche Pressedienst aus Polen“ in seinem Bericht vom 1. April 1938 auf den steigenden Druck der polnischen Öffentlichkeit auf die Juden und die Bemühungen um Madagaskar hin. Die Aussiedlung eines Teils der Juden aus dem polnischen Staatsgebiet eröffne „nach der Ansicht weitester Kreise die beste Lösung“; Deutscher Pressedienst aus Polen für das In- und Ausland, Kattowitz, 1.4. 1938, S.1–3: Madagaskar – der einzige Ausweg? Die polnische Öffentlichkeit drängt auf Lösung des Judenproblems, in: PAAA R 104194.

³¹⁹ AD K-Afrique 91, 175–177, Pologne 332, 108–111, Georges Bonnet an Paul Loubardou, 7.5. 1938.

Am 25. Mai stellte der neue Kolonialminister Mandel, der schon seit Beginn seiner Amtszeit stark in dieser Frage engagiert war, in einem Brief an den Kollegen am Quai d'Orsay seine eigene Position zum Madagaskar-Projekt klar und machte in Übereinstimmung mit diesem seine sehr reservierte Haltung deutlich. Vor allem das Problem der Finanzierung sah auch Mandel als Haupthindernis, da niemand die Frage beantworten könne, wohin die Emigranten im Falle eines Scheiterns des Kolonisationsversuchs geschickt werden sollten. In seinen Augen war eine Öffnung des Landes bzw. der Kolonien für die Juden kontraproduktiv, da diese die Verfolger für ihre Aktionen belohnen würde. Wenn Frankreich die Immigration von Juden aus Polen, Rumänien, Deutschland, Österreich und Ungarn zulasse, würde es damit indirekt die Existenz einer jüdischen Frage bestätigen und damit die Behandlung der Juden nicht nur als Nation, sondern als Fremdrasse mit Sonderstatus rechtfertigen. Auf diese Weise würden die Verfolgungen und Zwangsmaßnahmen verstärkt, obwohl ja gerade diese den Exodus ausgelöst hätten. Frankreich sollte zwar dennoch weiter Hilfe leisten, doch hätte Madagaskar nicht jene Hoffnungen erfüllt, die man glaubte haben zu können.

Politische, finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten standen auch nach Mandels Meinung allen diesen Überlegungen entgegen. Darüber hinaus bestand seiner Ansicht nach ein Problem darin, daß es sich als gefährlich erweisen könnte, Juden in den französischen Kolonien aufzunehmen, weil die Regierungen ihrer Herkunftsländer später, wenn die jüdischen Siedler einmal eine bedeutende Stellung erreicht haben würden, unter Hinweis hierauf ähnliche Kolonialforderungen stellen könnten wie derzeit Deutschland und Polen. Insgesamt waren die Gefahren einer jüdischen Kolonisation nach Auffassung Mandels wohl sehr viel größer als der daraus zu ziehende Gewinn, weshalb er von solchen Projekten strikt abriet³²⁰.

Diese Entscheidung sollte bis zum Ende der Republik die Grundlage der französischen Haltung zur Einwanderung nach Madagaskar bleiben³²¹. Der polnische Madagaskar-Plan war hiermit faktisch tot.

Das wurde auch im französischen Verhalten gegenüber Bemühungen aus Großbritannien deutlich. Ende April drängte der britische Kolonialminister Ormsby-Gore in einem Brief an seinen Kollegen im Außenamt, Halifax, dieser möge in seinen Gesprächen mit dem französischen Außenminister Bonnet um die Öffnung Madagaskars für jüdische Flüchtlinge „especially from Austria“ bitten. Er meinte, Madagaskar sei „large, healthy, undeveloped and sparsely populated“, und angesichts der sich schließenden Tore Palästinas erscheine ihm Madagaskar als Chance für diese unglücklichen und verfolgten Menschen, die niemand haben wolle³²². Nach den Gesprächen am 28. und

³²⁰ AD K-Afrique 91, 185–186, Pologne 332, 115–118, C administrative, Culte Israélite, 44–47, No. 797, Mandel an Bonnet, 25. 5. 1938.

³²¹ So wurde beispielsweise eine Anfrage aus Südafrika von Anfang Mai 1938, ob auf Madagaskar oder in den pazifischen Kolonien 100–200 jüdische und afrikanische Südafrikaner britischer Herkunft angesiedelt werden könnten, entsprechend abschlägig beschieden; K-Afrique 91, 9. 6. 1938, Gaston Joseph, Direktor der Politischen Angelegenheiten im Kolonialministerium, an die Direktion der Politischen und Handelsabteilung des Außenministeriums.

³²² PRO FO 371/21816, E 2570/10/31, 98f., 26. 4. 1938; bereits am 6. April 1938 hatte im britischen Unterhaus der Abgeordnete Captain Alan Graham die Anfrage gestellt, ob der Premier-

29. April 1938 berichtete Halifax in seiner Antwort, er habe Bonnet darauf angesprochen und der französische Außenminister habe zugesagt, sich auch dieses Themas anzunehmen, „with a desire to be helpful“³²³. Tatsächlich hatte Halifax seinen französischen Amtskollegen gebeten „to give the most favourable consideration to proposals for permitting the settlement of Jews in Madagascar“, worauf der Pariser Minister, allerdings ohne konkrete Zusagen zu machen, geantwortet hatte, er „would prefer this question to be dealt with through the diplomatic channel“³²⁴ – ein diplomatisches Ausweichmanöver, wie Bonnet selbst es seinem Kollegen im Kolonialministerium beschrieb³²⁵.

Der Regierungswechsel, im Kolonialministerium personifiziert durch Mandel, veränderte die französische Position von einer wohlwollenden Neutralität, wie sie Moutet dem Projekt gegenüber eingenommen hatte, zu einer Haltung deutlicher Ablehnung, die alle weiteren Versuche müßig machte. Die Debatte über ein solches Projekt war damit jedoch keineswegs beendet und blieb in der internationalen Erörterung um Möglichkeiten der Hilfe für die verfolgten Juden Europas ein latenter Ansatzpunkt³²⁶.

minister nicht bei der französischen Regierung auf eine Öffnung Madagaskars für eine jüdische Einwanderung hinwirken könne, um zu verhindern, daß, wie er meinte, Palästina mit Juden aus Ost- und Mitteleuropa überflutet werde. In der Antwort wurde klargestellt, daß die Regierung Pläne, die Insel für jüdische Einwanderer zu öffnen, begrüße, aber nicht beabsichtige, in dieser Frage an die französische Regierung heranzutreten; PRO FO 371/21616, C 2662/2662/17, 6. 4. 1938, S. 84–87; vgl. PAAA Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, Bd. 1, Bericht der Deutschen Botschaft London an das Auswärtige Amt, 12. 4. 1938.

³²³ PRO FO 371/21816, E 2570/10/31, 100, 2. 5. 1938.

³²⁴ PRO FO 371/21691, C 3687, Protokoll der Unterredungen vom 28. und 29. 4. 1938, S. 104–105; vgl. FO 371/21749, C 5371/2289/18, Memorandum über die „Possibility of Jewish Settlement in Madagascar“, 13. 5. 1938.

³²⁵ K-Afrique 91, 184, Bonnet an Kolonialminister Mandel, 5. 5. 1938.

³²⁶ Ende Mai 1938 kam es in der deutsch-jüdischen Presse noch einmal kurz zur Diskussion über das Projekt. Wiederum wurde der begrenzte Raum wie der hohe Aufwand hervorgehoben, doch spiegelte sich in den Zeitungen der wachsende Druck des NS-Regimes auf die verfolgte Minderheit. Das „Israelitische Familienblatt“ meinte, „jede auch nur irgendwie in Betracht kommende Auswanderungsmöglichkeit“ müsse „unter allen Umständen in den Kreis der Berechnungen einbezogen und nach Tunlichkeit durchgeführt werden“. Israelitisches Familienblatt, 26. 5. 1938, S. 1: Das Madagaskar-Projekt. Auch das „Jüdische Gemeindeblatt“ forderte, die noch notwendigen Prüfungen rasch abzuschließen, „damit die Einwanderungsmöglichkeiten nach Madagaskar beschleunigt ausgenutzt werden können“. Jüdisches Gemeindeblatt für Berlin, 29. 5. 1938, S. 2: Madagaskar. In der nationalsozialistischen „Brennessel“ erschien zwei Wochen später unter der Überschrift „Und nun doch Madagaskar?“ eine Karikatur, in der eine stilisierte Madagassin von einem Küstenfelsen hinablickt auf eine nicht endende Flotte dampfender Schiffe unter der Flagge des Davidsterns. An Deck eines Schiffes sind karikierte Juden mit Gepäck zu sehen. Ein Koffer trägt die Aufschrift „Wien – Madagaskar“. Bildunterschrift: „Uns Madagassen hat man wohlweislich zu fragen unterlassen.“ Die Brennessel, 14. 6. 1938; vgl. Illustrationen.

Am 22. Juni bekundeten auch die Vereinigten Staaten in einer Anfrage beim französischen Außenministerium ihr lebhaftes Interesse am Madagaskar-Projekt, besonders im Hinblick auf die Judenverfolgungen im angeschlossenen Österreich. Die Franzosen wiegelten auch hier ab und warnten davor, sich allzu viele Hoffnungen zu machen, weil die Insel zu viele natürliche Hindernisse vor allem für eine Massenkolonisation biete; AD K-Afrique 91, 196, 22. 6. 1938, Notiz für Massigli auf eine Anfrage des Ersten Sekretärs der Botschaft der Vereinigten Staaten.

15. Lebhaftes Erörterungen ohne faktische Grundlage

Nachdem die grundsätzliche Entscheidung der französischen Regierung gegen Kolonisationsversuche auf Madagaskar schon im März 1938 gefallen war und sie im Mai durch Minister Mandel noch einmal bestätigt wurde, mußte die weitere Diskussion im Grunde mit der Überschrift „langwieriger Epilog“ versehen werden. Die eindeutige Zäsur dieses Frühjahrs ergibt sich jedoch nur für den rückblickenden Betrachter, denn zeitgenössisch taucht der Gedanke an Madagaskar bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges tatsächlich international mit ausdauernder Regelmäßigkeit immer wieder auf und bietet ein vielfach verwirrendes Bild von unreal-verträumten Wünschen, gewagten Hypothesen, weitreichenden Hoffnungen und irrationalen Spekulationen wie auch Versuchen, das bereits verstorbene Planspiel wieder zum Leben zu erwecken.

In Polen war im Frühsommer 1938 nach wie vor die Meinung weit verbreitet, Frankreich habe seine grundsätzliche Zustimmung zu einer jüdischen Emigration nach Madagaskar gegeben, und in der Öffentlichkeit wurde weiterhin die Auffassung lanciert, das Madagaskar-Projekt befinde sich noch in der Untersuchungsphase, wie Noël am 28. Juni an Außenminister Bonnet berichtete. Der Botschafter schlug deshalb vor, in einer wichtigen, auch in Polen beachteten Tageszeitung, beispielsweise in der „Temps“, einen Artikel zu veröffentlichen, in dem die Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer jüdischen Kolonisation auf der Insel ausführlich darzustellen seien. Als Vorbild sollte der nach Noël's Ansicht hervorragende Artikel Marcel Oliviers vom Februar dienen, der leider wegen seines Publikationsortes in Polen kaum zur Kenntnis genommen worden sei.

Außerdem bat er um die Erlaubnis, Beck bei der nächsten Gelegenheit an seine moderaten Töne vom Dezember 1937 erinnern zu dürfen, als der polnische Außenminister im Gespräch mit Delbos jegliche Kolonialforderungen von sich gewiesen und diese nur für eine eventuelle internationale aufkeimende Diskussion angekündigt hatte³²⁷.

Hier wird im übrigen ein weiteres Mal überdeutlich, daß Noël sich nicht allein als Befehlsempfänger der Pariser Zentrale verstand, sondern außenpolitisch aktiv und gestalterisch tätig war, was auch seitens des Quai d'Orsay und seiner wechselnden Minister angesichts der unbestrittenen Kompetenz des Botschafters kaum in Frage gestellt

Kolonialminister Mandel trug selbst zur Aufrechterhaltung der Diskussion bei, indem er beispielsweise Anfang Februar 1939 gegenüber dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch von der Möglichkeit sprach, einige Hundert Sudetenflüchtlinge nach Madagaskar oder Neu-Kaledonien emigrieren zu lassen; AD SDN 1814, 16. 2. 1939, Brief des britischen Verbindungsoffiziers bei der tschechoslowakischen Regierung, Robert J. Stoppord, an den Hochkommissar für Flüchtlinge des Völkerbundes, Herbert Emerson. Emerson schrieb umgehend an den Leiter der Völkerbund-Abteilung des Quai d'Orsay, Arnal, mit der Bitte um Auskunft über die tatsächlichen Emigrationsmöglichkeiten nach den genannten Gebieten; ebenda, Emerson an Arnal, 23. 2. 1939.

³²⁷ AD K-Afrique 91, 197–202, 28. 6. 1938, Noël an Bonnet, besonders S. 200–202. Noël und Bonnet waren Jugendfreunde, was den Botschafter nicht davon abhielt, an Bonnets Fähigkeiten als Außenminister stark zu zweifeln. Er warf ihm unter anderem vor, „keinen kämpferischen Geist“, „nicht genügend Philosophie“ und, bei gleichzeitig großem Ehrgeiz, „auch nicht genug Festigkeit in seinen Ansichten“ zu besitzen, Noël, dt., S. 291.

wurde³²⁸. Es ist daher wenig verwunderlich, daß der von Noël angeregte Entwurf über das „dürftige Fundament der Gerüchte über eine Massenimmigration auf Madagaskar“ vom Außenministerium tatsächlich Anfang August 1938 ausgearbeitet wurde³²⁹.

Seit einiger Zeit kursierten, so der Artikel, in verschiedenen osteuropäischen Ländern, die Schwierigkeiten mit der Emigration ihrer insbesondere jüdischen Überbevölkerung hätten, Gerüchte über angebliche Projekte einer Massenimmigration nach Madagaskar. In einigen Kreisen scheine man zu glauben, daß bereits eine Organisation zu diesem Zweck existiere, und die zuständigen französischen Stellen empfangen zahlreiche Anfragen von verzweifelten Juden, die glaubten, hier ihre Rettung gefunden zu haben. Es sei deshalb wichtig, Illusionen zum Verschwinden zu bringen, die allenfalls unangenehme Enttäuschungen zeitigen könnten. Zuerst einmal stelle sich die Frage, ob sich Madagaskar vom Klima und den Ressourcen her für eine bedeutende Besiedlung mit Europäern, seien dies nun „Nicht-Arier“ oder nicht, eigne?

Unter Verweis auf den Artikel von Olivier hielt der Quai d'Orsay fest, daß selbst das Hochplateau der Insel keine Möglichkeiten biete, da es durch die jahrhundertlange Brandrodung der Ureinwohner weitgehend unbrauchbar sei, was im übrigen schon die Versuche mit französischen Kolonisten gezeigt hätten. Madagaskar sei folglich weit davon entfernt, Möglichkeiten für eine Massenimmigration zu bieten. Um eine Ansiedlung in Gang zu bringen und die Betriebskosten einer Pflanzung in den ersten Jahren zu tragen, seien enorme Kapitalzuschüsse notwendig. Eine offizielle Untersuchung des Kolonialministeriums habe ergeben, daß die Kosten für die Ansiedlung jedes Kolonisten mit rund 300 000 Francs zu veranschlagen seien, ein Betrag, der aus dem Budget der Insel keinesfalls aufgebracht werden könne. Verschiedene jüdische Organisationen müßten deshalb die notwendigen Summen bereitstellen. Damit seien die Risiken, die übereilte Initiativen mit sich brächten, offenkundig: die Immigranten würden durch die kaum einträgliche Landarbeit schnell nach einer anderen Beschäftigung suchen, die sie in eine direkte Konkurrenz zu den Eingeborenen bringen würde. Dadurch würden sie deren Wohlwollen, das eine unabdingbare Voraussetzung sei, verlieren. Ohne dieses Vertrauen und eine gegenseitige Hilfe wäre jedoch keine Kolonisation möglich.

Aus dieser Perspektive erklärten sich nach Ansicht des französischen Außenministeriums auch die Widerstände, die speziell in bestimmten jüdischen Kreisen gegen derartige Projekte existierten. Eine Massenimmigration komme also nicht in Frage, und dies sei auch bei einem Treffen der Minister im Kolonialministerium, in Kommunikés und Deklarationen sowie durch die Lepecki-Kommission selbst unterstrichen worden. Allenfalls könne man eine beschränkte Zahl von Emigranten als Versuchsansiedlung ins Auge fassen – gestützt auf eine Zusammenarbeit jüdischer Organisationen, mit finanziellen Garantien der Regierungen ihrer Herkunftsländer und streng ausgewählt nach ihren moralischen, körperlichen, intellektuellen und beruflichen Fähigkeiten.

³²⁸ Noël wurde in seiner abwiegelnden Haltung auch gegen Beck vom Außenministerium nachhaltig unterstützt, AD K-Afrique 91, 210, 11.8. 1938, Außenminister an Botschafter in Warschau.

³²⁹ AD K-Afrique 91, 203–205, 289–291, o.D.; der Entwurf wurde Anfang August 1938 in der Abteilung „Afrique-Levant“ entworfen, am 3. August an die Presse- und Informationsabteilung weitergegeben.

Das Ganze trage vor allem einen symbolischen Charakter und dürfe keinesfalls als für oder gegen eine bestimmte ethnische Gruppe gerichtet interpretiert werden, sondern als der Versuch einer Zusammenarbeit mit einer Regierung, die unter der Überbevölkerung ihres Landes leide. Es sei daher an der Zeit für jene Berichterstatter, die in gutem Glauben daran, daß die Probleme einer Immigration auf Madagaskar gelöst seien, große Hoffnungen ausgelöst hätten, sich zu beeilen, ihre Leser eines Besseren zu belehren und die völlig übereilt entstandenen Illusionen zu zerstören, die, wenn sie andauerten, nur brutal enttäuscht werden könnten³³⁰.

Mit der Bitte, einen Artikel in diesem Sinne anzuregen, wurde die Presse- und Informationsabteilung des Quai d'Orsay beauftragt, die Redaktion der „Temps“ anzusprechen, wobei der Entwurf des Außenministeriums als Schema dienen sollte, wenngleich die Redaktion auch das Kolonialministerium kontaktieren konnte³³¹.

Eine solche Veröffentlichung erübrigte sich jedoch augenscheinlich zusehends vor dem Hintergrund des durch seinen national wie international revolutionierenden Charakter immer stärker ins Blickfeld der Mächtepolitik drängenden Expansionismus des Hitler-Staates. Die zahlenmäßig geringer einzustufende, jedoch auf Grund der akuten Bedrohung faktisch höher bewertete, Behandlung der Judenfrage in Deutschland bewegte die internationale Öffentlichkeit weit mehr als das vielfach anonyme Los der jüdischen Minderheiten Mittel- und Osteuropas.

Gleichwohl wurden den Polen im Hinblick auf die Kolonial- und Judenfrage auch von deutscher Seite Hoffnungen gemacht. So, als Hitler dem polnischen Botschafter Lipski im September 1938 seine Absicht andeutete, das Judenproblem in Übereinkunft mit Polen, Ungarn und möglicherweise auch Rumänien durch Emigration in die Kolonien zu lösen, worauf ihm der Botschafter versprach, dann werde man ihm in Warschau ein Denkmal errichten³³². Außenminister von Ribbentrop äußerte am 24. Oktober 1938 gegenüber Lipski, er sehe in der Frage der Kolonien und der jüdischen Auswanderung eine Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland³³³. Doch wurde dieser Problemkreis völlig vom sich zuspitzenden allgemeinen deutsch-polnischen Verhältnis und der Danzig-Frage überlagert, sollten die deutschen Absichten, woran Zweifel erlaubt sind, überhaupt jemals ernst gemeint gewesen sein.

³³⁰ Ebenda; daß bei der durchweg skeptischen und abwiegelnden Haltung der französischen Regierung nicht allein die möglichen finanziellen und klimatischen Schwierigkeiten einer Ansiedlung von Europäern, seien es nun Juden oder Polen, sondern durchaus auch die politischen Implikationen eines solchen Projekts gefürchtet wurden, zeigte sich daran, daß im August 1938 im Kolonialministerium überlegt wurde, wegen der Überbevölkerung in Indochina und gegen den Arbeitermangel auf Madagaskar Indochinesen aus Tonking als Arbeitskräfte zur kolonialen Entwicklung und zur Schaffung eigener Dörfer auf der Insel anzusiedeln. Das Projekt, das rund 100 Familien bzw. 500 Menschen insgesamt umfassen und als Versuch für mögliche weitere Ansiedlungen dienen sollte, wurde allerdings ebenfalls niemals verwirklicht; AAN MSZ 9736, La Dépêche, Lille, 10.8. 1938: Un projet d'émigration tonkinoise en Afrique; AAN MSZ 9767, Journal de Madagascar, 3.9. 1938: La main-d'oeuvre tonkinoise.

³³¹ AD K-Afrique 91, 206, 3.8. 1938.

³³² Jedrzejewicz, Diplomat in Berlin 1933–1939, Dok. 99, Bericht vom 20. September 1938, S. 411.

³³³ République de Pologne, Ministère des Affaires Étrangères, Les relations polono-allemandes et polono-soviétiques au cours de la période 1933–1939. Recueil des Documents officiels, Paris 1940, Nr. 44, S. 72; in der deutschen Aufzeichnung zu diesem Gespräch ist von diesem Thema nicht die Rede; ADAP, D, V, Dok. 81; vgl. Noël, dt. S. 253.

Nach wie vor erhielt die internationale Debatte um Madagaskar auch von anderer Seite erneute Anregungen. So setzte, wie die französische Botschaft in Washington nach Paris übermittelte, im Oktober 1938 auch der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles große Hoffnungen auf die Insel. Er berief sich dabei auf Informationen aus angeblich offiziellen französischen Quellen, wonach auf der Insel unter der Bedingung, daß die Franzosen dafür nicht die Kosten zu tragen hätten, 40000 Juden ohne Probleme aufgenommen werden könnten³³⁴. Welles war geradezu begeistert von der Madagaskar-Idee und gab gegenüber dem französischen Botschafter an, von Premierminister Daladier selbst die Bereitschaft Frankreichs zur Aufnahme der besagten Zahl von 40000 Juden auf der Insel erfahren zu haben³³⁵.

Wiewohl die Überlegungen zu Madagaskar durch die allgemeine Behandlung der Judenfrage in der polnischen wie internationalen Öffentlichkeit und das erkennbar dilatorische Verhalten seitens der Franzosen einen großen Teil ihrer noch ein Jahr vorher spürbaren, anregenden Attraktivität eingebüßt hatten, blieben sie doch, wenngleich nicht mehr aktuell, auf der Agenda zu bedenkender Planspiele und erfuhren innerhalb des Außenministeriums wie über die Öffentlichkeit neue Impulse.

16. Journalisten als „Kolonisationsexperten“ – Maria Zakrzewska und Arkady Fiedler

Auch in Polen hielt die Madagaskar-Diskussion unvermindert an. Die Journalistin des „Kurier Poranny“, Maria Zakrzewska, lieferte, nachdem sie sich im Frühjahr und Sommer 1938 zu einer Reportage- und Studienreise auf Madagaskar aufgehalten hatte, einen Bericht an das Außenministerium, in dem sie zur Möglichkeit einer polnischen Siedlung auf der Insel und zur Haltung der Madagassen zu diesem Projekt Stellung nahm. In einem Interview habe Gouverneur Cayla ihr gegenüber geäußert, daß er die Ansiedlungsmöglichkeiten für völlig real halte.

Die weit verbreitete Ansicht, daß Europäer unter keinen Bedingungen auf der Insel arbeiten könnten, sei ein Aberglaube, da solche Projekte bisher hauptsächlich an der Küste versucht worden seien, wo das Klima in der Tat physische Anstrengungen für Weiße weitgehend unmöglich mache. In Gegenden allerdings, die europäischen Bedingungen entsprächen, vor allem die kühleren Gebiete auf dem Hochplateau, seien bisher keine befriedigenden Versuche durchgeführt worden. Mit den entsprechenden Vorbereitungen könnten dort Farmen betrieben werden; Cayla hatte allerdings zur Vorsicht geraten und vor einer Massenimmigration gewarnt. Man solle mit einer kleinen, gut betreuten Ansiedlung beginnen, die im Falle des Erfolges immer weitere Kreise ziehen könne.

Andere Beamte der Inseladministration hätten Frau Zakrzewska ebenfalls versichert, daß durchaus eine kleine Zahl ausdauernder und bescheidener Europäer ange-

³³⁴ AD K-Afrique 91, Telegramm der französischen Botschaft Washington, No. 1144, 15. 10. 1938. Saint-Quentin, sein französischer Gesprächspartner, wies Welles darauf hin, daß er die Regierungen entschuldigen müsse, die durch restriktive Immigrationsbestimmungen politische und ökonomische Schwierigkeiten verhindern wollten. Diese diskrete Anspielung auch auf die Vereinigten Staaten selbst habe Welles aber nicht aufgenommen.

³³⁵ AD K-Afrique 91, 11. 11. 1938, Saint-Quentin an Lagarde.

siedelt werden könnte. Die mittlere und niedere Verwaltung Madagaskars stemme sich jedoch mit Vehemenz gegen jegliche Projekte einer solchen Immigration, entsprechend dem Motto „die Weißen komplizieren das Leben“. Unter den bereits auf Madagaskar befindlichen Kolonisten war nach dem Eindruck der Journalistin vor allem die Furcht verbreitet, daß die neuen Siedler sich möglichst schnell zu bereichern und dann zurückzukehren wünschten. Insgesamt sei ihre Haltung zu einer polnischen Immigration aber positiv, da sie sich über mangelnde Hilfe der Verwaltung beklagten und von den neuen Immigranten eine Stärkung der eigenen Position hofften. Frau Zakrzewska wies auch auf die reservierte bis scharf ablehnende Haltung der Presse hin und schrieb, selbst unter seriösen Journalisten kursierten Gerüchte über bis zu 500 000 Polen, die in kürzester Zeit nach Madagaskar kommen sollten. Auch unter den gebildeten Madagassen werde die weiße Einwanderung mit Argwohn betrachtet. Da die anderen Schichten besonders leicht von der Anti-Immigrationsagitation zu beeinflussen seien, stehe abgesehen von den hohen Behörden die Bevölkerung der Insel einer polnischen Immigration reserviert bis ablehnend gegenüber. Als Ursachen dieser Verweigerungshaltung nannte die Autorin die mangelnde Gewöhnung an Arbeit und Pflicht und behauptete, die Madagassen seien faul und träge, der herrschende Stamm der Howa verschlossen, dabei krankhaft ehrgeizig und nur auf Ämter und Stellungen bedacht.

Zu den Chancen einer Ansiedlung meinte sie schließlich, daß kleine, unabhängige Einheiten, die auf ihren Farmen leben und arbeiten könnten, möglich wären. Allerdings sei die Annahme, daß es zu einer längerfristigen Besiedlung mit Weißen kommen könne, unwahrscheinlich. Da es keine verlässlichen Erfahrungen gebe, sei die Probesiedlung einer homogenen und kompakten Gruppe im von den Franzosen vorgeschlagenen Ankaizinana-Gebiet die einzige Möglichkeit, die tatsächlichen Chancen zu testen³³⁶.

Schon vor Frau Zakrzewska hatte bekanntlich der Journalist und Abenteuerautor Arkady Fiedler, zunächst als publizistischer Begleiter der Lepecki-Kommission im Auftrag der „Gazeta Polska“, dann als Korrespondent die Insel bereist und darüber regelmäßig in der Warschauer Zeitung berichtet.

³³⁶ AAN MSZ 9826, Maria Zakrzewska: Madagaskar, 14seitiges Skript o.D. Das Skript wurde vermutlich im Herbst des Jahres 1938 verfaßt und vom Außenministerium nachträglich den Planungsunterlagen vom Januar 1938 beigelegt. Frau Zakrzewska war im Frühjahr von ihrer Zeitung beauftragt worden, Recherchen zu den Lebensbedingungen der europäischen Bevölkerungsgruppe auf Madagaskar durchzuführen, und besuchte die Insel von April bis August 1938. Ihr Aufenthalt führte zu leichten Irritationen zwischen dem polnischen Außenministerium und der Inseladministration bzw. -presse, weil sie dem „Journal de Madagascar“ am 14. Juni ein Interview gegeben hatte, das am 17. des Monats mit dem falschen Hinweis veröffentlicht wurde, sie sei „déléguée du Gouvernement Polonais pour faire à Madagascar une enquête sur les possibilités de fournir à cette Colonie la main-d'oeuvre qui lui manque“. Frau Zakrzewska hatte dies, wie alle anderen Gesprächspartner auf der Insel bestätigten, niemals behauptet, konnte den Sachverhalt aber zunächst nicht richtigstellen, weil sie sich noch am Tag des Interviews bis zum 7. Juli auf eine Reise in den Süden der Insel begeben hatte. Inzwischen war jedoch das polnische Außenministerium alarmiert, und Drymmer ließ durch den polnischen Konsul Robert Ducrocq klarstellen, daß Frau Zakrzewska „n'est chargée absolument d'aucune mission officielle“; AAN Konsulat Marseille 462.

Nach seiner Rückkehr legte er nun am 9. Januar 1939 dem Außenministerium einen 40seitigen Bericht vor, der die Summe seiner Erfahrungen auf der Insel im Hinblick auf die polnische Kolonisation darstellte. Unter dem durchaus programmatisch interpretierbaren Titel „Madagaskar als Land unserer Expansion“³³⁷ schilderte Fiedler eingehend die Möglichkeiten und den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit und schlug Richtlinien für künftige Aktivitäten vor. Seit der Untersuchung durch Lepeckis Kommission stelle sich die Lage in einem anderen Licht dar. Die damalige Annahme einer Verbreitung von günstigem Alluvialboden im Bealanana-Gebiet müsse nach neueren Vermessungen revidiert werden. Für die polnische Kolonisation kämen nur etwa 30 000 ha in Frage³³⁸. Zwar seien die Franzosen der Meinung, daß das Klima selbst in diesen Gebieten für physische Arbeiten von Europäern nicht geeignet sei, doch hielt Fiedler dies für Voreingenommenheit und einen Mangel an Erfahrung. Die Zahl der möglichen europäischen, sprich polnischen, Siedler schätzte er nun auf 1000 bis 1500 Familien³³⁹.

Fiedler schilderte die reservierte Haltung, mit der die Lepecki-Kommission auf der Insel aufgenommen wurde. Die letztlich entgegenkommende Aufnahme durch den Generalgouverneur sei auf den Einfluß der polnischen Botschaft und des Kolonialministeriums zurückzuführen und wohl auch deshalb so freundlich gewesen, weil die oberen Behörden der Ansicht waren, die Kommission werde zu den gleichen Ergebnissen kommen wie die Franzosen selbst³⁴⁰. Nach Abfahrt der Gutachter habe einige Monate lang eine erwartungsvolle Stille auf der Insel geherrscht, wobei sich gleichzeitig eine immer stärker negative Meinung zu einer jüdischen Kolonisation herauskristallisiert habe. Wenn die Juden kämen, so die Befürchtung, dann eher als Händler, also als Rivalen um die bereits besetzten Positionen³⁴¹. Als die Diskussion dann im Februar 1938 voll entflammte, habe sie sich zunächst auf die Frage konzentriert, ob Juden als Landarbeiter auf der Insel leben könnten oder wollten. Im März 1938 habe der Gouverneur eine Anweisung gegeben, Vorsicht gegenüber einer allgemeinen polnischen Immigration zu artikulieren³⁴², und diese Haltung, in der sich auch der Regierungswechsel in Paris bemerkbar gemacht habe, sei in der zweiten Junihälfte und Anfang Juli 1938 in einer scharfen antipolnischen Pressekampagne eskaliert. Man protestierte nicht mehr allein gegen eine jüdische Immigration, sondern gegen jede Art einer polnischstämmigen Einwanderung. Unter Berufung auf die Aktivitäten der See- und Kolonialliga wurde die Befürchtung geäußert, daß Polen so viele Menschen schicken wolle, daß es die übrigen Europäer der Insel dominiere.

Fiedler sah hinter dieser Kampagne den Einfluß der Kolonialverwaltung, da die Presse von dieser subventioniert wurde³⁴³. Bei seinen weiteren Recherchen habe er festgestellt, daß die Stimmung in den einflußreichsten Kreisen der Insel – er zählte hierzu auch noch die englischen Pastoren und deutsche fahrende Händler – vor allem gegen

³³⁷ AAN MSZ 9826, Arkady Fiedler, Madagaskar jako teren naszej ekspansji, Warschau, 5. 12. 1938 (dem Außenministerium vorgelegt am 5. 1. 1939).

³³⁸ Ebenda, S. 10.

³³⁹ Ebenda, S. 11.

³⁴⁰ Ebenda, S. 14 f.

³⁴¹ Ebenda, S. 15 f.

³⁴² Ebenda, S. 16.

³⁴³ Ebenda, S. 16–18.

eine jüdische Immigration gerichtet sei, aber auch von der Aussicht auf polnische Einwanderer beunruhigt werde³⁴⁴.

In den Richtlinien für zukünftige polnische Aktionen, die Frankreich wohl bereit sein werde zu akzeptieren, schlug er vor, die Ansiedlung von nach und nach maximal 1000 Familien ins Auge zu fassen. Als weitere mögliche Argumente für eine polnische Kolonisation führte er an, daß man das Projekt nicht als Aktion der Regierung, sondern als rein private und wirtschaftliche Unternehmung durchführen solle. Außerdem könne man polnischerseits garantieren, daß die Siedler auch später auf ihrer Scholle bleiben und nicht etwa eine Beamtenlaufbahn anstreben würden³⁴⁵. Die bereits auf Madagaskar lebenden Polen könnten gleichsam als Infiltrationszellen für die Neuankommlinge dienen³⁴⁶.

Fiedler warnte vor möglichen Schwierigkeiten, die es mit der einheimischen Bevölkerung, besonders den Howa, geben könne. Da allerdings das Bealanana-Gebiet nicht im ethnischen Territorium dieses Stammes liege und eine Auseinandersetzung eher zwischen Howa, Kreolen und Franzosen zu erwarten sei, könnten die Polen mit einer neutralen Haltung sich sogar im Vorteil befinden³⁴⁷. Sein Plan für die nächstliegenden Aktionen auf Madagaskar zielte auf die Einrichtung einer unverdächtigen Organisation sowie damit einhergehender Propaganda, um die polnischen Bauern als tropische Pioniere hervorzuheben. Er schlug darüber hinaus die Ausarbeitung eines konkreten Kolonisationsplanes mit der Absicht einer Ansiedlung von 1000 polnischen Bauernfamilien vor und nannte als weitere Ziele die Ausweitung des polnisch-madagassischen Handels, die Expansion im kaufmännisch-personellen Bereich wie auch bei Pflanzungen und im Bergbau³⁴⁸.

Fiedlers Analyse war, wenngleich sie immer noch von hoffnungsvollem Optimismus getragen wurde, deutlich reservierter und, nimmt man die Ansichten der jüdischen Kommissionsmitglieder Alter und Dyk zum Maßstab, realistischer als die euphorischen Planspiele Lepeckis. Bei Fiedler war zudem von einer Entlastung des polnischen Judenproblems durch eine Emigration auf die tropische Insel nicht mehr die Rede, vielmehr wurde bei ihm ein polnisch-kolonialer Impetus deutlich, der auch schon mit der bewußt gewählten Bezeichnung Madagaskars als „Land polnischer Expansion“ zum Ausdruck kam.

³⁴⁴ Ebenda, S. 18f.

³⁴⁵ Ebenda, S. 20f.

³⁴⁶ Ebenda, S. 27f; den polnischen Honorarkonsul in Antananarivo, Robert Ducrocq, schloß Fiedler in dieser Frage ausdrücklich aus.

³⁴⁷ Ebenda, S. 33f.

³⁴⁸ Ebenda, S. 35–38, Nasz plan najbliższej akcji na Madagaskarze: 1. akcja osadnicza, 2. Ekspansja kupiecko-personalna, 3. Ekspansja plantacyjno-górnicza, 4. Handel polski-madagarski. Fiedlers Denkschrift waren Berichte an das Außenministerium vom 16.10. 1937 und 28.4. 1938 über die Möglichkeiten polnischer Kolonisation, die Organisation von Import und Export und Möglichkeiten polnischer Aktivitäten im Bealanana-Gebiet vorausgegangen, die diesem Report neben rund 20 weiteren maschinenschriftlichen Abhandlungen, 25 Karten, 56 Broschüren und Büchern sowie rund 1050 madagassischen Zeitungen beigegeben waren, aber nicht überliefert sind; ebenda, S. 39–43. Ein Teil der Kosten für Fiedlers Recherchen wurde aus einem Spezialfonds der unter der Leitung von Lepecki stehenden Internationalen Ansiedlungsgesellschaft (Miedzynarodowe Towarzystwo Osadnicze) finanziert; vgl. AAN MSZ 9768, Nr. EI275–17a/2, 13.1.–23.3. 1939.

Um die gleiche Zeit veröffentlichte Fiedler ein durch zahlreiche Zeitungsartikel angekündigtes Reise- und Erlebnisbuch über seine Eindrücke auf der Insel, das, mit dem gleichfalls programmatisch deutbaren Titel „Jutro na Madagaskar“ (Morgen auf Madagaskar) erschien³⁴⁹, allerdings mehr als literarische Schilderung eines exotischen Landes und seiner Bewohner denn als politische Programmschrift gewertet werden muß und von seinem internen Bericht für das Außenministerium stark abwich. Das Buch ist in der Attitüde des Abenteuerautors wie des weißen Herrenmenschen geschrieben und zeichnet ein häufig wenig schmeichelhaftes Bild der einheimischen Bevölkerung Madagaskars, der er wie seine Kollegin Zakrzewska Bequemlichkeit, Faulheit und einen tiefverwurzelten Aberglauben vorwirft. Die Madagassen würden nicht nur wissentlich die Unwahrheit sagen, sondern hätten geradezu eine morbide Leidenschaft für Lüge und Verrat, die, von ihrem Willen unabhängig, in ihrem Instinkt verankert sei. Dem stellt er das Bild einiger polnischer Bewohner der Insel gegenüber und beschreibt diese als durchweg erfolgreiche Kolonisten³⁵⁰. Fiedler berichtet ausführlich über ein Gespräch mit einem Mitarbeiter des Generalgouverneurs, der anonym hatte bleiben wollen, in dem es um die Kolonisationsmöglichkeiten auf der Insel gegangen sei. Im „Journal de Madagascar“ waren Gerüchte über 30 000 jüdische Kolonisten verbreitet worden, doch sei, so der Beamte, diese astronomische Zahl absurd, ein reines Hirngespinnst. Allenfalls sei eine Fläche von 44 000 ha für landwirtschaftliche Kolonisation verfügbar, wobei er betonte, daß die Insel Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter mit Tradition und Erfahrung benötige und keine Gelegenheits-Agrarier. Unter diesen Voraussetzungen liege die Aufnahmekapazität Madagaskars bei maximal 1000 bis 1500 Familien³⁵¹, was den Zahlen entsprach, die Fiedler in seinem Gutachten an das MSZ übermittelt hatte. Der Beamte meinte gegenüber Fiedler zum Schluß sarkastisch, man solle jene Phantasten, die 30 000 Juden nach Madagaskar schicken wollten, in ein Konzentrationslager [!] sperren, damit sie der Gemeinschaft nicht mehr gefährlich wären³⁵².

Fiedlers Buch war nur mehr ein Nachhall auf die einstmaligen großen Hoffnungen auf Madagaskar, die auch in der polnischen Öffentlichkeit inzwischen viel von ihrer eu-

³⁴⁹ Fiedler, *Jutro na Madagaskar!*, Warszawa 1939. Für Gaston Joseph, den Direktor für politische Angelegenheiten, wurde vom Kolonialministerium ein Bericht über das Buch angefertigt; vgl. AOM Madagascar GEO, c. 330, d. 857, 23. 1. 1939, 16. 5. 1939, 25. 5. 1939; AD K-Afrique 91, 22. 4. 1939, 30. 4. 1939, 9. 5. 1939, 15. 5. 1939; dort auch der Schriftverkehr zwischen Kolonialministerium, Außenministerium und französischer Botschaft Warschau zu Fiedlers Buch. Vgl. auch die Buchbesprechung durch Juliusz Kaden-Bandrowski, in: *Gazeta Polska*, 8. 1. 1939, S. 12.

³⁵⁰ Fiedler, *Jutro na Madagaskar*, S. 104–111.

³⁵¹ Ebenda, S. 262–266.

³⁵² Ebenda, S. 271. In einem weiteren, auch auf deutsch unter dem Titel „Heißes Dorf auf Madagaskar“ erschienenen Buch, das auf Fiedlers Erfahrungen in den Jahren 1937 und 1938 basiert, aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg publiziert wurde, geht der Autor weder auf seine Kontakte zur Lepecki-Kommission noch auf seine Vorschläge für eine polnische Besiedlung der Insel ein. Vielmehr schreibt er sich hier schon für den damaligen Zeitraum eine ganz andere Haltung zu, indem er über ein Gespräch mit einem madagassischen Arzt festhält: „Der Arzt kennt das Interesse gewisser Regierungskreise in Polen für Madagaskar und hat bereits von den unsinnigen Plänen der Jahre 1936 und 1937 gehört, große Mengen von Siedlern auf die Insel zu senden. Übereinstimmend stellen wir fest, daß dies alles als albernes Geschwätz angesehen werden muß“; Fiedler, *Heißes Dorf auf Madagaskar*, S. 120 f.

phorisch aufgeladenen Anziehungskraft verloren hatten. Gleichwohl blieb das Interesse an einer kolonialunterstützten Lösung der Judenfrage latent, konzentrierte sich aber auf andere Bemühungen und Ziele.

17. Diskussionen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges

Die Diskussion um die Forderung, für die Judenfrage doch eine koloniale Lösung zu finden, wurde fortgesetzt und zusätzlich verstärkt durch die offensichtlichen „Erfolge“, welche die Politik der Brutalisierung im Vorgehen gegen die verfolgte jüdische Minderheit verzeichnen konnte. Am 17. November, nachdem die polnische Presse dem deutschen Pogrom der „Reichskristallnacht“ in erster Linie mit der Forderung nach einer internationalen Diskussion des Judenproblems im Zuge einer Mächteübereinkunft begegnet war, erörterte der „Maly Dziennik“ ein weiteres Mal die Möglichkeiten jüdischer Emigration nach Madagaskar und bezeichnete es als für die polnische Regierung paradox, daß Polen als ein traditionelles Judenauswanderungsland durch die antijüdischen Maßnahmen der Deutschen zu einem Einwanderungsland geworden sei³⁵³.

Mit dieser Begründung versuchte Polen mehrfach, die Frage seiner eigenen jüdischen Bevölkerung in die Zuständigkeit des seit August 1938 mit Hilfsbemühungen für die „unfreiwilligen Auswanderer“ aus Deutschland beschäftigten „Intergovernmental Committee on Refugees“ (IGC) zu bringen³⁵⁴. Beck unternahm einen solchen Versuch bereits im September 1938³⁵⁵, und im November versuchte das polnische Außenamt konkret, zumindest die aus Deutschland vertriebenen polnischstämmigen Juden in den Aufgabenbereich des Komitees einzubeziehen. Briten und Amerikaner standen diesen Wünschen stets reserviert ablehnend gegenüber³⁵⁶. Ende November 1938 berichtete der Vize-Direktor des IGC, Robert Pell, dem deutschen Vermittler und Journalisten Abshagen über den Unmut, den Polens permanente Versuche, Druck auszuüben, bei der englischen und amerikanischen Regierung hervorgerufen hatten³⁵⁷. Der polnische Botschafter in London, Edward Raczyński, hatte in einem inoffiziellen Gespräch sogar die Gefahr von Pogromen heraufbeschworen und gegenüber dem Foreign Office mit einer Annäherung an die deutsche Regierung und einer Nachahmung ihrer Politik gedroht³⁵⁸. Pell bezeichnete dies gegenüber Abshagen als einen offensichtlichen Erpressungsversuch, auf den Briten wie Amerikaner empört reagiert hätten. Daneben war den angelsächsischen Mächten auch Polens Verhalten in den Wochen zuvor, vor allem durch seine Gebietsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei, unangenehm in

³⁵³ AD Pologne 332, 153–160, 23.11. 1938, de Seguin (Geschäftsträger in Warschau) an George Bonnet.

³⁵⁴ Zu Entstehung, Mitarbeitern und Tätigkeit des IGC vgl. Kap. V.

³⁵⁵ PRO FO 371/22534, W 12004/104/98, 6. 9. 1938; W 12109/104/98, 8. 9. 1938.

³⁵⁶ PRO FO 371/22537, W 15316/104/98, 18./19.11. 1938; 22538, W 15604/104/98, 23.11. 1938; W 15644/104/98, 28.11. 1938; 22539, W 16027/104/98, 1.12. 1938. Vgl. auch 22539, W 16393/104/98, Gespräch Raczyński-Winterton, 7.12. 1938.

³⁵⁷ ADAP, D, V, Dok. 652, S.765f., Brief Dirksens an Woermann mit einer Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Abshagen und Pell, 30.11. 1938.

³⁵⁸ PRO FO 371/22540, W 16615/104/98, 9.12. 1938.

Erinnerung³⁵⁹. Sie lehnten eine Einbeziehung der aus Deutschland vertriebenen polnischen Juden in die Arbeit des Evian-Komitees aber vor allem deshalb ab, weil sie vermuteten, daß die polnische Seite diese wenigen Zehntausend³⁶⁰ nur als Einfallstor benutzen wollte, um eine generelle Einbeziehung ihrer Judenauswanderung in die internationale Diskussion und die Arbeit des Komitees zu erreichen. Zwar fürchtete man in Großbritannien, daß eine strikte Ablehnung die britisch-polnischen Beziehungen belasten könne, doch warnte der US-Delegierte beim IGC, Myron Taylor, in vollem Einverständnis mit dem State Department, daß bei einem Zugeständnis in dieser Frage noch weitergehende Forderungen heraufbeschworen werden könnten, was es unbedingt zu verhindern gelte³⁶¹.

Gleichzeitig zu diesen Bemühungen des Außenministeriums entluden sich im Innern Polens fortgesetzt antisemitische Aktionen, verbunden mit der Forderung nach Kolonien für die Juden. In Lwów kamen Anfang Dezember 1938 zwei Studenten bei solchen Übergriffen ums Leben, mehrere wurden verletzt. Studenten in Warschau riefen eine „Woche ohne Juden“ aus, und der Vorsitzende des „Lagers der Nationalen Einigung“, General Stanislaw Skwarczynski, forderte vor dem Parlament, diejenigen Staaten, die schwach bevölkerte Gebiete besäßen, sollten diese für die polnischen Juden zur Verfügung stellen³⁶². Diese Frage sei für Polen von vitalem Interesse und verlange eine internationale Lösung. Die Idee einer Mehrstaaten-Konferenz über die Judenfrage wurde auch in der Presse heftig propagiert, wo beispielsweise der „Kurjer Poranny“ schrieb, die Stunde des jüdischen Massenexodus sei gekommen, es gehe in erster Linie um die Frage nach dem Modus dieses Auszugs. Anlässlich der 20-Jahr-Feier der See- und Kolonialliga forderte deren Präsident Kwasniewski wiederum Kolonialbesitz für sein „überbevölkertes Land“. Noël schrieb zu dieser neuen Welle vom Jahresende 1938 spöttisch, es könne schon verwundern, wie ein Land, dem bisher nicht einmal

³⁵⁹ Wie Anm. 357.

³⁶⁰ Mal war von zehntausend, dann von zwanzig- und weiteren dreißigtausend Juden die Rede; vgl. PRO FO 371/22541, W 16919/104/98, Notiz zu Gespräch Raczynski-Halifax vom 14.12.1938; vgl. auch 21638, C 15379/1667/62, Gespräch zwischen Beck und Kennard vom 9.12.1938.

³⁶¹ PRO FO 371/22539, W 16027/104/98, 1.12.1938. Die Briten hatten diesen Gesichtspunkt schon im Vorfeld der Evian-Konferenz als eine drohende Gefahr angesehen, da durch die Behandlung der deutschen Flüchtlingsfrage auch Polen, Rumänien und Ungarn zu erhöhtem Druck auf ihre jüdische Bevölkerung angeregt werden könnten, was alle Hilfsversuche für die deutschen Juden von vornherein gesprengt hätte; FO 371/21749, C 5319/2289/18, 23.5.1938.

³⁶² Das „Lager der Nationalen Einigung“ (Obóz Zjednoczenia Narodowego, OZN o. OZON) war mit einer „Ideenpolitischen Erklärung“ am 21. Februar 1937 zur Unterstützung der Regierung ins Leben gerufen und am 1. März des Jahres konstituiert worden. Gründer des „OZON“ war Oberst Adam Koc, der auch die „Gazeta Polska“ gegründet und von 1929 bis 1930 als Chefredakteur geleitet hatte. Anschließend war er von 1930 bis 1936 Staatssekretär im Finanzministerium und von 1936 bis 1939 Präsident der Bank von Polen. Als Vorsitzender des „OZON“ wurde er im Januar 1938 abgewählt und von Skwarczynski ersetzt. Das „OZON“ betonte gegenüber den Juden sinngemäß das Recht der Polen auf ihre „kulturelle Selbstverteidigung“ und „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ und schloß sie von der Mitgliedschaft aus. In einer dreizehn Punkte umfassenden Resolution zur Judenfrage vom Mai 1938 wurde die Integration und Assimilation der als Fremde bezeichneten Juden in die polnische Gesellschaft abgelehnt und die Massenauswanderung als Lösung propagiert; vgl. Melzer, Last Years, S. 132f.

die vollständige Erschließung des eigenen Territoriums gelungen sei, solche Forderungen stelle. Die Gründe für diese „mégalomanie“ lagen seiner Auffassung nach einerseits im „polnischen Charakter“ begründet, andererseits – und hierbei sei Polen mit Italien vergleichbar – ahmten sie das deutsche Beispiel nach³⁶³.

Die „Polska Informacja Polityczna“ veröffentlichte am 20. Dezember 1938 eine grundsätzliche Stellungnahme zum Problem der Judenemigration und hielt fest, das Interesse der Weltöffentlichkeit am Judenproblem sei im Steigen begriffen. Der internationale Aspekt dieser Frage stehe außer Zweifel, eine Lösung sei aber nicht klar definiert. Doch begannen die Staatsmänner verschiedener Länder zu begreifen, daß das Judenproblem nicht auf die Frage politischer Flüchtlinge begrenzt und fragmentarisch gelöst werden könne – ein Seitenhieb auf die Weigerung des IGC zur Einbeziehung der polnischen Juden, ebenso wie der nicht konkretisierte Vorwurf des Ministeriums an „bestimmte Staaten“, die nach seiner Ansicht über die Mittel zur Lösung des Judenproblems verfügten, die Bedeutung des Problems verkannt zu haben.

Nach Ansicht des MSZ war die Wiederbelebung der nach dem Ersten Weltkrieg unterbrochenen jüdischen Emigration notwendig, doch mußten neben Palästina ergänzende Lösungsmöglichkeiten gefunden werden. Erneut wurde auf die „paradoxe“ Situation verwiesen, daß Polen als ein Land der Judenemigration durch die Flüchtlinge aus Deutschland zu einem Immigrationsland geworden sei. Die Großmächte mußten auch im eigenen Interesse die jüdische Emigration erleichtern.

In der Sitzung des Sejm vom 21. Dezember 1938 forderte General Skwarczynski eine sofortige Aktion der Regierung für eine massive Auswanderung der Juden aus Polen³⁶⁴, und im Sender Radio-Polen wurde dazu aufgerufen, zu Weihnachten nicht bei Juden zu kaufen, wobei zum ersten Mal in einem Warschauer Café im Schaufenster das Schild „arisches Unternehmen“ erschien, wie Noël vermerkte³⁶⁵.

Außenminister Beck selbst sah trotz der sich auf weitaus bedeutenderen Politikfeldern im Zentrum Europas international zuspitzenden Konstellation die Kolonialfrage nach wie vor als wichtiges Feld seiner Politik. Vor der Budgetkommission des Parlaments erklärte der Berichterstatter des Außenministeriums, Surzynski, am 20. Januar 1939, daß der internationalen öffentlichen Meinung inzwischen die polnischen Kolonialambitionen bekannt seien und von dieser mit Verständnis betrachtet würden. Für die Aktivitäten Becks, der die Welt als erster auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht habe, daß sein Land Kolonien erwerben müsse, sei es nötig, daß seine Aktion vom organisierten Willen der ganzen Nation unterstützt werde. Solche Äußerungen waren ohne Zustimmung Becks undenkbar³⁶⁶.

Anfang Februar 1939 bezeichnete ein Mitarbeiter Becks gegenüber dem französischen Botschafter die Emigration einer bedeutenden Zahl von Juden nach wie vor als Notwendigkeit und offizielle Haltung des Außenministeriums in der Judenfrage. Diese

³⁶³ AD K-Afrique 91, 221–225, Noël an Georges Bonnet, 6. 12. 1938.

³⁶⁴ AD Pologne 332, 174–176, 21. 12. 1938, Noël an Georges Bonnet; vgl. PAAA Politische Abteilung, Judenfragen in Polen, Pol. V 348, Bericht des deutschen Botschafters Hans-Adolf von Moltke an das Auswärtige Amt vom 3. 1. 1939.

³⁶⁵ AD Pologne 332, 179, Noël an Georges Bonnet, 2. 1. 1939.

³⁶⁶ AD K-Afrique 91, 238–242, Noël an Georges Bonnet, 23. 1. 1939.

Emigration solle allerdings auf keinen Fall den Charakter einer Zwangsmaßnahme haben, sondern müsse in völliger Übereinstimmung mit den Interessierten organisiert werden, wobei nur eine internationale Aktion geeignet sei, das Problem zu lösen³⁶⁷. Dies konnte einerseits als Beruhigungsmittel gegenüber den skeptisch die antisemitischen Übergriffe verfolgenden Franzosen dienen, andererseits als erneutes Begehren um Beteiligung an der Arbeit des Evian-Komitees verstanden werden, denn vor der Sitzung der Flüchtlingskomitees in London Mitte Februar suchte die polnische Botschaft in Paris die französische Regierung auf das polnische Judenproblem aufmerksam zu machen. Von den 3 1/2 Millionen Juden in Polen hätten zwei Millionen ihre Existenzgrundlage verloren. 10000 Juden polnischer Nationalität, aber deutscher Sprache, befänden sich im Land, 6000 davon noch in Lagern an der Grenze. Unter diesen Umständen bat Warschau das Evian-Komitee, diese Flüchtlinge in ihre Arbeit mit aufzunehmen. Botschafter Lukasiewicz hatte mit dem französischen Komitee-Mitglied Henri Bérenger bereits mehrfach über diese Frage gesprochen, und die Polen wünschten, daß die französische Regierung auf der kommenden Sitzung diese Forderung nach Einbeziehung der Flüchtlinge in Polen unterstütze³⁶⁸. Tatsächlich gelang es der polnischen Regierung noch, vermittelt durch die Briten, auf der Sitzung des IGC im Februar 1939 ein Memorandum zu überreichen, das aber nicht diskutiert wurde³⁶⁹.

Noëls Gesprächspartner aus dem Außenministerium hatte die unklare Haltung der britischen Regierung zu Palästina moniert, die den Juden deutlich machen müsse, daß sich dort nur sehr begrenzte Möglichkeiten böten. Inklusiv der Nachbarländer Litauen, Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn bezifferte er die Zahl der Juden, die Europa verlassen sollten, auf zwei Millionen³⁷⁰. Der französische Botschafter zeigte zwar Verständnis für die Wünsche und erklärte, jeder, der Mittel- und Osteuropa kenne, werde zugeben, daß die Judenfrage und das Problem des Antisemitismus nicht gelöst werden könnten, wenn man nicht einer bedeutenden Zahl Juden die Möglichkeit zur Auswanderung geben werde. Die Politik Frankreichs dürfe sich aber, abgesehen von rein humanitären Zugeständnissen, allein von präzisen Interessen leiten lassen, die jedoch in diesem Fall glücklicherweise in die gleiche Richtung liefen. Noël beschrieb, daß die Entwicklung des Antisemitismus in Polen und seinen Nachbarstaaten in die Hände Deutschlands spielte, da sie diesem erlaube, mit seiner Propaganda auch jene zu erreichen, die dem Regime mißtrauisch oder ablehnend gegenüberstünden. Deshalb sei es notwendig, eine Emigrationsmöglichkeit für jene Juden aus diesem Teil Europas anzubieten, die ihr Land um jeden Preis verlassen wollten, wobei er meinte, daß einige Gebiete Südamerikas für die Aufnahme einer umfangreichen Zahl jüdischer Flüchtlinge dienen könnten. Es sei aber in jedem Fall notwendig, mit der Regierung der Vereinigten Staaten Verhandlungen aufzunehmen, nicht nur, weil Südamerika in deren Interessengebiet liege, sondern auch, weil die USA die bei weitem besten diplomatischen und finanziellen Möglichkeiten hätten, das Problem einer Lösung näher zu bringen³⁷¹.

³⁶⁷ AD Pologne 332, 191 f., Noël an Georges Bonnet, 6.2. 1939.

³⁶⁸ AD Pologne 332, 182 f., Notiz des Directeur Politique vom 6.1. 1939.

³⁶⁹ ADAP, D, V, Dok. 666, S. 789, Bericht Dirksens vom 18.2. 1939.

³⁷⁰ AD Pologne 332, 191 f., Noël an Georges Bonnet, 6.2. 1939.

³⁷¹ Ebenda, 193 f.

Vor dem Senat betonte zur gleichen Zeit, Anfang Februar 1939, der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Jan Szembek, daß die Probleme der Rohstoffe und der Kolonien im Augenblick oben auf der Tagesordnung stünden. Polen habe schon immer erklärt, daß es sich für den Moment des Auflebens einer Kolonialdiskussion das Recht auf eine Mitbeteiligung vorbehalte. Außerdem wies er auf die Bedeutung der Judenfrage hin und erklärte, daß die polnische Regierung weiterhin Anstrengungen unternehmen werde, um eine Lösung in internationaler Zusammenarbeit zu erreichen³⁷².

Anfang März 1939, direkt nach Abschluß des Besuchs des italienischen Außenministers Galeazzo Ciano in Warschau³⁷³, faßte der Oberste Rat des „Lagers der Nationalen Einigung“, mithin die Regierungspartei, in einer 18 Thesen umfassenden Entschließung die kolonialen Forderungen und ihre Begründung zusammen³⁷⁴. Polen müsse „in gleicher Weise wie die anderen Großmächte Europas Zutritt zu Kolonialgebieten haben“. Dieses Streben sei „Ausfluss“ der „Bevölkerungslage und der elementaren wirtschaftlichen Bedürfnisse“ des Landes und seiner geographischen Stellung. Das „natürliche Lebensrecht“ berechtige Polen zu dieser Forderung, denn einerseits sei der Bodenvorrat in Afrika groß genug, andererseits sei die gegenwärtige Kolonialverteilung größtenteils zufällig zustande gekommen und einige Kolonialstaaten seien zur Ausbeutung ihrer Besitzungen nur ungenügend in der Lage. Polen dagegen sei in hohem Maße zur Bewirtschaftung unbevölkerter Gebiete fähig.

Der Forderungskatalog betonte, daß der polnische Kolonialanspruch eine selbständige Frage sei und die Bemühungen um Emigrationsgebiete für die jüdische Bevölkerung

³⁷² AD K-Afrique 91, 254, Noël an Georges Bonnet, 15.2. 1939.

³⁷³ Die Perspektiven, die Madagaskar für die Immigration polnischer Juden eröffnen könnte, fanden auch in Italien ein positives Echo; AD Pologne 421, 29, K-Afrique 91, No. 116, 257, Bericht der französischen Botschaft in Rom an Bonnet, 2.3. 1939. Rom und Berlin hatten in der Kolonialfrage die Möglichkeit, den Polen ohne großes Risiko Entgegenkommen zu zeigen, da klar war, daß der polnische Appetit im Ernstfall auf Kosten Frankreichs, Englands oder der kleineren Kolonialstaaten befriedigt werden müsse. Hier bot sich für Rom wie Berlin die Chance, den Versuch zu unternehmen, Polen in dieser Frage gefahrlos in den eigenen Orbit zu ziehen, indem man ihm das Recht zugestand, für den Fall einer Neuverteilung der afrikanischen Kolonien ein Wort mitzureden. Ciano versuchte bei seinem Besuch in Polen vom 25.2. bis 2.3. 1939, die Polen durch Bekundung von Verständnis für die polnischen Bedürfnisse näher an die „Achse“ zu ziehen. Er war hierbei jedoch auf wenig Gegenliebe gestoßen, da Beck weiter sein Konzept der „Gleichgewichtspolitik“ – Verteidigungsbündnis mit Frankreich, ohne sich voll darauf zu verlassen, gute Nachbarschaft mit Deutschland, mit Rußland nicht mehr Berührung als notwendig – einhalten wollte; vgl. Ciano-Tagebücher 1939–1943, S. 45, 26.2. 1939. Die Kolonialfrage wurde von Ciano in den Eintragungen zu seinem Polen-Besuch nicht erwähnt. Er betonte später gegenüber dem deutschen Botschafter in Rom, Hans-Georg von Mackensen, sie sei nicht berührt worden. Die deutsche Botschaft in Rom erfuhr, Anspielungen Becks hätten gezeigt, daß Polen koloniale Aspirationen habe, doch sei man auf das Problem nicht näher eingegangen. Den Polen liege anscheinend vor allem die Unterbringung ihrer „überschüssigen“ Juden in einer Kolonie am Herzen; PAAA Deutsche Botschaft Paris 473 a, Bericht der Deutschen Botschaft Rom (Plessen) an das Auswärtige Amt, 11.3. 1938. Die französische Botschaft in Rom erfuhr dagegen, daß Ciano Beck die Unterstützung Italiens für den Fall polnischer Kolonialforderungen zugesichert habe; AD K-Afrique 91, 8.3. 1939, Brief der Botschaft Rom Nr. 132.

³⁷⁴ Veröffentlicht in der Gazeta Polska Nr. 62, 3.3. 1939, zitiert nach Übersetzung der Deutschen Botschaft Warschau, in: PAAA R 104100 u. Botschaft Paris 473 b.

nicht präjudiziere. Als Kolonialgebiete im Interesse Polens kämen nur solche Territorien in Betracht, „die sich für Siedlungszwecke eignen und die eine Ausbeutung unter dem Gesichtspunkt der Rohstoffbedürfnisse des Landes zulassen, die also als wirtschaftliche Ergänzung des Gebiets der polnischen Republik gelten können“. Daher seien die Kolonialforderungen „einer der wichtigsten Faktoren der polnischen Staatsraison“, wobei sich das OZON an die Spitze der Kolonialaktion stellen solle.

Nach innen bedeuteten diese Forderungen, daß die Handelsflotte ausgebaut und Rohstoffe produzierende Unternehmen gefördert, die wissenschaftliche Erforschung der in Frage kommenden Gebiete und eine Schulung der Jugend ebenso vorangetrieben und die mit diesen Fragen befaßten Abteilungen der einzelnen Ministerien zu einer gemeinsamen Behörde zusammengefaßt werden sollten.

Damit wurde, so hielt der deutsche Botschafter von Moltke in einem Bericht fest, aus den bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen Polens „zum ersten Mal, wenn auch nicht von seiten der Regierung selbst, aber doch von der ihr nahestehenden Partei, der polnische Kolonialanspruch in aller Form angemeldet“³⁷⁵.

Auch der Madagaskar-Protagonist Lepecki schaltete sich in diese Diskussion ein und veröffentlichte am 3. März auf der Titelseite der „Gazeta Polska“ einen beinahe ganzseitigen Artikel mit der programmatischen Schlagzeile „Polens Kolonialforderung“. In den letzten dreizehn Jahren seien rund eine halbe Million Menschen aus Polen in Überseegebiete emigriert, unter denen sich „zum Glück“ auch 195 000 Juden befunden hätten. Lepecki warf den Kolonialmächten vor, einen Großteil ihrer afrikanischen Besitzungen nicht adäquat zu besiedeln und zu entwickeln. Polen dagegen leide unter der Enge seines Landes und der Größe seiner Bevölkerung und müsse aus Mangel an Kolonien große Summen für deren Rohstoffe und Produkte ausgeben. Außerdem benötige man Emigrationsgebiete für die Juden; Kolonien aber benötige das Land für sich selbst. Die weltweite Verteilung des Kolonialbesitzes und die Grenzen der Kolonialterritorien seien schon des öfteren verändert worden, doch müsse Polen, das in Europa ein nicht zu vernachlässigender Bündnispartner sei, laut und vernehmlich seine Stimme erheben. Wenn es auf seinem Platz in den „warmen“ Regionen des Globus beharre, werde es schließlich auch gehört werden³⁷⁶.

Noël ließ sich auf Grund der andauernden Propaganda in einem Gespräch mit dem polnischen Außenminister Anfang März 1939 noch einmal ausdrücklich bestätigen, daß er in der Kolonialfrage immer noch an dem Standpunkt festhalte, der im Gespräch mit Delbos am 6. Dezember 1937 festgelegt worden war, wonach Polen keine Territorialforderungen stelle, sondern nur das Interesse an der Kolonialfrage vor dem Hinter-

³⁷⁵ PAAA R 104100, Politischer Bericht von Moltkes vom 9. 3. 1939.

³⁷⁶ Gazeta Polska, 3. 3. 1939, S. 1, Mieczysław Lepecki: Polskie Zadania Kolonialne.

Seine Propaganda für Madagaskar hatte Lepecki inzwischen hinter die übergeordneten Kolonialmotive zurückgestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg behauptete er, die ganze Madagaskar-Diskussion in Polen sei nur durch Moutet in Gang gekommen und Polen habe diesen Vorschlag „ohne Enthusiasmus aufgenommen“. Die Erklärung vom 24. 12. 1937 habe eigentlich schon einen Nekrolog auf das Madagaskar-Projekt dargestellt. 1938 sei „kein Problem so wichtig wie das des nahenden Krieges“ gewesen, und niemand habe das Projekt fortgesetzt. Die Unhaltbarkeit dieser Aussagen dürfte aus der hier vorgelegten Gesamtdarstellung deutlich geworden sein. Mieczysław Lepecki, Prawda o niedoszłej Emigracji na Madagaskar, in: Wiadomości Nr. 6 (Nr. 410), 7. 2. 1954; dazu als kritische Replik: Adam Pragier, Wyprowa na Madagaskar, in: Wiadomości Nr. 8 (Nr. 412), 21. 2. 1954.

grund der bekannten innerpolnischen Probleme bekundete. Allerdings hatte Beck hinzugefügt, daß, wenn Polen in der Rohstoff- und Emigrationsfrage nicht einige Zugeständnisse erhalte, auf die Dauer eine Änderung in seiner Haltung eintreten könne. Die öffentliche Propaganda seitens vom Außenministerium inspirierter Artikel wie derjenige Lepeckis und die offiziell-diplomatische Mitteilung durch den Außenminister standen in einem Widerspruch, ohne daß Beck ein direkter Vorwurf gemacht werden konnte³⁷⁷.

Dies kam auch in einer Rede vor der Auswärtigen Kommission des Senats am 11. März 1939 zum Ausdruck, in der er das Kolonialproblem als besonders schwierig charakterisierte. Es gebe keine Aussichten auf rasche Erfolge, und Polen habe auch noch keine konkreten Forderungen erhoben. Die Aktionen des Evian-Komitees kämen zu spät, das Problem der jüdischen Emigration könne nur durch die direkte Zusammenarbeit der Länder, die Emigrationsgebiete besäßen, und derjenigen, in denen die Juden lebten, gelöst werden. Allerdings würden in letzter Zeit die Rohstoff- und Auswanderungsbedürfnisse Polens verstanden und günstig aufgenommen, weshalb ein gewisser Optimismus erlaubt sei³⁷⁸. Geschickt hatte Beck damit die Einbeziehung der Kolonialfrage in die bevorstehenden Besprechungen anlässlich seines Besuches in London lanciert, der im April 1939 stattfand und bei dem die Frage jüdischer Emigration entgegen den britischen Wünschen eine wichtige Rolle spielte³⁷⁹.

Faßt man die Eindrücke zusammen, so wird eine Zweideutigkeit der offiziellen und halboffiziellen polnischen Haltung deutlich. Während von Seiten der Regierung erklärt wurde, man erhebe keinerlei politische Forderungen, ließen sich aus der offiziellen und der Regierung nahestehenden Presse wie aus den Publikationen der eng mit der Regierung verbundenen Organisationen solche Forderungen eindeutig ablesen. Der nach außen signalisierten Zurückhaltung entsprach eine weitgehend ungeschminkte Anspruchshaltung nach innen, die einerseits kaum erfüllbare Hoffnungen auslöste, andererseits aber auch kalmierend wirken konnte, da sie Trost in der Zukunft versprach.

Der französische Botschafter hatte schon im Februar 1939 in einem Grundsatzpapier für seinen Minister treffend analysiert, daß in einem Land mit kaltem Klima, schlechter Ernährung, schlechten Wohnungen und schlechter Kleidung das Wort Kolonien lebhafteste Vorstellungen von Sonne, Wärme, üppiger Vegetation und großem Reichtum bei wenig Arbeit hervorrufe. Diese naiven Träume seien der polnischen Regierung

³⁷⁷ AD Pologne 421, 8.3. 1939; auch Noëls Londoner Kollege Kennard teilte die Auffassung, daß der Außenminister wieder eines seiner undurchsichtigen Doppelspiele treibe; ebenda.

³⁷⁸ Kattowitzer Zeitung, 13.3. 1939, S.1, in: PAAA R 104100; AD K-Afrique 91, No. 158, Noël an Bonnet, 15.3. 1939.

³⁷⁹ AAN PRM 72-25, 14.4. 1939; vgl. Melzer, *Last Years*, S.136. Die Veröffentlichung des britischen Weißbuches für Palästina von April 1939, nach dem die Zahl der Einwanderer in das britische Mandatsgebiet in den folgenden fünf Jahren auf jeweils 75 000 Personen beschränkt und dann ganz eingestellt werden sollte, verschärfte die Diskussion in Polen noch ein weiteres Mal. Bei den polnischen Juden rief das Weißbuch empörte Ablehnung hervor, und sie forderten zu einer aktiven Bekämpfung und Umgehung der Einwanderungsbestimmungen auf. Die polnische Presse nutzte die Gelegenheit, um noch einmal darauf hinzuweisen, daß die jüdische Emigrationsfrage ein Dauerthema sei und daß, wenn Palästina geschlossen würde, es um so dringender wäre, andere Gebiete zur Verfügung zu stellen; AD Pologne 332, 24.5. 1939, Noël an Bonnet.

nicht unwillkommen, denn, wie Beck sich gegenüber Noël in der Madagaskar-Frage im Januar 1937 geäußert hatte, es kam auch darauf an, in den Augen der Deprimierten einen Schimmer Hoffnung aufleben zu lassen³⁸⁰.

Das Bemühen um Madagaskar war nach außen hin durchaus beherrscht und sollte vor allem signalisieren, daß man von den Kolonialmächten eine gewisse Freizügigkeit in der Zulassung polnischer oder jüdischer Immigranten wünschte. Diese nach außen moderate und „korrekte“ Haltung trug nach innen einen ganz anderen Charakter. Hier wurden nicht nur, wie beschrieben, von großem Optimismus getragene konkrete Pläne mit langfristigen kolonialen Zielen entworfen, hier trat Beck auch über seine als Sprachrohre dienenden Mittelsmänner wie beispielsweise Szembek oder Lepecki verschlüsselt oder eindeutig mit Forderungen politischen Charakters auf. Vor allem die See- und Kolonialliga spielte nach wie vor eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung der Kolonialidee. Ihre Zeitschrift „Das Meer“ erschien seit Anfang 1939 unter dem Titel „Meer und Kolonien“, war aber nur die Spitze einer Reihe von Presseorganen, die alle das eine propagierten: Polen muß Kolonien besitzen. Und auch Fiedlers Buch „Jutro na Madagaskar“ war in diesem Zusammenhang zu sehen³⁸¹.

Die polnische Regierung spielte, so sah es schon seinerzeit nicht allein Noël, allem Anschein nach ein doppeltes Spiel. Auf der einen Seite erklärte sie, keinerlei politische Forderungen zu haben oder zu beabsichtigen, auf der anderen Seite bereitete sie sich in ihrer Haltung Stück für Stück darauf vor, in dem Moment, wo sich die Chance bot, im Kreis der fordernden Staaten zu stehen³⁸².

Hier ist auch auf die parallele Interessenlage zum Deutschen Reich hinzuweisen, sollte die Kolonialfrage auf die Tagesordnung der internationalen Politik gelangen. Die polnische Außenpolitik wollte sich hier eine weitgehende Manövrierfähigkeit erhalten und versprach sich trotzdem gleichzeitige Vorteile gegenüber Frankreich und Großbritannien. Von diesen erhoffte man sich im Fall einer internationalen Diskussion über das Kolonial-, Emigrations- oder Rohstoffproblem Zugeständnisse für die bislang nach außen bewahrte moderate Haltung des Landes.

Dementsprechend muß auch eine Ambivalenz des Antisemitismus diagnostiziert werden. Auf der einen Seite stand ein innenpolitisch wirksamer Antisemitismus, der seine Energien vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, des starken Bevölkerungszuwachses und der gleichsam international gesellschaftsfähig gewordenen Extremisierung politischer Positionen aus der Quelle national-kulturell-religiöser Differenzen und wirtschaftlicher Interessen, selten aus rassistischen Motiven speiste. Auf der anderen Seite hatte der Antisemitismus auch einen hieraus ableitbaren instrumentellen Charakter, denn er sollte in der Außenpolitik zur Erlangung anderer Ziele – Großmachtposition, Kolonien, Rohstoffe – beitragen.

Bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges war und blieb die Frage, wie man möglichst viele Juden „loswerden“ könne, in den obersten Punkten der Agenda polnischer Außenpolitik. So fällt auch die, faktisch lang verspätete, Meldung über das Ende der polnischen Bemühungen um Madagaskar fast mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zusammen. Am 18. August 1939 teilte die Deutsche Botschaft Paris dem Aus-

³⁸⁰ AD K-Afrique 91, 243–246, Noël an Georges Bonnet, 7.2. 1939; Noël, frz., S. 178.

³⁸¹ Vgl. AD K-Afrique 91, 247–250, Noël an Georges Bonnet, 7.2. 1939.

³⁸² Vgl. ebenda, 250.

wärtigen Amt in Berlin mit, ein Vertrauensmann habe zur „Frage der jüdischen Ansiedlung in Afrika“ mitgeteilt, daß „der Plan einer Siedlung auf dem Hochplateau von Madagaskar [. . .] als gescheitert gelten“ könne. Wenngleich die sonstigen Mitteilungen des Informanten, wonach der Plan „insbesondere von dem jüdischen Kolonialminister Mandel“ stark gefördert und „infolge des energischen Widerstands der Kolonisten“ erledigt worden sei, nur in seinem zweiten Teil korrekt war und hier auch nur ein nachrangiges Motiv wiedergab³⁸³, traf es dennoch den realiter bereits seit über einem Jahr feststehenden Kern der Sache. Denn Madagaskar war und blieb ein emotionsgeladenes und aus irrationalen Hoffnungen gespeistes, zuweilen euphoriebehaftetes Symbol, konnte aber theoretisch wie praktisch niemals einen Beitrag zur „Lösung der Judenfrage in Polen“ leisten.

³⁸³ PAAA, Kult E, Jüdische Zu-, Aus- und Durchwanderung, Bd. 4; Deutsche Botschaft Paris 1318, Schreiben Bräuers an das Auswärtige Amt, 18.8. 1939. Im Juli waren in diversen Presseorganen Meldungen aufgetaucht, wonach ein Plan für die Ansiedlung von 25 000–40 000 Emigranten in Madagaskar und Neu-Kaledonien feststehe und Bonnet und Mandel diesem Vorhaben zugestimmt hätten; vgl. *Nasz Przegląd*, 17.7. 1939, S. 5: *Plany kolonizacyjne na Madagaskarze i Nowej Kaledonii znów stały się*; AAN MSZ 9960, 18.7. 1939, „Plan Kolonizacji Żydowskiej na Madagaskarze“ und „O Kolonizację Żydów w Koloniach Francuskich“. In den überlieferten Akten findet sich kein Hinweis auf einen derartigen Plan, der schon allein wegen der hier genannten Dimension des Vorhabens den skizzierten Auffassungen beider Minister zu Madagaskar widersprach.

V. Der Madagaskar-Gedanke und die Judenpolitik des „Dritten Reiches“

Zum Spannungsverhältnis von „zerstreuender“ Auswanderung, Territorialfrage und „Endlösungs“-Perspektive

Aus der bisherigen Darstellung ist die vielschichtige antisemitisch-ideologische Vorgeschichte des Madagaskar-Gedankens ebenso deutlich geworden wie die anders gelagerten Motive und Hintergründe der konkreten Kolonisationsüberlegungen der polnischen Regierung in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. Hieraus ergibt sich die Frage: Welche Verbindungen bestanden zwischen dem auf Madagaskar zielenden ideologischen Programm des „Voll-Zionismus“ und der ja gleichfalls ideologiegeleiteten Judenpolitik des „Dritten Reiches“, und inwieweit wurden diese Überlegungen von der französisch-polnischen Diskussion beeinflusst?

Die beiden impulsgebenden Personen bei der Ausarbeitung des deutschen Madagaskar-Projekts des Jahres 1940 waren Franz Rademacher und Adolf Eichmann. Deshalb ist danach zu fragen, wie sich die Hintergründe darstellen, auf denen beide aufbauen konnten? Welche Vorläufer hatte der Gedanke in den früheren Jahren des „Dritten Reiches“? Wie sahen die von Hitler und den Nationalsozialisten ins Auge gefaßten „Lösungsmöglichkeiten der Judenfrage“ aus, und welche Rolle spielte dabei der Madagaskar-Gedanke? Waren die Überlegungen des Jahres 1940 tatsächlich so neu, wie es Eichmann nach dem Krieg darstellte, seine eigene Initiative behauptend und die vorgeblich humanen Intentionen betonend? Wenn nicht, wie läßt sich die Bedeutung des Projekts bis zum Sommer 1940 bemessen?

Die folgende Darstellung beabsichtigt deshalb, die Entwicklung der Judenpolitik des „Dritten Reiches“ in den beiden für den Madagaskar-Plan entscheidenden Behörden, dem Auswärtigen Amt und dem Sicherheitsdienst der SS bzw. dem Reichssicherheitshauptamt, zu skizzieren. Die Suche nach Wegen zur „Lösung der Judenfrage“, insbesondere im Hinblick auf die internationalen Bemühungen, und die Rolle und Bedeutung des Madagaskar-Gedankens in dieser Politik sollen dargestellt werden. Dies impliziert nicht den Anspruch auf eine umfassende Beschreibung der gesamten nationalsozialistischen Judenpolitik, wenngleich sich hier die generelle Entwicklung sowie die ideologische Aufladung und ihre Umsetzung durchaus exemplarisch erkennen lassen.

1. Entwicklungslinien zur „Lösung der Judenfrage“

Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft lag die Aufgabe zur Transformation der rassenantisemitischen Doktrin in die politische Praxis vornehmlich in den Händen des Innen- und Justizministeriums. Innenminister Frick folgte hierbei, wenngleich in den Augen der Partei häufig zu passiv, seiner grundsätzlichen antisemitischen Generallinie, wie er sie in treuer Gefolgschaft Hitlers schon seit den zwanziger Jahren und in zahlreichen Initiativen zu Beginn der dreißiger Jahre immer wieder zum Ausdruck ge-

bracht hatte. In dieser Phase der vornehmlich „legislativen Judenverfolgung“¹, die freilich immer wieder in organisierten Aktionen, wie dem Boykott jüdischer Geschäfte und dem Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im April 1933, vor allem auf Druck der NSDAP konzentrierte Schübe erhielt, war es in erster Linie der deutschnationale Justizminister Gürtner, der, selbst kein Rassist, mit mäßigem Erfolg versuchte, als Bremse zu wirken, und beispielsweise auf die nicht objektivierbaren Kriterien zur Rassenmarkierung hinwies, ohne damit jedoch dem Bewegungsgesetz des Hitler-Reiches Einhalt gebieten zu können². Auch Hitler, der sich in der letzten Phase von Weimar bei der Nutzung des Antisemitismus als Propagandainstrument eine gewisse Mäßigung gegenüber früheren Jahren auferlegt hatte, schien in dieser ersten Zeit seiner Herrschaft zunächst vor allem von der Machtergreifung und deren Konsolidierung in Beschlag genommen, darüber hinaus durch seine neue Rolle als Staatsmann aus außenpolitischen Rücksichten, beispielsweise gegenüber dem Italien Mussolinis, vordergründig zur Zurückhaltung bei der Verfolgung seiner antisemitischen Fixierung zu neigen und überließ Agitation und Aktion seiner Partei und insbesondere dem unheilvollen Wirken Julius Streichers. Dies bedeutete keineswegs, daß sich Hitler nicht interessierte oder gar entscheidende Maßnahmen gegen seinen Willen abliefen; es war vielmehr ein Ausdruck seines Herrschaftsstils, die Spannbreite der unter ihm und in seinem Sinne Agierenden weit zu halten, solange die generelle Linie seinen Vorstellungen entsprach. Seine letztinstanzliche Orientierungs- und Leitungsfunktion wurde niemals auch nur in Frage gestellt.

Nicht nur im „Stürmer“ wurde schon in dieser Anfangsphase über Notwendigkeit und Mittel zur „Lösung der Judenfrage“ im Sinne der Aussiedlungs- oder Reservatkonzeption diskutiert. In den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ vom Mai 1933 schrieb Achim Gercke, seinerzeit Sachverständiger für Rassenforschung beim Reichsministerium des Innern³, daß alle „Vorschläge, die einen Dauerzustand, eine Dauerregelung für die Juden in Deutschland beabsichtigen“ würden, die Judenfrage nicht lösen könnten, „denn sie lösen die Juden nicht von Deutschland. Und darauf kommt es an.“ Aufgabe des Staates könne und dürfe „nur der planmäßige Ausmarsch, die Abwanderung“ sein. Er plädierte für eine Orientierung am Zionismus und für den Versuch, „eine internationale Regelung zur Schaffung einer Heimstätte für die Juden zu erreichen“, damit die Judenfrage nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und für die Welt gelöst werden könne. Er regte darüber hinaus die geregelte Umerziehung der jüdischen Bevölkerung zu Arbeitern, Handwerkern und Siedlern an und forderte, statt die Juden in alle Winde zu zerstreuen, die Judenfrage durch eine „planmäßige Ansiedlung“ zu lösen⁴.

In dieselbe Richtung argumentierte an gleicher Stelle Johann van Leers in einem Beitrag über „Das Ende der jüdischen Wanderung“. Er lehnte zwar „einen allgemeinen ju-

¹ Graml, Reichskristallnacht, S. 140.

² Ebenda, S. 139f.

³ Gercke, ein promovierter Mediziner, war der NSDAP im März 1926 beigetreten und seit 1931 Amtsleiter in der Reichsleitung der Partei, wo er für die rassische Überprüfung der Parteimitglieder zuständig war. Am 18. April 1933 wurde er als „Sachverständiger für Rassenforschung“ ins Reichsinnenministerium berufen; vgl. Adam, Judenpolitik, S. 29, Anm. 41, S. 106, Anm. 89.

⁴ Gercke, Die Lösung der Judenfrage, S. 195–197.

denfeindlichen Vernichtungskampf zur Ausrottung“ ab und anerkannte ebenfalls den Wert des Zionismus, der recht darin habe, „wenn er für dieses Volk eine bodenmäßige Grundlage zu seiner Entwicklung fordert“, Palästina sei hierzu jedoch ungeeignet. „Die einzig denkbare positive Lösung, die dem Judenproblem ein wirkliches Ende in Europa machen würde und zugleich dem Judentum eine wirkliche Volkwerdung, Verwurzelung im Boden und damit vielleicht eine Bindung seiner minderwertigen Bestandteile durch die höherwertigen ermöglichte, wäre die Bereitstellung eines ausreichenden außereuropäischen Siedlungsgebietes in gesunder Lage.“ Unter Bezug auf van Winghames Buch vom „Voll-Zionismus“ verwies er auf Madagaskar, „man könnte aber auch an gewisse klimatisch geeignete andere afrikanische oder südamerikanische Gebiete denken“. Allerdings sei „die Aufsicht einer Macht, die die Sicherheiten für eine gerechte und saubere Oberaufsicht gibt“, notwendig, und die großen westeuropäischen Kolonialmächte seien aufgerufen, ein solches Gebiet zur Verfügung zu stellen, wodurch „mit einem Schlag die Judenfrage, deren Auftauchen sie immer wieder entrüstet“, beendet sein würde⁵. Auch hier vernehmen wir die altbekannte Sehnsucht nach dem einen, großen, globalen Reservat für die Juden, in dem sie unter Aufsicht leben sollten, und eine gewisse Ferne von der praktischen Politik ist den Gedanken dabei nach wie vor unverkennbar eigen.

Mit der Konsolidierung und sich ausbreitenden Totalisierung des Herrschaftsapparates nach der Klärung zahlreicher Konflikte innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung selbst, allen voran der Entmachtung der SA, sowie der für Hitler überaus erfolgreichen Saarabstimmung, die im Vorfeld eine gewisse agitatorische Zurückhaltung in der Judenfrage hatte angeraten erscheinen lassen, brachte das Jahr 1935 weitere Eskalationsstufen des staatlich sanktionierten und organisierten Antisemitismus, der sich in zahlreichen judenfeindlichen Aktivitäten auf regionaler und lokaler Ebene entlud⁶. Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935 wurde am 21. Mai im Wehrgesetz die „arische“ Abstammung als Voraussetzung zur Einberufung in die neue Streitmacht festgelegt. Zur gleichen Zeit nahm die Propaganda gegen den „Rasseverrat“, sprich den geschlechtlichen Kontakt zwischen Juden und Nichtjuden, und das Bemühen um eine strenge Verfolgung solcher „Vergehen“ deutlich zu. Einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung, von dem viele Juden trotz der damit festgeschriebenen Diskriminierung hofften, er möge der Endpunkt sein, waren die auf dem Nürnberger Parteitag erlassenen Gesetze „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und das „Reichsbürgergesetz“. Neben der rechtlichen „Absonderung“ von der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung sollten die Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen auch die, als seinerzeit adäquates Mittel zur Lösung angesehene, Auswanderungsbereitschaft fördern⁷. Bereits am 10. Februar 1935 hatte Heydrich alle Staatspolizeistellen angewiesen, „daß sämtliche jüdischen Versammlungen, soweit

⁵ Johann van Leers, Das Ende der jüdischen Wanderung, S. 229–231.

⁶ Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 141.

⁷ 1933 hatten 37 000, 1934 weitere 23 000 Juden das Deutsche Reich verlassen. Die Zahl sank 1935 auf 21 000, und nicht selten kehrten Juden in dieser Zeit nach Deutschland zurück, in der Hoffnung, dort sei eine Klärung des staatlichen Verhaltens gegenüber der verfolgten Minderheit erreicht und ein Weiterleben nun doch noch eher möglich als in dem vielfach wurzellosen und für die Zukunft wenig verlässliche Orientierung bietenden Emigrantendasein in der Fremde.

in ihnen Propaganda für das Verbleiben in Deutschland gemacht werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind“⁸. Daß Hitler selbst in dieser Zeit auch schon weiter dachte, wird aus einer Äußerung kurz nach dem Parteitag im September 1935 deutlich: „Heraus aus allen Berufen, Ghetto, eingesperrt in ein Territorium, wo sie sich ergehen können, wie es ihrer Art entspricht, während das deutsche Volk zusieht, wie man wilde Tiere sich ansieht.“⁹

Auch die über Deutschland hinausweisende Dimension des „Problems“ wurde immer wieder angesprochen. So stellte im Oktober des Jahres der „Rassereferent“ und Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Bernhard Lösener, in einer Schrift mit dem Titel „Material zur Lösung der Halbjudenfrage“ fest, die Judenfrage sei „nicht nur eine deutsche, sondern eine *Weltangelegenheit*“. Sie könne daher „nicht einmal für Deutschland endgültig durch eine abgesonderte, auf das Reichsgebiet beschränkte Regelung gelöst“ werden. Die innerdeutsche Lösung sollte nach seinen Vorstellungen „den *übrigen Nationen zum Vorbild* ihrer Massnahmen dienen, sobald diese einmal die Judenfrage in ihrer ganz verhängnisvollen Bedeutung erkannt haben werden“¹⁰.

Den „Nürnberger Gesetzen“ folgten nun zahlreiche Verordnungen, mit denen die Juden fortschreitend aus ihren Berufen gedrängt und auch das Ausweichen auf alternative Tätigkeiten beschnitten und unterbunden wurde. Gleichwohl war in der öffentlich artikulierten wie praktizierten antisemitischen Agitation bis Mitte 1936 eine gewisse, primär aus der Rücksichtnahme auf einen reibungslosen Ablauf der Olympischen Spiele motivierte, Zurückhaltung zu verzeichnen. Die rein taktische Funktion dieser Zurückhaltung wurde unmittelbar nach dem Ende der renommeeträchtigen Veranstaltungen deutlich, als eine neue Welle von Verfolgungsmaßnahmen einsetzte.

Wie streng die ideologische Orientierung sich besonders in jenem Bereich manifestierte, der so weit zum herausragenden Instrument der totalitären Durchdringung und Kontrolle des ganzen Staates heranreifen sollte, daß man ihn bisweilen als das entscheidend prägende Element des Ganzen interpretierte, nämlich die SS des Hitler-Getreuen Heinrich Himmler, das wird deutlich in einer von Himmler selbst 1936 herausgegebenen Broschüre, in der er die „Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation“ und den Bolschewismus gleichzeitig als „vom *Juden organisierte[n]* und geführte[n] Kampf des Untermenschen“ definierte¹¹. Dieser „Kampf zwischen Menschen und Untermenschen“ war nach Himmlers Auffassung die „geschichtliche Regel“¹². Himmler beschrieb in der Linie traditioneller antisemitischer Verschwörungs- und Be-

⁸ Ursachen und Folgen, Bd. 9, S. 155, Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes an alle Staatspolizeistellen betr. jüdische Versammlungen, 10.2. 1935.

⁹ Aufzeichnung des Adjutanten Fritz Wiedemann, zitiert nach Graml, Reichskristallnacht, S. 162.

¹⁰ PAAA Inland IIg 169, 11.10. 1935; Hervorhebungen im Original. Lösener gehörte trotz seiner Stellung als „Judenexperte“ zu den Anhängern einer moderaten Lösung und wollte vor allem die sogenannten „Mischlinge“ außen vor halten; vgl. Browning, *The Government Experts*, S. 193.

¹¹ Himmler, *Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation*, S. 3; Hervorhebung im Original.

¹² Ebenda.

drohungstheorien die Juden als „kluge, in der Organisation der Zerstörung fähige, in der Verwendung jeder Gelegenheit und jeder Möglichkeit, auf dem Parkett des Salons, im Vorzimmer der Staatsminister und Monarchen, im Attentat, in der Mischung von Gift, im bewußt gelenkten Mörderstahl, im Verhungernlassen ganzer unerwünschter Volksstämme, im Intrigieren, im Diffamieren einzelner Köpfe [...] gewandte Gegner“¹³. Ihm ging es dabei um die Beschreibung einer „Gesamtlinie“ der notwendigen Auseinandersetzung, weshalb es in den zu bestehenden Kämpfen keine „Friedensschlüsse“ geben könne, „sondern nur *Sieger* oder *Besiegte*“, und „Besiegtsein in diesem Kampf“ heiße „für ein Volk Totsein“¹⁴.

Als „Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei“¹⁵ und damit in der Ausgangsstellung zur Schaffung der machtvollsten Verfolgungsinstanz in der Judenfrage, gab Himmler hier einer mystischen Bedrohungsperzeption vom „jüdischen Untermenschen“ Ausdruck, wie sie auch Hitler teilte, und die in der Folgezeit beider praktische Bemühungen zur Beseitigung dieser „Weltgefahr“ leiten sollte¹⁶.

Und auch Goebbels, eher zynisch-antisemitisch an die Mission Hitlers als an die Himmlerschen Phobien glaubend, notierte Anfang November 1936 in sein Tagebuch, die „Judenpest“ müsse „ausradiert werden. Ganz und gar. Davon darf nichts übrig bleiben.“¹⁷

¹³ Ebenda, S. 7.

¹⁴ Ebenda, S. 8. Diese Aussagen sind im Original hervorgehoben, der Begriff *Sieger* gleich zweifach.

¹⁵ Himmler wurde hierzu am 17. Juni 1936 ernannt, dabei als Reichsführer-SS jedoch nur bestätigt.

¹⁶ In den ersten Kapiteln dieser Arbeit wurde bereits gezeigt, daß die Entstehung des Madagaskar-Gedankens nicht, wie noch von Philip Friedman vermutet, auf das Umfeld Heinrich Himmlers zurückgeht. Himmlers erster nachweisbarer Kontakt mit dem Madagaskar-Gedanken geht auf den zitierten Brief Heinrich Tegtmeiers vom Februar 1937 zurück, nicht, wie von Friedman angenommen, auf das Jahr 1934, weil die von ihm als Beleg angegebene Aussage von Felix Kersten, dem finnischen Masseur Himmlers, sich nicht auf dieses Jahr bezieht. Das Gespräch zwischen Kersten und seinem Patienten Himmler wurde von ersterem auf den 10. November 1942 datiert. Goebbels habe, so zitiert Kersten Himmler, den Standpunkt vertreten, „daß die Judenfrage nur mit der restlosen Vernichtung aller Juden zu lösen sei“, wohingegen er der Ansicht gewesen sei, „es würde genügen, die Juden aus Deutschland zu vertreiben“. Er, Himmler, habe „dem Führer 1934 vorgeschlagen, den Juden ein großes Stück Land zu geben und sie dort zu einem selbständigen Staat zu vereinigen“. Auf Kerstens Frage, ob er dabei an Palästina gedacht habe, antwortete Himmler: „Nein, aber *später* an die Insel Madagaskar!“ Himmler dachte also keineswegs schon 1934 an Madagaskar; Felix Kersten, Totenkopf und Treue, S. 201; Hervorhebung des Autors. Überhaupt muß der Kerngehalt dieser Aussage, der sich auch in anderen bei Kersten wiedergegebenen Äußerungen Himmlers findet, daß nämlich Goebbels der (neben Hitler alleinige) Treiber in der Judenfrage, Himmler nur der Getriebene gewesen sei, nach allen Erkenntnissen der Forschung als absurd bezeichnet werden. Selbst wenn diese Zitate Äußerungen Himmlers tatsächlich wiedergäben, was angesichts der Offenheit des Reichsführers-SS im vertrauten Kreis beispielsweise bei seinen Äußerungen in Posen 1943 sehr zu bezweifeln ist, selbst dann widersprächen sie der klaren Tatsache, daß Himmler mit seinem Herrschaftsinstrumentarium die „Endlösung“ beschleunigt vorangetrieben hat, wobei er in kongruierender Geisteshaltung den jeweiligen Wünschen des „Führers“ bezüglich der Juden entsprach. Seine Äußerungen gegenüber Kersten sind demnach, sofern authentisch, schlicht die Tatsachen umdichtende Rechtfertigungen zur Verschleierung der eigenen Rolle.

¹⁷ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 718, 6. 11. 1936.

Noch waren weder die Voraussetzungen gegeben, noch umfassende Möglichkeiten vorhanden, diese Drohungen in die Tat umzusetzen. Doch begann in dieser Zeit die „Karriere“ jenes Mannes, der, bis zu diesem Zeitpunkt seines Lebenslaufes eine mehrfach gescheiterte Existenz, durch seine servile Beflissenheit gegenüber seinen Vorgesetzten und seinen geradezu bornierten Fleiß auf seinem Arbeitsgebiet zum gefragten „Judenexperten“ und Organisationstalent des Verfolgungsapparates avancieren und schließlich eine entscheidende Rolle für die Ausarbeitung des Madagaskar-Planes und weit darüber hinaus für die „genozidale Endlösung“ spielen sollte: Adolf Eichmann.

2. Adolf Eichmann

Eichmann¹⁸, 1906 im rheinländischen Solingen geboren, seit April 1932 Mitglied der NSDAP und der SS (letzteres auf Anregung seines Bekannten Ernst Kaltenbrunner), hatte im September 1934 Erfolg mit seiner Bewerbung um eine Anstellung beim Sicherheitsdienst (SD) der SS. Diese von Himmler im Juni 1931 ins Leben gerufene und von Reinhard Heydrich geleitete Einrichtung sollte ursprünglich als Nachrichtendienst und Überwachungsinstitution zur Kontrolle der Partei dienen, entwickelte sich aber nach und nach krakengleich unter Einbeziehung von (Geheim-)Polizei- und Sicherheitsbehörden zum zentralen Instrumentarium der totalitären Herrschaftspraxis.

Nach seiner Kommandierung nach Berlin begann Eichmanns „Lehrzeit“¹⁹ als „Judenexperte“, und Franz A. Six, seit 1936 Leiter der für die „weltanschaulichen Gegner“ Juden, Freimaurer und Kirche zuständigen Zentralabteilung II/1 des SD, erklärte nach dem Krieg, er habe Eichmann in diesen Jahren als „verhältnismässig einfachen, geistig nicht interessierten und nicht besonders begabten, aber sehr zackigen SS-Mann“ kennengelernt²⁰.

Die gesamte SD-Organisation wurde stärker noch als die Gestapo von Heydrichs Persönlichkeit durchwirkt, weil er hier, anders als in der auch von anderen staatlichen Stellen, sei es Göring, sei es das Innenministerium, beeinflussbaren Geheimpolizei, seine persönlichen Ansichten und Mittel weitgehend uneingeschränkt entwickeln und durchsetzen konnte²¹.

Heydrich fand in Eichmann einen treu-beflissenen Zuarbeiter und Exekutor, dessen eigener Ehrgeiz erst nach und nach erwachte, dabei aber niemals in Konkurrenz trat zu den ihm vorgesetzten Personen und Institutionen, jedoch gegen die eifersüchtig beobachteten anderen Behörden des „Dritten Reiches“. Eichmanns Bedeutung wuchs da-

¹⁸ Eichmanns Lebenslauf ist in der Literatur mehrfach ausführlich behandelt worden, weshalb hier nur eine knappe Skizze gegeben wird; vgl. Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 54–63.

¹⁹ Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 68.

²⁰ Aussage Six' vor dem Amtsgericht Tettmang, AZ: – I ARs 180/61 –, 24.5. 1961, S. 6. Franz Alfred Six (1909–1975); nach einem Studium der Staatswissenschaften, Geschichte, Volkswirtschaft und Zeitungswissenschaften in Heidelberg wurde Six 1934 promoviert, 1936 folgte die Habilitation. Er war NSDAP-Mitglied seit 1930, seit 1932 SA-Mitglied und trat im April 1935 in die SS ein. Zunächst war Six Chef der Hauptabteilung Presse und Schrifttum im SD-Hauptamt, Anfang 1936 Zentralabteilungsleiter I/3, Ende 1936 Leiter der Zentralabteilung II/1; vgl. Aronson, Frühgeschichte, S. 207f.

²¹ Vgl. Aronson, Frühgeschichte, S. 203.

bei stetig, parallel zur zunehmenden Dominanz seiner eigenen Behörde wie auch zur Bedeutungserweiterung, die sein Arbeitsbereich im Laufe der Jahre erfuhr.

Zu Beginn seiner Tätigkeit in der Wilhelmstraße 102, als er im Prinz-Albrecht-Palais die Freimaurer-Kartei zu ordnen hatte, lernte Eichmann Gregor Schwartz-Bostunitsch kennen, einen guten Bekannten des Erfurter „Voll-Zionisten“ Ulrich Fleischhauer²². Schwartz-Bostunitsch, der vom 7. März 1934 bis zum 30. Januar 1937 hauptamtlich beim SD tätig war²³, hatte unter anderem ein beinahe 700seitiges Werk mit dem Titel „Jüdischer Imperialismus“ im Theodor-Fritsch-Verlag veröffentlicht²⁴, in dem er auch auf die „pan-arische“ Bewegung einging und erklärte, der „angeblich verstorbene Begründer“ dieser Gruppe sei Egon van Winghene. Mit dessen Buch über den „Voll-Zionismus“ befaßte er sich ausführlich und wies auf die Übereinstimmung zwischen dessen Forderung nach „Madagaskar für die Juden“ und den Ansichten Ulrich Fleischhauers hin²⁵.

Schwartz-Bostunitsch war 1925 Mitarbeiter von Rosenbergs Zeitschrift „Weltkampf“ gewesen, seit 1926 auch beim „Völkischen Beobachter“, und wohnte Ende der zwanziger Jahre in Erfurt, wo er eng mit Fleischhauer und dessen U. Bodung-Verlag zusammenarbeitete. Der rumänische Vertreter der „antisemitischen Internationale“, Alexander Cuza, war eine der von ihm verehrten und gerühmten Autoritäten in der Judenfrage. Daß in dieser Atmosphäre Gedanken wie der „Voll-Zionismus“ verbreitet waren, kann als sicher gelten – wenngleich sie in ihrer Wirkung auf Eichmann nicht überschätzt werden sollten, da seine Tätigkeit als „Judenspezialist“ noch in den Anfängen steckte. Schwartz-Bostunitsch galt in jedem Fall als Autorität in Judenfragen, und Eichmann hat ihn später sogar als seinen „geistige[n] Lehrer“ apostrophiert²⁶.

Das „Juden-Referat“ im SD-Hauptamt wurde im Herbst 1935 mit der Amtsbezeichnung II 112 eingerichtet und, zunächst unter der Leitung des Österreicher Leopold von Mildenstein, zum Ausgangspunkt des Eichmannschen Aufstiegs²⁷. Damit begann der SD, zunächst noch langsam, alle mit dem Judentum verbundenen Fragen, in denen bisher stets die Partei und ihr Propagandaapparat Priorität gehabt hatten, an sich zu ziehen²⁸. Auf Anregung von Mildensteins ließ sich Eichmann in dieses Referat versetzen und fungierte hier vom Frühjahr 1937 an als Sachbearbeiter²⁹. Er betrachtete von Mildenstein, der ihm als erstes Herzls „Judenstaat“ zu lesen gegeben hatte, als

²² BAK R 58/988, Meldung Schwartz-Bostunitschs für den SD, 27. 6. 1936.

²³ Unterlagen zu Gregor Schwartz-Bostunitsch im BDC.

²⁴ Schwartz-Bostunitsch, Jüdischer Imperialismus, 1939.

²⁵ Schwartz-Bostunitsch, 1939, S. 343.

²⁶ BAK All Proz 6/95 (Sassen-Interview), S. 18.

²⁷ Leopold Itz Edler von Mildenstein, geb. am 30. 11. 1902 in Prag, war Diplom-Ingenieur. Mit der Nr. 106678 trat er 1929 in die NSDAP ein, 1932 auch in die SS. Von Mildenstein wurde im August 1934 Abteilungsleiter im SD-Hauptamt, gleichzeitig Korrespondent der „Berliner Börsenzeitung“ und 1936 in die Auslandspresseabteilung der Reichsregierung versetzt; BDC SS Pers.-Akt. von Mildenstein; vgl. Aronson, Frühgeschichte, S. 203; Nach Aussage Wislicenys war von Mildenstein nach dem Ersten Weltkrieg bis 1935 im vorderen Orient gewesen, u. a. in Palästina; IfZ Eich 6 (1908), Wisliceny-Bericht „Betr. ehemaliger SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann“ vom 27. 10. 1946, S. 3.

²⁸ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 87.

²⁹ IfZ, Wisliceny-Bericht zu Adolf Eichmann vom 27. 10. 1946, S. 3.

seinen „Meister [. . .], denn er war der einzige im Reichssicherheitshauptamt³⁰, der bezüglich des Judentums eine sachlich erschöpfende Auskunft überhaupt erteilen konnte“³¹. Eichmann bekam als Sachgebiete die Zionistische Weltorganisation, den Neuzionismus und die Orthodoxie zugewiesen³². Nachdem von Mildenstein das Amt im Juni 1936 nach einer Auseinandersetzung mit Heydrich verließ, wurde am 1. April 1937 Dieter Wisliceny sein Nachfolger³³. Wisliceny, ein ehemaliger Theologiestudent von robuster Natur, belesen und historisch interessiert, doch ohne ideologischen Ehrgeiz, eher zu geschäftsmäßiger Routine und Bequemlichkeit neigend, war dem Leiter der Zentralabteilung Franz Six aufgrund seines phlegmatischen Charakters ein Dorn im Auge und wurde zum 1. November durch den gerade erst 24-jährigen Herbert Hagen³⁴ ersetzt. Wisliceny wurde nach Danzig versetzt³⁵, blieb seiner Tätigkeit in Judenfragen aber verbunden und gehörte später, diesmal als Untergebener, zu Eichmanns engsten Mitarbeitern bei der „Endlösung“. Dasselbe gilt für Theodor Dannecker, der unter Wisliceny als Kollege von Eichmann für das Sachgebiet „Assimilanten“ zuständig war und während des Zweiten Weltkrieges in Frankreich eine führende Rolle in der Judenverfolgung einnehmen sollte.

Parallel zur Amtsübernahme Wislicenys leitete das SD-Hauptamt eine neue Phase seiner Judenpolitik ein. Deshalb soll der Blick zunächst auf das Auswärtige Amt gelenkt werden, um zu untersuchen, wie sich die Behandlung der Judenfrage dort bis in diese Zeit entwickelte.

3. Das Auswärtige Amt und seine Stellung zur Judenfrage

Franz Rademacher behauptete nach dem Krieg, er habe sich bei der Skizzierung seiner Madagaskar-Vorstellungen von alten Aufzeichnungen aus dem „Judenreferat“ von vor 1933 inspirieren lassen³⁶, und in der Tat existierte schon während der Weimarer Zeit ein Referat für „Jüdisch-politische Angelegenheiten“ in der Abteilung III des Auswärtigen Amtes. Es wurde von seiner Gründung im November 1918 bis zum Dezember 1932 von Professor Moritz Sobernheim geleitet³⁷, und das Hauptprodukt der Arbeit

³⁰ Eichmann meint das SD-Hauptamt, das Reichssicherheitshauptamt wurde erst 1939 gebildet.

³¹ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 27.

³² Ebenda.

³³ Vor Wisliceny war von August 1936 bis März 1937 Hauptscharführer Kuno Schröder Referatsleiter, der aber alsbald zur Wehrmacht einberufen wurde und auch später, im Gegensatz zu den in dieser Zeit Beschäftigten Eichmann, Hagen, Dannecker und Wisliceny, als „Judenverfolger“ nicht weiter in Erscheinung trat.

³⁴ Herbert Hagen, geb. am 20. 9. 1913 in Neumünster. Hagen versuchte vergeblich, die Offizierslaufbahn einzuschlagen, hatte ein Studium aus finanziellen Gründen nicht absolvieren können und eine nach dem Abitur 1932 begonnene kaufmännische Lehre 1934 abgebrochen. Er wurde am 1. 11. 1933 Mitglied der SS (SS-Nr. 124 273), trat nach Aufforderung am 22. 5. 1934 dem SD bei und wurde am 1. 4. 1937 auch NSDAP-Mitglied (Partei-Nr. 4 583 139). Hagen war in verschiedenen Referaten bzw. Abteilungen des SD und des RSHA Referats- bzw. Abteilungsleiter und, ebenso wie Eichmann, in Wien und Prag tätig; BDC, Akte zu Herbert Hagen.

³⁵ IfZ, Wisliceny-Bericht zu Adolf Eichmann vom 27. 10. 1946, S. 1.

³⁶ Vgl. Kap. VI.; STALNÜF AZ: 3 c Js 1321–24/49, Vernehmung Rademachers vom 2. 10. 1947.

³⁷ Vgl. Geschäftsverteilungsplan (GVPL) des Auswärtigen Amtes vom April 1920, in: ADAP, A, III, S. 614; GVPL des AA Juli 1926, in: ADAP, B, I, 2, S. 676. Dr. Moritz Sobernheim (1872–

des Referats waren die „Jüdisch-Politischen Nachrichten“, die, von Sobernheim aus Agentur- und Zeitungsmeldungen zusammengestellt, den deutschen Vertretungen im Ausland sowie einigen interessierten Institutionen im Reich einen Überblick über die wichtigsten das Judentum betreffenden Ereignisse gaben³⁸. Von Januar 1933 bis zur Einrichtung des Sonderreferats Deutschland im März des Jahres wurden die jüdisch-politischen Angelegenheiten weiterhin in der Abteilung III bearbeitet. Nachfolger Sobernheims als Referatsleiter war Hans Schmidt-Rolke³⁹. Mit dem Madagaskar-Gedanken als Möglichkeit zur Lösung der Judenfrage hat sich das Referat, soweit erkennbar, bis zu diesem Zeitpunkt nicht beschäftigt. Trug die Behandlung jüdisch-politischer Angelegenheiten im Auswärtigen Amt während der Weimarer Republik also einen geradezu unpolitischen und primär informatorischen Charakter, wandelte sie sich mit der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten, was auch darin zum Ausdruck kam, daß mit dem 20. März 1933 für die Behandlung der Judenfrage im Auswärtigen Amt das dem Staatssekretär unmittelbar unterstellte Referat Deutschland zuständig wurde⁴⁰.

Eine erste grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem antisemitischen Kernthema des NS-Staates stammt vom Februar 1934, als Referatsleiter Vicco von Bülow-Schwante in einem von seinem Experten für Judenfragen, Emil Schumburg, entworfenen Runderlaß an die diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen die „Entwicklung der Judenfrage in Deutschland und ihre Rückwirkungen im Ausland“ zusammenfaßte⁴¹. Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung war nach Ansicht der Autoren „aus der Sphäre machtpolitischer Interessen herausgehoben auf eine ideologische Ebene, in der sich nationalsozialistische Weltanschauung und jüdisch-marxistische Lehre unversöhnlich gegenüberstehen. Das zunächst rein innerdeutsche Judenproblem biologischen und rassischen Ursprungs gewinnt damit die Bedeutung einer außenpolitischen Frage ersten Ranges.“⁴² Die Identifikation von Ju-

1933) war Orientalist und Professor für semitische Epigraphik. Neben der Mitgliedschaft in zahlreichen anderen jüdischen Organisationen war er von 1926 bis 1933 Mitglied des Präsidiums des „Pro-Palästina-Komitees“. Wiewohl zionistisch orientiert, bezeichnete er sich selbst als „liberal“ ausgerichtet. Vgl. PAAA R 19605/BAK R 43/I 2192, Beilage zu den Jüdisch-Politischen Nachrichten, Aufzeichnung über jüdische Organisation[en] und Politiker in Deutschland, 11.2. 1919. Sobernheim unterschied in dieser von ihm selbst stammenden Aufzeichnung zwischen liberaler, zionistischer und orthodoxer Ausrichtung.

³⁸ Die „Jüdisch-Politischen Nachrichten“ erschienen wöchentlich mit einem Umfang von acht bis sechzehn Seiten vom 25. 11. 1918 bis zum 23. 12. 1932; vgl. PAAA R 78673–78678; 76685–78700; 19605–19606; dort auch die Liste der Empfänger. Vgl. dazu auch die Akten aus dem Nachlaß Prof. Sobernheim PAAA R 78702–78731.

³⁹ GVPL des AA vom Januar 1933, in: ADAP, B, XXI, S. 607.

⁴⁰ ADAP, C, IV, 2, S. 1209 m. Anm. 2. Neben der Judenfrage hatte das Referat zur Aufgabe: die „Beobachtung für die Außenpolitik wichtiger innerpolitischer Vorgänge in Deutschland, Beobachtung der Einwirkung des Auslandes auf innerpolitische Verhältnisse in Deutschland, Unterstützung des Staatssekretärs bei seinen Kontakten mit den Inlandsstellen“. Schon in den zwanziger Jahren hatte ein „Referat D (Deutschland)“ bzw. „Sonderreferat D“, allerdings mit anderen Aufgabenbereichen, existiert, das im Januar 1931 aufgelöst worden war; vgl. ADAP, A, III, S. 620; ADAP, B, I, 2, S. 673; vgl. auch Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 120.

⁴¹ PAAA Inland II A/B 34/3 I, Aufzeichnung von Bülow-Schwantes, 28.2. 1934.

⁴² Ebenda, S. 6.

dentum und Bolschewismus war also auch hier, wie später in Himmlers Broschüre für die SS beschrieben, ein Hauptansatzpunkt zur Behandlung der Materie. Dies gilt auch für die weitere Erörterung des Themas. Nach Ansicht der Autoren war demnach als Maxime für die Frage, welche Haltung der Nationalsozialismus in dieser „weltanschaulichen Auseinandersetzung mit dem Weltjudentum unveränderlich einnehmen“ werde, Hitlers Feststellung maßgebend, wonach Parteien zu Kompromissen geneigt seien, „Weltanschauungen niemals!“⁴³. Der Runderlaß, der über Staatssekretär von Bülow zu Außenminister von Neurath lief und von diesem genehmigt wurde, spiegelt schon in dieser Zeit eine Grundeinstellung, die ganz auf der rassenideologischen Linie des Nationalsozialismus lag und sich auch dessen Wortwahl bediente⁴⁴. Dies war keineswegs typisch für das traditionell konservativen Prinzipien verpflichtete Auswärtige Amt. Schumburg war demgegenüber typisch für die neue, ideologiegeleitete Gruppe von Mitarbeitern im Auswärtigen Amt, welche das Diplomatietablißment mit der Zeit zusehends instrumentalisierte und schließlich überspielte. In einer Aufzeichnung vom 16. Oktober 1934 hielt von Bülow-Schwante, den bereits skizzierten Überlegungen entsprechend, fest, daß nach Auffassung seines Referats „ein Verhandeln oder Paktieren mit irgend welchen jüdischen Organisationen oder jüdischen repräsentativen Körperschaften in der Judenfrage ein für alle Mal ausgeschlossen“ sei. „Ein Nachgeben in der Judenfrage unter wirtschaftlichem oder politischem Druck würde [...] zur Unterminierung der weltanschaulichen Grundposition des nationalsozialistischen Deutschland und damit zum politischen Zusammenbruch führen. Je schlechter daher die Wirtschaftslage ist, desto weniger sollte an Kompromisse in der Judenfrage gedacht werden.“⁴⁵ Diese Aufzeichnung wurde die Grundlage eines Schreibens, das Außenminister von Neurath zwei Wochen später im gleichen Tenor an „Führerstellvertreter“ Heß, das Innen- und das Propagandaministerium sandte⁴⁶.

Der „Judenexperte“ des Auswärtigen Amtes, Emil Schumburg, stand von Beginn seiner Tätigkeit an fest hinter der nationalsozialistischen Ideologie der kompromißlosen weltanschaulichen Auseinandersetzung und suchte diese in seiner Arbeit umzusetzen. So erklärte er am 30. Januar 1935, das Referat Deutschland habe „seit seinem Bestehen versucht, jedes Hinneigen zu einer Kompromißlösung oder zum Paktieren in der Judenfrage abzuwehren“⁴⁷. Das nationalsozialistische Deutschland befinde sich in einem Kampf „materieller und weltanschaulicher Art“ mit dem „internationalen Judentum“. Der „Gedanke einer Kompromißlösung“ schwäche nur die eigene Widerstandskraft. Während dieses Kampfes dürfe „nur an den ganzen Sieg gedacht werden“⁴⁸. Als sein oberster Dienstherr Außenminister von Neurath in einer Notiz ein nach Schumburgs Meinung von diesem „Grundsatz des Durchhaltens“ abweichendes Urteil getroffen

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Vgl. zur Behandlung der Judenfragen im Auswärtigen Amt in dieser Zeit auch Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 119–122; zur genannten Aufzeichnung besonders S. 121 f.

⁴⁵ PAAA Inland II A/B 34/2, Aufzeichnung von Bülow-Schwantes vom 16. 10. 1934.

⁴⁶ BAK Z Sg 133/105, 374–375, Schreiben von Neuraths an Heß, Frick, Goebbels, 30. 10. 1934.

⁴⁷ ADAP, C, III, 2, Nr. 467, S. 863–864, Notiz des Legationssekretärs Schumburg, 30. 1. 1935.

⁴⁸ Ebenda, S. 863.

hatte, schlug er deshalb seinem Vorgesetzten von Bülow-Schwante einen Vortrag beim Minister zur Klarstellung der ideologischen Position vor⁴⁹.

Schumburg wurde denn auch später, nach Wiedereinrichtung der beiden von Ribbentrop unmittelbar unterstellten Sonderreferate „Partei“ und „Deutschland“, ausdrücklich als „Verbindungsführer des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei zum Auswärtigen Amt“ – „wie bisher“ – bekannt gemacht⁵⁰.

Anläßlich einer erneuten Radikalisierung der Verfolgungspolitik im Sommer 1935, die schließlich in die bekannten „Nürnberger Gesetze“ mündete, hatte Legationsrat Röhrecke im August des Jahres festgehalten, die „Frage, ob die außenpolitische (nicht die wirtschaftliche) Lage es wünschenswert erscheinen läßt, die deutsche Judenpolitik zu revidieren“, sei „nach Auffassung von Ref[erat] D[deutschland] [. . .] zu verneinen. Dagegen sollten bei völliger Aufrechterhaltung des Judenprogramms der NSDAP im außenpolitischen Interesse unauffällige Methoden der Durchführung gewählt werden.“⁵¹

Trotz dieser eindeutigen Stellungnahmen im Auswärtigen Amt, die ganz auf der ideologischen Linie des Hitler-Staates lagen, war in den Jahren bis 1937 die Entwicklung der Judenfrage primär ein innenpolitisches Problem, das vor allem von der Partei vorangetrieben wurde und welches das Auswärtige Amt in erster Linie im Hinblick auf die ausländischen Reaktionen zu beschäftigen hatte.

Auch im Innern fand erst um diese Zeit das Bemühen um die institutionelle Umsetzung der rassenideologischen Staatsdoktrin seinen konkreten Ausdruck in der Konzentration von Überwachung, Kontrolle und Verfolgung in der Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsdienst, Geheimem Staatspolizeiamt und Polizei unter Himmler und Heydrich, die schließlich im, die Überwachungs- und Verfolgungsmacht bündelnden, Reichssicherheitshauptamt mündete. Die Judenfrage war neben Hitlers Traum vom „Lebensraum im Osten“ bekanntlich das staatspolitische Kernanliegen des „Dritten Reiches“. Im Apparat Himmlers und Heydrichs fand Hitlers NS-Staat gleichsam institutionell zu sich selbst, und dieses Instrument des „Führers“ sollte bis zum Ende die fortschreitend an Macht gewinnende, treibende und prägende Kraft bleiben.

4. Die Behandlung der Judenfrage im SD-Hauptamt ab Frühjahr 1937

Das Jahr 1937 stellte für die Behandlung der Judenfrage im SD-Hauptamt eine Zäsur dar. Eichmann beklagte am Ende des Jahres, daß bis zur Amtsübernahme durch Wisliceny „infolge der ungeschickten Taktik der Abteilungsleitung“ eine „praktische Führungnahme mit den Juden in Deutschland“ fast ausgeschlossen gewesen war⁵². Nun allerdings begann man von der „theoretischen Bearbeitung des Judentums“ abzugehen und die „praktische Arbeit“ aufzunehmen. Der SD praktizierte vor allem eine enge Zu-

⁴⁹ Ebenda, S. 864.

⁵⁰ BAK NS 19/256, Hauszirkular des AA vom 16. 12. 1938 mit Begleitschreiben Schumburgs an den Chef des Persönlichen Stabes RFSS, Wolff, vom 30. 12. 1938.

⁵¹ ADAP, C, IV/1, Nr. 266, S. 558, Aufzeichnung des Legationsrats Röhrecke, 19. 8. 1935.

⁵² R 58/991, 88 f., Bericht über den Umbau der Abteilungen bei II 1, 7. 12. 1937.

sammenarbeit mit dem Geheimen Staatspolizeiamt und koordinierte seine Aktivitäten mit der dort für die Juden zuständigen Abteilung II B 4. Das Hauptaugenmerk lag in dieser Zeit eindeutig auf der Auswanderungsförderung. Vor allem unbemittelte Juden sollten durch permanenten Druck auf leitende Funktionäre jüdischer Organisationen, die regelmäßig ins Amt vorgeladen wurden, zur Auswanderung bewegt werden. Auch mit dem Auswärtigen Amt und den zuständigen Stellen des Innenministeriums trat die Abteilung in Verbindung, um „direkten Einfluß auf die praktische Durchführung der Auswanderung“ zu erhalten. Das Ziel der ganzen Aktivitäten war eindeutig: „Zentralisierung der gesamten Bearbeitung der Judenfrage in Deutschland bei SD und Gestapo.“ Doch nicht nur für Deutschland wollte man zur entscheidenden Instanz in der Judenfrage werden. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde mit der in Angriff genommenen „systematischen Erfassung des Weltjudentums“ die Grundlage für ein zukünftiges Arbeitsfeld geschaffen⁵³.

Vor welchem Hintergrund diese Orientierung stattfand, machte Hitler bei einer internen Rede vor Kreisleitern auf der Ordensburg Vogelsang am 29. April 1937 deutlich, in der er auch zur Judenfrage Stellung nahm und meinte, das „Endziel“ der ganzen Politik sei ihm und seinem Auditorium ja „ganz klar. Es handelt sich bei mir immer nur darum, keinen Schritt zu machen, den ich vielleicht wieder zurück machen muß, und keinen Schritt zu machen, der uns schadet. Wissen Sie, ich gehe immer an die äußerste Grenze des Wagnisses, aber auch nicht darüber hinaus. Da muß man nun die Nase haben, ungefähr zu riechen: ‚Was kann ich noch machen, was kann ich nicht machen?‘ Auch im Kampf gegen einen Gegner. Ich will ja nicht gleich einen Gegner mit Gewalt zum Kampf fordern, ich sage nicht: ‚Kampf!‘, weil ich kämpfen will, sondern ich sage: ‚Ich will Dich vernichten! Und jetzt *Klugheit, hilf mir, dich so in die Ecke hineinzumanoevrieren, daß du zu keinem Stoß kommst, und dann kriegst du den Stoß ins Herz hinein.*‘ Das ist es!“⁵⁴

Dieser Maxime entsprechend stand zunächst weiterhin die forcierte Auswanderung als probates und zeitadäquat-opportunes Mittel zur „Entjudung“ Deutschlands an oberster Stelle. Doch mußte hierbei berücksichtigt werden, daß aus den Auswanderern nicht zukünftig organisierte Gegner erwachsen würden. Vor dem Hintergrund der Entwicklung im britischen Mandat Palästina ab 1936 einerseits und der ideologischen Fixierung, seinerzeit ausgedrückt in dem Wunsch nach vielzähliger jüdischer Auswanderung, andererseits, führte die Frage, wie man sich zu einem möglichen jüdischen Staat in „Erez Israel“ stellen sollte, beim SD wie beim Auswärtigen Amt zu kontrovers diskutierten Überlegungen.

5. Das Auswärtige Amt und die Palästina-Frage

Im Auswärtigen Amt stellten die jüdischen Bemühungen um die Bildung eines Staatswesens in Palästina eine grundsätzliche Herausforderung für die Behandlung der Judenfrage in der Zeit ab Ende 1936 dar. Bislang war die Auswanderung als solche als wichtigstes Ziel der Judenpolitik angesehen, die dabei anvisierten Territorien jedoch

⁵³ Ebenda, S. 89f.

⁵⁴ Kotze/Krausnick, „Es spricht der Führer“, S. 147f.

als von nachrangiger Bedeutung betrachtet worden. Der zionistische Impetus hatte unterdessen durch die antijüdischen Verfolgungen in Deutschland einen neuen Schub erhalten, vor allem um den in Deutschland verfolgten Glaubensbrüdern und -schwestern, aber auch den aus Osteuropa drängenden Juden, eine mögliche Perspektive zu bieten⁵⁵.

Im Sinne der Auswanderungsförderung wurde seit Mai 1933 in einer Vorform, seit August des Jahres offiziell das sogenannte Haavara-Abkommen praktiziert, das es deutschen Juden, die nach Palästina auswandern wollten, ermöglichte, einen Teil ihres Vermögens zu bewahren und mitzunehmen. Sie konnten Beträge zugunsten einer Treuhandgesellschaft einzahlen, die damit wiederum deutsche Exporte nach Palästina beglich. Der Gegenwert wurde den Auswanderern dann vor Ort wieder ausbezahlt⁵⁶. Eingefleischte Nationalsozialisten ärgerten sich nicht nur darüber, daß die Juden das ihrer Meinung nach „erschwindelte“ Vermögen mitnehmen konnten. Vor allem die Tatsache, daß aus dem Deutschen Reich zwar Waren exportiert wurden, hierfür aber keine der so dringend begehrten Devisen, sondern nur Gelder von einem deutschen Sperrkonto zurückflossen, war den Gegnern der Übereinkunft ein Dorn im Auge. Anfänglich mochte sie in ihren Augen noch opportun gewesen sein, um einem befürchteten jüdischen Boykott deutscher Produkte zu wehren, doch gerieten solche Argumente mit dem gesteigerten Durchsetzungswillen der Rassendoktrin zusehends in den Hintergrund. Das Abkommen stellte schließlich ab 1937 den Anlaß für einen permanenten Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern dar. Besonders dem Reichswirtschaftsministerium war an einer Fortsetzung des Verfahrens gelegen⁵⁷, und im Auswärtigen Amt sprach sich Werner-Otto von Hentig, der das Orient-Referat Pol. VII seit Juli 1937 leitete, noch Anfang 1938 für die Beibehaltung des Haavara-Abkommens aus⁵⁸. Aber die Prioritäten begannen sich inzwischen deutlich zu verschieben und sollten 1938 auf wirtschaftlicher Seite

⁵⁵ Von den deutschen Auswanderern gingen prozentual nach Palästina: 1933/19 %, 1934/37 %, 1935/34 %, 1936/34 %, 1937/15 %; vgl. Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, S. 27.

⁵⁶ Bis zum Kriegsausbruch wanderten rund 52 000 deutsche Juden mittels dieses Verfahrens nach Palästina aus; vgl. Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 62–64.

⁵⁷ Vgl. ADAP, D, V, Dok. 575, S. 650–653, Brief Reichsbankrat Utermöhles von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung an von Hentig, 7.12. 1937.

⁵⁸ Die undatierte und unadressierte Aufzeichnung von Hentigs „Zur Frage der Aufhebung des Haavara-Abkommens“ wurde von ihm ein „halbes Jahr nach Erscheinen des Peel-Plans“, also spätestens im Januar 1938 abgefaßt, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 141 f.; Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, S. 132, datiert das Memorandum auf den Herbst 1937, als die Diskussion um das Haavara-Abkommen in vollem Gange war.

Besonders das Außenhandelsamt der NSDAP torpedierte das Haavara-Abkommen mit Vehemenz, bis hin zur Denunziation von Hentigs wegen dessen Eintreten für das Abkommen; vgl. Vogel, Stempel, S. 132–140, 148 f., 152 f.; PAAA R 27266, Aufzeichnung des Amtsleiters Schwarz vom 24.1. 1938. Von Hentig hatte in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Außenhandelsamtes der Auslandsorganisation, Klein, erklärt, „daß er solange für die Aufrechterhaltung der Haavara sei, als man ihm keine besseren Vorschläge zur Förderung der Judenauswanderung vorlegen könne“. Auf die Entgegnung Kleins, daß das Auswärtige Amt aber nach seinen Informationen für die Aufhebung des Haavara-Verfahrens sei, antwortete von Hentig, dies sei „nur persönliche Ansicht“ Schumburgs. Er könne beurteilen, wie sehr die judenfeindliche Politik dem Deutschen Reich schon geschadet habe „und wie grosser Schaden uns aus dieser Politik noch in Zukunft erwachsen werde“. Diese von der offiziellen Rassendoktrin abweichende Meinung wurde umgehend dem Büro Bohles gemeldet.

in der vollständigen Verdrängung der Juden aus der Ökonomie des „Dritten Reiches“ münden⁵⁹.

Der weltanschaulichen Konzeption und den dogmatischen Prämissen des Nationalsozialismus entsprechend, mußte darüber hinaus ein aus Mitgliedern des rassenideologischen Todfeindes konstituiertes Staatswesen als Gefahr für die deutsche Außenpolitik angesehen werden, der es wachsam zu begegnen galt.

Bereits im Januar 1937 hatte Walther Hinrichs aus dem Referat Deutschland mit Blick auf die gerade laufende Arbeit der Peel-Kommission, die seitens der britischen Mandatsmacht nach den Unruhen des Jahres 1936 eingesetzt worden war, sowie aktuellen Diskussionen in der jüdischen Presse vor der Möglichkeit eines jüdischen Staates in Palästina gewarnt⁶⁰. Er sprach sich gegen die Meinung des Referates Pol VIII aus, nach der eine deutsche Stellungnahme zur Frage eines jüdischen Nationalstaates in Palästina „nicht akut“ sei, und forderte, „die deutschen Reichsbehörden und Parteistellen von der Auffassung des A[uswärtigen] A[mtes] in Kenntnis“ zu setzen. Hinrichs schlug eine Überprüfung des Haavara-Abkommens vor und erwog, die „Britische Regierung auf die grundsätzliche deutsche Einstellung zur Palästinafrage aufmerksam“ zu machen und zu prüfen, ob die Briten nicht verpflichtet seien, „jüdische öffentlich geäußerte Forderungen auf Verwandlung des Mandats in einen jüdischen Staat zurückzuweisen“, sowie gegebenenfalls sich deutscherseits zur Unterstützung dieser Argumentation einzusetzen⁶¹. Das Orient-Referat schloß sich Hinrichs' Ansichten insofern an, als es die Frage der Gründung eines jüdischen „Nationalstaates“, jedoch nicht die eines „Nationalheimes“, betraf. Zwar bestehe kein Interesse daran, die jüdische Auswanderung nach Palästina zu fördern, doch sollten hiergegen weder publizistische noch diplomatische Maßnahmen, wie vom Deutschland-Referat vorgeschlagen, unternommen werden. Ein „Abstoppen“ des Haavara-Abkommens sei dagegen durchaus zu erwägen⁶².

Von Bülow-Schwante sandte in Kenntnis dieser Bedenken dennoch ein Schreiben an die Obersten Reichsbehörden und den Stellvertreter des Führers, in dem er betonte, daß „auch das A[uswärtige] A[mt]“ es für zweckmäßig halte, die jüdische Auswanderung aus Deutschland nicht auf Palästina zu beschränken, weil „durch Förderung der Auswanderung hochzivilisierter jüdischer Kreise aus Deutschland“ zu einer Steigerung des jüdischen Einflusses in Palästina beigetragen und somit „die Bildung eines jüdischen Nationalstaates oder ‚National-Heims‘“ beschleunigt würde. Dies wiederum

⁵⁹ Vgl. Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, S. 139–217; Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 122–165. Zur Haavara-Debatte im Rahmen der Emigrationspolitik vgl. Nicosia, The Third Reich and the Palestine Question, S. 126–140.

⁶⁰ PAAA Inland II A/B 43/3, Aufzeichnung des Referats Deutschland vom 9.1. 1937. Die britische Kommission unter Leitung Lord Peels (William Robert Wellesley) hatte im August 1936 den Auftrag erhalten, nach den Ursachen für die im April des Jahres in Palästina ausgebrochenen Unruhen zu forschen und Möglichkeiten zu deren Lösung im Hinblick auf eine zukünftige Regelung zwischen Juden und Arabern sowie der Rolle der Briten in diesem Konfliktverhältnis vorzuschlagen; vgl. Nicosia, The Third Reich and the Palestine Question, S. 109–114. Die Kommission hielt sich vom 11.11. 1936 bis zum 17.1. 1937 in Palästina auf und veröffentlichte ihre Ergebnisse im folgenden Juli.

⁶¹ PAAA Inland II A/B 43/3, Aufzeichnung des Referats Deutschland vom 9.1. 1937.

⁶² PAAA Inland II A/B 43/3, Aufzeichnung des Ref. Pol. VII (Richter), 22.1. 1937; Hervorhebungen im Original.

brächte dem „internationalen Judentum“ einen „unabschätzbaren politischen Machtzuwachs“. Außenpolitische Bedenken dieser Art sprachen nach Ansicht von Bülow-Schwantes für eine „geographische Zersplitterung des Judentums“ und die Lenkung der Auswanderung „nach anderen Richtungen als nach Palästina“⁶³. Er wiederholte diese Auffassung in einer Studie zum Problem eines Judenstaates in Palästina am 27. April 1937 und vertrat die Auffassung, „daß eine Zersplitterung des Weltjudentums im deutschen Interesse zweckmäßiger“ sei als eine „politische Konsolidierung in einem Palästina-Staat mit eigenen diplomatischen Vertretungen, Sitz im Völkerbund etc.“⁶⁴. Von arabischer Seite wurde der Gesandte in Bagdad bereits um „deutsche Hilfe gegen die Gefahr der Gründung eines Judenstaates“ gebeten. Zwar wurde hierauf eine inhaltende Antwort erteilt, doch hielt der Leiter der Politischen Abteilung, von Weizsäcker, „als Richtlinien für die künftige Behandlung der Palästina-Frage“ fest, daß zum einen „eine Zersplitterung des Weltjudentums der Gründung eines Palästina-Staates vorzuziehen sei“, daß aber zweitens „bei einem Tätigwerden der deutschen Außenpolitik in dieser Richtung es jedenfalls unzweckmäßig erscheine, auf die britische Mandatsmacht zur Zeit direkt einzuwirken“. Allerdings würden diese Richtlinien „nicht ausschließen, daß das A[uswärtige] A[m]t seine Stellungnahme den innerdeutschen Ressorts zur Kenntnis gibt, damit bei innerpolitischen Maßnahmen, die der jüdischen Auswanderung dienen, berücksichtigt wird, daß die jüdische Auswanderung nach Palästina nicht bedenkenlos zu fördern, sondern die Auswanderung nach jeder anderen Richtung der Welt vorzuziehen ist“⁶⁵.

Nach Auffassung von Bülow-Schwantes ließ sich zu diesem Zeitpunkt „die Bildung eines Palästina-Staates bzw. eines jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit in nicht ferner Zukunft voraussehen“. In einer Besprechung der Referate Pol. VII (Orient), Deutschland und der Wirtschaftspolitischen Abteilung mit der Auslands-Organisation der NSDAP einigte man sich darauf, im Rahmen der durch von Weizsäcker festgelegten Richtlinien eine „außenpolitische Instruktion“ herauszugeben „über die deutsche Einstellung gegenüber der Entstehung eines Judenstaats in Palästina“⁶⁶.

Am 1. Juni faßte Außenminister von Neurath die Sprachregelung bezüglich der möglichen Bildung eines Judenstaates in einem Telegramm an die Deutsche Botschaft London, das Generalkonsulat in Jerusalem und die Deutsche Botschaft in Bagdad zusammen. Er hielt fest, daß die „Bildung eines Judenstaates oder jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit [. . .] nicht im deutschen Interesse“ liege, „da ein Palästina-Staat das Weltjudentum nicht absorbieren, sondern [eine] zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis für internationales Judentum schaffen würde, etwa wie [der] Vatikan-Staat für [den] politischen Katholizismus oder Moskau für [die] Komintern“. In einem Zusatz für die Londoner Botschaft hielt von Neurath als Richtlinie fest, es sei „irrig anzunehmen, daß deutscherseits etwa auch die Bildung eines mehr oder weniger

⁶³ PAAA Inland II A/B 43/3, Schreiben von Bülow-Schwantes, undat. (nach dem 22. 1. 1938, da auf einen Artikel der „Jüdischen Rundschau“ dieses Datums Bezug genommen wird).

⁶⁴ Aufzeichnung von Bülow-Schwantes, 27. 4. 1937, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 123–124, Zitat S. 123.

⁶⁵ Ebenda, S. 124.

⁶⁶ ADAP, C, VI, 2, Nr. 387, S. 836–837, Aufzeichnung von Bülow-Schwantes vom 25. 5. 1937.

unter jüdischer Leitung stehenden Staatsgebildes in Palästina begrüßt würde. Wir glaubten nicht, daß die Bestrebungen zur Beruhigung der internationalen Lage gefördert würden, wenn ein jüdischer Palästina-Staat entstehe.“⁶⁷

Unter Hinweis auf diese Instruktionen des Außenministers sandte von Bülow-Schwante, der zu von Neurath seit langem ein nahes und vertrauensvolles Verhältnis besaß⁶⁸, zehn Tage später eine Stellungnahme des Referats Deutschland in der Judenfrage an die Wirtschaftspolitische und die Kulturabteilung, „mit der Bitte um weitere Veranlassung“. Sein Referat stehe „grundsätzlich [. . .] auf dem Standpunkt, daß eine wesentlich verstärkte Abwanderung des Judentums aus Deutschland nicht durch eine verwaltungsmäßige ‚Förderung‘ von deutscher Seite – womöglich unter devisenpolitischen Opfern (Haavara) – zu erreichen“ sei, sondern durch die „Förderung des eigenen jüdischen Auswanderungsdranges“. Deutlich ist in diesen Äußerungen ein ideologiegeleitetes Austreibungsmotiv erkennbar, denn dieses Ziel war nach Auffassung von Bülow-Schwantes „zu erreichen durch eine Verschärfung der innenpolitischen Judengesetzgebung (z. B. Sonderbesteuerung jüdischen Einkommens) bis zu einem Grade, der die Abwanderung der Juden aus eigener Initiative automatisch zur Folge hätte“⁶⁹.

In einem ausführlichen Schreiben über die „Deutsche Einstellung zur Frage der Gründung eines Judenstaates in Palästina“ an sämtliche Auslandsmissionen machte von Bülow-Schwante am 22. Juni 1937 in Revision der ursprünglich im Haavara-Abkommen zum Ausdruck gebrachten Haltung zur Auswanderung nach Palästina die Vorbehalte des Auswärtigen Amtes gegenüber der Schaffung eines solchen Staates geltend.

Die Peel-Kommission hatte ihre Vorschläge noch nicht veröffentlicht, doch zeichnete sich nach deutscher Ansicht die Gefahr eines jüdischen Staates oder jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit bereits ab. Dieser Möglichkeit sollte strikt entgegengewirkt werden. Bisher sei das „primäre Ziel der deutschen Judenpolitik“ gewesen, „die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Möglichkeit zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sogar devisenpolitische Opfer gebracht. [. . .] Diese aus innenpolitischen Gründen diktierte deutsche Haltung, die praktisch die Konsolidierung des Judentums in Palästina fördert und damit den Aufbau eines jüdischen Palästina Staates beschleunigt, hätte zu der Auffassung beitragen können, daß Deutschland der Bildung eines Judenstaates in Palästina wohlwollend gegenüberstehe. In Wirklichkeit besteht aber ein größeres deutsches Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten. Denn die Judenfrage wird für Deutschland nicht gelöst sein, wenn kein Angehöriger der jüdischen Rasse mehr auf deutschem Boden sesshaft ist. Vielmehr hat die Entwicklung der letzten Jahre gelehrt, daß das internationale Judentum zwangsläufig stets der weltanschauliche und damit politische Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands sein wird. Die Judenfrage ist daher zugleich eines der wichtigsten Probleme der deutschen Außenpolitik. Es besteht daher auch ein erhebliches deutsches Interesse an der Entwicklung in Palästina. Denn ein Palästi-

⁶⁷ ADAP, D, V, Nr. 561, S. 629–630, Telegramm von Neuraths an die Deutsche Botschaft London, das Generalkonsulat Jerusalem und die Gesandtschaft Bagdad, 1. 6. 1937.

⁶⁸ Vgl. Döschers, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 72, Anm. 3.

⁶⁹ ADAP, D, V, Nr. 563, S. 631–632, Schreiben von Bülow-Schwantes an die Wirtschaftspolitische Abteilung und die Abteilung Kultur, 11. 6. 1937.

nastaaat wird das Judentum nicht absorbieren, sondern ihm – etwa entsprechend dem Wirkungskreis des Vatikanstaats – eine zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis schaffen, die sich für die deutsche Außenpolitik verhängnisvoll auswirken könnte.“⁷⁰ Die Frage, inwieweit dieser Wechsel in der außenpolitischen Linie eine „Änderung innerpolitischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Wanderungspolitik“ zur Folge haben werde, unterlag nach Bülow-Schwante „vorläufig der Prüfung und Entscheidung der beteiligten innerdeutschen Stellen“⁷¹.

Das Auswärtige Amt war also in der Judenfrage nicht nur reagierend wirksam, sondern trat mit eigenen Vorschlägen auf, die aus aktuellen Entwicklungen in der internationalen Konstellation der Judenfrage vor dem Hintergrund des aus ideologischen Prämissen abgeleiteten Interesses gewonnen wurden. Es galt nach dieser Auffassung statt eines als Gefahr angesehenen jüdischen Gemeinwesens oder gar Staates jeglicher Couleur die „zerstreuende Auswanderung“ voranzutreiben.

Am 7. Juli 1937 legte die Peel-Kommission ihren Bericht vor, worin die Teilung des bisherigen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Teil und in ein Restmandatsgebiet vorgeschlagen wurde. Eine Debatte über die Untersuchungsergebnisse und die daraus abgeleiteten Empfehlungen fand in beiden Häusern des britischen Parlaments am 20. und 21. Juli statt. Das Unterhaus faßte, nachdem der Bericht auf allseitigen Widerspruch gestoßen war, den Beschluß, die Vorschläge der Kommission dem Völkerbund vorzulegen, damit nach dessen Beratung dem britischen Parlament später ein endgültiger Plan vorgelegt werden könne⁷².

Orient-Referatsleiter von Hentig faßte Ende Juli 1937 die Reaktionen auf den Peel-Bericht und die Deutschland betreffenden Implikationen zusammen⁷³. Ihm lag vor allem das Schicksal der auf 2 000 Personen geschätzten deutschen Kolonisten am Herzen, die im projektierten Judenstaat aufgrund ihrer Siedlungsorte zumindest in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet waren. Man werde „auch überlegen müssen, ob das Aufrechterhalten einer deutschen Minderheit – der einzigen, nebenbei gesagt, im jüdischen Staate – unsere Handlungsfreiheit gegenüber dem Judentum nicht behindert“⁷⁴.

Die innere Linie des Auswärtigen Amtes gegenüber der Judenfrage war nicht frei von deutlichen Friktionen, die insbesondere in der Diskussion um Palästina immer

⁷⁰ ADAP, D, V, Nr. 564, S. 632–634, Mitteilung von Bülow-Schwantes „Betr.: Deutsche Einstellung zur Frage der Gründung eines Judenstaates in Palästina“, 22. 6. 1937.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Der Report der Peel-Kommission wurde im Juli 1937 als Weißbuch veröffentlicht. Die Ständige Mandatskommission des Völkerbundes votierte am 18. August in einem Bericht an den Völkerbundrat für den Entwurf. Der Völkerbundrat ermächtigte daraufhin die Briten im September zur Ausfertigung eines endgültigen Planes. Allerdings verzögerte sich die Bildung einer Teilungskommission vor allem aufgrund erneuter Unruhen in Palästina noch bis Ende Februar 1938; vgl. ADAP, D, V, S. 639, Anm. 3. Zur Reaktion auf Seiten der Juden bzw. der jüdischen Presse in Deutschland auf den Peel-Plan vgl. Freedon, Die jüdische Presse im Dritten Reich, S. 141–149. Die Ende Februar 1938 ins Leben gerufene neue Kommission unter Leitung von Sir John Woodhead legte im Oktober 1938 ihre Ergebnisse vor, revidierte die Vorschläge der Peel-Kommission, und die Teilungsbemühungen waren damit vorerst beendet.

⁷³ ADAP, D, V, Nr. 569, S. 639–640, Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Hentig zur Palästina-Frage, 29. 7. 1937.

⁷⁴ Ebenda, S. 640.

wieder hervorbrachen. Anfang August 1937 verlangte von Weizsäcker für einen Bericht, den er dem Außenminister über die Entwicklung in der Palästina-Frage vorzulegen hatte, Stellungnahmen der hier tangierten Referate Deutschland und Pol. VII (Orient)⁷⁵.

Am 7. August legte Schumburg, der Spezialist für die Judenfrage im Referat Deutschland, seine Ansicht über die „Deutsche Einstellung zum britischen Plan der Bildung eines jüdischen Palästina-Staates“ dar. Das „deutsche Interesse an der Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina“ werde „durch das weitaus größere Interesse an der Verhinderung der Bildung eines jüdischen Staates kompensiert. Das innerpolitische Problem der Judenfrage würde durch das erheblich gefährlichere einer völkerrechtlich unterbauten Gegnerschaft des Weltjudentums gegen das Dritte Reich ersetzt werden.“ Deshalb bestehe ein „eindeutiges Interesse daran, die Bildung eines jüdischen Staates zu verhindern und die politische Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten. [. . .] Falls der jüdische Staat in Palästina doch verwirklicht wird, würde die deutsche Außenpolitik jedenfalls vor ein neues Problem gestellt werden, das in seiner Schwere die innenpolitische Judenfrage weit überwiegen dürfte.“⁷⁶

Am gleichen Tag faßte auch das Referat Pol. VII seine Ansichten zusammen⁷⁷. Zwar ist auch hier der Autor, vermutlich Referatsleiter von Hentig, der Meinung, daß ein jüdischer Palästina-Staat das Judentum nicht „absorbieren“, „sondern ihm – etwa wie der Vatikan-Staat – eine völkerrechtliche Machtbasis schaffen“ werde, doch erkennt er auch „Vorteile einer völkerrechtlichen Existenz eines Judenstaates“. Zum einen nennt er die „Entlastung des Deutschen Reiches von einer großen Zahl jüdischer Emigranten“, die gegenwärtig noch zu betreuen seien, zum zweiten die „Möglichkeit, bei Angriffen des Judentums es mit amtlichen Vertretern zu tun zu haben und nicht wie bisher mit anonymen und daher verantwortungslosen Stellen, über die gerade die Juden im weitesten Umfange verfügen“⁷⁸. Zwar nennt auch das Orient-Referat unter den in Betracht kommenden Maßnahmen solche, die eine Entstehung des Judenstaates verhindern oder erschweren, aber: „Außenpolitische Maßnahmen zum Zwecke der Ablenkung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland von Palästina nach anderen Ländern dürften dagegen zunächst kaum in Betracht kommen.“⁷⁹ Auch bei der Frage, ob dazu parallel innenpolitische Maßnahmen ergriffen werden sollten, etwa die Kündigung des Haavara-Abkommens, macht der Autor „starke Bedenken von wirtschaftspolitischen Seite“ geltend⁸⁰.

Während das Referat Deutschland also strikt ideologisch antijüdisch argumentierte, ist hinter den Äußerungen des Orient-Referates ein deutliches Bemühen erkennbar,

⁷⁵ Vgl. ADAP, D, V, S. 641, Anm. 2.

⁷⁶ ADAP, D, V, Nr. 570, S. 641 f., Emil Schumburg, Deutsche Einstellung zum britischen Plan der Bildung eines jüdischen Palästina-Staates, 7. 8. 1937.

⁷⁷ ADAP, D, V, S. 642–645, 7. 8. 1937, Aufzeichnung des Referates Pol. VII für Weizsäcker.

⁷⁸ Ein weiteres Exemplar der Aufzeichnung, das inhaltlich dem an Weizsäcker entspricht, findet sich in: PAAA Inland II A/B 43/3. Schumburg notierte an dieser Stelle am Rande sein Contra zu diesen im Kern moderaten Gedanken. Palästina nehme „nur einen Bruchteil jüdischer Emigranten auf“, und es sei besser, „einen anonymen [Partner?] zu haben als einen völkerrechtlich legitimierten zu schaffen“.

⁷⁹ Ebenda, S. 3.

⁸⁰ Ebenda, S. 4.

den Auswanderungsweg nach Palästina für die deutschen Juden nach Möglichkeit offenzuhalten.

Hitler selbst hat offensichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1937 keine eindeutigen Anweisungen zur Behandlung Palästinas in der Auswanderungsfrage gegeben. Während auf einer Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt über das Haavara-Abkommen am 21. September der Vertreter des Innenministeriums mitteilte, „daß der Führer auf Grund eines ihm in der Auswanderungsfrage der Juden gehaltenen Vortrags sich generell dahin entschieden habe, die weitere Judenauswanderung zu fördern, ohne hierbei ausschließlich auf Palästina besonders hingewiesen zu haben“⁸¹, hatte nach einer Mitteilung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP vom Januar 1938 „der Führer in einer kürzlich getroffenen Entscheidung auf erneuten Vortrag des Reichsleiters *Rosenberg* hin nochmals dahingehend entschieden“, daß die „Judenauswanderung aus Deutschland weiterhin mit allen Mitteln gefördert werden soll, wobei sich diese in erster Linie nach Palästina zu richten habe“⁸². Hitler sah die Möglichkeit der Schaffung eines Judenstaates in Palästina offenbar nicht als unmittelbare Bedrohung an, so daß die forcierte Auswanderung das primäre Ziel blieb und er den in der Judenfrage konkurrierenden Behörden bei der Ausgestaltung dieser Generallinie Raum ließ. Goebbels hatte Ende November 1937 nach einem längeren Gespräch mit Hitler und Rosenberg als „Ziel“ notiert: „Die Juden müssen aus Deutschland, ja aus ganz Europa heraus. Das dauert noch eine Zeit, aber geschehen wird und muß das. Der Führer ist fest entschlossen dazu.“⁸³

6. Der SD und die Palästina-Frage

Während das Auswärtige Amt im Jahr 1937 eindeutig Stellung gegen die Möglichkeit eines Judenstaates bezog, war die Haltung im Judenreferat des SD, wenngleich ebenfalls gegen eine Staatsgründung gerichtet, so doch von der Attraktivität Palästinas für eine umfängliche Aufnahme des herauszupressenden Judentums fasziniert. Im Juli 1937 hatte das Referat einen Aufsatz für das „Zeitheft des Rasse- und Siedlungshaupt-

⁸¹ Protokoll der Ressortbesprechung vom 21.9. 1937, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.136. Mit diesem Hinweis sollte jene Haltung korrigiert werden, die auf einer Konferenz im Auswärtigen Amt am 29. Juli der Vertreter des Innenministeriums als Hitlers Entscheidung ausgegeben hatte, wonach er sich für eine verstärkte Emigration mit dem Hauptaugenmerk auf Palästina entschieden habe.

⁸² PAAA R 27266, Schreiben des Amtsleiters Wilhelm Bisse vom Außenhandelsamt der NSDAP an den Chef der Auslandsorganisation, Ernst Wilhelm Bohle, 1.2. 1938; Hervorhebung im Original. Bisse nimmt hier Bezug auf ein Schreiben von Carl Clodius aus der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, in dem von der Mitteilung des Außenpolitischen Amtes berichtet wird; ADAP, D, V, Nr.579, S.661. Bisse war mit der zitierten Entscheidung Hitlers bzw. deren Interpretation offensichtlich nicht zufrieden, denn er regte bei Bohle an, „beim APA festzustellen, unter welchen Gesichtspunkten der Vortrag betr. Judenauswanderung vor dem Führer stattgefunden hat. Es wäre zur vollen Klärung der Haavara-Frage wertvoll [zu] wissen, ob diese Frage auch in volkswirtschaftlicher und handelspolitischer Beziehung und vor allem in Bezug auf [sic!] den Nichtanfall von Devisen an das Deutsche Reich beim Export hochwertiger deutscher Erzeugnisse nach Palästina entsprechend beleuchtet wurde“; Hervorhebung im Original.

⁸³ Goebbels-Tagebücher, Teil I, Bd. 3, S.351, 30.11. 1937.

amtes“ zur Frage „Was wird aus Palästina“ vorgelegt, der sich mit den Ergebnissen der Peel-Kommission beschäftigte und ebenso wie das entsprechende Referat im Auswärtigen Amt davon ausging, daß ein Judenstaat, den das „Weltjudentum“, das angeblich hinter den britischen Entscheidungen stand, anstrebe⁸⁴, nur eine potentielle Gefahr für Deutschland sein könne. Zum einen solle damit den Juden aller Länder Minderheitenschutz in den fremden Nationen erzwungen werden, zum zweiten wäre dies aber ganz bewußt keine Dauerlösung der Judenfrage, weil Palästina zur Aufnahme der weltweit auf 16,5 Millionen geschätzten Juden nicht in der Lage sein werde⁸⁵.

Andererseits war und blieb Palästina ein hochwillkommenes Ziel, in das der Auswanderungsdruck sich ablenken ließ. Auch auf Seiten der zionistischen Organisationen wurde die Zuwanderung begrüßt, erhöhte sie doch den Anteil der jüdischen gegenüber der arabischen Bevölkerung und nährte damit Hoffnungen auf die Durchsetzbarkeit eines eigenen Staates. Als Abordnung der in Deutschland lebenden Juden gegenüber der Regierung agierte die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“⁸⁶, die auch Abteilungen für „Auswanderung“⁸⁷ und „Transfer“⁸⁸ eingerichtet hatte, in denen alle an der Emigration interessierten Organisationen Vertreter besaßen. Daneben gab es als jüdische Auswanderungsämter das „Palästina-Amt“ der „Jewish Agency“, die die Palästina-Zertifikate der britischen Mandatsmacht weiterverteilte, und den „Hilfsverein der Juden in Deutschland“, der jüdische Auswanderer nach außerpalästinensischen Ländern vermittelte, Kontakte zu ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen aufrechterhielt und Projekte jüdischer Auswanderung, insbesondere nach überseeischen Territorien, prüfte. Eichmanns Referat nahm in dieser Zeit vielfältige Kontakte zu jüdischen Organisationen, unter anderen zur zionistischen militärischen Untergrundorganisation Hagana auf, um mit ihrer Hilfe die eigene Auswanderungsarbeit zu fördern. Diese makabre Interessenkonvergenz zwischen nationalsozialistischen Verfolgern und zionistischen Bemühungen um eine umfangreiche jüdische Zuwanderung nach Palästina führte im September 1937 sogar so weit, daß Eichmann mit seinem nachmaligen Vorgesetzten Hagen eine konspirative Reise in das „Gelobte Land“ unternahm, um sich über die politische Lage, die zionistischen Aktivitäten und eventuelle Zugangsmöglichkeiten zu informieren. Eichmann hatte über die Vermittlung Otto von Bolschwingh⁸⁹, dem er

⁸⁴ BAK R 58/989, 10, 15. 7. 1937.

⁸⁵ BAK R 58/989, 17, 15. 7. 1937.

⁸⁶ Die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ war am 17. 9. 1933 unter dem später zwangsweise geänderten Titel „Reichsvertretung der deutschen Juden“ aus einer Initiative des „Centralvereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und der „Zionistischen Vereinigung“ als Dachverband der jüdischen Organisationen in Deutschland geschaffen worden. Ihr Präsident war der Berliner Rabbiner Leo Baeck.

⁸⁷ Einerseits das Palästina-Amt, andererseits den Hilfsverein für andere Länder.

⁸⁸ „Paltreu“ für Palästina, „Altreu“ für andere Länder.

⁸⁹ Otto von Bolschwingh, der in Haifa ein Geschäft für Baumaterialien besaß, war neben dem Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros in Jerusalem, Franz Reichert, der Hauptvertrauensmann des SD in Palästina gewesen, bevor er von den Briten aus Palästina ausgewiesen wurde. Er ging nach Berlin und arbeitete als V-Mann für „Auswanderungs- und wirtschaftstechnische Fragen“ des SD. Reichert war V-Mann für Palästina und Vorgänge innerhalb der politischen Leitung des Judentums, sowie Informant von II 112 über außenpolitische Vorgänge im Vorderen Orient; BAK R 58/991, 130.

einen großen Teil seines Wissens über Palästina und den Zionismus verdankte⁹⁰, in Berlin zweimal einen Vertreter der Hagana getroffen und war von diesem eingeladen worden⁹¹.

Unerwartet hatte Heydrich dieses Unternehmen, das Eichmann als Schriftleiter des „Berliner Tageblatts“ und Hagen als Student getarnt antraten, bewilligt. Heydrich lehnte es aber von vornherein ab, für ein eventuelles Mißlingen der Reise die Verantwortung zu übernehmen⁹². Das Unternehmen wurde denn auch ein voller Mißerfolg, weil die britischen Mandatsbehörden offensichtlich Wind bekommen und die beiden Agenten umgehend nach Ägypten weitergeleitet hatten⁹³.

7. Unterschwellige Virulenz des Madagaskar-Gedankens

Schon vor der Palästina-Reise hatte Hagen im September 1937 in der Zeitschrift „Volk im Werden“ einen Artikel über „Die Frage des Judenstaates“ veröffentlicht⁹⁴. Er skizzierte hierin die historische Entwicklung des Zionismus und beschäftigte sich darauf aufbauend mit dem Bericht der Peel-Kommission und den möglichen Folgen der Schaffung eines jüdischen Staates, den er der generellen Linie entsprechend ablehnte. In Reaktion auf diesen Artikel sandte ein in München lebender Schweizer Ingenieur namens H. Huber einen Brief an den Autor, in dem er zur Frage eines Judenstaates ausführte, er habe gehört, „dass Frankreich die Insel *Madagaskar* unter Umständen ‚freigebe‘ zur Ansiedlung der Juden“. In Paris sondiere „zurzeit ein Vertrauensmann, welche Voraussetzungen gegebenenfalls erfüllt sein müssten, um ernstlich die Sache in Fluss zu bringen“⁹⁵. Huber bat Hagen um die Abfassung eines Gutachtens, doch dessen Abteilungsleiter Six teilte ihm im Auftrag Heydrichs mit, „daß ein Gutachten über das Madagaskar-Projekt von dem Verfasser nicht abgegeben werden könne, da er keine Zeit finde, sich weiter mit der Frage zu beschäftigen“⁹⁶. Dies zeigt deutlich, daß der Madagaskar-Gedanke, obwohl bekannt, in dieser Zeit keine Rolle in den praktischen Überlegungen des Sicherheitsdienstes spielte.

Auch von anderer Seite gelangte die Abteilung II 112 mit dem Madagaskar-Gedanken in Berührung. Eichmann kam, nach eigener Aussage widerwillig, in Kontakt mit dem „Stürmer“. Bei allem Gleichklang in der antisemitischen Grundhaltung waren es vor allem die vom „Stürmer“ propagierten Praktiken, die seitens des in diesen Dingen bei aller Ideologieorientierung kühl und geschäftsmäßig agierenden SD abgelehnt wurden, denn „Stürmermethoden“ konnten nach Ansicht Eichmanns nicht zu einer Lösung des Judenproblems führen⁹⁷. Streichers Stellvertreter Wurm versuchte dennoch, einen

⁹⁰ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 28, 32.

⁹¹ Ebenda, S. 33 f.

⁹² BAK R 58/623, 25, 1.7. 1937 u. 21, 4.9. 1937.

⁹³ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 35.

⁹⁴ Hagen, Die Frage des Judenstaates, in: Volk im Werden 5 (1937).

⁹⁵ BAK, R 58/981, 254, Abschrift des Schreibens von Huber; Hervorhebungen im Original.

⁹⁶ BAK, R 58/981, 253, Schreiben Six' an den SD-Führer des SS-Oberabschnittes Süd, München, 30.9. 1937.

⁹⁷ Vgl. Eichmann-Protokoll, Lang, S. 32–33.

Kontakt herzustellen, und Eichmann wurde zum Parteitag 1937 nach Nürnberg eingeladen. Dort lernte er auf Wurms Hinwirken die Protagonisten der Idee des „Voll-Zionismus“ kennen, die allerdings, wie bereits beschrieben, in ihrer mystischen Verschröbenheit und ihrem gleichsam messianisch abgehobenen Sendungsbewußtsein eine sehr ernüchternde Wirkung auf ihn ausübten⁹⁸. Es kann jedoch als sicher gelten, daß Eichmann hier mit der Madagaskar-Idee, die zum ideologischen Kern des Kreises gehörte, vertraut gemacht wurde, sollten Wurm und die Gruppe der antisemitischen Internationale ihr Wissen und Streben um diese Idee nicht gänzlich verleugnet haben⁹⁹.

Der „Stürmer“ und seine Propaganda blieben dem SD auch in der Folgezeit ein Dorn im Auge, weil hierdurch permanent neue Anlässe zu Angriffen aus dem Ausland provoziert wurden, die eine reibungslose Abwicklung der Auswanderung erschwerten. Der Versuch, auf Hauptschriftleiter Hiemer zur Mäßigung der verbalen Exzesse und zur Angleichung an die Linie des SD einzuwirken, mißlang. Heydrich ließ den Kontakt unterbrechen und untersagte Eichmann deshalb Anfang 1938, eine Einladung durch Gauleiter Streicher anzunehmen¹⁰⁰.

8. Ambivalente Ziele des SD: Auswanderung und Kompetenzgewinn

Seitens des Sicherheitsdienstes waren die Reflexionen über den ideologischen Gehalt der Hitlerschen Judenpolitik stets aufs engste mit den aktuellen politischen Erfordernissen verknüpft, um einerseits der doktrinären Ideologie zum Durchbruch zu verhelfen bzw. diese in die Praxis umzusetzen, andererseits aber gleichzeitig auf die machtrationalen Erfordernisse in diesem Prozeß Rücksicht zu nehmen, sprich die Reichweite der ideologisch-abgeleiteten Maßnahmen in ihrer inhärenten Steigerung zwar voranzutreiben, dabei aber niemals über das realisierbare Maß hinauszuschießen.

Während die utopistischen Träumer des „Voll-Zionismus“ ihren Großentwurf schon nicht im Ansatz umzusetzen vermochten, war hier eine ethosfreie, totalitär-pragmatisch orientierte Maschinerie mit einem inhärenten Drang zur Ausweitung in Gang gesetzt, die ihren Impetus immer wieder neu aus der rassenideologischen Staatsdoktrin und letztlich aus Hitler selbst zog und somit Instrument und, auf Basis der seitens des „Führers“ vorgegebenen grundsätzlichen Linie, bisweilen auch Inspirator bestimmter Maßnahmen war. Gleichwohl war dabei nicht allein die Ideologie und ihre Umsetzung motivierend, wenngleich sie der beherrschende Ugrund blieb, sondern auch die Macht der eigenen Institution, ihre Perpetuierung, Erweiterung und die projektierte Durchdringung aller Bereiche des Hitler-Staates.

Während Hitler ideologisch in der „normalen“ deutschen Auswanderung die Gefahr der Schwächung des eigenen Volkes sah, da seiner Meinung nach hierdurch die mutigsten und fähigsten Teile des Volkes das Land verließen¹⁰¹, sah er in der Judenaustreibung zunächst ein probates und den machtpolitischen Möglichkeiten adäquates Mittel,

⁹⁸ Vgl. Kap. III. 11.

⁹⁹ Vgl. Eichmann-Protokoll, Lang, S. 33.

¹⁰⁰ BAK R 58/991, Tätigkeitsbericht des Referates II 112 für das erste Halbjahr 1938, 120.

¹⁰¹ Vgl. Hitlers Zweites Buch, S. 50–52.

seiner programmatischen Linie in außenpolitischer wie ideologischer Hinsicht konvenierend zu folgen. Dem anvisierten Endziel des SD, zur entscheidenden Exekutionsbehörde der nationalsozialistischen Judenpolitik zu werden, standen die für das Bild des „Dritten Reiches“ unterhalb der Führungsebene charakteristischen permanenten Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Ministerien im Weg.

Im Tätigkeitsbericht des Referates II 112 für die zweite Jahreshälfte 1937 wurde die „Beeinträchtigung oder Störung der SD-Arbeit durch Einwirkung oder Maßnahmen anderer Dienststellen“¹⁰², vor allem durch „falsche personelle Besetzung derjenigen Stellen [. . .], die sich, zum Teil befugt, zum Teil unbefugt, mit der Judenfrage im Reich befassen“, beklagt. Während sich die Zusammenarbeit mit der Gestapo weiter effektiviert, stand besonders die „starke Gegenarbeit“ seitens des Wirtschaftsministeriums¹⁰³ den Ausdehnungswünschen des SD zunächst im Weg. Nach dem Rücktritt Hjalmar Schachts als Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft im November 1937 und der Ersetzung in diesen Funktionen durch Walther Funk und Göring wurde diese „Störung in der Auswanderungsarbeit“ im Sinne des SD behoben¹⁰⁴.

Mit Staats- und sonstigen Stellen zur Förderung der jüdischen Auswanderung hatte das Referat II 112 zahlreiche häufig von Kompetenzkonkurrenz geprägte Kontakte. Im Auswärtigen Amt stand man bis zur ersten Hälfte des Jahres 1938 mit der Orientabteilung von Hentigs in Verbindung, ab der Jahresmitte dann mit dem für Judenfragen zuständigen Referenten Hinrichs¹⁰⁵.

Als Hagen Mitte November 1937 für Heydrich die „Ziele der Judenpolitik“ zusammenfaßte, hielt er fest, daß innenpolitisch weiterhin die vollkommene Ausschaltung der jüdischen Assimilation und die Förderung der Auswanderung im Vordergrund stehen sollten, außenpolitisch dagegen der Plan eines Judenstaates in Palästina abgelehnt wurde, „da die Juden auf diplomatischem Wege den Boykott gegen den Nationalsozialismus in verstärkter Weise aufnehmen könnten“¹⁰⁶.

Allerdings wurde es zusehends schwieriger, Einwanderungsländer für die Juden zu finden, zumal sie permanent weiter pauperisiert wurden. Goebbels meinte im Januar

¹⁰² BAK R 58/991, 104, 15.1. 1938; im Original hervorgehoben.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ BAK R 58/991, Tätigkeitsbericht für das erste Halbjahr 1938, 120.

¹⁰⁵ BAK R 58/991, Bericht für das zweite Halbjahr 1938, 134; als kontaktierte Staatsstellen werden die Reichsstelle für das Auswanderungswesen, die Reichsstelle für Sippenforschung, die Kanzlei des Stellvertreters des Führers, das Reichsministerium des Innern (Lösener), das Reichserziehungsministerium sowie das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Hinkel) genannt. Außerdem wurden zur Klärung von Themen zur „Judenfrage“ Verbindungen zu folgenden Parteistellen und nahestehenden Institutionen aufgenommen: Rassepolitisches Amt, Außenpolitisches Amt, Rasse- und Siedlungsamt, Ariernachweis der NSDAP, Schriftleitung des „Schwarzen Korps“, Forschungsabteilung Judenfrage im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland, Schriftleiter Seifert, Mitarbeiter des „Angriffs“ und des Instituts zum Studium der Judenfrage; BAK R 58/991, 116–118. Eichmann forderte im Bericht „zwei weitere Referenten . . ., da sonst die Gefahr besteht, daß der Eingriff anderer Partei- und Staatsstellen nicht endgültig abgewehrt werden kann“; ebenda, 120. Der erwähnte Hermann Erich Seifert veröffentlichte in Berlin 1940 „Der Jude an der Ostgrenze“, im Jahr 1942 „Der Jude zwischen den Fronten der Rassen, der Völker, der Kulturen“ und war über Rosenberg mit den antisemitischen Kongressen und dem Madagaskar-Gedanken vertraut.

¹⁰⁶ BAK R 58/544, 107–109, 12.11. 1937, Zitat 109.

1938 zynisch, die Juden wollten „an allen Grenzen emigrieren. Aber niemand will sie hereinlassen. Wohin mit dem Dreck?“¹⁰⁷ Die Judenfrage werde so „immer wieder zu einem Weltproblem“¹⁰⁸. Die gewünschte Verstärkung der Auswanderung einerseits, die Zunahme der Schwierigkeiten bei der Suche nach Aufnahmeländern andererseits erhöhten den Druck, nach anderen ergänzenden Lösungswegen Ausschau zu halten.

Eichmann, inzwischen anerkannter „Judenexperte“ und gefragter Referent zum Thema¹⁰⁹, wurde Anfang März 1938 von Hagen gebeten, „in der nächsten Zeit Material zusammenzustellen für eine Denkschrift an C [Heydrich]“. Darin sollte „klargelegt werden, daß die Judenfrage auf der augenblicklichen Basis nicht zu lösen ist (finanzielle Schwierigkeiten usw.) und daß man daran herantreten muß, eine außenpolitische Lösung zu finden, wie sie bereits zwischen Polen und Frankreich verhandelt wurde [. . .] (Madagaskar-Projekt)“¹¹⁰. Eichmann skizzierte dazu auf drei Seiten handschriftlich seine Gedanken zum Thema¹¹¹. Zunächst einmal sollte das Ergebnis der Volkszählung abgewartet werden. Nach seiner Meinung gebe es „in mindestens 10 Jahren [. . .] bei gleichbleibender Tendenz“ nur noch rund 60 000 Juden in Deutschland. Wenn die mittellosen Juden, die zuerst auswandern sollten, abgewandert seien, kämen die „Kapitalisten“ an die Reihe, „die durch wirtschaftl[iche] Maßnahmen bis dort hin langsam entkapitalisiert [!] sein können mit Hilfe von Stapomaßnahmen“. Der Wunsch nach Ausbau und der erstrebte Nachweis der zentralen Funktion des SD prägten die Intention des Autors, und er plädierte, die Judenfrage sei „dann zu lösen, wenn dem SD-Hauptamt keinerlei Hemmungen auferlegt werden“. Eine „allmonatliche Besprechung aller beteiligten Stellen“ sollte stattfinden, wozu er als Stichwort „Hinkel“ notierte¹¹². Bei den in Frage kommenden Ländereien notierte Eichmann einzig Madagaskar¹¹³. Eine Ausarbeitung der Skizze erfolgte nicht mehr, denn mit dem Bearbeitungsvermerk der Akte vom 5. März hatte Hagen schon „überholt!“ notiert¹¹⁴.

¹⁰⁷ Goebbels-Tagebücher, Bd. 3, 6. 1. 1938.

¹⁰⁸ Ebenda, 14. 1. 1938.

¹⁰⁹ So hielt Eichmann am 23. 2. 1938 auf einem Außenstellenleiterkursus in Bernau einen Vortrag über „Ziel und Methodik in der Lösung d[er] Judenfrage“; BAK R 58/991, 114.

¹¹⁰ BAK R 58/979. Das Schreiben ist undatiert, wurde aber von Hagen mit Datum des „5.III.38“ abgezeichnet. Es stammt von Hagen und war an II 1123, d.h. Eichmanns Sachgebiet („Zionisten“) gerichtet; vgl. BAK R 58/544, 79, 11. 6. 1937; Danneckers Referat hatte die Bezeichnung II 1121 („Assimilanten“), Eisenmenger die Kennziffer II 1122 („Orthodoxe und Caritative“); ebenda, 82 u. 84.

¹¹¹ Zur Autorschaft Eichmanns vgl. IfZ Eich 1492 und 1508.

¹¹² Hans Hinkel oblag mit der Abteilung II A des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Überwachung des gesamten jüdischen kulturellen Lebens. Referat II 112 hatte Anfang 1938 zum früheren „Reichskulturwalter“ und jetzigen SS-Oberführer im Propagandaministerium Verbindung aufgenommen, wodurch „eine völlig gleiche Ausrichtung des politischen und kulturellen Lebens der Juden in Deutschland gewährleistet“ sei; BAK R 58/991, 121, Tätigkeitsbericht der Abteilung II 112 vom 1. 1.–30. 6. 1938.

¹¹³ BAK R 58/979, 5. 3. 1938.

¹¹⁴ Daß der Datumsvermerk von Hagen stammt, hat Eichmann im Jerusalemer Prozeß bestätigt; IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11. 7. 1961, S. -R1-. Gleichwohl wurde die Akte nach einer Notiz Danneckers Ende des Monats noch einmal zur „Wiedervorlage“ vermerkt, bevor sie von diesem ad acta gelegt wurde; CDJC CDXXXVIII-28, Vermerk Danneckers vom 24. 3. 1938 „Betr.: Arbeit in der Abteilung“ an den Leiter des Referats II 112, Hagen, der sich seinerzeit in Wien befand. Dannecker notierte, vermutlich nach Rücksprache mit Hagen, ebenfalls „erl[edig]t“ an den Rand der Notiz.

Dies war nur mehr eine Gedankenskizze, bei der die französisch-polnischen Überlegungen zum Anlaß genommen wurden, nach Ergänzungswegen zu suchen, die den eigenen verschärften Auswanderungswünschen als Anregung hätten dienen können. Eine deutscherseits als realisierbar ins Auge gefaßte Lösungsmöglichkeit für die Judenfrage war damit nicht intendiert. Eichmann erklärte später in Jerusalem glaubhaft, daß er „um jene Zeit an eine Madagaskar-Verwirklichung ebensowenig dachte, wie irgend jemand anderer, denn um jene Zeit gab es ja noch keinen Krieg und man dachte nie daran, daß Madagaskar überhaupt einmal in den Bereich eines Denkprozesses diesbezüglicher Art käme“¹¹⁵.

9. Auswanderung als „Endlösung“? Eichmanns „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“

Eine andere Aufgabe, die sich Eichmann, abgeleitet aus der übergeordneten Außenpolitik Hitlers, in dieser Zeit stellte, sollte ihn zu realitätsnäheren „Lösungswegen“ führen und seiner Karriere einen weiteren Schub versetzen.

Unmittelbar nach dem „Anschluß“ Österreichs wurde Eichmann am 16. März 1938 nach Wien versetzt und Ende des Monats mit der Leitung des dortigen Referates II 112 beauftragt, das später als „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ bekannt wurde¹¹⁶. Die „Zentralstelle“ wurde Eichmanns Gesellenstück, mit dem er sich für spätere Aufgaben empfahl. Aufgrund seiner nun immer deutlicher zu Tage tretenden Effizienz, verbunden mit der nötigen Skrupellosigkeit in der Erfüllung seiner Arbeitsvorgaben, genoß er großes Vertrauen bei Heydrich und dadurch auch ein relativ hohes Maß an eigenen Initiativmöglichkeiten. Die Einrichtung der „Zentralstelle“, mit der er sich als anerkannter und effektiver Organisator der Judenaustreibung empfahl, ging auf Eichmanns eigene Anregung zurück¹¹⁷.

Das Prinzip dieser Einrichtung war von ebenso unkompliziertem Charakter wie von wirkungsvoller Rücksichtslosigkeit: alle für eine Auswanderung notwendigen Verwaltungsinstanzen wurden unter stets treibender Aufsicht Eichmanns im Wiener Palais Rothschild zusammengefaßt. Hier entwickelte Eichmann sein unbarmherziges Machtgefühl gegenüber seinen jüdischen Opfern, in das er sich im Laufe seiner fortgesetzten Karriere als nominell subalternen Vollstrecker zusehends hineinsteigerte. Am laufenden Band wurden die „Auswanderungswilligen“ Schritt für Schritt ihrer Existenz beraubt und standen am Ende des Prozesses einzig mit dem, freilich vor weiterer Verfolgung schützenden, Reisepaß da. Die notwendigen Devisen wurden zum größten Teil durch ausländische jüdische Organisationen und Beiträge vermögenderer Juden beschafft, 50 000 RM monatlich steuerte das Deutsche Reich bei. Entscheidenden Anteil am Gelingen der ganzen Institution hatte die Israelitische Kultusgemeinde Wien unter ihrem Leiter Josef Löwenherz.

¹¹⁵ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -S1-.

¹¹⁶ BAK R 58/991, 114, 15.1. 1938; Eichmann-Protokoll, Lang, S. 47.

¹¹⁷ IfZ, Wisliceny-Bericht zu Adolf Eichmann vom 27.10. 1946, S.5; vgl. Eichmann-Protokoll, Lang, S.50.

Löwenherz und seine Mitarbeiter reisten ins Ausland, um Devisen zu beschaffen, die sie aufgrund eines Sondererlasses ohne Abzüge nach Wien transferieren konnten. Gemäß eines von der Kultusgemeinde festgelegten Schlüssels wurden die Fremdwährungen dann an die Auswanderungswilligen weiterverkauft, wobei der Umtauschkurs so festgelegt wurde, daß Reiche deutlich mehr pro Valuta-Einheit zu zahlen hatten und so die Ausreise für die Minderbemittelten mitfinanzierten. Dies alles fand auf Veranlassung und unter Aufsicht des SD, sprich Eichmanns, so erfolgreich statt, daß Hagen in einer Zwischenbilanz vom November feststellen konnte, durch die Gründung der „Zentralstelle“ sei die „Gewähr für eine beschleunigte Erteilung der Auswanderungsdokumente gegeben, die im allgemeinen innerhalb von 8 Tagen“ erfolge. Die „Zentralstelle“ habe „genaueste Übersicht über die Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, Vermögen usw., so daß sie imstande ist, bei der Bereitstellung ausreichender Einwanderungsbewilligungen, die durch die Israelitische Kultusgemeinde Wien beschafft werden, die notwendigen Auswanderungstransporte zusammenzustellen“. Er schlug deshalb „im Hinblick auf die guten Erfolge der Zentralstelle bei der Auswanderung von Juden“ vor, „die Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Maßnahme im alten Reichsgebiet zu erwägen“, und verwies darauf, daß das „Reichswirtschaftsministerium zur Entlastung seiner eigenen Dienststellen eine derartige Gründung begrüßen würde“¹¹⁸.

Nach wie vor galt die Auswanderung im Sommer 1938, wie Hagen in einem Entwurf für die Zeitschrift „Der Hoheitsträger“ am 25. Juni festhielt, „als einzige Lösungsmöglichkeit der Judenfrage“¹¹⁹. Allerdings wurde die Zielsetzung dahingehend erweitert, die Juden nicht mehr in die Nachbarländer, insbesondere die mitteleuropäischen Staaten, sondern in Richtung Nord- und Südamerika, nach Australien, Afrika, Palästina und in überseeische Inselgruppen zu lenken, wie Eichmann im Hinblick auf die Erteilung von Reisepässen durch das Gestapo festlegen ließ¹²⁰.

In dieser Zeit tauchte auch der Begriff „Endlösung“ auf. Die Judenfrage wurde in einem internen Papier des SD-Hauptamtes, „abgesehen von einigen noch strittigen Einzelfragen“, als „auf dem Gesetzes- und Verordnungswege geklärt“ deklariert. „Der Jude“ sei „nicht mehr Teil der Gemeinschaft“ und könne „auch nicht mehr an ihren politischen und wirtschaftlichen Erfolgen teilnehmen.“ Da sich auch kein Jude mehr eine Existenz in Deutschland aufbauen könne, müßten alle, die hierzu noch in der Lage seien, auswandern. Allerdings würden selbst bei günstigsten Auswanderungsbedingungen vermutlich 200 000 nicht auswanderungsfähige Juden in Deutschland bleiben. Zwei Hauptaufgaben sollten deshalb im Vordergrund stehen, einerseits die „Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten unter möglichster Vermeidung von Devisenkosten“ und zum zweiten die „Sicherung der Unterstützungskosten für die zurückbleibenden Juden durch jüdische Mittel des In- oder Auslandes“. Das „Problem“ werde also, „soweit es innenpolitisch zu lösen ist, einer *Endlösung* entgegengeführt“¹²¹. Das

¹¹⁸ BAK R 58/486, 29–31, 7. 11. 1938.

¹¹⁹ BAK R 58/984, 192, 25. 6. 1938.

¹²⁰ BAK R 58/982, 39, Fernschreiben Eichmanns vom 24. 6. 1938.

¹²¹ BAK R 58/996, 113–122, hier zitiert der handschriftliche Schluß 121 f.; Hervorhebung des Autors. Der Bericht mit dem Titel „Das Judentum“ ist nicht datiert, das ungefähre Datum läßt

Motto der Judenpolitik des Sicherheitsdienstes hieß demnach weiterhin „zerstreuende Auswanderung“, sprich „Austreibung“, und zielte hierbei möglichst über den europäischen Kontinent hinaus, wobei es stets mit dem Bemühen des SD einherging, zur zentralen Instanz dieses Prozesses zu avancieren.

10. Diskussionen zur Judenpolitik im Auswärtigen Amt im Jahr 1938

Vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Zieles der forcierten Judenauswanderung und dem gleichzeitigen Bemühen um eine Ablenkung des Augenmerks von Palästina faßte im Januar 1938 die Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes die „Frage nach den neuen Zielländern für die jüdische Auswanderung“ in einer Aufzeichnung zusammen und griff darin auch die Madagaskar-Diskussion auf. Nach Meinung des Autors, Konsul Buttmann¹²², habe der Madagaskar-Gedanke die jüdische Öffentlichkeit seit langem beschäftigt, und man habe seitens „der gesamten Judenheit grosse Hoffnungen“ in das Projekt gesetzt. Der Bericht der von der polnischen Regierung entsandten Studienkommission mit seinen beschränkten Ergebnissen habe „bekanntlich auf die Judenheit sehr ernüchternd gewirkt“¹²³. Die siebenseitige Aufzeichnung, die auch dem Referat Deutschland übermittelt wurde, zeugt, wie das Zitat unterstreicht, von einer sehr mangelhaften Information über die bekanntlich reservierte jüdische Haltung zum Madagaskar-Projekt. Als neue Zielländer für die jüdische Auswanderung in diesem Zeitraum nennt der Autor Brasilien, Argentinien, Equador, Kolumbien und, in beschränktem Umfang, auch Kenia, Rhodesien, Australien und Neuseeland. Eine „amtliche Mitwirkung bei der Auffindung neuer Zielländer“, wie sie in einer Ressortbesprechung am 18. Oktober 1937 für erforderlich gehalten wurde, sei schwierig und eine nochmalige Anfrage durch die deutschen Vertretungen in den außereuropäischen Ländern wohl wenig aussichtsreich¹²⁴. Diese ausführliche Denkschrift dürfte

sich aber aus den internen Angaben erschließen. Zum einen wird die Zahl der bis dato aus dem Deutschen Reich ausgewanderten Juden mit 130 000 beziffert, was der Stand von Ende 1937 war, zum anderen muß es nach der Konferenz von Evian (6.–15. 7. 1938) liegen, da auf die Schrift von Dieter Schwarz über „Das Weltjudentum“ verwiesen wird, in der schon das Scheitern der Konferenz antizipiert wird. Die Zahl der noch in Deutschland befindlichen Juden wird mit 672 000 beziffert.

Die Broschüre über „Das Weltjudentum“, von Hagen und Six verfaßt, wurde unter dem Pseudonym Dieter Schwarz als von Heydrich sanktionierte Linie des SD veröffentlicht, Wisliceny-Bericht vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 88; vgl. BAK All Proz 6/103, S. 386. „Schwarz“ vertrat bezüglich Palästina die Ansicht, „daß das Judenproblem durch die Errichtung eines Judenstaates unlösbar“ sei, da dort allenfalls eine Million der auf 17 Millionen geschätzten Juden der ganzen Welt angesiedelt werden könnten. Außerdem würde ein solcher Staat zum unerwünschten „Vatikan eines Weltjudentums“, weshalb Deutschland „von dem einmal beschrittenen Wege zur endgültigen Lösung der Judenfrage nicht abgehen“ werde – gegen einen Palästina-Staat, aber ohne Nennung einer konkreten Alternative; Schwarz, Das Weltjudentum, S. 56 f.

¹²² Buttmann war Mitarbeiter des Referats Kult B (Wirtschaftliche Volkstumsfragen).

¹²³ PAAA Kult E, Juden 373, Aufzeichnung über die Frage nach neuen Zielländern für die jüdische Auswanderung, Januar 1938, S. 5.

¹²⁴ Ebenda, S. 6 f.

schon im Dezember 1937 in der Kulturpolitischen Abteilung in der Diskussion gewesen und zusammengestellt worden sein, als Franz Rademacher seine Tätigkeit im Auswärtigen Dienst in dieser Abteilung zunächst „informativ“ begann und später im Hochschul-Referat fortsetzte, bevor er Anfang 1938 als Legationssekretär nach Montevideo ging¹²⁵. Hier dürfte er somit auch zum ersten Mal mit der Problematik der jüdischen Auswanderung und dem Madagaskar-Gedanken in Kontakt gekommen sein.

Einen Schwerpunkt der Auseinandersetzungen in dem Bemühen um eine Ablenkung von Palästina bildete nach wie vor das Haavara-Abkommen. Im März 1938, einen Monat nach der Ablösung des bisherigen Außenministers Konstantin von Neurath durch Joachim von Ribbentrop¹²⁶, faßte das Deutschland-Referat in einer Aufzeichnung den Stand der Diskussion zusammen und beklagte den „Streit der politischen und wirtschaftlichen Ressorts innerhalb und außerhalb des Auswärtigen Amtes“¹²⁷. Das Deutschland-Referat bemühe sich zusammen mit der Auslandsorganisation seit mehr als einem Jahr um die „Liquidierung des Abkommens“. Durch das Verfahren werde der „Aufbau eines Judenstaates gefördert“, der den Juden „eines Tages einen unschätzbaren politischen und völkerrechtlichen Machtzuwachs bringen“ werde, eine Auffassung, die der „Führer“ auch schon in „Mein Kampf“ vertreten habe. Es bestehe ein „deutsches Interesse an einer jüdischen Massenauswanderung, die Palästina jedoch nicht aufnehmen kann und will“. Das Innenministerium plane eine Vorlage an Hitler, in der, unter Hinweis auf die Gefahr der Bildung eines Judenstaates, dieser um eine Entscheidung in der Frage gebeten werden solle, ob es nicht „zweckmäßiger“ sei, „die Judenauswanderung zu zersplittern und damit die antisemitische Stimmung in der Welt zu fördern“, was nach Auffassung von Referat Deutschland und der Auslandsorganisation die richtige Lösung darstellte. Auch das Haavara-Abkommen solle sofort gekündigt werden. Im Gegensatz zur ideologiegeleiteten Auffassung des Deutschland-Referats war die Wirtschaftsabteilung nicht zur Unterstützung dieser Forderungen bereit¹²⁸, und die Frage blieb weiterhin in der Schwebe¹²⁹.

¹²⁵ Vgl. Aussage Rademachers vom 23.9. 1947, in: STALNÜF 3 c Js 1321–24/49.

¹²⁶ Von Neuraths Staatssekretär, sein Schwiegersohn Hans-Georg von Mackensen, bat um die Versetzung ins Ausland. Ihm folgte Anfang April 1938 der bisherige Leiter der Politischen Abteilung, Ernst von Weizsäcker, der diese Stellung seit dem 30. April 1937 innehatte. Die Berufung Weizsäckers galt ab dem 19.3. 1938; vgl. Döschel, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 158f., 181–185. Weizsäckers Nachfolger als Direktor der Politischen Abteilung wurde Ernst Woermann.

¹²⁷ ADAP, D, V, Nr. 580, S. 661, Aufzeichnung des Referat Deutschland, 10.3. 1938.

¹²⁸ Ebenda, S. 662; der Chef der Auslandsorganisation (Bohle) und der Direktor der Politischen Abteilung (Woermann) hatten einen von Referat D in dieser Frage abgefaßten Entwurf mitgezeichnet.

¹²⁹ Das Haavara-Verfahren wurde von deutscher Seite im November 1938 aufgegeben; vgl. Genschel, Verdrängung, S. 259.

11. Die Konferenz von Evian und das „Intergovernmental Committee on Refugees“

Am Ende des Monats März 1938 wurde die Frage der jüdischen Emigration aus Deutschland, inzwischen durch die Angliederung Österreichs um 200 000 Juden vergrößert, in einen neuen internationalen Kontext gehoben. Am 25. März gab der amerikanische Präsident Roosevelt in einer Pressekonferenz bekannt, er habe eine Reihe von Regierungen zur Bildung eines Komitees eingeladen, das über die Erleichterung der Emigration politischer Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich beraten solle. Aus dieser Anregung ging jene Konferenz hervor, die vom 6. bis 15. Juli im französischen Kurort Evian am Rande des Genfer Sees tagte und auf der sich Vertreter aus 32 Staaten trafen, um über Einwanderungsquoten und mögliche Einwanderungsgebiete zu diskutieren¹³⁰.

Alfred Rosenberg nahm den Beginn der Konferenz zum Anlaß, um am 8. Juli im „Völkischen Beobachter“ in einem Artikel unter dem Titel „Wohin mit den Juden?“ seine „Gedanken zur Weltkonferenz in Evian“ mitzuteilen, die in der von ihm bekannten Grundforderung gipfelten, wonach „nach einem geschlossenen, von Europäern noch nicht besiedelten Gebiet Umschau gehalten werden“ müsse. Warum solle nicht „ein großes afrikanisches Territorium ins Auge gefaßt werden, um den Juden die Möglichkeit eines ‚selbständigen schöpferischen Aufbaus‘ zu ermöglichen“, und er verwies nachdrücklich auf „die große Insel Madagaskar“¹³¹.

Tatsächlich hatte am 6. Juli eine südafrikanische Zeitung gerüchteweise gemeldet, daß auf der Konferenz auch über die Möglichkeit „of arranging immigration to Madagascar and also to South America“ gesprochen werde¹³². Die offizielle Haltung des Deutschen Reiches, wie sie sich über das Auswärtige Amt nach außen manifestierte, wurde von dieser Diskussion um Madagaskar nicht berührt. Am 8. Juli sprach der britische Botschafter Henderson von Ribbentrop wegen einer Zusammenarbeit mit der Evian-Konferenz an. Der Außenminister erwiderte ihm schroff, „daß er eine Zusammenarbeit mit anderen interessierten Staaten in der deutschen Judenfrage grundsätzlich ablehnen müsse. Es handele sich um ein innerdeutsches Problem, das außer jeder Diskussion

¹³⁰ Die meisten Staaten hatten strikte Immigrationsgesetze. So gestatteten beispielsweise die Vereinigten Staaten eine Zuwanderung von rund 27 000 Personen jährlich aus dem Deutschen Reich, was der zusammengefaßten Quote für Deutschland (25 597) und Österreich (1413) entsprach. Zur Konferenz vgl. den detaillierten Artikel von Adler-Rudel, *The Evian Conference on the Refugee Question*, S. 235–273. Adler-Rudel war 1936 aus Deutschland ausgewiesen worden und nach Großbritannien ausgewandert. Dort wurde er Mitglied im Hauptvorstand der britischen Sektion des „Council for German Jewry“ und nahm persönlich an der Evian-Konferenz teil.

¹³¹ *Völkischer Beobachter*, 8. 7. 1938, S. 1 f. Das Deutsche Nachrichtenbüro meldete am folgenden Tag, daß Rosenbergs Artikel „über die Schaffung eines jüdischen Staates in Afrika . . . in der ganzen polnischen Presse grosse Beachtung“ gefunden habe. „Die Blätter veröffentlichen über diesen Aufsatz einen ausführlichen Bericht, der besonders auf die Schlussfolgerungen des Aufsatzes des Reichsleiters eingeht“; PAAA Bonn, Inland II A/B 60/1.

¹³² *Rand Daily Mail*, 6. 7. 1938, S. 11: *Jews seeking to enter Dominions*; vgl. PAAA Kult E, *Die Überwachung der Auswanderung nach der Südafrikanischen Union*, Bd. 2.

stehe.“ Eine Zusammenarbeit käme „für Deutschland nicht in Frage“¹³³. Diese Haltung wurde durch von Weizsäcker Ende des Monats auch gegenüber dem amerikanischen Botschafter bekräftigt¹³⁴.

Die deutschen Juden setzten demgegenüber große Hoffnungen auf das Treffen. Die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ legte der Reichsstelle für das Auswanderungswesen ein ausführliches Memorandum zur Konferenz vor, das diese an das Auswärtige Amt weiterleitete¹³⁵. Die „Reichsvertretung“ als Spitzenorganisation aller in Deutschland (ohne Österreich) bestehenden jüdischen Gemeinden und Verbände betonte darin, daß sie entschlossen sei, „ihre Organisationen und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit in den Dienst eines grosszügigen Auswanderungsplans zu stellen“. Die Zahl der noch in Deutschland befindlichen Juden wurde von ihr auf 350 000 geschätzt¹³⁶. Ein außerordentlich starker Auswanderungswille sei vorhanden, die Auswanderungsfähigkeit hänge allein von den Einwanderungsmöglichkeiten ab¹³⁷. Die „Reichsvertretung“ schlug einen Plan vor, der „innerhalb einer Frist von einigen Jahren durch entsprechende Gestaltung der Einwanderungsbedingungen die Einordnung der auswanderungsfähigen Juden aus Deutschland in anderen Ländern der Welt ermöglicht“¹³⁸. Die Finanzierung solle durch die Auswanderer selbst, ihre Verwandten und internationale jüdische Hilfsorganisationen erfolgen¹³⁹. Die „Reichsvertretung“ betonte deshalb die Hoffnung, daß „die *Konferenz in Evian* ihr hohes Ziel erreichen werde, dass sie Menschen, denen ihr geschichtliches Schicksal die Auswanderung als Aufgabe gestellt hat, die Möglichkeit neuer Lebensgestaltung schaffen werde“¹⁴⁰.

Die Konferenz konnte diese Hoffnungen in keiner Weise erfüllen. Nicht nur, daß die deutsche Führung eine Beteiligung an der Konferenz als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes strikt ablehnte, auch die Teilnehmer der Konferenz konnten sich nicht auf Einwanderungserleichterungen einigen. Allein die Dominikanische Republik stellte im August 1938 ein zusätzliches Kontingent für 100 000 Personen in Aussicht¹⁴¹. Zur weiteren Behandlung der Flüchtlingsfrage wurde deshalb ein „Inter-

¹³³ ADAP, D, V, Dok. 640, S. 753, Rundschreiben Weizsäckers, 8. 7. 1938.

¹³⁴ ADAP, D, V, Dok. 641, S. 754, Aufzeichnung Weizsäckers, 27. 7. 1938.

¹³⁵ PAAA Kult E, Juden 373; der zuständige Referent, Ernst Kundt, notierte auf dem Deckblatt der 21seitigen Denkschrift, daß diese ihm am 13. Juli zugesandt worden sei.

¹³⁶ PAAA Kult E, Juden 373, Denkschrift der „Reichsvertretung“, S. 1.

¹³⁷ Ebenda, S. 4.

¹³⁸ Ebenda, S. 5.

¹³⁹ Ebenda, S. 13.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 17; Hervorhebung im Original.

¹⁴¹ In der mangelnden Aufnahmebereitschaft des Jahres 1938 eine „Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage“ zu sehen, ist dagegen ebenso übertrieben wie irreführend. Diese unhaltbare These vertritt Weingarten, Die Hilfestellung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Sicher läßt sich moralisch fragen, ob die internationale Staatengemeinschaft nicht mehr Flüchtlinge hätte aufnehmen können. Allenfalls ließe sich dann aber von einer „mangelnden Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Auswanderung der Juden aus Deutschland“ sprechen. Unter „Endlösung der deutschen Judenfrage“ wird, auch wenn der Begriff „Endlösung“ schon Jahre vorher im Gebrauch war, bekanntlich der Genozid verstanden – und Weingarten insinuiert dieses Verständnis auch. Nach seiner Auffassung sind „alle Völker der Welt auch an der Endlösung und deren Ausmass voll mit-

governmental Committee on Refugees“ (IGC) gegründet, das in Kontakt mit Deutschland eine internationale Lösung des Flüchtlingsproblems herbeiführen sollte. Das IGC bestand aus einem Gesamtkomitee, das sich aus den Regierungsvertretern der meisten in Evian versammelten Mächte zusammensetzte. Daneben gab es einen informellen Rat aus sechs Mitgliedern, deren wichtigste der Chairman Lord Winterton aus Großbritannien und seine beiden Vize Henri Bérenger aus Frankreich und Myron C. Taylor aus den USA waren. Die Verhandlungen sollte ein Direktorium führen, zu dessen Leiter der amerikanische Rechtsanwalt George Rublee gewählt wurde, zusammen mit seinem Stellvertreter Robert Pell, ebenfalls ein Amerikaner.

Am 2. August, vier Tage bevor sich das IGC zu seiner ersten Sitzung traf, fragte der britische Botschafter Henderson bei von Weizsäcker inoffiziell wegen eines Besuchs des zukünftigen Direktors in Berlin an, „um in Besprechungen mit deutschen Stellen den Versuch zu einer geordneten Grundlage für den Abtransport von Juden ins Ausland aufzustellen“. Der Staatssekretär erteilte ihm unter Hinweis auf eine ähnliche Anfrage des amerikanischen Botschafters Wilson eine klare Absage. Die Motive des Komitees waren nach von Weizsäckers Auffassung „nicht rein humanitärer Natur“. Er verwies darauf, daß sich kein Land bereit gefunden habe, eine nennenswerte Quote von Juden aufzunehmen. Um diesen Mißerfolg zu kaschieren, trete man nun an Deutschland heran, nur um festzustellen, „daß wir den Juden keine Devisen mitgeben wollen oder können“, womit dann Deutschland für den Mißerfolg verantwortlich gemacht werden könne¹⁴². Nach dieser Absage stockten die Bemühungen des Komitees und wurden bis zum Oktober 1938 durch die internationale Krise um die Tschechoslowakei überlagert.

Am 18. Oktober reichten der britische und der amerikanische Botschafter bei von Weizsäcker zwei Memoranden ein, in denen sie noch einmal den Wunsch nach Kontakten zwischen dem Komitee und autorisierten deutschen Behörden ausdrückten. Der Staatssekretär erteilte auch diesen Ansinnen, dem amerikanischen Botschafter gegenüber „vielleicht etwas weniger schroff als gegenüber Neville Henderson“, eine deutliche Absage¹⁴³. Als Wilson zwei Tage später ein weiteres Mal auf die Sache zu sprechen kam, gab Außenminister von Ribbentrop seinem Staatssekretär klar zu verstehen, daß ein Besuch Rublees „nicht in Frage“ komme¹⁴⁴. Und auch als die Franzosen am 24. Oktober, ebenfalls mit einer Note, an das Auswärtige Amt herantraten, bekräftigte

schuldig“ (S. 204). Nicht nur vor dem Hintergrund der Tatsache, daß bis zum Kriegsbeginn die nationalstaatliche Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu den Grundpfeilern der Beziehungen der beteiligten Staaten gehörten, ist diese These, indem sie die Täter und die – ob nun aus realpolitischer Gleichgültigkeit oder hilfloser Ohnmacht – Außenstehenden auf eine Stufe stellt, eine geradezu absurde Nivellierung. Deshalb ist Walther Hofer zuzustimmen, der die Gefahr sieht, daß verkrampft anmutende Uminterpretationen wie diese „letztlich zu einer Verharmlosung der NS-Verantwortung an diesem Geschehen“ (der „Endlösung“ durch Vernichtung) führen; Hofer, *Stufen der Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1939*, S. 185.

¹⁴² Notiz Weizsäckers vom 2. 8. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 181 f.

¹⁴³ ADAP, D, V, Dok. 645, S. 758–759, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 18. 10. 1938; Memoranden abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 187–190.

¹⁴⁴ ADAP, D, V, Dok. 646, S. 760, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 20. 10. 1938, m. Anm. 1; vgl. Vogel, Stempel, S. 191.

Woermann gegenüber Botschaftsrat Graf de Montbas die durch von Ribbentrop und von Weizsäcker vorgegebene Linie¹⁴⁵. Eine weitere Anfrage durch den britischen Geschäftsträger Forbes am 7. November nahm von Weizsäcker zum Anlaß für die Frage, „wieviel prozentig Rublee Arier sei“¹⁴⁶.

12. Aktions- und Diskussionsschub durch die „Reichskristallnacht“

Das am 9. November 1938 im ganzen Deutschen Reich durch die Nationalsozialisten entfesselte Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung und ihre Einrichtungen gab der Diskussion eine Wendung und brachte auch Madagaskar als Stichwort zur Lösung der Judenfrage wieder ins Gespräch. Göring erklärte in der mit mehreren Dutzend führenden Vertretern des NS-Staates abgehaltenen Besprechung im Luftfahrtministerium, die der „Reichskristallnacht“ am 12. November folgte, Hitler wolle „jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Judenfrage aufgeworfen haben, um dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen. Das hat er mir am 9. November auseinandergesetzt.“¹⁴⁷ An dieser Konferenz nahm auf Anregung Heydrichs auch Eichmann teil. In einem Blitz-Telegramm vom 11. November an Eichmanns Vorgesetzten Stahlecker war erklärt worden, daß „in Berlin eine größere Besprechung“ stattfinde, „in welcher die mit den Aktionen gegen die Juden und der künftig einzuschlagenden Generallinie zusammenhängenden Fragen besprochen werden“ sollten. Da der Plan bestehe, ähnlich wie in Österreich auch in Deutschland eine „Zentralstelle für die jüdische Auswanderung“ zu gründen, sollte Eichmann teilnehmen, „um zur praktischen Durchführung seine Erfahrungen mitzuteilen“¹⁴⁸. Wieder einmal kam Eichmann hier in Berührung mit dem Madagaskar-Gedanken, und sein Eindruck dürfte durch die Tatsache, daß Hitler offenbar persönlich Überlegungen in dieser Richtung geäußert hatte, noch verstärkt worden sein. Heydrich reagierte unverzüglich auf Görings „Weisung, in erster Linie die jüdische Auswanderung mit allen Mitteln zu fördern“, indem er die Schaffung einer am Wiener Vorbild orientierten „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ in Berlin in die Wege leitete¹⁴⁹.

Görings Äußerung zu Madagaskar wird untermauert durch eine Vorlage Woermanns an von Ribbentrop vom 23. November 1938. Der stellvertretende Vorsitzende der niederländischen Mussert-Partei, Rost van Tonningen, hatte für den Plan, in Niederländisch-, Britisch- und Französisch-Guiana ein nationales Heim für die Juden zu gründen, die deutsche Unterstützung gefordert, wozu Woermann zu bedenken gab, daß

¹⁴⁵ ADAP, D, V, Dok. 647, S. 760f., Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 24. 10. 1938; Note abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 192–194.

¹⁴⁶ ADAP, D, V, Dok. 648, S. 761, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 7. 11. 1938. Der Erste Sekretär der Amerikanischen Botschaft, Heath, teilte Woermann drei Tage später mit, man habe Erkundigungen eingezogen und „einwandfrei festgestellt, daß Mr. Rublee vollkommen arisch sei“; Notiz Woermanns vom 10. 11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 195.

¹⁴⁷ IMG, Bd. 28, Dok. 1816-PS, S. 539, Stenographische Niederschrift vom 12. November 1938.

¹⁴⁸ BAK R 58/486, 28, Blitz-Telegramm vom 11. 11. 1938.

¹⁴⁹ Schnellbrief Heydrichs an das Auswärtige Amt, 15. 11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 290.

das Deutsche Reich „bisher der Gründung eines geschlossenen jüdischen Staates vollkommen ablehnend“ gegenübergestanden habe, „da ein solcher die Zentrale aller gegen die judenfeindlichen Staaten und Parteien gerichteten Bestrebungen werden würde. Demgegenüber hat neulich Generalfeldmarschall Göring in der Ministerbesprechung über die Judenfrage einflechten lassen, dass das Projekt Madagaskar an massgebender Stelle ernstlich erwogen werde.“¹⁵⁰

Auf Hitlers Äußerung gegenüber dem polnischen Botschafter Lipski vom September 1938, wonach das Judenproblem in Übereinkunft mit Polen, Ungarn und möglicherweise auch Rumänien durch Emigration in die Kolonien zu lösen sei, wurde bereits verwiesen¹⁵¹. Ob Hitler hierbei konkret an Madagaskar gedacht hat, ist reine Spekulation¹⁵².

Nach der Debatte im britischen Unterhaus aus Anlaß des deutschen Pogroms kommentierte die „Times“ die Äußerungen Premierminister Chamberlains über die begrenzten Aufnahmemöglichkeiten für Flüchtlinge in britischen Kolonien, daß auch Frankreich über großen Kolonialbesitz verfüge, „and Madagascar may perhaps offer openings for large scale settlement“¹⁵³. Chamberlain war allerdings vor dem Parlament nicht auf Madagaskar eingegangen, sondern hatte neben einer Bewertung der Möglichkeiten in den britischen Kolonien vor allem um Hilfe an die Evian-Mächte appelliert¹⁵⁴.

Ende November brachte Göring in einem Gespräch mit dem britischen Botschaftsrat in Berlin Sir George Ogilvie-Forbes das Problem aus seiner Sicht noch einmal auf den Punkt und erklärte, daß „Germany must get rid of her Jews [...] and the sooner this takes place the better will it be for the non-aryan Christians“.

Er warf den Briten vor, vor allem in letzter Zeit zwar viel über die deutschen Juden zu reden, doch wenig zu tun, und erklärte, daß „there were vast and sparsely populated areas in the world such as Madagascar and Australia, which latter continent was in urgent need of settlers and which would be suitable for Jewish immigration, if only the Powers would do something more than talk. He regarded the Jewish problem in Germany as very serious and added that certain elements in the National Socialist Party were in such a state of anti-Jewish frenzy that special precautions had to be taken for the protection of the Jews.“

¹⁵⁰ STAN NG-3563, 23.11. 1938.

¹⁵¹ Jedrzejewicz, Diplomat in Berlin 1933–1939, Dok. 99, Bericht vom 20. September 1938, S.411; vgl. Kap. IV.15.

¹⁵² So Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, S.166, der insinuiert, daß mit „colonies“ Madagaskar gemeint sei. Im Gegensatz zur Zitation Nicosias wird in der Edition von Jedrzejewicz Madagaskar in den Ausführungen Lipskis nicht erwähnt. Es ist nur pauschal von „emigration to the colonies“ die Rede.

¹⁵³ *The Times*, 22.11. 1938, S.15: Homes for Refugees.

¹⁵⁴ Ebenda, S.8: Parliament: Futures of Jew Refugees; S.14: Help for the Refugees, Seeking Homes overseas.

Goebbels ließ, um die Informationen in Deutschland über die Unterhausdebatte zu unterbinden, die „Times“ und andere Publikationen beschlagnahmen. „Alle englischen Zeitungen sind nun im Augenblick weg“, notierte er am 17. November. Daß er selbst über die britischen Diskussionen informiert war, zeigen seine Äußerungen über die Labour-Partei, die einen Vorstoß „in der Juden- und vor allem in der Kolonialfrage“ gegen Chamberlain unternehme; Goebbels-Tagebücher, Bd. 3, S.536, 17.11. 1938. Er ordnete darüber hinaus an, das „Palästinaproblem“ ausführlich zu behandeln, um die Engländer anzugreifen. „Aber keiner will die Juden nehmen, nur in Schutz. Ich lasse nun für Presse, Rundfunk und Versammlung einen großen antisemitischen Feldzug vorbereiten“, notierte er zu einer Rede Roosevelts; ebenda, S.537, 18.11. 1938.

Anschließend machte Göring einen Vorschlag, wie das Problem seiner Meinung nach zu lösen sei: Er würde das gesamte Eigentum der Juden in Deutschland als Sicherheit für eine im Ausland aufzulegende internationale Emigrationsanleihe beschlagnahmen. Im Gegenzug erwartete der Beauftragte für den Vierjahresplan, daß der „very serious Jewish boycott of German trade“ eingestellt und die Anschaffung deutscher Güter wieder aufgenommen werde. Göring verpflichtete sich, die daraus resultierenden Zuwachsraten des Außenhandels und die Erträge aus der folgenden Steigerung deutscher Exporte für die Zinsen und die Tilgung der Anleihe zu verwenden. Ogilvie-Forbes sah in diesem Vorschlag, obwohl einige Hindernisse im Wege stünden, einen Ausgangspunkt für weitere Diskussionen, da er vom nach Hitler zweitmächtigsten Mann und „the economic dictator of Germany“ komme¹⁵⁵. Gleichwohl kam es vorerst nicht zu konkreten Verhandlungen über diesen Vorschlag, dessen Kernpunkt – eine internationale Anleihe zur Finanzierung der jüdischen Auswanderung bei gleichzeitig weitgehender Konfiskation des jüdischen Eigentums – später Gegenstand der Bemühungen des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht sein sollte¹⁵⁶.

Daß sich in Deutschland eine weitere Zuspitzung in der Judenfrage herauskristallisierte, die schon auf zukünftige Maßnahmen verwies, wird aus einem Bericht deutlich, den der britische „China-Konsul“ Alexander am 21. November 1938 dem britischen Außenministerium über seine Gespräche mit Franz von Pfeffer unterbreitete¹⁵⁷. Von Pfeffer, als „No. 2 to Rudolph Hess“ apostrophiert, habe gesagt, daß „there was no friendship possible between Germany and England so long as we behaved as if we were a decadent race. Germany, however, would like us to behave like a strong imperialist race, in which case they would be delighted to divide the world with us, the yellow and black races to be England's sphere of influence, and the Slavs to be the German sphere of influence. [...] Germany intended to make a great bloc in Eastern Europe in which not only the Czechs but also the Hungarians, the Ukrainians and the Poles would be subject races.“

Auf die Judenfrage bezogen, hatte von Pfeffer „made clear that Germany intended to get rid of her Jews, either by emigration or if necessary by starving or killing them, since she would not risk having such a hostile minority in the country in the event of war. He also said that Germany intended to expel or kill off the Jews in Poland, Hungary and the Ukraine when she took control of those countries. If, however, England was so sympathetic to the Jews, why did she not provide a home for them?“ Unverhüllt ließ sich die programmatische Absicht, die Erlangung von „Lebensraum im Osten“ und die „Judenvernichtung“ mittels eines Krieges zu realisieren, wahrlich nicht formulieren. Außerdem habe von Pfeffer gemeinsam mit Herrn Sthamer vom Büro von Ribbentrop vorgeschlagen „that we should provide a home for the Jews possibly in Tanganyika, but preferably in the highlands of the Cameroons and Nigeria“¹⁵⁸.

¹⁵⁵ PRO FO 371/22538, W 15916/104/98, 30.11. 1938.

¹⁵⁶ Vgl. Kap. V.14.

¹⁵⁷ Der ehemalige Gauleiter (Westfalen 1924, Ruhr 1925) und Oberste SA-Führer (1926–1930) Franz von Pfeffer war seit 1932 Mitglied des Reichstages.

¹⁵⁸ PRO FO 371/21638, C 15078/1667/62, 21.11. 1938; in den Akten des Foreign Office ist in diesem Zusammenhang gar vom „Pfeffer-Plan“ die Rede.

13. Der Pirow-Besuch: Zum Zusammenhang von Kolonialproblem und Judenfrage

Im November 1938 wurde für kurze Zeit die Juden- und die Kolonialfrage auch in Deutschland im Kontext behandelt, als der südafrikanische Verteidigungs- und Wirtschaftsminister Oswald Pirow, ein Antisemit und Hitler-Verehrer¹⁵⁹, bei einer Europa-Reise mit der britischen und der deutschen Führung über dieses Thema verhandelte¹⁶⁰. Pirow suchte das Unternehmen später zu einer bedeutenden Vermittlermission aufzubauschen und erklärte, er habe vor der Ermordung vom Rath und dem nachfolgenden Pogrom von Chamberlain Zusagen erhalten, Hitler bei einer Mäßigung in der Behandlung der Judenfrage und einer damit einhergehenden Beruhigung der öffentlichen Meinung in Großbritannien „freie Hand“ im Osten anzubieten. Dieses Mandat sei aber durch die nationalsozialistischen Maßnahmen vom 9. bis 11. November hinfällig geworden, und Chamberlain habe den Verhandlungen selbst ihren vorher zugedachten halboffiziellen Charakter genommen¹⁶¹.

Pirow berichtete nach dem Krieg an anderer Stelle, er sei seinerzeit von General Smuts nach Deutschland gesandt worden, um seine Dienste als Vermittler zwischen dem „Dritten Reich“ und Großbritannien in der Judenfrage anzubieten. Chamberlain habe ihm gesagt, daß er gern zu einer Verständigung mit Hitler kommen würde, alles aber von dessen antisemitischer Politik blockiert werde. Er habe Chamberlain einen Plan vorgelegt, der ihm von Juden durch das Unterhausmitglied Victor Cazalet als ihrem Sprecher unterbreitet worden sei. Danach sollte für die Juden ein „national home“ in Madagaskar, Tanganyika oder British Guayana eingerichtet werden. Hitler sollte den deutschen Juden eine halbe Milliarde Pfund oder ihren halben Besitz überlassen, die britischen Juden weitere 500 000 000 Pfund bereitstellen. Chamberlain habe diesen Vorschlag ohne Zögern akzeptiert. Der Anschlag auf vom Rath in Paris habe diesem Plan aber das Ende bereitet¹⁶².

¹⁵⁹ Vgl. Rand Daily Mail, 15.4. 1938: Mixed Cheers and Boos Stop. Speech by Mr. O. Pirow; 30.4. 1938: Rowdy Interruptions at a Pirow Meeting. Mationalist „Hypocrisy about Jews“.

¹⁶⁰ Pirow war deutscher Abstammung, er wurde 1889 in Südafrika als Sohn deutscher Eltern geboren; sein Vater war Arzt. Pirow besuchte das Realgymnasium Itzehoe, die Universitäten in Kiel und London, war später Rechtsanwalt, dann nationalistischer Parlamentsabgeordneter. Von General James Barry Munnick Hertzog in die Regierung berufen, war er sieben Jahre lang Justiz-, dann Wirtschafts- und Verteidigungsminister; vgl. PAAA R 29968, Pirow-Besuch, Oktober 1938 – November 1938.

¹⁶¹ Vgl. Watt, Pirow's Berlin Mission in November, S.53. Nach einer Notiz des Foreign Office vom 8. November hatte Pirow in diesem Zusammenhang ein Mandatsterritorium für die Juden aus Deutschland, einschließlich dem angeschlossenen Österreich, und Italien vorgeschlagen; FO 371/22535, W 14783/104/98, 8.11. 1938.

¹⁶² The Jewish Chronicle, 18.1. 1952, S.24. Pirow konnte 1952 nicht mehr angeben, wer die Juden gewesen seien, in deren Namen Cazalet den Vorschlag gemacht habe, vermutete aber, es seien ebenfalls Mitglieder des Parlaments gewesen. In einem Interview erklärte Pirow bereits 1948, daß es bei den Verhandlungen mit den britischen Organisationen und der deutschen Seite um „Tanganyika, Madagascar and British Guiana“ gegangen sei. „I saw Hitler about Tanganyika and I was to have seen the French Government about Madagascar, but after I had seen Hitler the international situation deteriorated to such an extent that the Jewish question was no longer of primary importance“; The Natal Mercury, 13.4. 1948, S.9.

In der Tat scheint Pirow also zumindest gegenüber der britischen Seite Madagaskar als „Flüchtlingsstaat“ vorgeschlagen zu haben, denn Anfang 1939 teilte das Foreign Office Pirow unter Hinweis auf die Bemühungen des IGC mit, daß die Dimensionen auf der Insel derart limitiert seien, daß Madagaskar als potentieller Flüchtlingsstaat nicht in Frage komme¹⁶³.

Gegenüber der deutschen Seite hat der südafrikanische Minister jedoch Madagaskar als potentiellen Flüchtlingsstaat offensichtlich nicht erwähnt. Bei einem Treffen mit von Ribbentrop sprach Pirow am 18. November 1938 auch die Judenfrage an und schlug vor, die „übrigen Länder müssten sich bereit erklären, die deutschen Juden soweit wie möglich aufzunehmen, allerdings sei dies nur möglich, wenn sie einen Teil ihres in Deutschland befindlichen Kapitals an die Hand bekämen“. Der deutsche Außenminister blockte dies mit der Bemerkung ab, „die gegenwärtige Hetze in der Welt mache eine Lösung der jüdischen Frage immer schwieriger“. Zur Kolonialfrage erklärte von Ribbentrop, daß sie ihm „im Augenblick nicht akut scheine, dass sie aber in einigen Jahren (5–6) besprochen werden könne“¹⁶⁴.

Vor diesem Hintergrund traf Pirow am 24. November auf dem Berghof mit Hitler zusammen¹⁶⁵. Auf die Judenfrage angesprochen, erklärte der „Führer“, „das Problem würde in der nächsten Zeit gelöst werden. Dieses sei sein unerschütterlicher Wille. Es sei aber nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Das Judenproblem erwache heute überall, in Polen, in der Tschechoslowakei, auch in Frankreich und England.“ Im Blick auf die Ermordung vom Rath und die nachfolgende Gewalteskalation seitens der Nationalsozialisten erklärte er, für Deutschland seien die Juden eine „kollektive Gemeinschaft. Was sie uns antun, tut uns die gesamte jüdische Gemeinschaft an. Wenn ein Deutscher im Auslande von einem Juden ermordet wird, fällt dies darum auf die Juden in Deutschland zurück“, und er fügte drohend an, die „Juden würden eines Tages aus Europa verschwinden“.

Pirow entgegnete ihm, die „Lösung der Judenfrage werfe zwei wichtige Punkte auf“, und was er zu unterbreiten habe, „sei ein offizieller Vorschlag“¹⁶⁶. Erstens brauche Deutschland „keinen Pfennig Devisen zu zahlen, sondern es würde eine internationale Anleihe aufgenommen, mit der die Auswanderung und Neusiedlung der Juden bestritten würde. Deutschland müsse nur in Form von Handelsaustausch den Zinsdienst für diese Anleihe übernehmen.“ Das zweite Problem sei die „Gebietsfrage. Hier müsse Deutschland mithelfen, Gebiet zur Verfügung zu stellen, und zwar solle Deutschland eine der früheren Kolonien zur Verfügung stellen.“ Hitler bemerkte hierzu, daß Deutschland keine Kolonien besäße, worauf Pirow erklärte, „daß dieses Angebot, Juden in deutschen Kolonien anzusiedeln, eine neue Situation in der internationalen Diskussion der Kolonialfrage schaffe“. Hitler meinte ausweichend, „selbst wenn er dazu bereit sei, so könne er es dem deutschen Volk gegenüber nicht tun; es würde nicht ver-

¹⁶³ PRO FO 371/45384, E 8683/15/31, 6.12. 1945, Aufzeichnung des Foreign Office über „Proposals for Jewish settlement in Madagascar“, S. 81, mit Hinweis auf die (nicht überlieferte) Akte W 4463/4463/48.

¹⁶⁴ PAAA R 29968, Aufzeichnung Ribbentrops vom 18.11. 1938.

¹⁶⁵ ADAP, D, Bd. IV, Dok. 271, S. 291–294, Aufzeichnung des Legationsrats Hewel, 24.11. 1938.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 293.

stehen, daß Gebiete, in denen so viel deutsches Heldenblut geflossen sei [...] den ärgsten Feinden der Deutschen zur Verfügung gestellt würden“, ein Argument, dem Pirow zustimmte.

Nach einer Diskussion über Südwest- und Ostafrika erklärte der Reichskanzler ungeduldig, „die Regierungen hätten sich alle so festgelegt in der Kolonialfrage, daß es nutzlos sei, ständig über diese Frage zu sprechen“. Wie schon sein Außenminister schob er sie von sich und meinte, „man müsse sie in fünf oder sechs Jahren wieder aufwerfen“¹⁶⁷. Pirow kam dann auf das Flüchtlingsproblem zu sprechen, worauf Hitler, durchgängig seinen ideologischen Prämissen folgend, erklärte, „das Weltjudentum wolle garnicht, daß die Juden aus Europa verschwinden, sondern betrachte die Juden in Europa als Vorposten für die Bolschewisierung der Welt“. Die Juden würden ihn hasen, „weil er die weitere Bolschewisierung Europas verhindert habe“, und er fuhr fort, „er exportiere nur eine Idee. Diese sei nicht die des Nationalsozialismus; denn solange andere Völker diese Idee der Kraft und des Schaffens noch nicht begriffen hätten, bedeute dies für Deutschland eine unerhörte Kräftigung. Aber er exportiere den Antisemitismus.“¹⁶⁸ Hitler hat demnach Madagaskar nicht als möglichen Zielort für eine Lösung der Judenfrage erwähnt, obwohl ihn diese Idee beschäftigte, wie aus den Äußerungen Görings hervorgeht. Offensichtlich schien ihm aber Pirow nicht der entsprechende Verhandlungspartner zu sein, abgesehen von der ihm unerwünschten unmittelbaren Verbindung mit der Kolonialfrage.

Pirow besuchte auch Mussolini und Ciano in Rom, die, wie der deutsche Botschafter von Mackensen nach Berlin drahtete, allerdings einen sehr nachteiligen Eindruck von Pirow hatten. Von Mackensen berichtete am 28. November 1938, Cianos „negatives Urteil über Pirows Persönlichkeit hätte nicht vernichtender sein können. Irgendein ernsthaftes Gespräch sei mit diesem in der Weltgeschichte herumschwimmenden Mann nicht zu führen gewesen.“ Pirow habe Mussolini gebeten, zwischen Hitler und den Juden zu vermitteln, die Frage deutscher Kolonialansprüche sei aber nicht berührt worden¹⁶⁹.

Zurück in Großbritannien erklärte Pirow Anfang Dezember dem für die Kolonien und Dominions zuständigen Minister MacDonald, daß er sich in seinen Gesprächen mit Hitler und Göring vor allem gegen eine Wiederherstellung der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika, besonders in Tanganyika, ausgesprochen habe¹⁷⁰. Diese Frage habe jedoch nicht die Hauptrolle in den Gesprächen gespielt, da das Kolonialproblem nach Aussagen Hitlers nicht aktuell sei¹⁷¹. Göring habe sich allerdings zu Pirows Vorschlag positiv geäußert, nach dem Deutschland formell seinen Anspruch auf Tanga-

¹⁶⁷ Ebenda, S. 294.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 295.

¹⁶⁹ PA R 29968, Telegramm von Mackensens vom 28. 11. 1938.

¹⁷⁰ FO 371/24415, Colonial question. Statements made on behalf of H.M.G. in the U.K. and German views. October 1937 to September 3rd, 1939, 1. 1. 1940, C 362/260/18. Ende November berichtete der im südafrikanischen Durban erscheinende „Natal Mercury“, daß in Paris eine „Société Internationale de Colonisation juive“ Madagaskar für die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge ins Auge gefaßt habe, hingegen das Gerücht einer möglichen Abtretung der Insel an Deutschland dementiert worden sei, AD K-Afrique 91, 218–220, 29. 11. 1938, der französische Konsul in Durban an den Außenminister.

¹⁷¹ Ebenda, C 1208/260/18.

nyika aufgeben und das Gebiet dafür zum Territorium für die Aufnahme der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland gemacht werden solle¹⁷².

Madagaskar war demnach kein Gegenstand von Verhandlungen zwischen Hitler und dem südafrikanischen Verteidigungsminister, sondern allenfalls ein Gedankenspiel im Vorfeld der Reise nach Deutschland, deren inhaltliches Bemühen um die Judenfrage in erster Linie um die deutschen Kolonien kreiste, in dieser Frage angesichts der Haltung Hitlers aber ebenso fruchtlos bleiben mußte wie Pirows Bemühungen insgesamt¹⁷³.

14. Die Schacht-Rublee-Verhandlungen

Die deutschen Maßnahmen in der Judenfrage wurden inzwischen durch das Bemühen um eine Gesamtregelung der Auswanderungsfrage ergänzt. Angeregt durch die Äußerungen Görings in der Sitzung vom 12. November, trat der österreichische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen, Fischböck, an das Auswärtige Amt heran. Aufgrund eines von Göring erteilten Auftrages hatte er bereits mit dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsfinanzminister und Staatssekretär Stuckart vom Reichsministerium des Innern gesprochen und die „Frage erörtert [. . .], ob nicht von dem Angebot des Direktors Rublee von dem Londoner Comité Gebrauch gemacht werden solle. Er glaube, daß man mit Rublee vielleicht doch zu praktischen Ergebnissen kommen könne.“ Fischböck wollte selbst mit diesen Verhandlungen beauftragt werden, „da er auf Grund seiner Wiener Erfahrungen gewissermaßen Spezialist hierfür sei“¹⁷⁴.

¹⁷² Ebenda. Bereits in einem Gespräch mit Halifax und MacDonald am 18. November hatte Pirow die Ansicht geäußert, man könne in Tanganyika bis zu einer Million Flüchtlinge ansiedeln; ebenda.

¹⁷³ Im Bericht des polnischen Botschafters Edward Raczyński über Pirows Besuch in London finden sich allein Hinweise auf die ehemaligen deutschen Besitzungen sowie auf die belgischen und portugiesischen Kolonien in Afrika, Madagaskar wird nicht erwähnt; AAN Amb. Berlin 424, Edward Raczyński, Raport Polityczny No. 23/1, 16. 11. 1938. Auch in einem Bericht der Pariser Botschaft zu Pirows Gesprächen ist unter Bezug auf Presseberichte nur von Togo und Kamerun die Rede; ebenda, Raport Polityczny Nr. XL/2, 15. 12. 1938. Vgl. zur polnischen Reaktion auf die Pirow-Reise auch Mieczysław Lepecki, Czy Afryka można kolonizować? (Na marginesie wynurzeń min. Pirowa), in: Gazeta Polska, 12. 12. 1938, S. 1.

Auch in den französischen Akten wird die Diskussion um die deutschen Forderungen nach Wiederherstellung ihres Kolonialreiches und die Vorschläge Pirows in dieser Richtung nur im Hinblick auf Gebiete des afrikanischen Kontinents behandelt. Madagaskar bzw. ein Vorschlag Pirows zur Judenfrage in dieser Richtung werden nicht erwähnt; AD Allemagne 803, 23. 11. 1938, Wiedergabe eines Telegramms der Botschaft London vom 18. 11. 1938 über ein Gespräch mit Sir Alexander Cadogan über Pirow; 30. 11. 1938, Bericht der französischen Botschaft in Rom über die Gespräche Pirows in Rom. Vgl. AD Cabinet Georges Bonnet 1, S. 247–265, sowie AD Reconstitution Fouques-Duparc 9, Les revendications Coloniales Allemandes et le Voyage de M. Pirow (octobre–novembre 1938), 24. 1. 1941. Hier wird vermerkt, man wisse nichts über den Inhalt der Gespräche Pirows mit Hitler (S. 10).

¹⁷⁴ ADAP, D, V, Dok. 650, S. 762f., Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 14. 11. 1938. Ein von Fischböck skizzierter Plan sah konkret vor, die Auswanderung von 200 000 Juden mittels einer über 30 Jahre laufenden Schuldbuchverschreibung der Juden mit der Exportförderung zu verbinden.

Woermann, der selbst an der Sitzung vom 12. November teilgenommen und notiert hatte, die jüdische Auswanderung solle „auf jede Weise gefördert werden“¹⁷⁵, schlug von Ribbentrop vor, „der Anregung des Ministers Fischböck zu entsprechen, wenn vorher festgestellt wird, daß die beteiligten Ressorts, einschließlich des Geheimen Staatspolizeiamtes, damit einverstanden“ seien¹⁷⁶. Von Ribbentrop genehmigte eine Zusammenkunft, die jedoch „in privater Form“ und weder in Berlin noch London stattfinden durfte¹⁷⁷. Als Woermann dies Fischböck mitteilte, betonte jener, daß Göring einen „besonderen Auftrag für die Judenfrage“ habe, unter den auch diese Aktion falle¹⁷⁸. Über den in London lebenden deutschen Journalisten Abshagen, der mit Rublees Stellvertreter Pell bekannt war, sollte eine Zusammenkunft eingefädelt werden¹⁷⁹. Abshagen traf sich zunächst in Wien mit Fischböck und kehrte am 26. November nach London zurück. Er sollte Pell mitteilen, daß „sein Bekannter Fischböck als Privatmann bestimmte Ideen habe und daß er am 7. Dezember sich in Brüssel aufhalte und dann Herrn Pell zur Verfügung stehe“¹⁸⁰. Woermann, der vom amerikanischen Geschäftsträger, Prentiss B. Gilbert, noch einmal nachdrücklich auf die Angelegenheit angesprochen wurde, betonte, daß „unter allen Umständen verhindert werden müsse, daß über diese private erste Fühlungnahme irgendetwas in der Presse verlautet“¹⁸¹.

Abshagen, Pell und dessen Assistent Joseph P. Cotton trafen sich am Morgen des 5. Dezember, und bei dieser Gelegenheit berichtete Pell über die Äußerungen, die Göring gegenüber Ogilvie-Forbes gemacht hatte. Abshagen informierte hierüber Botschafter von Dirksen, und dieser berichtete Woermann, daß Göring verlangt habe, die „Lösung müsse auf rein geschäftlicher Grundlage unter Vermeidung aller diplomatischen oder politischen Intriguen [*sic!*] gefunden werden. Devisen könnten nicht zur Verfügung gestellt werden; soweit Devisen für den Plan gebraucht würden, müßten sie durch eine Erhöhung des deutschen Exports hereingebracht werden. Für die vorläufige Finanzierung der Abwanderung müßten vorschußweise Devisen aus dem Ausland zur Verfügung gestellt werden.“¹⁸² Von den durch Göring genannten möglichen Zielgebieten Madagaskar und Australien war nicht die Rede. Pell hatte Abshagen außerdem davon berichtet, daß bei dem Treffen des Zwischenstaatlichen Komitees am 3. Dezember der französische Vize-Chairman Henri Bérenger überraschend mitgeteilt habe, daß bei

¹⁷⁵ ADAP, D, V, Dok. 649, S.762, Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 12.11. 1938. Zu Heydrichs unverzüglicher Reaktion auf Görings Weisung vgl. Anm. 149.

¹⁷⁶ ADAP, D, V, Dok. 650, S.763.

¹⁷⁷ Vermerk Woermanns vom 16.11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.198.

¹⁷⁸ Aufzeichnung Hinrichs' vom 21.11. 1938 mit handschriftlicher Ergänzung Woermanns vom 23.11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.199f.; eine Unterrichtung der Gestapo war „vergessen worden“, wurde aber durch Fischböck vom Auswärtigen Amt aus nachgeholt.

¹⁷⁹ Schreiben Woermanns an den deutschen Botschafter in London, von Dirksen, 21.11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.200f.

¹⁸⁰ ADAP, D, V, Dok. 651, S.763f., Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 28.11. 1938.

¹⁸¹ ADAP, D, V, Dok. 651, S.764.

¹⁸² ADAP, D, V, Dok. 653, Botschafter von Dirksen an Unterstaatssekretär Woermann, 5.12. 1938, S.767.

dem Besuch Chamberlains in Paris¹⁸³ der britische Premierminister die „weitere Behandlung dieses schwierigen Problems“ dem französischen Außenminister Bonnet „zu treuen Händen überlassen“ habe, „mit dem Hinweis darauf, daß demnächst ja Herr von Ribbentrop nach Paris komme und daß Frankreich zurzeit mit Deutschland in sehr viel besseren Beziehungen lebe als England“¹⁸⁴. Rublee hatte dem Ausschuß aus Sorge, daß die Franzosen die angebahnten Verhandlungen durch Ungeschick gefährden könnten, nichts über seine bisher geknüpften Kontakte mitgeteilt¹⁸⁵.

Bérenger hatte, wie der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, am 3. Dezember 1938 über die Sitzung des IGC nach Washington berichtete, zur Ansiedlungsfrage geäußert „that France had examined the situation in their colonies to determine if a contribution might be made toward the settlement of refugees, and it had been decided that if all the other participating Governments in the Evian Committee would make a specific contribution, France would consider the settlement in Madagascar and New Caledonia of 10,000 persons *but not of German origin*“¹⁸⁶. Bérenger habe außerdem mitgeteilt, „that it had been agreed in the meeting between Daladier and Chamberlain that when Ribbentrop came to Paris next Monday Bonnet should take up with him and discuss the details of a plan whereby involuntary emigrants from Germany might take with them approximately 20 % of their property“¹⁸⁷. Bérenger meinte in der Sitzung wörtlich, die französische Regierung „thought that the settlement of large numbers of refugees in the colonies would be dangerous, particularly in former German colonies now under mandate. The refugees would, after all, remain Germans. The Government’s plan envisaged the sending of non-German refugees to the colonies, and the acceptance of German refugees in France in their place. Not more than 10,000 would be accepted in the whole Empire, and not more than 2,000 in each colony. The offer was essentially conditional on other Governments doing the same. [. . .] M. Bérenger said that French Guiana was not suitable and that there was in any case the prejudice against the colony containing the penal settlements. The French Government were thinking rather of New Caledonia and Madagascar [. . .] He repeated his warning that the French Government’s offer in regard to the colonies was strictly limited and conditional on the action of other Governments.“¹⁸⁸ Zusammengefaßt heißt das, daß Frankreich allenfalls 2000 nicht aus Deutschland kommende Flüchtlinge in Madagaskar unterbringen wollte, wenn die anderen Staaten sich zu ähnlichen Maßnahmen bereit erklärten.

Der Inhalt dieser Besprechungen und die von Frankreich daran geknüpften Bedingungen wurden unter anderem im „Figaro“ am 3. Dezember ausführlich gemeldet – allerdings ohne die Nennung Madagaskars¹⁸⁹.

¹⁸³ Chamberlain hatte Daladier am 23. November 1938 zu Gesprächen über die Flüchtlingsfrage aufgesucht.

¹⁸⁴ ADAP, D, V, Dok. 653, S. 766.

¹⁸⁵ Ebenda.

¹⁸⁶ FRUS 1938, Vol. I, S. 851; Hervorhebung des Autors.

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ FO 371/22539, W 16140/104/98, Intergovernmental Committee, London, Protokoll der Sitzung vom 2. 12. 1938.

¹⁸⁹ Le Figaro, 3. 12. 1938, S. 3: Gérard Boutelleau: La France recevra 10 000 réfugiés juifs si les autres puissances font de même.

Als der deutsche Außenminister anlässlich der Unterzeichnung der deutsch-französischen Nichtangriffserklärung am 6. Dezember 1938 nach Paris reiste und mit seinem französischen Amtskollegen zusammentraf, kamen die beiden Minister am zweiten Tag des Besuchs auch auf die Judenfrage zu sprechen. Von Ribbentrop erklärte Bonnet, er könne offiziell nicht über dieses Thema reden, worauf ihm der französische Außenminister „privatim“ mitteilte, daß man in Frankreich sehr „an einer Lösung des Judenproblems“ interessiert sei. Zwei Gründe seien, so von Ribbentrop, für das Interesse Frankreichs ausschlaggebend. Zum einen „wolle man keine Juden aus Deutschland mehr aufnehmen“, zum zweiten „müßte man in Frankreich zehntausend Juden irgendwohin loswerden. Man denke hierbei tatsächlich an Madagaskar.“¹⁹⁰

Bonnet hat diese Version später energisch zurückgewiesen. Er habe „damals zu keiner Zeit davon gesprochen, die deutschen Juden nach Madagaskar zu schicken, denn die Regierung und ich selbst waren entschieden dagegen, und wir haben das einige Zeit vorher auch der britischen Regierung erklärt“. Dieses Dementi argumentiert allerdings an der Sache vorbei, da von Ribbentrop nicht davon sprach, *deutsche Juden nach Madagaskar* zu schicken – die Franzosen wollten allerdings in Frankreich selbst keine mehr aufnehmen –, sondern davon, daß man *in Frankreich* zehntausend Juden irgendwohin loswerden wolle¹⁹¹. Bonnets Version – keine *deutschen Juden* nach Ma-

¹⁹⁰ ADAP, D, IV, Dok. 372, S. 420, Aufzeichnung Ribbentrops vom 9. 12. 1938. Die Akte wurde ausweislich des handschriftlichen Eintrags durch Ribbentrop („Führer“) Hitler persönlich zugeleitet.

¹⁹¹ Hervorhebung des Verfassers. Bonnet bestritt Ribbentrops Version in einer längeren Auseinandersetzung mit Roger Errera in der Zeitschrift „Esprit“ (Paris, Februar 1970, S. 446), wo sich auch das genannte Zitat findet. Bonnet war in einer Buchbesprechung „Über die Gleichgültigkeit in Sachen Genozid“ (Esprit, Juni 1969, S. 1095–1100) von Errera mit der Frage angegriffen worden, inwieweit er sich – wegen mangelnder Hilfeleistung bzw. durch die seitens des deutschen Außenministers wiedergegebenen Äußerungen – mitschuldig gemacht habe, angesichts des nach der „Reichskristallnacht“ nochmals verschärften Emigrationsdrucks aus Deutschland. Bonnet schrieb daraufhin, das durch Ribbentrop wiedergegebene Zitat sei falsch, da dieser gezwungen gewesen sei zu lügen, um die bösartigen Leidenschaften Hitlers zu befriedigen (Esprit, Dezember 1969, S. 952 f.). Er, Bonnet, habe versucht, mit Ribbentrop die Judenfrage zu erörtern und ihm die Emotionen zu beschreiben, welche die von Deutschland durchgeführten Verfolgungen der Juden ausgelöst hätten. Ribbentrop habe dies mit der Bemerkung abgetan, daß es sich dabei um eine innenpolitische Angelegenheit handle, über die öffentlich zu sprechen er nicht autorisiert sei. Bei einem erneuten Versuch am nächsten Tag habe er dieselbe Antwort erhalten. Errera (Esprit, Dezember 1969, S. 954–958) stellt dem die Äußerungen Bonnets in seinen Memoiren entgegen, die widersprüchliche Versionen überliefern. In der ersten Fassung (Fin d'une Europe, Bd. 2, De Munich à la Guerre, Genf 1948, S. 45) berichtete Bonnet nur von einer Unterhaltung mit Ribbentrop, wobei sich die Erörterung der Judenfrage darauf beschränkte, daß Ribbentrop zugestimmt habe, die Flüchtlingsfrage auf einer in Holland stattfindenden Konferenz behandeln zu lassen. In der zweiten Version (De Munich à la Guerre. Défense de la Paix, Plon 1967) – inzwischen waren die Akten der Wilhelmstraße mit den Notizen Ribbentrops veröffentlicht – berichtete Bonnet, daß er auch am zweiten Tag des Besuchs mit Ribbentrop über die Judenfrage gesprochen habe. Dies sei inoffiziell geschehen, während er den deutschen Außenminister auf seinen verschiedenen Besuchsstationen begleitet und ihm dabei die in der französischen öffentlichen Meinung aufgekommenen Emotionen geschildert habe. Bonnet hat in diesem Zusammenhang den Inhalt der deutschen Akten nicht dementiert. Erst in Reaktion auf die Angriffe Erreras behauptete er, wie beschrieben, nicht von Madagaskar gesprochen zu haben. Insofern scheint in Ribbentrops Version korrekt zu sein, daß Bonnet sich zu Madagaskar geäußert hat.

dagaskar – ist also insofern korrekt. Allerdings ist davon auszugehen, daß der französische dem deutschen Außenminister den Stand der Dinge, wie sie vom IGC in der Flüchtlingsfrage einige Tage vorher beraten worden waren, mitgeteilt hat, denn von Ribbentrop geht in seiner Aufzeichnung ausführlich auf die Diskussion um deutsche Kontakte mit diesem Komitee ein. Auf der beschriebenen Sitzung am 2. Dezember war ja sowohl von Madagaskar als auch von 10 000 Flüchtlingen die Rede, und von Ribbentrop hat wohl diesen Stand der Dinge in seiner eigentümlichen Art zusammengefaßt¹⁹².

Die von Fischböck und Pell in Brüssel geplante Zusammenkunft fand nicht statt, offiziell, weil Fischböck erkrankt war, wie Woermann dem amerikanischen Geschäftsträger mitteilte¹⁹³. Tatsächlich wurde die Verschiebung der Besprechung (amtlich nur um eine Woche), die aber „unter allen Umständen stattfinden sollte“¹⁹⁴, veranlaßt durch Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der schon seit Mitte November Fischböcks Plan modifiziert sehen wollte¹⁹⁵ und nun noch zu „verbessern“ hoffte¹⁹⁶.

Schacht hatte sich bereits im Sommer 1938 in die Diskussion um die Behandlung der Juden in Deutschland eingeschaltet. Am 8. Juli reagierte er auf einen Entwurf Fricks vom 14. Juni, in dem dieser sich mit der „endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ befaßt hatte. Die Juden waren nach Fricks Meinung durch die für die nahe Zukunft geplanten Maßnahmen in der Wirtschaft „zum weit überwiegenden Teil zur Untätigkeit gezwungen“, und es würde „ihre Verarmung herbeigeführt“. Beides sei „vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt aus unerwünscht“. Insbesondere müsse „das zu erwartende starke Anschwellen des jüdischen Proletariats zu Bedenken Anlaß geben. Wirksame Abhilfe würde vor allem die *Auswanderung der Juden* bieten können.“ Dies könne jedoch „nach dem derzeitigen Stand der Frage nur als erstrebenswertes Ziel aufgestellt werden; denn wenn auch alle *innerdeutschen* Massnahmen getroffen werden, die zur Förderung der *Auswanderung* der Juden notwendig sind, so konnte bisher – abgesehen von Palästina, das ein besonderes Problem darstellt – noch kein Land gefunden werden, das für eine *Masseneinwanderung* der Juden in Frage komme“. Frick wollte deshalb mit dem Auswärtigen Amt in

Nach den Informationen des britischen Botschafters Phipps hatte Bonnet Ribbentrop zu verstehen gegeben „that France could not go on admitting Jews indefinitely. Herr von Ribbentrop replied that Herr Hitler admitted that the question of their eventual destination was an international one, and might be discussed on neutral ground (at Zurich for instance) soon by a German, Aryan and French, British, American and other representatives.“ Documents on British Foreign Policy 3, Vol. III, S. 397, Phipps to Halifax, 8. 12. 1938; diese Wiedergabe wird im Kern bestätigt durch die ausführliche Aufzeichnung des amerikanischen Geschäftsträgers in Paris, Edwin Wilson, in: FRUS 1938, Vol. I, S. 871–873, 15. 12. 1938.

¹⁹² Hervorhebungen des Verfassers; inzwischen wurde auch in Deutschland über die Madagaskar-Beratungen des Evian-Komitees berichtet; konkrete Zahlen wurden allerdings nicht genannt; Jüdisches Nachrichtenblatt, 9. 12. 1938, S. 1: Die jüdische Wanderung.

¹⁹³ Notiz Woermanns vom 6./7. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 207.

¹⁹⁴ Schreiben Woermanns an den deutschen Botschafter in London, von Dirksen, 7. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 208.

¹⁹⁵ Schreiben Woermanns an den deutschen Botschafter in London, von Dirksen, 21. 11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 201.

¹⁹⁶ Schreiben Woermanns vom 7. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 207.

Verbindung treten, glaubte aber nicht, „daß mit einer Lösung für die nächste Zeit zu rechnen sein wird“¹⁹⁷.

Schacht hatte hierauf mit einem achtseitigen Schreiben geantwortet, das neben Frick auch an die anderen führenden Vertreter des Regimes gerichtet war und in dem er Bedenken zu den geplanten Maßnahmen zur „Ausscheidung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ anmeldete. Es sei „unerlässlich, einen bestimmten Zeitraum, sagen wir fünf bis zehn Jahre, festzulegen und den Juden aufzugeben, bis dahin ihre Unternehmungen zu veräußern. Sie müssen in die Lage versetzt werden, sich selbst ihre Käufer zu suchen, um eine objektiv anständige, befriedigende Verwertung zu finden“, da sonst schwere Schäden für „die deutsche Volksgemeinschaft vom Auslande und vom Inlande her“ drohten. Er hoffte, daß bei einer solchen Regelung sich auch die Möglichkeit ergeben werde, „mit fremden Staaten oder jüdischen Auslandsorganisationen wegen der Auswanderung der Juden angemessene Vereinbarungen zu treffen“, und führte dazu als Stichworte England-Palästina, Italien-Abessinien und Frankreich-Madagaskar an¹⁹⁸.

Als die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben trotz seiner ablehnenden Haltung durchgeführt wurde, griff Schacht nun in die aktuelle Behandlung der Judenfrage ein. Nachdem er mit Fischböck gesprochen hatte, suchte er auf einer Reise nach Basel, wo bis zum 12. Dezember die Bank für Internationale Zahlungen tagte, Hitler in München auf und ließ sich von diesem die Zustimmung zu einer Reise nach London zu Besprechungen über die „finanzielle Seite des Judenproblems“ geben¹⁹⁹. Schacht reiste als Privatmann auf Einladung des Gouverneurs der Bank von England, Montague Norman, und blieb vom 14. bis 17. Dezember in London, wo er am zweiten Tag seines Aufenthalts mit George Rublee zusammentraf. Nach den ersten Informationen sollten „innerhalb einiger Jahre 150 000 Juden aus Deutschland abtransportiert und im Ausland angesiedelt werden“²⁰⁰. Botschafter von Dirksen meldete am 19. Dezember, daß Rublee und Pell den Schachtplan günstig beurteilten, die Engländer dagegen sehr skeptisch seien, ebenso, in deren Fahrwasser, die Franzosen. Das Washingtoner State Department habe den Plan günstig beurteilt und entsprechend an Roosevelt berichtet²⁰¹.

Schacht lud nach seiner Rückversicherung bei Hitler Rublee nach Berlin ein, wo am 11. Januar auf Basis der Vorschläge vom Dezember weiterverhandelt wurde. In insgesamt drei Treffen klärte man die gegenseitigen Positionen ab²⁰².

¹⁹⁷ BAK R 18/5519, 161, 14. 6. 1938; Hervorhebungen im Original. Das Schreiben ging an Göring als dem Beauftragten für den Vierjahresplan, den Reichswirtschaftsminister, den Stellvertreter des Führers und den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei.

¹⁹⁸ PAAA Inland IIg 169. Das Schreiben ging an Göring als dem Beauftragten für den Vierjahresplan, den Reichswirtschaftsminister, den Stellvertreter des Führers, den Außenminister, den Finanzminister, den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI und Chef der Sicherheitspolizei.

¹⁹⁹ ADAP, D, V, Dok. 654, S. 767 f., Aufzeichnungen Wiehls und Schumburgs, 12. 12. 1938.

²⁰⁰ Vgl. PAAA Inland II A/B 45/1, Telegramm Dirksens an das Auswärtige Amt, 16. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 214 f.

²⁰¹ Telegramm Dirksens an das Auswärtige Amt, 19. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 216 f.

²⁰² Vgl. Weingarten, Die Hilfestellung der westlichen Welt, S. 128 f.

Schachts Plan, wie er ihn am 16. Januar 1939 dem Auswärtigen Amt übermittelte, sah vor, zunächst alle diejenigen Juden auswandern zu lassen, die im Ausland noch Erwerbsmöglichkeiten hätten. Es handelte sich hierbei nach Schachts Ansicht um die Gruppe der 15- bis 45-jährigen, die er auf 150 000 Personen bezifferte, plus einen Anhang von Frauen und Kindern mit insgesamt weiteren 250 000 Menschen. Diese 400 000 Juden sollten innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre aus Deutschland herausgebracht werden. Das Gesamtvermögen der deutschen Juden war zusammenzufassen und mit einem Viertel davon ein Treuhandfonds zu speisen, dessen Vermögenswerte nach und nach in bare Kasse verwandelt werden sollten. Ein Transfer sollte stattfinden, wenn es die deutsche Devisensituation zuließe oder wenn sich zusätzliche Exporte erzielen ließen. Die verbleibenden 75 Prozent des jüdischen Vermögens fielen laut Plan an das Deutsche Reich und sollten zum Unterhalt bis zur Auswanderung und für die in Deutschland bleibenden Juden verwandt werden. Rublee wollte den Regierungen des Evian-Komitees im Gegenzug vorschlagen, das Vorzeigegeld für die 150 000 zuerst auswandernden Juden mit Erwerbsmöglichkeit aufzubringen. Die jüdischen Gemeinden sollten „an den wichtigsten Plätzen in Deutschland“ Auswanderungsbüros unter der Kontrolle eines Reichskommissars eröffnen, bei denen auch ausländische Experten als Berater vorgesehen waren, die über die möglichen Zielgebiete Auskunft erteilen konnten. Den in Konzentrationslagern befindlichen Juden war laut Plan bei der Auswanderung ein Vorrang zu gewähren, und denjenigen Juden, die für eine Auswanderung nicht in Frage kamen, sollten „befriedigende Lebensbedingungen zugesichert werden“²⁰³.

15. Die Haltung des Auswärtigen Amtes

Außenminister von Ribbentrop waren die Verhandlungen Schachts von Beginn an ein Dorn im Auge. Nach seiner Rückkehr aus London lancierte Schacht einen Artikel über den Zweck der Reise in die Presse. Von Ribbentrop ließ Schacht daraufhin durch von Weizsäcker „zur Rede stellen“²⁰⁴. Von Ribbentrop sah sein außenpolitisches Terrain durch Schacht unbotmäßig betreten und ließ fragen, „ob etwa ein Auftrag des Führers vorgelegen habe, die Materie ohne Fühlungnahme mit dem Herrn Reichsaußenminister zu erörtern“, da Schacht dann auch die weiteren Verhandlungen zu führen haben würde. In dem Artikel „werde die bisherige Linie des Reichsaußenministers desavouiert“. Schacht konterte mit der Bemerkung, daß es sich um einen „Auftrag des Führers“ handle. Bevor er diesem nicht berichtet habe, wolle er sich in der Sache nicht weiter äußern. Außerdem sei ihm auch von Göring gesagt worden, er möge diese Besprechungen führen. „Göring und Schacht hätten die Materie eingehend miteinander erörtert“, und Göring wünsche, „die Sache aus dem Gebiete der Politik in das rein wirtschaftliche hinüberzuspielen, und habe dazu nach seiner Äußerung auch vom Führer einen ausdrücklichen Auftrag“²⁰⁵.

²⁰³ ADAP, D, V, Dok. 661, S. 775–779, Aufzeichnung Schachts vom 16. 1. 1939.

²⁰⁴ ADAP, D, V, Dok. 655, S. 768 f., Aufzeichnung des Staatssekretärs vom 20. 12. 1938.

²⁰⁵ Ebenda.

Nachdem Botschafter von Dirksen aus London mitgeteilt hatte, daß der Schachtplan als Verhandlungsgrundlage durch die Finanzsachverständigen Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Niederlande unter Vorsitz Rublees am 20. Dezember angenommen worden sei²⁰⁶, ließ von Ribbentrop durch den Leiter des Referats Deutschland, Hinrichs, anweisen, daß für den Fall von Anfragen durch das Rublee-Komitee „mit Ablehnung jeder Diskussion wegen Mangel an Instruktionen zu antworten“ sei. Von Ribbentrop verlangte „in jeder Beziehung völlige Zurückhaltung gegenüber [dem] Rublee-Komitee“²⁰⁷. Er wollte diesen Einbruch Schachts in sein ureigenstes Tätigkeitsfeld, noch dazu mit einer Politik, die seiner harten Linie in der Judenfrage widersprach, zurückschlagen. Nachdem Schacht nach einem Vortrag bei Hitler den Auftrag zur Fortsetzung der Besprechungen erhalten hatte²⁰⁸, gab auch von Ribbentrop in einem Gespräch mit dem Reichsbankpräsidenten sein Einverständnis, „daß dieser den Versuch macht, in einer stillen Organisation den Abtransport deutscher Juden ins Ausland vorzunehmen“, verlangte jedoch, einen Teilnehmer des Auswärtigen Amtes in ein geplantes Konsortium zur Koordinierung abzuordnen²⁰⁹. Hierfür wurde der Gesandte Eisenlohr ausgewählt, den von Ribbentrop mit der Durchsetzung seiner Boykottlinie beauftragte, wonach eine Paraphierung von Vereinbarungen mit Rublee nicht in Betracht komme und „jede Zusage für die künftige Behandlung der Juden im Inlande“ unterbleiben müsse²¹⁰.

Am 20. Januar wurde Schacht als Reichsbankpräsident von Hitler entlassen, womit auch, wie er Rublee gegenüber einsilbig mitteilen ließ, seine Vermittlerrolle beendet war²¹¹. Rublee, der unter Zeitdruck stand, da er am 23. Januar in Paris dem Rat des Komitees Bericht erstatten wollte, suchte nach einem Weg, das bisher Erreichte zu retten. Es gelang ihm schließlich über das amerikanische Generalkonsulat in Berlin, einen Termin mit Göring zu vereinbaren. Man traf sich am Nachmittag des 21. Januar im Kriegsmministerium, wo sich Hitlers „zweiter Mann“ auf der Höhe der Diskussion um die Verhandlungen zeigte. Göring beauftragte seinen Vertrauten Ministerialdirektor Helmut Wohlthat mit der Fortsetzung der Schacht-Verhandlungen²¹².

Von Ribbentrop konnte die Entlassung Schachts zumindest als Teilerfolg verbuchen und sah sich in den Chancen bestärkt, die Behandlung der Judenfrage in seinem Sinne und dem des ihm in dieser Frage zuarbeitenden Sonderreferats Deutschland zu beeinflussen. Referatsleiter Hinrichs²¹³ faßte Anfang Januar 1939 die skeptisch-ablehnende

²⁰⁶ ADAP, D, V, Dok. 657, S. 774, Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt, 21. 12. 1938.

²⁰⁷ ADAP, D, V, Dok. 658, S. 774, Der Leiter des Sonderreferats Deutschland an die Botschaft London, 23. 12. 1938.

²⁰⁸ ADAP, D, V, Dok. 659, S. 774, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 4. 1. 1939.

²⁰⁹ ADAP, D, V, Dok. 660, S. 775, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 13. 1. 1939.

²¹⁰ ADAP, D, V, Dok. 662, S. 779, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 18. 1. 1939.

²¹¹ Notiz Woermanns vom 20. 1. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 228; ADAP, D, V, Dok. 663, S. 780, Aufzeichnung des Gesandten Schmidt (Büro RAM), 21. 1. 1939.

²¹² PRO FO 371/24074, W 1316/45/48, Bericht über die Sitzung des IGC am 23. Januar im französischen Außenministerium, 25. 1. 1939; vgl. Weingarten, Die Hilfestellung der westlichen Welt, S. 129f.

²¹³ Im Oktober 1938 war der bisherige Leiter des Referats, Vicco von Bülow-Schwante, nach einer Auseinandersetzung mit Ribbentrop als Botschafter nach Brüssel gegangen und durch Walther Hinrichs ersetzt worden.

Haltung des Deutschland-Referates zu den Schacht-Ruble-Verhandlungen zusammen. Es sei „gefährlich, das jüdische Interesse an einem möglichst weitgehenden Vermögens-transfer mit dem Interesse der deutschen Exportindustrie an einer verstärkten Ausfuhr zu koppeln“, ein Argument, das auch gegen das Haavara-Abkommen immer wieder vorgebracht worden war. Es bestehe „weder eine rechtliche noch eine moralische Verpflichtung, den Juden die Möglichkeit der Transferierung ihres Vermögens zu geben“, da „nach nationalsozialistischer Auffassung [...] der Jude als Fremdrassiger [...] seinen Besitz durch ein spezifisch jüdisches Geschäftsgebahren dem deutschen Volksvermögen entzogen“ habe. Hinrichs plädierte statt dessen unverhohlen für eine Austreibung der Juden durch den Versuch, „ob die jüdische Auswanderung nicht bereits ohne Vermögenstransfer oder zumindest schon bei einem auf das geringste Maß beschränkten Vermögenstransfer in Gang“ komme²¹⁴.

Die in Hinrichs' Haltung zu den Schacht-Verhandlungen erkennbare Grundlinie der strikt ideologiegeleiteten Führung der Außenpolitik wird noch deutlicher in einem Runderlaß an alle deutschen Missionen und Konsulate, in dem der „Judenexperte“ Schumburg am 25. Januar 1939 die „Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938“ zusammenfaßte²¹⁵. Schumburg hielt fest, das „letzte Ziel der deutschen Judenpolitik“ sei die „Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden“. Er sah aber in den bisherigen Maßnahmen seit 1933 keine befriedigende Bilanz erreicht, da immer noch zu viele Juden im Reich lebten oder gar zurückkämen²¹⁶. Auch die Konferenz von Evian habe die entscheidenden Fragen – wie die Auswanderung organisiert und finanziert und wohin sie gelenkt werden solle – offen gelassen²¹⁷. Die Judenfrage werde sich aufgrund des auch in anderen Staaten wie Polen und Rumänien zunehmenden Auswanderungsdrucks zu einem „Problem der internationalen Politik ausweiten“, und auch für Deutschland werde die „Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat“. Es sei bereits jetzt „für die deutsche Politik eine wichtige Aufgabe, den Strom der jüdischen Wanderung zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken“. Deutschland müsse selbst die Initiative ergreifen und „Mittel, Wege und Ziele“ für die Abwanderung finden – ohne daß hierbei mit Polen, Ungarn oder Rumänien eine Zusammenarbeit erstrebenswert sei²¹⁸. Palästina kam nach der von Schumburg seit Jahren vertretenen Ansicht nicht nur wegen seiner begrenzten Aufnahmefähigkeit nicht in Frage, sondern vor allem wegen der Gefahr, dem „Weltjudentum“ dadurch eine „Aktionsbasis“ zu schaffen, wie sie der Vatikan für die Katholiken darstelle. Das „Judentum in der Welt“ sei stets der „unversöhnliche Gegner des dritten Reiches“. Schumburgs Vorstellungen decken sich hier mit denen Rosenbergs, dessen Rede in Detmold vom 15. Januar 1939 er zustimmend zitiert, und wonach den Juden „ein Gebiet außerhalb Palästinas“ zugewiesen werden solle, *„allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern um ein jüdisches Reservat einzurichten“*²¹⁹. Diese

²¹⁴ Aufzeichnung des Legationsrates Hinrichs für Weizsäcker, 7.1. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 224–225.

²¹⁵ ADAP, D, V, Dok. 664, S. 780–785, Emil Schumburg: Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938, 25.1. 1939.

²¹⁶ Ebenda, S. 781.

²¹⁷ Ebenda, S. 782.

²¹⁸ Ebenda, S. 783.

²¹⁹ Ebenda, S. 784f., Hervorhebung im Original.

Rosenbergsche Forderung im Sinne der Idee eines abgeschlossenen und kontrollierten Territoriums, wie sie auch der Gedanke des „Voll-Zionismus“ propagierte, ist für Schumburg „das Programm der außenpolitischen Haltung Deutschlands in der Judenfrage“²²⁰. Allerdings bestehe „deutscherseits ein größeres Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrecht zu erhalten“, um auf diese Weise in allen Teilen der Welt den Widerstand der einheimischen Bevölkerung wachzurütteln und damit die deutsche Judenpolitik propagandistisch zu stützen. Das Ziel dieses deutschen Vorgehens solle „eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein“, die „von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet“²²¹.

Schumburg entwirft hier also ein aus seinen ideologischen Prämissen abgeleitetes zweistufiges und in sich kohärentes „Programm“ der deutschen Außenpolitik in der Judenfrage. Zuerst wird – kurzfristig – durch die von Deutschland so weit als möglich gelenkte Zerstreuung der Juden in der Welt der Antisemitismus in den Einwanderungsländern hervorgerufen bzw. gefördert. Dieser Antisemitismus führt schließlich dazu, daß alle Völker sich im eigenen Interesse um eine internationale Lösung der Judenfrage bemühen. Diese langfristige und ins Globale ausgreifende Lösung ist die Unterbringung der Juden in einem Reservat – im Kern nichts anderes als die Idee des „Voll-Zionismus“.

Deutschland-Referatsleiter Hinrichs hatte in einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu Roosevelts Vorschlag einer Judenansiedlung in Abessinien bereits am Tag zuvor erklärt, daß die „Gründung eines Judenstaates, gleichgültig welcher Größe und welcher Lage, eine Gefährdung der deutschen Interessen“ bedeute, weshalb man keine Bedenken habe, den Juden ein Gebiet außerhalb Palästinas zuzuweisen, „allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern ein jüdisches Reservat einzurichten“²²².

16. Der Blick auf den Krieg – die Jahreswende 1938/39

Die ausländischen Reaktionen auf das Novemberpogrom, das den „Scheitelpunkt des Wegs zur ‚Endlösung‘“²²³ darstellte, und die Verhandlungen Schachts gingen einher mit einem gewissen kurzfristigen Innehalten und Reflexionen über die zukünftige Gangart in der Judenpolitik. Am 4. Dezember hatte Innenminister Frick „auf ausdrücklichen höchsten Befehl [. . .] bis auf weiteres alle Maßnahmen in der Judenfrage“ untersagt, „soweit sie nicht auf ausdrücklichen Weisungen der Reichsregierung beruhen“²²⁴. Zehn Tage später wies Göring alle Obersten Reichsbehörden an, „alle Verordnungen und sonstigen wichtigen Anordnungen, durch die die Judenfrage berührt wird, mir vor ihrem Erlass zuzuleiten und mein Einverständnis einzuholen. Alle zu Ihrem

²²⁰ Ebenda, Hervorhebung des Autors.

²²¹ Ebenda.

²²² PAAA Inland II A/B 45/1, Schreiben Hinrichs' an Görings Behörde für den Vierjahresplan, die Reichsministerien des Innern, der Wirtschaft, für Volksaufklärung und Propaganda, die Gestapo und das Außenpolitische Amt, 24. 1. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 160–161.

²²³ Benz, Die Juden im Dritten Reich, S. 280.

²²⁴ BAK R 18/5519, 247, 4. 12. 1938.

Dienstbereich gehörenden Dienststellen und Behörden bitte ich dahin zu unterrichten, daß jegliche selbständige Aktion in der Judenfrage zu unterbleiben hat.“²²⁵

Für den 16. Dezember 1938 lud Frick die Innenminister und Wirtschaftsminister der Länder, die Regierungspräsidenten und die kommissarischen Regierungsdirektoren in Österreich zu einer Tagung über die Judenfrage ein²²⁶. Zweck der Besprechung sollte es sein, „die verantwortlichen Minister und Behördenchefs des Reichs mit der Richtung der Politik, die auf diesem Gebiet nunmehr eingeschlagen ist“, vertraut zu machen²²⁷. In einem ausführlichen Rückblick auf die bis dato verfolgten Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage, der, mit dem Bemühen zur Verpflichtung auf strikte Gesetzmäßigkeit, im Ton relativ moderat gehalten war, wurde klargestellt, daß die „*tatsächliche Trennung*“ von Deutschen und Juden erst dann als erreicht angesehen werden könne, „wenn der letzte Jude die Reichsgrenze überschritten hat. Dieses Ziel wird angestrebt und kann als Hauptziel aller innenpolitischen Maßnahmen angesehen werden.“²²⁸ Deshalb sollte nun für „*alle Maßnahmen*“ der Grundsatz gelten, wonach die Judenfrage „auf *streng gesetzlicher Grundlage* und [...] *einheitlich* für das ganze Reich gelöst“ werde. Diese deutliche Absage an das bislang vielfach unkoordinierte Vorgehen vor allem seitens der Partei bestärkte gleichzeitig die Notwendigkeit der Konzentration des Verfolgungsapparates, wie sie von Himmler und Heydrich angestrebt wurde. „Die *Zeit der Einzelaktionen* und des gewaltsamen Vorgehens gegen den einzelnen Juden“ müsse als „*endgültig abgeschlossen*“ angesehen werden.“ Neben die „Gesetzmäßigkeit“ solle die „Einheitlichkeit, also die *reichseinheitliche Lösung*“ treten²²⁹. Als das „*innerpolitische Ziel der Judenpolitik*“ wurde weiterhin die „*Auswanderung der Juden*“ definiert, die weiter gefördert werden sollte²³⁰. Bei allen sonstigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Judenfrage müsse „die Erwägung im Vordergrund stehen, ob die Einzelmaßnahme geeignet ist, die Auswanderung der Juden zu fördern oder nicht“²³¹.

Dem staatlicherseits angestrebten Konzentrationsprozeß sollte auch eine Zentralisierung auf jüdischer Seite entsprechen, weshalb angekündigt wurde, die Juden „*in einer einheitlichen Organisation im ganzen Reich*“ zusammenzufassen. „Der einzige Zweck der Organisation und der ihr eingegliederten Einrichtungen soll die Vorbereitung der Auswanderung der Juden sein. Es soll also der Grundsatz nicht aufgegeben werden, daß die Vorbereitung der Auswanderung der Juden in erheblichem Umfang den Juden selbst überlassen wird.“²³² Daneben wurde die Schaffung der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ angekündigt und, im Hinblick auf etwaige Schwierigkeiten, festgelegt, daß die „reichen Juden [...] ggf. ein wichtiges Pfand in der Hand des Führers“ seien, ein Argument, das, ausgedehnt auf die Gesamtzahl der in deutscher Hand befindlichen Juden, später auch für den Madagaskar-Plan zum Tragen kam. Es könne ein Interesse daran bestehen, „die Juden in gewisse Länder zu lenken und sie von der Einwanderung in ge-

²²⁵ BAK R 18/5519, 279/281, 14.12. 1938.

²²⁶ BAK R 18/5519, 265, 267, 10.12. 1938.

²²⁷ BAK R 18/5519, *Notiz* für die Teilnehmer an den Veranstaltungen des Reichsministeriums des Innern am 16. Dezember 1938 in Berlin, 15.12. 1938, 285.

²²⁸ Ebenda, 295.

²²⁹ Ebenda, 297; Hervorhebungen im Original.

²³⁰ Ebenda, 299; Hervorhebungen im Original.

²³¹ Ebenda, 301.

²³² Ebenda; Hervorhebungen im Original.

wisse andere Länder abzuhalten“²³³, doch wurde keine eindeutige Position gegen Palästina bezogen. Gleichwohl gab es auch in dieser Zeit schon weitreichendere Vorschläge, die darauf abzielten, „alle Juden in Arbeitskolonnen zusammenzufassen“²³⁴, die jedoch nicht verwirklicht werden könnten und sollten, weil „die Juden ein *wertvolles* Pfand“²³⁵ sein müßten. Auch die „Bildung von Ghettos“ müsse vermieden werden, da sie eine „Überwachung der Juden in sicherheitspolizeilicher Hinsicht unmöglich machen“²³⁶ würden. Noch galt darüber hinaus die „Entscheidung des Führers, daß keinerlei Kenntlichmachung (Judenstern) vorgenommen werden darf“²³⁷. Im Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes hieß es, daß „die Judenfrage in Deutschland, soweit sie auf dem Gesetzes- und Verordnungsweg zu regeln ist, ihren Abschluß“ gefunden habe²³⁸.

Hitler selbst begann währenddessen, seine eigenen Lösungsvorstellungen schon auf die Möglichkeiten und Dimensionen des Krieges zu projizieren. Er hatte Schachts Initiative mehr duldend als billigend sein Placet gegeben, denn allein schon der ins Auge gefaßte Zeitraum von drei bis fünf Jahren hätte sich kaum mit seinen eigenen Zukunftsplänen in Übereinstimmung bringen lassen. Seine tatsächliche Haltung wird aus einer Äußerung gegenüber dem tschechoslowakischen Außenminister Frantisek Chvalkovsky einen Tag nach Schachts Entlassung deutlich, als der „Führer“ unverblümt erklärte, die „Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden.“²³⁹ Und anlässlich des sechsten Jahrestages seiner Ernennung zum Reichskanzler sprach er vor dem Reichstag jene später immer wieder rechtfertigend zitierten und dabei von ihm fälschlicher-, aber bezeichnenderweise auf den Tag des Kriegsbeginns datierten Drohungen aus, die Kriegs- und Judenvernichtungsperspektive miteinander verbanden: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“²⁴⁰ Indes, noch war diese Koinzidenz von Eroberungs- und Rassenpo-

²³³ Ebenda, 303.

²³⁴ Ebenda, 315; Hervorhebung im Original. Einen solchen Vorschlag hatte Staatsrat Rudolf Schmeer aus dem Reichswirtschaftsministerium auf einer Besprechung bei Göring im Reichsluftfahrtministerium am 14. 10. 1938 gemacht, um durch dieses Pressionsmittel die Auswanderungsbereitschaft der Juden zu „fördern“, NG-Dok. PS 1449; vgl. Wolfgang Benz, Der November-Pogrom 1938, in: Die Juden in Deutschland 1933–1945: Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1989, S. 543.

²³⁵ BAK R 18/5519, *Notiz* für die Teilnehmer an den Veranstaltungen des Reichsministeriums des Innern, 15. 12. 1938, 315; Hervorhebung im Original.

²³⁶ Ebenda, 319.

²³⁷ Ebenda, 327. Heydrich hatte in der Besprechung bei Göring am 12. November eine besondere Kennzeichnung der Juden vorgeschlagen, sich aber aus sicherheitspolizeilichen Gründen gegen die Konzentrierung der Juden in Ghettos ausgesprochen, wie sie Göring vorschwebte, IMG Bd. XXVIII, S. 534–536; vgl. Adam, Judenpolitik, S. 210.

²³⁸ Boberach, Meldungen aus dem Reich 1938–1945, S. 20f.

²³⁹ ADAP, D, IV, Nr. 158, Empfang des tschechoslowakischen Außenministers František Chvalkovsky, 21. 1. 1939, S. 170.

²⁴⁰ Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, S. 1058. Zur Umdatierung dieser Rede durch Hitler auf den 1. September 1939 vgl. die Reden vom 30. 1. 1941, Domarus, S. 1663 und vom 30. 1. 1942, Domarus, S. 1829; vgl. auch Fest, Hitlers Krieg, S. 368.

litik, wie sie sich in dem von ihm zielstrebig herbeigeführten Krieg um den Lebensraum im Osten und gegen die Juden entwickelte, nicht eingetreten. Noch galt das Hauptaugenmerk der machtpolitischen Ausdehnung mit Vor-Kriegsmitteln mittels diplomatisch-militärischer Machtprojektion, der als Korrelat in der Judenpolitik die Austreibung, zunächst noch nicht die umfassende Vernichtung entsprach. Der noch im Herbst 1938 unterschwellig im Raum schwebende Gedanke an Madagaskar war dabei wieder von der Bildfläche verschwunden, wie Reichspressechef Dietrich in einer „Tagesparole“ am 28. Februar 1939 in Reaktion auf eine Pressemeldung in dieser Richtung deutlich machte. Ein „Berliner Mittagsblatt“ hatte die Schlagzeile „Gebt den Juden Madagaskar“ mit der Unterüberschrift „Unser Standpunkt“ versehen, worauf Dietrich klarstellte, die Nationalsozialisten „hätten aber nur den Standpunkt, daß die Juden Deutschland verließen. Wohin sie gehen, sei [. . .] verhältnismäßig gleichgültig.“²⁴¹

17. Theoretische und tatsächliche „Lösungswege“

Mit seiner Ernennung zum Leiter der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ am 24. Januar 1939 durch Göring wurde Heydrich zum eigentlichen Dreh- und Angelpunkt der Ideologiumsetzung unter den Vorzeichen Vorbereitung, Lenkung und Beschleunigung der Austreibung der Juden aus Deutschland²⁴². Am Tag von Hitlers Reichstagsrede teilte der Chef der Sicherheitspolizei seine Bestallung Außenminister von Ribbentrop mit und bat um die Entsendung eines Vertreters des Auswärtigen Amtes in den zu gründenden Ausschuß der „Reichszentrale“²⁴³. Am 10. Februar wurde der „Judenexperte“ Schumburg für diese Aufgabe bestimmt²⁴⁴.

Am 11. Februar teilte Heydrich dann allen Obersten Reichsbehörden, den Landesregierungen, Reichskommissaren und den Präsidenten verschiedener Verwaltungs- und Polizeibehörden seine Beauftragung mit und forderte sie auf, ihn „an allen Angelegenheiten, die die Auswanderung der Juden aus Deutschland berühren, zu beteiligen“²⁴⁵. Am gleichen Tag fand unter Heydrichs Leitung im Geheimen Staatspolizeiamt die erste Arbeitsbesprechung des Ausschusses der „Reichszentrale“, dem auch Eisenlohr und Wohlthat angehörten, statt²⁴⁶.

Der Ausschuß sollte die reibungslose Zusammenarbeit aller an der jüdischen Auswanderung beteiligten Stellen gewährleisten. Heydrich machte sofort seine Schlüssel-funktion deutlich, indem er betonte, daß Einzelfragen in direktem Kontakt der

²⁴¹ Zitiert nach Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, S. 145, Anm. 57.

²⁴² PAAA Inland IIg 177, 24.1. 1939; das Bestallungsschreiben Görings war an Innenminister Frick gerichtet, in dessen Ministerium die Zentrale rein formell eingerichtet wurde; abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 290f.

²⁴³ PAAA Inland IIg 177, Schreiben Heydrichs an Ribbentrop, 30.1. 1939.

²⁴⁴ PAAA Inland IIg 177, Brief des Auswärtigen Amtes vom 10.2. 1939.

²⁴⁵ Schreiben Heydrichs vom 11.2. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 294f.

²⁴⁶ ADAP, D, V, Dok. 665, S. 786–788, Der Chef der Sicherheitspolizei an das Auswärtige Amt, 14.2. 1939, mit der Anlage der Niederschrift über die erste Arbeitsbesprechung des Ausschusses der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ am 11. Februar 1939 im Geheimen Staatspolizeiamt.

„Reichszentrale“ mit den einzelnen Behörden geklärt und der Gesamtausschuß nur „bei grundsätzlichen allgemein interessierenden Angelegenheiten und in gewissen Zeitabständen zur Unterrichtung über die jeweilige Gesamtlage“ zusammentreten solle. Er stand dem Rublee-Plan skeptisch-abweisend gegenüber und meinte, dieser solle zwar eine „Grundlage für eine organisierte jüdische Massenauswanderung bilden“, da die Durchführung aber nicht gesichert erschien, solle „ohne Rücksicht auf diesen Plan die Auswanderung mit allen sonst zur Verfügung stehenden Mitteln“ gefördert werden²⁴⁷.

Nach dem Wiener Vorbild war vorgesehen, die Juden selbst über die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ durch Kontakte mit internationalen jüdischen Organisationen Devisen und Einwanderungsmöglichkeiten beschaffen zu lassen und dabei vor allem die minderbemittelten Juden in der Auswanderung zu fördern. Der inoffiziellen Förderung der illegalen Auswanderung nach Palästina, wie sie Heydrich daneben zur Ausnutzung aller Möglichkeiten propagierte, widersprachen die beteiligten Vertreter des Auswärtigen Amtes, Hinrichs und Eisenlohr, entgegen ihrer grundsätzlichen Haltung nicht und anerkannten damit Heydrichs Machsanspruch und Schlüsselfunktion²⁴⁸. Heydrichs Haltung machte noch einmal den bei aller ideologischen Fixierung auch pragmatischen Gehalt seiner Auffassung deutlich, nach der das Herauspressen der Juden aus Deutschland Priorität hatte vor den Befürchtungen um einen möglicherweise zu großen Einfluß der Juden in Palästina.

Gleichwohl wurden die Verhandlungen auf Basis der mit Schacht erzielten Ergebnisse zwischen Rublee und Wohlthat fortgesetzt. Der Amerikaner hatte die Grundsätze in einem Memorandum zusammengefaßt²⁴⁹ und sein deutscher Verhandlungspartner den Inhalt daraufhin in einem formlosen Schreiben auf weißem Bogen bestätigt²⁵⁰. Auf der Sitzung des IGC am 13. und 14. Februar 1939 in London gab Rublee die Ergebnisse seiner bisherigen Gespräche bekannt, und die durch das Komitee vertretenen Regierungen²⁵¹ erklärten sich bereit, innerhalb der nächsten fünf Jahre „Möglichkeiten zur ständigen Ansiedlung ‚unfreiwilliger Auswanderer‘ aus Deutschland im Rahmen der Gesetze und der üblichen Praxis der Mitgliedsregierungen zu fördern“²⁵². Mit der gewundenen Formulierung „Möglichkeiten [. . .] zu fördern“ entzogen sich die Komiteemitglieder jeglicher konkreter Zusagen über Aufnahmekontingente, und auch die in Aussicht genommene Gründung einer privaten internationalen Körperschaft zur Zusammenarbeit bei der Finanzierung der Auswanderung nahmen sie lediglich „zur Kenntnis“²⁵³.

²⁴⁷ ADAP, D, V, Dok. 665, S.787.

²⁴⁸ Ebenda, S.788.

²⁴⁹ Brief Rublees vom 1.2. 1939 mit dem Memorandum über „Die Auswanderung von Juden aus Deutschland“, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.246–251.

²⁵⁰ Brief Wohlthats an Rublee, 2.2. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.252.

²⁵¹ Dem Komitee gehörten Bevollmächtigte folgender Staaten an: USA, Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Großbritannien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Kuba, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Südirland (Eire), Frankreich, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Norwegen, Niederlande, Neuseeland, Panama, Paraguay, Peru, Schweden, Uruguay, Venezuela.

²⁵² Schreiben Rublees an Wohlthat vom 17.2. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.252–254; vgl. BAK R 48/992, 17, Tagesmeldung des Referats II 112 vom 21.2. 1939.

²⁵³ Schreiben Rublees an Wohlthat vom 17.2. 1939, S.253. Das Schreiben wurde Wohlthat am 3.März durch Pell überreicht.

Botschafter von Dirksen wies in seinem Bericht über das Treffen auf den vagen Kompromißcharakter des im Brief Rublees festgehaltenen Ergebnisses hin und betonte, daß die wichtigen Erläuterungen dazu mündlich gegeben werden sollten. Er meldete außerdem, daß die Dominikanische Republik sich zur Aufnahme von 100 000 Juden bereit erklärt habe, um kleinere Industrien aufzubauen und somit die Krisenfestigkeit der eigenen Wirtschaft zu fördern. Präsident Roosevelt habe deshalb bereits eine Kommission entsandt, um die Aufnahmebedingungen zu untersuchen. Von Dirksen wertete die Verhandlungsaussichten, wie sie von der Evian-Kommission signalisiert wurden, insgesamt als positiv, vor allem seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens²⁵⁴.

Ein weiteres Ergebnis der Pariser Sitzung war der Rücktritt Rublees, der den Direktorenposten nur für ein halbes Jahr hatte übernehmen wollen und jetzt zurück in seine heimatliche Anwaltspraxis drängte. Auch schien ihm das Entscheidende auf den Weg gebracht, so daß er meinte, nicht als gescheiterter Vermittler zu erscheinen. Zu seinem Nachfolger wurde der Hochkommissar für Flüchtlingsfragen beim Völkerbund, der Brite Sir Herbert Emerson, berufen. Da Emerson erstere Funktion beibehielt, er somit als Vertreter des Völkerbundes für Deutschland wie für die Vereinigten Staaten kein Verhandlungspartner sein konnte, wurden die Unterredungen von Robert T. Pell, dem Vertreter Rublees und nun Emersons, fortgeführt²⁵⁵. Pell reiste am 3. März 1939 zu Gesprächen mit Wohlthat nach Berlin und teilte mit, Emerson sei überzeugt, die Auswanderung könne in fünf, wahrscheinlich sogar in drei Jahren durchgeführt werden. Zwar seien Frankreich und Südamerika kritisch eingestellt, doch hätten die USA und Großbritannien die Auswanderungsfrage „energisch in die Hand genommen“ und vier Kommissionen zur Auswahl geeigneter Zielgebiete für Emigranten entsandt. Eine gemischte englisch-amerikanische Kommission war auf dem Weg nach British Guayana und sollte mit Zustimmung der holländischen Regierung auch Niederländisch Guayana besuchen. Zwei weitere amerikanische Kommissionen begaben sich nach San Domingo und Mindanao und eine britische Kommission nach Nord-Rhodesien. Über die Gründung einer Finanzierungsgesellschaft durch amerikanische und britische Bankiers unter möglicher Beteiligung von französischen und holländischen Bankhäusern wurde verhandelt²⁵⁶.

Wohlthat beabsichtigte, sich für die „geplante Massenauswanderung“ mit Heydrich in Verbindung zu setzen und eine Ressortbesprechung für eine deutsche Stellungnahme vorzubereiten²⁵⁷. Als diese am 19. April stattfand, hatte das IGC inzwischen ein Memorandum für Wohlthat verfaßt, in dem die im Schacht-Plan und im Rublee-Memorandum getroffenen Vereinbarungen modifiziert und wieder in Frage gestellt wur-

²⁵⁴ ADAP, D, V, Dok. 666, S. 789–790, Bericht von Dirksens vom 18. 2. 1939.

²⁵⁵ Rublee, inzwischen 72 Jahre alt, hatte seine Mitarbeit nur für ein halbes Jahr zugesagt. Er war über die Verzögerungen bis zum ersten Verhandlungsbeginn verärgert, und die Partner seiner Anwaltspraxis verlangten seine Rückkehr; vgl. Brief Pells an Wohlthat vom 24. 2. 1939, den ihm der amerikanische Geschäftsträger Geist am 1. März überbrachte, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 254 f. und Brief Wohlthats an vier Ministerien vom 6. 3. 1939, ebenda, S. 255 f.

²⁵⁶ Ebenda, S. 257; vgl. ADAP, D, V, Dok. 667, S. 790 f., Aufzeichnung des Gesandten Eisenlohr für das Auswärtige Amt vom 8. 3. 1939.

²⁵⁷ Wohlthats Brief an die Ministerien vom 6. 3. 1939, S. 258 f.

den²⁵⁸. Entgegen der ursprünglichen Übereinkünfte sollte keine bestimmte Gruppe von Auswanderern besonders gefördert werden, und die Perspektive einer Massenauswanderung wurde durch die Forderung nach einer „allmählichen Durchdringung“ als erfolgreichstem Verfahren zur Ansiedlung stark eingeschränkt. Die Vereinigten Staaten waren zur Erhöhung ihres auf Jahre hinaus ausgebuchten Einwandererkontingents von 27 370 Personen aus Deutschland einschließlich Österreichs nicht bereit, in Mittel- und Südamerika wurden vor allem landwirtschaftliche Arbeiter gesucht, daneben einige Handwerker, technische Spezialisten und Wissenschaftler, doch sollten die Einwanderer über erhebliches Kapital verfügen²⁵⁹. Diesen Wünschen entsprach die Berufsstruktur der deutschen Auswanderer kaum. Großbritannien betonte, kein Einwanderungsland zu sein, allenfalls ein Durchgangsland zur Umschulung. Australien wollte 15 000 Flüchtlinge innerhalb von drei Jahren aufnehmen, sofern sie auf dem Arbeitsmarkt gebraucht würden oder über Kapital zur Gründung neuer Industrien verfügten. Weiter wurde eingeschränkt, daß die Flüchtlinge auch aus anderen Herkunftsländern kommen könnten²⁶⁰.

Für die, neben der allmählichen Durchdringung, zweite Art der Ansiedlung in Form kleinerer oder größerer Kolonisation verwies das Memorandum auf die gerade stattfindenden Studien in den vier von Wohlthat bereits in seinem Brief vom 6. März erwähnten Territorien. In British Guayana war inzwischen eine Kommission eingetroffen, und die Niederlande wollten eine beschränkte Zahl Einwanderer in ihrem Guayana-Territorium zulassen. Die Dominikanische Republik wiederholte ihre Bereitschaft zur Aufnahme von 100 000 Personen, sofern sie selbst nichts finanzieren müsse. Für die Philippinen, die von den Flüchtlingen eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllt sehen wollten, war eine Kommission noch in Vorbereitung, und für Nordrhodesien war dieses Gremium gerade bestellt. Bevor die Gutachter nicht berichtet hätten, seien die Aussichten einer Kolonisation großen Umfangs nicht abzuschätzen²⁶¹. Das Schreiben betonte zum Schluß, daß die im IGC vertretenen Regierungen sich auch in Zukunft Änderungen ihrer Flüchtlingspolitik vorbehielten und daß die Voraussetzung einer geregelten Einwanderung die geregelte Auswanderung aus Deutschland sei²⁶².

Diese vagen Aussichten auf mögliche Zielgebiete konnten allen deutschen Institutionen, die auf eine schnelle Lösung der Judenfrage durch verstärkte Austreibung drängten, und hier allen voran Heydrichs Behörde, nur als Ansporn dienen, selbständig und mit den eigenen „Lösungsmethoden“ fortzufahren, da von internationalen Übereinkünften in naher Zukunft offenbar wenig „Hilfe“ zu erwarten war.

Gleichwohl war auf der Ressortbesprechung vom 19. April der Vertreter des Finanzministeriums, Schwandt, optimistisch, durch die geplante Vermögensabpressung der Juden eineinhalb Milliarden Mark für den geplanten Trustfonds, mit dem die Finanzierung der Auswanderung von deutscher Seite unterstützt werden sollte, zusammenzubekommen. Es wurde jedoch vereinbart, mit der Schaffung des Fonds zu war-

²⁵⁸ PAAA Inland II A/B 45/1, Niederschrift des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wohlthat vom 30.3. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 259–265.

²⁵⁹ Ebenda, S. 261.

²⁶⁰ Ebenda, S. 262.

²⁶¹ Ebenda, S. 262–264.

²⁶² Ebenda, S. 265.

ten, bis das IGC die Finanzierungsgesellschaft im Ausland selbst in Angriff genommen habe²⁶³.

Am Protokoll dieser Besprechung, in der auch die anstehende Gründung der Reichsvereinigung der Juden zur Sprache kam, wird außerdem deutlich, daß Hitler selbst nicht nur die Generallinie in der Behandlung der Judenfrage vorgab, sondern sich, sofern es ihm wünschenswert erschien, bis in die Einzelheiten einschaltete. So hatte er sich die in der gerade entworfenen „10. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz von 1935“ anstehende Entscheidung in der Frage des jüdischen Schulwesens persönlich vorbehalten²⁶⁴ und für das Protektorat die Anweisung gegeben, „vorerst nur die Juden aus den öffentlichen Stellen“ zu entfernen, die „Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ aber den „tschechischen Behörden selbst [zu] überlassen“²⁶⁵.

Eine Woche nach dieser Ressortkonferenz traf Wohlthat am 26. April zu einer erneuten Besprechung mit Pell im Berliner Hotel Esplanade zusammen, wo der Amerikaner ihm mitteilen konnte, daß die Kommissionen in Britisch Guayana und San Domingo günstige Berichte abgeliefert hätten und auch die Finanzierung der Auswanderung nunmehr gesichert sei. Pell gab seinem deutschen Verhandlungspartner zu verstehen, daß das IGC sich darüber klar sei, „daß die Finanzierung der Auswanderungen im Ausland so erfolgen müßte, als ob der Trust Fund in Deutschland und die Transfermöglichkeiten aus demselben nicht vorhanden wären“. Doch seien er, Emerson, und der Bankier und Vize-Chairman des Komitees, Taylor, „fest entschlossen, die Siedlungsprojekte in Angriff zu nehmen“. Das IGC wolle „sobald wie möglich einen Plan aufstellen“, aus dem zu ersehen sei, „welche Auswanderungsmöglichkeiten für die Zahl der Juden besteht, die in dem vertraulichen Memorandum von Mr. Rublee vom 1.2.39 genannt worden ist“²⁶⁶. Damit war man auf die ursprünglich im Schacht-Plan angelegte Verhandlungsbasis der 150 000 erwerbsfähigen Juden plus ihrer 250 000 Angehörigen zurückgekehrt.

Diese Verhandlungen entfernten sich, berücksichtigt man die sich international zuspitzende Konstellation vom Frühjahr 1939, zusehends auch von einer theoretischen Realisierungsmöglichkeit, waren doch, abgesehen von der nach wie vor nicht völlig geklärten Finanzfrage, die Aussichten auf eine über Jahre gehende und dabei reibungslos funktionierende Auswanderungsmaschinerie in dieser Form reiner Utopismus. Emil Schumburg, der Mitte Mai für von Weizsäcker und von Ribbentrop den Stand der Besprechungen zusammenfaßte, wies darauf hin, daß die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ des Geheimen Staatspolizeiamtes unabhängig von diesen Plänen

²⁶³ PAAA Inland II A/B 45/1, Vermerk über die Ressortbesprechung vom 19. April 1939, betr. Verhandlungen mit dem Evian-Komitee, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 266.

²⁶⁴ Ebenda, S. 265.

²⁶⁵ Ebenda, S. 268.

²⁶⁶ PAAA Inland II A/B 45/1, Vermerk Wohlthats vom 29. 4. 1939 über seine Besprechung mit Pell am 26. 4. 1939 in London, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 270 f. Entgegen der Notiz Vogels in der Überschrift zum Dokument fand das Treffen nicht in London, sondern in Berlin statt. Wohlthat wurde bei dieser Zusammenkunft durch Pell von Lord Winterton, Sir Herbert Emerson und dem Staatssekretär im britischen Finanzministerium, Waley, unter Zustimmung des britischen Kabinetts in die britische Hauptstadt eingeladen und stellte eine eventuelle Zusammenkunft für den Juni in Aussicht; vgl. ebenda, S. 272.

weiter arbeiten werde und zwischen dem ersten Februar und dem ersten Mai schon 19400 Juden zur Auswanderung gebracht habe²⁶⁷. Schumburgs Bemerkung macht deutlich, daß die historische Stunde eines solch langfristigen und international geregelten Projekts, wie es dem IGC vorschwebte, längst abgelaufen war. Gleichwohl wurde noch die Satzung für eine „Stiftung zur Förderung der jüdischen Auswanderung“ entworfen²⁶⁸ und am 1. Juni in einer Ressortbesprechung über die Bildung des projektierten Trustfonds verhandelt. Innen-, Finanz- und Wirtschaftsministerium stritten sich hier ausgiebig um die Frage der Federführung. Ministerialrat Schwandt vom Finanzministerium forderte, wie schon am 19. April, erst einmal die Vorleistungen der Gegenseite abzuwarten, zumal man keine Unterlagen über den augenblicklichen Stand der jüdischen Vermögen in Deutschland besitze. Wohlthat machte deutlich, daß Bedenken „zurzeit noch nicht akut seien“ – konkrete Pläne existierten ja noch gar nicht. Er verwies aber auf die Gebiete, zu denen Untersuchungen für eine mögliche Ansiedlung von Auswanderern stattfanden. Görings „zweiter Mann“ wollte bei seinem nächsten Gespräch mit der Gegenseite „verlangen, daß diese einen Plan für ihre Ideen für die Finanzierung selbst nennen werde“²⁶⁹.

Damit waren konkrete Schritte wieder auf die lange Bank geschoben, während Heydrichs „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ seit Monaten die Initiative in der Judenpolitik bestimmte. Der Sicherheitsdienst entwickelte sich immer deutlicher zum eigentlichen Exekutor der Hitlerschen Rassenideologie im Hinblick auf die Lösung der Judenfrage. Am 29. Juni 1939 fand unter Vorsitz Heinrich Müllers, der von Heydrich zum Geschäftsführer bestimmt worden war, im Geheimen Staatspolizeiamt die zweite Besprechung des Ausschusses der „Reichszentrale“ statt²⁷⁰. Die Ergebnisse der Verhandlungen mit Rublee spielten hier nur eine marginale Rolle. Im Mittelpunkt standen die praktischen „Erfolge“ der „Reichszentrale“, die vor allem durch die Zusammenarbeit mit der nominell erst noch zu konstituierenden, faktisch aber bereits seit Februar bestehenden „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ in der Austreibung erzielt worden waren²⁷¹. Hier wurde überdeutlich, daß in der Exekution der Judenpolitik, bei allen Versuchen der Einflußnahme seitens anderer Ministerien, Heydrichs Behörde das Heft des Handelns in der Hand hielt, ein Faktum, das bereits auf die zentrale Rolle dieser Institution während des, seine langen Schatten bereits vorauswerfenden, Krieges verweist.

²⁶⁷ PAAA Inland II A/B 45/1, Aufzeichnung Schumburgs vom 16.5. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 272–274. Eichmann hatte nach der Besetzung der „Resttschechei“ im März auch in Prag eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ nach dem Wiener Vorbild eingerichtet. Als Endpunkt der Auswanderung aus Österreich visitierte er in einem Schreiben an Herbert Hagen das Frühjahr 1940 an; BAK R 58/486, 57 f., 10.5. 1939.

²⁶⁸ PAAA Inland II A/B 45/1, Satzung der Stiftung zur Förderung der jüdischen Auswanderung, Mai 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 275 f.

²⁶⁹ PAAA Inland II A/B 45/1, Vermerk über die Ressortbesprechung vom 1. Juni über die Bildung eines Trustfonds, 26.6. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 276–278.

²⁷⁰ PAAA Inland II A/B 45/1, Niederschrift über die zweite Arbeitsbesprechung des Ausschusses der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ am 29.6. 1939, S. 304–311.

²⁷¹ Die „Reichsvereinigung“ wurde offiziell mit der am 4. Juli erlassenen „Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ gegründet; Entwurf und Satzung abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 296–303.

Als die Juden Warschaus Anfang des Sommers 1939 die bereits zitierte Radioansprache Alfred Rosenbergs hörten, in der er die Unterbringung der Juden in einem Reservat Madagaskar forderte, aus dem es nur den Tod als Ausweg gebe, hatte man diese Rede zum Teil belustigt, zum Teil mit dem Bewußtsein der sicheren Entfernung vom Bannkreis der Nazis aufgenommen, denn, wie einige Hörer treffend-jiddisch argumentierten: „zu kurz sind die Hände“²⁷².

Als dann, nur ein paar Monate später, Hitler seinen Eroberungszug Richtung Osten begann, reichten die Hände der Nationalsozialisten schließlich bis in die letzten jüdischen Refugien und entwickelten sich zu Mordinstrumenten an der Kehle des osteuropäischen Judentums.

²⁷² Bernard Mark, Horves derzeilen, S.2.

VI. Eine europäische Dimension der „Endlösung“

Die nationalsozialistische Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg und der Madagaskar-Plan

Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 eröffnete sich den Nationalsozialisten eine neue Dimension der Judenpolitik, die zugleich eine tiefgreifende Zäsur darstellte. Ungleich zahlreicher und ihrer Lebensweise nach völlig verschieden von den weitgehend assimilierten Juden in Deutschland, waren die polnischen Juden nun einer ideologiegeleiteten Herrschaft ausgeliefert, die sie als exemplarische „Gegenrasse“ und personifiziertes Weltübel ansah, von der mithin eine von Beginn an tödliche Bedrohung ausging.

Im Verfolgungsapparat schlug sich diese neue „Herausforderung“ auch organisatorisch nieder. Am 27. September 1939 wurden das Hauptamt Sicherheitspolizei, das Sicherheitshauptamt des Reichsführers SS, das Geheime Staatspolizeiamt und das Reichskriminalpolizeiamt zum Reichssicherheitshauptamt, mit Heydrich als „Chef der Sicherheitspolizei und des SD“ an der Spitze, zusammengefaßt. Am 7. Oktober erhielt Himmler durch Führererlaß seine Bestallung zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“¹, und am 12. des Monats wurde das Generalgouvernement offiziell errichtet. Mit dieser Konzentration der Überwachungs- und Verfolgungskapazität in Händen Himmlers bzw. des organisatorischen Kopfes Heydrich begann die Sicherheitspolizei, die Kontrolle in den Verfolgungsmaßnahmen weiter an sich zu reißen und zu dominieren. Waren die im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßten Institutionen ursprünglich für die innerhalb des Deutschen Reiches vorhandenen vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner zuständig, so wurde, einhergehend mit der territorialen Ausweitung des deutschen Herrschaftsgebietes im Verlauf des Krieges, der Zugriffsbereich wie selbstverständlich auf das Innere des gesamten deutschen Machtbereichs in Europa erweitert.

Das Trachten nach einer „Lösung“ im Sinne Hitlers und Himmlers personifizierte sich in Heydrich und Eichmann. Eichmann wurde, nachdem Heinrich Müller im Oktober seine Stellung als Geschäftsführer der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ aufgegeben hatte, zu dessen Nachfolger im Amt IV und ab Dezember 1939 für „Räumungsangelegenheiten“ und die „Reichszentrale“ zuständig.

Schon am 21. September hatte Heydrich in einem Schnellbrief an die Chefs aller Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, betreffend die „Judenfrage im besetzten Gebiet“, unter Berufung auf eine am gleichen Tag abgehaltene Besprechung in Berlin angeordnet, „daß die *geplanten Gesamtmaßnahmen* (also das Endziel) *streng geheim* zu halten“ seien und unterschieden werden müsse „zwischen 1.) dem Endziel (welches längere Fristen beansprucht) und 2.) den Abschnitten der Erfüllung dieses Endzieles, (welche kurzfristig durchgeführt werden)“. Vorerst sollten die Juden vom Lande in den

¹ Abgedruckt in: Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, S. 182–184. Den Titel „Reichskommissar“ in diesem Zusammenhang gab sich Himmler selbst.

größeren Städten konzentriert werden², wodurch sie zu einer handhabbareren Verfügungsmasse wurden, die je nach Möglichkeit und dem Willen des Führers „behandelt“ werden konnte.

Hitler spielte in dieser Zeit zunächst mit dem Reservatgedanken und dachte daran, das „gesamte Judentum“, einschließlich der im Deutschen Reich Verbliebenen, in einem Gebiet „zwischen Weichsel und Bug“ anzusiedeln, wie er Rosenberg darlegte³. In der Folgezeit wurde die mögliche Einrichtung eines Judenreservats im Distrikt Lublin diskutiert, und auch das Referat II 112 des Reichssicherheitshauptamtes lieferte Gedankenentwürfe für eine „Endlösung des deutschen Judenproblems“ durch ein „Judenreservat in Polen“. Nach Ansicht des Referats ergaben sich eine Reihe von Fragen, die es zu entscheiden galt. Sollte ein „Judenreservat in Polen“ errichtet werden oder das zukünftige „Gouvernement Polen“ zur Unterbringung genutzt werden? Wer sollte ein mögliches Reservat verwalten, Juden oder Reichsdeutsche? Nach Meinung der Autoren wäre eine jüdische Verwaltung „vorteilhafter“ gewesen, „da dadurch deutsche Verwaltungsbeamte eingespart würden. Nur die leitenden Stellen wären mit Deutschen zu besetzen. Weiter wäre hierbei zu entscheiden, wem [die] Verwaltung unterstellt“ werden sollte⁴. Die hier aufgeworfenen Fragen und Überlegungen spiegelten sich später in verschärfter Form im Entwurf für das „Judenreservat Madagaskar“ wider. Der Autor plädierte dafür, „die Verwaltung solange unter sicherheitspolizeilicher Führung zu lassen, bis die Umsiedlung der Juden aus dem Reichsgebiet, [der] Ostmark und Böhmen/Mähren durchgeführt“ sei. Außerdem sollte in diesem Zusammenhang eine „endgültige Entscheidung“ getroffen werden, „ob die Judenauswanderung im Hinblick auf die Schaffung des Reservates weiterhin durchgeführt wird. Aussenpolitisch wäre ein Reservat ausserdem ein gutes Druckmittel gegen die Westmächte. Vielleicht könnte hierdurch bei Abschluss des Krieges die Frage der Weltlösung aufgeworfen werden.“⁵ Auch das „Druckmittel“- oder „Faustpfand“-Argument, verbunden stets mit der sicheren Erwartung eines baldigen Kriegsendes, sollte ein halbes Jahr später zum Kerngedanken des Madagaskar-Plans gehören.

Zwei Tage nach Ausarbeitung dieses Entwurfs, als Himmler die weitere Abschiebung von Juden aus dem Deutschen Reich und dem Protektorat in die besetzten polnischen Gebiete zunächst verbot⁶, wurde Eichmann von Heydrich zum Sonderreferenten bestellt, mit der Begründung, daß eine „zentrale Bearbeitung der sicherheitspolizeilichen Angelegenheiten bei der Durchführung der Räumung im Ostraum notwendig“ sei⁷.

Die Gedanken an ein mögliches Judenreservat im ehemaligen Polen blieben Fiktion, weil, wie Hitler am 12. März 1940 in einem Gespräch mit Colin Ross festhielt, „die Bil-

² BAK R 58/276, 235–238, 21.9. 1939, Hervorhebungen im Original.

³ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, Aufzeichnung vom 29.9. 1939, S.80. Zu Planungen für eine solche „völkische Flurbereinigung“ vgl. Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, S.74–96, hier S.79–82.

⁴ BAK R 58/544, 218, 19.12. 1939.

⁵ Ebenda.

⁶ BAK R 58/276, 245, 21.12. 1939.

⁷ Ebenda.

dung eines Judenstaates um Lublin herum [...] nie eine Lösung bedeuten“ würde. Die Lösung der Judenfrage sei eine „Raumfrage [...], die für ihn besonders schwer zu lösen sei, da er ja selbst keinen Raum zur Verfügung habe“. Hier gab er seinen programmatischen Fixierungen Ausdruck, wie er sie schon in seiner Rede am 30. Januar des Vorjahres mit der Vernichtungsprophetie verbunden hatte⁸, in welcher der „Führer“ erklärte, die „Weltkrise, vor der wir heute stünden, sei bedingt durch den Drang der Völker, sich aus den überbevölkerten Räumen in die volksleeren Räume zu ergießen. Seit die Geschichte bestünde, seien diese Völkerwanderungen stets mit großer Rücksichtslosigkeit und mit großen Grausamkeiten verbunden gewesen; daran lasse sich nichts ändern.“⁹ Dies konnte nur heißen, daß die Juden eben Opfer geschichtsnotwendiger „Grausamkeiten“ würden, was vor dem Hintergrund seiner ideologiegeleiteten Judenpolitik als ein geradezu wünschenswertes Resultat erschien, auch wenn Hitler rabulistisch weiter zu Ross meinte, „er würde eine positive Lösung der Judenfrage begrüßen, wenn er nur eine Lösung angeben könne, was ihm aber unter den heutigen Umständen, wo er für sein eigenes Volk nicht einmal genug Raum habe, unmöglich sei“¹⁰. Damit war aber auch deutlich gesagt, daß für Deutsche und Juden gemeinsam im Osten kein Platz war.

1. Pläne in Warschau – Alfred Nossig

Wo könnte Platz für die unerwünschten und vom Tode bedrohten Juden gefunden werden? Auch die Bedrängten selbst suchten nach einer Antwort auf diese Frage. Im Februar 1940 arbeitete der eng mit den Deutschen verbundene Warschauer Jude Alfred Nossig¹¹ an einem Emigrationsprojekt für die polnischen Juden. Hilel Seidman, der sich ebenfalls für die jüdische Emigration engagierte¹², wurde vom jüdischen Gemeinde-Präses Adam Czerniaków am 10. Februar 1940 über die Arbeit Nossigs unterrichtet und gebeten, sich mit ihm zu verständigen. Seidman schilderte Nossig seine bisherigen Schritte, zeigte ihm die entsprechenden Unterlagen, und dieser schlug daraufhin vor, damit zu den deutschen Institutionen vor Ort zu gehen. Auf der anschließenden Konferenz mit den Besatzungsbehörden sprach der von den Deutschen mit großer Aufmerksamkeit bedachte Nossig hauptsächlich über Madagaskar. Er berief sich auf die

⁸ Zur Raumfrage in der damaligen Rede siehe Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, S. 1052–1053, deren Verbindung mit der Judenfrage ebenda, S. 1057, zur Vernichtungsprophetie S. 1058.

⁹ ADAP, D, VIII, Dok. 671, Unterredung Hitlers mit Colin Ross, 12. 3. 1940, S. 716.

¹⁰ ADAP, D, VIII, Dok. 671, S. 717.

¹¹ Nossig (1868–1943) war Publizist und vermutlich bereits vor dem Krieg ein Agent der deutschen Abwehr. Während der Okkupation durch die Deutschen war er Spitzel der Gestapo und wurde 1943 von der jüdischen Kampforganisation (ZOB) exekutiert; vgl. Czerniaków, Im Warschauer Getto, S. 297.

¹² Seidman, Togbuch fun Warszewer Ghetto, S. 246. Seidman hatte den deutschen Behörden in Warschau bereits einen schriftlichen Emigrationsvorschlag gemacht, der von diesen, so wurde ihm mitgeteilt, nach Berlin weitergesandt worden war, ohne daß es zu einer Reaktion gekommen wäre. Bei diesem Vorschlag ging es hauptsächlich um Palästina, doch man sei auf jüdischer Seite soweit gewesen zu sagen: Egal wohin, „sei es Madagaskar oder Honolulu – nur heraus“; ebenda.

Vorarbeiten Lepeckis und meinte, daß er mit deutscher Hilfe bei der französischen Regierung eine Einreiseerlaubnis für die Insel erhalten werde. Seidman war hingegen bemüht, auch Palästina in die Diskussion zu bringen, doch Nossig winkte ab. Bei der jüdischen Gemeinde wurde daraufhin eine eigene Abteilung für Emigration geschaffen, in der Pläne und Memoranden ausgearbeitet werden sollten, doch letztlich verliefen Nossigs Arbeiten im Sande¹³. Auch auf deutscher Seite scheinen die Gedanken Nossigs zur Wiederbelebung des Madagaskar-Gedankens über die unmittelbar vor Ort tätigen Behörden nicht hinausgekommen zu sein.

2. Ein Friedensplan Ribbentrops?

In diesem Zusammenhang ist auf ein in der Literatur zuerst 1944 genanntes und mehrfach rezipiertes Gerücht einzugehen, wonach für den darauffolgenden Monat Madagaskar als ein mögliches Ziel deutscher Emigrationspläne genannt wurde. Im März 1940 soll Außenminister von Ribbentrop in einem an den Papst gerichteten Friedensplan Madagaskar neben Palästina und Äthiopien als jüdische Kolonie vorgeschlagen haben. Der ehemalige Korrespondent der „New York Times“ in Rom, Camille M. Cianfarra, berichtet in seinem erstmals 1944 veröffentlichten Buch über „The War and the Vatican“¹⁴, von Ribbentrop, der sich am 10. und 11. März zu Gesprächen mit Mussolini und Ciano in Rom aufhielt, habe am Morgen des 11. März 1940 ein rund 70minütiges Gespräch mit dem Papst und anschließend eine 45minütige Unterredung mit Kardinal-Staatssekretär Luigi Maglione geführt. Über einen Mittelsmann will Cianfarra den geheimgehaltenen Inhalt der Gespräche erfahren haben. Von Ribbentrop habe dem Papst ein elf Punkte umfassendes Friedenskonzept offeriert, in dem es unter Punkt drei geheißt habe: „Recognition of absolute religious freedom, but first, Germany would force all her Jews to emigrate under the direction of Britain (to Palestine), Italy (to Ethiopia), and France (to Madagascar).“¹⁵

Dieses „Friedensangebot“ sei von Berlin aus allerdings sofort dementiert worden¹⁶. In den veröffentlichten Akten des Heiligen Stuhls zum Zweiten Weltkrieg und der Aufzeichnung von Ribbentrops zu diesen Treffen findet sich kein Hinweis auf einen solchen Vorschlag. Im Gespräch ging es in der Hauptsache um das spannungsreiche Verhältnis von katholischer Kirche und Nationalsozialismus. Madagaskar und die anderen von Cianfarra genannten Territorien für die Ansiedlung von Juden werden nicht erwähnt¹⁷. Am 17. März 1940 faßte Pius XII. in einem Brief an den Erzbischof von Breslau, Adolf Kardinal Bertram, den Inhalt der Gespräche zur Information für den Kardinal und die übrigen Ordinarien Deutschlands zusammen und erklärte, er habe von Ribbentrop nur widerwillig in einer Sonderaudienz empfangen, da eine Ablehnung des deutschen Ersuchens als unfreundlicher Akt hätte gewertet werden können. Einen

¹³ Seidman, Togbuch fun Warszewer Ghetto, S. 246–247.

¹⁴ Cianfarra, *The War and the Vatican*.

¹⁵ Zitiert nach Cianfarra, *The War and the Vatican*, S. 209; vgl. Kap. V.14., Schreiben Hjalmar Schachts vom 7.7. 1938, in dem diese Länderkombinationen ebenfalls genannt werden.

¹⁶ Cianfarra, *The War and the Vatican*, S. 210.

¹⁷ *Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale (ADSS)*, Bd. 1, S. 384–397, Dok. 255–259; ADAP, D, VIII, Nr. 668, S. 704–706.

Anlaß zu weitreichenden Hoffnungen sah er seinerzeit „nicht gegeben, weder in der Friedensfrage, noch bezüglich der kirchlichen Lage in Deutschland“¹⁸. Ein deutsches Friedensangebot, das durch von Ribbentrop dem Papst am 11. März übermittelt und in dem unter anderem die Unterbringung deutscher Juden auf Madagaskar vorgeschlagen worden wäre, hat es demnach offensichtlich nicht gegeben.

3. Perspektivenwechsel durch den Krieg im Westen

Die Westoffensive im Mai und die raschen Erfolge der deutschen Truppen eröffneten zumindest gedanklich die Option, nach möglichen weiteren Gebieten zur Lösung der Judenfrage Ausschau zu halten.

Der „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ und Reichsführer-SS Himmler, der schon am 10. April 1940 für alle jüdischen Häftlinge in den Konzentrationslagern eine Entlassungssperre angeordnet, Juden, deren Auswanderung bereits vorbereitet war, jedoch davon ausgenommen hatte¹⁹, äußerte in seinen „Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ am 25. Mai, daß er hoffe, den „Begriff Juden [. . .] durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen“²⁰. Hitler fand Himmlers Schrift nach dessen Aussage „sehr gut und richtig“, gab jedoch die Anweisung, sie nur in wenigen Exemplaren zu verbreiten. Sie konnte als von Hitler genehmigte Richtlinie gelten, doch sollte „niemals auch nur auszugsweise oder gedächtnisweise in einem Befehl“ darauf Bezug genommen werden²¹. Die strenge Geheimhaltungsvorschrift verweist auf die Art der Behandlung dieses im Kern vor allem die Judenfrage betreffenden Themas durch Hitler und ist zur Beurteilung der späteren Entwicklung hin zur „genozidalen Endlösung“ ebenso von Bedeutung wie die Zahl und die Funktion des einer Information hierüber für notwendig erachteten Personenkreises, dem beispielsweise der offiziell von Hitler mit der Behandlung der Judenfrage beauftragte Göring, oder auch von Ribbentrop oder Goebbels nicht angehörten²².

¹⁸ ADSS, Bd. 2, Dok. 42, S. 132.

¹⁹ BAK R 58/276, 252, 10.4. 1940.

²⁰ Zitiert nach Krausnick, Helmut: Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, in: VfZ 5 (1957), S. 194–198, hier S. 197. Krausnick hat in seiner Vorbemerkung zur Veröffentlichung dieser Denkschrift festgehalten, Himmler habe sich hier „im Sinne des bekannten Planes einer Abschiebung nach Madagaskar“ geäußert; ebenda, S. 195. Dies ist insofern zu relativieren, als der Madagaskar-Plan zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Diskussion war und ein Bezug zu dieser Insel nur, aus der früheren Berührung Himmlers mit diesem Gedanken abgeleitet, vermutet werden kann. Eine hieraus entstandene Anregung zum Planungsentwurf für Madagaskar läßt sich nicht erkennen. Krausnick ist zuzustimmen, wenn er die von Himmler in dieser Denkschrift als „ungermanisch und unmöglich“ abgelehnte „bol-schewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes“ als schwerlich auch für die Juden geltend charakterisiert; ebenda.

²¹ STAN, NO-1881, 28. 5. 1940.

²² Ebenda; unterrichtet wurden durch Lammers die Ost-Gauleiter Koch, Forster und Greiser, der Oberpräsident von Schlesien, Generalgouverneur Frank, Darré, Bormann und Heß. Durch Himmlers Leiter der Dienststelle für die Festigung des deutschen Volkstums, Brigadeführer Greifelt, sollten die Hauptamtschefs sowie die Höheren SS- und Polizeiführer Ost, Nordost,

4. Das Auswärtige Amt bringt Madagaskar in die Diskussion

Mit der unerwartet raschen Niederlage Frankreichs im Juni 1940 trat nun, ausgehend vom Auswärtigen Amt, Madagaskar konkret als Deportationsziel und „Mittel“ zur „Endlösung der Judenfrage“ ins Blickfeld. Die Behandlung der Judenfrage als Sachgebiet war inzwischen mehrfach in neue Hände übergegangen. Legationsrat Hinrichs wurde im Oktober 1939 von Emil Schumburg abgelöst²³. Schumburg, der schon seit der Frühphase des „Dritten Reiches“ unter von Bülow-Schwante für die Behandlung dieses Sachgebiets im Referat zuständig gewesen war, zählte nun die „gesamte Judenpolitik“ wie auch die „Rassenpolitik“ zu seinem Aufgabenbereich²⁴. Allerdings währte auch diese Konstellation nur ein gutes halbes Jahr, da bereits im Mai 1940 eine erneute Umorganisation stattfand. Auf Druck des Ribbentrop-Intimus und bisherigen Leiters des Referats Partei, Martin Luther, wurde unter dessen Verantwortlichkeit am 7. Mai 1940 eine neue „Abteilung Deutschland“ geschaffen, die zunächst sechs Referate umfaßte²⁵. Der bisher für die Behandlung der Judenfrage zuständige Legationsrat Schumburg schied auf Betreiben Luthers aufgrund seiner engen Verbindung zur SS aus der Abteilung aus²⁶.

Luther, der früher als Kaufmann gearbeitet und demnach keinerlei diplomatische Ausbildung hatte, war über die Bekanntschaft mit Annelies von Ribbentrop in die Nähe des späteren Außenministers gelangt und hatte sich hier durch seine ausgeprägte Persönlichkeit bald Meriten vielfacher Art erworben²⁷. Ein überaus begabtes Organisationstalent, rücksichtslos und intelligent in seinem von Skrupeln freien Willen zur Macht, dazu mit dem hierfür notwendigen Instinkt ausgestattet und trotz zahlreicher körperlicher Gebrechen vorangetrieben von einer aus glühendem Ehrgeiz gespeisten Energie, prädestinierten ihn diese im totalitären System durchweg brauchbaren Eigenschaften und Fähigkeiten für seine Aufgabe, in von Ribbentrops Machtbereich als „effective political infighter“²⁸ im neuen Stil nationalsozialistischer Außenpolitik zu wirken. Überzeugter Antisemit, doch mehr aus machttaktischem Opportunismus als aus einem mystisch verwurzelten Rassismus oder dem träumerischen Gedanken an ein arisch-germanisches Utopia, verfolgte er dennoch auch die judengegnerische „Kernaufgabe“ des Nationalsozialismus mit dem ihm eigenen beharrlichen Bestreben nach allumfassender Informiertheit, Kompetenz und Einflußnahme.

Schumburgs Nachfolger als Judenreferent wurde am 8. Mai 1940 Franz Rademacher, der im neuformierten Referat D III unter anderem für die Judenfrage und die Rassen-

Weichsel, Warthe und Südost unterrichtet werden, ohne schriftliche Unterlagen zu erhalten. An Heydrich wollte Himmler das Schreiben persönlich übergeben.

²³ Vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 129.

²⁴ GVPL vom 1. 11. 1939, in: ADAP, D, VIII, S. 747.

²⁵ PAAA Inland II A/B 347/3, GVPL vom 7. 5. 1940. In den Folgejahren wurde die Abteilung Deutschland bis auf 12 Referate und rund 200 Mitarbeiter ausgeweitet.

²⁶ Zu den Gründen für Schumburgs Ausscheiden vgl. Browning, Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office, S. 313–344, hier S. 333.

²⁷ Zu Luthers Lebenslauf und Werdegang bis zur Bildung der Abteilung Deutschland vgl. Browning, Unterstaatssekretär Martin Luther, S. 314–321; vgl. auch Döscher, Martin Luther – Aufstieg und Fall eines Unterstaatssekretärs, S. 179–192.

²⁸ Browning, Unterstaatssekretär Martin Luther, S. 313.

politik zuständig war²⁹. Der Jurist Rademacher war weder aufgrund besonderer antisemitischer Einstellung in diese Position gekommen, noch hatte er sich bisher durch irgendwelche Äußerungen in dieser Richtung eine spezielle Qualifikation oder, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schumburg, einen Ruf als „Judenexperte“ erworben³⁰.

Rademacher, am 20. Februar 1906 in Neustrelitz geboren, hatte in Rostock das Gymnasium besucht, wo er 1924 sein Abitur ablegte. Anschließend absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaft in München und Rostock, das er 1928 mit dem Referendar-Examen und 1932 mit dem Assessor-Examen abschloß. Bis November 1933 war er Gerichtsassessor im Mecklenburgischen Justizdienst und trat von dort in die Mecklenburgische Innere Verwaltung über, wo er in verschiedenen Landratsämtern und im Siedlungsamt tätig war. Nachdem man ihn am 16. Juni 1937 zum Regierungsrat ernannt hatte, wurde er aufgrund seiner Bewerbung am 1. Dezember 1937 als Legationssekretär in das Auswärtige Amt berufen. Hier erhielt er zunächst eine Stelle in der Kultur-Abteilung, bevor er Anfang 1938 als Legationssekretär an die deutsche Botschaft in Montevideo wechselte. Nach einer Familienaffäre kehrte er im April 1940 auf eigenen Wunsch nach Deutschland zurück³¹.

Rademacher war so gleichsam auf dem normalen Dienstweg in sein Amt gelangt, ohne allerdings irgendwelche Bedenken gegen das im Referat zu behandelnde Sachgebiet erkennen zu lassen. Martin Luther war darüber hinaus allseits für sein Bestreben bekannt, in seiner Abteilung nur hundertprozentige Nationalsozialisten zu beschäftigen³². Von deutlichem Ehrgeiz vorangetrieben, gedachte Rademacher hier unter den gegebenen Voraussetzungen zu reüssieren. Sein weiterer Lebensweg sollte stets von dieser Entscheidung geprägt bleiben³³.

²⁹ Vgl. PAAA Inland II A/B 347/3, Dienstantrittsanzeige Rademachers vom 8.5. 1940.

³⁰ Schumburg war in seinen Äußerungen stets der Ideologie des Nationalsozialismus aufs engste verhaftet gewesen; vgl. Kap. V.3.

³¹ Zum Lebenslauf Rademachers vgl. STALNÜF, Anklageschrift Schwurgericht des Landgerichts Nürnberg-Fürth, AZ: 3 c Js 1321–24/49.

³² Vgl. Aussage des ehemaligen Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt Hans Schröder, Nürnberg, 20.1. 1949, STALNÜF 1 c Js 2464–67/48. Schröder erklärte weiter, Luther sei dafür bekannt gewesen, daß er in seiner Abteilung als „absoluter Alleinherrscher“ regiert habe, der von seinen Untergebenen strikten Gehorsam verlangt und Gegenvorschläge nur in sehr seltenen Fällen angenommen habe; vgl. zu Luthers Kriterien der Personalauswahl auch Browning, Unterstaatssekretär Martin Luther, S. 324–325. Eine Ausnahme bildeten Rademacher und seine Mitarbeiter Herbert Müller, Karl Klingenuß und Fritz Gebhardt von Hahn gegenüber anderen von Luther ausgewählten Untergebenen insofern, als sie erst nach der „Machtergreifung“ und nicht schon zur „Kampfzeit“ zum Nationalsozialismus stießen; vgl. Browning, *The Government Experts*, S. 183–197, hier S. 190. Rademacher muß also in Luthers Konzept gepaßt haben. Nach einer Aussage des seinerzeitigen Referatsleiters Kult E (Auswanderungsfragen), Ernst Kuntz, aus der Zeit nach dem Krieg, war Rademacher ein strikter Judengegner und spielte im Judenreferat „eine verhängnisvolle Rolle“; PAAA Kult E, Juden, 372, Vermerk zur Aufzeichnung vom 31.7. 1951.

³³ Am 12.8. 1940 zum Legationsrat und am 30.1. 1943 zum Legationsrat I. Klasse befördert, wurde Rademacher nach der sogenannten Luther-Revolution im April 1943 zur Wehrmacht freigegeben, wo er als Offizier in der Marine Verwendung fand. Nach Kriegsende war er zunächst im Pressewesen tätig, wurde aber am 2.9. 1947 auf Antrag der amerikanischen Anklagebehörde „als vermutlicher Kriegsverbrecher verhaftet“ und nach Nürnberg überstellt. Eine Anklage vor dem amerikanischen Militärgericht erhob man zwar nicht, doch blieb Rademacher bis zum 22.8. 1948 in amerikanischer Verwahrung und wurde dann aufgrund eines Haftbefehls

Am 3. Juni legte Rademacher seinem Vorgesetzten Luther „Gedanken über die Arbeiten und Aufgaben des Ref. D III“ vor³⁴. Ideologietreu beklagte er darin zunächst die „Greuelpropaganda der westlichen Pseudodemokratien über Judenverfolgungen in Deutschland“. Durch den Krieg und die „dadurch heraufbeschworene endgültige Auseinandersetzung mit den westlichen Imperien und den dort herrschenden überstaatlichen Mächten“ sei die Bedeutung von Einzelfragen, wie sie das Referat bisher behandelt habe, in den Hintergrund getreten. Dafür stand seiner Ansicht nach jetzt die „Frage nach dem deutschen Kriegsziel in der Judenfrage zur Entscheidung“. Es müsse die „Frage geklärt werden, wohin mit den Juden?“³⁵.

Als „denkbares Kriegsziel“ standen für ihn drei Möglichkeiten zur Disposition, die er stichwortartig skizzierte: „a) alle Juden aus Europa, b) Trennung zwischen Ost- und Westjuden; Ostjuden, die den zeugungskräftigen und talmudsicheren Nachwuchs für die kämpferische jüdische Intelligenz stellen, bleiben z.B. im Bezirk Lublin als Faustpfand in deutscher Hand, damit die Juden Amerikas in ihrem Kampf gegen Deutschland lahmgelegt bleiben. Die Westjuden werden aus Europa entfernt, beispielsweise nach Madagaskar. c) In diesem Zusammenhange Frage eines jüdischen Nationalheims in Palästina (Gefahr eines 2. Roms!).“ Für die Klärung dieser Fragen sei im Referat bisher „keinerlei sachliche Vorarbeit möglich gewesen“, weshalb Rademacher vorschlug, mit den „interessierten innerdeutschen Partei-, Staats- und wissenschaftlichen Stellen“ engere Besprechungen aufzunehmen, um eventuell dort vorhandene Pläne auf die Wünsche des Außenministers abstimmen zu können.

Darüber hinaus hielt er für vordringlich notwendig das „Erfassen der sachlichen Unterlagen (schätzungsweise Zahl der zu verpflanzenden Juden, der dazu notwendigen Mittel geldlicher und sachlicher Art, wieviel Geld und wieviel Schiffe soll für diesen

in deutsche Untersuchungshaft genommen. Nach Aufhebung des Haftbefehls am 20.5. 1949 war er in Hamburg als Privatsekretär bei Philipp Reemtsma beschäftigt; Anklageschrift Schwurgericht des Landgerichts Nürnberg-Fürth, 3 c Js 1321-24/49.

Am 18.8. 1951 vom OLG Nürnberg erneut angeklagt, kam Rademacher am 3.9. 1951 wieder in Untersuchungshaft. Nachdem er hieraus am 25.7. 1952 entlassen worden war, flüchtete der Angeklagte im August 1953 nach Syrien, wo er als Journalist und freiberuflicher Wirtschaftsberater arbeitete. Auch in Syrien war er, diesmal unter dem Vorwurf, für die NATO spionierte und den syrischen Staat beleidigt zu haben, von Juli 1963 bis Oktober 1965 inhaftiert. Am 30.9. 1966 wurde er nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik wieder in Untersuchungshaft genommen, dieses Mal wegen seines schlechten Gesundheitszustandes in einem Krankenhaus nahe Bayreuth. Während des wiederaufgenommenen Verfahrens entließ man ihn nach einer Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus am 2.5. 1968 krankheitsbedingt; Schwurgericht beim Landgericht Bamberg, 2 Ks 3/53. Gegen dieses Urteil wurde sowohl von Rademacher als auch seitens der Anklagevertreter Revision eingelegt. Nach einer Entscheidung des Ersten Strafsenats des Bundesgerichtshofes, rechtskräftig seit dem 27.7. 1971, wurde Rademacher aufgrund der Judenerschießungen in Serbien wegen Beihilfe zum Mord in 1300 Fällen zu drei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt; Bundesgerichtshof 1 Str 107/69, 27.7. 1971. Unter Anrechnung seiner verbüßten Haftzeit wurden die verbliebenen 137 Tage bis zum 10.12. 1971 zur Bewährung ausgesetzt. Andere Teile des vorangegangenen Urteils wurden vom BGH aufgehoben, so daß das Verfahren weiterlief, wegen Rademachers schlechten Gesundheitszustandes allerdings am 18.5. 1972 vorläufig eingestellt wurde. Rademacher starb zehn Monate später, am 17.3. 1973, in Bad Godesberg.

³⁴ PAAA Inland II A/B 347/3, Gedanken über die Arbeiten und Aufgaben des Ref. D III, 3.6. 1940.

³⁵ Ebenda, S. 1.

Zweck Frankreich, wieviel England stellen? Feststellen der Evakuierungsfristen, die beiden Ländern im Friedensvertrage auferlegt werden können, usw.).“³⁶

Auch die inneren Rivalitäten der eigenen Behörde bei der Gestaltung dieser Überlegungen hatte er berücksichtigt. Rademacher plädierte dafür, sofort mit der Bearbeitung dieser Fragen zu beginnen, um nicht bei eventuellen Friedensverhandlungen gegenüber der politischen Abteilung ins Hintertreffen zu geraten. Ansonsten bestünde die Gefahr, daß seitens der politischen Abteilung zu sehr auf die „überstaatlichen Mächte“ geachtet werde³⁷. Denn dieser Krieg habe, so Rademacher, „ein doppeltes Gesicht: ein imperialistisches – die Sicherung des für Deutschland als Weltmacht politisch, militärisch und wirtschaftlich notwendigen Raumes –, ein überstaatliches – Befreiung der Welt aus den Fesseln des Judentums und der Freimaurerei“³⁸. Dies war nichts anderes als der programmatische Kern der Hitlerschen Vorstellungen.

Rademachers ehrgeiziger Gedankenentwurf nannte die brüchige Stelle der ganzen Angelegenheit nicht beim Namen, sondern setzte sie als gelöst voraus: für ihn war der Krieg schon gewonnen, es ging nur noch um den Inhalt des bevorstehenden Friedensdikтата. Briten und Franzosen sollten nicht nur die Transportschiffe zur Verfügung stellen, sondern die Aktion auch finanzieren. Und im übrigen war eine deutliche Trennlinie gezogen: die Westjuden sollten entfernt werden, das zukünftige Schicksal der Ostjuden blieb als „Faustpfand in deutscher Hand“ ungewiß.

Rademacher verband die Vorlage der Niederschrift bei Luther mit der Bitte, „sich wohlwollend für die Pläne einzusetzen“, und hatte damit offensichtlich Erfolg. Denn als sich zwei Wochen später, anlässlich der Gespräche über den Friedensvertrag mit Frankreich, Mussolini, Hitler, Ciano und von Ribbentrop trafen, notierte der italienische Außenminister über die Unterhaltung mit seinem deutschen Kollegen am 18. Juni, daß dieser „die genauen Pläne Hitlers noch nicht kennt. Er sagt nur, daß ein deutsches Projekt existiere, die Juden nach Madagaskar zu schicken.“³⁹ Am gleichen Tag hat Hitler nach Aussagen seines Dolmetschers gegenüber Mussolini bezüglich der Frage nach der Neuordnung des französischen Kolonialreiches geäußert, daß man „einen israelitischen Staat auf Madagaskar errichten“ könne⁴⁰.

Der Madagaskar-Gedanke wäre durchaus mit dem ideologischen Gedankengebäude Hitlers vereinbar gewesen, da bei seiner Umsetzung jene Rassenmischung verhindert werden konnte, die der „Führer“ als ein von den Juden planvoll herbeigeführtes Mittel zur Degeneration der arischen Völker ansah⁴¹. Ideologisch betrachtet, wären die Juden mit der Madagaskar-Lösung auch als die wichtigsten Gegner im Kampf um den Erd-

³⁶ Ebenda, S. 2.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda, S. 3. Rademacher beantragte gleichzeitig eine Verstärkung seines Referates um einen „geschickten, jüngeren Konsultssekretär“, eine Schreibdame und einen Attaché. Sein Entwurf ist auch als Kurzfassung unter dem Titel „Kurzer Überblick über die neu aufzunehmenden, vordringlichen Aufgaben des Ref. D III“ überliefert; PAAA Inland IIg 177, 229, 3. 6. 1940.

³⁹ Ciano, Tagebücher 1939–1943, S. 249.

⁴⁰ Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, S. 485; Ders., Behind the Brown Curtain, in: New York Times, 25. 8. 1950. Die Gespräche zwischen Mussolini, Ciano, Ribbentrop und Hitler fanden am 18. und 19. Juni 1940 in München anlässlich der französischen Niederlage statt. Beide Äußerungen datieren vom 18. Juni.

⁴¹ Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, S. 390–420, hier S. 411.

ball zumindest partiell, das heißt, soweit für ihn erreichbar, ausgeschaltet worden. Da nach seiner aus der antisemitischen Tradition und dem Sozialdarwinismus abgeleiteten Überzeugung der reine Selbsterhaltungstrieb aller Lebewesen zu einem ständigen Kampf um die Erde als der „Oberfläche einer genau bemessenen Kugel“⁴², sprich eines begrenzten Territoriums, führte, wäre somit Madagaskar eine zumindest vorläufige Lösung zur Beendigung des Kampfes durch Internierung eines Teils der Gegner gewesen, wenngleich dies kaum mehr als eine Zwischenlösung sein konnte.

Von Ribbentrop hatte vermutlich über Luther von Rademachers Gedankengängen erfahren und diese auch Hitler mitgeteilt, der den Madagaskar-Gedanken in seiner momentanen Allmachtsphantasie dieser Junitage als konzeptionell passend in seine Überlegungen aufnahm. Denn die Äußerung gegenüber Mussolini ist allein aus der Euphoriestimmung des Sieges über Frankreich zu verstehen, mußte er dabei doch implizit voraussetzen, daß die britische Insel in absehbarer Zeit fallen würde, der Krieg dem Ende nah und die Kontrolle über den Atlantik zumindest möglich war.

In dieses Bild paßt auch die Notiz über eine Besprechung des Oberbefehlshabers der Marine, Raeder, in der Hitler am 20. Juni forderte, „Madagaskar für Judenunterbringung unter französischer Verantwortung“ zu verwenden⁴³. Zwei Aspekte sind hier besonders bemerkenswert. Zum einen Hitlers Vorstellung, die Juden „unter französischer Verantwortung“ unterzubringen. Diese Äußerung zeigt, daß Hitler sich kaum intensiv mit den Implikationen des Vorhabens befaßt haben kann, widersprachen solche Äußerungen doch seinen grundsätzlichen Auffassungen in der Judenfrage. Zum anderen ist dies überhaupt die einzige „offizielle“ Quelle, die Auskunft darüber gibt, daß Hitler selbst sich den Plan zu eigen gemacht hat⁴⁴.

Dennoch, mit dem offensichtlich kurz vorher gegebenen Placet Hitlers, solche Gedankenspiele – mehr konnte es vor dem Sieg über England nicht sein – fortzuführen, war der notwendige Schub in den Machtapparat gebracht, der nun ein Planungsfeuerwerk von bizarrer Fülle entfaltete.

Rademacher hatte schon in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Planskizze Kontakt zu Paul Wurm von der Auslands-Schriftleitung des „Stürmer“ aufgenommen. Dieser sandte ihm am 5. Juni 1940, nachdem sie sich am Tag zuvor getroffen hatten, einen Artikel mit dem Titel „Wohin mit den Juden?“, den er ein Jahr zuvor unter dem Pseudonym Hans Belzner geschrieben hatte. Die Antwort auf die Titelfrage lautete: „Madagaskar. Diese Insel [...] kann 15 Millionen Juden aufnehmen. Alle Juden der Welt hätten Platz.“ Wurm, offenbar eingeweiht in Rademachers Gedankengänge, wollte nun von diesem wissen, ob er „den Zeitpunkt einer jetzigen Veröffentlichung für gekommen“ halte⁴⁵. Die Initiative zu dem erwähnten Treffen ging mit Sicherheit von Rademacher aus, der auf diese Weise von Wurm auch einen ausführlichen Überblick über

⁴² Hitlers Zweites Buch, S. 47.

⁴³ Wagner, Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, S. 107.

⁴⁴ Vgl. Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 245 m. Anm. 21.

⁴⁵ PAAA Inland II A/B 55/2, Schreiben Wurms an Rademacher vom 5. 6. 1940 mit beiliegendem unveröffentlichten Artikel Wurms zu Madagaskar unter dem Titel „Wohin mit den Juden?“. Die Datierung des Treffens ergibt sich daraus, daß sich Wurm für die Einladung durch Rademacher „am Dienstag nachmittag“ bedankt. Der 5. Juni 1940 war ein Mittwoch, woraus sich schließen läßt, daß sich Rademacher und Wurm am 4. Juni 1940 getroffen haben. Mit großer Wahrscheinlichkeit galt das Treffen vor allem auch der Besprechung des Madagaskar-Plans

die existierenden Vorstellungen zur Lösung der Judenfrage mittels einer umfassenden Ansiedlung auf Madagaskar erhielt, wie sie vom beschriebenen Kreis um den „Stürmer“ und den „Welt-Dienst“ propagiert wurde. Wurm freute sich, wie er schrieb, Rademacher „als wirklich guten Kenner der Judenfrage und alten Kämpfer“ kennengelernt zu haben⁴⁶.

5. Rademachers „Plan zur Lösung der Judenfrage“

Rademacher ging, mit dem Einverständnis von oben versehen, daran, zur Vorbereitung für den sicher erwarteten Frieden, einen „Plan zur Lösung der Judenfrage“ zu entwickeln, den er am 2. Juli 1940 vorlegte. Er schlug darin vor, Frankreich müsse „im Friedensvertrag die Insel Madagaskar als Siedlungsraum für die Juden Europas zur Verfügung stellen“ und im Gegenzug „seine rund 25 000 dort ansässigen Franzosen aussiedeln und entschädigen“. Auch die übrigen auf der Insel lebenden „Fremden (Europäer, Asiaten, besonders Araber, Inder, Japaner usw.)“, die Rademacher auf rund 15 000 bezifferte, sollten ausgesiedelt werden, wohingegen die dreieinhalb Millionen Madagassen „vorerst“ weiter auf der Insel leben konnten. „Ihr Austausch gegen Juden Südafrikas bleibt vorbehalten.“ Madagaskar würde Deutschland „als Mandat übertragen“, und die „seestrategisch wichtige Diego-Suarez-Bai sowie der Hafen von Antsirana“ waren als deutsche Marinestützpunkte vorgesehen. Auf Wunsch der Kriegsmarine konnten nach Ansicht des Autors die Häfen bzw. offenen Reeden Tamatave, Andavorante, Mananjary und weitere Orte als Marinestützpunkte eingeplant und daneben „geeignete Teile des Landes zur Anlage von Flugstützpunkten aus dem Judenterritorium herausgeschnitten“ werden.

Derjenige Teil der Insel, welcher nicht militärisch benötigt wurde, sollte unter die „Verwaltung eines deutschen Polizei-Gouverneurs gestellt“ werden, „der unmittelbar der Verwaltung des Reichsführers SS untersteht“. Hierfür sprach nach Ansicht Rademachers, „daß von deutscher Seite in erster Linie sicherheitspolizeiliche Gesichtspunkte maßgebend sind“. Mit diesem offenen Zugeständnis an die dominierende Rolle des SS-Verfolgungsapparates wurde auch die generelle Zielsetzung deutlich: „Die Lösung Madagaskar bedeutet, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, Schaffung eines Großgettos“, denn allein die Sicherheitspolizei habe die „nötige Erfahrung auf diesem Gebiet“; sie verfüge über „die Mittel, eine Flucht von der Insel zu verhindern. Sie hat weiter die Erfahrung darin, Strafmaßnahmen, die wegen feindseliger Handlungen von Juden in [den] USA gegen Deutschland erforderlich werden, in der geeigneten Weise durchzuführen.“ Außerdem kenne sie „bereits die einzelnen Juden aus deren Überwachung im Inlande“. Die SS „würde auch den Transport zur Insel hin zu gewährleisten haben. Wollte man die Insel daneben noch der Kolonialverwaltung unterstellen, so würde auch dies einmal ein unnützes Überschneiden der Gewalten mit sich bringen, zum andern aber sich auch propagandistisch schwer durchsetzen lassen, die USA-Juden dahin zu bringen, die offizielle Behandlung der Juden als Kolonialvolk stillschweigend hinzunehmen.“

bzw. dem Gedankenaustausch über diese Idee, die Rademacher in seinem Entwurf vom 3. Juni dargelegt hatte.

⁴⁶ PAAA Inland II A/B 55/2, Schreiben Wurms an Rademacher vom 5.6. 1940.

Die Rademacher vorschwebende „Sonderlösung des Judenmandats“ ließe sich dagegen nach seiner Ansicht „propagandistisch gut auswerten“. Einmal auf der Insel angekommen, sollten die Deportierten auf dem „Judenterritorium von Madagaskar“ ansonsten eine „Selbstverwaltung“ zugestanden bekommen: „eigene Bürgermeister, eigene Polizei, eigene Post- und Bahnverwaltung usw.“. Allerdings mußten die Juden „für den Wert der Insel [...] als Gesamtschuldner“ haften, weshalb vorgesehen war, „ihr bisheriges europäisches Vermögen einer zu gründenden europäischen Bank zur Verwertung“ zu übertragen. Für den Fall, daß dieses Vermögen nicht ausreichen würde, das übertragene Land und die „zum Aufbau der Insel notwendigen Warenaufkäufe in Europa“ zu bezahlen, war geplant, den Juden mittels dieses Geldinstituts Kredite zu gewähren, wobei der Bank dafür das „Judenterritorium Madagaskars als Gesamtwertobjekt zum Schätzungspreise zur Verwertung übertragen“ werden sollte, die es wiederum „siedlungsmäßig“ an die Deportierten abzugeben hatte. Für die Unterverteilung des Landes waren die Juden nach Rademachers Vorstellungen, entsprechend der von ihnen eingebrachten Ansprüche am Gesamtvermögen, selbst verantwortlich.

Die „politische Verwaltung“ der Insel sollte „allein in deutscher Hand“ liegen, hingegen der Autor für die Verwaltung der Bank eine „gemeinsame europäische Zusammenarbeit auf dem Judengebiet“ propagierte: „in das Direktorium bzw. den Aufsichtsrat der Bank können Vertreter der einzelnen europäischen Staaten, die Juden und deren Vermögen zur Verfügung gestellt haben, berufen werden.“ Selbstverständlich erwarben die auf Madagaskar ansässigen Juden nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, vielmehr sah der Plan vor, die Gelegenheit zu nutzen und allen nach Madagaskar verbrachten Juden „vom Zeitpunkt der Deportation ab von den einzelnen europäischen Ländern die Staatsangehörigkeit dieser Länder“ aberkennen zu lassen. Die Deportationsopfer wurden statt dessen „Angehörige des Mandats Madagaskar“, wodurch nach Ansicht des Autors (in nicht völlig logischer Folgerung) vermieden werden konnte, „daß die Juden sich etwa in Palästina einen eigenen Vatikanstaat gründen und damit den symbolischen Wert, den Jerusalem für den christlichen und mohammedanischen Teil der Welt hat, für ihre Ziele einspannen“ könnten, eine Reminiszenz an die seit Jahren kursierenden Argumente gegen einen Judenstaat in „Erez Israel“.

Auch das häufig diskutierte Argument, die in deutscher Gewalt befindlichen Juden könnten internationales Entgegenkommen garantieren, tauchte wieder auf, indem Rademacher festhielt, die Juden blieben auf Madagaskar „als Faustpfand in deutscher Hand für ein zukünftiges Wohlverhalten ihrer Rassegenossen in Amerika“. Darüber hinaus war es seiner Meinung nach sogar möglich, „propagandistisch“ den „Großmut“ zu „verwerten“, den „Deutschland durch Gewährung der kulturellen, wirtschaftlichen, verwaltungs- und justizmäßigen Selbstverwaltung an den Juden“ unter Beweis stelle, und dabei gleichzeitig zu betonen, daß „deutsches Verantwortungsbewußtsein der Welt gegenüber“ es dem Reich verbiete, „einer Rasse, die Jahrtausende keine staatliche Selbständigkeit gehabt hat, sofort einen unabhängigen Staat zu schenken; dafür bedürfe es noch der geschichtlichen Bewährung“⁴⁷. Rademachers Überlegungen liefen mithin

⁴⁷ PAAA Inland IIg 177, „Plan zur Lösung der Judenfrage“, Rademacher, 2.7. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.314–316.

auf eine von außen vollständig kontrollierte, von der Außenwelt und dem Wohlwollen der Bewacher abhängige, nach innen unter dem Vorwand der Eigenverwaltung sich selbst überlassene jüdische Gemeinschaft hinaus, ein Gebilde, das er unverhüllt mit dem Titel eines „Großgettos“ unter SS-Aufsicht versah und dessen Form und Gestalt man sich angesichts der späteren Zustände in den Elendsbezirken dieser Art, beispielsweise in Warschau, ausmalen kann – von den fundamentalen natürlichen Hindernissen Madagaskars, die eine solch zwangsläufige wie letztlich intendierte Notlage noch potenzieren mußten, einmal ganz abgesehen.

Am folgenden Tag verfaßte Rademacher unter den beschriebenen Gesichtspunkten eine weitere Aufzeichnung zur „Judenfrage im Friedensvertrage“, in der er zur bisherigen Entwicklung referierte, das Referat D III sei „wegen der Aufnahme der Vorarbeiten“ bereits „über die Abteilung Deutschland [...] mit Vorschlägen an den Herrn Reichsaußenminister herangetreten“ und habe „von ihm den Auftrag erhalten, diese Vorarbeiten unverzüglich in die Wege zu leiten“. Besprechungen mit der Dienststelle Himmlers, dem Innenministerium und einigen Parteidienststellen hätten bereits stattgefunden. Diese Dienststellen hatten den Plan des Referats D III, wie er ihn gemäß den Vorschlägen vom Vortag noch einmal wiederholte, gebilligt⁴⁸.

Ein Großghetto unter SS-Aufsicht, nach innen eine gewisse Selbstverwaltung, die Kontrolle ermöglichte, ohne allzu viel Aufwand zu verursachen, die Juden als „Faustpfand“ gegen die Vereinigten Staaten in deutscher Hand, ansonsten aber weithin ihrem Schicksal überlassen, das waren die Kernpunkte des Rademacherschen Lösungsplans. Bemerkenswert ist daneben vor allem, daß Rademacher in seinen Entwürfen vom Juli die ursprünglich erwogene Trennung von Ost- und Westjuden nicht übernahm.

6. Heydrich schaltet sich ein

Noch bevor Rademacher seine Vorstellungen näher ausgearbeitet hatte, schaltete sich bereits Reinhard Heydrich in die Diskussion ein. In einem Brief an Außenminister von Ribbentrop wies er diesen am 24. Juni 1940 darauf hin, daß er von Göring mit der „Durchführung der jüdischen Auswanderung aus dem gesamten Reichsgebiet beauftragt“ worden sei. Da das „*Gesamtproblem*“, es handle sich „bereits um 3 1/4 Millionen Juden in den *heute* Deutscher Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten“, „*durch Auswanderung* nicht mehr gelöst werden“ könne, sei eine „territoriale Endlösung“ notwendig. Er bitte daher um eine Beteiligung „bei bevorstehenden Besprechungen, die sich mit der Endlösung der Judenfrage befassen, falls solche von dort aus vorgesehen sein sollten“⁴⁹. Unter dem Begriff der „territorialen Endlösung“, der sowohl die Verbringung in ein bestimmtes, ob nun innerhalb oder außerhalb Europas liegendes, Territorium als „Endlösung“, als auch das Territorium, sprich den deutsch-beherrschten Machtbereich in Europa meinen konnte, auf den die „Endlösung“ bezogen werden sollte, firmierte nun die Ausarbeitung des Madagaskar-Plans. Der Begriff der „Endlösung“ kursierte bekanntlich beim SD schon seit einigen Jahren und erfuhr seit seinem

⁴⁸ ADAP, D, X, Nr. 101, S. 92–94, Rademacher, Die Judenfrage im Friedensvertrage, 3. 7. 1940.

⁴⁹ PAAA Inland IIg 177, Heydrich an Ribbentrop, 24. 6. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 312–313.

Aufkommen einen Bedeutungswandel, der erst später in seine genozidale Dimension mündete⁵⁰.

Heydrichs Intervention bei von Ribbentrop hatte unmittelbar zur Folge, daß nun auch das Reichssicherheitshauptamt, das heißt primär Eichmann, intensiv an die Planung des Projektes „Juden nach Madagaskar“ ging. Mit pflichtbewußter Akribie, mit Verständnis für „das Ziel und das Wollen“, wie er selbst es ausdrückte, informierte er sich bei der Reichsstelle für das Auswanderungswesen im Reichsministerium des Innern und erkundigte sich dort nach den „geographischen und klimatisch-landschaftsstrukturellen und weiteren Gegebenheiten“⁵¹. Er fuhr wegen zusätzlicher Informationen mit seinem Kollegen Rajakowitsch zum Tropeninstitut nach Hamburg, und, wie er nach dem Krieg erklärte, „so ungünstig schien die Angelegenheit gar nicht zu sein“⁵².

Da das laufende Schriftgut der Reichsstelle für das Auswanderungswesen bislang verschollen ist⁵³, läßt sich der Inhalt der Korrespondenz Eichmanns nicht nachzeichnen. Allerdings ist es fraglich, ob er bei der Reichsstelle besonders fündig geworden ist, da diese selbst noch im Februar 1939 über die Deutsche Botschaft Paris Erkundigungen über die Lebenshaltungskosten auf Madagaskar einholen mußte⁵⁴. Diese Anfrage wurde, weil sie drei Monate lang unbeantwortet geblieben war, Ende Mai 1939 wiederholt⁵⁵. Die Reichsstelle erhielt am 30. Mai von der Deutschen Botschaft Paris einen von einem Vertrauensmann ausgefüllten Fragebogen über die Lebenshaltungskosten und eine Übersicht über die Einwanderungsbestimmungen für die Insel⁵⁶. Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen verfügte also zu diesem Zeitpunkt offensichtlich über keine näheren Informationen zu Madagaskar, aus denen sie hätte Rückschlüsse auf die Lebensbedingungen bzw. -kosten hätte ziehen können. Die genannten

⁵⁰ Vgl. Kap. V; BAK R 58/996, 121–122. Auch von Weizsäcker bestätigte dies nach dem Krieg. Zunächst habe man unter „Endlösung“ eine verstärkte Emigration verstanden, später die Forderung nach dem „sogenannten ‚Madagaskar Zionismus‘“; IMT, Vol. XIII, Washington 1952, S. 444.

⁵¹ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 63.

⁵² IfZ Eich 1492, S. 56; Eichmann-Protokoll, Lang, S. 63; vgl. IfZ G 01/Adolf Eichmann, von Eichmann korrigierte Tonbandtranskription, S. 137. Die Akten des Tropen-Instituts in Hamburg (heute Bernhard-Nocht-Institut) befinden sich zum größten Teil im Staatsarchiv Hamburg, ein kleinerer Teil, der die Instituts-Korrespondenz und das Gästebuch beinhaltet, noch im Institut selbst. Nach Auskunft des Tropen-Instituts findet sich für den in Frage kommenden Zeitraum – zwischen der Intervention Heydrichs bei Ribbentrop am 24. Juni und der Übermittlung einer Kopie des Madagaskar-Projektentwurfs an Rademacher am 15. August und auch die unmittelbar darauffolgende Zeit – kein Hinweis auf Kontakte Eichmanns und Rajakowitschs mit dem Institut. Auch im Jahresbericht für 1940 ist ein solcher Besuch nicht erwähnt. Da die Möglichkeit besteht, daß entsprechende Unterlagen nach 1945 verloren gingen, läßt sich Eichmanns Aussage von dieser Seite aus weder verifizieren noch falsifizieren. Von der Richtigkeit dieser von Eichmann mehrfach wiederholten Aussage kann aber ausgegangen werden.

⁵³ Vgl. Boberach, Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates, S. 176.

⁵⁴ PAAA Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, Bd. 1, Reichsstelle für das Auswanderungswesen an die Deutsche Botschaft Paris, 25. 2. 1939.

⁵⁵ PAAA Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, Bd. 1, Reichsstelle für das Auswanderungswesen an die Deutsche Botschaft Paris, 25. 5. 1939.

⁵⁶ PAAA Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, Bd. 1, Deutsche Botschaft Paris an die Reichsstelle für das Auswanderungswesen, 30. 5. 1939.

Angaben dürften bis Kriegsbeginn drei Monate später und darüber hinaus bis zu den Kontakten Eichmanns kaum durch umfangreiche Unterlagen von anderer Seite ergänzt worden sein, so daß die Ausbeute für den von ihm ins Auge gefaßten Zweck wohl nicht allzu groß gewesen sein dürfte.

Eichmanns Mitarbeiter Wisliceny erklärte nach dem Krieg, sein Vorgesetzter habe sich auch die notwendigen Unterlagen aus dem französischen Kolonialministerium, die Jahresberichte der Gouverneure sowie den Kommissionsbericht der Polen von 1937 besorgt⁵⁷. Eichmann hat in Jerusalem allerdings bestritten, den Kommissionsbericht der Polen gekannt zu haben⁵⁸. Wisliceny berichtete weiter, Eichmann habe Fachleute aus der Schifffahrt zur Lösung des Transportproblems zu Beratungen herangezogen. Eine „Arbeitsgemeinschaft von Hapag und Norddeutscher Lloyd“ sollte demnach die Transporte organisieren⁵⁹.

Daß Eichmann bereits Anfang Juli 1940 genaue Einzelheiten über die zukünftigen Pläne vor Augen hatte⁶⁰, wird aus Gesprächen mit Vertretern der jüdischen Organisationen in Prag, Wien und Berlin im Reichssicherheitshauptamt in bezug auf die „Auswanderungsfrage“ am 3. Juli ersichtlich⁶¹ – ohne daß er konkret auf Madagaskar zu sprechen kam. Die Gesprächspartner Eichmanns hatten über den derzeitigen Stand der Auswanderung zu berichten, worauf er erwiderte, daß zwar „die Bemühungen um die Auswanderung über den Fernen Osten sowie über Lissabon fortzusetzen“ seien, aber nach „Beendigung des Krieges werde [...] voraussichtlich eine Gesamtlösung der europäischen Judenfrage angestrebt werden müssen. Es werde sich hierbei um etwa 4 Millionen Juden in den in Betracht kommenden europäischen Staaten handeln.“ Da hierfür die Einzelauswanderung „nicht ausreichend“ sein könne, gab er den Auftrag, „die allgemeinen Gesichtspunkte, die bei einem solchen Plan zu berücksichtigen wären, in einer kurzen Niederschrift zusammenzufassen“. Dem Einwand, daß dies ohne Bezug auf ein konkretes Siedlungsgebiet schwer möglich sei, begegnete er mit der Erklärung, daß „es sich zur Zeit nur um die Aufstellung von Richtlinien handeln solle, die die Durchführung eines solchen Auswanderungsplanes ohne Reibungen für beide Teile und ohne Härten etwa innerhalb einer Frist von drei bis vier Jahren ermöglichen“⁶². Auf die Bedeutung Palästinas angesprochen, wiederholte Eichmann, bewußt die Unwahrheit sagend, daß „bestimmte Pläne bezüglich des Siedlungsgebietes und der Siedlungsform“ noch nicht vorlägen. In der Niederschrift solle es sich „lediglich darum handeln, einige Grundgedanken zu einem solchen Plane zu äussern“⁶³. Der Bericht sollte bereits am Nachmittag des folgenden Tages, dem 4. Juli 1940, abgeliefert

⁵⁷ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 89.

⁵⁸ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11. 7. 1961, S. -T1-.

⁵⁹ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 89.

⁶⁰ IfZ Eich 1143, Akt. Not. Nr. 44, 3. 7. 1940.

⁶¹ Eichmanns Gesprächspartner waren Jakob Edelstein und Franz Weidmann aus Prag, Josef Löwenherz aus Wien und Paul Eppstein aus Berlin. Löwenherz war Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde Wien; ihm wurde nach dem „Anschluss“ die Leitung der Israelitischen Kultusgemeinde übertragen, die eng mit der von Eichmann geleiteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ zusammenarbeitete, vgl. BAK R 58/956, 50. In der Vernehmung in Jerusalem nannte Eichmann ihn bezeichnenderweise Richard Löwenherz; Eichmann-Protokoll, Lang, S. 50.

⁶² IfZ Eich 1143, Aktennotiz Nr. 44, 3. 7. 1940.

⁶³ Ebenda, S. 3.

werden. Anschließend erläuterte Eichmanns Mitarbeiter Dannecker nähere Einzelheiten. Auf die kurze Frist angesprochen, wiegelte er ab, daß es sich „lediglich um eine erste Äusserung zu dem Gesamtproblem handeln solle. Hierbei könne, auch wenn ein konkretes Gebiet noch nicht feststehe, sehr wohl von dem Beispiel eines Landes ausgegangen werden.“ Wiederum auf Palästina angesprochen, gab er allerdings eindeutig zu verstehen, daß „Palästina nicht genügend Fassungsraum aufweise, und dass auch von Seiten der Araber Schwierigkeiten gemacht werden“ könnten⁶⁴.

Es ist offensichtlich, daß mit diesem Auftrag eine Planungshilfe für die Ausarbeitung des Madagaskar-Projekts intendiert war, geben die Daten für die von jüdischer Seite auszuarbeitende Niederschrift doch exakt Zeitraum und Umfang des Madagaskar-Plans wieder, daß aber die Juden nichts über das schon ins Auge gefaßte Ziel der Auswanderung erfahren sollten.

Der Gedanke verbreitete sich jedoch schneller, als von Eichmann augenscheinlich erwünscht. Bereits am 1. Juli 1940 notierte Adam Czerniaków, der ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Warschau, den die Deutschen nach der Besetzung der Stadt als Vorsitzenden des „Judenrats“⁶⁵ eingesetzt hatten, in seinem Tagebuch, der Leiter des Judenreferats der Gestapo in Warschau, SS-Oberscharführer Gerhard Mende, habe ihm mitgeteilt, „der Krieg sei in einem Monat zu Ende und wir würden nach Madagaskar ausreisen. Auf diese Weise wird das zionistische Ideal verwirklicht.“⁶⁶

7. Jüdische Reaktionen in Deutschland

Wie weit die Gerüchte um die Planungen schon zu diesem Zeitpunkt verbreitet waren und wie sehr sie tatsächlich von jüdischer Seite ernst genommen wurden, zeigt sich in deren Bemühungen um Hilfe bei dem Versuch, das als drohend empfundene Projekt abzuwenden. Die führenden Vertreter des im Deutschen Reich noch verbliebenen Judentums suchten sich hierbei ihrer Kontakte zur katholischen Kirche zu bedienen und bemühten sich um Einflußnahme seitens des langjährigen apostolischen Nuntius in Deutschland, Eugenio Pacelli, der seit März 1939 als Pius XII. auf dem Stuhle Petri in Rom saß. Am 7. Juli 1940 erhielt der Papst eine Denkschrift des Generalsekretärs des Raphaelsvereins⁶⁷, Menningen, in der dieser mitteilte, verlässlichen Informationen in Berlin sei zu entnehmen, daß man gedenke, „staatlicherseits die Judenfrage in kurzer Zeit radi-

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Czerniaków blieb in dieser Funktion bis zu seinem Selbstmord am 23. Juli 1942.

⁶⁶ Czerniaków-Tagebuch, S. 88.

⁶⁷ Der St. Raphaels-Verein war ein 1871 gegründeter Verein zum Schutz katholischer Auswanderer mit Sitz in Hamburg und 45 Nebenstellen in ganz Deutschland (1938). Während des „Dritten Reiches“ bemühte er sich bis zur Auflösung und dem Verbot des Vereins am 25. Juni 1941 um Hilfe bei der Auswanderung vor allem von Katholiken bzw. katholisch Getauften oder mit Katholiken verheirateten Juden. Die zum Christentum Konvertierten oder von diesen Abstammenden wurden von den Nationalsozialisten gemäß ihrer Rassenkategorien als „Nicht-Arier“ geführt und verfolgt. Nach dem Erlaß der „Nürnberger Gesetze“ vom September 1935 wurde auch diese Trennung weitgehend aufgehoben und nur noch von Juden im Sinne des „Reichsbürgergesetzes“ gesprochen.

Zwischen 1934 und 1939 brachte der St. Raphaels-Verein rund 10350 Personen zur Auswanderung und ca. 2220 in Stellen im Ausland unter. Bis 1941 erhöhte sich diese Zahl infolge des

kal zu lösen. Es wird davon gesprochen, dass in einer französischen Kolonie Afrikas ein Judenreservat errichtet werden solle. So ist bei einer hohen Polizeistelle bereits gesagt worden, daß die private Auswanderung von Nichtariern nicht mehr lange dauern werde, weil der Staat selber die Angelegenheit in die Hand nähme, zumal die konfessionellen Organisationen sich als unfähig erwiesen hätten, die Auswanderungsfrage zu lösen.“⁶⁸

Die Gerüchte um den Madagaskar-Plan waren offensichtlich zumindest bei den Betroffenen und ihrem Umkreis weit verbreitet, denn in Reaktion auf die ihnen bekannt gewordenen Pläne der deutschen Regierung zur Errichtung eines Judenreservates auf Madagaskar traten die Leiter der „Reichsvereinigung“ Leo Baeck, Paul Eppstein und Otto Hirsch über Menningens an den Papst heran und baten ihn um Unterstützung⁶⁹. Menningens schrieb deshalb am 11. Juli an Pius XII.: „Nach sicherem Vernehmen, so meinten die Vertreter der ‚Reichsvereinigung‘, sei von der Deutschen Regierung beabsichtigt, auf der kommenden Friedenskonferenz das Judenproblem endgültig zu lösen. In diese Lösung sollte nicht bloß Deutschland, sondern auch alle von Deutschland im Krieg besetzten Länder miteinbezogen werden. Soweit man erfahren habe, denke man sich bei den zuständigen Stellen die Lösung so, dass in einer französischen Kolonie Afrikas ein Judenreservat errichtet werde. Der ursprüngliche Plan, die Juden im Gebiete um Lublin anzusiedeln, wurde wieder aufgegeben, da man zwischen Deutschland und Rußland keinen Judenstaat wünsche. Statt dessen ist in diesem Zusammenhang der Name Madagaskar gefallen. Die Führer der ‚Reichsvereinigung‘ vertraten die Meinung, dass die von der deutschen Regierung geplante Lösung die deportierten Juden in eine unerträgliche Lage bringe, da die klimatischen Verhältnisse in den genannten Kolonien eine größere Umsiedlung von Europäern gar nicht zuließen. Darum müsse man für die Friedenskonferenz ein anderes und besseres Projekt vorbereiten und es von den interessierten Staaten vertreten lassen. Nach Meinung der Leiter der ‚Reichsvereinigung‘ käme als geeignetes Land das südliche Alaska [!] in Frage.“⁷⁰ Die „Reichsvereinigung“ bemühe sich, über ihre internationalen Verbindungen eine Öffnung Alaskas zu erreichen⁷¹. Sie wolle „durch ihre Mittelsmänner an einflussreiche amerikanische Politiker herantreten und in der Presse, z. B. in der New York Times, die amerikanische Öffentlichkeit langsam vorbereiten“⁷². Menningens war deshalb gebeten worden, „diese Tatsache dem Hl. Stuhl mitzuteilen und bei der Staatssekretarie die Bitte vorzutragen, der Hl. Stuhl möge gegebenenfalls dieser Aktion die moralische und diplomatische Unterstützung leihen“⁷³. Aus den hier angesprochenen Bemühungen der deutschen Judenführer im Ausland entsprangen augenscheinlich die Arbeiten Nussbaums und Hevesis⁷⁴, eine Reaktion des Papstes bzw. eine Initiative gegenüber der deutschen Regierung ist nicht erkennbar.

Krieges kaum noch; vgl. Reutter, Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich, S. 187f., 193.

⁶⁸ Denkschrift über die Auswanderung katholischer Nichtarier nach Brasilien an Papst Pius XII., in: ADSS, Bd. VI, Dok. Nr. 250, S. 353.

⁶⁹ ADSS, VI, Dok. 252, S. 356–359, 11.7. 1940.

⁷⁰ Ebenda, S. 357; vgl. ebenda, Dok. 271, S. 375, Schreiben Menningens an Kardinal Maglione, 31.7. 1940.

⁷¹ Der amerikanische Kongreß hatte Alaska für die Einwanderung gesperrt, um einer Besiedlung durch Japaner vorzubeugen.

⁷² ADSS, VI, Dok. 252, S. 357f.

⁷³ Ebenda, S. 358.

⁷⁴ Vgl. Kap. I.2.

8. Hoffen auf den Madagaskar-Plan – Generalgouverneur Hans Frank

Das wetteifrige Bemühen vieler Stellen im Reich, allen voran der Gauleiter, ihre Gebiete „judenfrei“ zu bekommen, hatte seit Gründung des Generalgouvernements zu einer Reihe unerwünschter und unkontrollierter, das heißt von Generalgouverneur Hans Frank als Konterkarierung seines auf Hitler zurückgeführten Allmachtsanspruchs interpretierter, Deportationen geführt. Am 12. Februar 1940 war die Auseinandersetzung hierum Gegenstand einer Besprechung zwischen Göring, Himmler, Frank, Schwerin von Krosigk und einigen Nachgeordneten. Sie waren sich zu diesem Zeitpunkt noch einig, daß das Generalgouvernement „die geordnete Judenauswanderung aus Deutschland und den neuen Ostgauen aufnehmen“ müsse. Es dürfe aber „nicht mehr vorkommen, dass Transportzüge ohne ordnungsgemäße und fristgerechte Anmeldung bei dem Generalgouverneur in das Generalgouvernement geschickt werden“⁷⁵. Im Sommer nun schienen die Madagaskar-Überlegungen Frank eine willkommene und zu der Hoffnung Anlaß gebende Gelegenheit, sich den Auswirkungen dieses ungeliebten Kompromisses entledigen und darüber hinaus sein eigenes Territorium „judenfrei“ bekommen zu können.

In einem Gespräch des Generalgouverneurs mit dem Höheren SS- und Polizeiführer, Obergruppenführer Friedrich-Wilhelm Krüger, berichtete ihm dieser am 10. Juli über „die Neuregelung auf dem Gebiete der Judenaussiedlung aus dem Reich“. Danach würden künftig „Judenaussiedlungen aus dem Reich ins Generalgouvernement nicht mehr stattfinden“⁷⁶. Bereits für August vorgesehene Ausweisungen von Juden aus dem Gebiet würden ebenfalls nicht mehr durchgeführt werden, „da alle Juden einschließlich derjenigen des Generalgouvernement nach den Kolonien Afrikas überführt werden“ sollten, „die die französische Regierung zu diesem Zweck an das Deutsche Reich ausliefern“ müsse⁷⁷.

Frank wußte aber bereits von Hitler persönlich von dem für ihn so erfreulichen Gedanken an Afrika und Madagaskar⁷⁸. Er hatte mit ihm am 8. Juli ein längeres Gespräch über die Entwicklung des Generalgouvernements geführt und berichtete vier Tage später in einer Abteilungsleitersitzung in Krakau von der auf seinen Antrag hin gefällten Entscheidung des „Führers“, „keine Judentransporte ins Generalgouvernement mehr stattfinden“ zu lassen. Statt dessen sei geplant, „die ganze Judensippenschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach Friedensschluß in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportie-

⁷⁵ IMG, Bd. XXXVI, S. 299–307, hier S. 302.

⁷⁶ Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger, 10. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, S. 247f.; vgl. Faschismus – Getto – Massenmord, hrsg. v. Jüdischen Historischen Institut Warschau, S. 57.

⁷⁷ Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger, 10. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 248.

⁷⁸ Die Freude über die sich anbahnende „Madagaskar-Lösung“ und das erhoffte Ende seiner Zeit als Gouverneur eines Judenverschiebe- und Auffangterritoriums ist in Franks Äußerungen zur Judenfrage in dieser Zeit geradezu sinnlich greifbar, wie sich auch aus den weiter unten zitierten Äußerungen ablesen läßt.

ren“. Man denke „an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll. Hier wird auf einer Fläche von 500 000 km² reichlich Gelände für ein paar Millionen Juden sein.“ Mit spöttischer Genugtuung hielt er fest, er habe sich „bemüht, auch die Juden des Generalgouvernements dieses Vorteils teilhaftig werden zu lassen, sich auf neuem Boden ein neues Leben aufzubauen. Das wurde akzeptiert, so daß in absehbarer Zeit auch hier eine kolossale Entlastung gegeben sein wird.“⁷⁹

Frank wiederholte diese Mitteilung über Hitlers Entscheidung am 25. Juli 1940 auf einer Besprechung mit Beamten und Angestellten in Lublin. Hitler habe verfügt, erklärte er den belustigten Zuhörern mit zynischem Sarkasmus, daß die Juden im Generalgouvernement „auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt“ würden, „sodaß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei“ werde. „Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit des Abtransportes der Juden“ zulasse⁸⁰, „werden die Juden Stück um Stück, Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden“⁸¹.

Knapp eine Woche später war das Thema ausführlicher Gegenstand einer Besprechung Franks mit dem Reichsstatthalter des Warthegaus, Arthur Greiser, und führenden Vertretern der SS. Greiser berichtete von einer Unterredung mit Himmler, „daß nunmehr die Absicht bestehe, die Juden über See in bestimmte Gebiete abzuschieben“⁸². SS-Obergruppenführer Krüger legte dar, daß schon einige Denkschriften darüber verfaßt worden seien, „in welcher Form die Aktion nach Übersee durchgeführt werden solle“, und schlug vor, bei der Aussiedlung aus dem Generalgouvernement zunächst mit den Juden in Litzmannstadt zu beginnen⁸³. Einen Wermutstropfen, der sich als nur allzu realitätsnah und berechtigt erweisen sollte, brachte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, SS-Brigadeführer Bruno Streckenbach, in die Diskussion, als er betont erklärte, „daß sich genaues [!] über die ganze Aktion noch nicht sagen lasse. Grundsätzlich stehe bisher nur fest, daß seine Dienststelle den Auftrag habe, festzustellen, wieviel Juden im gesamten von Deutschland zur Zeit besetzten Raum vorhanden seien.“ Zwar sollten die Juden „nach dem bisher bestehenden Plan nach Madagaskar verschickt werden“, doch: „Wann und wie die Verschickung vor sich gehen solle, sei eine Frage des Friedensschlusses. Ob sie tatsächlich nach Madagaskar kommen sollten, sei auch noch nicht endgültig bestimmt.“⁸⁴ Hier spiegelt sich deutlich der inzwischen durch den Kriegsverlauf bedingte Wandel von einer euphoriegeladenen und eine kurzfristige Beendigung der Auseinandersetzung mit England erwartenden Siegesstimmung, wie sie Hitlers Äußerungen Mitte Juni prägte, hin zu einer Orientierung des Krieges auf neue Herausforderungen und Ziele, entsprechend der grundsätzlichen programmatischen Fixierung, die sich in Hitlers Anweisung vom selben Tag ausdrückte, den Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Alle Madagaskar-Überlegungen standen notwendigerweise unter den Vorzeichen der Kriegfüh-

⁷⁹ Abteilungsleitersitzung vom 12. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Dienstagebuch, S. 252; vgl. IMG, Bd. XXIX, 2233-PS, S. 378.

⁸⁰ Das Protokoll notiert an dieser Stelle „Heiterkeit“.

⁸¹ Ansprache Franks in Lublin vom 25. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Dienstagebuch, S. 258; vgl. IMG Bd. XXIX, S. 405.

⁸² Besprechung Franks vom 31. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Dienstagebuch, S. 261.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Ebenda.

rung, und die hiermit verbundenen Perspektiven zur Behandlung der Judenfrage hatten den Realitäten des Kriegsverlaufs zu folgen, wie sie Hitler zum Teil aufgezwungen wurden, vor allen Dingen durch das Patt gegenüber Großbritannien, wie er sie aber andererseits durch die Orientierung nach Osten selbst schuf. In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Bedeutung angebracht, die Madagaskar in den Planungen der Militärs, sprich der zuerst betroffenen Marine spielte.

9. Madagaskar in den Augen der Marine

Madagaskar wurde seitens der Militärs allein unter strategischen Gesichtspunkten analysiert, in seiner Bedeutung aber eher nachrangig bewertet. Zwar machte am 3. Juni 1940, dem gleichen Tag, an dem Rademacher zum ersten Mal den Madagaskar-Gedanken ins Spiel brachte, auch die Seekriegsleitung in einer Abhandlung über „Raumerweiterungs- und Stützpunktfragen“ deutlich, daß der Gewinn Madagaskars und der im Indischen Ozean liegenden französischen Inseln, neben Stützpunkten auf den Afrika vorgelagerten Inselgruppen, „von größter Bedeutung“ wäre⁸⁵, doch galt dies wohl in erster Linie für die westafrikanischen Inseln. Denn am 11. Juli schätzte der Oberbefehlshaber der Marine, Raeder, in einem Vortrag bei Hitler auf dem Obersalzberg „den Wert von Madagaskar als weniger hoch, da [der] Atlantik Hauptkriegsgebiet“ bleibe⁸⁶.

Am 27. Juli schaltete sich das Oberkommando der Kriegsmarine mit einer Denkschrift an das Auswärtige Amt, das Oberkommando der Wehrmacht und das Kolonialpolitische Amt in die laufende Diskussion ein. Der Seekriegsleitung war bekannt geworden, „daß bei verschiedenen Dienststellen Planungen für ein zukünftiges deutsches Kolonialreich vorbereitet“ wurden, weshalb man von vornherein die Frage der Stützpunkte zur Sicherung dieses Kolonialreiches ins Auge fassen müsse. Daraus resultierten „Stützpunktforderungen der Seekriegsleitung“, wobei die Voraussetzung zugrunde gelegt sei, „daß außer den ehemals deutschen Kolonien Togo, Kamerun und Deutsch-Ost-Afrika nur bisher franz[ösische] und belg[ische] Kolonialgebiet zur Schaffung eines zusammenhängenden deutschen Kolonialreiches in Zentralafrika in Frage“ komme; als einer der Stützpunkte an der Ostküste Afrikas wurde deshalb „Diego Suarez (Madagaskar)“ gefordert. In einer kurzen Charakteristik der avisierten Kolonialniederlassungen hieß es, Diego Suarez sei „als Stützpunkt geeignet“, besitze eine „beherrschende Lage der Ost- und Westküste Madagaskars“ und eine „geschützte Reede“. Außerdem seien „Ankerplätze für [eine] beliebige Zahl größter Schiffe“ vorhanden⁸⁷. Die Äußerungen sind ihrer Intention und Zielsetzung nach allein unter militärstrategisch-kolonialen Gesichtspunkten zu betrachten, eine Analyse der Landungsmöglichkeiten von eventuellen Deportationsschiffen oder der Aufnahme- und Umschlagkapazitäten madagassischer Häfen war dies ebensowenig wie eine Auseinandersetzung mit den Plänen zur Judenverbringung auf die Insel.

⁸⁵ IMG, Bd. XXXIV, Dok. 041-C, S. 242, 3.6. 1940.

⁸⁶ Wagner, Lagevorträge, S. 110, 11.7. 1940.

⁸⁷ BA Potsdam, AA, Pol. Abt., Akte 61120, 27.7. 1940.

10. Rademachers Informationsbeschaffung

Franz Rademacher suchte, nachdem er Anfang des Monats Juli seine Pläne für den Friedensfall vorgelegt hatte, durch Informationsbeschaffung mittels in Auftrag gegebener Gutachten seine Idee und die Vorbereitungen zu ihrer Umsetzung voranzutreiben. Er nahm dazu nicht allein zu den Vertretern des schwülstigen Antisemitismus wie Paul Wurm und dem „Stürmer“ Kontakt auf, denn, ebenso wie Adolf Eichmann, war auch er darum bemüht, sich für den Projektentwurf mit der notwendigen wissenschaftlichen Kompetenz zu versorgen. Darüber hinaus legte, ebenfalls auf eine Anforderung Rademachers hin, am 17. Juli 1940 der Statistik-Professor und Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Friedrich Burgdörfer, einen Bericht „Zur Frage der Umsiedlung der Juden“⁸⁸ vor, der als statistische Grundlage für die Zahl der nach Madagaskar zu deportierenden Juden dienen sollte. Er bezifferte die Zahl der Juden im Deutschen Reich, dem angeschlossenen Österreich, dem Protektorat Böhmen und Mähren und der durch den Krieg „rückgegliederten Ostgebiete“ auf rund eine Million Menschen. Setze man die Zahl der im „Generalgouvernement Polen“ befindlichen Juden mit 1,2 Millionen an, so wären „innerhalb des großdeutschen Reiches bis zur östlichen Interessengrenze 2,2 Millionen Juden vorhanden“. Die Gesamtzahl der Juden in Europa schätzte Burgdörfer auf rund 10 Millionen, wovon 2,9 Millionen in „Sowjet-Rußland“, 1,3 Millionen im „russischen Interessengebiet im ehemaligen Polen“ und 350 000 in Bessarabien und der Bukowina wohnten⁸⁹. Zusammen mit den Juden in den baltischen Staaten ergebe dies eine Zahl von rund fünf Millionen, so daß, wenn die Juden dieses russischen Herrschaftsgebietes für eine Umsiedlung nicht berücksichtigt würden, immer noch etwa fünf Millionen „Juden aus dem übrigen Europa [...] für eine Umsiedlung in Betracht kämen“. Von den 7 Millionen Juden außerhalb Europas lebten rund 5 1/4 Millionen in Amerika, „die wohl ebenfalls für eine Umsiedlung nach Madagaskar nicht in Frage kommen. Es blieben demnach von den außereuropäischen Juden noch rund 1 3/4 Millionen.“ Burgdörfer hielt fest, inwieweit diese 1 3/4 Millionen außereuropäischer Juden für eine Umsiedlung zu berücksichtigen seien, vermöge er nicht zu beurteilen, doch ging er zunächst einmal davon aus, daß auch sie einbezogen werden könnten. Beachte man hierbei wiederum die im asiatischen Teil unter russischer Kontrolle befindlichen Juden, so ergebe sich folgendes Bild: Die Juden aus Europa zählten ohne den Herrschaftsbereich der Sowjetunion 4,9 Millionen, die Juden aus den übrigen Erdteilen „mit Ausnahme Amerikas und des sowjetrussischen Teils Asiens“ 1,6 Millionen⁹⁰. Demnach kämen „rund 6 1/2 Millionen Juden für eine Umsiedlung in Frage“. Madagaskar habe 3,8 Millionen Einwohner, also eine Bevölkerungsdichte von 6,2 je qkm. Wolle man die Insel „ausschließlich den Juden vorbehalten, so würde sich bei 6,5 Mill[ionen] Juden auf der Insel eine Bevölkerungsdichte von immerhin erst 10 je qkm ergeben. Will man die 6,5 Millionen Juden unter Belasung der alteingesessenen Bevölkerung zusätzlich dort unterbringen, so würde sich

⁸⁸ PAAA Inland II A/B 35/2, Gutachten Burgdörfer „Zur Frage der Umsiedlung der Juden“, 17.7. 1940.

⁸⁹ Gutachten Burgdörfer, S. 3.

⁹⁰ Ebenda, S. 4.

die durchschnittliche Bevölkerungsdichte auf etwa 16 je qkm erhöhen, d.h. auf den Stand der Besiedlungsdichte, wie er im Gesamtdurchschnitt für die Erdoberfläche festgestellt ist und etwas mehr als ein Zehntel der Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches. Auch diese Zahl dürfte sich innerhalb des natürlichen Fassungsvermögens der Insel halten.“⁹¹

Burgdörfer war, man mag es als typisch für eine Form der Mentalität auffassen, „nur“ Statistiker. Folglich ging er das Problem auch rein statistisch an, und auf diesem Wege war es offenbar zu lösen. Die Implikationen seiner Zahlenspiele interessierten ihn nicht, auch wenn er freizügig vom „natürlichen Fassungsvermögen“ der Insel sprach. Über dieses mit der Natur der Insel vereinbare Fassungsvermögen hatte er sich gerade keine Gedanken gemacht. Mit dieser statistischen Lösungsvariante ließen sich auch die Antarktis und die Sahara zu unterbevölkerten Zuwanderungsgebieten erster Güte hochrechnen.

Bemerkenswert ist, daß selbst in dieser Hochphase des Madagaskar-Plans keine öffentlichen Äußerungen Hitlers, Himmlers, Görings, von Ribbentrops oder Goebbels' überliefert sind, in denen eine mögliche Verschiffung der europäischen Juden nach der französischen Insel erwähnt ist, wiewohl die Gerüchte um die Madagaskar-Planungen bis in die Öffentlichkeit gedrungen waren und Goebbels am 26. Juli seinen Informationsstand im Tagebuch mit der Bemerkung festhielt, ein großer Plan zur Evakuierung der Juden aus Berlin sei genehmigt. „Im übrigen sollen sämtliche Juden Europas nach dem Kriege nach Madagaskar deportiert werden. Das wird dann deutsches Schutzgebiet unter einem deutschen Polizeigouverneur.“⁹²

Der deutsche Botschafter bei der Regierung in Vichy, Otto Abetz, teilte Rademachers Chef Luther im August mit, Hitler habe ihm bei einem Vortrag über Probleme des deutsch-französischen Verhältnisses, der am 3. August auf dem Berghof stattfand, erklärt, „daß er beabsichtige, nach dem Kriege sämtliche Juden aus Europa zu evakuieren“, ohne daß er allerdings Madagaskar ausdrücklich als Ziel dieser „Evakuierung“ nannte.⁹³

Der über diese Äußerungen Hitlers Mitte August unterrichtete Rademacher hatte neben dem statistischen auch ein geologisches Gutachten für die ins Auge gefaßte Insel in Auftrag gegeben, das ihm am 29. Juli übermittelt wurde. Darin legte der an der Bergakademie in Freiberg lehrende Geologie-Professor Friedrich Schumacher eine „Zusammenstellung der mineralischen Bodenschätze in Madagaskar“ vor und hielt recht ernüchternd fest, daß die Insel zwar reich an Edel- und Halbedelsteinen sei, die Produktion wertmäßig aber kaum ins Gewicht falle. Der Goldabbau hatte in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen, wohingegen der Glimmerexport stark gestiegen war. Das Hauptnutzmaterial der Insel blieb jedoch mit weitem Abstand Graphit, so daß Schumacher zusammenfassend festhielt, daß abgesehen von Graphit „der Reichtum

⁹¹ Ebenda, S. 5, Hervorhebungen im Original.

⁹² Goebbels-Tagebücher, Teil I, Bd. 4, S. 253, 26. 7. 1940.

⁹³ ADAP, D, X, Dok. 345, S. 399, 15. 8. 1940; das Gespräch zwischen Luther und Abetz fand am 15. August oder kurz vorher statt, da Luther die Meldung an diesem Tag „streng vertraulich“ an Rademacher weiterleitete. Abetz war Ende Juli ins Führerhauptquartier nach Salzburg bestellt worden und hielt Hitler am 3. August Vortrag; vgl. Abetz, Das offene Problem, S. 141.

Madagaskars an mineralischen Rohstoffen, wert- und mengenmäßig betrachtet, nicht groß“ sei⁹⁴. Das Gutachten wurde von Rademacher auch der „Antisemitischen Aktion“, Reichsbankoberinspektor Hoppe in Görings Vierjahresplanbehörde, dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland und Eichmanns Mitarbeiter Dannecker zugeleitet⁹⁵. Mit Görings Beamten Hoppe stand Rademacher auch in der Frage der Verwertung des jüdischen Vermögens und der Klärung der Umsiedlungsfinanzierung in Verbindung.

Am 12. August 1940 legte Rademacher in diesem Zusammenhang seine „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“ vor⁹⁶. Seine Leitvorstellung war, „sozusagen auf einen Schlag den jüdischen wirtschaftlichen Einfluß in Europa durch den deutschen zu ersetzen, ohne daß Störungen in den Wirtschaften einzelner Länder durch Stillegungen einzelner Großfirmen eintreten“. Das „jüdische Kapital in Europa“ sollte von der neuen Bank „treuhänderisch verwaltet“ und zur Bezahlung der Kosten für die Umsiedlung der Juden nach Madagaskar sowie für die Begleichung derjenigen Werte verwendet werden, welche „die Juden in Madagaskar erhalten“. Die Bank hatte auch den „staatseigenen Grund und Boden, Gebäudebesitz usw. Madagaskars treuhänderisch [zu] verwalten, soweit er für die Ansiedlung der Juden benötigt und vorgesehen wird“. Im Laufe der Ansiedlung sollten diese Werte nach und nach den Juden übereignet werden. Das Reichssicherheitshauptamt hatte die jüdischen Vermögenswerte in Deutschland zu erfassen und an die Bank weiterzuleiten, und nach diesem Vorbild war geplant, eine ähnliche Organisation für die anderen europäischen Länder zu schaffen. Es war darüber hinaus vorgesehen, daß die Bank die notwendigen Gelder für die Kosten der Umsiedlung auf Anforderung der SS vorstreckte. „Der einzelne Jude nimmt nur ein etwas größeres Handgepäck mit.“ Daneben sollte er eine „Forderung an die jüdische Gemeinschaft ‚Madagaskar‘“ erhalten, und man beabsichtigte, die Landvergabe auf der Insel nach dem Muster der innerdeutschen Siedlungsverträge zu gestalten. Zur Beschaffung notwendiger Geräte und für den Verkauf der jüdischen Erzeugnisse in Madagaskar „könnte der Bank eine Art Raiffeisengenossenschaft angegliedert werden, so daß jeder unmittelbare Handel der Juden mit der Außenwelt unterbunden wäre“. Allein die Genossenschaft sollte zum Ankauf der Madagaskar-Erzeugnisse berechtigt sein und auch „Weiterverkauf ins deutsche Reichsgebiet bzw. ins Ausland“ durchführen⁹⁷.

Rademacher hat sich mit dem Gedanken an eine solche Bank offenbar schon einige Tage vorher an die für Wirtschaftsfragen dieser Art zuständige Vierjahresplanbehörde gewandt, denn zwei Tage später, am 14. August, teilte ihm sein Verhandlungspartner

⁹⁴ PAAA Inland IIg 177, „Zusammenstellung der mineralischen Bodenschätze von Madagaskar“, Gutachten des Geologie-Professors Schumacher, Freiberg, 29. 7. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel S. 318f. Rademacher ließ Schumacher am 2. August über den Dozentenbund der NSDAP an der Bergakademie ein Dankschreiben zuleiten; PAAA Inland IIg 177, 2. 8. 1940.

⁹⁵ PAAA Inland IIg 177, Konzept zum Schreiben vom 5. 8. 1940.

⁹⁶ PAAA Inland IIg 177, Rademacher, „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“, 12. 8. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 321–322.

⁹⁷ Ebenda.

Hoppe mit, daß Görings „zweiter Mann“, Staatsrat Wohlthat, ihn damit beauftragt habe, „einen Entwurf für die geplante intereuropäische Bank zur Verwertung des Judenvermögens zu machen“⁹⁸. Zu diesem Zweck sollte ihm Rademacher das Statut der von der italienischen Regierung gegründeten „Anstalt zur Verwaltung und Liquidierung von Immobilien“ besorgen⁹⁹. Rademacher leitete dies durch eine Anfrage bei der Deutschen Botschaft in Rom in die Wege¹⁰⁰. Die Initiative zur Planung der intereuropäischen Bank ging aber von Rademacher aus¹⁰¹, der nach ihrem Telefongespräch am 14. August auch Hoppe seine schriftlich niedergelegten Gedanken umgehend zusandte¹⁰². Allerdings verlief die weitere Bearbeitung der Angelegenheit nur schleppend, denn erst im November äußerte Wohlthat den Wunsch, mit Luther „den Vorschlag des Referats D III [zu] besprechen, eine intereuropäische Bank zur Liquidierung des jüdischen Vermögens zu gründen“¹⁰³. Auch dies ist ein Beleg dafür, daß die ganze Madagaskar-Angelegenheit mit nachrangiger Dringlichkeit behandelt wurde, solange die realen Voraussetzungen des Kriegsverlaufs wenig Aussicht auf die Möglichkeit einer baldigen Umsetzung erhoffen ließen.

Einen weiteren Einblick in den Hintergrund, vor dem Rademacher seine Gedanken entwickelte, vermittelt eine Notiz, die er am 9. August zur Frage der rechtlichen Behandlung von jüdischen Emigranten anfertigte. Zur Entscheidung stand die Frage, wie ehemalige jüdische Beamte oder Versorgungsempfänger, die emigriert waren, zu behan-

⁹⁸ PAAA Inland IIg 193; Rademacher übersandte Hoppe auch ein Exemplar seiner „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“.

⁹⁹ Die staatliche Anstalt „Ente di gestione e liquidazione immobiliare“, „eine Art Bankinstitut“, war durch Gesetz vom 9. Februar 1933 gegründet worden. Generaldirektor war der Rechtsanwalt Marchese Anselmo Guerrieri Gonzaga, der der Deutschen Botschaft in Rom Informationen und Material über seine Institution zur Verfügung stellte; vgl. PAAA Inland IIg 193, Aufzeichnung (des Ref. D III) für Luther vom 14. 11. 1940 und Brief der Deutschen Botschaft Rom vom 12. 3. 1941.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ PAAA Inland IIg 177, Rademacher, Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans, 30. 8. 1940, S. 2; Inland IIg 193, Aufzeichnung Rademachers für Luther vom 14. 11. 1940.

¹⁰² PAAA Inland IIg 193, Mitteilung Rademachers an Hoppe, 14. 8. 1940. Die Mitteilung ist mit Rademachers Paraphe und dem Datum 12/8 versehen, doch muß es sich bei der Datierung um einen Irrtum Rademachers handeln, da er in der Mitteilung auf das Telefongespräch mit Hoppe vom 14. August Bezug nimmt, dessen Datum er auch an anderer Stelle wiederholt. Das Telegramm an die Deutsche Botschaft Rom wurde ebenfalls umgehend nach dem Telefongespräch am 14. August um 13.00 Uhr durchgegeben, und Rademacher nimmt in der Mitteilung an Hoppe hierauf Bezug.

¹⁰³ PAAA Inland IIg 193, Aufzeichnung Rademachers für Luther vom 14. 11. 1940. Anlaß dieses Treffens war nicht in erster Linie die Besprechung über die Vorarbeiten zur Gründung der europäischen Bank, sondern die Bitte des Marchese Gonzaga, ihm als Gegenleistung für seine Informationen vom August „geeignetes Material über die von Deutschland auf den Gebieten der Enteignung jüdischen Vermögens, der Beschlagnahme feindlichen Eigentums und der Intervention des Staates bei Versteigerungsverfahren zu beschaffen“, wie es in der gleichen Aufzeichnung heißt. Diesem Ansinnen nachzugeben war die deutsche Seite allerdings nicht bereit; vgl. ebenda, Mitteilung Luthers an die Deutsche Botschaft Rom vom 26. 2. 1941. Um Gonzaga nicht zu verstimmen, sollte er von Wohlthat nach Berlin eingeladen werden, was sich über Monate verzögerte, um schließlich doch nicht realisiert zu werden; vgl. ebenda, Schriftverkehr Rademachers mit der Deutschen Botschaft Rom.

deln seien. Das Innenministerium hatte am 19. Juli vorgeschlagen¹⁰⁴, alle jüdischen Emigranten, die Vermögenswerte im Deutschen Reich besaßen, auszubürgern, um so an deren Besitz heranzukommen. Rademacher schlug statt dessen vor, „alle emigrierten Juden schlechthin ohne Rücksicht auf das Vermögen auszubürgern, um einmal klare Verhältnisse zu schaffen“, oder aber, was er für „propagandistisch gangbarer und daher vorzuziehen“ erachtete, sämtliche Emigranten auszubürgern. „Dieser Vorschlag hätte den Vorzug, daß er keine spezielle Spitze gegen die Juden hat, also in USA nicht so sehr gegen Deutschland verwertet werden könnte.“¹⁰⁵ Luther hatte diese Linie am 23. Juli vorgegeben und bemerkt, daß „bei Kriegsende sowieso eine generelle Lösung des Judenproblems in Europa von Deutschland durchgesetzt werden“ müsse¹⁰⁶. Rademachers Schreiben vom 9. August entsprach seiner bekannten USA-Fixierung, die sich als gedanklicher Hintergrund auch in seinen Vorschlägen aus den Madagaskar-Denkschriften von Anfang Juli findet, wo er dafür plädierte, die Juden als „Faustpfand“ gegenüber den Vereinigten Staaten zu benutzen. Von Wichtigkeit ist allerdings Rademachers Einlassung, daß noch zu diesem Zeitpunkt Anfang August 1940 der Runderlaß Görings vom 28. Dezember 1938 „nach den Akten des Referats D III die offenbar letzte grundsätzliche Stellungnahme des Führers zur Judenfrage enthält, die noch insoweit Gültigkeit haben dürfte, als sie nicht durch die inzwischen erlassenen Gesetze und Verordnungen (insbesondere im Verfolg des Mordes an Gesandtschaftsrat vom Rath) überholt ist“¹⁰⁷. Auf Basis dieser „Aktenlage“ aus der Vorkriegszeit hat Rademacher folglich auch seine Gedanken zum Madagaskar-Plan entwickelt. Die Initiative zu seiner Abhandlung über die vordringlichen Aufgaben seines frisch übernommenen Referats wie auch über die „Judenfrage im Friedensvertrage“ entsprang dabei seiner Interpretation der vorgegebenen Generallinie, verbunden mit den aktuellen Möglichkeiten als Folge einer außergewöhnlich erfolgreichen Kriegführung.

Erst Ende August machte Rademacher das Innenministerium mit Einzelheiten des Madagaskar-Projekts bekannt, als er in Fortsetzung der Diskussion um die Ausbürgerungsfrage Pläne dorthin übersandte und auf die Vorarbeiten des Reichssicherheitshauptamtes und der Vierjahresplanbehörde verwies. Er machte noch einmal klar, daß gegen die allgemeine Ausbürgerung nur der vermögenden Juden „größte außenpolitische Bedenken“ bestünden, da hiermit der „feindlichen Propaganda, insbesondere in [den] USA“ nur Stoff für die Behauptung gegeben würde, die Deutschen wollten nur die Juden berauben. Er wiederholte seinen Vorschlag, „sämtliche Emigranten auszubürgern“, um damit die Spitze gegen die Juden zu nehmen, da die Emigranten durch ihre Abwanderung die Absicht bekundet hätten, „sich endgültig vom neuen Deutschland zu trennen“¹⁰⁸. Welche Pläne dem Schreiben Rademachers beilagen, ist nicht überliefert, doch erfuhr der zuständige Referent im Innenministerium, Lösener, erst am 3. Dezember in einem Gespräch mit Eichmann Einzelheiten des Madagaskar-Projekts¹⁰⁹.

¹⁰⁴ Vgl. STAN NG-4405, das auf ein Schreiben vom 19. Juli betreffend die „Ausbürgerung von Juden“ Bezug nimmt.

¹⁰⁵ PAAA Kult E, Juden, 372, Rundschreiben Rademachers vom 9. 8. 1940, D III, Nr. 1689.

¹⁰⁶ PAAA Inland IIg 175, Vermerk Luthers vom 27. 7. 1940.

¹⁰⁷ PAAA Kult E, Juden, 372, Rundschreiben Rademachers vom 9. 8. 1940, D III, Nr. 1689.

¹⁰⁸ STAN NG-4405, Schreiben Rademachers an den Reichsminister des Innern vom 26. 8. 1940 (Antwort auf ein Schreiben vom 19. 7. 1940).

¹⁰⁹ Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S. 264–313, hier S. 296.

11. Der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes

Außenminister von Ribbentrop hatte Rademacher am 2. August mitteilen lassen, daß er in den Grundsätzen der Vorbereitung einer Abschiebung der Juden aus Europa zugestimmt habe, daß aber hierbei – vor dem geschilderten Hintergrund müßte es heißen: weiterhin – in engem Einvernehmen mit den Dienststellen des Reichsführers SS vorgegangen werden solle¹¹⁰. Am 15. August 1940 erhielt Rademacher den ausgearbeiteten Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes. Von diesem Entwurf dürfte es mindestens drei Exemplare gegeben haben. Eines wurde mit Sicherheit im Reichssicherheitshauptamt selbst aufbewahrt. Bei dieser Akte befanden sich vermutlich auch alle weiteren Unterlagen Eichmanns und seiner Mitarbeiter zur Vorbereitung und Erarbeitung des Planes. Ein zweites Exemplar wurde von Heydrich direkt an von Ribbentrop gesandt. Von dort gelangte es über das für Auswanderungsfragen zuständige Referat Kult E zu Rademacher, der es zu Pol XII, dem für Friedensfragen zuständigen Referat der Politischen Abteilung, weiterleitete. Diese beiden Exemplare sind offenkundig verschollen. Das dritte Exemplar erhielt Rademacher am 15. August von Dannecker durch Boten mit der Bitte „um besonders vertrauliche Behandlung“ direkt zugesandt, ein Ausdruck der engen und offensichtlich ungewöhnlich störungsarmen Kooperation zwischen Rademachers und Eichmanns Referat. Dieses Exemplar ist, versehen mit einer sieben Punkte umfassenden handschriftlichen, aber leider kaum leserlichen Notiz Martin Luthers, erhalten. Rademacher war von Heydrichs Absicht zur direkten Weiterleitung des Entwurfs an von Ribbentrop bereits vorher informiert worden und hatte seinen Vorgesetzten Luther, der sich in Fuschl aufhielt, telefonisch unterrichtet¹¹¹.

Das „Madagaskar-Projekt“ des Reichssicherheitshauptamtes umfaßt neben dem Deckblatt und dem Inhaltsverzeichnis vierzehn maschinenschriftliche Seiten nebst einer doppelseitigen handschriftlichen Organisationsskizze sowie einen anderthalbseitigen Auszug aus „Meyers Lexikon“ von 1939 zu Madagaskar¹¹². Der Entwurf war in vier Bereiche gegliedert, erstens „Lage und Grundsätzliches“, zum zweiten „Geographisches“, drittens die „Staatsrechtliche Form und gebietsmäßige Aufgliederung“ und schließlich der vierte und bei weitem ausführlichste Teil, der die „Organisation“ des Madagaskar-Projekts betraf.

Zum Punkt „Lage und Grundsätzliches“ hielt das Reichssicherheitshauptamt fest, daß mit der Errichtung des Generalgouvernements und der Eingliederung der neuen deutschen Ostgaue „große Massen von Juden unter unmittelbare deutsche Hoheitsgewalt“ gekommen seien, zu denen „noch die in den unter deutscher militärischer Oberhoheit stehenden Gebieten ansässigen Juden“ hinzukämen. Die bisherige Praxis habe gezeigt, „daß schon die Lösung des jüdischen Problems im Reichsgebiet einschließlich [des] Protektorat[s] Böhmen und Mähren *im Wege der Auswanderung* infolge der allenthal-

¹¹⁰ PAAA Inland IIg 177, 229, Handschriftliche Notiz Rademachers auf der Kurzfassung seiner Arbeitsplan-Skizze vom 3. Juni mit Paraphen vom 2. August.

¹¹¹ PAAA Inland IIg 177, 15. 8. 1940, 197–221; die maschinenschriftlichen Teile der Akte sind abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 322–331.

¹¹² Meyers Lexikon, Bd. 7, Leipzig ⁸1939.

ben auftretenden Schwierigkeiten [...] *in absehbarer Zeit schwer zum Ende geführt werden kann*“. Nachdem die „Massen des Ostens“ hinzugekommen seien, sei „eine Bereinigung des Judenproblems durch Auswanderung unmöglich geworden“. Die Zahl der betroffenen Juden wurde auf rund vier Millionen geschätzt¹¹³.

Die Ausarbeitung stellte den „Niederschlag der bisher seitens der Sicherheitspolizei geleisteten Vorarbeiten zu dem Projekt einer Ansetzung dieser rund 4 000 000 Juden in *Madagaskar* dar“. Getreu der Ideologie des traditionellen Reservatgedankens hieß es zum „Grundsätzlichen“ abschließend, „zur Vermeidung dauernder Berührung anderer Völker mit Juden“ sei „eine Überseelösung *insularen Charakters* jeder anderen vorzuziehen“¹¹⁴.

Unter Punkt zwei, den Fragen der Geographie, nahm der Plan zu „Klima“, „Volkszählung und Land“, der „Wirtschaft“ und den „Verkehrswege[n]“ Stellung. Was das Klima betraf, so seien die „Küsten der Insel [...] infolge der hohen Temperatur und der dauernd feuchten Luft für Europäer ungesund“. Ein großer Teil des Innenlandes mit einer Durchschnittshöhe von 800–1500 Metern sei dagegen „für Europäer geeignet“. Durch die zahlreichen Wasserläufe und Sümpfe sei zwar in den Niederungen „Fiebergelahr vorhanden“, doch konnte die Seuchenausbreitung nach Ansicht der Autoren durch Trockenlegungen der Feuchtgebiete „weitgehend gesteuert werden“. Für ein Arbeitsprogramm seien hier schon „große Aufgaben zu bewältigen“¹¹⁵.

Was die Wirtschaft anging, wurde auf die geringe Industrie sowie die Hauptprodukte des Ackerbaus verwiesen. Der Viehbestand wurde auf rund sieben Millionen Rinder geschätzt und gestatte sogar einen Fleischexport. Optimistisch folgerten Eichmann und seine Mitarbeiter daraus, daß die Ernährung „demnach auch beim Hinzukommen von 4 Millionen Juden gesichert“ sei.

Was die Verkehrswege betraf, war den Autoren die mangelhafte Infrastruktur vollkommen klar. Das Eisenbahnnetz umfaßte nur 600 km auf einer Insel von fast 600 000 qkm. Daß auch stabile Straßenanlagen, Wege und Brückenbauten erst noch „in großem Umfange geschaffen werden“ müßten, war den Planern des Reichssicherheitshauptamtes ebenso bekannt wie die Notwendigkeit „weitgehendst[er]“ Stromregulierungen. Hierin sahen sie jedoch kein Hindernis, im Gegenteil: „Ein großzügiges Arbeitsprogramm zum Ausbau der Verkehrswege würde auf Jahre hinaus Arbeitsmöglichkeiten schaffen.“ Dabei solle die „örtliche Leitung des Territoriums [...] bemüht sein, die Wirtschaft dieses Landes autark zu gestalten, damit Verbindungen zwischen den Juden und der übrigen Welt im Rahmen des internationalen Handels ausgeschlossen werden“. An den Stellen, an denen dies am Anfang nicht erreicht werden könne, seien „deutsche Treuhandgesellschaften zur Lösung dieser Probleme anzusetzen“¹¹⁶.

Madagaskar sollte nach den Absichten der SS niemals ein wie auch immer gearteter „Judenstaat“ werden, denn was den dritten Teil des Projektentwurfs, die staatsrechtli-

¹¹³ PAAA Inland IIg 177, 201, Hervorhebungen im Original. Die Zahl der Juden für die einzelnen Länder laut Plan: Deutschland 743 000, Generalgouvernement 2 300 000 (also fast doppelt so viel wie im statistischen Gutachten Burgdörfers angenommen; vgl. Kap. VI.10.), Protektorat 77 000, Belgien 80 000, Holland 160 000, Luxemburg 2 500, Dänemark 7 000, Norwegen 1 500, Slowakei 95 000, Frankreich 270 000.

¹¹⁴ PAAA Inland IIg 177, 202, Hervorhebungen im Original.

¹¹⁵ Ebenda, 203.

¹¹⁶ Ebenda, 204.

che Form und die gebietsmäßige Aufgliederung der Insel anging, stellten die Autoren klar, daß sich Madagaskar „infolge des insularen Charakters zur Bildung eines jüdischen Reservates“ eigne, daß aber „jeder Versuch jüdischer Eigenstaatlichkeit [...] bei der Findung der staatsrechtlichen Form von vornherein ausgeschaltet werden“ müsse. Eventuellen Einspruchsversuchen, die man in erster Linie seitens der Vereinigten Staaten befürchtete, sei vorzubeugen. Als „staatsrechtliche Form“ erscheine deshalb die „Errichtung einer jüdischen Wohnstätte unter deutscher Oberhoheit gegeben“. Die totalitäre Absicht, die sich hinter dem Ganzen verbarg, war eindeutig: „Tatsächlich mußte aber dieses Mandat im Innern als Polizeistaat aufgezogen werden.“

Der örtliche französische Verwaltungsapparat sollte zunächst unter Leitung der deutschen Behörden weiterarbeiten, um eine Entlastung der Ansetzungsstäbe und möglicher anderer deutscher Behörden zu gewährleisten. Für die Kriegsmarine und die Luftwaffe waren die notwendigen Stützpunkte und Landeplätze freizuhalten¹¹⁷.

Selbstverständlich sahen sich die Planer im Reichssicherheitshauptamt selbst als zentrale Organisations- und Durchführungsinstanz des Gesamtvorhabens, denn, was die Abwicklung des Projekts anging, wurde unter Hinweis auf Görings Erlaß vom 24. Januar 1939 festgehalten, daß die „Gesamtleitung [...] beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD“ liege. „Ihm obliegt die zentrale Steuerung der gesamten Aussiedlung und Ansetzung, die Regelung der Transportangelegenheiten, die gesamte Finanzierung, sowohl der Transporte als auch der Ansetzung, und die sicherheitspolizeiliche Aufsicht.“¹¹⁸

Zur technischen Durchführung der Aussiedlung sollten drei „Aussiedelungsstäbe“ gebildet werden. Ein Aussiedelungsstab „West“ war für Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg zuständig, ein Aussiedelungsstab „Mitte“ für das „Altreich“, das Sudetenland, die „neue[n] deutsche[n] Ostgaue“, die „Ostmark“, das „Protektorat Böhmen und Mähren“, die Slowakei, Dänemark und Norwegen. Der Aussiedelungsstab „Ost“ sollte das „Generalgouvernement Polen“ bearbeiten. Die „zentrale Steuerung“ sollte für das „Altreich“, den „Sudetengau“ und die „neue[n] deutsche[n] Ostgaue“ bei der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ in Berlin liegen, für die „Ostmark“ und das Protektorat Böhmen und Mähren in Händen der jeweiligen „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“, nach deren Muster auch in der Slowakei verfahren werden sollte. Die auf rund 7500 bezifferten Juden Dänemarks waren durch einen Stabsbeauftragten in Zusammenarbeit mit der dänischen Polizei und den vorhandenen jüdischen Gemeinden und Organisationen zu erfassen, der „Abschub“ der 1500 Juden Norwegens konnte nach diesen Vorgaben „mit einem Transport erledigt“ werden¹¹⁹. Nach Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg sollte vom Aussiedelungsstab West jeweils ein Beauftragter zu den zuständigen Polizeibehörden abgeordnet werden. Die Einzelmaßnahmen lagen gemäß dem Entwurf in Händen der unteren Verwaltungs- und Polizeibehörden, die dazu jüdische Organisationen zur Hilfe heranziehen sollten. Diese waren in den einzelnen Ländern nach dem Vorbild der Israelitischen Kultusgemeinden in Wien und Prag und der deutschen „Reichsvereinigung“ zu bilden.

¹¹⁷ Ebenda, 205.

¹¹⁸ Ebenda, 206.

¹¹⁹ Ebenda, 207f., Hervorhebung im Original.

Im Generalgouvernement lag die Gesamtverantwortung nach diesem Entwurf beim Aussiedelungsstab Ost, der innerhalb des Krakauer Stabes des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD (in dieser Zeit Bruno Streckenbach) tätig werden sollte. Die Vorarbeiten hatten „weitestgehend die jüdischen Ältestenräte durchzuführen“¹²⁰.

Welche Vorarbeiten waren zu leisten? Zunächst einmal hatten alle beauftragten Dienststellen eine „genaue Sichtung des gesamten Judentums ihres Gebietes vorzunehmen“. Die Dienststellen waren demnach „für die Beantragung und Ausstellung aller – für eine Abwanderung von Juden – notwendigen Vorarbeiten, wie Dokumentenbeschaffung für den Einzeljuden, Vermögenserfassung und Verwertung sowie Eingliederung in die Transporte, verantwortlich“. Nach diesem Plan sollten die ersten Transporte „hauptsächlich Landwirte, Baufachleute, Handwerker und Handarbeiterfamilien bis zu 45 Jahren sowie Ärzte enthalten“, die als „Vortrupp zum Zwecke der Vorbereitung und Unterbringung der nachfolgenden Massen vorausgeschickt und angesetzt“ werden sollten. Den Juden sollte erlaubt werden „bis zu 200 kg nicht sperrendes Gepäck pro Person“ mitzunehmen, aber: „Jüdische Landwirte, Handwerker, Ärzte usw. *müssen*, soweit vorhanden, die gesamte in ihrem Besitz befindliche und zur Ausübung ihres Berufes notwendige Ausrüstung mitnehmen.“ Das von den Ausgesiedelten zurückgelassene Vermögen war der dafür in jedem Lande gesondert zu errichtenden „Treuhandstelle für das Judenvermögen“ zu melden. Der „Gesamterlös nach Verkauf der unbeweglichen Vermögensteile“ sollte dann „einem zu errichtenden Zentral-Aussiedelungsfonds zugeführt“ werden¹²¹.

Bei der ins Auge gefaßten Dimension des Projekts von vier Millionen Menschen war die Frage, wie diese aus ganz Europa auf die entfernte Insel „verfrachtet“ werden sollten, von zentraler Wichtigkeit, an der sich auch die Realisierungsperspektiven mit abschätzen ließen. Der Plan ging von einem durchschnittlichen Fassungsvermögen von 1500 Personen pro Schiff aus. Für die Hin- und Rückfahrt einschließlich der notwendigen Aufenthalte wurden „etwa 60 Tage“ veranschlagt. Unter der Voraussetzung, daß 120 Schiffe „ähnlichen Inhalts“ zur Verfügung stünden, könnten „täglich zwei Transporte mit demnach insgesamt 3000 Juden durchgeführt werden [. . .]. Pro Jahr würde das eine Zahl von rund 1 Million Juden ergeben. Die Dauer der Durchführung des gesamten Projektes könnte deshalb auf etwa vier Jahre festgesetzt werden.“ Allerdings war nicht daran gedacht, hierfür auch nur ein einziges deutsches Schiff zu verwenden, da die deutsche Handelsflotte nach dem erwarteten Friedensschluß anderweitig gebraucht würde. Deshalb war es nach Ansicht der Planer „notwendig, im Friedensvertrag mit aufzunehmen, daß zum Zwecke der Lösung des Judenproblems sowohl Frankreich als auch England den erforderlichen Schiffsraum zur Verfügung stellen“¹²².

Auf Madagaskar sollte ein Berlin direkt verantwortlicher „Ansetzungshauptstab des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD“ die Gesamtleitung der Ansiedlung übernehmen¹²³ und als Oberorganisation der Juden ein Ältestenrat „zur Verfügung“

¹²⁰ Ebenda, 208.

¹²¹ Ebenda, 209.

¹²² Ebenda, 210.

¹²³ Ebenda, 211.

stehen¹²⁴. Es war vorgesehen, die Insel dann in vier Distrikte zu unterteilen, für die wiederum jeweils ein Ansetzungsstab verantwortlich war¹²⁵.

Die „Hauptaufgabe der Ansetzungsstäbe in den Distrikten“ sollte die „Kontrolle der zweckmäßigen Ansetzung jüdischer Arbeitskommandos“ sein, „mit dem Ziele, die Unterbringungsmöglichkeiten für die nachfolgenden Transporte zu sichern und zu erreichen, daß insoweit eine sofortige Einschaltung in den Produktionsprozeß erfolgt, als dies zur Bestreitung des jüdischen Eigenbedarfs nötig ist“¹²⁶. Von einer selbständigen „Unterverteilung des Landes“ durch die Juden, wie sie Rademacher in seinem Plan vom 2. Juli skizziert hatte, war selbstverständlich nicht mehr die Rede.

Darüber hinaus war die Bildung von, diesen Stäben untergeordneten, jüdischen Distriktgemeinden beabsichtigt, „die wiederum in Bezirks- und örtliche Gemeinden aufgeteilt werden“¹²⁷.

Im ganzen Projekt legte man großen Wert auf eine enge Kooperation mit den jüdischen Organisationen, wie sie sich nach Ansicht der SS-Autoren schon bei den „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ bewährt hatte. Jüdische Baufachleute und Landwirte sollten innerhalb der Gemeinden „unverzüglich“ an den „Ausbau und Aufbau landwirtschaftlicher Siedelungen“ herangehen und das Land verkehrstechnisch erschließen. Die Juden hatten ferner „für die geordnete Lebensmittelversorgung durch Errichtung eines Verteilungsapparates auf *genossenschaftlicher* Basis zu sorgen“¹²⁸.

Bei den Überlegungen zur Finanzierung des Vorhabens unterschied Eichmann zwischen den Juden unter unmittelbarer deutscher Herrschaft im Reichsgebiet einschließlich des „Protektorats“, den „neuen Ostgebieten“ und dem Generalgouvernement einerseits und den übrigen Ländern andererseits. Die Hauptkosten sollten letztere durch in den Friedensverträgen festzulegende Kontributionen tragen¹²⁹. Dabei machten sich die Planer kaum Illusionen über die unzureichende finanzielle Leistungsfähigkeit des häufig völlig verarmten Judentums in Mittel- und Osteuropa, denn die Transportkosten sollten „im wesentlichen der in den Westmächten ansässigen Judenschaft anlässlich des Friedensvertrages als Wiedergutmachung für jenen Schaden“ auferlegt werden, „der im Verfolg der Auswirkung des Versailler Vertrags durch die Juden dem Deutschen Reiche in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung zugefügt wurde“¹³⁰. Dies war wiederum eine ideologisch abgeleitete Begründung, wie sie seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zum Kernbestand antisemitischer Topoi gehörte, wonach hinter den Pariser Friedensbedingungen das internationale, konspirativ gegen das Deutsche Reich operierende Judentum stand. Die Autoren machten sich keine Gedanken über den logischen Bruch, der dieser Argumentation innewohnte, wenn sie West- und Ostjudentum als getrennte Gruppen betrachteten, was sie faktisch in vielfacher Hinsicht waren, der nationalsozialistisch-antisemitischen Ideologie nach im Grunde aber nicht sein konnten.

¹²⁴ Ebenda, 205.

¹²⁵ Ebenda, 211.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Ebenda, 205, 211.

¹²⁸ Ebenda, 212, Hervorhebung im Original.

¹²⁹ Ebenda, 213.

¹³⁰ Ebenda, 210f.

Für den Fall der „endgültigen Bestimmung Madagaskars zur Judenwohnstätte“ schlug der Plan die Entsendung eines Kommandos der Sicherheitspolizei „in entsprechender fachlicher Zusammensetzung“ auf die Insel vor. Zu sechs Bereichen sollte dieses Vorkommando „Feststellungen treffen“: erstens zur „Gesamtaufnahmefähigkeit“, zweitens zu „Möglichkeiten der Erweiterung der Aufnahmefähigkeit durch Lagererrichtung u. ä.“ [!], drittens war die Frage der „Verwendbarkeit der unteren französischen Verwaltungsbehörden bezüglich der Verteilung und Einordnung ankommender Transporte“ zu beantworten. Viertens stand die „allgemeine Verpflegungslage“ ebenso noch zur Klärung an wie, fünftens, „Landwirtschaft und Wirtschaft allgemein“ sowie der „Arbeitseinsatz“. Schließlich waren sechstens „Landemöglichkeiten“ und „Verkehrswege“ der Insel zu erkunden¹³¹. Später sollte das Vorkommando dann auch eine genaue Einteilung der Distrikte vornehmen und den Schlüssel der Judenverteilung auf die Einzelgebiete erstellen¹³².

Es war geplant, die Vorarbeiten unter Mithilfe der französischen Verwaltungsbehörden vor Ort in Angriff zu nehmen, sobald der Bericht des Vorkommandos vorlag. „Für den Bereich dieser Angelegenheit“ sollte schließlich bei den Friedensverhandlungen auch noch „ein Beauftragter des RF-SS und Chefs der Deutschen Polizei miteingeschaltet“ werden¹³³.

Das ganze hier skizzierte Projekt, das unter dem Stichwort „vorgeschlagene Endlösung“ lief¹³⁴, sah demnach ausschließlich solche Gebiete zur „Räumung“ vor, die unter deutscher militärischer Kontrolle standen, während die Juden der Verbündeten Italien, Ungarn und Rumänien ebensowenig erwähnt sind wie die Spaniens, Portugals, Bulgariens, Griechenlands und Jugoslawiens.

Das Pferd sollte also von hinten aufgezäumt werden: Eine Besichtigung der natürlichen Voraussetzungen vor Ort mit einer Analyse der tatsächlichen Aufnahme- und Ansiedlungsmöglichkeiten erst, nachdem man vorher festgelegt hatte, wie viele Menschen über welchen Zeitraum dort ankommen sollten. 3000 Menschen täglich von Deutschland abzufertigen, hätte sicher im Bereich organisatorischer und logistischer Möglichkeiten gelegen. Dieselbe Zahl jedoch, ebenfalls täglich, auf einer Insel mit krankmachendem Klima, mit mangelhaftem bis katastrophalem Straßenpotential (sofern überhaupt vorhanden), einem Eisenbahnnetz von insgesamt 600 km auf 600000 qkm unwegsamer Gesamtfläche, in neu zu errichtenden Wohnungen oder auch nur Lagern unterbringen zu wollen, ohne dabei die Mehrzahl dieser Menschen durch Hunger und Seuchen in den Tod zu treiben, war schlicht unreal. Wer diesen Plan auch nur in der Theorie zu Ende dachte, mußte zu dem Ergebnis kommen, daß eine Deportation nach Madagaskar in dieser Form einem Todesurteil gleichkam. Zur immer wieder gestellten Frage nach dem Verhältnis des „Madagaskar-Plans“ zur „Auschwitz-Tat“ bedeutet dies: eine Alternative des Ortes und der Methode hätte der Plan werden können, nicht aber der mörderischen Tat als solcher. Aber die geplante Dimension des ganzen Projekts war, wie Eichmann nach dem Krieg bestätigte, „si-

¹³¹ Ebenda, 214.

¹³² Ebenda, 212.

¹³³ Ebenda, 214.

¹³⁴ Ebenda, 213.

cherlich auch nur Theorie gewesen, denn ob vier Millionen auf Madagaskar gehen, das wußte kein Mensch“¹³⁵.

In diesem Zusammenhang ist auf einen anderen Punkt in der Nachkriegsdarstellung Eichmanns über die Vorarbeiten zum Madagaskar-Projekt zu verweisen, der ebenfalls Anlaß zur Skepsis gibt. Eichmann behauptete, es sei „zu einer ganzen Anzahl von Dezernentenbespr[echungen]“ gekommen, an denen Vertreter aus allen Zentralinstanzen teilgenommen hätten. Insgesamt hätten auf seiner Dienststelle „15–20 grosse Sitzungen“ zum Madagaskar-Projekt mit 20 bis 25 Teilnehmern stattgefunden¹³⁶. Als Ergebnis dieser Treffen identifizierte er im Jerusalemer Prozeß den von Dannecker an Rademacher übermittelten Bericht, der in seinem Referat erarbeitet wurde. Dieser sei „ein Ergebnis von vielleicht 10 oder 15 [...] Besprechungen mit sämtlichen Zentralinstanzen“ gewesen¹³⁷. Da Dannecker den Bericht am 15. August 1940 an Rademacher weiterleitete, hätten die Besprechungen schon vorher stattfinden und bis dahin abgeschlossen gewesen sein müssen. Auf derartige Besprechungen findet sich in den Akten jedoch kein Hinweis. „Rassereferent“ Bernhard Lösener, den Eichmann als Vertreter des Innenministeriums auf diesen Sitzungen nennt, hat in seiner Darstellung über die Judenpolitik des „Dritten Reiches“ Sitzungen zu diesem Thema nicht erwähnt und nach einem zeitgenössischen Vermerk vom 3. Dezember 1940 erst an diesem Tag von einem „Fernplan“ zur Judenunterbringung auf Madagaskar und den geplanten Institutionen wie Emissions- und Transferbank, Zentralfaktorei und Produktionsorganisationen erfahren. Auch zeigen die in diesem Vermerk genannten Einzelheiten, daß er weder über die im Plan des Reichssicherheitshauptamtes genannten Dimensionen genau informiert war noch an den Vorarbeiten beteiligt sein konnte, denn die Notiz macht deutlich, daß Lösener hier etwas Neues erfuhr¹³⁸.

Eichmann behauptete weiter, das Auswärtige Amt sei auf diesen Besprechungen durch von Thadden vertreten gewesen, der „bei jeder Sitzung“ zugegen gewesen sei. Dieser habe das Besprochene im Auswärtigen Amt vorgebracht, das dann an die Vichy-Regierung herangetreten sei und „mit Laval verhandelt“ habe¹³⁹. Von Rademacher oder auch Luther spricht Eichmann im Zusammenhang mit dem Madagaskar-Plan nicht. Eberhard von Thadden wurde aber erst nach der sogenannten Luther-Revolution mit der von Ribbentrop verfügte neuen personellen und organisatorischen Aufgabenverteilung zum 1. April 1943 Leiter des in der neuen „Gruppe Inland II“ geschaffenen Referats Inland II A, das auch für „Judenfragen“ zuständig war¹⁴⁰. Laval war zwar seit

¹³⁵ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 64.

¹³⁶ BAK All Proz 6/95, S. 15. An anderer Stelle spricht er sogar von „20, 30, 40 Dezernenten“, die er „wöchentlich ein bis zweimal“ versammelt habe; BAK All Proz 6/104, S. 422.

¹³⁷ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -U1-, -W1-.

¹³⁸ Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S. 296f.

¹³⁹ BAK All Proz 6/95, S. 16; IfZ Eich 1491 -C- S. 4, 31.5. 1960; IfZ G 01/Adolf Eichmann, von Eichmann korrigierte Tonbandtranskription, S. 140. Die Zahl der Referenten schätzte er laut der letztgenannten Quelle (in dem für ihn typischen Redundanzstil) nur noch auf „ungefähr rund um die zehn“.

¹⁴⁰ Vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 262–263; das vollständige Aufgabengebiet lautete: Verbindung zum Reichsführer-SS, insbesondere Pers. Stab, zum SS-Hauptamt (Allgemeine SS und Angelegenheiten der Waffen-SS), Judenfragen, Freimaurer, Ausbürgerung, Generalien und Personalien der Gruppe Inl. II, Sonderaufträge.

dem 12. Juli 1940 Vize-Ministerpräsident, aber erst ab dem 28. Oktober 1940 Außenminister der Vichy-Regierung und wurde zum 13. Dezember 1940 von Pétain entlassen¹⁴¹.

Sollte es also Dezernentenbesprechungen gegeben haben, so fanden diese nicht allein zur Vorbereitung des Madagaskar-Projektes statt, wenngleich hierzu sicher auch strittige Fragen geklärt wurden. Die Zahl der beteiligten Stellen von Bedeutung belief sich vermutlich auf kaum mehr als ein halbes Dutzend, und die absolute Priorität hatten das Reichssicherheitshauptamt, das Auswärtige Amt und Görings Vierjahresplanbehörde¹⁴².

Martin Luther notierte sich nach der Lektüre des Eichmann-Entwurfs handschriftlich einige Stichpunkte, die darauf hindeuten, daß er in den vorausgegangenen Monaten kaum mit der Angelegenheit befaßt gewesen war. Denn er wollte als erstes wissen, von wem denn der Plan stamme und welche Arbeiten „wir“, das heißt die Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes, daran geleistet habe¹⁴³. Dies ist angesichts seines bekannten Bestrebens, seinen Arbeitsbereich umfassend zu kontrollieren, bemerkenswert und zeugt davon, daß das Projekt in seinen Augen offenkundig während der ganzen Phase einen reinen Planungscharakter eher nachrangiger Provenienz hatte, da Luther sonst die Behandlung einer derart wichtigen Frage mit Sicherheit an sich gezogen, zumindest aber stärker kontrolliert hätte.

Zu den Einzelheiten des Plans hielt er ferner fest, daß nicht nur Beauftragte des SD, sondern auch aus dem Auswärtigen Amt und eventuell des Reichswirtschaftsministeriums bei den Verhandlungen beteiligt werden sollten¹⁴⁴. Auch die Frage der Einbeziehung der Juden in Italien, Bulgarien, Rumänien „etc.“ wollte er behandelt wissen und fragte nach Vorarbeiten¹⁴⁵. Die Laufzeit von vier Jahren war seiner Ansicht nach „zu lange“¹⁴⁶. Zur Vorbereitung für den Friedensvertrag ordnete er an, genauere Klauseln und Forderungen aufzustellen, wofür er eine Frist von drei Monaten (!) setzte¹⁴⁷. Schließlich wollte er noch wissen, ob der SD den „Stab“, womit wohl das geplante „Vorkommando“ gemeint war, bereits zusammengestellt habe¹⁴⁸.

Diese Behandlung der Madagaskar-Frage durch Luther zeigt, daß der zwei Monate vorher in so euphorischer Stimmung geborene Gedanke schon viel von seiner Strahlkraft verloren hatte. Unter dem Eindruck des tatsächlichen Kriegsverlaufs wurde er zwangsläufig in den Hintergrund gedrängt, wo er zwar weiterexistierte, jedoch keine politische Relevanz für die Kriegspolitik mehr hatte, wie auch eine Äußerung des Pro-

¹⁴¹ Erst am 16. April 1942, als der Madagaskar-Plan auch offiziell lange zu den Akten gelegt war, wurde Laval auf Druck der Nationalsozialisten zum Regierungschef ernannt.

¹⁴² Daneben waren die „Antisemitische Aktion“ als Teil des Propagandaministeriums sowie die „Kanzlei des Führers“ (der Stab Philipp Bouhlers) und das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland beteiligt.

¹⁴³ PAAA Inland IIg 177, 198, handschriftliche Notiz Luthers, undatiert (nach dem 15.8. 1940), Punkt 1 und 2.

¹⁴⁴ PAAA Inland IIg 177, 198, Notiz Luthers, Punkt 3. Er notierte hier als Stichwort „Wako“, also Waffenstillstandskommission, weshalb deren Verhandlungen gemeint sein müssen, auf die noch näher einzugehen sein wird; vgl. VI.15.

¹⁴⁵ PAAA Inland IIg 177, 198, Notiz Luthers, Punkt 4.

¹⁴⁶ Ebenda, 198, Notiz Luthers, Punkt 5.

¹⁴⁷ Ebenda, 198, Notiz Luthers, Punkt 6.

¹⁴⁸ Ebenda, 198, Notiz Luthers, Punkt 7.

pagandaministers vom 17. August belegt, die dieser in sein Tagebuch notierte: „Die Juden wollen wir später nach Madagaskar verfrachten. Dort können auch sie ihren eigenen Staat aufbauen. *Aber zurück zur Gegenwart.*“¹⁴⁹ Das heißt, daß „Planungsebene“ und „Realebene“ sich zunehmend scherenförmig auseinanderentwickelten, der Plan als solcher aber immer ein Gegenstand der Realitätsperzeption blieb, wenn es innerhalb der einzelnen Behörden um eine Antwort auf die Frage ging, was mit den Juden geschehen solle.

12. Ein Madagaskar-Gutachten für Göring

Daß der Madagaskar-Plan bereits im August 1940 im Katalog der Optionen, die für die Behandlung der Judenfrage als naheliegend betrachtet wurden, zunehmend nach hinten rutschte, verhinderte keineswegs die Fortsetzung der Diskussion und der Erarbeitung weiteren Materials über die Siedlungsmöglichkeiten auf der Insel. Der nach dem Sieg über den „Erbfeind“ Frankreich inzwischen zum Reichsmarschall avancierte Göring, der sich nach wie vor als vom „Führer“ beauftragter Generalbevollmächtigter in der Judenfrage fühlen konnte, in dessen Gunst aber aufgrund der mangelnden Leistungen der Luftwaffe gegen die Briten in schlechteres Licht geriet, war bestrebt, sich in dieser Frage zugleich kundig zu machen und neues Terrain zu gewinnen.

Mit dem Datum des 21. August versehen, sandte der Leiter der Reichsstelle für Raumordnung, Ernst Jarmer, ein Gutachten über die „Raumplanerische Beurteilung von Madagaskar“ an den Ministerpräsidenten, Reichsmarschall und Chef der Vierjahresplanbehörde, der telefonisch um eine Ausarbeitung in dieser Frage als Unterlage für die Beurteilung von „Siedlungsmöglichkeiten für Europäer in Madagaskar“ gebeten hatte. Jarmers Sachbearbeiter, Regierungsrat Schrameier, hatte mit Görings Mitarbeiter Klauder nähere Einzelheiten besprochen, und Schrameier legte seinem Chef daraufhin am 13. August einen Entwurf unter der Überschrift „Siedlungsmöglichkeiten in Madagaskar“ vor. Jarmer erschien dieser Titel augenscheinlich zu konkret, und er änderte ihn zur allgemeiner gehaltenen „Raumplanerische[n] Beurteilung von Madagaskar“ um.

Schrameiers ursprünglich 24seitigem, mit eigenen Korrekturen versehenen Gutachten fügte Jarmer im Kapitel über die Möglichkeiten der Ansiedlung von Europäern korrigierend sechseinhalb handschriftliche Seiten hinzu. Sowohl der Entwurf als auch das auf Grundlage der Korrekturen Jarmers als 28seitige Reinschrift an Göring übersandte Gutachten sind bisher in der Forschung nicht berücksichtigt, weshalb im folgenden etwas ausführlicher darauf eingegangen werden soll¹⁵⁰.

Das Gutachten war in drei große Kapitel unterteilt: zunächst ging es um die „Beschreibung und Bewertung des Raumes“, im zweiten Kapitel um die „Entwicklungs-

¹⁴⁹ Goebbels-Tagebücher, Bd. 4, S. 284; Hervorhebung des Autors. Ein paar Zeilen vorher hatte er zum Umstand, daß die britische Luftwaffe Konzentrationslager bombardierte, bemerkt: „Was dort sitzt, ist doch nur Ausschuß. Die Justiz wird nie damit fertig. Der Führer will die eigentlichen kriminellen Elemente später einmal auf eine Insel deportieren. Dort sollen sie einen Staat der Gesetzlosigkeit bilden. Bei uns werden sie unschädlich gemacht.“

¹⁵⁰ Entwurf und Gutachten finden sich in: BAK R 113/1645, Reichsstelle für Raumordnung. Das Gutachten wurde am 22. August 1940 an Göring abgesandt.

möglichkeiten des Raumes“ und im dritten schließlich um die „Möglichkeit der Ansiedlung von Europäern in Madagaskar“.

Im ersten Teil über die „Beschreibung und Bewertung des Raumes“ machten die Autoren in acht Abschnitten zunächst allgemeine Angaben zur Insel und beschrieben anschließend den physischen Zustand, die klimatischen Verhältnisse, die vorherrschenden Vegetationsformen, die mineralischen Rohstoffvorkommen, die Bevölkerung und ihre Verteilung, den Einfluß der Bevölkerungsverteilung auf die landwirtschaftlichen Wirtschaftsformen und die Nutzung der mineralischen Rohstoffe¹⁵¹. Mit seiner geringen Bevölkerungsdichte von nur 6,2 Einwohnern pro Quadratkilometer sei, vergleiche man dies mit der entsprechenden Zahl von 135 Einwohnern pro Quadratkilometer für das Deutsche Reich, die „Möglichkeit einer Bevölkerungsvermehrung“ zweifellos gegeben. Zwar könne Madagaskar aufgrund seiner ungünstigeren natürlichen Bedingungen niemals die Einwohnerdichte Deutschlands erreichen, doch wenn man es beispielsweise mit dem ebenfalls unter ungünstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen leidenden Tirol vergleiche, käme man auf 18 Millionen Menschen, die auf der Insel leben könnten. Nähme man die ungünstigeren klimatischen Verhältnisse Madagaskars dann noch einmal zum Anlaß, diese Zahl zu halbieren, „würde man trotzdem noch *theoretisch* für Madagaskar eine Einwohnerzahl von r[un]d 9 Mill[ionen] Einwohnern errechnen können“. Doch aufgrund der natürlichen Bedingungen sei auch eine größere Bevölkerungsdichte erreichbar¹⁵². Den Hauptgrund für die derzeit geringe Bevölkerungsdichte der Insel sahen die Verfasser in den „herrschenden unhygienischen Zustände[n] und wenig sozialen Verhältnisse[n]“¹⁵³.

Bei der Beschreibung des physischen Zustandes der Insel enthielt das Gutachten ebenso wie zu den klimatischen Verhältnissen eine reine Faktendarstellung zu Höhen-schichten, Gewässern, Jahresniederschlägen und Temperaturverhältnissen¹⁵⁴. Daneben wurden die vorherrschenden Vegetationsformen der Insel beschrieben¹⁵⁵. Die Beurteilung der mineralischen Rohstoffvorkommen war weit weniger ausführlich als die im Gutachten Schumachers, zählte dabei die Inselmineralien insgesamt auf¹⁵⁶ und gab für die Jahre 1935 bis 1937 eine Ausfuhrübersicht für Gold, Glimmer und Graphit¹⁵⁷. Was die landwirtschaftliche Nutzung anging, betonten die Autoren neben einer Aufzählung der Hauptanbauprodukte vor allem die Primitivität der Anbauweise und die durch Brandrodungen angerichteten enormen Waldschäden, verwiesen aber auf den mengen-, weniger gutemäßig hohen Viehbestand der Insel¹⁵⁸.

Als „entscheidend für die wirtschaftliche Erschliessung des Landes“ sahen die Gutachter der Reichsstelle für Raumordnung neben den natürlichen Bedingungen „seine Bevölkerung und ihre zahlenmässige und rassenmässige Verteilung über die Insel“ an. Alle Fremden auf der Insel, Franzosen wie Araber, Perser und Inder seien nicht als Sied-

¹⁵¹ BAK R 113/1645, Raumplanerische Beurteilung von Madagaskar, S. 2–18.

¹⁵² Ebenda, S. 2.

¹⁵³ Ebenda, S. 3.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 4–9.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 9 f.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 10; vgl. Kap. VI.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 17 f.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 13–17.

ler, sondern als Beamte, Kaufleute, Goldsucher, Händler oder Pflanzer tätig¹⁵⁹. Von der aus 17 Stämmen zusammengesetzten einheimischen Bevölkerung sei der Volksstamm der „malaiischen Merina“ nicht nur der zahlreichste, sondern auch der „intelligenteste“, mit einer „hohen Feldkultur“¹⁶⁰. Die Merina hätten eine beherrschende Stellung im Innern des mittleren Hochlandes, von wo aus das Niveau, von zwei Ausnahmen abgesehen, wirtschaftlich und kulturell bis an die Küsten der Insel stetig abnehme¹⁶¹.

Vor dem geschilderten Hintergrund kamen Jarmer und Schrameier zu dem Ergebnis, daß sich „in Madagaskar noch mancherlei Möglichkeiten der Produktionsausweitung und -Verbesserung [!] bieten“. Von den dafür notwendigen „Grundvoraussetzungen“ hielten sie den „Ausbau des Verkehrswesens“, die „Schulung der Eingeborenen“ und die „Beschaffung von Arbeitskräften, d.h. [die] Bevölkerungsvermehrung“ für am wichtigsten¹⁶².

Da das Straßen- und Eisenbahnnetz im wesentlichen auf die Hauptstadt ausgerichtet war, sei eine „wirtschaftliche Verkehrserschließung des Westens, aber auch des Nordens und Südens der Insel [. . .] nicht gewährleistet“¹⁶³. Der Ausbau dieses Verkehrsnetzes mußte nach Ansicht der Gutachter einhergehen mit der systematischen Schulung der Eingeborenen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, auch um der Gefahr einer weiteren Vernichtung der Waldbestände sowie der wachsenden Bodenerosion zu begegnen¹⁶⁴, denn „auf weiten Flächen Madagaskars“ trete bereits der „unfruchtbare Laterit der Humusdecke offen zutage, sodass Madagaskar heute bereits im ganzen, abgesehen von den fruchtbaren vulkanischen Verwitterungsböden, als wenig fruchtbar, ja in grossen Teilen als unfruchtbar bezeichnet werden“ müsse¹⁶⁵.

Die Viehwirtschaft lasse sich dagegen ebenso wie der Baumwollanbau noch intensivieren, doch sei für eine „wirtschaftliche Auswertung“ der „noch vorhandenen Nutzungsmöglichkeiten“ eine „wesentliche Vermehrung der Bevölkerung notwendig“¹⁶⁶. „Diese [Menschen] fehlen aber bei der geringen Bevölkerungsdichte in Madagaskar, und werden vorläufig, sofern nicht durch entsprechende hygienische und soziale Massnahmen von seiten der Kolonialverwaltung energisch auf eine Bevölkerungsvermehrung hingearbeitet wird, auch in Zukunft fehlen.“¹⁶⁷

Die letzte und für das deutsche Vorhaben entscheidende Frage lautete: Konnten Europäer auf der Insel siedeln, und wenn ja, wo? Und wie viele Menschen kamen dafür in Betracht? Da die Autoren das Haupthindernis zur Entwicklung des Landes im zur Zeit „bestehenden Menschenmangel“ sahen, verwundert es nicht, daß sie einem Besiedlungsprojekt aus dieser Sicht sehr optimistisch gegenüberstanden und deshalb auch zunächst auf die laufenden Bemühungen der Franzosen hinwiesen, Arbeitskräfte anzuwerben.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 10.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 11 f.

¹⁶¹ Ebenda, S. 13.

¹⁶² Ebenda, S. 18.

¹⁶³ Ebenda, S. 18–20, Zitat S. 20.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 20 f.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 22.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 23.

¹⁶⁷ Ebenda.

Dabei wiederholten sie, daß aufgrund der geschilderten klimatischen Bedingungen „im Grossteil Madagaskars die Ansiedlungsmöglichkeiten für ‚Nordeuropäer‘ als Siedler oder Lohnarbeiter weniger geeignet“ seien. Ansiedlungsmöglichkeiten sahen sie im „mittleren sowie dem nördlichen Teil des südlichen Binnenhochlandes“, das Deutsch-Südwest-Afrika entsprechende klimatische Verhältnisse aufweise. Dadurch sei „eine Besiedlung durch Europäer durchaus möglich“, und man habe diese „bisher nur in wenigen Einzelfällen ausgenutzt“. Jarmer und Schrameier wollten die „an sich günstigen Siedlungsmöglichkeiten in diesen Gebieten Madagaskars“ auch dadurch belegen, daß, wie sie meinten, „polnische jüdische Kreise sich ernstlich für Madagaskar als Siedlungsgebiet interessierten“¹⁶⁸.

Sie erinnerten an die Untersuchungskommission von 1937, als deren Ergebnis der polnischen Regierung ein, entsprechend den gegebenen Verhältnissen, recht günstiger Bericht über die Siedlungsmöglichkeiten in Madagaskar übergeben worden sei und darüber hinaus angeblich in einem polnisch-französischen Vertrag schon 30 000 jüdische Familien zur Umsiedlung in Aussicht genommen worden seien. Die Autoren selbst bezifferten die Ansiedlungsmöglichkeiten in diesen „klimatisch bevorzugten Gebieten“ auf maximal „eine halbe Million Menschen“¹⁶⁹.

„Weitere und vor allem zahlenmässig in erheblich grösserem Umfange mögliche Siedlungsmöglichkeiten“ boten sich nach Ansicht der Gutachter dagegen in den „klimatisch zwar nicht so begünstigten Gebieten des breiten westlichen Tafellandes“. Aufgrund der „derzeitigen geringen Besiedlungsdichte der einheimischen Bevölkerung böten sich [jedoch] hier für die Europäer ohne Beeinträchtigung der Eingeborenenbevölkerung wirklich grosse Siedlungsmöglichkeiten“¹⁷⁰.

Sie gaben allerdings zu verstehen, daß die Frage der projektierbaren Größenordnung für eine Ansiedlung nur aufgrund „grober Schätzungen“ beantwortet werden könne. Deshalb gingen sie schlicht „davon aus, daß von der Gesamtfläche Madagaskars in Höhe von r[un]d 600 000 qkm etwa die Hälfte, also rund 300 000 qkm, für diese Besiedlung in Betracht“ käme. Hiervon könnten im günstigsten Falle zwei Drittel, im ungünstigeren Falle die Hälfte oder umgerechnet 15 000 000 bis 20 000 000 Hektar „als landwirtschaftliche Nutzfläche“ ins Auge gefaßt werden. Bei „Betriebsgrößen“ von durchschnittlich 25 Hektar „würden also im ersteren Falle 800 000 Betriebswirte also mit Familienangehörigen = r[un]d 3,2 Mill[ionen] Menschen, im zweiten Falle 600 000 Betriebswirte = r[un]d 2,4 Mill[ionen] Menschen angesiedelt werden können“. Jarmer und Schrameier gingen außerdem optimistisch davon aus, daß „bei den gegebenen Möglichkeiten einer landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie und den bestehenden Ausbaumöglichkeiten der Fischerei [. . .] ausserhalb der Landwirtschaft nochmals ebensoviel Menschen leben können“. Unter der Prämisse, daß die Hälfte der Siedler in der Landwirtschaft eine Existenz finde, die anderen im Umfeld, „könnte demnach die mögliche Gesamtbevölkerung auf 5 bis 6 Mill[ionen] geschätzt werden“. Da erst eine Million Einheimische dort ansässig seien, könne das „zusätzliche Siedlungskontingent [. . .] also nach dieser Schätzung mit etwa 5 Mill[ionen] Menschen angenommen werden“¹⁷¹.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 24.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 25.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 26, Hervorhebung im Original.

¹⁷¹ Ebenda, S. 26 f.

Auch die Siedlungsdichte mußte wieder als Orientierungspunkt zur indirekten Bewertung der Kolonisationsmöglichkeiten erhalten. Nach einer Besiedlung mit sechs Millionen Menschen auf der vorgeblich zur Verfügung stehenden Gesamtfläche von 300 000 Quadratkilometern wären das nur zwanzig Einwohner je Quadratkilometer, womit sich hier eine etwa halb so starke Bevölkerungsdichte wie in den klimatisch begünstigten Gebieten des Binnen-Hochlandes ergebe, „eine Bevölkerungsdichte die durchaus möglich wäre, ja wohl *noch* gesteigert werden könnte, sofern die auf geschichtliche Ursachen zurückzuführende jetzige einseitige Vorrangstellung der Landeshauptstadt und der Zentralprovinz gebrochen würde“. Für die gesamte Insel würde sich die Besiedlungsdichte bei einer zusätzlichen Ansiedlung von fünf bis sechs Millionen Europäern auf fünfzehn Einwohner je Quadratkilometer erhöhen. Schließlich diskutierten die Autoren auch noch die Ansiedlung von Europäern in den fruchtbaren Gebieten des Binnenhochlandes und kamen zu dem Schluß, diese sei „nur möglich, wenn die hier lebende äusserst dichte einheimische Bevölkerung ausgesiedelt würde. Eine Rücksiedlung dieser Bevölkerungsteile auf die Inseln des malaiischen Archipels dürfte jedoch auf ausserordentliche Schwierigkeiten stoßen, da diese Inseln bereits übevölkert sind.“¹⁷²

Versucht man, den Tenor des Gutachtens zusammenzufassen, kann man sich einer gewissen Verwunderung nicht entziehen. Einerseits schilderten die Autoren klar die klimatischen, hygienischen und landschaftlichen Verhältnisse, die schon der einheimischen Bevölkerung ein nur geringes Bevölkerungswachstum erlaubten¹⁷³. Sie beschrieben die „Waldverwüstungen grössten Ausmasses“¹⁷⁴, die, von der Hauptstadt abgesehen, nicht gewährleistete Verkehrserschließung des Westens, Nordens und Südens der Insel¹⁷⁵, gaben an, daß die Insel als „in grossen Teilen [. . .] unfruchtbar bezeichnet werden muss“¹⁷⁶, und stellten klar, daß „auch in Zukunft der Bergbau Madagaskars nicht die Rolle spielen [*könne*,] daß hier wirklich grosse Europäer-Kontingente beschäftigt werden können“¹⁷⁷.

Andererseits erklärten sie dann jedoch, daß die Hälfte des Landes für eine Besiedlung in Betracht komme, daß darauf bis zu 800 000 landwirtschaftliche „Betriebswirte“ mit ihren Familien leben und daß darüber hinaus noch einmal so viele Familien in der „landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie“ und der „Fischerei“ existieren könnten. Wie dies für fünf Millionen Menschen auf unfruchtbarem Boden, ohne Verkehrswege, Maschinen, Energieversorgung und ohne bislang existente Wohngelegenheiten und Versorgungseinrichtungen jeglicher Art vonstatten gehen und funktionieren sollte, das sagten sie dagegen nicht. Auch zu den Kosten, Planungs- und Durchführungszeiträumen, den als Voraussetzung notwendigen Fähigkeiten der Siedler oder auch zum möglichen Widerstand seitens der einheimischen Bevölkerung findet sich in dem Gutachten kein Wort.

¹⁷² Ebenda, S. 27 f.

¹⁷³ Ebenda, S. 3.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 14.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 20.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 22.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 26.

Tatsächlich war eines der Haupthindernisse bei der Entwicklung der Insel der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, wie Generalgouverneur Léon Cayla schon 1939 gegenüber dem Schweizer Journalisten Almasi geschildert hatte. Doch dachte Cayla hierbei an gut ausgebildete, robuste und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattete landwirtschaftliche Siedler, die nach und nach zu einer Fortentwicklung der Insel hätten beitragen können. Dies war eine Aufgabe von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, die ihrer Dimension nach langsam aus Hunderten Siedlern Tausende und aus Tausenden vielleicht einmal Zehntausende hätte machen können. Aber freiwillig war niemand auf die Insel zu bewegen. Alle bisherigen Kolonisationsversuche seitens der französischen Administration waren kläglich gescheitert. Statt jedoch hieraus Schlußfolgerungen zu ziehen und die Unfruchtbarkeit sowie die klimatische Unwirtlichkeit, die hygienisch miserabel und sozial kaum entwickelten Zustände der Insel, die verstärkt wurden durch die ungenügende oder einfach nicht existente Infrastruktur, für die tatsächliche und damit gleichsam dem natürlichen Fassungsvermögen der Insel entsprechende Bevölkerungszahl verantwortlich zu machen, gutachteten die Experten augenscheinlich das genaue Gegenteil: Würde man nur immer weiter Menschen auf die Insel bringen, würden sich alle Probleme beinahe schlagartig ändern. (Überspitzt könnte man meinen, daß vermutlich selbst das ungesunde Klima und die weitverbreiteten Krankheiten durch Zuwanderer beseitigt werden sollten.) An die finanziellen Implikationen und den „menschlichen“ Preis eines derartigen Kolonisationsprojekts wurde kein Gedanke verschwendet.

Es bleibt nur eine Vermutung, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich hinter der von den Autoren als „grober Schätzung“ apostrophierten und im Grunde willkürlichen Rechnerei die Absicht verbirgt, jenes Ergebnis zu erhalten, das politisch offenbar notwendig oder zumindest nach den Vorbesprechungen (möglicherweise auch unbewußt) als wünschenswert signalisiert worden war. Schließlich handelte es sich ja „nur“ um eine „raumplanerische Beurteilung“, die politische Verantwortung hatten im „Führerstaat“ andere zu tragen.

13. Exkurs: Die Entstehung des Madagaskar-Plans und die Aussagen Rademachers, Bracks und Eichmanns

Die Quellenlage zur Entstehung des Madagaskar-Plans vom Sommer 1940 ist nach dem Dargestellten eindeutig und wird bestätigt durch eine Aufzeichnung Rademachers vom 30. August 1940 über die „bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III“: „Auf meine Anregung hin und in enger Fühlungnahme mit mir ist [...] der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes entstanden.“¹⁷⁸ Es ist kein Zeugnis überliefert, das einen Zweifel an dieser Aussage begründen könnte. In diesem Zusammenhang erscheint eine Erörterung zur Frage der Brauchbarkeit von Nachkriegsquellen, insbesondere der Zeugenaussagen und Vernehmungen Rademachers und Eichmanns zum Madagaskar-Plan, angezeigt, die ein anderes Bild von den Ursprüngen des Projektes vermitteln.

¹⁷⁸ PAAA Inland IIg 177, Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III, Rademacher, 30. 8. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 332.

Rademacher hat sowohl als Zeuge in amerikanischer Haft als auch in seinem eigenen Prozeß eine Reihe von Bemerkungen zum Madagaskar-Plan gemacht¹⁷⁹. Diese Aussagen erweisen sich vor dem Hintergrund der bereits bekannten zeitgenössischen Quellen als vage und häufig wenig brauchbar, da sie Fakten stark durcheinanderbringen oder offensichtlich bewußt in die Irre führen.

Im September 1947 erklärte er, als die „Auswanderung stoppte“, sei der „Plan hoch[gekommen,] Madagaskar als autonomes Judengebiet einzurichten“¹⁸⁰. Im Oktober 1947 betonte er dann allgemein, er habe sich in der Madagaskar-Frage bemüht, eigene Initiative entwickelt und bei seinen Arbeiten auf ein altes Gutachten schon von vor 1933 zurückgegriffen. Seit 1918 habe im Auswärtigen Amt ein Judenreferat unter „Goldheim“ bestanden, und in dem Gutachten habe es geheißen, daß Theodor Herzl „seinerzeit nicht die Auswanderung nach Palästina, sondern nach Argentinien wollte“¹⁸¹, wodurch er auf Madagaskar gekommen sei. Mit der „Madagaskar-Geschichte“ war er nach eigener Aussage „hundertprozentig einig“ gewesen¹⁸². Auf die naheliegende Frage, von wo die Anregung zu seinen Gedanken stammte, aus eigener Überlegung oder von außen, ging er nicht ein.

Im August 1948 gab Rademacher dann eine völlig neue Version. Er habe im Juni 1940 erfahren, daß Viktor Brack von der Dienststelle Philipp Bouhlers „auf Grund einer früheren Äußerung Hitlers Göring gegenüber an einem Plan arbeitete, die Juden in Madagaskar anzusiedeln. Dieser Plan stand, wie mir gesagt wurde, mit einem Auftrag in Verbindung, den Bouhler wegen des früheren Deutsch-Ost-Afrika hatte.“ Aus alten Akten des Auswärtigen Amtes habe er ersehen, „daß ein solcher Madagaskar-Plan zuerst um die Jahrhundert-Wende von einem Holländer propagiert worden war“. Selbst Theodor Herzl habe nach dieser alten Aufzeichnung, die seiner Erinnerung nach von Sobernheim stammte – inzwischen war ihm der korrekte Name des zuständigen Referenten aus der Weimarer Zeit offensichtlich mitgeteilt worden –, zunächst den Madagaskar-Plan aufgreifen wollen, „dann Patagonien in Erwägung gezogen und sich schließlich für das historische Zion entschieden“¹⁸³. Aufgrund des Brackschen Planes habe dann das Reichssicherheitshauptamt einen „eigenen Plan ausgearbeitet, von dem ich Mitte August 1940 vertraulich Kenntnis erhielt“¹⁸⁴. Es ist bemerkenswert, daß auch Eichmann seine Anregung zu Madagaskar auf Herzl zurückführte, der sich niemals mit diesem Gedanken beschäftigt hat. Später behauptete Rademacher, daß das Auswärtige Amt vom Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes „nur unter der Hand vertraulich Kenntnis erhielt und nicht einmal zur Stellungnahme aufgefordert wurde“¹⁸⁵.

¹⁷⁹ STALNÜF AZ: 3 c Js 1321–24/49, Vernehmungen am 23.9. 1947, 25.9. 1947, 26.9. 1947, 30.9. 1947, 2.10. 1947, 3.10. 1947, 10.10. 1947, 14.10. 1947, 21.10. 1947, 18.11. 1947, 5.3. 1948 durch Peter Beauvais und Robert M.W. Kempner. Vernehmungen am 26.11. 1948, 29.11. 1948, 30.11. 1948, 1.12. 1948, 2.12. 1948, 6.12. 1948, 7.12. 1948, 9.12. 1948 durch den Untersuchungsrichter I beim Landgericht Nürnberg-Fürth, Brotanek.

¹⁸⁰ Vernehmung Rademachers vom 23.9. 1947.

¹⁸¹ Vernehmung Rademachers vom 2.10. 1947.

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ STAN KV-Anklage, Zz-431, 20.8. 1948, Erklärung Rademachers „Zur Entwicklung der Judenfrage im Dritten Reich“.

¹⁸⁴ Ebenda.

¹⁸⁵ Vernehmung Rademachers vom 6.12. 1948.

Dann wieder behauptete er, er habe Eichmann fünf bis sieben Mal getroffen¹⁸⁶, das erste Mal „Ende Juni bzw. Anfang Juli 1940“, „als der Friede mit Frankreich vor der Türe zu stehen schien“. Er habe den Judenexperten des Reichssicherheitshauptamtes auf Weisung Luthers „aufgesucht und in Gegenwart seiner Mitarbeiter über die Pläne des RSHA befragt, die für die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Frankreich für das A[uswärtige] A[mt] wichtig werden konnten. So ist das Madagaskar-Projekt zu meiner Kenntnis gelangt.“¹⁸⁷

Der von Rademacher erwähnte Viktor Brack, ein enger Mitarbeiter Philipp Bouhlers und Organisator der „Euthanasie“-Aktion T 4, bezog seine Aussagen zum Madagaskar-Plan nach dem Krieg auf das Jahr 1941. Es sei in höheren Parteikreisen in jenem Jahr ein „offenes Geheimnis“¹⁸⁸ gewesen, daß „die Machthaber beabsichtigten, die gesamte jüdische Bevölkerung in Deutschland und in den besetzten Gebieten auszurotten“. Er und seine Mitarbeiter Hevelmann und Blankenburg seien der Ansicht gewesen, daß „dieses Vorhaben der Parteiführer Deutschlands und der gesamten Menschheit unwürdig wäre“. Sie hätten deshalb eine weniger radikale Lösung gesucht. „Wir entwickelten die Idee, die Juden nach einem weitentfernten Lande zu deportieren und ich kann mich erinnern, dass Dr. Hevelmann für diesen Zweck die Insel Madagaskar vorschlug. Wir entwarfen in meinem Amt einen solchen Plan und legten ihn Bouhler vor. Offensichtlich war dieser Plan nicht annehmbar“, weshalb er und seine Mitarbeiter auf den Gedanken der Sterilisation der Juden verfallen seien¹⁸⁹. Später führte Brack diese Version noch weiter aus und meinte, daß auf Madagaskar „als staatsrechtliche Form zunächst ein Gouvernement mit einer jüdischen Regierung errichtet werden sollte, das unter einem deutschen Gouverneur stehen sollte. Diese Staatsform sollte automatisch enden, wenn sich durch die Konsolidierung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dies ermöglichen liess. [. . .] Ja, wir waren der Auffassung, dass wenn unter dem von uns erhofften Gouverneur Bouhler den Juden eine neue Heimat geschaffen würde, dass dies ein Entgegenkommen der Juden in der ganzen Welt erhoffen liess.“¹⁹⁰ Es ist im übrigen diese Quelle, aus der das in der Literatur mehrfach rezipierte Gerücht stammt, Bouhler sei als Gouverneur von Madagaskar vorgesehen gewesen. Doch auch Bracks Aussagen waren nicht frei von Widersprüchen, denn an anderer Stelle meinte er, der Madagaskar-Plan sei bereits im März 1941 verworfen gewesen. Er und seine Mitarbeiter hätten Ende März 1941 aber noch immer mit einem schnellen Kriegsende gerechnet, nach dem man den Madagaskar-Plan wieder hätte aufs Tableau bringen können¹⁹¹.

In den vorliegenden Quellen finden sich keinerlei Belege für die Absicht, Bouhler zum Gouverneur von Madagaskar zu machen, was angesichts des Machtanspruchs der

¹⁸⁶ Zur Häufigkeit der Treffen mit Eichmann vgl. Vernehmung Rademachers vom 30.9. 1947 und 30.11. 1948.

¹⁸⁷ Vernehmung Rademachers vom 7.12. 1948.

¹⁸⁸ Im Original in Anführungszeichen.

¹⁸⁹ STAN NO-426, Eidesstattliche Erklärung Viktor Bracks vom 12.10. 1946, S.7.

¹⁹⁰ STAN KV-Prozesse, Fall 1, Nr. A-97, Aussage Bracks vom 13. Mai 1947, S.7572–7574.

¹⁹¹ IMT, Vol. I, Washington 1950, S.737, Aussage vom Mai 1947. Das Datum erschließt sich aus dem Zusammenhang, nach dem es um den Bericht an Himmler über die Experimente bezüglich der Sterilisierung mittels Röntgenstrahlen vom 28.3. 1941 ging.

Heydrich-Behörde auch schwerlich durchzusetzen gewesen wäre. Die tatsächlichen Absichten des Auswärtigen Amtes und des Reichssicherheitshauptamtes gehen aus den bereits dargestellten Dokumenten vom Sommer 1940 klar hervor. Offensichtlich vermengt Brack hier sein Wissen um die Pläne von anderer Seite zudem mit kolonialen Planungen für West- und Ostafrika vom Sommer 1942. Unter den Tarnnamen „Sisal“ für Ostafrika und „Bananen“ für Westafrika waren im Reichssicherheitshauptamt Einsatzstäbe eingerichtet worden, die bereits mit Vorarbeiten für die Kolonialplanung begonnen hatten. Als Leiter der Organisation Sisal war Bouhler vorgesehen, „der später Generalgouverneur von Ostafrika werden soll[te]“¹⁹².

Versuchte Rademacher seine Initiative am Madagaskar-Plan herunterzuspielen oder ganz zu negieren, findet sich bei Eichmanns Aussagen der entgegengesetzte Fall: Eichmann beanspruchte die gedankliche Urhebererschaft des Madagaskar-Projektes für sich. Bekannt geworden sei ihm „solch eine Möglichkeit schon vor Jahren“ durch Adolf Böhm's Buch vom „Judenstaat“¹⁹³. In diesem Buch habe er auch gelesen, daß sich schon Theodor Herzl mit dem Madagaskar-Gedanken beschäftigt habe¹⁹⁴. Böhm hat allerdings niemals ein Buch mit dem Titel „Judenstaat“ geschrieben, und weder bei ihm noch in Herzls „Judenstaat“ ist von Madagaskar die Rede¹⁹⁵.

Zunächst behauptete Eichmann in seinen Vernehmungen, von den erwähnten Madagaskar-Plänen Polens bis zum Zeitpunkt der Arbeiten vom Sommer 1940 nichts gewußt zu haben¹⁹⁶. Nachdem man ihn an seine schriftlichen Äußerungen von 1938 erinnerte, hielt er es doch für möglich, von den polnisch-französischen Vorhaben gehört zu haben und „inspiriert“ worden zu sein¹⁹⁷. Er legte dennoch in allen seinen Äußerungen großen Wert darauf, 1940 von selbst, nicht von außen, auf das Madagaskar-Projekt gekommen zu sein. Merkwürdigerweise hat ihn nie jemand nach Rademacher und seinen Kontakten bzw. seine Zusammenarbeit mit diesem befragt. Eichmann sagte aus, er habe zunächst seinem Vorgesetzten Heinrich Müller seine Idee vorgetragen, dieser habe anschließend das Einverständnis Heydrichs eingeholt und dieser wiederum die Zustimmung Himmlers¹⁹⁸.

Eine Bestätigung dieser Darstellung findet sich in einer weiteren Nachkriegsquelle, den immer wieder als Grundlage für Darstellungen zum Madagaskar-Plan herangezogenen Aufzeichnungen von Eichmanns Mitarbeiter Dieter Wisliceny, von dem verschiedene, zum Teil voneinander abweichende Aussagen über Eichmann und den Madagaskar-Plan überliefert sind.

¹⁹² BAK NS 19/2506, 17.6. 1942.

¹⁹³ IfZ Eich 1492, 55; vgl. BAK All Proz 6/95, S.14. Eichmann wiederholte diese Behauptung in seiner Vernehmung in Jerusalem; IfZ Eich 1491, Aussage Eichmanns vom 31.5. 1969; Eichmann-Protokoll, Lang, S.61.

¹⁹⁴ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -R1-.

¹⁹⁵ Der Wiener Fabrikant und Schriftsteller Adolf Böhm (1873–1941) hatte ein zweibändiges Werk über die zionistische Bewegung verfaßt. Vermutlich verwechselte Eichmann, für ihn durchaus typisch, Madagaskar mit dem von Böhm genannten Moçambique und vermischte dies mit den sonstigen alternativ zu Palästina diskutierten Territorien; vgl. Böhm, Die zionistische Bewegung, Bd. 1, S.254–266.

¹⁹⁶ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 62–64.

¹⁹⁷ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -R1-.

¹⁹⁸ IfZ Eich 1492, S.55.

In einem handschriftlichen Bericht über Eichmanns Tätigkeit beim SD vom Oktober 1946 heißt es, nach dem Sieg über Frankreich im Sommer 1940 habe Eichmann „über Müller und Heydrich geleitet, in einer Denkschrift an Himmler die Umsiedlung aller Juden aus Europa nach Madagaskar“ vorgeschlagen. „Dieser Plan fand die Zustimmung Himmlers und angeblich auch Hitlers. Unter der nominellen Leitung von Göring sollte eine Zentralorganisation für Europa geschaffen werden. Die technische Durchführung sollte Heydrich, d.h. praktisch Eichmann, übertragen werden.“¹⁹⁹

Nach einer anderen Darstellung Wislicenys, rund einen Monat später, „schlug Eichmann, von Heydrich nachdrücklich unterstützt, Himmler die Insel Madagaskar als Umsiedlungsgebiet für das gesamte europäische Judentum vor. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung Himmlers und Hitlers.“²⁰⁰ Aus der „angeblichen“ Zustimmung Hitlers war nach dieser Darstellung inzwischen eine Zusage geworden.

Die vor dem Hintergrund der Schilderung Wislicenys denkbare und von Eichmann behauptete Möglichkeit, er sei unabhängig von Rademacher zur gleichen Zeit – nimmt man die Überlegungen vom März 1938 als ursprünglichen Gedanken, müßte man sagen: wieder – auf die Madagaskar-Idee gekommen, ist nicht plausibel. Zum einen gibt es keine Äußerungen Eichmanns vom Juni 1940 zu dieser Idee, denn der erste Beleg für eine Beschäftigung mit dem Gedanken ist der Auftrag für ein Gutachten an seine jüdischen Gesprächspartner aus Prag, Wien und Berlin vom 3. Juli 1940. Zweitens ist Heydrichs Schreiben an von Ribbentrop vom 24. Juni ein eindeutiges Zeichen dafür, daß er an etwas beteiligt zu werden wünschte, was offensichtlich ohne seine Kenntnis im Auswärtigen Amt in Gang gekommen war. Und drittens gilt auch hier die anhand der Quellenlage plausible Behauptung Rademachers vom 30. August 1940, das Madagaskar-Projekt sei auf seine Anregung hin entstanden.

Der beschriebene „Anregungsweg“ Rademacher – Luther – von Ribbentrop – Hitler ist der einleuchtendste. Nun gibt es zwei möglicherweise parallele Wege, auf denen der Gedanke zu Heydrich und Eichmann gelangt sein könnte. Zum einen besteht die Möglichkeit, daß über das Umfeld Hitlers Himmler und darüber Heydrich informiert wurde. Eine zweite Möglichkeit ist folgende: Rademacher gibt in seinem Bericht über die „bisherige Entwicklung“ des Plans an, daß er „an die einzelnen Dienststellen herangetreten“ sei, die mit dem Projekt befaßt werden mußten. Vermutlich ist Rademacher schon unmittelbar um den 18. Juni, als von Ribbentrop das Projekt gegenüber Ciano und Hitler den Gedanken gegenüber Mussolini erwähnte, mit deren Placet versehen an sein Spiegelreferat im Reichssicherheitshauptamt herangetreten und hat Eichmann zu seiner Initiative gegenüber Müller, Heydrich und Himmler bewogen, die wiederum selbst „von oben“ davon erfuhren. Dies Wissen um die Pläne andernorts hat Heydrich umgehend zu seinem Schreiben vom 24. Juni veranlaßt.

Faßt man die skizzierten Aussagen der Protagonisten des Madagaskar-Projekts zusammen, so bleibt festzuhalten, daß eine Heranziehung der Nachkriegsaussagen Rademachers, Bracks und Eichmanns im Zusammenhang mit dem Madagaskar-Plan sowohl in Motiv- als auch Datierungsfragen nur dann zu vertreten ist, wenn sie sich aus zeitgenössischen Zeugnissen verifizieren lassen, da sowohl Eichmann als auch Rademacher in ihren Aussagen nicht nur chronologisch häufig ungenau und vage, sondern auch be-

¹⁹⁹ IfZ Eich 6 (1908), Aussage Wislicenys vom 27. 10. 1946, S. 7–8.

²⁰⁰ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 89.

strebt sind, ein bestimmtes Bild ihrer jeweiligen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Projekt zu vermitteln. Bei Rademacher ist dies vor allem der Versuch, sich als nicht initiativ und weitgehend unbeteiligt darzustellen, bei Eichmann das Bemühen, sich einerseits als Urheber und initiativer Planer der ganzen Idee zu profilieren, andererseits aber für die implizierte Idee von „Polizeistaat“ und „Großghetto“ nicht verantwortlich zu sein und somit seine „humanen“ Motive zur Lösung der Judenfrage unter Beweis zu stellen. Brack spielt, wenngleich seine Behörde an den Vorbereitungsarbeiten für das Projekt aktiv beteiligt war, in den überlieferten zeitgenössischen Quellen des Jahres 1940 für den Madagaskar-Plan keine Rolle, was auch nicht verwundert, da das Reichssicherheitshauptamt, das Auswärtige Amt und die Vierjahresplanbehörde die entscheidenden Stellen waren.

14. „Zwischenbilanz“ als Zäsur – Rademachers Zusammenfassung für Luther

Dem durch die handschriftlichen Notizen Luthers zum Madagaskar-Projekt des Reichssicherheitshauptamtes erteilten Auftrag entsprechend, faßte Rademacher am 30. August 1940 die „bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III“ in einer Denkschrift an seinen Vorgesetzten zusammen²⁰¹. Er führte darin die „Idee, alle Juden nach Madagaskar zu schaffen“, auf den „alten holländischen Antisemiten Beamish“ zurück, der sie „in den 20er Jahren veröffentlicht“ habe. Rademacher vermengte hier also offenkundig den Briten Henry Hamilton Beamish und Egon van Winghenes, alias Georg de Potteres Werk über den „Voll-Zionismus“. Dies deutet auch darauf hin, daß sich Rademacher trotz seiner Kontakte zu dem „Stürmer“-Mitarbeiter Paul Wurm weniger für die ideologiegeschichtlichen Hintergründe als vielmehr für die aktuelle Verwertbarkeit des Gedankens interessierte²⁰².

Anschließend schilderte er den Werdegang des Plans. Nachdem Außenminister von Ribbentrop „auf Vorschlag der Abteilung Deutschland“ entschieden habe, „daß die Lösung der Judenfrage im Friedensvertrag von dem Referat D III in der Abteilung Deutschland im Einvernehmen mit den Dienststellen des Reichsführers SS bearbeitet werden sollte“, habe er selbst den „Grundriß eines Planes zur Lösung der Judenfrage im Friedensvertrage entworfen“. Dieser Plan ergebe als „praktische Arbeitseinteilung“, daß für das „Führen der Verhandlungen mit den Feindmächten auf Grund des Friedensvertrages und mit den übrigen europäischen Staaten auf Grund von Sonderverträgen“ das Auswärtige Amt zuständig sein sollte. Das „Erfassen der Juden in Europa, ihr Transport nach Madagaskar, ihre Ansiedlung dort und die zukünftige Verwaltung des Insel-Gettos“ oblag dagegen dem Reichssicherheitshauptamt. Mit dem „Erfassen des jüdischen Vermögens in Europa, [dem] Gründen einer intereuropäischen Bank, die dieses Vermögen treuhänderisch zu verwalten und zu verwerten sowie die Finanzierung des Ansiedlungsunternehmens durchzuführen“ habe, sei die Dienststelle des Vierjahresplans, Staatsrat Wohlthat, beauftragt worden. Was schließlich das „propagan-

²⁰¹ PAAA Inland IIg 177, 195–196, Rademacher, Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III, 30.8. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.332–333.

²⁰² Inland IIg 177, Rademacher, Bisherige Entwicklung, 195.

distische Vorbereiten und Sichern des Planes gegen eine eventuelle Hetzwelle aus [den] USA“ angehe, war für den „Bereich des Inlandes das Propagandaministerium“²⁰³ durch die „Antisemitische Aktion“ und für den „Bereich des Auslandes die Informationsabteilung des Auswärtigen Amts“ zuständig. Er, Rademacher, sei deshalb „an die einzelnen Dienststellen herangetreten. Auf meine Anregung hin und in enger Fühlungnahme mit mir ist dann der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes entstanden.“ Auch der Plan der intereuropäischen Bank sei von ihm entworfen und Görings Mitarbeiter Wohlthat zur Prüfung und Umsetzung übersandt worden. Ein Propaganda-Plan für das Inland war demnach ebenfalls in Vorbereitung gewesen. Rademacher stellte die ganze Angelegenheit so dar, als seien die Zuständigkeiten seitens des Auswärtigen Amtes freiwillig und problemlos den anderen Behörden zugestanden worden. Hierin dürfte sich allerdings nur die Anerkennung der faktischen Ergebnisse eines Kompetenzgerangels widerspiegeln, denn nicht nur Heydrich hatte nachdrücklich und unübersehbar auf seine Einbeziehung gepocht, auch zwischen von Ribbentrop und Göring war es im Juni und Juli zu einem heftigen Kompetenzgeplänkel in der Frage gekommen, wer für die Vorbereitung und Durchführung der „wirtschaftlichen Friedensverhandlungen“²⁰⁴ mit Frankreich die Federführung übernehme: das Auswärtige Amt oder Görings Vierjahresplanbehörde²⁰⁵. Da Göring sich gleichzeitig auf die von Hitler verliehene oberste Zuständigkeit in der Behandlung der Judenfrage berufen konnte, war eine Beteiligung seiner Behörde bei der Vorbereitung des Madagaskar-Projekts zwangsläufig notwendig.

Was die Transportfrage betraf, so hatte in den abgehaltenen Vorbesprechungen Oberbereichsleiter Brake vom Stab Philipp Bouhlers den Vorschlag gemacht, „die Transportorganisation, die er als Sonderauftrag des Führers für die Kriegszeit aufgebaut hat, für den Transport der Juden nach Madagaskar später einzusetzen“. Rademacher, der den Vorschlag guthieß, hatte ihm geraten, sich hierzu mit Heydrich in Verbindung zu setzen. Die von Wisliceny wiedergegebene Kontaktaufnahme Eichmanns mit Schiffahrtsexperten und die angeblich projektierte Arbeitsgemeinschaft der Hapag mit dem Norddeutschen Lloyd wird von Rademacher nicht erwähnt. Entweder war er darüber nicht informiert, oder er wollte den hierdurch evozierbaren Interessenkonflikt zwischen Brakes und Heydrichs Behörde diesen selbst zur Lösung überlassen. Wenn Brake sich tatsächlich an Heydrich gewandt haben sollte, hat dieser ihn offenbar klar aus seinem Kompetenzbereich verwiesen, denn von einer geplanten Einbeziehung der Brakeschen Transportorganisation war in Eichmanns Planungen nie die Rede.

Rademacher schlug Luther in seiner „Zwischenbilanz“ vor, „um den Plan weiter zu fördern“, die „erwähnten innerdeutschen Dienststellen zu einer Besprechung im Auswärtigen Amt zusammenzurufen und eine vorbereitende Kommission zusammenzustellen“, daneben „an die Franzosen heranzutreten, damit sie dieser Kommission die

²⁰³ Hier nannte Rademacher Oberregierungsrat Dr. Taubert. Eberhard Taubert war u. a. Verfasser des Manuskripts zum Propagandafilm „Der ewige Jude“ und einer der wichtigsten Mitarbeiter Goebbels' bei der Materialbeschaffung für dessen Reden; vgl. Wilhelm, Rassenpolitik und Kriegführung, S. 57.

²⁰⁴ PAAA R 29607, Vertrauliche Aufzeichnung Wiehls vom 1. 7. 1940.

²⁰⁵ Vgl. PAAA R 29607, Schreiben Görings an das Auswärtige Amt, 2. 7. 1940; Schreiben Ribbentrops an Göring, 9. 7. 1940.

Einreise auf die Insel gestatten“, um daran anschließend die „Kommission auf ein bis zwei Monate nach Madagaskar“ zu entsenden, „um an Ort und Stelle die Einzelfragen der Ansiedlung und deren Vorbereitung festzustellen“. Sein grundsätzlicher Optimismus in dieser Frage nährte sich aus den Gutachten Burgdörfers und Schumachers, aus denen er den Schluß zog, „daß man die gesamten europäischen Juden, die auf höchstens 6,5 Millionen geschätzt werden, neben der alteingesessenen Bevölkerung in Madagaskar unterbringen kann“. Die natürlichen Hindernisse der Insel könnten durch „Trockenlegungsarbeiten“ behoben werden, und die durchschnittliche Bevölkerungsdichte auf der Insel würde nach der Besiedlung mit den Juden „dem Stand der Durchschnittsbesiedlungsdichte für die Erdoberfläche entsprechen“²⁰⁶.

Immer noch war nichts Konkretes entschieden, denn Luther sollte, wie Rademacher zum Schluß seiner Denkschrift bat, die Zustimmung von Ribbentrops zum „angeregten Verfahren“ herbeiführen.

Diese „Zwischenbilanz“ Rademachers war augenscheinlich auch eine Grundlage für jene grundsätzliche 19seitige Zusammenfassung Luthers zur Judenpolitik, die er knapp zwei Jahre später für von Ribbentrop verfaßte und worin er im Rückblick nicht ohne eine gewisse Selbsthuldigung festhielt, der Madagaskar-Plan seiner Abteilung sei „vom Reichssicherheitshauptamt begeistert aufgenommen“ worden. Inzwischen sei der Plan, so Luther am 21. August 1942, „durch die politische Entwicklung überholt“²⁰⁷. Inwieweit dieses Urteil, wofür vieles spricht, schon für den Zeitpunkt der „Zwischenbilanz“ Rademachers gilt, wird noch näher zu beschreiben sein.

Vergleicht man den Stand der Diskussion innerhalb der beiden in der Hauptsache beteiligten Behörden Auswärtiges Amt und Reichssicherheitshauptamt und zwischen ihnen, so fällt auf, daß die Gedanken Rademachers immer darum kreisten, die Notwendigkeit seines Amtes bei der Durchführung des Madagaskar-Projektes nachzuweisen und aus dem ganzen Vorhaben ein Zusammenspiel mehrerer Behörden zu gestalten. Der Plan des Reichssicherheitshauptamtes spiegelte dagegen eindeutig den Willen der SS, das Heft der Judenverfolgung ganz in der Hand zu halten, bzw. im ganzen deutsch beherrschten Europa in die Hand zu bekommen. Als Heydrich Wind bekam von den Gedanken, mit denen Rademacher das Auswärtige Amt ins Spiel brachte, hat er umgehend reagiert. Zwar bestellte Rademacher aus eigener Initiative noch einige Gutachten, doch übernahm Eichmanns Referat sofort die Federführung und eine umfangreiche Materialbeschaffung.

So ist es nicht verwunderlich, daß niemand auf Rademachers Vorschlag reagierte, eine Konferenz der verschiedenen mit dem Madagaskar-Plan befaßten Behörden im Auswärtigen Amt abzuhalten, um eine Vorbereitungs-Kommission zusammenzustellen, die dann ein bis zwei Monate auf die Insel fahren und gezielte Untersuchungen vornehmen sollte. Eichmanns Behörde spielte auch hier die entscheidende Rolle. Dannecker wurde im August 1940, nach Fertigstellung des Projekt-Entwurfs, zunächst noch unter den Auspizien einer eventuellen Realisierung des Plans, von Eichmann als „Beauftragter“ nach Frankreich geschickt²⁰⁸, wo er sich als Leiter des Referats IV J

²⁰⁶ PAAA Inland IIg 177, Rademacher, Bisherige Entwicklung, 195.

²⁰⁷ PAAA Inland IIg 177, 110–128, Aufzeichnung Luthers vom 21. 8. 1942, Zitat S. 2.

²⁰⁸ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 90.

der Sipo-SD in Paris zum beflissenen Antreiber in der Verfolgung der französischen Juden und zu einem entscheidenden Vorbereiter der „genozidalen Endlösung“ in Frankreich entwickelte. Wisliceny wurde in gleicher Mission im September nach Preßburg entsandt. Aber eine Kommission für Madagaskar wurde weder vom Auswärtigen Amt noch vom Reichssicherheitshauptamt ins Leben gerufen. Der Krieg, auch der gegen die Juden, lief in anderen Bahnen weiter²⁰⁹. In diesem Zusammenhang ist jedoch ein Blick auf die Rolle von Interesse, die Madagaskar in den inzwischen laufenden deutsch-französischen Waffenstillstandsverhandlungen spielte, und darauf, inwieweit sich hier Anhaltspunkte für eine projektierte Judenunterbringung auf der ostafrikanischen Insel finden lassen.

15. Madagaskar in den deutsch-französischen Verhandlungen

In den deutsch-französischen Verhandlungen über die Einzelheiten des Waffenstillstandes wird Madagaskar, das bis zur Eroberung durch die Briten im September 1942 Vichy-treu blieb, nicht im Zusammenhang mit der Judenfrage und den bestehenden aktuellen Plänen erwähnt. In der Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit der Waffenstillstandskommission (WAKO) wurden des öfteren Fragen der zukünftigen Behandlung des französischen Kolonialreiches angeschnitten, ohne daß von Madagaskar, in welcher Form auch immer, als von einer projektierten zukünftigen Heimstätte für die Juden die Rede gewesen wäre, von konkreten Erörterungen ganz zu schweigen. Die Gespräche drehten sich um andere Themen. So bat General Huntziger in einer Besprechung mit General von Stülpnagel am 19. August 1940, die beschränkte Handelsschifffahrt zwischen den Kolonien und dem Mutterland freizugeben. Es bestehe die Gefahr, daß durch die Verhinderung des Warenaustauschs die Kolonien in die Hände Großbritanniens getrieben würden. Stülpnagel fand diese Argumentation einsichtig und schlug dem Auswärtigen Amt deshalb eine „einheitliche Regelung [der] Wirtschaftsfragen französischer Kolonien durch Auswärtiges Amt bzw. OKW unter Abkehr von bisher geübtem Verfahren der Einzelgenehmigungen für [den] Handelsschiffsverkehr“ vor²¹⁰.

Daneben suchte Huntziger die Zustimmung der Deutschen zur Sicherung des Kolonialreiches mittels Entsendung von Marineeinheiten und Transportflugzeugen nach Dakar bzw. Äquatorialafrika zu erlangen²¹¹. Anfang September bat er, senegalesische Truppen aus Französisch-Somaliland nach Madagaskar verlegen zu dürfen, weil die Lage auf der Insel „besorgniserregend“ sei²¹². Die Befürchtungen erwiesen sich jedoch als unbegründet, da die Insel weiterhin fest zur Regierung Pétain stand²¹³. General Doyen, der

²⁰⁹ Vgl. den o.g. Titel von Lucy S. Dawidowicz, *Der Krieg gegen die Juden 1933–1945*, ohne daß hier deren „ultraintentionalistischer“ (Browning) These, wonach Hitler den Entschluß zur Judenvernichtung bereits in den zwanziger Jahren gleichsam endgültig gefaßt habe, gefolgt werden soll – wenngleich Dawidowicz zu Recht auf die tiefverwurzelte ideologische Fixierung Hitlers seit dieser Zeit verweist.

²¹⁰ PAAA R 29607, Telegramm an das Auswärtige Amt, 23. 8. 1940.

²¹¹ PAAA R 29607, Telegramm an das Auswärtige Amt, 31. 8. 1940.

²¹² PAAA R 29608, Telegramm an das Auswärtige Amt, 4. 9. 1940.

²¹³ PAAA R 29608, Telegramm an das Auswärtige Amt, 10. 9. 1940. Die französische Luftwaffe hatte im September auf Madagaskar 15 Flugzeuge älteren Typs stationiert, von denen 14 ein-

Nachfolger Huntzigers an der Spitze der französischen Abordnung bei den Waffenstillstandsverhandlungen, bemühte sich, von den Deutschen eine Garantie für den Friedensvertrag dafür zu erhalten, daß der französische Kolonialbesitz im wesentlichen erhalten bleibe, da es so einfacher gelingen würde, die Franzosen für eine Zusammenarbeit mit Deutschland zu gewinnen²¹⁴. Mit gleicher Begründung wiederholte Laval dieses Anliegen gegenüber Abetz²¹⁵. Als Ende September der Beauftragte der französischen Regierung für Kriegsgefangenenfragen, Scapini, zu Besprechungen auch allgemeinpolitischer Fragen nach Berlin kam, beklagte er gegenüber seinem Gesprächspartner von Rintelen, daß bezüglich der französischen Kolonien „völlige Ungewißheit“ herrsche. Scapini meinte weiter, es käme „doch wohl in Frage, einen gemeinsamen Kolonialbesitz der europäischen Völker unter Deutschlands Führung zu schaffen, der Deutschland ungeheure Möglichkeiten eröffne und auch Frankreich sein Feld zur kolonialen Betätigung lassen werde“²¹⁶.

Ein besonderes Augenmerk im Hinblick auf die für eine praktische Umsetzung der Madagaskar-Planungen zweifellos notwendige massenhafte Requirierung französischer Schiffe zum Judentransport nach der Insel ist auf deutscher Seite während der Verhandlungen um den Waffenstillstand nicht ersichtlich²¹⁷.

In der Abstimmung der Interessensphären in Afrika mit der italienischen Waffenstillstandskommission hatte sich das Deutsche Reich die Zuständigkeit für Madagaskar ausbedungen. Als die Franzosen im November aufgrund eines befürchteten englischen Angriffs auf die Insel den Antrag stellten, dort eine weitere Jagdstaffel mit dreizehn Flugzeugen und vier Ersatzmaschinen stationieren zu dürfen²¹⁸, hatte die italienische Kommission schon ihre Zustimmung signalisiert, sofern die Deutschen einverstanden seien. Daraufhin gab man den Italienern zu verstehen, daß sie „für Madagaskar gar nicht zuständig“ seien²¹⁹. Eine klare Übereinkunft der jeweiligen Zuständigkeiten er-

satzbereit waren. Deutscherseits waren für die Zukunft 6–7 Flugzeuge genehmigt; vgl. ebenda, Mitteilung des Gesandten Hencke über die Arbeit der Wako, 12. 9. 1940. Dazu auch Mitteilung des Gesandten Hencke vom 2. 11. 1940; ebenda.

²¹⁴ PAAA R 29608, Telegramm der Wako (Welck) an das Auswärtige Amt, 21. 9. 1940.

²¹⁵ PAAA R 29877, Aufzeichnung Woermanns vom 25. 9. 1940. Woermann sprach hier einschränkend vom französischen Wunsch nach der Zusicherung, daß „durch den Friedensvertrag der westafrikanische Kolonialbesitz Frankreichs unangetastet bleibe“. Eine solche Beschränkung wurde seitens der Franzosen nicht gemacht; vgl. R 29608, Telegramm Welcks an das Auswärtige Amt vom 21. 9. 1940, auf das sich Woermann bezieht. Mehrere Motive für Woermanns Einschränkung sind denkbar. Es scheint möglich, daß er stillschweigend den ihm bekannten Madagaskar-Plan und die damit verbundene Abtretung Madagaskars zur Judenunterbringung voraussetzte und deshalb diese Begrenzung auf Westafrika machte. Denn Woermann wurde erst im Februar 1942 und zu seiner Verwunderung darüber informiert, daß Madagaskar „nicht mehr für die Endlösung vorgesehen zu werden“ brauche; Inland IIg 177, Rademacher an Bielfeld, 10. 2. 1942, Woermann an Rademacher, 14. 2. 1942. Dies erklärt allerdings nicht, warum er die fernöstlichen und die nordafrikanischen Kolonien nicht erwähnte. Auch ein Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch gaullistischer Verbände, Dakar einzunehmen (23.–25. 9. 1940), wäre denkbar. Ein eindeutiger Sinn und damit ein klares Motiv für Woermanns Einschränkung auf Westafrika ist jedoch nicht zu erkennen.

²¹⁶ PAAA R 29587, Aufzeichnung von Rintelens vom 28. 9. 1940.

²¹⁷ PAAA R 29607, o.D. (August 1940), Waffenstillstandsvertrag, besonders Art. 11; R 29609, 15. 1. 1941, Tätigkeitsbericht der Deutschen Waffenstillstands-Delegation für Wirtschaft für den Zeitraum Juli bis Dezember 1940, besonders S. 36–42.

²¹⁸ PAAA R 29608, Mitteilung des Gesandten Hencke an das Auswärtige Amt, 9. 11. 1940.

²¹⁹ PAAA R 29608, Mitteilung des Gesandten Hencke an das Auswärtige Amt, 29. 11. 1940.

folgte erst im März 1941²²⁰. Madagaskar war aber offensichtlich keiner der „Kernpunkte der deutschen Interessen“, diese lagen vielmehr „an der afrikanischen Atlantikküste“ und in „Äquatorialafrika“²²¹.

Der Wechsel auf dem Posten des Generalgouverneurs von Madagaskar – Cayla hatte die Altersgrenze erreicht, führte die Geschäfte aber bis zum Eintreffen seines Nachfolgers Annet weiter – wurde vom OKW und dem Auswärtigen Amt routinemäßig vermerkt²²².

Am 9. November 1940 versicherte Reichsmarschall Göring gegenüber Laval, daß Hitler dessen Auffassungen bezüglich der französischen Flotte und der Kolonien teile. Laval ging es in dieser Frage vor allem um eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Kolonialgebiet, mit dem Ziel, die abgefallenen Kolonien wiederzugewinnen und de Gaulle zu vertreiben. Göring betonte, daß Deutschland Stützpunkte an der afrikanischen Westküste nur zur „Erweiterung der Operationsbasis gegen England“ nutzen wolle und nicht an eine Beschlagnahme denke. Von der Judenfrage und einer möglichen Nutzung des Kolonialgebietes, insbesondere Madagaskars, für eine eventuelle Judenunterbringung war nicht die Rede²²³.

16. Ideologische Unterstützung aus Italien

Der Madagaskar-Gedanke fand im Sommer 1940, parallel zur Diskussion im Deutschen Reich, auch in rassistischen Kreisen Italiens Anhänger, die in ihren Äußerungen vielfach Erinnerungen an die Ideen und Protagonisten des inzwischen in Vergessenheit geratenen „Voll-Zionismus“ weckten. Am 20. Juni propagierte Carlo Barduzzi in der rassistischen italienischen Zeitung mit dem programmatischen Titel „La Difesa della Razza“ Madagaskar als „Lösung der Judenfrage“²²⁴. Nach Barduzzis Ansicht gab es drei Möglichkeiten, wie die Juden behandelt werden konnten: Assimilierung, die Isolation in einem Ghetto oder ihre Entfernung, wobei nur die dritte Lösung seiner Meinung nach „konkrete Ergebnisse“ wie Wohlstand, Ruhe und Fortschritt brachte. Da die Juden aber gegenwärtig nicht mehr von einem Staat zum anderen abgeschoben werden könnten, sei die Verbringung in ein Territorium notwendig, das bestimmte Krite-

²²⁰ PAAA R 29609, Aufzeichnung von Grottes, 7.3. 1940. Danach war die deutsche Waffenstillstandskommission zuständig für die Kontrolle in Marokko mit Ausnahme des an das Mittelmeer angrenzenden Oudja-Gebietes, sowie Französisch Westafrika, Französisch Äquatorialafrika, Madagaskar, Indochina und die Westindischen Besitzungen, während die Italiener die Kontrolle im Oudja-Gebiet von Marokko, sowie Syrien, Französisch Somaliland, Tunis und Algier ausüben sollten.

²²¹ PAAA R 29608, Telegramm des Gesandten Hencke an das Auswärtige Amt, 12.10. 1940.

²²² PAAA R 29608, Mitteilung über die Arbeit der Wako an das Auswärtige Amt, 20.12. 1940. Cayla war offiziell am 11.12. 1940 aus dem Amt geschieden.

²²³ PAAA Deutsche Botschaft Paris, Telegramm des Auswärtigen Amtes an die Botschaft, 9.11. 1940; vgl. zur Zusicherung Hitlers hinsichtlich des französischen Kolonialreiches auch die Vorschläge Woermanns für die Aussprache zwischen Laval und Ribbentrop vom 25.11. 1940; STAN NG-4337. Zur allgemeinen Entwicklung der deutschen Frankreichpolitik in dieser Zeit vgl. Knipping, Die deutsche Frankreichpolitik 1940–1942, S.697–709, besonders S.701–706.

²²⁴ Barduzzi, La soluzione della questione giudaica, Il Madagascar, S.26–30.

rien zu erfüllen habe: es dürfe nicht an andere Staaten grenzen, müsse groß genug sein und ein „angenehmes Klima“ besitzen und vor allem relativ weit entfernt liegen von den Zentren der Welt²²⁵, Forderungen, wie sie auch Beamish, de Pottère, Fleischhauer und Rosenberg immer wieder propagiert hatten. Diese Voraussetzungen erfüllte nach Auffassung des Autors Madagaskar, das auch über gute Ansiedlungsbedingungen durch Klima und Bodenschätze verfüge. Dort solle eine eigene Verfassung für die Juden geschaffen und die einheimische Bevölkerung nach Malaysia, von wo sie vorgeblich stammte, zurückgeführt werden, um sie vor den Juden zu schützen²²⁶. Die Juden sollten vor allem Feldarbeit leisten und die Insel unter ein deutsch-italienisches Protektorat gestellt werden, womit die Einrichtung von diplomatischen Vertretungen dieses „Judenstaates“ im Ausland verhindert werde²²⁷. Madagaskar entsprach nach Barduzzis Ansicht der Notwendigkeit von Entfernung und Isolierung der Juden, folgte aber gleichzeitig gemäßigten und humanitären Prinzipien und ermöglichte es den Juden, ein eigenes Leben zu leben²²⁸.

Im September 1940 stieß Gino Sottocchia, ebenfalls in der Zeitschrift „La Difesa della Razza“, ins gleiche Horn²²⁹. Der Krieg war für ihn der Ausdruck des Zusammenstoßes zwischen dem faschistischen und nationalsozialistischen Europa auf der einen Seite und dem durch das Judentum geleiteten Materialismus auf der anderen. Sein Hauptzweck sei daher die Bekämpfung und Ausschaltung des Judentums auf dem europäischen Kontinent. Zwar entspreche Madagaskar nicht den Anforderungen, um die Juden der ganzen Welt unterzubringen²³⁰, für die von ihm auf fünfeinhalb Millionen Personen bezifferten europäischen Juden reiche es jedoch aus. Auch Sottocchia befürwortete ein deutsch-italienisches Protektorat, sprach sich aber vehement dagegen aus, daß sich die Juden auf der Insel eine eigene Verfassung geben könnten. „Schicken wir sie, diese lästigen Juden, dort hinunter, auf daß sie endlich ihren Lebensunterhalt im Schweiß ihres Angesichts verdienen mögen; aber erlauben wir ihnen nicht, Politik zu machen, vor allem keine staatlich-verwaltende, weil sie sonst ein neues Reich gründen würden, mit sozial-kommunistischer Einfärbung, so wie sie es auf palästinensischem Boden unter der Obhut Albions getan haben.“²³¹

17. „Madagaskar für die Juden“: Spekulation auf eine ungewisse Zukunft

Der Gedanke an Madagaskar wurde durch die beschriebenen Planungen auf deutscher Seite zu einem Bestandteil des Gedankengerüsts für eine zusehends unbestimmbarer werdende „Nachkriegszeit“. Am 4. September notierte der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, Hasso von Etzdorf, bezüglich der Kolonial-

²²⁵ Ebenda, S. 27.

²²⁶ Ebenda, S. 28.

²²⁷ Ebenda, S. 29.

²²⁸ Ebenda, S. 30.

²²⁹ Sottocchia, Gli Ebrei nella nuova Europa e il problema dell'isolamento, S. 45–47; vgl. PAAA Inland II A/B 59/3, Hanss [!] Eisenbeiß, 14. 11. 1940.

²³⁰ Ebenda, S. 46.

²³¹ Ebenda, S. 47.

pläne unter den Forderungen der Marine, „Madagascar für die Juden“²³². Und in einer Konferenz des Reichspropagandaministeriums unter Beteiligung Minister Goebbels' am 17. September 1940 berichtete Ministerialdirektor Hinkel, daß insgesamt „im Altreich einschließlich der neu gewonnenen Ostprovinzen“ rund vier Millionen Juden „vorhanden“ seien. „Das Madagaskar-Projekt, das genehmigt worden sei, sehe vor, daß nach dem Krieg in ca. 1 1/2 Jahren hiervon etwa 3 1/2 Millionen Juden nach Madagaskar gebracht werden könnten.“²³³ Zwei Dinge sind hier zu bemerken: Zum einen ist unter „genehmigt“ wohl das grundsätzliche Placet Hitlers vom Juni und Juli zu verstehen, das Projekt vorzubereiten. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß Hitler die Ausarbeitung des Reichssicherheitshauptamtes vom August selbst mit großem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Wisliceny sprach nach dem Krieg davon, der Plan habe die „Zustimmung Himmlers und angeblich auch Hitlers“²³⁴ erhalten, erst später machte er aus der „angeblichen Zustimmung“ eine „Zustimmung Hitlers“²³⁵.

Dies heißt nicht, daß Hitler den Plan und die projektierten Maßnahmen nicht kannte oder billigte, sondern nur, daß der Gedanke für ihn selbst schon in den Hintergrund getreten war. Er ließ die Planung weiterlaufen, auch, um für den Eventualfall etwas aus der Schublade ziehen zu können. Damit war zwar das „Projekt [...] genehmigt“, die Durchführung aber, wie Hinkel selbst schon deutlich machte, spekulativ in eine unbestimmbare und entfernte Zukunft „nach dem Krieg in ca. 1 1/2 Jahren“ verschoben.

Die Nachricht über einen bzw. den bestehenden Plan zur jüdischen Ansiedlung auf der ostafrikanischen Insel schwirrte nach wie vor gerüchteweise durch die verschiedensten Kanäle und drang selbst bis ins Ghetto von Warschau vor, wo der geheime Chronist Emanuel Ringelblum am 10. Oktober 1940 die Stichworte „Der Madagaskar Plan. – Einstellung zur Jüdischen Emigration“ und einige Zeilen weiter „der Gouverneur von Madagaskar, Abraham Shramek, verhaftet“ notierte²³⁶. Ist der Sinn der ersten Notiz als Vermerk zu deuten, daß Gerüchte über den Madagaskar-Plan zu dieser Zeit als eine Haltung zur Frage der Judenauswanderung im Warschauer Ghetto kursierten, so ist die Bedeutung der zweiten Notiz nicht zu erschließen, da in keiner anderen Quelle von einem möglichen jüdischen Gouverneur für Madagaskar die Rede ist, schon gar nicht in den deutschen Plänen. Über einen Zusammenhang mit den erwähnten Überlegungen Alfred Nossigs vom Februar des Jahres läßt sich ebenfalls nur spekulieren.

Auch an anderer Stelle wurden Gerüchte um den Madagaskar-Plan mit Maßnahmen gegen die Juden in Verbindung gebracht. Als Ende Oktober auf Befehl der Gauleiter Joseph Bürckel und Robert Wagner über 6500 Juden aus den Gauen Baden und Saarpfalz ohne vorherige Mitteilung an die französischen Behörden in zwölf plombierten Eisenbahnzügen in den noch nicht von deutschen Truppen besetzten Teil Frankreichs

²³² PAAA R 27334, Handakten Etzdorf, Aufzeichnung Etzdorfs vom 4. September 1940; entgegen der Wiedergabe in den ADAP, D, 11,1, Dok. 16, S. 18f., ist der Zusatz „für die Juden“ im handschriftlichen Original Etzdorfs, nach dem hier zitiert wird, nicht in Klammern gesetzt.

²³³ Boelcke, Kriegspropaganda 1939–1941, S. 511f.; vgl. Ders., „Wollt ihr den totalen Krieg?“, S. 105; Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, S. 146, Anm. 66.

²³⁴ IfZ Eich 6 (1908), Aussage Wislicenys vom 27. 10. 1946, S. 7f.

²³⁵ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 89.

²³⁶ Ringelblum, The Journal of Emanuel Ringelblum, S. 70f.

abgeschoben wurden, tauchte auch hier das Stichwort Madagaskar als Ziel auf, obwohl die Gruppe der Deportierten zu einem Gutteil aus alten Männern und Frauen, zum Teil bereits über neunzigjährig, bestand. Die wiederholte Forderung der Vichy-Regierung nach Rückführung der Abgeschobenen blieb erfolglos, und der Transport erreichte nach mehrtägiger Fahrt ein Konzentrationslager am Fuß der Pyrenäen.

Ein Bericht, welcher der Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes am 3. November 1940 vorgelegt wurde, beschrieb, da es im Lager an Lebensmitteln und an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten fehle, sei, „soweit hier bekannt, von der französischen Regierung die Weiterleitung der Deportierten nach Madagaskar unmittelbar nach Öffnung der Seewege in Aussicht genommen“²³⁷. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilte in einem Fernschreiben vom 16. November mit, der französische Botschafter in Washington habe zehn Tage zuvor eine Anfrage an seine Regierung gerichtet, wonach in der amerikanischen Presse Meldungen über diese geplante Verschickung erschienen seien und um Unterrichtung darüber gebeten worden sei, „ob diese Nachricht zutrifft“²³⁸.

Daß Hitler selbst in dieser Zeit mit anderen Gegenständen der Kriegführung beschäftigt war und Gedanken an eine Realisierung des Madagaskar-Plans aus seinem Entscheidungshorizont verbannt hatte, wird durch seine Antwort auf einen Artikel deutlich, den ihm der alte „Voll-Zionist“ und Beamish-Freund Alfred Rosenberg am 30. Oktober 1940 zur Genehmigung übersandte. Unter dem Titel „Juden auf Madagaskar“²³⁹ hielt der Reichsleiter in der von ihm bekannten, starr ideologiegeleiteten Grundhaltung fest, daß „nach der Lösung der Judenfrage im Deutschen Reich und den vorläufigen Bestimmungen im Generalgouvernement [. . .] nach und nach alle Staaten Zentral-, West- und Südeuropas gegenüber einer Weltgefahr Konsequenzen ziehen werden, die die Frage einer restlosen Ausscheidung des Judentums aus Europa schon heute brennend werden lässt, nicht nur in theoretischer, sondern in ganz unmittelbar praktischer Beziehung“. Es gehe hierbei um die „Frage nicht etwa eines Judenstaates – weil es einen solchen nicht geben kann – wohl aber eines Judenreservates“²⁴⁰. Palästina sei zu klein, das vielfach vorgeschlagene Guayana in Südamerika „unzweckmässig, da es nicht genügend abgeschlossen vom südamerikanischen Kontinent liegt“, und deshalb „sprechen zunächst alle Überlegungen dafür, die Insel Madagaskar unmittelbar in Betracht zu ziehen“. Rosenberg resümiert alle Vorteile der insularen Lösung, denn bedenke man die Größe der Insel, ergebe „sich eine praktische Möglichkeit, viele Millionen Juden in den nächsten Jahrzehnten durch eine Gemeinschaftsanstrengung der ganzen weissen Rasse dort anzusiedeln und unter einer europäischen Staatskontrolle ein jüdisches Reservat bestimmten Umfanges zu errichten“. Der Autor berichtet freimütig über die Entstehung dieser Idee auf einem der beschriebenen antisemitischen Kongresse Ende der zwanziger Jahre, von wo aus sie unter dem Rubrum „Voll-Zionismus“ – unter anderem im Werk van Winghenes – weiterverbreitet worden sei. Nun sei „diese

²³⁷ PAAA Inland IIg, 189, S. 4–5, 30.10. 1940. In der ersten Durchschrift zu „Madagaskar . . . in Aussicht genommen“ ist handschriftlich von Martin Luther „sehr interessant“ angemerkt.

²³⁸ PAAA, Inland IIg 189, Fernschreiben an Fremde Heere West vom 16.11. 1940.

²³⁹ CDJC CXLVI-51, Alfred Rosenberg, Juden auf Madagaskar, o. D. (Oktober 1940).

²⁴⁰ Ebenda; Hervorhebungen im Original.

damals überlegte scheinbar phantastische Möglichkeit einer politisch noch unbedeutenden Gruppe von Gegnern des Judentums heute in den Bereich staatspolitischer Wahrscheinlichkeit getreten“, und das „Problem eines jüdischen Reservates“ stehe „als ein Weltproblem vor allen Staaten“²⁴¹. Auf den „Führer“ und seine seinerzeitige Gedankenbildung zur Judenfrage hat dieser Aufsatz offensichtlich keinen nachhaltigen Eindruck machen können, er paßte vielmehr im Gegenteil nicht in seine aktuellen Überlegungen, denn vier Tage später antwortete Bormann, daß er Hitler den Aufsatz vorgelegt und dieser „nach Kenntnisnahme entschieden“ habe, „der Aufsatz könne zurzeit nicht, vielleicht aber schon in wenigen Monaten erscheinen“²⁴².

Die vor dem Hintergrund der generellen Kriegslage unerschwellig sich bahnbrechende Orientierung Hitlers auf andere Perspektiven zur Lösung der Judenfrage behinderte allerdings keineswegs die Fortexistenz des Madagaskar-Plans als solchen in den Kanälen der beteiligten Behörden. Am 6. November hielt der Vortragende Legationsrat Bielfeld aus der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in einer Aufzeichnung über die „territoriale Kolonialforderung an Frankreich im Rahmen der Gesamtforderung“ zu Madagaskar, Réunion und den Comoren fest, der „Erwerb von Madagaskar durch das Deutsche Reich soll nicht aus kolonialpolitischen Gründen, sondern zwecks Ansiedlung der Juden erfolgen. Da die Insel unter deutscher Oberhoheit stehen würde, wäre der Notwendigkeit der Sicherung eines Flottenstützpunktes auf Madagaskar Rechnung getragen.“²⁴³

Wie bereits erwähnt, erfuhr der Rassereferent im Reichsministerium des Innern, Bernhard Lösener, erst am 3. Dezember 1940 in einem Gespräch mit Eichmann, daß „die Abschiebung der Juden [...] nach einigen Nahplänen und einem Fernplan durchgeführt“ werde²⁴⁴. Das gesamte von Eichmann „vorbereitete Material liege z.Zt. dem Gruppenführer Heydrich zur Zeichnung vor“. Die *Nahpläne*, die nur Verschiebungen von Juden betreffen sollten, seien zur Wohnraumbeschaffung notwendig geworden. Sie sollten aber „auf das Allernötigste beschränkt bleiben, weil ohnehin der Fernplan alles weitere in absehbarer Zeit überflüssig machen“ werde. „Der *Fernplan* sieht vor, daß die Juden aus dem gesamten von Deutschland beherrschten europäischen Raum nach Kriegsende im Rahmen eines Vier- bis Fünfjahresplanes nach *Madagaskar* abgeschoben werden. Es wird sich um rund 6 Millionen Menschen handeln (einschl[ießlich] Gen[eral]Gouv[ernement]). Die Insellage wird die Kontrolle über diese große Zahl von Menschen erleichtern. Zur Umsiedlung wird nur nichtdeutscher Schiffsraum benutzt werden. Die Juden sollen drüben produktiv tätig sein.“²⁴⁵ Eichmann gab Lösener auch eine grobe Skizze des Gesamtprojekts und schilderte die geplanten Betriebe, Organisationen und Banken, äußerte aber auch, die Pläne seien noch nicht fertig²⁴⁶.

In einem vermutlich für Himmler zu Siedlungsfragen im Osten angefertigten²⁴⁷ „Vortrag über Siedlung“²⁴⁸ wird bezüglich der Judenfrage unterschieden zwischen der

²⁴¹ Ebenda; Hervorhebung im Original.

²⁴² CDJC CXLIII-259, Bormann an Rosenberg, 3. 11. 1940.

²⁴³ ADAP, D, XI,1, Dok. 298, S. 415.

²⁴⁴ Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S. 296–297.

²⁴⁵ Ebenda, S. 296; Hervorhebungen im Original.

²⁴⁶ Ebenda, S. 297.

²⁴⁷ So die plausible Vermutung von Benz, in: Ders., in: Dimension des Völkermords, S. 2.

²⁴⁸ BAK NS 19/3979, (4.) Dezember 1940.

„Anfangslösung der Judenfrage durch Auswanderung“ und der „Endlösung der Judenfrage“. Mit der „Anfangslösung“ seien bisher insgesamt 501 711 Juden aus dem „Altreich seit 1933“, der „Ostmark seit 1938“ und dem „Protektorat seit 1939“ abgewandert. Hinzu komme ein „Sterbeüberschuß“ von 57 036, so daß die Gesamtzahl der zu diesem Zeitpunkt „noch im Reichsgebiet (einschließlich Protektorat) ansässigen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze“ [. . .] „315 642 Juden“ betrage. Für die „Endlösung“ kämen „durch Umsiedlung der Juden aus dem europäischen Wirtschaftsraum des deutschen Volkes in ein noch zu bestimmendes Territorium [!] [. . .] rund 5,8 Millionen Juden in Betracht“²⁴⁹. Daß hier der Ausdruck „noch zu bestimmendes Territorium“ verwendet wird, muß als bewußte Abkehr vom Madagaskar-Gedanken gewertet werden.

Dies wird bestätigt durch eine Aufzeichnung von Eichmanns Pariser Vertreter Dannecker, in der er am 21. Januar 1941 die Schaffung eines Zentralen Judenamtes in Paris vorschlug. Heydrich habe von Hitler über Himmler bzw. durch Göring den „Auftrag zur Vorlage eines Endlösungsprojektes erhalten“. Dank der „seit längerer Zeit geleisteten Vorarbeiten“ sei dann „das Projekt in seinen wesentlichsten Zügen ausgearbeitet“ worden und liege Hitler und Göring vor. Bei der Ausführung dieses von Dannecker nicht näher spezifizierten „Projektes“, womit aber offensichtlich der Madagaskar-Plan gemeint ist, handle es sich um eine „Riesenarbeit“, die sorgfältiger Vorbereitung bedürfe, die sich „sowohl auf die einer Gesamtabchiebung der Juden vorausgehenden Arbeiten als auch auf die Planung einer bis ins einzelne festgelegten Ansiedlungsaktion in dem noch zu bestimmenden Territorium erstrecken“ müsse²⁵⁰. Da Dannecker der Madagaskar-Plan zutiefst vertraut war – er selbst hatte ja sogar die Ausarbeitung an Rademacher übersandt –, kann hierin nur eine Abkehr vom ursprünglichen Zielort gemeint sein, da er sonst keinerlei Veranlassung gehabt hätte, das Territorium als noch unbestimmt zu kennzeichnen. Dannecker skizzierte denn auch das zukünftige Programm der Judenhäscher nicht nur für Frankreich, sondern für alle besetzten Teile Europas: „Erkennen und Herauslösen der Juden aus allen Verflechtungen in den Lebensgebieten und im Staatsleben; sodann zentral gesteuerte *Verwaltung der Juden* und ihres Besitzes bis zum Abschubtermin“²⁵¹.

Die Abkehr vom projektierten Ziel Madagaskar wurde allerdings nicht sofort in allen mit der Judenfrage beteiligten Stellen bekannt, und das Wissen hierum verbreitete sich vom Zentrum über das Hauptverfolgungsinstrument SS bzw. Reichssicherheitshauptamt erst nach und nach in die anderen Bereiche, wie beispielsweise am Bericht des Leiters der Abteilung Umsiedlung beim Gouverneur des Distrikts Warschau, Waldemar Schön, vom 21. Januar 1941 deutlich wird²⁵². Nachdem Schön ausführlich die

²⁴⁹ Ebenda.

²⁵⁰ CDJC V-59, Aufzeichnung Danneckers vom 21. 1. 1941, abgedruckt in: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 361 f.

²⁵¹ Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 362; Hervorhebung im Original.

²⁵² IfZ, MA 708/2, S. 792–816, Referat des Leiters der Abteilung Umsiedlung Waldemar Schön über die Bildung des jüdischen Wohnbezirks gehalten auf der Distrikts-Arbeitstagung in Warschau am 20. Januar 1941 anlässlich des Besuchs des Herrn Generalgouverneurs.

Schön war von 1940 bis Mai 1941 Leiter der Abteilung Umsiedlung im Amt des Gouverneurs des Bezirks Warschau und in dieser Funktion auch für den jüdischen Wohnbezirk zuständig; zu seiner Tätigkeit und grundsätzlichen Einstellung als „Aushungerer“ vgl. Browning, Nazi Ghettoization Policy in Poland: 1939–1941, S. 343–368, hier S. 351–354. Browning unterscheidet für die Ghetto-Politik zwischen solchen Behördenvertretern, die die Ghettos durch eigene

Geschichte und Entwicklung der Judenbehandlung geschildert hatte, schloß er mit der Bemerkung, man wolle „der Welt zeigen, daß wir in dieser unserer kolonisatorischen Arbeit mit dem Judenproblem, auch wenn es als Massenproblem auftritt, fertig zu werden in der Lage sind. Der Parasit aller Völker wird auf einem neugefundenen Wege doch noch der menschlichen Gemeinschaft nutzbar gemacht.“ Daher stelle der jüdische Wohnbezirk in Warschau „in seiner Entwicklung politisch eine Vorstufe der vom Führer geplanten Ausnützung der jüdischen Arbeitskräfte in Madagaskar dar“²⁵³. Schöns Referat ist aber auch in anderer Hinsicht bemerkenswert, denn in der Darstellung der Diskussion um einen geschlossenen Wohnbezirk läßt sich auch die Entwicklung des Madagaskar-Plans nachvollziehen.

Nach Schöns Schilderung war Anfang April 1940 vom Höheren SS- und Polizeiführer in Krakau nach Warschau mitgeteilt worden, daß eine Zusammenfassung der Juden im Distrikt Lublin nicht beabsichtigt sei, woraufhin die Abteilung Umsiedlung die bereits einmal begonnenen und wieder abgebrochenen „vorbereitenden Arbeiten für die Bildung jüdischer Wohnbezirke im Distrikt Warschau erneut aufgenommen“ habe. Die Abteilung habe daraufhin die „Bildung zweier Stadtrandghettos“ vorgeschlagen²⁵⁴ und den Beginn der Aktionen auf Anfang Juli 1940 festgesetzt, um vor dem Winter fertig zu sein. „Schon im ersten Stadium der Vorbereitungen wurde von Krakau die Weisung gegeben, alle Gettobildungsarbeiten mit Rücksicht darauf einzustellen, daß nach dem Plane des Führers die Juden Europas nach Kriegsende auf Madagaskar angesetzt werden sollten und daher eine Gettobildung praktisch illusorisch sei. Die vorbereiteten Arbeiten der Abteilung Umsiedlung wurden daraufhin wieder eingestellt. Ende August 1940 wurde dann die Gettobildung erneut von der Abteilung Gesundheitswesen, besonders im Hinblick auf die sich steigernden Truppenmassierungen im Raume des Distrikts Warschau, zum Schutze der deutschen Armee und Bevölkerung gefördert. Die Abteilung Innere Verwaltung im Amte des Generalgouverneurs bestätigte unter dem 20. August 1940 die Notwendigkeit der Bildung jüdischer Wohnbezirke.“²⁵⁵

Diese Darstellung belegt den bereits im August eingetretenen grundlegenden Wandel in der Madagaskar-Frage, der, durch die allgemeine Kriegslage und die Kriegführung Hitlers bedingt, die Nichtrealisierbarkeit des Madagaskar-Projekts sukzessive offenkundig werden und die Suche nach durchführbaren Alternativen angeraten sein ließ.

Hitler hatte in dieser Zeit, Anfang 1941, den Madagaskar-Plan nicht nur an ein fernes Ende, den Entscheidungshorizont nach dem Krieg, verschoben, er dachte „über manches jetzt anders, nicht gerade freundlicher“, wie er selbst am 2. Februar nebulös in ei-

Produktion und Exporte nach außen überlebensfähig halten („productionists“/„Arbeitsbeschaffer“), und solchen, die nach dem völligen Verbrauch der Werte innerhalb des Ghettos die Juden ihrem Schicksal, sprich dem Verhungern überlassen wollten („attritionists“/„Aushungerer“); zu dieser Unterscheidung vgl. auch Browning, Vernichtung und Arbeit, S. 42. Gegen die These von der „automatischen“ (oder auch „kumulativen“) Radikalisierung durch einen bürokratisch-strukturalen Determinismus plädiert Browning mit einleuchtender Beweisführung dafür, daß die Vernichtungsmaschinerie vom Zentrum Berlin aus, das heißt durch Hitler in Gang gesetzt wurde; Browning, Nazi Ghettoization Policy, S. 364–366.

²⁵³ Schön, S. 816.

²⁵⁴ Ebenda, S. 794.

²⁵⁵ Ebenda, S. 795.

nem Gespräch mit Keitel, Bormann, Hewel, Ley und Speer erklärte²⁵⁶. Hitlers Heeresadjutant Major Gerhard Engel notierte dazu in seinem Tagebuch, daß „wieder einmal [...] eingehend, von Ley angeschnitten, die Judenfrage“ erörtert worden sei. Hitler trug „in längeren Ausführungen vor, wie er sich alles denkt. Erstens würde der Krieg die Lösung dieser Frage beschleunigen, andererseits träten aber auch viele zusätzliche Schwierigkeiten auf. Habe ursprünglich nur in seiner Macht gelegen, die jüdische Macht höchstens in Deutschland zu brechen, müsse jetzt das Ziel sein, den jüdischen Einfluß im gesamten Machtbereich der Achse auszuschalten. In einigen Ländern, wie in Polen, in der Slowakei, könne er das mit seinen Organen allein machen. In Frankreich sei das nach dem Waffenstillstand schon bedeutend schwieriger, und gerade dort sei es besonders wichtig. Wenn er nur wüßte, wo man ein paar Millionen Juden hintun könne; so viel seien es ja gar nicht. Er werde an Frankreich herantreten und die Franzosen auffordern, auf der Insel Madagaskar Raum für eine Umsiedlung zur Verfügung zu stellen.“²⁵⁷ Auf Bormanns Frage, wie denn die Juden im Krieg dahin kommen sollten, meinte Hitler, „das müßte man überlegen. Am liebsten stelle er seine ganze KdF-Flotte zur Verfügung, aber das sei eben im Kriege schwierig, denn er wolle nicht, daß deutsche Besatzungen durch den Torpedo eines feindlichen U-Bootes untergingen“ und äußerte jenes bereits zitierte Urteil, wonach er „über manches jetzt anders, nicht gerade freundlicher“ dächte²⁵⁸.

Diese Äußerungen waren mehr eine im vorgeblich gutwilligen Plauderton erzeugte Reminiszenz an etwas, das er längst als der Kriegführung inadäquat und unrealisierbar aus seinem Maßnahmenkatalog zur Judenfrage gestrichen hatte, denn falls er jemals ernsthafte Absichten in dieser Richtung einer Lösung der Judenfrage verfolgt hat, hätte er mit den detaillierten Planungen des Reichssicherheitshauptamtes, die seit August des Vorjahres vorlagen, lange an die französische Seite herantreten, in den Gesprächen mit dieser zumindest als einer möglichen Nachkriegsperspektive darauf verweisen können, doch war ihm dies offensichtlich keine ernsthaften Anstrengungen wert. Hitlers Äußerungen aus dieser Zeit stellten darüber hinaus insofern eine Zäsur dar, als sie schon auf die sich anbahnende Entladung seiner ideologischen Orientierung im Lebensraum- und Vernichtungskrieg in Richtung Osten verwiesen²⁵⁹.

Der Madagaskar-Plan, der unter den Auspizien des Krieges im Westen aufgekomen war und mit dessen Pattsituation gegenüber Großbritannien von Beginn an in einem von der Kriegführung abhängigen Schwebezustand verweilte, blieb zwar weiterhin existent, doch für die als realisierbar zu kalkulierende Entscheidungsfindung nicht mehr relevant. Wenngleich er auch künftig vielfach als auf die Zeit „nach dem Krieg“ verschoben und in dieser Hinsicht als vermeintlich nach wie vor von unterschwelliger

²⁵⁶ Kotze, Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943, S. 95.

²⁵⁷ Ebenda, S. 94.

²⁵⁸ Ebenda, S. 95.

²⁵⁹ Hilberg setzt diese Besprechung an den Anfang der Entschlußbildung zur Ermordung der europäischen Juden; Hilberg, *Die Aktion Reinhard*, S. 125–136, hier S. 125. Hans Mommsen hat dazu allerdings kritisch eingewandt, „daß den Äußerungen des Engel-Tagebuches eine Präzision insbesondere bezüglich der Daten nicht beigelegt werden“ könne; ebenda, S. 137. Zur Fragwürdigkeit der Datierungsgenauigkeit vgl. die Einleitung zu Engels Aufzeichnungen durch die Herausgeberin, S. 12f. Gleichwohl ist festzuhalten, daß die Zäsur dieses Zeitraums Anfang Februar evident ist.

Aktualität betrachtet wurde, hatte der Plan seine Realitätsnähe schon im August und September 1940 eingebüßt, und Hitler war dieser Einschätzung zunächst unausgesprochen, dann deutlich gefolgt, behielt den Gedanken an Madagaskar aber gleichwohl in seinem Verbalrepertoire, wenn er sich zur Judenfrage äußerte, ohne daß diesen Erklärungen Bedeutung für seine jeweils aktuellen Entscheidungen in der Judenverfolgung zukam.

Die denkbaren Möglichkeiten eines anderen Kriegsverlaufs einmal hypothetisch durchgespielt, ist es allerdings durchaus fraglich, ob Hitler sich nach einem Sieg im Westen für einen Versuch der Umsetzung der Madagaskar-Planungen entschieden hätte oder nicht vielmehr unter den Auspizien dieses vollständigen Triumphes umgehend mit der ganzen, dann zur Verfügung stehenden, Schlagkraft in Richtung seines programmatischen Ziels, des als kaum widerstandsfähig perzipierten Sowjetreiches im Osten, marschiert wäre. Die Frage, ob Hitler bei einem schnellen Kriegsende gegen die Sowjetunion und einer Fortdauer des Krieges gegen Großbritannien den Versuch unternommen hätte, das Madagaskar-Projekt umzusetzen, ist kaum plausibel, da sich in diesem Falle keine grundsätzlichen Veränderungen der Lage im Westen gegenüber 1940 im Hinblick auf die Realisierbarkeit des Plans ergeben und inzwischen die Gebiete des Ostens zur Verfügung gestanden hätten, die in diesem Falle darüber hinaus bereits zum Teil erprobte „Lösungswege“ boten.

Bei einem vollständigen Sieg gegen die Briten im Westen wie gegen die Sowjetunion im Osten, der dritten Variante, wären die Vereinigten Staaten grundsätzlich herausgefordert gewesen. Diese Hypothese fortgeführt, ist es selbst für den Fall, daß die Amerikaner und die übrige Welt einer mehrere Jahre dauernden Deportation der europäischen Juden und den mit Sicherheit auftretenden enormen Problemen auf der Insel ruhig zugesehen hätten, höchst unwahrscheinlich, daß Hitler, angesichts der dann zur Verfügung stehenden verhältnismäßig risikofreien Möglichkeiten des Ostens, ein von derart großen Unwägbarkeiten geprägtes Projekt wie den Madagaskar-Plan in Angriff genommen hätte. Der Madagaskar-Plan hatte im Krieg keine Chance, verwirklicht zu werden, und ob ihm im Frieden eine solche gegeben worden wäre, ist überaus zweifelhaft.

Es kann und soll im folgenden nicht darum gehen, die Genesis der „genozidalen Endlösung“, die weitere „Entschlußbildung und Verwirklichung“²⁶⁰ und die kontroverse Diskussion um den genauen Zeitpunkt nachzuzeichnen, an dem Hitler den Mord an den europäischen Juden befahl. Mit Hitlers Entscheidung zur Aufstellung der Einsatzgruppen im Frühjahr 1941, dem „Kommissarbefehl“ und dem Beginn des Mordens der „Truppen des Weltanschauungskrieges“²⁶¹ ab dem 24. Juni begann auch praktisch jene

²⁶⁰ So der Untertitel jenes bereits genannten, von Jäckel und Rohwer herausgegebenen Buches, das bislang den besten Überblick über die Entwicklung der „genozidalen Endlösung“ und die dabei kontroversen Standpunkte im einzelnen gibt. Was die Information über die Daten und Fakten angeht, ist Hilbergs Buch über die „Vernichtung der europäischen Juden“ nach wie vor unverzichtbar. Die „Dimension des Völkermords“ ist inzwischen in einer profunden und überaus gründlichen Studie im genannten Werk gleichen Titels, das von Benz herausgegeben wurde, eingehend beschrieben.

²⁶¹ Vgl. Krausnick/Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*.

bereits gedanklich fixierte „Genese der Endlösung“, die sich dann im Sommer mit der Entwicklung von Gaswagen und ersten Vergasungsversuchen in Auschwitz fortsetzte, schließlich im Herbst des Jahres, Ende November in Kowno gegen deutsche Juden und Anfang Dezember in Chelmino gegen polnische Juden, das Vernichtungswerk in speziellen Lagern beginnen ließ und das sich dann, auf der Wannsee-Konferenz administrativ koordiniert, zur versuchten Ausrottung aller greifbaren Juden Europas steigerte. Die zentrale und vielfach treibende Rolle, die Hitler hierbei spielte, ist nicht zu übersehen. Diese Vernichtungspolitik war in seiner Ideologie angelegt, und als sich ihm die Chance zur Umsetzung bot, hat er sie, unterstützt durch den auf ihn als zentraler Entscheidungsinstanz hin orientierten Verfolgungsapparat, ergriffen.

Spielte Madagaskar dann noch eine Rolle? Und wenn ja, welche? Der Gedanke an Madagaskar als Lösung der Judenfrage erwies sich als weiterhin nützlich und wurde mittels sporadischer Erwähnung in Abständen in Erinnerung gerufen. Er wurde zu einer, ob seiner Vorgeschichte brauchbaren, Tarnmetapher und war geeignet, in die Irre zu führen und zu täuschen, weil viele, die sich, aus welchen Gründen auch immer, mit der Judenfrage beschäftigten, die damit verbundenen Vorstellungen und Pläne assoziierten und eine „Gutwilligkeit“ zubilligen mochten.

So sprach Hitler noch am 2. Juni 1941 in einer Unterhaltung mit Mussolini davon, „daß alle Juden nach dem Kriege ganz aus Europa hinaus müßten. Auch in den Ostgebieten (Lublin) könnten sie aus hygienischen Gründen nicht bleiben, weil sie infolge ihrer Unsauberkeit einen Krankheitsherd bildeten. Vielleicht könnte man sie in Madagaskar ansiedeln. Diese Insel würde bei der eigenen Bodenausnutzung für 15 Millionen Raum haben.“²⁶² Er erklärte dies, obwohl seine Mordentscheidung hinsichtlich aller greifbar werdenden Juden der Sowjetunion für den unmittelbar bevorstehenden Krieg gegen dieses Land bereits gefallen war.

Am 22. Juli 1941, einen Monat nach Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ und dem ersten Wirken der „Einsatzgruppen“ im Rücken der rasch voranziehenden deutschen Wehrmacht, äußerte sich Hitler in einem Gespräch mit dem kroatischen „Marschall“ Slavko Kvaternik in einer ähnlich klingenden, doch in der Wortwahl schon leicht verschärften Verharmlosung seiner Absichten, als er meinte, „wohin man die Juden schicke, nach Sibirien oder nach Madagaskar, sei gleichgültig“. Allerdings hatte er Kvaternik auch zu verstehen gegeben, daß „wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, [. . .] diese der Bazillusherd für eine neue Zersetzung werden [*würde*]. Gäbe es keinen Juden mehr in Europa, so würde die Eignigkeit der europäischen Staaten nicht mehr zerstört werden.“²⁶³

Die „Endlösung der Judenfrage“ sollte und konnte im Osten gesucht werden, wozu die raschen Erfolge vom Sommer 1941 nicht nur die entsprechende Macht und den nötigen Raum, sondern auch die wünschenswerte Anonymität boten.

Der im Amt des Botschafters in Frankreich, Otto Abetz, für Judenfragen zuständige Carltheo Zeitschel hielt am 22. August 1941 in einer Aufzeichnung für seinen Chef fest, daß die „fortschreitende Eroberung und Besetzung der weiten Ostgebiete [. . .] das Ju-

²⁶² Hillgruber, Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, S. 573 f., 2.6. 1941.

²⁶³ ADAP, D, XIII, 2, Anhang III, Aufzeichnung des Gesandten Walther Hewel über eine Unterredung Hitlers mit Kvaternik vom 22. Juli 1941, S. 838.

denproblem in ganz Europa in kürzester Zeit einer endgültigen, befriedigenden Lösung“ näher bringen könne. Die „seit Jahren spuckende“ [sic!] und nach seinen Informationen „von Admiral *Darlan* vor einigen Monaten neuerdings ventilierte Idee, alle Juden Europas nach Madagaskar zu transportieren“, sei zwar „an sich nicht schlecht, dürfte aber unmittelbar nach dem Kriege an unüberwindliche Transportschwierigkeiten stossen, da die durch den Krieg stark dezimierte Welttonnage sicher zu anderen Dingen wichtiger gebraucht wird, als grosse Mengen von Juden auf den Weltmeeren spazieren zu fahren. Ganz abgesehen davon, dass ein Transport von nahezu 10 Millionen, selbst wenn zahlreiche Schiffe zur Verfügung stünden, jahrelang dauern würde.“ Von den Plänen Rademachers und den Dimensionen des Reichssicherheitshauptamt-Projektes war ihm offensichtlich nichts Konkretes bekannt. Zeitschel rechnete mit einem baldigen Kriegsende und meinte, man müsse die rund sechs Millionen Juden der in den letzten Wochen eroberten Gebiete „sowieso bei der Neuordnung des Ostraums irgendwie zusammenfassen“. Er sprach sich hierbei für ein abgegrenztes Territorium aus, in das auch alle anderen Staaten ihre Juden „abzustossen“ Gelegenheit haben sollten, ohne allerdings näheres darüber zu äussern, was dort mit ihnen geschehen sollte²⁶⁴.

Der Madagaskar-Plan war seit langem irrelevant geworden, fristete aber nach wie vor seine Schubladenexistenz und war nach Aussage Wislicenys sogar im Oktober 1941 noch Gegenstand von Besprechungen in Berlin zwischen Eichmann und seinen Beauftragten in den einzelnen Ländern, wenngleich er dort kaum als für die seinerzeitige Judenpolitik belangvoll behandelt worden sein dürfte²⁶⁵. In manchen Kreisen galt er, symptomatisch für die unsystematische Informationsverbreitung innerhalb der vielfach konkurrierenden Behörden des „Dritten Reiches“, weiterhin als nur auf den Nachkriegshorizont verschoben, wohingegen im Entscheidungszentrum die Orientierung auf noch radikalere Lösungen der Judenfrage gerichtet war. So ist es nicht verwunderlich, daß man den Madagaskar-Plan zunächst nicht einmal offiziell ad acta zu legen für nötig befand.

Dies geschah erst fünf Monate später in einer Mitteilung Rademachers an den Gesandten Bielfeld vom 10. Februar 1942. Rademacher nahm darin Bezug auf den im August 1940 von seinem Referat übergebenen und von ihm „entworfenen Plan zur Endlösung der Judenfrage, wozu die Insel Madagaskar von Frankreich im Friedensvertrag gefordert, die praktische Durchführung der Aufgabe aber dem Reichssicherheitshauptamt übertragen werden sollte. Gemäß diesem Plan ist Gruppenführer Heydrich vom Führer beauftragt worden, die Lösung der Judenfrage in Europa durchzuführen. Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen. Demgemäß hat der Führer entschieden, daß die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen. Madagaskar braucht mithin nicht mehr für die Endlösung vorgesehen zu werden.“²⁶⁶

²⁶⁴ CDJC V-15, Aufzeichnung Zeitschels für Abetz, 22. 8. 1941; vgl. Bulletin du Centre de Documentation juive Contemporaine No. 7, November 1945, S. 3.

²⁶⁵ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 90.

²⁶⁶ PAAA Inland IIg 177, Hausmitteilung Rademachers an Bielfeld vom 10. Februar 1942, abgedruckt in: Vogel, Stempel, Dok. 105, S. 334–335. Daß Rademacher den Plan hier als von seinem Referat entworfen bezeichnet, kann sich nur auf die gedankliche Urheberchaft zum Projekt-Entwurf des Reichssicherheitshauptamtes beziehen.

Für einige Beamte war der Madagaskar-Plan gleichwohl nach wie vor Bestandteil ihres Erwartungskataloges. Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Woermann, forderte in einer Anfrage am 14. Februar 1942 dazu auf, „bei der Bedeutung, die diese Entscheidung hat“, ihm mitzuteilen, „auf welchen Quellen die Angabe [Rademachers] beruht“²⁶⁷. Daß Woermann über die lange eingetretenen Veränderungen in der Behandlung der Judenfrage nicht im Bilde war, wird auch aus einem Bericht zur „Frage eines kolonialen Ausgleichs zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien in Afrika“²⁶⁸ deutlich, den er am 21. Januar 1942 auf Anweisung von Ribbentrops an diesen übermittelte. Hierin hielt er, einen Tag nach der Wannsee-Konferenz, noch fest, „für den Judenstaat: vielleicht Madagaskar“ in Betracht zu ziehen. Dies kann auch als ein Zeichen dafür gewertet werden, wie sehr innerhalb des Auswärtigen Amtes gerade die Judenpolitik von Luthers Abteilung und Rademacher dominiert wurde.

Am 24. Februar antwortete Rademacher Woermann in einer Notiz, die Entscheidung gegen Madagaskar basiere darauf, „daß der Madagaskar-Plan des Referats D III auf Grund der neuen Entwicklung, wie sie Obergruppenführer Heydrich Unterstaatssekretär Luther dargelegt hat, hinfällig geworden ist“²⁶⁹. Mit der beschriebenen Darlegung ist die Konferenz am Wannsee gemeint, an der als Vertreter des Auswärtigen Amtes Martin Luther teilgenommen hatte.

Gleichwohl spukte der Madagaskar-Gedanke als willkommenes Irrlicht weiter. Am 7. März 1942 notierte Goebbels in seinem Tagebuch über das Protokoll der Wannsee-Konferenz, es ergäben „sich eine Unmenge von neuen Gesichtspunkten. Die Judenfrage muß jetzt im gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden. Es gibt in Europa noch über 11 Millionen Juden. Sie müssen später einmal zuerst im Osten konzentriert werden; eventuell kann man ihnen nach dem Kriege eine Insel, etwa Madagaskar, zuweisen.“²⁷⁰ Dies war kaum mehr als eine spontane Assoziation über ein Feld, in dem er gerade erst die volle Dimension der „Lösungsmöglichkeiten“ zu sehen begann.

Er meinte weiter, jetzt sei „die Situation reif, die Judenfrage einer endgültigen Lösung zuzuführen. Spätere Generationen werden nicht mehr die Tatkraft und auch nicht mehr die Wachheit des Instinkts besitzen. Darum tun wir gut daran, hier radikal und konsequent vorzugehen.“²⁷¹ Worin diese endgültige Lösung bestand, wollte selbst er nicht in Worte fassen, als er sie drei Wochen später „ein barbarisches, nicht mehr zu beschreibendes Verfahren“ nannte, bei dem „von den Juden selbst [...] nicht mehr viel übrig“ bleibe. An den Juden werde „ein Strafgericht vollzogen, das zwar barbarisch ist, das sie aber vollauf verdient haben“. Auch hier sei Hitler „der unentwegte Vorkämpfer und Wortführer einer radikalen Lösung, die nach Lage der Dinge geboten ist

²⁶⁷ PAAA Inland IIg 177, Woermann an Rademacher, 14.2. 1942, abgedruckt bei Vogel, Stempel, Dok. Nr. 106, S. 335.

²⁶⁸ STAN NG-5741.

²⁶⁹ PAAA Inland IIg 177, Notiz Rademachers für Luther mit der Bitte um Unterrichtung Woermanns vom 24.2. 1942, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 335–336.

²⁷⁰ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II, Bd. 3, S. 431. Goebbels habe, so berichtete Moritz von Schirmeister, bis zum 1. Juli 1943 Goebbels' persönlicher Pressereferent, in seiner Aussage vor dem Nürnberger Gerichtshof, noch bis „etwa einschließlich das erste Jahr des Rußlandfeldzuges ... in den von ihm geleiteten Konferenzen wiederholt den Madagaskar-Plan erwähnt“; IMG, Bd. XVII, S. 275 f., Aussage vom 29.6. 1946.

²⁷¹ Lochner, Goebbels-Tagebücher, S. 114, 7.3. 1942.

und deshalb unausweichlich erscheint. Gottseidank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären. Die müssen wir ausnutzen.“²⁷²

Auch Hitler befahl, trotz der veränderten Kriegslage und der eigenen Entscheidungssituation in der Judenfrage, zuweilen noch der Gedanke an Madagaskar. Am 15. Mai 1942 meinte er in einem Tischgespräch, „daß der Jude als Parasit der klimafesteste Mensch der Erde sei und sich im Gegensatz zum Deutschen in Lappland genauso wie in den Tropen einlebe, das bedenke natürlich kein einziger, der seine Krokodilstränen hinter einem nach dem Osten abtransportierten Juden herweine“²⁷³. Zwei Wochen später, am 29. Mai, bemerkte er, „ganz Westeuropa“²⁷⁴ müsse deshalb nach einer bestimmten Zeit völlig judenfrei sein. Das sei schon allein deshalb erforderlich, als es unter den Juden immer einen gewissen Prozentsatz von Fanatikern gebe, der das Judentum wieder hochzubringen suche. Es empfehle sich deshalb auch nicht, die Juden nach Sibirien abzuschieben, da sie dort nur bei ihrer Klimafestigkeit gesundheitlich noch besonders abgehärtet würden. Viel richtiger sei es, sie – da die Araber sie in Palästina nicht haben wollten – nach Afrika zu transportieren und sie damit einem Klima auszusetzen, das jeden Menschen unserer Widerstandsfähigkeit beeinträchtige und damit jede Interessenüberschneidung mit europäischem Menschentum ausschließe.“²⁷⁵ Am 24. Juli 1942 erwähnte Hitler auch Madagaskar selbst: „In diesem II. Weltkrieg als einem Ringen auf Leben und Tod dürfe nie vergessen werden, daß das Weltjudentum nach der Kriegserklärung des Weltzionistenkongresses und seines Führers Chaim Weizmann (in seiner Botschaft an Englands Premier Chamberlain) der unerbittlichste Gegner des Nationalsozialismus, der Feind Nummer 1 sei. [...] Nach Beendigung des Krieges werde er sich daher rigoros auf den Standpunkt stellen, daß er Stadt für Stadt zusammenschlage, wenn nicht die Juden herauskämen und nach Madagaskar oder einem sonstigen jüdischen Nationalstaat abwanderten.“²⁷⁶ Dies war nurmehr pure Heuchelei, al-

²⁷² Lochner, Goebbels-Tagebücher, S. 142 f., 27.3. 1942. Goebbels nimmt hier ausdrücklich Bezug auf Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, in der er die Vernichtung der Juden für den Kriegsfall, den er selbst intensiv vorbereiten ließ, „prophezeit“ hatte; vgl. Kap. V.16.

²⁷³ Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, Bonn 1951. 1963 folgte eine neue Ausgabe, hrsg. v. Schramm. 1976 gab Picker die „Tischgespräche“ mit eigenen Kommentaren versehen neu heraus, ein unveränderter Nachdruck erschien 1989; Zitate nach der Ausgabe 1989, hier S. 306; in der Ausgabe von 1951 fehlen die Worte „als Parasit“, S. 310.

²⁷⁴ Picker, 1989, S. 340; in der Ausgabe von 1951 steht statt „ganz Westeuropa“ „ganz Europa“, S. 311.

²⁷⁵ Picker, 1989, S. 340.

²⁷⁶ Picker, 1989, S. 456. Picker bezieht auch die Äußerung vom 29. Mai zu Afrika eindeutig auf Madagaskar. Pickers Kommentare bedürfen einiger grundsätzlicher Korrekturen. So behauptet er an dieser Stelle, die polnische Regierung habe anlässlich der „Juden-Auswanderungskonferenz von Evian . . . den europäischen Staaten die Errichtung eines eigenen Juden-Nationalstaates an der ostafrikanischen Küste, und zwar auf der Insel Madagaskar vorgeschlagen“. Wie vor dem Hintergrund des Kapitels IV der vorliegenden Untersuchung leicht erkennbar, ist diese Behauptung nicht zutreffend. Polen versuchte mehrfach seine „Judenfrage“, und hier insbesondere das Problem der im Oktober aus Deutschland ins Niemandsland an der Grenze zwangsdeportierten Juden polnischer Abstammung, auf die Tagesordnung des Evian-Komitees zu bringen. Diese Bemühungen scheiterten durchweg, da die Evian-Mächte fürchteten, mit der Einbeziehung dieser wenigen Zehntausend ein Einfallstor für polnische Massenemigrationsbestre-

lenfalls eine aus Gedankenspielerlei geborene verbale Nebelkerze Hitlers, mit der er einen bekannten Topos, der zugleich einmal Gegenstand konkreter Planungen gewesen war, aufgriff, um die tatsächlich ablaufenden Maßnahmen gegen die Juden nicht beim Namen zu nennen²⁷⁷.

bungen zu öffnen. Von einer polnischerseits intendierten Schaffung eines „Juden-Nationalstaates“ auf Madagaskar kann keine Rede sein.

Auch andere kommentierende Äußerungen Pickers sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. So ist seine Beurteilung der Judenpolitik Hitlers in mehrfacher Hinsicht fragwürdig, schwingt in seinen Kommentaren zu den ansonsten korrekten Notizen aus der Kriegszeit doch häufig eine verständnisvolle Apologetik mit. Exemplarisch ist seine Ansicht, die „Reichskristallnacht“ sei gegen Hitlers Willen von Goebbels und Himmler [!] inszeniert worden, womit er [Hitler] sich das „organisierte *Weltjudentum* mit seinem einzigartigen Einfluß in Staat, Wirtschaft und Presse der USA zum *Feind Nr. 1*“ gemacht habe. Dies mündet in der von Hitler selbst aufgetragenen und von Picker übernommenen Ansicht, die Folge sei gewesen, „daß dieses organisierte Weltjudentum ihm (Hitler) mit der Unterschrift des Zionistenführers Chaim Weizmann, des späteren Präsidenten des Staates Israel, bereits am 5. September 1939 offiziell den Krieg erklärte“; Picker, 1989, S. 17, ähnlich S. 305. Als ob der politische Interessenverband und das Nicht-Völkerrechtssubjekt Zionistenkongreß – ohne Nationalterritorium, Armee und Verwaltung – dem souveränen Staat und Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich den Krieg hätte erklären können. Daß die meisten Juden in der Welt als Mitglieder anderer Nationen angesichts der von den Nationalsozialisten verübten Verbrechen gegen die deutschen und europäischen Juden ihren Platz an der Seite jener sahen, die nach dem Ausgriff der Deutschen über ihre Grenzen diese Expansion beenden wollten, ist nur allzu leicht nachvollziehbar. Dabei waren und blieben sie stets Angehörige ihrer Nation und kämpften nicht etwa, absurde Vorstellung, unter der Flagge des Zionistenkongresses. Bemerkenswert ist aber vor allem die im erläuternden Kommentar Pickers mehrfach wiederholte Behauptung, wonach Hitler 1940/41 über Schacht versucht habe, eine Massenauswanderung der Juden „nach Madagaskar oder nach einem sonstigen (nicht auf arabischem Gebiet zu errichtenden!) ‚jüdischen Nationalstaat‘ zu bewerkstelligen“; Picker 1989, S. 305. Erst als dies ergebnislos geblieben sei, „weil die jüdisch beeinflussten Weltbanken die Vorfinanzierung und Großbritannien das freie Geleit für die Auswanderer-Schiffe versagten“, sei mit der Wannsee-Konferenz die „Endlösung der Judenfrage“ im Sinne einer Massendeportation nach Osten in die Wege geleitet worden. Hierauf sei dann die Massenvernichtung in den „Himmelschen [!] Konzentrationslagern“ erfolgt; Picker 1989, S. 305. Das Bemühen, die historischen Fakten umzudeuten und Hitler aus der Verantwortung herauszuhalten, ist evident.

In bezug auf den Madagaskar-Plan interessiert aber vor allem die angebliche Beauftragung Schachts. Auch an anderer Stelle schreibt Picker, Hitler habe nach dem Frankreich-Feldzug den Madagaskar-Plan aufgegriffen und Schacht damit beauftragt, „ihn in Zusammenarbeit mit dem in Evian geschaffenen ‚Zwischenstaatlichen Komitee für jüdische Auswanderung‘“ zu realisieren. Schacht habe sein Bestes getan, die Dinge umzusetzen. „Zur Finanzierung schlug er eine internationale Umsiedlungsanleihe vor, die die Überführung der Juden von Europa nach Madagaskar möglich machen sollte. Sein Plan sah vor, daß diese Anleihe vom Deutschen Reich binnen 20 Jahren aus dem in Deutschland beschlagnahmten jüdischen Vermögen verzinst und zurückgezahlt werden sollte.“ Die Anleihe sei am „No‘ der angesprochenen jüdischen Weltbanken“ gescheitert, sowie „technisch am ‚No‘ der britischen Regierung, die ein ‚freies Geleit‘ für die Auswanderungsschiffe verweigerte, obwohl sich die Schweiz und Schweden auf die entsprechenden Interventionen des (damals noch provisorischen) Genfer Weltkirchenrates als Transferländer zur Verfügung gestellt hatten. Vergeblich intervenierte der Generalsekretär des Weltkirchenrates Dr. Visser't Hooft persönlich in London und über seine amerikanischen Freunde in Washington. Selbst Demarchen des hochangesehenen orthodoxen Erzbischofs beider Amerikas und späteren Ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. blieben ohne praktisches Ergebnis“; Picker 1989, S. 340f. (Der ökumenische Patriarch Spyrou Athenagoras (1886–1972) war von 1930 bis 1948 Erzbischof von Nord- und Südamerika; Willem Adolf Visser't Hooft (1900–1985) von 1938 bis 1966 Generalsekretär des Weltkirchenrates.)

Madagaskar eignete sich auch deshalb, zur Tarnung und Täuschung mißbraucht zu werden, weil in dieser Zeit mit dem Stichwort zumindest die Idee einer „humaneren“ Lösung des Judenproblems, sprich einer nicht direkt „genozidalen Endlösung“ verbunden wurde. Der Treblinka-Flüchtling Jakub Rabinowicz berichtete Emanuel Ringelblum, dem Chronisten des Warschauer Ghettos, im Oktober 1942, daß die Hoffnungen auf eine „Madagaskar-Lösung“ sogar soweit mißbraucht werden konnten, die Todeskandidaten im Vernichtungslager Treblinka zu täuschen. Das Lager mußte wegen der Bombenabwürfe sowjetischer Flugzeuge im Generalgouvernement verdunkelt werden, und der deutsche Lagerkommandant fürchtete Fluchtversuche. Deshalb versicherte er in einer Ansprache gegenüber den Häftlingen, Hitler und Roosevelt hätten sich auf die Ansiedlung polnischer Juden auf Madagaskar geeinigt und schon am nächsten Morgen ginge der erste Zug aus Treblinka ab. Das Licht blieb gelöscht, die Dieselmotoren zur Vergasung wurden abgeschaltet, bis die Bomber das Lager überflogen hatten – dann lief die Mordmaschinerie weiter wie bisher²⁷⁸.

Picker nennt keinerlei Beleg für diesen angeblichen Auftrag Hitlers an Schacht – es gibt ihn auch nicht. Schacht führte bekanntlich vor dem Krieg Gespräche mit dem Ziel, die jüdische Auswanderung aus Deutschland mittels einer internationalen Anleihe zu erleichtern, allerdings ohne daß hier Madagaskar als Zielgebiet ins Auge gefaßt worden wäre. Die einzige Äußerung Schachts zu einer möglichen Judenauswanderung nach Madagaskar findet sich in dem bereits erwähnten Schreiben vom 7. Juli 1938, als er in Reaktion auf einen Vorschlag Fricks seine Bedenken gegen die geplante „Ausscheidung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ geltend machte und mögliche internationale Vereinbarungen zur Auswanderung von Juden nach Palästina, Abessinien und eben Madagaskar in die Diskussion brachte; PAAA Inland IIg 169; vgl. Kap. V. 14. Weder finden sich in den einschlägigen Akten Hinweise auf eine Aktivität Schachts in dieser Frage, noch hat Schacht, der bis Januar 1943 Minister ohne Geschäftsbereich blieb, selbst jemals solches für sich reklamiert. Er sah Hitler nach dem Frankreichfeldzug nur einmal für einen kurzen Augenblick auf dessen Empfang für alle Minister und Parteioberen am Anhalter Bahnhof in Berlin, nahm aber am anschließenden Treffen in der Reichskanzlei schon nicht mehr teil. Diese Veranstaltung fand am 15. Juli 1940 statt. Schachts letzte Zusammenkunft mit Hitler datiert vom Februar 1941. Auch dort ging es nicht um die Judenfrage, sondern Schacht teilte seine Wiederverheiratung mit; vgl. Schacht, 76 Jahre meines Lebens, S. 517–521.

²⁷⁷ Picker selbst bestätigt diesen Eindruck, 1989, S. 44. Im übrigen hatte Hitler bereits am 13. Mai nach der Eroberung der Insel durch die Briten, die eigenen Kräfte und Machtreichweiten durchaus realistisch einschätzend, festgestellt, „England denke nicht daran, Madagaskar wieder herauszugeben“; Picker, 1989, S. 293, Aufzeichnung vom 13. 5. 1942. Die Briten waren vom 5. bis 7. Mai auf der Insel gelandet, hatten den Flottenstützpunkt Diego Suarez besetzt und den Widerstand der rund 4 000 französischen Verteidiger (davon 800 Europäer) rasch gebrochen; vgl. Hillgruber/Hümmelchen, Chronik des Zweiten Weltkrieges, S. 67.

²⁷⁸ Sakowska, Archiwum Ringelbluma Getto Warszawskie, Dok. 62, S. 123, 25. 10. 1942.

VII. Schlußbetrachtung

„Madagaskar für die Juden“ – Vom Mythos einer „territorialen ‚End‘-Lösung der Judenfrage“

I.

Warum eine Insel? Warum gerade diese? Will man den Madagaskar-Plan, diese die Antisemiten so verlockend anmutende Idee und die Geschichte ihrer politischen Folgen, zusammenfassend skizzieren, so präsentiert sich ein überraschend vielschichtiges Bild: Der Plan wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert als akademischer Gedanke eines rassistisch abgeleiteten Antisemitismus geboren und blieb, über nationale Grenzen hinweg, in antisemitischen Zirkeln als attraktive Verheißung einer „territorialen“ Lösung der „Judenfrage“ über Jahrzehnte virulent. Er steht exemplarisch für die im Modernen Antisemitismus kontinuierlich erkennbare Vorstellung, mittels einer möglichst insularen Isolierung der verfolgten Minderheit die irdische Erlösung zu befördern, und er zog seine Motivation aus der angeblich naturwissenschaftlichen Lehre vom „natürlichen“ Kampf zwischen der „Judenrasse“ und der hierdurch in ihrer Hochexistenz und Fortentwicklung bedrohten „arischen“ Rasse. Für die Anhänger und Propheten dieser irrationalen Geschichtsphilosophie stellte sich notwendigerweise die in diesem Sinne „logische“ Herausforderung zur „Lösung der Judenfrage“. Mit der Idee, ein abgeschlossenes Gebiet, möglichst eine Insel und seit Paul de Lagarde namentlich Madagaskar, für die Ansiedlung aller Juden des Globus zu nutzen, wurde der Mythos, wurde der immer wiederkehrende und aus verschwommenen wie irrationalen Vorstellungen glorifizierte Gedanke von der „territorialen ‚End‘-Lösung“ der Judenfrage ins Leben gerufen.

Der Wunsch nach vollständiger Absonderung, nach einer streng kontrollierten Quarantäne des vermeintlich gefährlichen „Weltfeindes“, zeigte sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in vielfältigen und vielstimmig vernehmbaren Ausprägungen. Vorschläge für eine „territoriale ‚End‘-Lösung“ waren über die Jahrzehnte ein ebensolcher Dauerbrenner der antisemitischen Publizistik wie die „Protokolle der Weisen von Zion“. Sie versprachen in der unübersichtlichen und von vielerlei ressentimentgeladenen Ängsten durchzogenen Welt der Moderne scheinbar schlüssige Antworten auf komplizierte und unverstandene Gegenwartsprobleme. Hierin spiegelte sich ein, in Zeiten existentieller Krisen offensichtlich besonders waches, Bedürfnis nach irrationaler Orientierung.

Die eigentliche „Karriere“ des Madagaskar-Gedankens begann allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg, als die Insel zum „Programm“ eines international konspirativ agierenden Zirkels missionarisch inspirierter Judenfeinde wurde. Die Vorstellung, die Judenfrage mittels Ansiedlung der verhassten Minderheit auf der ostafrikanischen Insel zu lösen, war nicht länger nur ein Gedankenspiel unter zahlreichen variierenden Vorschlägen zur „Lösung der Judenfrage“, sondern fand Protagonisten, die mit dem ganzen Eifer ihres vermeintlich welterlösenden Bewußtseins für ihre Idee eines „Voll-Zionismus“ warben. Die schiere Größe der Insel, ihre angebliche Unterbevölkerung und

üppige Vegetation, vor allem aber die sichere Kontrollierbarkeit, ließen die „Voll-Zionisten“ davon träumen, Madagaskar zur „compulsory segregation“ des jüdischen Volkes zu nutzen. Wurde in den „Protokollen der Weisen von Zion“ der Mythos von der „jüdischen Weltverschwörung“ propagiert, so kreierte die Anhänger des Madagaskar-Plans, propagandistisch ähnlich wirksam, den Mythos von einer möglichen territorialen „Lösung der Judenfrage“. Die Verfechter dieses Gedankens hielten sich durchweg für Eingeweihte eines übernationalen Ordens der Erkenntnis. Konspiration und Verschwörung prägten ihre Aktivitäten und regelmäßigen internationalen Kongresse. Sie erstrebten in ihrem weltfremden Eiferertum stets weitaus mehr, als sie selbst bei größter Umtriebigkeit jemals politisch hätten erreichen können. Ihr „Zionismus“ bezog sich nicht auf Zion, Jerusalem, das bei vielen in der Diaspora verstreuten Juden tiefwurzelnde Sehnsüchte nach einer sicheren nationalen Heimstätte hervorrief, sondern sie steigerten ihn verbal zum „Voll-Zionismus“ und nannten sich selbst „Pan-Arier“. Dieser antisemitische „Madagaskar-Zionismus“ entsprang ausnahmslos negativen Beweggründen, und selbst die Vernichtung der zwangsweise Deportierten sollte notfalls in Kauf genommen werden.

Während die „antisemitische Internationale“ bis in die dreißiger Jahre lediglich rudimentären politischen Einfluß entfalten konnte, obwohl sie auf dem gesamten europäischen Kontinent Spuren hinterließ, meinten einige ihrer Vertreter nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Staat Hitlers die ersehnte Basis für eine globale „Aufklärung“ über die Judenfrage gefunden zu haben. Mit Alfred Rosenberg, der zumindest nominell über den notwendigen Einfluß im NS-Staat zu verfügen schien, zählte die Internationale schon seit den zwanziger Jahren einen führenden Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie zu ihren Mitgliedern. Dennoch korrespondierten ihrem ideologischen Eifer keineswegs die entsprechenden politischen Fähigkeiten. Eine Vielzahl ihrer Protagonisten, allen voran Ulrich Fleischhauer und Georg de Pottere, war weiterhin der gewohnten Vorstellung von der Welt als einem Ort geheimer Intrigen und finsterner Machenschaften verhaftet und blieb nach wie vor auch selbst in gewohnt konspirativer Weise aktiv.

Als öffentliches Mittel zur „Aufklärung“ sollte der vielsprachige „Welt-Dienst“ fungieren. Und tatsächlich gelang es den vom thüringischen Erfurt aus agitierenden Weltverschwörungspropheten zunächst, sich aufgrund der unverdächtigen und scheinbar mit dem Nationalsozialismus deckungsgleichen ideologischen Ausrichtung dem totalitären Anspruch des Staates und seiner kontrollierenden Instanzen zu entziehen. In einer charakteristischen Mischung aus missionarischer Selbstüberschätzung und unpolitischer Weltferne behaupteten sie ihre ideologische Originalität gegenüber Hitlers Antisemitismus und Rassenpolitik. Mit der Verfestigung und Sensibilisierung des nationalsozialistischen Machtapparates sowie dem zunehmenden Einfluß der SS in allen Fragen der Judenverfolgung traten unvermeidlich und prompt Konflikte auf, die zur rücksichtslosen Entmachtung der „Welt-Dienstler“ und zur ideologiekonformen Kontrolle ihrer Publikationen führten. Ihr Schicksal verdeutlicht exemplarisch, wie wenig Einfluß das Regime diesen versponnenen Propheten einzuräumen bereit war, und es ist symptomatisch, daß die in den zwanziger Jahren unter nationalsozialistischer Beteiligung begonnene und seit 1934 im Deutschen Reich fortgeführte Tradition der internationalen antisemitischen Kongresse beendet wurde.

Dennoch fand der Madagaskar-Gedanke über Presseorgane des „Dritten Reiches“, allen voran der „Stürmer“, weiterhin publizistische Anhänger und Verbreitung. Auch Henry Hamilton Beamish, der weltweit für den Gedanken der „compulsory segregation“ aller Juden auf Madagaskar aktive „travelling salesman of anti-Semitism“ (Bondy), erreichte im Staat Hitlers nach wie vor sein Publikum. Gleichzeitig sorgte die von Beamish inspirierte und ideologisch am Nationalsozialismus orientierte „Imperial Fascist League“ Arnold Leeses mit mäßigem Erfolg für die Verbreitung des Madagaskar-Gedankens in Großbritannien.

Alfred Rosenberg, „Philosoph“ der NS-Bewegung und derjenige Verfechter des „Voll-Zionismus“, der am ehesten die Möglichkeit gehabt hätte, seine politische Umsetzung zumindest ansatzweise voranzutreiben, beschränkte sich in seiner machtblinden Gläubigkeit auf die publizistische Förderung des Gedankens. In der politischen Praxis erwies er sich dagegen als meist ebenso unfähig wie die übrigen selbsternannten Welterlöser. Nicht zuletzt hier wird der grundsätzliche Unterschied zu Hitler augenfällig, der allein es in der antisemitischen Szene verstand, programmatische Fixierungen und machttaktische Notwendigkeiten immer wieder in Übereinstimmung zu bringen.

So blieb der Gedanke an eine „voll-zionistische“ Lösung der Judenfrage über Jahrzehnte publizistisch virulent; politische Relevanz erlangte er nicht. Selbst als in den Wochen des Sommers 1940 der euphorisierende Erfolg des Westfeldzugs im Deutschen Reich erstmals konkrete Planungen für eine millionenfache Judendeportation nach Madagaskar auf die Agenda brachte, leitete der Staats- und Parteiapparat seine Entwürfe zu keinem Zeitpunkt aus den ideologischen Konstrukten des „Voll-Zionismus“ oder der „Internationale des Antisemitismus“ ab.

II.

Gänzlich anders gelagert waren demgegenüber die Ursprünge und Motive der polnischen Überlegungen zur Nutzung Madagaskars. Sie waren eingebettet in die übergeordneten Ambitionen der von Józef Beck dominierten Außenpolitik, und sie verbanden Aspirationen auf Kolonien, Rohstoffe und ein jüdisches Emigrationsgebiet mit der Hoffnung auf eine Stärkung der außenpolitischen Position im sich neu gewichtenden Verhältnis der Großmächte, wie sie Hitlers Politik hervorgerufen hatte.

Die koloniale Motivation der Polen speiste sich aber immer auch aus einer vermeintlichen Überbevölkerung ihres Landes bei einem gleichzeitig hohen Anteil an nicht assimilierten und weitgehend auf ihrer kulturellen Eigenständigkeit beharrenden Juden, die rund ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die jüdische Minderheit dominierte, ja monopolisierte Teile des Handwerks und des Handels, sie war in einigen Städten besonders konzentriert vertreten und lebte dabei zu einem Großteil in elenden sozialen und hygienischen Verhältnissen, oft am Rande des Existenzminimums. Aus dieser eigentümlichen Sonderstellung, im Verein mit dem polnischen Streben nach Vergewisserung und Festigung der über die Jahrhunderte stets gefährdeten nationalen Identität im erst jüngst wiedererstandenen souveränen Staatswesen, bezog ein natio-

nal-religiös-kultureller Antisemitismus seine Impulse und zielte in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre darauf ab, diese Verhältnisse mittels einer deutlichen Verringerung des jüdischen Bevölkerungsanteils durch Emigration zu lösen. Die Auswanderungsströme nach Westeuropa und den Vereinigten Staaten, die durch die Weltwirtschaftskrise kurzfristig unterbrochen worden waren, sollten durch Umlenkung in andere Gebiete ausgeglichen oder ersetzt werden. Hier verbanden sich Emigrationswünsche mit Kolonialaspirationen, ließen sich doch letztere mit der vorgeblichen Notwendigkeit von Auswanderungsgebieten kaschieren, ohne daß man mit offenen Forderungen nach einer internationalen Kolonialdiskussion und Gebietsneuverteilung auftreten mußte.

Madagaskar war nicht das einzige Kolonialgebiet, auf das die Polen ihr Augenmerk richteten. Eine Vielzahl von Emigrationsgebieten für Juden und Polen mit stillschweigend erhoffter anschließender kolonialer Einflußnahme lag in ihrem Visier: Neben Territorien in Südamerika standen insbesondere Gebiete in Afrika, namentlich der kleinen und machtpolitisch nachrangigen Kolonialmächte Portugal und Belgien, im Mittelpunkt der Erörterungen, daneben aber auch Gebiete, welche die Interessen Großbritanniens und Frankreichs berührten. Madagaskar nahm wegen seiner Größe und der geringen Bevölkerungszahl jedoch einen hervorgehobenen Platz in den Illusionen der publizistisch aufgeheizten Öffentlichkeit ein.

In den polnischen Kolonialaspirationen manifestierte sich eine modifizierte Sicht der politischen Machtsituation in Europa, die vom politisch-militärischen Wiedererstarken und dem schrittweisen Expansionismus der Hitlerschen Außenpolitik in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre beeinflußt war. Der polnische Außenminister Józef Beck suchte dabei einerseits das Entgegenkommen der westlichen Demokratien im Sinne seiner Idee vom „Dritten Europa“ zu nutzen, andererseits aber auch im Windschatten der von Deutschland ausgehenden Machtverschiebungen Gewinne einzustreichen, wobei er die inhärente existentielle Bedrohung seines eigenen Landes nachhaltig unterschätzte. Die kolonialen Ambitionen waren dabei nur ein – allerdings gewichtiger – Teil der vielschichtigen, gleichwohl wenig realistischen Außenpolitik Becks, der für seine eigene Person dem Wechselverhältnis von Juden- und Kolonialfrage einen eher instrumentellen Charakter beimaß.

Der „polnische Madagaskar-Plan“ entstand vor diesem Hintergrund mehr oder weniger spontan als heftige Reaktion auf ein vermeintliches Entgegenkommen seitens des französischen Kolonialministers Marius Moutet im Januar 1937. Die Polen hatten öffentliche Äußerungen Moutets, in denen er Kolonisationsmöglichkeiten auf Madagaskar vage angedeutet hatte, schlichtweg mißverstanden. Sie meinten, Moutet habe damit auf Anregungen Becks geantwortet, die dieser gegenüber dem französischen Premierminister Léon Blum im Oktober 1936 zur Diskussion gestellt hatte. Dem Wunschdenken der Polen kam dabei entgegen, daß sich einige Hilfsorganisationen um Zuwanderungsstätten für jene deutschen Juden bemühten, die in Europa oder Nordamerika immer wieder verschlossene Türen vorfanden und auch in Palästina keine ausreichende Zufluchtsstätte erwarten konnten. Diese Organisationen erweiterten ihre Hilfsüberlegungen bisweilen und bemühten sich – in engen Grenzen –, auch die von Diskriminierung und Pogromen bedrohten Juden in den Staaten Mittel- und Osteuropas, allen voran Polen und Rumänien, einzubeziehen. So war die Suche nach möglichen Immigrati-

onsgebieten ein beständig wiederkehrendes Problem internationaler Hilfsbemühungen, das auch Madagaskar regelmäßig in die Diskussion brachte. Es waren die Wünsche dieser Hilfsorganisationen, auf welche der französische Kolonialminister im Januar 1937 eigentlich eingegangen war.

Die vorsichtigen Formulierungen Moutets wurden trotz ihrer erkennbar begrenzten Absichten in der publizistisch aufgewühlten Atmosphäre der polnischen Öffentlichkeit als konkrete und umfangreiche Zusagen zur Hilfe bei der Expedition des jüdischen Bevölkerungsteils aus Polen mißverstanden. Das französische Kolonialministerium mühte sich vergeblich, dem hierdurch hervorgerufenen Druck durch Klarstellungen entgegenzuwirken. Es ist kennzeichnend für die Unbestimmtheit der Lage, wenn die auf drängenden Wunsch der Polen entsandte Untersuchungskommission nach ihrer mehrwöchigen Inselexpedition zu sehr unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Ergebnissen kam: Während der polnische Kommissionsleiter, Mieczyslaw Lepecki, eine nach Zehntausenden zählende Besiedlung über mehrere Jahre für durchführbar hielt, gestanden die jüdischen Experten, Léon Alter und Salomon Dyk, mit skeptischer Zurückhaltung allenfalls einigen hundert Familien Lebensmöglichkeiten auf der Insel zu, stets unter dem Vorbehalt, daß zuvor zahlreiche medizinische, landwirtschaftliche und infrastrukturelle Hindernisse beseitigt würden.

Als Kernproblem erwies sich die Frage der Finanzierung eines solchen Kolonisationsprojekts. Zwar begleiteten jüdische Institutionen die Diskussion um Madagaskar mit wachem Interesse und erkundigten sich sogar beim Pariser Kolonialministerium sowie der Inselverwaltung nach eventuellen Siedlungsmöglichkeiten, sie starteten oder unterstützten jedoch keine konkreten Ansiedlungsversuche. Auch für die polnische Seite blieb die Finanzfrage das Haupthindernis, wobei sie illusorisch auf die weitgehende Förderung eines polnischen Projekts von französischer Seite sowie durch Gelder jüdischer Organisationen aus dem Ausland hoffte.

Auf Madagaskar selbst trafen die Arbeit der Kommission und die zahlreich kursierenden Gerüchte über eine bevorstehende Kolonisation durch Juden oder Polen auf tiefe Ablehnung, die sich in mehreren publizistischen Wellen entlud und nicht selten von einer deutlich antisemitischen und antipolnischen Stimmung geprägt war.

Die konkreten polnischen Kolonisationsentwürfe vom Januar 1938 waren von vielschichtigen taktischen Überlegungen durchzogen: Kernpunkt und Ziel war die Idee von einer polnischen kolonialen Enklave als Nukleus für spätere Ambitionen auf Gebietserwerb. Eine solche, bisweilen geradezu vermessene, Anspruchshaltung gegenüber der französischen Kolonialmacht war weit davon entfernt, ein konkreter Gegenstand polnisch-französischer Kolonisationsverhandlungen werden zu können. Denn die französische Seite, insbesondere Botschafter Léon Noël, der in Warschau mit abwägend-realistischer Skepsis die häufig undurchsichtigen Winkelzüge des polnischen Außenministers und die umtriebige Kolonialpropaganda analysierte, suchte den keimenden Hoffnungen auf ein solches Projekt die hochgeschraubten Dimensionen zu nehmen und statt dessen die europäische Herausforderung durch Hitler zu betonen. Schon am Beginn der Madagaskar-Diskussion war die ablehnende Haltung der französischen Regierungen gegenüber finanziell wie kolonisatorisch ungesicherten Experimenten auf der Insel oder anderswo spürbar. Diese wache Skepsis wurde durch die Ergebnisse der polnisch-jüdischen Untersuchungskommission nicht beseitigt, im Gegenteil: Die

Ansichten der jüdischen Mitglieder bestärkten die Franzosen in ihrer reservierten und dilatorischen Haltung. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs sollte das „polnische Madagaskar-Projekt“ nicht mehr bleiben als der fruchtlose Traum von Judenaussiedlung, kolonialer Expansion und Großmachtperspektive.

III.

Die in der Internationale des Antisemitismus agierenden „voll-zionistischen“ Anhänger des Madagaskar-Gedankens blieben mit ihren Verschwörungstheorien politisch weitgehend einflußlos. Gleichwohl fanden ihre irrationalen Bedrohungsperzeptionen im „Dritten Reich“ ein vielfältiges Echo und Gehör bei jenen nicht minder fanatischen Rassenantisemiten, die nun selbst an der Regierung waren, dabei jedoch ideologische Fixierung und machttaktische Notwendigkeiten lange im Gleichgewicht zu halten verstanden. Mit den antijüdischen Maßnahmen, die unmittelbar mit der nationalsozialistischen Machteroberung einsetzten, wurde zunächst das Ziel der stigmatisierenden Definition und Absonderung der zum Staatsfeind erklärten Minderheit verfolgt. Gleichzeitig erwuchs mit dem von Himmler und vor allem von Heydrich zielstrebig zum Kern des judenfeindlichen Verfolgungsapparates ausgebauten Sicherheitsdienst im Verein mit der Geheimen Staatspolizei im Rahmen der SS ein zunehmend effizienteres und in der Behördenrivalität des „Dritten Reiches“ an Einfluß in der Judenbehandlung gewinnendes Instrument, das Hitler bei den jeweils erstrebten Maßnahmen zur „Lösung der Judenfrage“ zur Verfügung stehen sollte.

Was den publizistisch wie ideologisch weit verbreiteten Madagaskar-Gedanken betraf, so gab es in den Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg keine ernsthaften Ansätze für einen Realisierungsversuch, schon weil das Territorium schlicht nicht zur Verfügung stand. Vor allem aber war Hitler selbst kein Anhänger des „Voll-Zionismus“. Obwohl ihm die Idee seit Jahrzehnten vertraut war und ihm auch der Madagaskar-Gedanke als zumindest vorläufige Lösung der Judenfrage durchaus ins weltanschauliche Konzept gepaßt hätte, verfolgte er seine Ziele, bei aller Verwurzelung im Ideologischen, in der politischen Praxis mit dem durch eine gehörige Portion kaltschnäuzigen Opportunismus, der Bereitschaft zum Vabanque und dem Sinn für die technisierte Moderne angereicherten, notwendigen taktischen Pragmatismus. Er war jedoch auch in vielen seiner ideologischen Fixierungen Kind des gleichen missionarischen Geistes wie die „Voll-Zionisten“, und beide fußten auf den tradierten antisemitischen Bedrohungs- sowie den daraus abzuleitenden „Lösungs“-Vorstellungen. Hitler, und das macht den historisch entscheidenden Unterschied aus, blieb in der Verfolgung seiner Ziele aber nicht nur verbal gewaltbereit bis zur Vernichtungsabsicht, was von jeher ein prägendes Merkmal der antisemitischen Agitation gewesen war, sondern er strebte mit allem politischen Geschick nach ihrer Umsetzung.

Vor dem Krieg konnten die Vernichtungswünsche des „Führers“ aus seinen programmatischen Darlegungen und der Konstanz seiner weltanschaulichen Fixierungen abgelesen werden. Die letzten Ziele wurden offen ausgesprochen, wenngleich sie während der Friedenszeit bei aller Brutalität der praktizierten Maßnahmen noch hinter diesen verborgen

blieben. In den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg stand die Förderung der Auswanderung, die zusehends einer Austreibung gleichkam, an erster Stelle der Mittel, mit denen die Juden aus dem Deutschen Reich entfernt werden sollten. Diskussionen um eine mögliche jüdische Staatsgründung in Palästina begegnete Hitler mit Gleichmut, während die ideologisch orientierten „Judenexperten“ des Auswärtigen Amts, die bemüht waren, eine stärker der nationalsozialistischen Weltanschauung verpflichtete Außenpolitik gegenüber der traditionsverhaftet-konservativen Linie ihrer Behörde durchzusetzen, die Gefahr eines „jüdischen Vatikanstaates“ beschworen und eine „zerstreuende“ Auswanderung propagierten. Der Sicherheitsdienst wiederum sah in Palästina ein willkommenes Aufnahmegebiet für die pauperisierten Vertriebenen, als es immer schwieriger wurde, andere Zufluchtsstätten zu finden. Es blieb ein latenter innerer Widerspruch, daß man sich sogar zur Zusammenarbeit mit dem Zionismus bereit fand, während gleichzeitig die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina strikt abgelehnt wurde.

Mit Hilfe der in Wien eingerichteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ wuchs die Abwicklungsgeschwindigkeit der Austreibung in eine neue und mit brutaler Effektivität praktizierte Dimension. Die organisierende Behörde selbst erlangte eine weitere, deutliche Bedeutungssteigerung und sammelte dabei Erfahrungen, die zunächst in ähnlichen Institutionen in Berlin und Prag umgesetzt wurden. Zum beflissenen Exekutor wurde Adolf Eichmann, der sich durch seine skrupellose Effizienz für die reibungslose Umsetzung der über Himmler und Heydrich vermittelten Hitlerschen Vorgaben empfahl.

Die seit dem Sommer 1938 nach der Konferenz von Evian laufenden Bemühungen, mittels eines „Intergouvernementalen Komitees“ für politische Flüchtlinge die Unterbringung der emigrierten deutschen Juden überstaatlich zu regeln, wurden von der deutschen Außenpolitik zunächst strikt abgewiesen. Erst in Reaktion auf das organisierte Pogrom der „Reichskristallnacht“ bemühte sich Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht im Dezember 1938 und im Januar 1939 auf dem Verhandlungsweg um eine vertragliche Regelung, stieß dabei aber nach wie vor auf die Ablehnung des Außenministers, die Schacht durch das duldende Placet Hitlers überspielen konnte. Seine Gespräche führten zu einer Reihe konkreter Überlegungen, die dem arbeitsfähigen Teil der in Deutschland verbliebenen Juden und ihren Familien auf Kosten von drei Vierteln ihres Vermögens die Ausreise garantieren sollten. Schachts Bemühungen erstarben abrupt mit seiner Entlassung Ende Januar 1939. Zwar wurden die Gespräche von Görings „zweitem Mann“, Helmut Wohlthat, in den folgenden Monaten fortgesetzt, doch erwiesen sich die Verhandlungen, mangels deutscher Kompromißbereitschaft wie auch aufgrund der unentschlossenen bis ablehnenden Haltung der meisten Evian-Staaten, als unfruchtbar und wurden durch die gleichzeitig mit entschlossener Brutalität vorgehenden Praktiker der SS ausgehebelt.

Hitler selbst stellte sich spätestens seit Beginn des Jahres 1939 gedanklich offen auf die von keinerlei notwendiger Rücksichtnahme beeinflussten Möglichkeiten des beabsichtigten Krieges ein. Der erste Schritt in diese Richtung, der Überfall auf Polen, war sowohl hinsichtlich der Gewaltoptionen als auch im Hinblick auf die Dimension der nun erreichbaren Opfer eine tiefgreifende Zäsur. Ihm folgte unmittelbar die Bildung des Reichssicherheitshauptamtes, wodurch die Verfolgungsfähigkeiten weiter effekti-

viert wurden. Während die im Rücken der Front in Polen operierenden Einsatzgruppen schon eine erste mehr oder weniger systematische Methode des Massenmordes erprobten, kam mit Untersuchungen zu Nisko am San der altvertraute Gedanke an ein abgeschlossenes und kontrolliertes Judenterritorium ins Blickfeld der SS-Planungen. Diese Überlegungen wurden jedoch von Hitler verworfen, noch bevor der unerwartet erfolgreiche und rasche Sieg gegen Frankreich ein neues „Territorium zur Endlösung“ in den Horizont der Diskussion rückte.

Im Juni 1940, als auf deutscher Seite beinahe alles für möglich gehalten wurde und Hitler sich schon als künftiger Herr der Welt wähnte, wurde der Madagaskar-Plan durch den Judenreferenten des Auswärtigen Amts, Franz Rademacher, im Hinblick auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Frankreich ins Spiel gebracht. Seine Initiative wurde nicht zuletzt aus dem Bemühen um die Profilierung seines Referates und der Abteilung Deutschland sowie seines ebenso machtbewußten wie ehrgeizigen Vorgesetzten Martin Luther geboren.

Die aus der momentanen Euphorie dieser Monate erklärbare Zustimmung Hitlers wurde vom Machtapparat in seinem Bemühen um Orientierung begierig perzipiert. Darüber hinaus bietet sich hier ein illustratives Beispiel für die Behördenrivalität des „Dritten Reiches“. Unmittelbar mit dem Placet Hitlers für weitere Planungen wurde Heydrich aufmerksam, in dessen Behörde die Madagaskar-Idee 1938 schon einmal Gegenstand einer Gedankenskizze gewesen, jedoch sofort wieder von der Agenda verschwunden war. Heydrich verwies den Außenminister nachdrücklich auf die angestammten Zuständigkeiten seines Apparats, und tatsächlich konnte Ribbentrop nicht verhindern, daß nun das Reichssicherheitshauptamt und allen voran Eichmann die Federführung der Planungen an sich zog. Auch wenn das Auswärtige Amt durch Rademacher die Urheberschaft für den deutschen Madagaskar-Plan beanspruchen konnte und darüber hinaus ebenfalls Gutachten einholte sowie auch weiterhin eigene Gedanken, beispielsweise zur Gründung einer Intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens, lancierte, wurden die entscheidenden Vorarbeiten doch im Reichssicherheitshauptamt durch Eichmann und seine Mitarbeiter arrangiert. Dem Auswärtigen Amt wurden die in Heydrichs Apparat fertiggestellten Projektentwürfe übermittelt. Die Bemühungen Rademachers, eine Kooperation verschiedener Behörden wie dem Auswärtigen Amt, dem Reichssicherheitshauptamt, der Vierjahresplan-Behörde, dem Propagandaministerium und der Kanzlei des Führers anzuregen, scheiterten am Totalitätsanspruch der Himmler-Heydrich-Institutionen in der Judenfrage. Die Vertreter der noch in Deutschland lebenden jüdischen Bevölkerung versuchten das bedrohliche Projekt abzuwehren und wandten sich dabei bis an Papst Pius XII., den sie baten, er möge sich in ihrem Sinne für andere Territorien, beispielsweise Alaska, verwenden.

Der gleichzeitig mit dem Madagaskar-Plan (wieder) in die Diskussion gebrachte Begriff der „Endlösung“ erfuhr im Sprachgebrauch der Nationalsozialisten erst allmählich seinen Bedeutungswandel in Richtung Genozid. Auch der von Heydrich im Juni 1940 benutzte Begriff der „territorialen Endlösung“ meinte zunächst keineswegs eindeutig die spätere „genozidale Endlösung“, sondern konnte sowohl im Sinne der Zusammenfassung aller Juden auf Madagaskar verstanden, als auch auf das deutsch

beherrschte Territorium in Europa bezogen werden, für das eine „Endlösung“ anzustreben war. Die Begriffe „territoriale“ und „genozidale Endlösung“ sind daher voneinander zu trennen, wenngleich die „territoriale Endlösung“ auf Madagaskar angesichts der Insel-Beschaffenheit aller Wahrscheinlichkeit nach auf dasselbe hinausgelaufen wäre: den Tod der Deportierten. Vier Jahre lang tagtäglich dreitausend Menschen über eine Strecke von Tausenden von Kilometern über den Ozean zu transportieren, um sie dann auf einer für Europäer kaum bewohnbaren und von Seuchen durchzogenen tropischen Insel ohne jede medizinische, hygienische, infrastrukturelle und agrarische Vorbereitung abzuladen und dort ein Ghetto zu bilden, in das täglich Tausende neuer Insassen strömen würden, mußte für die Verbannungsoffer katastrophale Folgen haben. In den seitens der Planer eingeholten Gutachten war von solcherlei Szenarien allerdings nicht die Rede. Die „Experten“ berechneten das Fassungsvermögen der Insel primär nach der Bevölkerungsdichte, stellten dabei fest, daß sich statistisch noch Platz für mehrere Millionen Menschen finden lasse, und vernachlässigten indessen völlig die natürlichen Voraussetzungen und Hindernisse des Landes.

Der entscheidende Punkt der ganzen Planungen allerdings wurde im Sommer 1940 als gelöst vorausgesetzt: der vollständige Sieg im Westen und die Niederlage Großbritanniens. Denn das Madagaskar-Projekt war ein unter den Auspizien des bislang erfolgreichen Westfeldzugs konzipierter „Nach-Kriegs-Plan“. Der Krieg gegen die sich erbittert verteidigende britische Insel hing jedoch im eigentlichen Sinne des Wortes noch in der Luft und mit ihm auch das Madagaskar-Vorhaben. Als Hitler sich vor diesem Hintergrund bereits Ende Juli in Richtung seines „eigentlichen“ und allseits unterschätzten Gegners im Osten, der als „jüdisch-bolschewistisch“ perzipierten Sowjetunion Stalins, zu orientieren begann, wurde das Madagaskar-Projekt zum Schubladenentwurf, dessen Realisierungschancen in dem Maße abnahmen, wie der Kampf gegen Großbritannien fort dauerte. Plan und historische Wirklichkeit, zunächst für möglich gehaltene Perspektiven und tatsächliche politische Optionen hatten zusehends weniger miteinander zu tun. Diese sich bereits im August 1940 abzeichnende Erkenntnis verfestigte sich und ließ Hitler den Plan, der schon vorher in seiner Aufmerksamkeit stets hinter den Fragen der Kriegführung zurückgestanden hatte, im Herbst auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschieben.

Der Zusammenhang des Madagaskar-Plans mit den deutschen Gedanken an ein mittelafrikanisches Kolonialreich war für den Entwurf selbst marginal. Beide Überlegungen hatten ein aus jeweils eigenen Motiven und Quellen gespeistes Gewicht. Zwar waren sie eine Zeitlang miteinander verbunden, im Grunde aber standen sie für jeweils eigene Konzepte: ein Kolonialreich in Afrika einerseits, ein von der SS kontrolliertes Großghetto Madagaskar andererseits.

Bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit Frankreich, etwa hinsichtlich der Beschaffung von Schiffsraum, spielte das Thema Madagaskar keine Rolle. Das im Projektentwurf des Reichssicherheitshauptamts vorgesehene Vorkommando für die Insel wurde gleichfalls nicht zusammengestellt, und auf einen ähnlich lautenden Vorschlag Rademachers von Ende August 1940 erfolgte keine Reaktion. Die Gedanken an eine Intereuropäische Bank zur Verwertung des Judenvermögens wurden ohne Eile verfolgt, und mittlere Entscheidungsträger, wie der sonst akribisch auf der Höhe der Dis-

kussion sich befindende Martin Luther, zeigten sich unzureichend über das ganze Vorhaben informiert.

Nach Fertigstellung des Madagaskar-Planentwurfs hing die Frage weiterer Entscheidungen von der Kriegslage ab, doch lebten Überlegungen zu Madagaskar auch dann noch fort, als der „Führer“ sich längst den eigentlichen Zielen seines „Programms“, der „Lebensraumeroberung im Osten“ und den damit gegebenen Optionen hinsichtlich der Judenvernichtung, zuwandte. Um die Jahreswende 1940/41 wurde in den Aufzeichnungen der SS bezüglich der bevorstehenden „Endlösung“ statt des bislang unter dem Rubrum „Fernplan“ avisierten Madagaskar der Hinweis auf ein „noch zu bestimmendes Territorium“ gegeben, in das die Juden umgesiedelt werden sollten.

Hitler machte seine grundsätzliche Umorientierung im Frühjahr 1941 deutlich. In dem Moment, als die beiden Ziele „Lebensraum im Osten“ und „Lösung der Judenfrage“ im Feldzug gegen die Sowjetunion in eins liefen, waren alle alternativen Überlegungen reine Gedankenspiele. Der Ostfeldzug bot im Falle des Sieges, ja selbst im Falle einer Niederlage, ausreichende Optionen, die den Gedanken an eine Aktivierung der Madagaskar-Entwürfe erübrigten. Die weiterhin gelegentlich auftauchenden Erwähnungen der Madagaskar-Idee waren entweder Reminiszenzen an ein abgelegtes Gedankenspiel oder ein Täuschungsmanöver zur Kaschierung der tatsächlich praktizierten „genozidalen Endlösung“ der Judenfrage. Die Vernichtungslager des Ostens boten, so grausam es klingt, eine „praktischere“ und „effektivere“, einfacher geheimzuhaltende und leichter zugängliche Alternative als alle anderen Vorhaben, insbesondere das von zahlreichen Unwägbarkeiten geprägte Madagaskar-Projekt.

IV.

Betrachtet man Hitlers Maßnahmen gegenüber den Juden im Gesamtzusammenhang seines politischen Lebens, so läßt sich das in der rassenantisemitischen Ideologie verwurzelte, semantisch mehrdeutige Motiv der „Beseitigung“ bis hin zum Ziel der Vernichtung durchgängig diagnostizieren. Daneben steht die diesem Befund nur scheinbar widersprechende Erkenntnis, daß die erwogenen und praktizierten Maßnahmen sich erst allmählich steigerten. Hitlers Judenpolitik, die sich aus einem apodiktischen Manichäismus ableitete, folgte keinem stets auf pünktliche Einhaltung überprüften, gleichmäßig fortschreitenden Plan, sondern war durch zeitweilige Rücksichtnahmen gekennzeichnet, denen häufig unmittelbar beschleunigte Verfolgungsmaßnahmen folgten.

Der Weg zu seinen ideologisch fixierten Endzielen führte über Machteroberung und Machtausweitung. Vom „Phänomen der Zeitangst“ (Fest) besessen und von immer neuen Erfolgen in seinem Sendungsbewußtsein davongetragen, dehnte Hitler die geographische Reichweite seiner Pläne und die numerische Dimension seiner Opfer aus, während sich der Zeithorizont zunehmend verengte. Hatte es bis 1938 noch vielfach geheißsen, die Judenfrage müsse innerhalb der nächsten zehn Jahre und vornehmlich durch Auswanderung bzw. Austreibung gelöst werden, so traten in den darauffolgenden Jahren immer neue Optionen zutage. Der Krieg bot umfassendere Mittel und den Deckmantel der alltäglichen gewaltsamen Auseinandersetzung, er rief durch die Er-

folge im Sommer 1940 geradezu eine Euphorie der Allmacht hervor und ermöglichte die Perspektivenerweiterung auf ganz Europa, ja die Welt. Mit der Wendung gegen die Sowjetunion und der ideologischen Verdichtung von Rassenkampf und Lebensraumeroberung dehnte sich die Zahl potentieller Opfer weiter aus und wurde eine bis dato unbekannte Gewaltkomprimierung bei gleichzeitiger Erweiterung der Einsatzmittel möglich, die schließlich im Genozid mündete. Der in Hitlers Persönlichkeit angelegten, umfassenden Ausrichtung des Nationalsozialismus – geographisch tendenziell global, politisch totalitär, sozial revolutionär und auf einen biologisch abgeleiteten, gleichwohl technizistisch fundierten Utopismus hin orientiert – wohnte somit zugleich eine stetige Steigerung zum „Alles oder Nichts“ inne. Diese mündete zwar schließlich in die totale Niederlage, vermochte aber aus der ideologischen Perspektive der judenfeindlichen und machtpolitisch-expansionistischen Intention das eine Ziel zu erreichen, die „genozidale Endlösung“ und die weitgehende Vernichtung der jüdischen Kultur in Europa.

Während die Maschinerie der Verwaltung mit der ihr eigenen Trägheit die Gedanken und Pläne des Sommers 1940 zu Madagaskar verdaute, hatte sich Hitler offensichtlich längst neuen Wegen zugewandt, da solche Vorstellungen seinem Kriegsentwurf, wie er ihn aus der unentschiedenen Lage der Auseinandersetzung mit Großbritannien heraus entwickelte, zuwiderliefen. Wenngleich er immer wieder einmal auf den Madagaskar-Gedanken zu sprechen kam, blieben seine Äußerungen stets im Unverbindlichen, Unkonkreten. Spätestens seit November 1940 stand sein Interesse primär im Banne des Krieges gegen die Sowjetunion. Und schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, daß, sollte die angestrebte Lösung der Judenfrage weiterverfolgt werden – und das stand außer Zweifel –, andere Methoden und Maßnahmen ergriffen werden mußten, um dieses Ziel zu erreichen. Der weitere Verlauf des Krieges hat durch seine inhärente Beschleunigung die Bemühungen um die „Endlösung“ komprimiert entfaltet und die Ermordung in den Vernichtungslagern des Ostens als aus der Sicht der Täter konsequenten Weg in Verfolg der inneren Dogmatik des Hitlerschen Systems und seiner Programmatik erscheinen lassen.

Bleibt die Spekulation, was gewesen wäre, wenn? Daß der Madagaskar-Plan für die Opfer jemals eine Alternative zur praktizierten „Endlösung“ dargestellt hat, kann nach den vorliegenden Quellen in bezug auf die ihm von den Nationalsozialisten zugedachten Dimensionen mit Fug und Recht bezweifelt werden. Wie vorgesehen, 3 000 Menschen täglich von Europa aus abzufertigen, hätte sicher im Bereich organisatorischer und logistischer Möglichkeiten gelegen. Dieselbe Zahl jedoch, ebenfalls täglich, auf einer Insel mit für Europäer hochgradig ungesundem Klima, mangelhaften bis katastrophalen Wegeverhältnissen und einem Eisenbahnnetz von nur 600 km Länge auf rund 600 000 qkm weitgehend unkultivierter Fläche, in neu zu errichtenden Behausungen oder auch nur provisorischen Lagern unterbringen zu wollen, ohne dabei die Mehrzahl dieser Menschen durch Hunger und Seuchen in den Tod zu treiben, war eine Vorstellung von absurder Irrealität und Inhumanität. Wer diesen Plan auch nur in der Theorie zu Ende dachte, mußte zu dem Ergebnis kommen, daß eine Deportation nach Madagaskar in dieser Form einem Todesurteil gleichkam. Für die immer wieder gestellte Frage nach dem Verhältnis des „Madagaskar-Plans“ zur „Auschwitz-Tat“ bedeutet dies: Eine Alternative des Ortes und der Methode hätte der Plan vielleicht werden können, nicht aber der mörderischen Tat selbst.

V.

Was blieb, war die offensichtlich nicht zu zerstörende Faszination des Gedankens. Denn der Madagaskar-Plan lebte fort, wie um einmal mehr seinen irrational-mythischen Charakter unter Beweis zu stellen. Nur knapp einen Monat nach Ende des Krieges, am 22. Juni 1945, begann der britische Antisemit und „Voll-Zionist“ Arnold Leese mit der Publikation eines neuen Pamphlets, das unter dem Titel „Gothic Ripples“ als „occasional report on the Jewish Question in World Affairs“ erschien und den Bruch einer angeblichen „conspiracy of silence on the Jewish question“ zum Ziel hatte¹. Leeses Geisteshaltung blieb unberührt von dem welthistorischen Schaden, den derartige Gedankengebäude und die daraus abgeleiteten Taten noch wenige Wochen zuvor angerichtet hatten. Als wäre nichts geschehen, kein Krieg, keine Vernichtungslager, keine beinahe vollständige Ausrottung des europäischen Judentums, meinte der Autor im August 1946, noch immer seiner früheren Weltsicht verhaftet: „Madagascar is the only solution to the Jewish Problem“, und er forderte, die Insel solle „mit jüdischem Geld“ von den Eingeborenen gekauft werden, um anschließend, in zwei Hälften unterteilt, im Norden durch die Eingeborenen und im Süden durch die Juden besiedelt zu werden. Eine befestigte Grenze, bewacht von Kräften der „arischen Nationen“, müsse den Kontakt zwischen beiden Landesteilen verhindern und die Juden unter Kontrolle halten. Darüber hinaus wäre der Bau von Flugzeugen zu verbieten und das Gewässer um die Insel durch Patrouillen zu sichern. Die Juden sollten „as soon as possible“ nach Madagaskar verbracht werden, und jeder, den man nach einem bestimmten Datum noch außerhalb anträfe, „would have to be severely dealt with“. Durch die inzwischen entwickelte Atombombe, an deren Bau zahlreiche jüdische Wissenschaftler beteiligt waren, ergab sich nach Leese ein neuartiges Problem. Diese Experten konnten nicht mit auf Madagaskar untergebracht werden, weshalb er verlangte, man müsse für sie „some smaller island, properly controlled“ finden². Er wiederholte den Gedanken in der nächsten Ausgabe seiner Schmähschrift mit unverstellt eindeutiger Intention: Der Weg, die Juden zusammenzubringen, bestehe darin, „to send the lot to Madagascar where they quickly sort themselves out“³.

In Leeses Äußerungen kam nochmals all jenes exemplarisch zum Ausdruck, was die antisemitische Grundidee des Madagaskar-Plans von jeher so attraktiv hatte erscheinen lassen: die Sehnsucht nach der für möglich gehaltenen irdischen Welterlösung, die Wahnidee, nach der hinter allen Gegenwartsübeln eine einzige, klar bestimmbare Ursache, in diesem Falle das Judentum, erkennbar ist.

Madagaskar – das hatte den Klang von Größe und Abgeschlossenheit, von Geschlossenheit und Überwachbarkeit, von Konzentration, von „End-Lösung“, ja Erlösung. Eine Insel der Ausgestoßenen, der ausgestoßenen Juden unter dem Signum der Rassenquarantäne.

¹ PRO HO 45/24968, zitiert nach Bericht New Scotland Yards (Special Branch) No. 113 für den Zeitraum bis zum 15.7. 1945.

² PRO HO 45/24968, Gothic Ripples No. 19, 15.8. 1946, S.1–2.

³ PRO HO 45/24968, Gothic Ripples No. 20, 26.8. 1946, S.3.

Die hoffnungsvolle Vision, mittels einer zwangsweisen Beseitigung des vermeintlichen Gegners ein irdisches Paradies zu begründen, war und ist nicht allein dem Modernen Antisemitismus eigen. Sie kann Gültigkeit beanspruchen für alle mit einem irrationalen Dogmatismus behafteten Heilslehren, die annehmen, die Bewegungsgesetze der Geschichte wie der Menschen in ihr erkannt zu haben. Gleichwohl brachte einzig der Antisemitismus bislang die Vorstellung hervor, die Rettung der Welt mittels einer zwangsweisen Ansiedlung des vorgeblichen Weltfeindes auf Madagaskar befördern zu können.

ZIONISM SOLVED!



The Future Home
for the Jews



Population capacity: 100 million

Printed by Nuneaton Newspapers, Ltd. Bond Gate, Nuneaton. Published by The Britons, 40 Great Ormond St., W.C.1.
Further copies are obtainable, price 1/6 per hundred post free, from the publishers.



Arische Rasse



Christliche Kultur



und Judenproblem

VOLL-ZIONISMUS?



Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit
HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 1	Erscheint wöchentlich, Freitag-Abend 20 Uhr. Tagespreis monatlich 64 Pf. (einschl. Postgebühren). Abbestellungen bei den Verlegern oder bei den Postämtern. Einzelhefte 14 Tage vor Erscheinen. Druck im Reichsdruckhaus. Die in Nr. 10 von Seite 1 zum Ende des Monats (im September) - 11 1938.	Nürnberg, im Januar 1938	Verlag: Der Stürmer, Julius Streicher, Nürnberg-6, Theresienstrasse 14. Verlagsleitung: Max Bial, Nürnberg-6, Theresienstrasse 14. Druckerei: F. H. N. Schulz, Nürnberg-6, Theresienstrasse 14. Druck: F. H. N. Schulz, Nürnberg-6, Theresienstrasse 14. Druck: F. H. N. Schulz, Nürnberg-6, Theresienstrasse 14. Druck: F. H. N. Schulz, Nürnberg-6, Theresienstrasse 14.	16. Jahr 1938
--------------------	---	--------------------------	--	-------------------------

Madagastar

Das Ende

Mit Beginn der roten Revolution im November 1918 fanden plötzlich auf allen wichtigen Stellen des Staates Juden. Damit offenbarte sich nach außen hin die von innen her gewordene Judenherrenschaft jener Tage.

Nur aus den Willküren im Falle war die Gefahr, die mit jenem Weichen aufgetaucht war, bewußt geworden. Für den Großteil des deutschen Volkes hatte jener Weggang jedoch keine Bedeutung. Für das deutsche Volk gab es schon seit langem keine Judenfrage mehr. Das deutsche Volk war in einer moralisch-bestaatlich-liberalistisch veränderten Zeit dazu erzogen worden, im Juden keinen Fremdenfremden mehr zu sehen. Es war dazu erzogen worden den Juden als Volksgenossen und damit als gleichberechtigt anzuerkennen. So konnte es sein, daß der Großteil des deutschen Volkes der Madagaskarfrage durch die Juden unwillig und gleichgültig gegenüberstand. Diese Unwissenheit und Gleichgültigkeit hatten gar Folge, daß die nun einsetzende antijüdische Kampfkampfabarbeit sehr erschwert war.

Dem Stürmer aber gelang es gar bald, die erste Verleumdung zu schlagen und innerhalb und außerhalb der nationalsozialistischen Bewegung eine Volkswilligung antijüdischen Kampfbegriffes herbeizuführen. Da das Wissen vom Juden in allen Schichten des deutschen Volkes sich immer mehr ausbreitete und heute zum unvertilgbaren Volk geworden ist, konnte der nationalsozialistische Staat seine Schichten, die den Juden aus seiner organisierten Verwerfung wieder auf ein Maß zurückführten, daß der



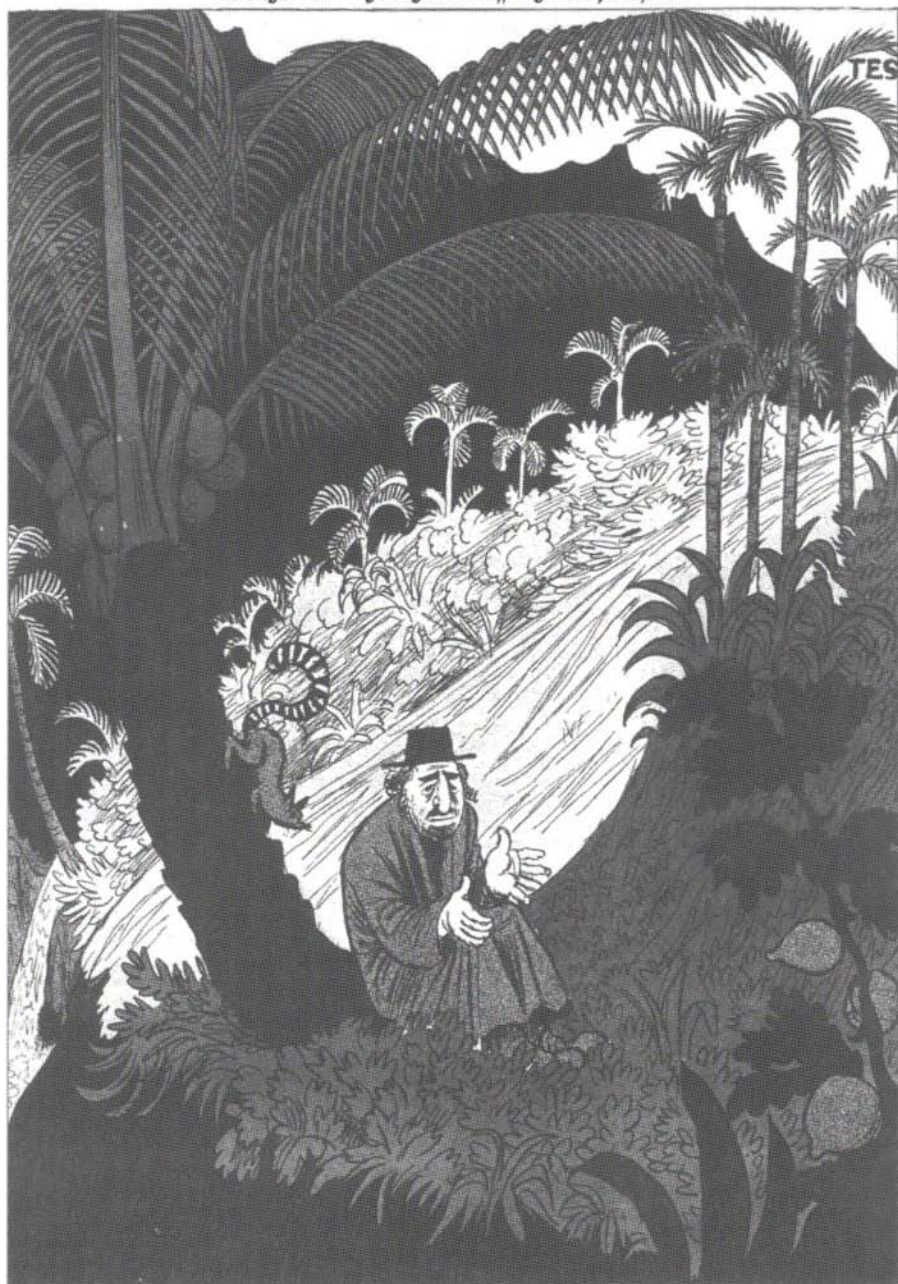
Die Krise hat den Juden tödlich,
Die neue Zeit macht ihn notwendig.
Kein Zug, kein Zug will kommen,
Er sieht das Ende kommen

Aus dem Inhalt

Ein schändliches Wunder
Gehtes Diamantschmugglerbande in Amerika
gefaßt
Die Judenfrage in Jugoslawien
Der Verteidiger des Alltags
220 Bolt Spannung
Aus der Reichshauptstadt
Aus Schloß
Arbeiterunterdrücker Jod Seemann

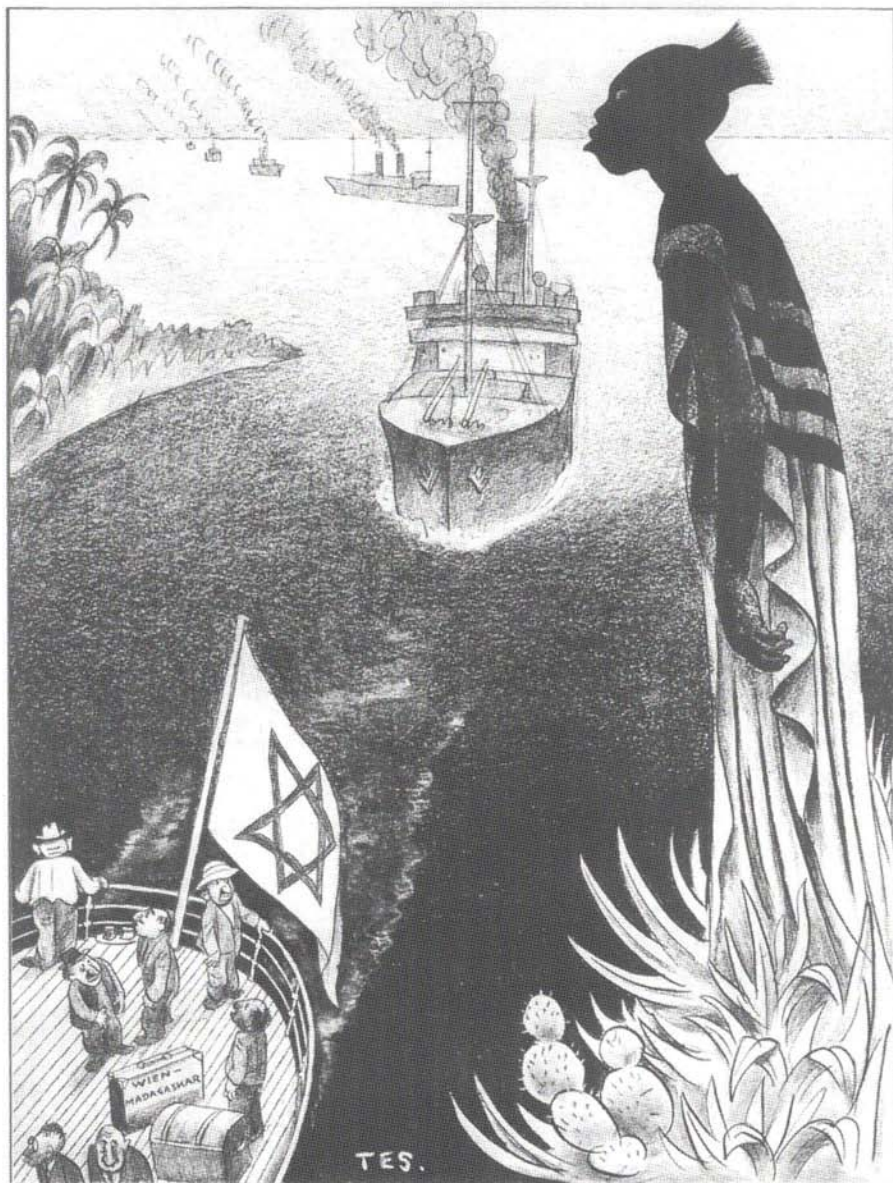
Die Juden sind unser Unglück

Madagaskar - Zweigniederlassung von Palästina?



„Ob Asphalt oder Palmen: wo wie sind, ist Tarnopol.“

Und nun doch Madagaskar?



„Uns Madagassen hat man wohlweislich zu fragen unterlassen.“

Quellen und Literatur

Unveröffentlichte Quellen

1. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PAAA)

Inland IIg

169; 169 a; 170–174; 174 a; 175–189; 192–197; 197 a; 199–203; 203 a; 204–213.

Inland II A/B

34/1–3; 35/1–2; 36/1–4; 37/1–3; 38/1–3; 39/1–3; 40/1–3; 41/1–2; 42/1; 42/3; 43/2–5; 44/1–4; 45/1; 45/1 a; 45/2; 46/1–2; 47/1–2; 48/1; 49/1; 50/1; 51/1; 52/1; 53/1; 54/1–3; 55/2; 56/1; 56/3; 57/1–2; 58/1–3; 59/1–4; 60/1–3; 61/1–4; 62/1; 62/3–6; 63/1–4; 64/1–4; 65/1–4; 66/1–6; 67/1–5; 68/1–4; 69/1–4; 70/1–5; 71/1–3; 72/1–3; 72/5; 73/1–4; 74/1–4; 75/1–2; 347/3.

Referat Deutschland

Po 5 N.E. 6 – Nr. 1, Judengesetzgebung, 13.3. 1933–31.8. 1933.

Po 5 N.E. adh. 6, Judenfrage (Allgemeines), 1.10. 1933 – ().

Po 5 N.E. adh. 6, Die Judenfrage – Allgemeines, D 462/1932 – D 499/1933.

Po 5 N.E. adh. 6, D 1000 bis 10.7. 1933.

Po 5 N.E. adh. 6, 11.7. 1933 bis 30.9. 1933.

Po 5 N.E. adh. 6, Nr. 1, 1.9. 1933–18.12. 1933.

Po 5 N.E. adh. 6, Nr. 3, Antisemitische Strömungen im Ausland, 16.3. 1933–1.11. 1933.

Po 5 N.E. adh. 6, Nr. 4, Judenfrage (Auslandsstimmen), März 1933 bis August 1933.

Po 5 N.E. adh. 6, Nr. 4, Judenfrage (Auslandsstimmen), 1.9. 1933 bis ().

Po 5 N.E. adh. 9, Rassenfrage, 12.7. 1933–29.11. 1933, Juden- und Flüchtlingsfragen vor dem Völkerbund.

Po 5 N.E. adh. 10, Juden und Flüchtlingsfragen vor dem Völkerbund, 15.7. 1933–16.1. 1934.

Inland I-Partei

Referat Partei, Judenfragen, 1939–1940.

Büro des Reichsaußenministers

Akten betreffend Polen, 1.1. 1936–31.12. 1938.

Akten betreffend Afrika, September 1939 – Juni 1941.

Büro des Staatssekretärs

R 29586; 29587; 29607; 29608; 29609.

Büro Unterstaatssekretär

R 29877; 29951; 29968.

Büro des Chefs der Auslandsorganisation (Chef A/O)

R 27192; 27200; 27266; 27275.

Politische Abteilung V

R 103936; 103961; 103963; 104194.

Kult E (vor dem 15.V. 1936: Kult VI-E)

Kult E, Auswanderung 1, Afrika Bd. 1, 1926–1939;

Afrika: Frz. Kolonien, Bd. 1, 1926–1939.

Kult E, Auswanderung 13, Die jüdische Ein- und Auswanderung, Bd. 4, Mai 1939 – März 1943.

Kult E, Die jüdische Zu-, Ein- und Auswanderung, 1939–1943.

Kult E, Juden, Frankreich, 1940–1945 <372>.

Kult E, Juden, Auswanderungsprojekte ab 1938 (auch nach USA), 1938–1940 <373>.

Kult E, Auswanderer-Vereine, -Zeitung und andere private Organisationen, 1938–1943.

Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, 1. Mai 1920 – Juli 1939.

Kult E, Die Überwachung der Auswanderung nach der südafrikanischen Union.

Kult E, Die Überwachung der Auswanderung nach der südafrikanischen Union, Bd. 2.
 Kult E, Die Überwachung der Auswanderung nach Palästina 1. Nov. 1920–1936.
 Kult E, Die Überwachung der Auswanderung nach Palästina 1936–1939.
 Kult E, Die Überwachung der Auswanderung nach Frankreich 1928–(1943).
 Kult E, Reichsstelle für das Auswanderungswesen, 1938–1943.
 Kult E, Rundschreiben der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, 1943.
 Kult E, Handakten Dr. Kundt, 3 Bde.
 Kult E/Nf. 371; 372; 373: Juden, Allgemeines, Frankreich, Auswanderungsprojekte ab 1938.

Deutsche Botschaft Paris
 473 a; 578 b; 706/1; 706/2; 845; 852; 1125 a; 1190; 1191; 1192; 1270; 1289; 1318; 1323; 1324.

Handakten Etzdorf
 R 27334–27336; 27355.

Handakten Unterstaatssekretär Luther
 R 27625; 27636; 27639.

Presseabteilung
 R 121896–121897.

Abteilung III
 Jüdisch-politische Angelegenheiten des Orients
 R 78656–78684.

Akten aus dem Nachlaß Prof. Moritz Sobernheim
 R 78701–78731.

Abteilung I A
 R 15456; 19605–19606.

Kulturabteilung
 R 60595–60596.

2. Bundesarchiv Koblenz (BAK)

All Proz 6 (Eichmann-Prozeß)
 95–111.

NS 8 (Kanzlei Rosenberg)
 36; 85; 86; 190.

NS 19 (Persönlicher Stab Reichsführer SS)
 145; 256; 1570; 1577; 2312; 2398; 2506; 2760; 3893; 3979.

NS 20 (Kleine Erwerbungen NSDAP)
 77; 119; 120; 121.

R 18 (Reichsministerium des Innern)
 5018; 5065; 5513–5520; 5644–5645.

R 21 (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung)
 11066.

R 26 I (Beauftragter für den Vierjahresplan, Zentrale)
 13; 17; 29; 40–41; 46.

R 43 (Reichskanzlei)
 I: 624–627; 2192–2193.
 II: 594–595; 599 a; 602–603.

R 55 (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda)
 518.

R 58 (Reichssicherheitshauptamt)

62; 89; 145; 148; 150/1; 150/2; 156; 158; 159; 161; 162; 165; 166; 168; 169; 170; 174; 175; 276; 304; 335; 438; 459; 485; 486; 539; 544; 550; 563; 565; 623; 768; 795; 800; 848; 951; 954; 955; 956; 978–989; 991–992; 994–996; 1081; 1086.

R 113 (Reichsstelle für Raumordnung)

1645.

Z Sg (Zeitgeschichtliche Sammlungen)

Z Sg 133, Sammlung zur nationalsozialistischen Außenpolitik
104; 105.

NL 263 (Nachlaß Rheindorf)

276.

3. Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam

62 Di 1 Fc, Film 620; 62 Di 1; AA, Pol. Abt., Akte 61120.

4. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München

MInn 66282.

5. Staatsarchiv München

Pol.Dir. München 6700.

6. Staatsarchiv Nürnberg (STAN)

L-205; NG-1521; NG-1531; NG-1944; NG-2906; NG-3563; NG-3569; NG-4337; NG-4404; NG-4405; NG-4698; NG-4933; NG-4934; NG-5741; NG-5764; NG-5770; NI-1052; NI-14852; NO-426; NO-1881; NO-2259; NO-2490; NO-3732; NO-4059; NO-4824; NO-5150; NO-5194; PS-1746; PS-1747; PS-1957; PS-2605; PS-2615; PS-3400–3472; PS-3645; PS-3892; PS-4025; Zz-431.

7. Stadtarchiv Nürnberg

E9/33: 435; 477; 1536; 1539; 1542; 1552; 1575; 2337/6.

8. Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)

Protokolle und Dokumente des Prozesses gegen Adolf Eichmann und zum Weltdienst; MA-297; MA-554; MA-597; MA-697; MA-798; MA-708/2; Eich 1168.

9. Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg-Fürth (STALNÜF)

3 c Js 1321–24/49, Akten zum Prozeß gegen Franz Rademacher.

10. Berlin Document Center, Berlin (BDC)

Unterlagen zu Otto Abetz, Philipp Bouhler, Victor Brack, Vicco von Bülow-Schwante, Josef Bürckel, Friedrich Burgdörfer, Heinrich Claß, Theo Dannecker, Adolf Eichmann, Ulrich Fleischhauer, Theodor Fritsch, Kurt Gebauer, Odilo Globocznik, Arthur Greiser, Hans F.K. Günther, Rolf Günther, Herbert Hagen, Karl Heinrich Hederich, Werner Otto von Hentig, Walter Hewel, Reinhard Heydrich, Ernst Hiemer, Karl Holz, Fritz Hülf, Karl Klingenfuss, Richard Korherr, Bernhard Lösener, [*Franz Julius*] Martin Luther, Leopold von Mildenstein, Georg de Pottiere, Franz Rademacher, August Schirmer, Emil Schumburg, Gregor Schwartz-Bostunitsch, Hermann Erich Seifert, Peter Heinz Seraphim, Wolfram Sievers, Walther Stahlecker, Bruno Streckenbach, Wilhelm Stuckart, Eberhard Taubert, Eberhard von Thadden, Edmund Veessenmayer, Horst Wagner, Robert Wagner, Ernst von Weizsäcker, Dieter Wisliceny, Ernst Woermann, Helmuth Wohlthut, Wilhelm Zoepf.

11. Archives Diplomatiques/Ministère des Affaires Étrangères, Paris (AD)

Série: C administrative

Direction des Affaires Politiques et Commerciales, Carton 33, Dossier 1, Culte Israélite, Pièces et Affaires diverses.

Série: Guerre 1939–1945

Vichy-Afrique, Mai 1941 – Décembre 1942.

Vichy-Afrique, Juillet 1940 – Avril 1943.

Londres CNF

91–98; 206–207.

Sous-Série: Alger CFLN

675; 1036–1037.

Vichy-Europe

118; 131; 139–143; 241; 242; 250; 975–979.

Vichy-C

139–143; 250.

Vichy-Y

288–291.

Série: K-Afrique 1918–1940

25; 53; 55; 89–91; 175.

Série: Papiers 1940

Papiers Abetz: 1–3.

Papiers Georges Bonnet: 1; 3.

Cabinet Georges Bonnet: 3; 10.

Bureau d'études Chauvel: 111.

Cabinet Delbos: Cabinet du Ministre 1–3.

Reconstitution Fouques-Duparc: 9; 85.

Papiers Hoppenot: 1.

Papiers Rochat: 30–31.

Série: Société des Nations (SDN) 1917–1940

1814–1820.

Série: Z-Europe 1918–1940

Sous-Série: Allemagne

703–712; 741; 743; 796; 798–803.

Sous-Série: Grande-Bretagne

270–290; 333–336.

Sous-Série: Pologne

330–332; 362–366; 375–376; 380; 384; 420–421.

12. Archives Nationales, Paris (C.A.R.A.N.)

AJ 40

449; 1200; 1207; 1220; 1224; 1243; 1255/1; 1273/2; 1279; 1366/3; 1368; 1369; 1372; 1373; 1575; 1590/140 u. 142; 1595.

AJ 43

9; 30; 274.

F 1 a/3731

13. Archives Nationales, Dépôt d'Outre Mer, Aix-en-Provence (AOM)

Affaires Politiques, Madagascar

Carton 2400; 2406; 2942; 2943; 2946; 3210; 3224.

Archives Privées/PA 28

Fonds Moutet, Carton 5.

Madagascar Série B

1 B 117–128; 130–137; 145–147; 163–164; 169–171.

3 B 92–114; 120–124; 143–150.

8 B 16; 28; 162.

Agence F.O.M.

Carton 312; 319.

Série GEO

Madagascar, Carton 309; 327; 330; 333; 363.

Commission Guernut

Carton 20.

Bibliothèque, 382/Delabroye

14. Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris (CDJC)

CXXXVIa-101-103; CXXXIX-22; CXLIII-259; CXLIII-261-272; CXLIII-326; CXLV-576; CXLV-579; CXLVI-51; DXXI-1168; XCV-47-48; XCV-61; XCV-72; XCV-80-83; XCV-98.

15. Archiwum Akt Nowych, Warschau (AAN)

Ambasada RP w Berlinie

421-422; 424-425; 2245; 3894-3896.

Ambasada RP w Londynie

803; 844; 889-894; 941; 1443; 1655; 1828.

Ambasada RP w Waszyngtonie

2624-2626; 3194.

Konsulat RP w Marsylii

6; 15; 336; 462; 468; 763; 953.

Ministerstwo Spraw Zagranicznych (MSZ)

3771; 9551; 9569; 9574; 9582-9583; 9586-9588; 9592-9593; 9595-9596; 9665; 9735-9737; 9741; 9744-9745; 9748-9749; 9752-9753; 9755-9758; 9767-9768; 9824; 9826; 9848-9849; 9867; 9877-9878; 9884-9885; 9888; 9892-9893; 9895-9898; 9902-9915; 9921; 9923-9926; 9929; 9960; 9995; 10003-10007; 10009-10014.

Opieka Polska nad Rodakami na Obczyźnie

46.

Prezydium Rady Ministrów (PRM)

72-19; 72-25.

16. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce.

Instytut Pamięci Narodowej, Warschau

RSHA 362/425.

17. Public Record Office, London (PRO)

Foreign Office

FO 371

13344; 14914; 15646; 19942; 20683-20687; 20689-20698; 20730; 20739; 20743; 20755; 20756-20766; 20814; 20816; 21591; 21605; 21616; 21634; 21649; 21693; 21747-21749; 21798; 21800; 21804-21810; 21876; 22524-22534; 22536-22541; 22912-22915; 23135-23138; 23143-23144; 23150; 23153; 24073-24085; 24090-24095; 24097; 24101-24106; 24253; 24324; 24326-24329; 24415; 24470-24472; 24481; 25237; 25238; 25244; 25250-25252; 32660; 36708; 45384; 45392; 49286; 51175.

FO 800 (Halifax-Papers)

311; 313-314; 321.

Home Office

HO 45: 24967; 24968.

War Cabinet

Cab 95/14; 95/15; 95/17.

Prem 1/289.

18. Central Zionist Archives, Jerusalem (CZA)

SA 25/6327; S 25/10004.

Veröffentlichte Quellen

Aktenpublikationen

- Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale (ADSS), Vatikanstadt 1965–1981.
- Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie C 1933–1937, Bd. 1–6, Göttingen 1971–1981; Serie D 1937–1941, Bd. 1–13, Baden-Baden-Frankfurt a.M. u. a. 1950–1970; Serie E 1941–1945, Bd. 1–8, Göttingen 1969–1979.
- Documents on British Foreign Policy (DBFP) 1919–1939. 2. Serie 1929–1939, Bd. 1–21, London 1947–1984; 3. Serie 1938–1939, Bd. 1–10, London 1949–1961.
- Documents Diplomatiques Français (DDF) 1932–1939, 2. Serie 1936–1939, Bd. 1–19, Paris 1963–1986.
- Foreign Relations of the United States (FRUS), Diplomatic Papers 1933–1945, Washington 1950–1969.

Editionen und Dokumentationen

- Beck, Józef: Beiträge zur europäischen Politik. Reden, Erklärungen, Interviews 1932–1939, Essen 1939.
- Boberach, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1984.
- Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966.
- Ders. (Hrsg.): „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, Stuttgart 1967.
- Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, 2 Bde., München u. a. 1965.
- Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hrsg. v. Jüdischen Historischen Institut Warschau, ausgewählt, bearbeitet und eingeleitet von Tatiana Bernstein, Artur Eisenbach, Bernard Mark und Adam Rutkowski, Berlin (Ost) 1960.
- Heiber, Helmut: Der Generalplan Ost, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325 u. 8 (1960), S. 119.
- Hillgruber, Andreas (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1967.
- Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933. Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP, Februar 1925 – Juni 1926, hrsg. u. kommentiert von Clemens Vollnhals; Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926 – Mai 1928, Teil 1: Juli 1926 – Juli 1927, Teil 2: August 1927 – Mai 1928, hrsg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik, München 1992; Bd. IIA: Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl, Juni – Juli 1928, hrsg. u. kommentiert v. Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann u. Klaus A. Lankheit, München 1995; Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Teil 1: Juli 1928 – Februar 1929, hrsg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik u. Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung v. Christian Hartmann, München 1994, Teil 2: März 1929 – Dezember 1929, hrsg. u. kommentiert v. Klaus A. Lankheit, München 1994, Teil 3: Januar 1930 – September 1930, hrsg. u. kommentiert v. Christian Hartmann, München 1995; Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl, Teil 1: Oktober 1930 – Juni 1931, hrsg. u. kommentiert v. Constantin Goshler, München 1994.
- Jäckel, Eberhard/Axel Kuhn (Hrsg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, Stuttgart 1980.
- Dies./Hermann Weiß: Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten, in: VfZ 32 (1984), S. 163–169.
- Jochmann, Werner (Hrsg.): Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980.
- Kotze, Hildegard von (Hrsg.): Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, Stuttgart 1974.

- Kotze, Hildegard von/Helmut Krausnick (Hrsg.): „Es spricht der Führer“. 7 exemplarische Hitler-Reden, hrsg. und erläutert von Hildegard von Kotze und Helmut Krausnick unter Mitwirkung von F.A. Krummacher, Gütersloh 1966.
- Krausnick, Helmut: Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, in: VfZ 5 (1957), S. 194–198.
- Lang, Jochen von: Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Frankfurt a.M. u. a. 1985.
- Lösener, Bernhard: Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), S. 264–313.
- Longerich, Peter (Hrsg.): Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, München u. a. 1989.
- Mommssen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, München 1960.
- Phelps, Reginald H.: Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, in: VfZ 16 (1968), S. 390–420.
- Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, im Auftrag des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geordnet, eingeleitet und veröffentlicht v. Gerhard Ritter, Bonn 1951.
- Ders.: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, im Auftrag neu hrsg. v. Percy Ernst Schramm, in Zusammenarbeit m. Andreas Hillgruber u. Martin Vogt, Stuttgart 1963.
- Ders.: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Dritte vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage mit bisher unbekannten Selbstzeugnissen Adolf Hitlers, Abbildungen, Augenzeugenberichten und Erläuterungen des Autors: Hitler, wie er wirklich war, Stuttgart 1976.
- Ders.: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Unveränderte Neuauflage Frankfurt a.M. 1989.
- Präg, Werner/Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.): Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart, 1975.
- Le Procès de Jérusalem. Jugement-Documents. Introduction de Léon Poliakov, Paris 1963.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG) Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 1–42, Nürnberg 1947–1949.
- République de Pologne, Ministère des Affaires Étrangères, Les relations polono-allemandes et polono-soviétiques au cours de la période 1933–1939. Recueil des Documents officiels, Paris 1940.
- Rosenthal, Yemima (Hrsg.): The Letters and Papers of Chaim Weizmann, Series A, Letters, Vol. XVII, Jerusalem 1979.
- Schmid, Hans-Dieter/Gerhard Schneider/Wilhelm Sommer (Hrsg.): Juden unterm Hakenkreuz. Dokumente und Berichte zur Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten 1933 bis 1945, 2 Bde., Düsseldorf 1983.
- Treue, Wilhelm: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: VfZ 3 (1955), S. 184–210.
- Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals (NMT), Washington 1950–1953.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. u. bearbeitet v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Berlin 1964–1980.
- Vogel, Rolf: Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München 1977.
- Wagner, Gerhard (Hrsg.): Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, München 1972.

Publikationen bis 1945

- Ahlwardt, Hermann: Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum, Berlin 1890.
- Almasi: Madagaskar – der sechste Erdteil, in: Atlantis. Länder – Völker – Reisen, Berlin-Zürich 11 (1939), S. 301–329.
- Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christenthums, des Rechtes und der Moral, Danzig 1892.
- Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christenthums, des Rechtes und der Wissenschaft. Zweite, vollständig umgearbeitete und erweiterte Auflage, Danzig 1900.

- Apt, Max: Konstruktive Auswanderungspolitik. Ein Beitrag zur jüdischen Überseekolonisation, Berlin 1936.
- Barduzzi, Carlo: La soluzione della questione giudaica, Il Madagascar, in: La Difesa della Razza, Rom, Jg. III, Nr. 16, 20. Juni 1940, S. 26–30.
- Bernstein, Philip S.: The Jews of Europe, III., Alternatives to Zion, in: The Nation, 30.1. 1943, S. 158–161.
- Böhm, Adolf: Die zionistische Bewegung. Bd. 1: Die zionistische Bewegung bis zum Ende des Weltkrieges, zweite erweiterte Auflage, Tel Aviv 1935; Bd. 2: Die zionistische Bewegung 1918–1925, Jerusalem 1937.
- Boissel, Jean: La Crise, Oeuvre Juive. Manière de la conjurer, Paris 1941.
- Ders.: Die Blutkreuzler. Ein Buch von Helden, Konjunkturrittern, Idealisten. Front, Frieden, Freiheit. Die Beteiligten: Deutschland – Frankreich und das übrige Europa, Berlin 1938.
- Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, München 1899.
- Cianfarra, Camille M.: The War and the Vatican, New York 1944; benutzt: London 1945.
- Drumont, Édouard: La France juive. Essai d'histoire contemporaine, 2 Bde., Paris 1886.
- Ders.: La France juive devant l'opinion, Paris 1886.
- Dühring, Eugen: Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage. Mit einer weltgeschichtlichen Antwort, Karlsruhe 1881.
- Ders.: Der Ersatz der Religion durch Vollkommenes und die Ausscheidung alles Jüdentums durch den modernen Völkergeist, Karlsruhe 1883.
- Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1927.
- Fiedler, Arkady: Jutro na Madagaskar!, Warschau 1939.
- Fleischhauer, Ulrich: Die echten Protokolle der Weisen von Zion. Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern, Erfurt 1935.
- Ders.: Der Berner Prozess. Akten und Gutachten, Erfurt 1939.
- Fritsch, Theodor (Thomas Frey): Antisemiten-Katechismus. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage, Leipzig ¹⁰1891.
- Ders.: Der falsche Gott, Leipzig ¹⁰1933.
- Ders.: Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung der wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes, Leipzig ²⁹1923 (insgesamt bis ⁴⁹1944).
- Ders.: Wie ist die Judenfrage zu lösen?, in: Die Weltfront, Stimmen zur Judenfrage, hrsg. von Hans Krebs und Eugen Freiherr von Engelhardt, Folge 1, Berlin 1935, S. 131–142.
- Frymann, Daniel (i.e. Heinrich Claß): Wenn ich der Kaiser wär – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig ⁴1913.
- Gelber, Nathan Michael: Zur Vorgeschichte des Zionismus. Judenstaatsprojekte in den Jahren 1695–1845, hrsg. im Auftrage der Exekutive der Zionistischen Weltorganisation, London 1927.
- Gercke, Achim: Die Lösung der Judenfrage, in: Nationalsozialistische Monatshefte 4 (1933), S. 195–197.
- Gottong, Heinrich: Die Juden im Generalgouvernement, in: Das Vorfeld, Schulungsblätter für den Nationalsozialisten im Generalgouvernement, 1. Jg., November 1940, S. 14–20.
- Grau, Wilhelm: Die Erforschung der Judenfrage. Aufgabe und Organisation, München 1943.
- Ders.: Die geschichtlichen Lösungsversuche der Judenfrage, München 1943.
- Die Grenzboten, 39. Jg., 2. Quartal, Leipzig 1880.
- Groß, Walter: Rassenpolitische Voraussetzungen einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage, in: Rassenpolitische Auslandskorrespondenz Nr. 3, März 1941.
- Ders.: Die rassenpolitischen Voraussetzungen zur Lösung der Judenfrage, München 1943.
- Der Großdeutsche Reichstag, Berlin 1938.
- Günther, Hans F.K.: Rassenkunde des deutschen Volkes, München 1922.
- Hagen, Herbert: Die Frage des Judenstaates, in: Volk im Werden. Zeitschrift für Kulturpolitik 5 (1937), H. 9, Hamburg 1937.
- Hammer, Blätter für deutschen Sinn, Leipzig
- Jg. 29, Nr. 677/78, September 1930, S. 304, Ludwig Plate: Aus der Bücherwelt.
 - Jg. 30, Nr. 697/98, Juli 1931, S. 193, Willibald Schulze: Buchbesprechung von van Winghamene.
 - Jg. 32, Nr. 755/56, Dezember 1933, S. 359–362, Ulrich Fleischhauer: „Sigilla Veri“.

- Hevesi, Eugene: Hitler's Plan for Madagascar, in: *Contemporary Jewish Record* 4 (1941), S. 381–395.
- Himmeler, Heinrich: *Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation*, München 1936.
- Hollender, Tadeusz: *Polska bez Żydów. Powieść satyryczna*, Lemberg 1937.
- Jewish Affairs*, Vol. I, No. 4, New York, November 1941, Projects for Jewish Mass Colonization.
- Jüdisches Lexikon, Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in 4 Bänden, hrsg. v. Georg Herlitz und Bruno Kirschner, Berlin 1927–1930.
- Lagarde, Paul de: *Deutsche Schriften. Gesamtausgabe letzter Hand*, Göttingen ⁴1903.
- Ders.: *Schriften für das deutsche Volk*, 2 Bde., München 1924.
- Langbehn, Julius: *Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen*, Leipzig ¹⁹1890.
- Leers, Johann van: *Das Ende der jüdischen Wanderung*, in: *Nationalsozialistische Monatshefte* 4 (1933), S. 229–231.
- Lepecki, Mieczysław B.: *Raport Dyr. Mieczysława Lepeckiego z Podrozy na Madagaskar*, Warschau 1937.
- Ders.: *Madagaskar. Kraj, Ludzie, Kolonizacja*, Warschau 1938.
- Leuss, Hans: „Das richtige Wanzenmittel“: ein jüdischer Staat. Ein Vorschlag zur Güte, Leipzig 1893.
- Marr, Wilhelm: *Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum. Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet*, Bern 1879.
- Moses, Julius: *Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage*, Berlin 1907.
- Naudh, H. (i.e. Johannes Nordmann): *Die Juden und der deutsche Staat*, Chemnitz 1859.
- Nussbaum, Max: *Life in Wartime Germany*, in: *Contemporary Jewish Record* 3 (1940), S. 577–586.
- Olivier, Marcel: *Madagascar – Terre d'Asile?*, in: *L'Illustration*, 19. 2. 1938, S. 197–198.
- Ormicki, Wiktor: *Warunki i mozliwosci emigracji zydzowskiej*, in: *Sprawy Narodowosciowe* 3 (1937), S. 283–290.
- Osman-Bey: *Enthüllungen über die Ermordung Alexanders II.*, von Major Osman-Bey Kibridzli-Zade. Veröffentlicht aus Anlass des 5. Jahrestages des Todes Alexanders II., Bern 1886.
- Paasch, Karl: *Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer. Geheimes Judenthum, Nebenregierungen und jüdische Weltherrschaft*, Leipzig 1891.
- Prezora, Klemens (i.e. Józef Goluchowski): *O Reformie Żydów*, Projekt podany w r. 1841, Posen ²1854 (dt. Ausg.: *Ueber die Reform der Juden*, ein Projekt überreicht im Jahre 1841, Leipzig 1854).
- Reventlow, Ernst Graf: *Judas Kampf und Niederlage in Deutschland. 150 Jahre Judenfrage*, Berlin 1937.
- Rohling, August: *Der Talmudjude*, Münster ⁵1876.
- Rosenberg, Alfred: *Blut und Ehre. Ein Kampf für deutsche Wiedergeburt, Reden und Aufsätze von 1919–1933*, hrsg. v. Thilo von Trotha, München ¹⁷1938.
- Ders.: *Die Judenfrage als Weltproblem*, in: *Weltkampf* 18 (1941), S. 64–72.
- Schechtmann, Joseph B.: *Territorialistische Illusionen*, Helsinki 1939.
- Schwartz-Bostunisch, Gregor: *Jüdischer Imperialismus, Landsberg am Lech 1935*; benutzt: *Jüdischer Imperialismus. 3000 Jahre hebräischer Schleichwege zur Erlangung der Weltherrschaft*, Berlin ⁵1939.
- Schwarz, Dieter (i.e.: Franz A. Six/Herbert Hagen/Reinhard Heydrich): *Das Weltjudentum. Organisation, Macht und Politik*, Berlin 1939.
- Seifert, Hermann Erich: *Der Jude an der Ostgrenze*, Berlin 1940.
- Ders.: *Der Jude zwischen den Fronten der Rassen, der Völker, der Kulturen*, Berlin 1942.
- Ders.: *Der jüdische Kampf um Palästina. England als Handlanger des Weltjudentums*, Berlin ²1943.
- Seraphim, Peter Heinz: *Das Judentum im osteuropäischen Raum*, Essen 1938.
- Ders.: *Der Rassencharakter der Ostjuden*, in: *Das Vorfeld, Schulungsblätter für den Nationalsozialisten im Generalgouvernement*, Jg. 1, November 1940, S. 10–13.
- Ders.: *Bevölkerungs- und wirtschaftliche Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage*, München 1943.
- Sigilla Veri (Ph. Stauff's Semi Kürschner II), *Lexikon der Juden, -Genossen und -Gegner aller Zeiten und Zonen, insbesondere Deutschlands, der Lehren, Gebräuche, Kunstgriffe, und Statisti-*

- ken der Juden sowie ihrer Gaunersprache, Trugsamen, Geheimbünde u.s.w. Zweite, um ein Vielfaches vermehrte und verbesserte Auflage. Unter Mitwirkung gelehrter Männer und Frauen aller in Betracht kommenden Länder im Auftrage der „Weltliga gegen die Lüge“ in Verbindung mit der „Alliance chrétienne arienne“ hrsg. von E. Ekkehard, Erfurt 1929–1931; 4 Bde. erschienen (A – Polak).
- Sottochiesa, Gino: Gli Ebrei nella nuovo Europa e il problema dell'isolamento, in: La Difesa della Razza, Jg. III, 1940, Nr. 21/22, 5./20.9. 1940, S. 45–47.
- Wahrmund, Adolf: Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Juden Herrschaft, Karlsruhe 1887.
- Weizmann, Chaim: Palestine's Role in the Solution of the Jewish Problem, in: Foreign Affairs, Januar 1942, S. 324–338.
- Winghene, Egon van (i.e. Georg de Pottere): Arische Rasse, Christliche Kultur und das Judenproblem (unter Mitarbeit von U. Tjörn, Kopenhagen). Zweite, erweiterte Auflage aus dem Holländischen übersetzt, Erfurt 1931.
- Der Welt-Dienst, internationale Korrespondenz zur Aufklärung über die Judenfrage, Erfurt 1933–1939, Frankfurt a. M. 1939–1945.
- Wirtschaft und Statistik, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 15. Jg. 1935.
- Wright, Fergus Chalmers: Population and Peace, Paris 1939.
- Zieminski, Jan (i.e. Jan Wagner): Problem Emigracji Żydowskiej, Warschau 1937.

*Zeitungsveröffentlichungen bis 1945 zum Themenkomplex einer jüdischen
Besiedlung Madagaskars*

L'Appel

- 28. 5. 1942, S. 1, Claude Wacogne: Les Juifs et Madagascar.

Berliner Börsenzeitung

- 26. 11. 1937: Polnische Siedlungspläne auf Madagaskar.

Berliner Tageblatt

- 12. 2. 1938: Polens Madagaskar-Pläne.

Die Brennessel, München

- 28. 12. 1937: Karikatur: Madagaskar – Zweigniederlassung von Palästina?
- 14. 6. 1938: Karikatur: Und nun doch Madagaskar?

C.-V. Zeitung, Berlin

- 21. 1. 1937: Ansiedlungsmöglichkeiten in französischen Kolonien?
- 25. 3. 1937: Jüdische Möglichkeiten in Frankreichs Kolonien.
- 22. 4. 1937, S. 2: Die polnische Madagaskar-Expedition.
- 13. 5. 1937, S. 1: Das Madagaskar-Projekt.
- 29. 7. 1937, S. 2: Um jüdische Ansiedlung in französischen Kolonien.
- 16. 12. 1937: Polen.

Czas, Warschau

- 12. 1. 1937, S. 3: Problem Żydów w Europie Wschodniej w oświeceniu min. Becka.
- 13. 1. 1937, S. 1: Kolonie, emigracja i kwestia żydowska na tle dyskusji budżetowej.
- 18. 1. 1937, S. 2: Projekt osadzenia Żydów w koloniach francuskich.
- 25. 1. 1937, S. 4: Czy tylko Palestyna?

Dako-Brief

- 27. 11. 1937 (Nr. 275), Bl. 1: Bericht über die polnische Madagaskar-Diskussion.

Danziger Neueste Nachrichten

- 20. 1. 1937, S. 3: Polnisches Interesse an Madagaskar.

La Dépêche de Madagascar

- 22. 2. 1938: Colonisation juive?
- 2. 7. 1938: A l'ordre du jour: La Pologne malgache.
- 12. 7. 1938: Nous sommes à la saison du „Hasoana“.
- 25. 7. 1938: Devons-nous tolérer cela?
- 26. 7. 1938: Chacun chez soi et les vaches seront bien gardées.

Deutsche Rundschau, Berlin

– 12. 8. 1933

Deutsche Volks-Zeitung

– 5. 12. 1937

Deutscher Pressedienst aus Polen, Kattowitz

– 1. 4. 1938: Madagaskar – der einzige Ausweg? Die polnische Öffentlichkeit drängt auf Lösung des Judenproblems.

L'Echo du Sud (Madagaskar)

– 26. 2. 1938: L'Invasion Juive.

L'Effort (Madagaskar)

– 23. 2. 1938, Yeber: Contre l'invasion juive, colons, serrons les coudes!

– 26. 2. 1938: (ohne Titel).

La France Exterieur & Coloniale

– 7. 1. 1938: Madagascar, Colonie Juive.

Fränkische Tageszeitung, Nürnberg

– 10. 5. 1935: Der Weltfeind ist Alljuda!

– 23. 1. 1937: Wer will den Krieg?

Gazeta Polska, Warschau

– 11. 12. 1936, S. 5: Prof. Dr. Jerzy Loth: Madagaskar. I. Kształt i klimat wyspy.

– 12. 12. 1936, S. 5: Prof. Dr. Jerzy Loth: Madagaskar. II. Ludność – Miasta – Lasy.

– 15. 12. 1936, S. 5: Prof. Dr. Jerzy Loth: Madagaskar. III. Rolnictwo – Hodowla – Bogactwo – Przemysł.

– 16. 12. 1936, S. 5: Prof. Dr. Jerzy Loth: Madagaskar. IV. Komunikacja – Handel – Nieco historii – Znaczenie kolonialne wyspy.

– 12. 1. 1937, S. 3: Budżet Ministerstwa Spraw Zagranicznych.

– 17. 1. 1937, S. 4: Osadnictwo Żydów w koloniach francuskich.

– 25. 1. 1937, S. 3–4: Aleksander Czyżewski: Ukajali, Kanada i... Madagaskar.

– 12. 5. 1937, S. 2: Badanie możliwości kolonizacji Żydów na Madagaskarze. Pozytywne stanowisko Francji wobec inicjatywy polskiej.

– 22. 5. 1937, S. 2: Palestyna – Madagaskar.

– 27. 6. 1937, S. 7: Arkady Fiedler: Dokola bab el Mandeb.

– 14. 9. 1937, S. 2: Powrót komisji studiów z Madagaskaru.

– 5. 12. 1937, S. 5; 10. 12. 1937, S. 5; 19. 12. 1937, S. 7; 24. 12. 1937, S. 9: Artikel Arkady Fiedlers zu Madagaskar.

– 24. 12. 1937, S. 3: Madagaskar.

– 28. 12. 1937, S. 5: Mieczysław B. Lepecki: Tereny Emigracyjne na Madagaskarze.

– 1. 1. 1938, S. 5; 6. 1. 1938, S. 5; 9. 1. 1938, S. 5; 16. 1. 1938, S. 7; 30. 1. 1938, S. 10; 6. 2. 1938, S. 5; 13. 2. 1938, S. 7; 20. 2. 1938, S. 5; 13. 3. 1938, S. 5; 20. 3. 1938, S. 5; 27. 3. 1938, S. 5; 10. 4. 1938, S. 7; 16. 4. 1938, S. 11; 24. 4. 1938, S. 5; 1. 5. 1938, S. 5; 8. 5. 1938, S. 5; 15. 5. 1938, S. 5; 22. 5. 1938, S. 5; 29. 5. 1938, S. 5; 5. 6. 1938, S. 5; 12. 6. 1938, S. 5; 19. 6. 1938, S. 5; 26. 6. 1938, S. 5; 17. 7. 1938, S. 5: Reportagen Arkady Fiedlers zu Madagaskar.

– 7. 1. 1938, S. 3: Mieczysław B. Lepecki: Prawda o Madagaskarze.

– 12. 2. 1938, S. 4: Możliwości imigracyjne Madagaskaru. Odczyt dyr. M. Lepeckiego.

– 2. 3. 1938, S. 3: Mieczysław B. Lepecki: Madagaskar nadaje się...

– 7. 3. 1938, S. 3: Prof. Charles Achard: Zagadnienia sanitarne Madagaskaru.

– 11. 3. 1938, S. 4: Żydzi interesują się Madagaskarem.

– 30. 3. 1938, S. 5: Sprawa emigracji żydowskiej.

– 4. 4. 1938, S. 3: Michał Pankiewicz: Wojna o Madagaskar.

– 18. 11. 1938, S. 1: Problem emigracji żydowskiej.

– 20. 11. 1938, S. 2: Francja nie chce przyjąć Żydów do swych kolonii.

– 27. 11. 1938, S. 1: Problem emigracji żydowskiej.

– 30. 11. 1938, S. 1: Żydzi a problem emigracji.

– 12. 12. 1938, S. 1: Mieczysław Lepecki: Czy Afrykę można kolonizować? (Na marginesie wy-nurzeń min. Pirowa).

– 8. 1. 1939, S. 12: Juliusz Kaden-Bandrowski: „Jutro na Madagaskar“.

– 3. 3. 1939: Mieczysław Lepecki: Polskie Zadania Kolonialne.

La Gazette Coloniale

- 7.2. 1937: Pierre Mille: Les Juifs à Madagascar?

Gothic Ripples, London

- No. 18, 9.7. 1946.
- No. 23, 22.9. 1946.
- No. 37, 5.5. 1948.

Die Grenzboten, Leipzig

- 39. Jg., 2. Quartal 1880, S. 192–193.

Griechische Post und Lokalanzeiger, Athen

- 26.4. 1934, Madagaskar den Juden?

Hajnt, Warschau

- 8.12. 1937, A. Einhorn: Znów Madagaskar.

Hamburger Fremdenblatt

- 15.2. 1938: Die polnische Eroberung Madagaskars.

Hidden Hand or Jewry über Alles

- Vol. 4, No. 4, April 1923.

Der Israelit, Frankfurt a. M.

- 31.12. 1936, S. 5–6: Madagaskar.
- 21.1. 1937, S. 2: Französische Kolonien für Judensiedlung; S. 4: Wieder Madagaskar?
- 25.3. 1937, S. 2: Die begrenzten Möglichkeiten jüdischer Ansiedlung in französischen Kolonien.
- 15.4. 1937, S. 2: Kommission nach Madagaskar.
- 5.8. 1937, S. 4: Madagaskar keine Lösung der Judenfrage.
- 1.10. 1937, S. 2: Aussiedlungsmöglichkeiten für Juden in Madagaskar?
- 16.12. 1937, S. 3: Wiederum Madagaskar?
- 6.1. 1938, S. 3: Biro-Bidschan und Madagaskar.
- 13.1. 1938, S. 1: Die Erklärung wegen Madagaskar.
- 3.3. 1938, S. 7–8: Wie ist es mit und in Madagaskar?
- 14.4. 1938, S. 4: Madagaskar protestiert.

Israelitisches Familienblatt

- 21.1. 1937, S. 2: Ansiedlung in französischen Kolonien.
- 25.3. 1937, S. 11–12: Frankreichs Projekt.

Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz

- 11.11. 1938, S. 1–2.

Jewish Daily Post

- 28.5. 1935, S. 7: Jews for French Colonies. Minister Promises Support.

Journal de Madagascar

- 2.2. 1938: Madagascar colonie juive.
- 9.2. 1938, Lutecius: Aux mangeurs de juifs! . . .
- 11.2. 1938, Rakoto: Un Joli Cadeau; Un Madécasse: Aux amateurs de juifs.
- 14.2. 1938, Hundespetits de Machienne: Lutecius et les juifs à Madagascar.
- 15.2. 1938, G. Olsoufieff: Réponse à M. Lutecius; Madagascar n'est pas un lazaret.
- 18.2. 1938, Jean Bidart: Les juifs à Madagascar.
- 19.2. 1938: La terre promise; Hermelin: Les Juifs.
- 23.2. 1938, Un Madécasse alias Teratany: Toujours à propos des juifs.
- 25.2. 1938, Charles Maurras: La grande Ile enjuivée?
- 1.3. 1938: (ohne Titel).
- 23.7. 1938: Juifs et Madagascar.
- 30.7. 1938: Le Juif Colonial.
- 1.8. 1938: Les Juifs en Pologne.
- 27.9. 1938: L'Ankaizina aux Chômeurs.
- 19.1. 1939: Quelques réflexions sur l'Agriculture à Madagascar.

Jüdisches Gemeindeblatt, Berlin

- 31.1. 1937, S. 1: Der Plan des Ministers Moutet.
- 28.2. 1937, S. 1: Die Pläne für jüdische Einwanderung in französische Kolonien.
- 5.12. 1937, S. 4: Die Pläne um Madagaskar.
- 29.5. 1938, S. 2: Jüdisches aus aller Welt: Madagaskar.

Jüdische Rundschau, Berlin

- 19. 1. 1937, S. 1: Judensiedlung in französischen Kolonien?
- 26. 1. 1937, S. 1: Unterredung mit Minister Moutet: Die französischen Ansiedlungspläne für Juden.
- 29. 1. 1937, S. 2: Madagaskar.
- 29. 1. 1937, S. 5: Die französischen Ansiedlungspläne.
- 23. 3. 1937, S. 1: Juden in französischen Kolonien.
- 8. 6. 1937, W. J. H. Nyëssen: Madagaskar. Zum Problem jüdischer Siedlung.
- 15. 6. 1937: Wo liegt Madagaskar?
- 25. 6. 1937, W. J. H. Nyëssen: Madagaskar als Siedlungsland.
- 16. 7. 1937, W. J. H. Nyëssen: Madagaskar. Widerstände und Möglichkeiten.
- 10. 8. 1937, W. J. H. Nyëssen: Untersuchung auf Madagaskar.
- 1. 10. 1937, S. 4: Die Ansiedlungsmöglichkeiten auf Madagaskar.
- 21. 12. 1937, S. 1: Das Madagaskar-Projekt.
- 31. 12. 1937, S. 2: Ende einer Illusion. Polnische Erklärungen über das Madagaskar-Projekt; Wanderungs-Probleme.
- 11. 1. 1938, S. 5: Noch einmal: Madagaskar.
- 8. 4. 1938, S. 1: Französische Ansiedlungspläne.
- 12. 4. 1938, S. 8: Pariser Notizen: Der Kolonisationsplan.

Kurjer Polski, Warschau

- 17. 1. 1937, S. 1.

Kurjer Poranny, Lemberg

- 7. 7. 1937, S. 2: Rzeczy realne i rzeczy mozliwe.
- 9. 12. 1937, S. 2: Kolonialne postulaty Polski. Ag. Havasa o rozmowie min. Becka z min. Delborem w pociagu Kraków – Warszawa.
- 5. 12. 1938, S. 2: Emigracja Żydów jest jedynym rozwiązaniem kwestji żydowskiej. Opinia rumuńskich kół politycznych.
- 27. 12. 1938, S. 1: Plan Pozytywnego rozwiązania kwestii żydowskiej w Polsce.
- 28. 12. 1938, S. 2: Nowy projekt rozwiązania problemu żydowskiego. Zwarłe kolonie w posiadłościach różnych państw.
- 23. 5. 1939, S. 1–2, Bohdan Łaczkowski: Sprawa państwa żydowskiego.

Kurjer Warszawski

- 8. 10. 1936, S. 2: O emigracji Żydów.
- 20. 9. 1937, S. 6: Polacy na Madagaskarze.

Kurjer Zachodni Iskra

- 10. 12. 1937, S. 3: Musimy mieć dostęp do surowców. Polskie zadania kolonialne uznane zostały przez Francję.

Moment, Warschau

- 22. 1. 1937, N. Prylucki: Fantazje kolonizacyjne.
- 8. 12. 1937, Hilel Cejtlin: Cóż to za radość.

Naje Folkscajtung, Warschau

- 29. 12. 1937: Piasek w oczu.

Nasz Przegląd, Warschau

- 25. 9. 1936, S. 3: Kolonje, mandaty a . . . Żydzi.
- 6. 10. 1936, S. 5: W mlynie opinii: Kolonizacja a Żydzi, Surowce i Emigracja, Zbawienie przez Emigrację.
- 7. 10. 1936, S. 5: W mlynie opinii: Kolonizacja a Żydzi; Kwestia Żydowska, jako międzynarodowa.
- 8. 10. 1936, S. 5: W mlynie opinii: Kwestia emigracyjna; Trudności Kolonizacyjne.
- 10. 10. 1936, S. 5: W mlynie opinii: Emigracja Żydów; Terytorialisci i Antysemityzm.
- 11. 10. 1936, S. 3: Dosc tej Komedii! Zamknięcie Dyskusji Emigracyjnej.
- 13. 10. 1936, S. 5: W mlynie opinii: Emigracja Żydów.
- 11. 11. 1936, S. 5: W mlynie opinii: Emigracja i imigracja.
- 28. 11. 1936, S. 6: Kolonizacja i emigracja.
- 17. 1. 1937, S. 4: Francuski Minister Kolonii o możliwościach imigracyjnych dla Żydów do kolonii francuskich.

- 20.1. 1937, S.5: W mlynie opinii: Zydzi na Madagaskar.
 - 24.1. 1937, S.5: W jakich okolicznosciach nastapila deklaracja Rządu Francuskiego w sprawie emigracji zyd. do kolonii francuskich.
 - 26.1. 1937, S.5: W mlynie opinii: Po oswiadczeniu francuskiego Ministra Kolonii; S.6: Ograniczone mozliwosci imigracyjne w koloniach francuskich.
 - 30.1. 1937, S.8: Dr. M. Kaplan: Kolonia dla Zydów.
 - 2.2. 1937, S.6: Kolonie francuskie dla Emigracji Zydowskiej.
 - 5.2. 1937, S.5: Min. Beck o emigracji; Czy mozna przeszkadac emigracji?
 - 9.2. 1937, S.4: „Ere Nouvelle“ o kolonizacji Madagaskaru; Kryzys i Emigracja.
 - 18.2. 1937, S.9: Kwestia zydowska.
 - 2.4. 1937, S.3: Teoria i praktyka emigracji.
 - 26.5. 1937, S.1: W sprawie Madagaskaru.
 - 28.5. 1937, S.5: Ultimatus Madagaskar.
 - 4.6. 1937, S.3: O ekspedycji na Madagaskar.
 - 10.9. 1937, S.9: Pogromy Zydowskie leza w Interesie. . . Zydów.
 - 23.9. 1937, S.9: Major Lepecki o Madagaskarza.
 - 1.12. 1937, S.5: W mlynie opinii: Endecja o Madagaskarze.
 - 9.12. 1937, S.1: W rozmowie z min. Delbosesem min. Beck poruszyl rowniez kwestie emigracji zydowskiej.
 - 10.12. 1937, S.2: Po Wizycie Min. Delbosa; S.5: W mlynie opinii: Madagaskar dla Zydów.
 - 15.12. 1937, S.7: Koniec Madagaskaru.
 - 23.12. 1937, S.7: Z za kulis miedzynarodówki faszystowsko-antysemickiej.
 - 31.12. 1937, S.7: Eli Baruchin: Czy mozliwa jest masowa emigracja zydowska na Madagaskar?
 - 9.1. 1938, S.13: Tadeusz Hollender: Polska bez Zydów. Powiesc satyryczna.
 - 11.1. 1938, S.6: W mlynie opinii: Kłopot z Powodu Madagaskaru.
 - 16.1. 1938, S.12: Leon Alter: Madagaskar; T.P.: Problem kolonialny a Polska.
 - 18.1. 1938, S.5: W mlynie opinii: Kłotnia o „Zazydzenie“ Madagaskaru.
 - 23.1. 1938, S.21: Hollywood-filmowym „Madagaskarem“.
 - 28.1. 1938, S.2: Emigracja Zydowska i Kolonie czyli dyskusja nad budzetem M.S.Z. w komisji senackiej.
 - 13.2. 1938, S.7: Mozliwosci imigracyjne Madagaskaru.
 - 27.2. 1938, S.7: Alfred Chlapowski: Madagaskar nie nadaje sie do kolonizacji rolniczej.
 - 1.3. 1938, S.8: I. S. Schneiderman: Biro-Bidzan, Madagaskar i Nowa Kaledonia.
 - 10.3. 1938, S.13: Emigracja na Madagaskar nie aktualna.
 - 29.3. 1938, S.8: Dr. med. H. Higier: Madagaskar ze stanowiska lekarskiego.
 - 8.4. 1938, S.5: Interpelacja w Izbie Gmin w sprawie Madagaskaru.
 - 9.4. 1938, S.8: Mieczyslaw Braun: Jaskółki z Madagaskaru.
 - 11.4. 1938, S.8: Glos Francuza o emigracji zydowskiej na Madagaskar.
 - 7.1. 1939, S.7: B. minister kolonii Moutet o mozliwosciach imigracji zydowskiej do kolonii francuskich.
 - 18.1. 1939, S.3: Zydowska polityka emigracyjna.
 - 9.3. 1939, S.3: Chimera Antysemityzmu Kolonialnego.
 - 19.3. 1939, S.10: S. L. Schneiderman: Glos o Madagaskarze.
 - 17.7. 1939, S.5: Plany kolonizacyjne na Madagaskarze i Nowej Kaledonii znów staly sie.
 - 18.7. 1939, S.8: S. L. Schneiderman: Francuski maz stanu w misji zydowskiej.
 - 26.7. 1939, S.3: Sprawy emigracji i kolonizacji zydowskiej.
 - 28.7. 1939, S.3: Dokola planu osadnictwa zydowskiego w Nowej Kaledonii.
 - 12.8. 1939: Plan Kolonizacyjny dla Miliona Uchodzcow w centralnej Afryce.
- Neue Zürcher Zeitung
- 22.11. 1938, S.4: Neu-Judäa!
- Pariser Tageszeitung
- 16.12. 1937: Siedlungsplan für Madagaskar.
- Paris-Tana (Madagaskar)
- 27.7. 1937: Marc Chaumet: A propos de la venue (?) *[sic!]* d'immigrants polonais.
 - 5.4. 1938: Rarabaraba: L'Immigration Juive à Madagascar.

- o.D. (April) 1938: Sur Madagascar pèse l'inquiétude des Juifs Polonais. Où fixer le Juif errant?
- 29.11. 1938: La Question de la Main-d'Oeuvre.
- Petit Parisien
 - 16.1. 1937.
- Le Petit Tananarivien (Madagaskar)
 - 22.7. 1937: Contre la Colonisation Juive à Madagascar.
 - 17.2. 1938: (ohne Titel).
 - 31.3. 1938: La Terre Promise.
- Polska Informacja Polityczna, Warschau
 - 5.8. 1936.
 - 21.5. 1937.
 - 23.12. 1937.
- Polska Zbrojna, Warschau
 - 10.10. 1936, S.1: Zydzi o Emigracji.
 - 11.10. 1936, S.2: Emigracja i Surowce.
 - 17.1. 1937, S.1: Czy emigracja zydów do kolonij francuskich jest mozliwa?
- Le Proletariat Malgache (Madagaskar)
 - 17.6. 1938: La question de l'immigration juive et de l' introduction d'une main-d'oeuvre étrangère à Madagascar.
- Rand Daily Mail, Johannesburg
 - 15.4. 1938: Mixed Cheers and Boos Stop. Speech by Mr. O. Pirow.
 - 30.4. 1938: Rowdy Interruptions at a Pirow Meeting. Mationalist „Hypocrisy about Jews“.
- Le Reveil du Peuple, Paris
 - 1.10. 1942, S.1: Jean Boissel: Madagascar aux Juifs.
- Salzburger Volksblatt
 - 9.7. 1936: Madagaskar den Juden.
 - 8.8. 1936: Ed. Planter: Der jüdische Weltkongreß.
- Das Schwarze Korps, Berlin
 - 10.2. 1938: Wohin mit den Juden?
- Der Stürmer, Nürnberg
 - Nr.48/1933: Auch Palästina.
 - Nr.2/1934: Die Juden nach Madagaskar.
 - Nr.17/1935: Ein englisches Blatt empfiehlt Madagaskar für die Juden.
 - Nr.1/1938: Madagaskar.
 - Nr.20/1938: Nach Madagaskar: Auf geht's.
 - Nr.24/1938: Amerikas Juden gegen die Kolonisierung von Madagaskar.
 - Nr.38/1938: Der Bazillus. Die Juden wollen nicht nach Madagaskar. Sie können das Klima nicht vertragen.
 - Nr.46/1938: Die Juden sollen nach Madagaskar.
 - Nr.38/1940: Was viele nicht wissen.
 - Nr.39/1940: Am Juden zugrunde gegangen.
- Sunday Express, Johannesburg
 - 29.8. 1937.
- The Times, London
 - 13.1. 1920.
 - 20.1. 1923.
 - 22.11. 1938.
- Times of Ceylon Sunday Illustrated
 - 9.9. 1936
- La Tribune (Madagaskar)
 - 29.5. 1937: Ne nous affolons pas!
 - 20.7. 1937: (ohne Titel).
 - 31.7. 1937: Mission étrangère que Madagascar verra sans plaisir.
- La Voix de Madagascar
 - 10.6. 1938: L'Echo du Sud.

- 8.7. 1938: On comble les Polonais.
- 22.7. 1938: Vue sur la Pologne.
- 26.7. 1938: Question juive à Madagascar.

Völkischer Beobachter

- 20.6. 1926, S. 1–2: Madagaskar (Von einem Engländer).
- 8.7. 1938, S. 1–2: Alfred Rosenberg: Wohin mit den Juden?
- 8.2. 1939, S. 1–2: Müssen weltanschauliche Kämpfe staatliche Feindschaften ergeben? Alfred Rosenberg vor der auswärtigen Diplomatie und der Auslandspresse.

Warszawski Dziennik Narodowy

- 17.1. 1937, S.2: Obyz jaknajprędzej! Osadnictwo żydów w koloniach francuskich. Madagaskar, Nowa Kaledonia, Guyana.
- 18.1. 1937, S.3: Żydzi na Madagaskar.
- 19.7. 1937, S.3: Sprawa Palestyny a interes Polski.
- 27.11. 1937, S.3: Madagaskar czeka!
- 13.1. 1938, S.2: Rozprawa o polityce zagranicznej w komisji sejmowej; Odpowiedz ministra Becka: Tereny kolonizacji Madagaskar?
- 14.1. 1938, S.3: Premier Goga zaleca emigrację na Madagaskar.
- 20.11. 1938, S.1: Jest miejsce dla Żydów w granicach obszaru brytyjskiego.
- 23.11. 1938, S.2: Cały świat wymawia się od przyjęcia emigracji żydowskiej.
- 28.12. 1938, S.2: O utworzenie dominium żydowskiego w ramach imperium brytyjskiego. 5 milionów Żydów musi emigrować z Europy.

Selbstzeugnisse, Tagebücher, Memoiren

Abetz, Otto: Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln 1951.

Beck, Józef: Dernier Rapport. Politique Polonaise 1926–1939, Paris 1951.

Ciano, Galeazzo: Tagebücher 1937–1938, Hamburg 1949.

Ders.: Tagebücher 1939–1943, Bern 1946.

Czerniaków, Adam: Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942, mit einem Vorwort von Yisrael Gutman, München 1986.

Drymmer, Wiktor Tomir: Zagadnienie żydowskie w Polsce w latach 1935–1939, in: Zeszyty Historyczne 13 (1968), S.55–75.

Eichmann, Adolf: Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht, Leoni am Starnberger See 1980.

Eichmann tells his own damning story, in: Life International 30 (1961)

- Nr.1, 9. Januar 1961, S.9–19: Adolf Eichmann: „I transported them to the butcher“.
- Nr.6, 13. Februar 1961, S.76–82: Adolf Eichmann: „To sum it all up, I regret nothing“.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Sämtliche Fragmente. Aufzeichnungen 1924–1941, hrsg. v. Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Bd. 1–4 u. Interimsregister, München u. a. 1987.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate 1941–1945, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. v. Elke Fröhlich, München u. a. 1993 ff.; bislang erschienen: Bd. 3: Januar – März 1942, bearb. v. Elke Fröhlich, München 1994; Bd. 4: April – Juni 1942, bearb. v. Elke Fröhlich, München 1995; Bd. 7: Januar – März 1943, bearb. v. Elke Fröhlich, München 1993; Bd. 8: April – Juni 1943, bearb. v. Hartmut Mehringer, München 1993; Bd. 9: Juli – September 1943, bearb. v. Manfred Kittel, München 1993; Bd. 10: Oktober – Dezember 1943, bearb. v. Volker Dahm, München 1994; Bd. 11: Januar – März 1944, bearb. v. Dieter Marc Schneider, München 1994; Bd. 12: April – Juni 1944, bearb. v. Hartmut Mehringer, München 1995.

Jedrzejewicz, Wacław (Hrsg.): Diplomat in Berlin 1933–1939. Papers and Memoirs of Josef Lipski, Ambassador of Poland, New York 1968.

Kastner, Rudolf: Shavuot shenhtam gezar din, in: Molad (Tel Aviv) 1 (1948), S.121–124.

Kersten, Felix: The Memoirs of Dr. Felix Kersten, New York 1947.

- Ders.: Totenkopf und Treue. Heinrich Himmler ohne Uniform. Aus den Tagebuchblättern des finnischen Medizinalrats Felix Kersten, Hamburg 1952.
- Lukasiewicz, Julius: Diplomat in Paris 1936–1939, edited by Waclaw Jedrzejewicz, New York 1970.
- Mark, Bernard: Horves derzeilen, Bd. 1: Aufstand im Warschauer Ghetto, Łódź 1947.
- Noël, Léon: L'agression allemande contre la Pologne. Une ambassade à Varsovie 1935–1939, Paris 1946 (dt. Ausg.: Der deutsche Angriff auf Polen, Berlin 1948).
- Ringelblum, Emanuel: The Journal of Emmanuel Ringelblum, edited and translated by Jacob Sloan, New York 1958.
- Rosenberg, Alfred: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, Göttingen 1959.
- Sakowska, Ruta (Hrsg.): Archiwum Ringelbluma Getto Warszawskie, Lipiec 1942 – styczen 1943, Warszawa 1980.
- Schacht, Hjalmar: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.
- Schimitzek, Stanislaw: Drogi i bezdroża minionej epoki. Wspomnienia z lat pracy w MSZ (1920–1939), Warszawa 1975.
- Schmidt, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Bonn 1949.
- Seidman, Hilel: Togbuch fun Warszewer Ghetto, Buenos Aires 1947.
- Szembek, Jan: Journal 1933–1939, Paris 1952.
- Ders.: Diariusz i teki Jana Szembeka, Bd. 4, London 1974.
- Weizsäcker, Ernst von: Erinnerungen, München u. a. 1950.

Forschungsliteratur

- Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.
- Ders.: An Overall Plan for Anti-Jewish Legislation in the Third Reich?, in: Yad Vashem Studies 11 (1976), S. 33–55.
- Ders.: Der Aspekt der „Planung“ in der NS-Judenpolitik, in: Thomas Klein/Volker Losemann/Gunther Mai (Hrsg.), Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart, S. 161–178.
- Adler, Hans Günther: Madagaskar als Judenstaat? Über einen entsprechenden Plan der Gestapo in der Nazizeit, Manuskript einer Sendung des Westdeutschen Rundfunks, III. Programm, vom 12. 6. 1972.
- Ders.: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- Adler-Rudel, Salomon: The Evian Conference on the Refugee Question, in: Year Book Leo Baeck Institute 13 (1968), S. 235–273.
- Aly, Götz/Susanne Heim: Die Ökonomie der „Endlösung“. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? Berlin 1987, S. 11–90.
- Dies.: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.
- Dies.: Sozialplanung und Völkermord. Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, in: Wolfgang Schneider (Hrsg.), „Vernichtungspolitik“, S. 11–23.
- Dies.: Wider die Unterschätzung der nationalsozialistischen Politik. Antwort an unsere Kritiker, in: Wolfgang Schneider (Hrsg.), „Vernichtungspolitik“, S. 165–175.
- Anatomie des SS-Staates, Bd. 1: Buchheim, Hans: Die SS – das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam, München ³1982; Bd. 2: Broszat, Martin: Konzentrationslager; Jacobsen, Hans-Adolf: Kommissarbefehl; Krausnick, Helmut: Judenverfolgung, München ³1982.
- Angress, Werner T.: Die „Judenfrage“ im Spiegel amtlicher Berichte 1935, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime, Bd. 2, S. 19–43.
- Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München ⁵1986.
- Dies.: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986 (Orig.: The Origins of Totalitarianism, New York 1951).

- Aronsfeld, Caesar C.: The Britons Publishing Society, in: *The Wiener Library Bulletin* 20 (1966) No. 3, S. 31–35.
- Aronson, Shlomo: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.
- Ders.: Die dreifache Falle. Hitlers Judenpolitik, die Alliierten und die Juden, in: *VfZ* 32 (1984), S. 29–65.
- Bacharach, Walter Zwi: Konsequenz und Manipulation der nationalsozialistischen Rassenideologie, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 1, S. 49–58.
- Barkai, Avraham: Regierungsmechanismen im Dritten Reich und die „Genesis der Endlösung“, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 14 (1985), S. 371–384.
- Ders.: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a.M. 1988.
- Ders.: German Interests in the Haavara-transfer agreement 1933–1939, in: *Yearbook Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 244–266.
- Bartoszewski, Wladyslaw: Some Thoughts on Polish-Jewish Relations, in: *Polin* 1 (1986), S. 278–287.
- Ders.: Jews as a Polish Problem, in: *Polin* 2 (1987), S. 391–403.
- Battenberg, Friedrich: Das europäische Zeitalter der Juden. Zur Entwicklung einer Minderheit in der nichtjüdischen Umwelt Europas, Darmstadt 1990.
- Bauer, Yehuda: *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939*, Philadelphia 1974.
- Ders.: American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945, Detroit 1981.
- Ders.: Vom christlichen Judenhaß zum modernen Antisemitismus – Ein Erklärungsversuch, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 1 (1992), S. 77–90.
- Bauerkämper, Arnd: Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991.
- Becker, Peter Emil: *Wege ins Dritte Reich. Bd. 2: Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke*, Stuttgart 1990.
- Beer, Mathias: Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den Juden, in: *VfZ* 35 (1987), S. 403–417.
- Bein, Alex: Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage, in: *VfZ* 6 (1958), S. 340–360.
- Ders.: Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems, 2 Bde., Stuttgart 1980.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München ²1989.
- Ders. (Hrsg.): *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991.
- Ders.: Reaktionen auf die Verfolgung der Juden und den Holocaust in Deutschland vor und nach 1945, in: *APUZ B* 1–2/1992, S. 24–32.
- Berding, Helmut: *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1988.
- Birn, Ruth Bettina: *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten*, Düsseldorf 1986.
- Blau, Bruno: *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945*, Düsseldorf ³1965.
- Boberach, Heinz (Hrsg.): *Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP*, Bd. 3/1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin, München u.a. 1991.
- Bollmus, Reinhard: *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970.
- Bondy, Louis W.: *Racketeers of Hatred. Julius Streicher and the Jew-Baiters' International*, London 1948.
- Bosch, Michael (Hrsg.): *Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte*, Düsseldorf 1977.
- Bracher, Karl Dietrich: *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. u.a. ⁶1983.
- Ders./Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*, Bonn 1986.

- Dies. (Hrsg.): Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992.
- Braham, Randolph L. (Hrsg.): The origins of the Holocaust: Christian anti-Semitism, New York 1986.
- Breitling, Rupert: Die nationalsozialistische Rassenlehre. Entstehung, Ausbreitung, Nutzen und Schaden einer politischen Ideologie, Meisenheim am Glan 1971.
- Breitman, Richard: The allied war effort and the Jews 1942–1943, in: JCH 20 (1985), S. 135–156.
- Breyer, Richard: Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen, Würzburg 1955.
- Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt a. M. 1986.
- Broszat, Martin: Das Dritte Reich und die rumänische Judenpolitik, Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1957.
- Ders.: Soziale Motivation und Führerbindung des Nationalsozialismus, in: VfZ 18 (1970), S. 392–409.
- Ders.: Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: VfZ 25 (1977), S. 739–775.
- Ders.: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1983.
- Browning, Christopher R.: Referat D III of Abteilung Deutschland and the Jewish Policy of the German Foreign Office 1940–1943, Univ. of Wisconsin, Ph. D., 1975.
- Ders.: Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office, in: JCH 12 (1977), S. 313–344.
- Ders.: The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–1943, New York 1978.
- Ders.: The Government Experts, in: Henry Friedländer/Sybil Milton (Hrsg.), The Holocaust, S. 183–197.
- Ders.: Zur Genesis der „Endlösung“. Eine Antwort an Martin Broszat, in: VfZ 29 (1981), S. 97–109.
- Ders.: Fateful Months. Essays on the Emergence of the Final Solution, New York 1985.
- Ders.: Nazi Resettlement Policy and the Search for a Solution to the Jewish Question, 1939–1941, in: German Studies Review 9 (1986), S. 497–519.
- Ders.: Nazi Ghettoization Policy in Poland: 1939–1941, in: Central European History 19 (1986), S. 343–368.
- Ders.: L'origine de la solution finale: du contexte militaire et politique à la prise de décision (1939–1941), in: La politique nazie d'extermination, Institut d'Histoire du Temps Présent, sous la direction de François Bédarida, Paris 1989, S. 155–177.
- Ders.: Vernichtung und Arbeit. Zur Fraktionierung der planenden Intelligenz im besetzten Polen, in: Wolfgang Schneider (Hrsg.), „Vernichtungspolitik“, S. 37–51.
- Ders.: Madagascar Plan, in: Encyclopedia of the Holocaust, Vol. 3, New York-London 1990, S. 935–937; dt. Ausg.: Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II, Berlin 1993, S. 915–917.
- Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, 2 Bde. Hamburg 1986.
- Bullock, Alan: Hitler und Stalin. Parallele Leben, Berlin 1991.
- Burrin, Philippe: Hitler et les Juifs. Genèse d'un génocide, Paris 1989.
- Byrnes, Robert F.: Antisemitism in modern France, Vol. I: The Prologue to the Dreyfus Affair, New Brunswick 1950.
- Cecil, Robert: The Myth of the Master Race. Alfred Rosenberg and Nazi Ideology, London 1972.
- Cienciala, Anna M.: Poland and the Western Powers 1938–1939. A Study in the Interdependence of Eastern and Western Europe, London 1968.
- Cohn, Norman: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln 1969.
- Craig, Gordon A./Felix Gilbert: The Diplomats 1919–1939, Princeton 1953.
- Dawidowicz, Lucy S.: Der Krieg gegen die Juden 1933–1945, München 1979.
- Dies.: The holocaust and the historians, Cambridge, Mass. 1981.
- Dizionario Biografico Degli Italiani, Bd. 8, Rom 1966.
- Dörner, Klaus: Nationalsozialismus und Lebensvernichtung, in: VfZ 15 (1967), S. 121–152.

- Döscher, Hans-Jürgen: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987.
- Dreifort, John E.: Yvon Delbos at the Quai d'Orsay. French Foreign Policy during the Popular Front 1936–1938, Lawrence 1973.
- Feilchenfeld, Werner/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972.
- Fest, Joachim: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a.M. u.a. 1973.
- Ders.: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1986.
- Ders.: Hitlers Krieg, in: VfZ 38 (1990), S.359–373.
- Fiedler, Arkady: Heißes Dorf auf Madagaskar, Essen 1955.
- Field, Geoffrey G.: Anti-Semitism with the Boots Off. Recent Research on England, in: Wiener Library Bulletin, Special Issue 1983, S.25–46.
- Freeden, Herbert: Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1987.
- Frei, Norbert/Johannes Schmitz: Journalismus im Dritten Reich, München 1989.
- Friedländer, Henry/Sybil Milton (Hrsg.): The Holocaust: Ideology, Bureaucracy, and Genocide, New York 1980.
- Friedländer, Saul: Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung: Eine historiographische Studie zur nationalsozialistischen Judenpolitik und Versuch einer Interpretation, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, S.18–60.
- Ders.: Die Genese der „Endlösung“. Zu Philippe Burrins Thesen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S.166–181.
- Friedman, Philip: The Lublin Reservation and the Madagascar Plan: Two Aspects of Nazi Jewish Policy During the Second World War, in: YIVO Annual of Jewish Social Science VII (1953), S.151–177.
- Funke, Manfred: Auswanderung – Aussiedlung – Ausrottung. Ein Beitrag zur Tateinheit von Rassen- und Machtpolitik während der Diktatur Hitlers, in: Ders./Hans-Adolf Jacobsen/Hans-Helmuth Knütter/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S.237–251.
- Ders.: Starker oder Schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989.
- Ganther, Heinz (Hrsg.): Die Juden in Deutschland – 1951/52, 1958/59 – Ein Almanach, Hamburg o.J. (1959).
- Garlicki, Andrzej: Problemy kolonialne w opinii MSZ w 1936r., in: Naród i Państwo, Prace ofiarowane Henrykowi Jablonskiemu w 60 rocznicę urodzin, Warschau 1969, S.107–115.
- Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen u.a. 1966.
- Gilbert, Martin: Auschwitz und die Alliierten, München 1982.
- Ders.: The Holocaust. The Jewish tragedy, London 1986.
- Goldhagen, Erich: Weltanschauung und Endlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht, in: VfZ 24 (1976), S.379–405.
- Goldstein, Anatole: From Discrimination to Annihilation, with a Preface by Telford Taylor, New York 1952.
- Gordon, Sarah: Hitler, Germans and the „Jewish Question“, Princeton 1984.
- Gorman, Robert M.: Racial Antisemitism in England: the Legacy of Arnold Leese, in: Wiener Library Bulletin 43/44 (1977), S.65–74.
- Goshen, Seev: Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der „Endlösung“, in: VfZ 29 (1981), S.74–96.
- Ders.: Endphase des Verbrechens am europäischen Judentum. Hintergrund und Genesis der „Endlösung“, in: Zeitgeschichte 14 (1986/87), S.221–243.
- Graml, Hermann: Zur Genesis der „Endlösung“, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938, S.160–175.
- Ders.: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988.
- Ders.: Irregeleitet und in die Irre führend. Widerspruch gegen eine „rationale“ Erklärung von Auschwitz, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S.286–295.
- Ders./Klaus Dietmar Henke (Hrsg.): Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, München 1986.

- Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983.
- Grenville, John A.S.: Die „Endlösung“ und die „Judenmischlinge“ im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime, Bd. 2, S. 91–121.
- Gruchmann, Lothar: Euthanasie und Justiz im Dritten Reich, in: VfZ 20 (1972), S. 235–279.
- Ders.: Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik, München ⁸1985.
- Gutman, Yisrael: Polish Antisemitism Between the Wars: An Overview, in: Ders. u. a. (Hrsg.), The Jews of Poland between two world Wars, S. 97–108.
- Gutman, Yisrael u. a. (Hrsg.): Encyclopedia of the Holocaust, New York-London 1990.
- Ders./Ezra Mendelsohn/Jehuda Reinharz/Chone Shmeruk (Hrsg.): The Jews of Poland between two world Wars, Hanover 1989.
- Hagemann, Jürgen: Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970.
- Haumann, Heiko: Geschichte der Ostjuden, München ²1990.
- Heiber, Helmut: Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966.
- Heller, Celia S.: On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the two World Wars, New York 1977.
- Henke, Josef: Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1982), S. 557–620.
- Herbert, Ulrich: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1991, S. 198–236.
- Ders.: Rassismus und rationales Kalkül. Zum Stellenwert utilitaristisch verbrämter Legitimationsstrategien in der nationalsozialistischen „Weltanschauung“, in: Wolfgang Schneider (Hrsg.), „Vernichtungspolitik“, S. 25–35.
- Hilberg, Raul: Die Aktion Reinhard, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, S. 125–136.
- Ders.: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Frankfurt a. M. 1991 (Orig.: The Destruction of the European Jews, Chicago 1961).
- Ders.: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1992.
- Hildebrand, Klaus: Hitlers „Mein Kampf“: Propaganda oder Programm? Zur Frühgeschichte der nationalsozialistischen Bewegung, in: NPL 14 (1969), S. 72–82.
- Ders.: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München 1969.
- Ders.: Hitlers Ort in der Geschichte des Preußisch-Deutschen Nationalstaates, in: HZ 217 (1973), S. 584–632.
- Ders.: Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939–1942, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, Düsseldorf 1976, S. 63–93.
- Ders.: Deutsch-Mittelafrika – Ein Kriegsziel Hitlers in den Jahren 1940–1942?, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 383–406.
- Ders.: Hitler. Rassen- contra Weltpolitik. Ergebnisse und Desiderate der Forschung, in: MGM 19 (1976), S. 207–224.
- Ders.: Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: Michael Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, S. 55–61.
- Ders.: Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), Der Führerstaat, S. 73–97.
- Hillgruber, Andreas: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, Wiesbaden 1954.
- Ders.: Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: Ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 252–275.
- Ders.: Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung, in: HZ 226 (1978), S. 600–621.
- Ders.: Die ideologisch-dogmatischen Grundlagen der nationalsozialistischen Politik der Ausrottung der Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und ihre Durchführung 1941–1944, in: German Studies Review 2 (1979), S. 263–296.
- Ders.: Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg?, Düsseldorf 1982.

- Ders.: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, München ²1982.
- Ders.: Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung. Eine Zusammenfassung, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, S. 213–224.
- Ders./Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, Frankfurt a. M. 1966.
- Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.): The Policies of Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany, London u. a. 1986.
- Ders./Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981.
- Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Bindlach 1990.
- Hofer, Walther: Stufen der Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1939, in: Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus, S. 172–185.
- Holmes, Colin: Anti-Semitism in British Society 1876–1939, London 1979.
- Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a. M. 1968.
- Jäckel, Eberhard: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.
- Ders.: Hitler in History, Hanover 1984.
- Ders.: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen ⁴1991.
- Ders.: Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart ³1991.
- Ders./Jürgen Rohwer (Hrsg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, Frankfurt a. M. 1987.
- Jochmann, Werner: Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, S. 409–510.
- Ders.: Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus 1878–1914, in: Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus, S. 99–142.
- Kampe, Norbert: Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988.
- Ders.: „Endlösung“ durch Auswanderung? Zu den widersprüchlichen Zielvorstellungen antisemitischer Politik bis 1941, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, S. 827–843.
- Ders. (Hrsg.): Emigration and Expulsion of German Jewry 1933–1945. A Documentary History (Jewish Immigrants of the Nazi Period, Bd. 4), New York 1991.
- Kampmann, Wanda: Deutsche und Juden. Die Geschichte der Juden in Deutschland vom Mittelalter bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1979.
- Kershaw, Ian: The „Hitler Myth“. Image and Reality in the Third Reich, Oxford 1987.
- Kettenacker, Lothar: Hitler's Final Solution and its Rationalization, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), The Policies of Genocide, S. 73–86.
- Klarsfeld, Serge: Vichy-Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Hamburg 1989.
- Klein, Thomas/Volker Losemann/Gunther Mai (Hrsg.): Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1984.
- Knipping, Franz: Die deutsche Frankreichpolitik 1940–1942, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, S. 697–709.
- Knobel, Marc: L'ethnologie à la dérive, in: Le Monde Juif 44 (1988), H. 132, S. 179–192.
- Korzec, Pawel: Antisemitism in Poland as an Intellectual, Social and Political Movement, in: J. A. Fishman (Hrsg.), Studies on Polish Jewry 1919–1939, New York 1974.
- Ders.: Juifs en Pologne. La question juive pendant l'entre-deux-guerres, Paris 1980.
- Kosmin, Barry A.: Colonial Careers for Marginal Fascists – A Portrait of Hamilton Beamish, in: Wiener Library Bulletin 27 (1973/74), S. 16–23.
- Krausnick, Helmut/Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.
- Kuhn, Axel: Hitlers außenpolitisches Programm, Stuttgart 1970.
- Kulka, Otto D.: Die deutsche Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und die „Endlösung“. Tendenzen und Entwicklungsphasen 1924–1984, in: HZ 240 (1985), S. 599–640.
- Kwiet, Konrad: Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: MGM 27 (1980/81), S. 149–192.

- Ders.: Judenverfolgung und Judenvernichtung im Dritten Reich. Ein historiographischer Überblick, in: Dan Diner (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt am Main 1991, S.237–264.
- Laqueur, Walter: *Deutschland und Rußland*, Berlin 1965.
- Lebzelter, Gisela C.: *Political Anti-Semitism in England 1919–1939*, London 1978.
- Dies.: Henry Hamilton Beamish and the Britons: Champions of Anti-Semitism, in: Kenneth Lunn/Richard C.Thurlow (Hrsg.), *British Fascism*, S.41–56.
- Lemonon, Michel: Die Verbreitung der Rassenlehre Gobineaus in Deutschland, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 1, S.39–48.
- Lepecki, Mieczyslaw B.: Prawda o niedoszlej Emigracji na Madagaskar, in: *Wiadomosci* Nr.410, 7.2. 1954.
- Less, Avner: *Schuldig. Das Urteil gegen Adolf Eichmann. Mit einem Nachwort von Jochen von Lang*, Frankfurt a.M. 1987.
- Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen, Freiburg i. Br. 1990.
- Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. V, Freiburg i. Br. 1960.
- Losemann, Volker: Rassenideologien und antisemitische Publizistik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Thomas Klein/Volker Losemann/Gunther Mai (Hrsg.), *Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart*, S.137–159.
- Lukacs, John: *Churchill und Hitler. Der Zweikampf, 10. Mai – 31. Juli 1940*, Stuttgart 1992.
- Lunn, Kenneth/Richard C.Thurlow (Hrsg.): *British Fascism. Essays on the Radical Right in Inter-War Britain*, London 1980.
- Lutzhöft, Hans-Jürgen: *Der nordische Gedanke in Deutschland 1920–1940*, Stuttgart 1971.
- Marcus, Joseph: *Social and Political History of the Jews in Poland, 1919–1939*, Berlin u.a. 1983.
- Marrus, Michael R./Robert O.Paxton: *Vichy et les Juifs*, Paris 1981.
- Martens, Stefan: Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „Zweiter Mann im Dritten Reich“, Paderborn 1985.
- Martin, Bernd/Ernst Schulin (Hrsg.): *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München ³1985.
- Mason, Timothy W.: Intention and Explanation: A current Controversy about the Interpretation of National-Socialism, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Der Führerstaat*, S.23–41.
- Massing, Paul: *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt a.M. 1959 (Orig.: *Rehearsal for Destruction*, New York 1949).
- Mayer, Arno J.: *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“*, Hamburg 1989.
- Mazor, Michel: La cité engloutie. Souvenirs et Réflexions sur le Ghetto de Varsovie, in: *Le Monde Juif* 5 (1950), H. 33, S.2–4.
- Meier-Cronemeyer, Hermann: *Zionismus. Von den Anfängen bis zum Staat Israel*, Frankfurt a.M. ²1989.
- Melzer, Emanuel: Ha-diplomatyah ha-polanit u-beayat ha-hagira ha-yehudit ba-shanim 1935–1939, in: Gal Ed Diaspora Research Institute, Tel Aviv University 1 (1973), S.211–249.
- Ders.: Antisemitism in the Last Years of the Second Polish Republic, in: Yisrael Gutman u.a. (Hrsg.), *The Jews of Poland between two world Wars*, S.126–137.
- Michalka, Wolfgang: Geplante Utopie: Zur Ideologie des Nationalsozialismus, in: *NPL* 18 (1973), S.210–224.
- Ders. (Hrsg.): *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz*, München 1989.
- Milton, Sybil: The Context of the Holocaust, in: *German Studies Review* 13 (1990), S.269–283.
- Mommsen, Hans: *Nationalsozialismus*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*, Freiburg i.Br. u.a. 1971, Bd. IV, S.695–713.
- Ders.: Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: Michael Bosch (Hrsg.), *Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte*, S.62–71.
- Ders.: Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: *GG* 9 (1983), S.381–420.
- Morell, John E.: Arnold Leese – Fascist and Antisemite, in: *The Wiener Library Bulletin* 23 (1969), No. 4, S.32–36.
- Ders.: Arnold Leese and the Imperial Fascist League: The Impact of Racial fascism, in: Kenneth Lunn/Richard C.Thurlow (Hrsg.), *British Fascism*, S.57–75.

- Morley, John F.: *Vatican Diplomacy and the Jews during the Holocaust, 1939–1943*, New York 1980.
- Mosse, George L.: *The Crisis of German Ideology*, New York 1964.
- Mosse, Werner E. (Hrsg.): *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923. Ein Sammelband*, Tübingen 1971.
- Nicosia, Francis R.: *The Third Reich and the Palestine Question*, London 1986.
- Niewyk, Donald L.: Solving the „Jewish Problem“. Continuity and change in German antisemitism 1871–1945, in: *Yearbook Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 335–370.
- Nipperdey, Thomas: *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992.
- Ders./Reinhard Rürup: Antisemitismus, in: Otto Brunner u. a. (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. I, S. 129–153.
- Nolte, Ernst: *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus*, München 1990.
- Osteuropa-Handbuch Polen, hrsg. von Werner Markert, Köln 1959.
- Paucker, Arnold: Die Haltung Englands und der USA zur Vernichtung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 2, S. 149–162.
- Ders. (Hrsg.): *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland*, Tübingen 1986.
- Pehle, Walter H. (Hrsg.): *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1988.
- Ders. (Hrsg.): *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt a. M. 1990.
- Poliakov, Léon: *Adolf Eichmann ou La rève de Caligula*, in: *Le Monde Juif* 4 (1949), H. 20, S. 2–5.
- Ders.: *Bréviaire de la haine. Le IIIe Reich et les Juifs*, Paris 1951.
- Ders.: *Histoire de l'Antisemitisme, Tome III: De Voltaire à Wagner*, Paris 1968.
- Ders./Josef Wulf (Hrsg.): *Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze*, Berlin 1955.
- Pragier, Adam: *Wyprawa na Madagaskar*, in: *Wiadomosci* Nr. 8 (Nr. 412), 21. 2. 1954.
- Pulzer, Peter G.-J.: *The Rise of Political Antisemitism in Germany and Austria*, New York u. a. 1964.
- Reichmann, Eva Gabriele: *Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Frankfurt a. M. o. J. (1956).
- Reitlinger, Gerald: *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945*, vierte, durchgesehene und verbesserte Auflage Berlin 1961.
- Reutter, Lutz-Eugen: *Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich. Die Betreuung von Auswanderern durch den St. Raphaels-Verein, Recklinghausen 1971*.
- Rich, Norman: *Hitler's War Aims*, 2 Bde., New York 1973–1974.
- Robinson, Jacob: *And the crooked shall be made straight. The Eichmann Trial, the Jewish Catastrophe, and Hannah Arendt's Narrative*, New York 1965.
- Röhr, Wilhelm (Hrsg.): *Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer*, Berlin 1992.
- Roos, Hans: *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939*, Tübingen 1957.
- Ders.: *Geschichte der polnischen Nation 1918–1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Stuttgart u. a. 1986.
- Rürup, Reinhard: *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1987.
- Ders.: *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“*. Eine Dokumentation, Berlin 1989.
- Ryszka, Franciszek: Von der Idee zum Völkermord. Gedanken über den Antisemitismus, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 1, S. 79–99.
- Safrian, Hans: *Die Eichmann-Männer*, Wien 1993.
- Scheffler, Wolfgang: *Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945*, Berlin 1964.
- Ders.: Zur Entstehungsgeschichte der „Endlösung“, in: *APUZ* B 43/1982, S. 3–10.
- Schieder, Wolfgang: *Spanischer Bürgerkrieg und Vierjahresplan. Zur Struktur nationalsozialistischer Außenpolitik*, in: Wolfgang Schieder/Christoph Dipper (Hrsg.), *Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936–1939)*, München 1976, S. 162–190.
- Schleunes, Karl A.: *The twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy Toward German Jews 1933–1939*, Urbana 1970.

- Schneider, Karlheinz/Nikolaus Simon (Hrsg.): *Judenhaß und Antisemitismus im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1991.
- Schneider, Wolfgang (Hrsg.): „Vernichtungspolitik“. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991.
- Schoeps, Julius H. (Hrsg.): *Neues Lexikon des Judentums*, Gütersloh 1992.
- Schreiber, Gerhard: *Hitler – Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung*, Darmstadt, 2., verbesserte und ergänzte Auflage 1988.
- Sereny, Gitta: *Into the Darkness: From Mercy Killing to Mass Murder*, New York 1974.
- Silberner, Edmund: *Sozialisten zur Judenfrage*, Berlin 1962.
- Ders.: *Kommunisten zur Judenfrage*, Opladen 1983.
- Steinbach, Peter: *Zur deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *APUZ B* 1–2/1992, S. 3–13.
- Steinert, Marlis G.: *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf 1970.
- Steinlauf, Michael C.: *The Polish-Jewish Daily Press*, in: *Polin* 2 (1987), S. 219–245.
- Stern, Fritz: *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*, München 1986 (Orig.: *The Politics of Cultural Despair*, Berkeley 1961).
- Stokes, Geoffrey: *Hitler and the Quest for World Dominion*, Leamington u. a. 1986.
- Strauss, Herbert A. (Hrsg.): *Classified List of Articles Concerning Emigration in Germany. Jewish Periodicals Jan. 30, 1933 to Nov. 9, 1938. Compiled by Daniel R. Schwartz, with Daniel S. Niederland*, München u. a. 1982.
- Ders.: *Antisemitismus und Holocaust als Epochenproblem*, in: *APUZ B* 11/1987, S. 15–23.
- Ders.: *Essays on History, Persecution and Emigration of German Jews*, München u. a. 1987.
- Ders.: *Hostages of „World Jewry“. On the Origin of the Idea of Genocide in German History*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 3 (1988), S. 125–136.
- Ders./Norbert Kampe (Hrsg.): *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, Bonn 1985.
- Tenenbaum, Joseph: *Hitler's „Jewish State“ in Madagascar*, in: *Congress Weekly*, Vol. 21, No. 6, 8. 2. 1954, S. 11–12.
- Ders.: *Race and Reich. The story of an epoch*, New York 1956.
- Thalmann, Rita R.: *Die Emigration aus Deutschland und die öffentliche Meinung Frankreichs 1933 bis 1939*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 2, S. 249–266.
- Thamer, Hans-Ulrich: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986.
- Tomaszewski, Jerzy: *Some methodological problems of the study of jewish history in Poland between the two world wars*, in: *Polin* 1 (1986), S. 163–175.
- Toury, Jacob: *Ein Auftakt zur „Endlösung“: Judenaustreibungen über nichtslawische Reichsgrenzen 1933–1939*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 2, S. 164–196.
- Ders.: *Die Entstehungsgeschichte des Austreibungsbefehls gegen die Juden der Saarpfalz und Badens (22./23. Oktober 1940, Camp de Gurs)*, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 15 (1986), S. 431–464.
- Trevor-Roper, Hugh R.: *Hitlers Kriegsziele*, in: *VfZ* 8 (1960), S. 121–133.
- Ueberschär, Gerd R./Wolfram Wette (Hrsg.): *Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941*, Frankfurt a. M. 1991.
- Watt, Donald C.: *Pirow's Berlin Mission in November, 1938. „Free Hand“ for Hitler and relief for the Jews*, in: *The Wiener Library Bulletin* 12 (1958), S. 53.
- Weingarten, Ralph: *Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das „Intergovernmental Committee on Political Refugees“ (IGC) 1938–1939*, Bern u. a. 1983.
- Wiehn, Erhard R.: *Novembepogrom 1938*, Konstanz 1988.
- Wilhelm, Hans-Heinrich: *Die Einsatzgruppen und die „Endlösung der Judenfrage“*, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, S. 591–617.
- Ders.: *Rassenpolitik und Kriegführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und in der Sowjetunion 1939–1942*, Passau 1991.
- Wippermann, Wolfgang: *Faschismustheorien*, Darmstadt 1980.
- Wischnitzer, Mark: *To Dwell in Safety. The story of Jewish migration since 1800*, Philadelphia 1948.

- Ders.: Die jüdische Wanderung unter der Nazi-Herrschaft, in: Heinz Ganner (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland*, S. 95–136.
- Wyman, David S.: *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 1989.
- Wynot, Edward D., Jr.: „A Necessary Cruelty“: The Emergence of Official Anti-Semitism in Poland, 1936–1939, in: *American Historical Review* 76 (1971), S. 1035–1058.
- Yahil, Leni: *Madagascar – Phantom of a Solution for the Jewish Question*, in: *Jews and Non-Jews in Eastern Europe 1918–1945*, ed. by Bela Vago and George L. Mosse, Jerusalem 1974, S. 315–334.
- Zborowski, Mark/Elizabeth Herzog: *Das Shtetl. Die untergegangene Welt der osteuropäischen Juden*, München 1991.
- Zimmermann, Moshe: *Aufkommen und Diskreditierung des Begriffs Antisemitismus*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 1, S. 59–77.
- Ders.: *Wilhelm Marr. The Patriarch of Anti-Semitism*, New York 1986.
- Zipfel, Friedrich: *Gestapo und Sicherheitsdienst*, Berlin 1960.
- Zischka, Johannes: *Die NS-Rassenideologie. Machttaktisches Instrument oder handlungsbestimmendes Ideal*, Frankfurt a. M. 1986.
- Zmarzlik, Hans-Günter: *Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem*, in: *VfZ* 11 (1963), S. 246–273.

Abkürzungen

AAN	Archiwum Akt Nowych
AD	Archives Diplomatiques/Ministère des Affaires Etrangères
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
ADSS	Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale
AOM	Archives Nationales, Dépôt d'Outre Mer
APUZ	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament“
BAK	Bundesarchiv Koblenz
Bl.	Blatt
CDJC	Centre de Documentation Juive Contemporaine
CZA	Central Zionist Archives
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DDF	Documents Diplomatiques Français
Dok.	Dokument
FO	Foreign Office
FRUS	Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
GVPL	Geschäftsverteilungsplan
HO	Home Office
Hrsg.	Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IGC	Intergovernmental Committee on Refugees
IMG	Aktenpublikation: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof
JCH	Journal of Contemporary History
Jg.	Jahrgang
JPN	Jüdisch-Politische Nachrichten
Kap.	Kapitel
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MSZ	Ministerstwo Spraw Zagranicznych
NPL	Neue Politische Literatur
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o.D.	ohne Datum
OZN/OZON	Obóz Zjednoczenia Narodowego
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
PRM	Prezydium Rady Ministrów
PRO	Public Record Office, Kew/London
SD	Sicherheitsdienst
SDN	Société des Nations
SS	Schutzstaffel
STALNÜF	Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg-Fürth
STAN	Staatsarchiv Nürnberg
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vol.	Volume

Personenregister

- Abetz, Otto 242, 268, 278
 Abshagen, Karl Heinz 156, 203
 Adam, Uwe Dietrich 11
 Adler-Rudel, Salomon 193
 Adol Mar, Jakob 100
 Ahlwardt, Hermann 23
 Alexander 198
 Allen, H. 68
 Almasi 117, 259
 Alter, Léon 110, 113, 116, 121–123, 126, 133, 154, 257, 289
 Aly, Götz 13
 Annet, Armand 269
 Arendt, Hannah 11
 Arnal, Pierre 148
 Athenagoras, Spyrou 282
 Avenol, Joseph 102

 Baeck, Leo 78, 184, 237
 Baillie, J. 64
 Baldwin, Stanley 94
 Barduzzi, Carlo 269f.
 Bargeton, Paul 109
 Bartels, Adolf 45
 Bauer, Bruno 18
 Bauer, Yehuda 118
 Beamish, Henry Hamilton 32–36, 38, 44f., 52, 61f., 64f., 67–71, 74, 81, 142, 264, 270, 272, 287
 Beamish, Tufton 70
 Beauvais, Peter 260
 Beauvallet, Lucien 56
 Beck, Józef 9, 10, 84–87, 89, 92–99, 102, 104, 109, 111, 115, 123–126, 128f., 131, 135f., 141f., 148f., 156–158, 160–163, 287–289
 Beek, Gottfried zur (Pseudonym Ludwig Müller) 36
 Belzner, Hans (Pseudonym Paul Wurm) 230
 Bene, Otto 66
 Benedikt XV. 37
 Benz, Wolfgang 273
 Bérenger, Henri 159, 195, 203f.
 Bernstein, Philip S. 9
 Berthier, Hugues Jean 143
 Bertram, Adolf 224
 Bidart, Jean 138
 Biddle, Anthony Joseph Drexel 123
 Bielfeld, Harald 268, 273, 279
 Biez, Jacques de 31
 Bismarck, Otto von 18
 Bisse, Wilhelm 183

 Blankenburg 261
 Blum, Léon 9, 71, 91, 98f., 102, 109, 138, 141, 288
 Böhm, Adolf 262
 Boepple, Ernst 32, 68
 Bohle, Ernst Wilhelm 183, 192
 Boissel, Jean 70–72
 Bolschwingh, Otto von 184
 Bondy, Louis W. 287
 Bonnet, Georges 91, 117f., 145, 147f., 156, 159f., 162, 164, 204f.
 Bosshard, Hans 55
 Bormann, Martin 50, 225, 273, 276,
 Bötticher, Paul Anton (vgl. Paul de Lagarde) 16
 Bouhler, Philipp 207, 253, 260–262, 265
 Bouteille, Paul 100, 105f.
 Brack, Viktor 259–262, 264
 Bräuer, Curt 164
 Brake 265
 Brauchitsch, Walther von 78
 Brotanek 260
 Browning, Christopher 2, 11, 267, 274f.
 Bülow, Bernhard-Wilhelm von 174
 Bülow-Schwante, Vicco von 42, 173–175, 178–181, 209, 226
 Bürckel, Joseph 271
 Büttner, Walter 72
 Buisson, Jacques 142
 Bullitt, William 123
 Burgdörfer, Friedrich 241, 266
 Buttmann, Rudolf Hermann 191

 Cadogan, Sir Alexander 202
 Cambillard 145
 Candace, Gratien 90, 102
 Cat-Mackiewicz, Stanislaw 83
 Cayla, Léon 98f., 101, 104, 109, 115–118, 120, 139, 151, 153, 259, 269
 Cazalet, Victor 199
 Chamberlain, Houston Stewart 17, 24
 Chamberlain, Arthur Neville 197, 199, 204, 281
 Chaumet, Marc 113
 Chautemps, Camille 91, 125, 136
 Chlapowski, Alfred 9, 92, 143
 Chvalkovsky, Frantisek 213
 Cianfarra, Camille M. 224
 Ciano, Galeazzo 86, 126, 160, 201, 224, 229, 263
 Ciolina 116

- Claß, Heinrich 25 f.
 Clodius, Carl 183
 Codreanu, Corneliu 140
 Cotton, Joseph P. 203
 Cuza, Alexander 37, 49, 140–142, 171
 Czerniaków, Adam 223, 236

 Daladier, Edouard 91, 151, 204
 Dannecker, Theodor 8, 73, 172, 188, 236, 243, 246, 252, 266, 274
 Darlan, François 279
 Darré, Richard Walther 225
 Darwin, Charles 3
 Dawidowicz, Lucy S. 11, 267
 Delbos, Yvon 91 f., 95, 99, 102, 105 f., 109, 118, 122, 124–128, 131, 140, 148, 161
 Dietrich, Otto 214
 Dinter, Arthur 28
 Dirksen, Herbert von 156, 159, 203, 206 f., 209, 216
 Dmowski, Roman 104
 Döschner, Hans-Jürgen 2
 Dormann, Maurice 101, 104, 116
 Doyen, Paul 267
 Dreszer, Gustaw 94
 Dreyfuß, Alfred 26
 Drumont, Edouard 31
 Drymmer, Wiktor Tomir 86, 89, 123, 152
 Ducrocq, Robert 119, 152, 154
 Dühning, Eugen 19–22, 25, 29
 Dyk, Salomon 110, 113, 116, 121, 123, 126, 154, 257, 289

 Eckart, Dietrich 33 f.
 Edelstein, Jakob 235
 Eden, Robert Anthony 94
 Eichmann, Adolf 8, 11, 50, 69, 70, 72 f., 165, 170–172, 175, 183, 185–190, 196, 219, 221 f., 234–236, 241, 243, 245–247, 250–253, 259–264, 266, 273 f., 279, 291 f.
 Eisenbeiß, Hanss 270
 Eisenlohr, Ernst 209, 214–216
 Emerson, Sir Herbert 148, 216, 218
 Engel, Gerhard 276
 Engels, Friedrich 39
 Eppstein, Paul 235, 237
 Errera, Roger 205
 Etzdorf, Hasso von 270 f.

 Farmer, Otto (Pseudonym de Pottère) 42, 48, 55
 Feder, Gottfried 36
 Ferenz, Franz K. 42
 Fest, Joachim 294
 Fiedler, Arkady 112, 119, 151–155, 163
 Fischböck, Hans 202 f., 206 f.

 Fleischhauer, Ulrich 43 f., 46–50, 53 f., 56–61, 69 f., 73 f., 171, 270, 286
 Forster, Albert 225
 Fox, S. H. E. 66
 Frank, Hans 225, 238 f.
 Frank, Walter 58
 Frankowski, Félix 109
 Frey, Thomas (Pseudonym Theodor Fritsch) 22
 Frick, Wilhelm 46, 165, 174, 206 f., 211 f., 214, 283
 Friedman, Philip 9, 10, 169
 Fritsch, Theodor 22 f., 25, 28 f., 31, 34, 42, 45, 50, 72
 Frymann, Daniel (Pseudonym Heinrich Claß) 25
 Funk, Walther 187, 207

 Gamelin, Maurice 92
 Gaulle, Charles de 72, 269
 Gebauer, Kurt 78
 Geist, Raymond Herman 216
 Gellert, Philipp 78 f.
 Gemlich, Adolf 27
 Georg VI. 94
 Gercke, Achim 166
 Gilbert, Prentiss 203
 Gobineau, Joseph Arthur 3, 15
 Godart, Justin 100
 Goebbels, Josef 46, 48, 61, 78, 169, 174, 183, 187, 197, 225, 242, 253 f., 271, 280–282,
 Göring, Hermann 46, 78, 170, 187, 196–198, 201–203, 207–209, 211, 213 f., 219, 225, 233, 238, 242–245, 248, 253 f., 260, 263, 265, 269, 291
 Goga, Octavian 140 f., 274,
 Goldmann, Nahum 97 f., 102, 116
 Goldstein, Anatole 10
 Goluchowski, Józef (vgl. Przezora) 19
 Gonzaga, Marchese Anselmo Guerrieri 244
 Gourévitch, Boris 101
 Graham, Alan 146
 Grau, Wilhelm 58
 Greifelt, Ulrich 225
 Greiser, Arthur 225, 239
 Greive, Hermann 17
 Groß, Walter 15, 18
 Grote, Otto von 269
 Guernut, Henri 100
 Gürtner, Franz 166
 Gwiazdowski, Tadeusz 89

 Hadamard, Jacques 100
 Hagemeyer, Johann Gerhard 76
 Hagen, Herbert 54, 58, 72, 172, 183, 185, 187 f., 190 f., 219

- Hahn, Fritz Gebhardt von 227
 Halifax, Lord (Edward Wood) 146f., 157, 202, 206
 Heath, Donald Read 196
 Heim, Susanne 13
 Heller, Celia S. 84
 Hencke, Andor 268f.
 Henderson, Nevile 193, 195
 Henry-Haye, Gaston 272
 Hentig, Werner-Otto von 177, 181f., 187
 Herbert, Ulrich 13
 Hevesi, Eugene 7, 9, 237
 Hermelin 138
 Hertzog, James Barry Munnick 199
 Herzl, Theodor 41, 171, 260, 262
 Heß, Rudolf 47, 49, 174, 198, 207, 225
 Hevelmann 261
 Hewel, Walter 200, 276, 278
 Heydrich, Reinhard 63, 167, 170, 172, 175, 185–189, 196, 203, 207, 212–217, 219, 221f., 226, 233 f., 246, 248f., 262f., 265 f., 273 f., 279f., 290–293
 Hiemer, Ernst 186
 Hilberg, Raul 13, 276f.
 Hillgruber, Andreas 3
 Himmeler, Heinrich 9, 12, 63, 77, 168–170, 174f., 207, 212, 221f., 225f., 233, 238, 242, 246, 251, 261–263, 271, 273f., 282, 290–292
 Hinkel, Hans 187f., 271
 Hinrichs, Walther 178, 187, 209–211, 215, 226
 Hirsch, Otto 237
 Hitler, Adolf 3, 5, 6–13, 15, 22, 27–29, 33–36, 44, 46 f., 49–51, 55, 57f., 63, 67, 71, 75–78, 82, 140, 150, 165–169, 174–176, 183, 186, 189, 192, 196–202, 205–209, 213 f., 218–223, 225, 229f., 238–240, 242, 245, 254, 260, 263, 265, 267, 271–275, 277–283, 286–295
 Höhne, Heinz 11
 Hofer, Walther 11, 195
 Hollender, Tadeusz 1
 Holz, Karl 62f.
 Hoppe 243f.
 Huber, H. 78, 185
 Huntziger, Charles 267
- Jäckel, Eberhard 277
 Jaksch, Wenzel 148
 Jarblum, Marc 99, 105, 116
 Jarmer, Ernst 254–259
 Jefroikin 105
 Jordan, Colin 70
 Joseph, Gaston 100, 146, 155
- Kaden-Bandrowski, Juliusz 155
 Kaltenbrunner, Ernst 170
 Kampe, Norbert 27
- Kahn, Bernhard 118
 Karten, David 116
 Keitel, Wilhelm 276
 Kempner, Robert M.W. 260
 Kennard, Howard 94, 122–124, 128, 157, 162
 Kennedy, Joseph 204
 Kersten, Felix 169
 Kitson, Arthur 64
 Klauder 254
 Klein 175
 Klungenfuß, Karl 227
 Koc, Adam 157
 Koch, Erich 225
 Königstein, Leopold E. 145
 Komarnicki, Tytus 93, 98
 Krauel, Wolfgang 93
 Krausnick, Helmut 11
 Krüger, Friedrich-Wilhelm 238f.
 Kulski, Wladyslaw 89
 Kundt, Ernst 227
 Kunze, Heinz Rudolf 1
 Kvaternik, Slavko 278
 Kwasniewski, Mikolaj 157
 Kwiatkowski, Eugeniusz 85, 133
- Lagarde, Paul de 10, 16–18, 22–25, 27, 29, 32, 38, 81, 285
 Lagarde, Ernestine de 16
 Lambert 109f.
 Lammers, Hans-Heinrich 225
 Langbehn, Julius 17, 21
 Lassalle, Ferdinand 39
 Laval, Pierre 102, 252, 268f.
 Le Clercq (Pseudonym de Pottere) 55
 Leers, Johann van 166
 Leese, Arnold 61f., 64–67, 70, 287, 296
 Leger, Marie-René-Alexis 104
 Lepecki, Mieczyslaw 109–113, 116, 118–123, 126–129, 131, 133f., 139, 143, 149, 153f., 161–163, 202, 224, 257, 289
 Leuß, Hans 23
 Ley, Robert 276
 Liebman, Charles J. 117
 Lipski, Józef 150, 197
 Lösener, Bernhard 168, 187, 245, 252, 273
 Löwenherz, Josef 189, 235
 Loubardou, Paul 145
 Lukasiewicz, Juliusz 92, 98–100, 111, 119, 129, 142, 159
 Lutecius 137f.
 Luther, Martin 72, 226–230, 242, 244–246, 252f., 261, 263f., 266, 272, 280, 292, 294
- MacDonald, Malcom 201f.
 Machienne, Hundespetits de 138
 Mackensen, Hans-Georg von 160, 192, 201

- Maglione, Luigi 224, 237
 Malhomme, Henryk 93
 Mandel, Georges 91, 142, 145–148, 164
 Manteuffel, Carl von 31
 Marks, Simon 99
 Marr, Wilhelm 15
 Marx, Karl 39
 Maurras, Charles 138
 Massigli, René 147
 Massing, Paul 5
 Meikert, Hans (Pseudonym de Pottere) 55
 Meikert, Rudolf (Pseudonym de Pottere) 55
 Melchett, Lord (Alfred Mond) 33
 Melzer, Emanuel 84
 Mende, Gerhard 236
 Menningen, Alexander 236 f.
 Merdinger, Zygmunt 88
 Merry del Val, Raffaele 37
 Miedzinski, Boguslaw 83
 Mildenstein, Leopold von 171 f.
 Mille, Pierre 108 f.
 Moltke, Hans Adolf von 93 f., 136, 158, 161
 Mommsen, Hans 276
 Montbas, Hugues Comte Barthon de 196
 Montandon, Georges 60
 Moscicki, Ignacy 85
 Mosley, Oswald 65 f.
 Moutet, Marius 91, 97–111, 114 f., 117, 122–124, 127, 133, 137–139, 145, 147, 288 f.
 Müller, Heinrich 219, 221, 262 f.
 Müller, Herbert 227
 Müller von Hausen, Ludwig 36
 Mussert, Anton Adriaan 34
 Mussolini, Benito 57, 65, 78, 166, 201, 224, 229 f., 263, 278

 Nell-Breuning, Oswald von 37
 Neurath, Konstantin von 136, 174, 179 f., 192
 Nicosia, Francis L. 136, 177
 Niewyk, Donald L. 4
 Nipperdey, Thomas 17
 Noël, Léon 81, 85 f., 91 f., 94 f., 97, 99, 103 f., 119, 124–126, 128, 137, 144, 148 f., 157–163, 289
 Norman, Montague 207
 Nossig, Alfred 223 f., 271
 Nussbaum, Max 6, 42, 237
 Nyëssen, W.J.H. 114 f.

 Ogilvie-Forbes, Sir George 196–198, 203
 Olivier, Marcel 9, 92, 142 f., 148 f.
 Olsoufieff, G. 138
 Oppenheimer, Franz 110
 Ormsby-Gore, William George 146
 Osman-Bey 21
 Oyama, Ujirō 143

 Paasch, Karl 22–24
 Pacelli, Eugenio (Papst Pius XII.) 236, 292
 Papen, Franz von 46
 Paul-Boncour, Joseph 91, 144
 Peel, Lord (William Robert Wellesley) 178, 181, 185
 Pell, Robert T. 156, 195, 203, 206 f., 215 f., 218
 Pétain, Philippe 253, 267
 Petit, Henry-Robert 56, 60
 Pfeffer, Franz von 198
 Phipps, Sir Eric 206
 Picker, Henry 281–283
 Pilsudski, Józef 81, 85, 124
 Pirow, Oswald 199–202
 Pius X. 37, 292
 Pius XII. 224, 236
 Planter, Ed. 52
 Plate, Ludwig 42
 Plessen, Johann Baron von 160
 Potemkin, Vladimir 92
 Potocki, Jerzy 123
 Potocki, Józef 89
 Pottere, Georg de 42–44, 46–48, 50–56, 63, 67 f., 73 f., 81, 142, 264, 270, 286
 Proudhon, Pierre Joseph 39
 Przewora, Klemens (Pseudonym Józef Golu-chowski) 19

 Quisling, Vidkun 34

 Rabinowicz, Jakub 283
 Raczyński, Edward Graf 111, 156 f., 202
 Rademacher, Franz 12, 38, 42, 53, 57, 73, 165, 172, 192, 226–234, 240–246, 250, 252, 259 f., 262–266, 279 f., 292 f.
 Raeder, Erich 78, 230, 240
 Rajakowitsch, Erich 234
 Ramsay, Archibald H. Maule 61
 Ramsay, James Henry 61
 Ramsay, William 61
 Ramsay, William Mitchell 61
 Rath, Ernst vom 199 f., 245
 Reemtsma, Philipp 228
 Reichert, Franz 184
 Reitlinger, Gerald 10
 Reventlow, Ernst Graf 29
 Ribbentrop, Annelies von 226
 Ribbentrop, Joachim von 78 f., 150, 175, 192 f., 195 f., 198, 200 f., 203–206, 208 f., 214, 218, 224–226, 229 f., 233 f., 242, 246, 263–266, 269, 280, 291 f.
 Richter, Kurt 59
 Ridout, P.J. 65
 Ringelblum, Emanuel 271, 283
 Rintelen, Emil von 268
 Röhm, Ernst 55

- Röhrecke, Hans Felix 175
 Rohwer, Jürgen 277
 Roosevelt, Franklin D. 193, 197, 207, 211, 216, 283
 Rose, Adam 93
 Rosen, Joseph 118
 Rosenberg, Alfred 8, 18, 31 f., 34–37, 44, 48, 58–60, 67, 70, 74–78, 81, 140, 171, 183, 187, 193, 210 f., 220, 222, 270, 272 f., 286 f.
 Ross, Colin 222 f.
 Rost van Tonningen, Meinoud Marinus 196
 Rublee, George 195, 202, 207–210, 215, 216, 218 f.
 Rybarski, Roman 104
 Ryzd-Smigly, Edward 85 f., 91 f.
- Saint-Quentin, René Doynel Comte de 151
 Sarraut, Albert 100, 102
 Scapini, Georges 268
 Schacht, Hjalmar 187, 198, 206–210, 213, 215 f., 224, 282, 283, 291
 Scherer, Ludolf (Pseudonym de Pottère) 46–48, 55
 Schirmeister, Moritz von 280
 Schirmer, August 59
 Schmeer, Rudolf 213
 Schmidt-Rolke, Hans 173
 Schön, Waldemar 274 f.
 Schrameier 254–259
 Schröder, Hans 227
 Schröder, Kuno 172
 Schulze, Willibald 42
 Schumacher, Friedrich 242 f., 255, 266
 Schumburg, Emil 173–175, 177, 182, 207, 210 f., 214, 218 f., 226 f.
 Schwandt, Johannes 217, 219
 Schwartz-Bostunisch, Gregor 42, 171
 Schwarz, Erwin A. 177
 Schwarz, Dieter (Pseudonym Heydrich u. a.) 191
 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 207, 238
 Seguin, Jean de 129, 156
 Seidman, Hilel 223 f.
 Seifert, Hermann Erich 76, 187
 Sherrard, L. H. 64
 Shertok, Moshe 99
 Shloimowitz, M. 136
 Sharamek, Abraham 271
 Sikorski, Wladyslaw 92
 Six, Franz Alfred 58, 72, 170, 172, 185, 191
 Skwarczynski, Stanislaw 157 f.
 Slawek, Walery 85
 Smuts, Jan Christiaan 199
 Sobernheim, Moritz 172 f., 260
 Sonnenberg, Max 118 f.
 Sottocchia, Gino 270
- Sowa, Bronislaw 1
 Stahlecker, Franz Walter 196
 Stalin, Josef 7, 67, 293
 Stangl, Franz 283
 Steinert, Marlis 11
 Steinhoff, Udo 63
 Stern, Fritz 17
 Sthamer, Heinrich Georg 198
 Stoppard, Robert J. 148
 Streckenbach, Bruno 239, 249
 Streicher, Julius 33, 49, 57, 61–63, 66, 68–73, 166, 185 f.
 Stuckart, Wilhelm 202
 Stülpnagel, Karl-Heinrich von 267
 Surzynski 158
 Szembek, Jan Graf 125, 160, 163
- Tataresco, Georges 142
 Taubert, Eberhard 265
 Taylor, Myron C. 157, 195, 218
 Tegtmeyer, Heinrich 77, 169
 Tenenbaum, Josef 10
 Thadden, Eberhard von 252
 Tharaud, Jean 141
 Tharaud, Jérôme 141
 Thierry, Adrien 141
 Thost, Hans W. 65
 Toedtli, Boris 56
- Utermöhle, Walther 177
- Viennot 109
 Visser't Hooft, Willem 282
- Wacogne, Claude 71
 Wagner, Jan 123
 Wagner, Robert 271
 Wahrmund, Adolf 20, 22
 Waley, Sigismund David 218
 Weidmann, Franz 235
 Weingarten, Ralph 194, 195
 Weizmann, Chaim 7, 99, 281, 282
 Weizsäcker, Ernst von 179, 182, 192, 194–196, 208, 210, 218, 234
 Welck, Wolfgang von 268
 Welles, Sumner 123, 151
 Wendland, Hans 24
 Wiedemann, Fritz 168
 Wiehl, Emil 207
 Wilhelm, Kronprinz 18
 Wilson, Hugh Robert 194 f.
 Wilson, Edwin 206
 Winghene, Egon van (Pseudonym de Pottère) 6, 9, 38–42, 44, 46 f., 55, 57, 60 f., 167, 171, 264, 272
 Winterton, Lord (Edward Turnour) 156, 195

- Wisliceny, Dieter 171 f., 175, 191, 235, 262 f.,
265, 267, 271, 279
Woermann, Ernst 156, 192, 196, 203, 206,
268, 280
Wohlthat, Helmut 209, 214–219, 244, 264 f.,
291
Wolff, Karl 175
Woodhead, Sir John 181
Wurm, Paul 42, 53, 56 f., 69 f., 72–74, 185,
186, 230 f., 241, 264
Wrigley, J. 65
Wszelaki, Jan 89
Wynot, Edward D. 84
Yahil, Leni 3, 10
Yeber 138
Zakrzewska, Maria 151 f., 155
Zarychta, Apoloniusz 89 f., 123
Zeitschel, Carltheo 278 f.
Zyndram-Koscalkowski, Marjan 85

